

UB Braunschweig 84



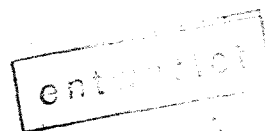
4725-972-0





Verzeichnis
der
Verhandlungs-Gegenstände
der
Stadtverordneten-Versammlung
zu
Braunschweig
im Jahre 1906/1907.

1906/1907



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der

Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

I. 21. April 1906.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden und seines Vertreters	2
2. Geschäftsordnungs-Debatte	2

II. 28. April 1906.

3. Ankauf des Grundstücks des Großen Klubs	6
4. Verkauf des alten Stadthauses	11
5. Zuschuß für das Luisenstift	15
6. Aufnahme eines Prozesses	33
7. Antrag Esdorn: Errichtung einer Bedürfnisanstalt beim Altstadtmarkte .	35
8. Antrag Peplies: Lieferung der Dienstkleidung für die Feuerwehr . . .	36
9. Antrag Wesemeier: Lieferung von Bekleidungsstücken für die Nachtwächter	42
10. Stiftung eines Ehrenpreises	42
11. Erwerb von Flächen in der westlichen Außenstadt	42
12. Erwerb einer Fläche an der Waterloostraße	43
13. Instandsetzung der Lichtmasten im Stadtparke	43
14. Fertigstellung der Standbilder für die Fallerslebenbrücke	43
15. Aenderung der Marktordnung	44
16. Hundesteuer-Erlaßgesuche	48
17. Lieferung von Wasser und Gas zu ermäßigten Preisen für eine Ausstellung	49

III. 31. Mai 1906.

18. Antrag Friede: Aufhebung der Schulinspektorenstellen	52
19. Neubau eines Archiv- und Bibliothekgebäudes	73
20. Antrag Kalus: Beleuchtung des Platzes am Hoftheater	74
21. Antrag Niete: Kostenfreie Ausstellung von Geburtsurkunden	75
22. Aufhebung einer Teilfläche der Spargelstraße	79
23. Aufhebung einer Teilfläche der Scharnhorststraße	80
24. Beschaffung eines Unterkunftswagens	80
25. Beleuchtung des Kadeklintes	80
26. Beschaffung von Wassersparern	81
27. Aenderung des Regulativs über die Abgabe von Gas	82
28. Zuschuß für die kaufmännische Fortbildungsschule	87
29. Verwendung der Umsatzsteuer für 1906/07	88
30. Wahl zweier Vertreter für den 23. Braunschweigischen Städtetag	88
31. Statut, betreffend den Verkehr mit Milch u.	88
32. Instandsetzung der Straße am Gieseler	90
33. Geschäftsordnungs-Debatte	90
34. Anfrage Stegmann: Vorgehen des städtischen Arbeitsamtes in Sachen des Malerstreits	91

IV. 28. Juni 1906.

35. Einsprache gegen die offene Bauweise am Königsriege	94
36. Aufstellung von Trinkbrunnen	95
37. Einsprache gegen die offene Bauweise an der Antorstraße	95
38. Instandsetzung verschiedener Straßen	95
39. Be- und Entwässerung eines staatlichen Grundstücks	96
40. Erwerb von Flächen zur Goslarischen Straße	97
41. Erwerb von Flächen zur Erbauung der St. Jacobi-Kirche	98
42. Kanalisierung eines Teiles der projektierten Straße Nr. 541	99
43. Bauliche Einrichtungen auf dem Grundstücke der Oberrealschule	99
44. Aufnahme einer Klage	105
45. Zuschuß für den Verkehrsverein	105
46. Errichtung des Eulenspiegelbrunnens	108
47. Instandsetzung des Bäckerklintes	109
48. Plattenbelag auf einem Teile der Helmstedterstraße	111
49. Uebernahme einer Hypothek	111
50. Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren	112
51. Ersatzwahlen zu verschiedenen Kommissionen und Deputationen	113
52. Zuschuß für die Gemeindepflege zu St. Jacobi	114
53. Zurückziehung zweier Darlehen	118
54. Vermietung einer Wohnung im Gebäude des Großen Klubs	119
55. Zulassung eines Privatingenieurs zur Ueberwachung der Starkstromanlagen	119
56. Antrag Brückmann: Schutzvorrichtungen bei der Straßeneisenbahn	119

57.	Antrag Meyerhoff: Erhebung der Grundsteuer nach dem Miet- und Pachtwerte der Grundstücke	120
58.	Anfrage Wesemeier: Mißstände im Bäckereibetriebe	121
59.	Umbau z. eines Teiles der Frankfurterstraße	124
60.	Einziehung kleinerer Steuerrückstände	125
61.	Ausbau eines Teiles des Cyriaksringes	126
62.	Ausbau eines Teiles der Helenenstraße	126
63.	Ausbau eines weiteren Teiles des Cyriaksringes	126
64.	Zuschuß für die Waldspiele	126
65.	Anfrage Ohlendorf: Schaffung von Spielplätzen im Westen der Stadt	127
66.	Anfrage Kalms: Bepflanzung der Straßen mit Eichen	127
67.	Antrag Jasper: Besteuerung der Grundstücke nach gemeinem Wert	128

V. 30. August 1906.

68.	Ankauf eines Spielplatzes	130
69.	Aufhebung der Freigabe von Schulhöfen und Herrichtung einer Einfriedigung	131
70.	Austausch von Grundstücksflächen z.	135
71.	Antrag Brückmann: Schutzvorrichtungen bei der Straßeneisenbahn	136
72.	Antrag Kalms: Änderung des Statuts über die Abgabe von Gas	138
73.	Anträge Meyerhoff und Jasper: Erhebung der Grundsteuer	139
74.	Erklärung zweier Straßenzüge zu Ortsstraßen	139
75.	Erwerb einer Fläche zur Dockstraße	139
76.	Erwerb von Flächen zur Frankfurterstraße	139
77.	Aufhebung einer projektierten Straße und Legung eines Kanals	140
78.	Beihilfe für den Denkmalpflegeetag	141
79.	Plattenbelag eines Teiles der Nordstraße	141
80.	Drainierung einer Fläche des Kieselguts	142
81.	Uebersetzung eines Betrages an den Reservefonds des Wasserwerks	142
82.	Beschaffung neuer Turbinen für die Neustadtmühle	143
83.	Erweiterung der Straßenbeleuchtung	143
84.	Beihilfe für das Vaterländische Museum	145
85.	Anfrage Kiefe: Ausführung von Pflasterungsarbeiten	146
86.	Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors	148

VI. 4. Oktober 1906.

87.	Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors	162
88.	Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren	163
89.	Berechnung der Kanalbaukosten	163
90.	Anfrage Kiefe: Ausführung von Pflasterungsarbeiten	167
91.	Herrichtung von Schulklassen für die Oberrealschule	177
92.	Antrag auf Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	178
93.	Uebersetzung von Kosten für Wasserlieferung auf den laufenden Etat	179
94.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	179

VI

	Seite
95. Einwirkung des elektrischen Stromes auf die Gasrohrleitungen	180
96. Verkauf von Straßenflächen	180
97. Aenderung des Ortsbauplanes an der Koffstraße	181
98. Plattenbelag auf einem Teile der Nordstraße	181
99. Erwerb von Flächen an der Goslarischenstraße	182

VII. 1. November 1906

100. Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren	184
101. Umbau des Hauses Breitestraße 19	228
102. Vermietung des alten Stadthauses	230
103. Kaufpreis für erworbene Grundflächen am Cyriaksringe	232
104. Bildung einer Johanne Bachtmann Museums-Stiftung	232
105. Klage-Erhebung	233

VIII. 15. November 1906.

106. Erlass eines neuen Gewerbegerichts-Statuts	236
107. Umgestaltung des Lehrerinnenseminars	243
108. Kanalverlegung zwischen Marienstraße und Riddagshäuserweg	247
109. Beihilfe für einen Verein	247
110. Anschluß der Aborte städtischer Gebäude an das Kanalnetz	248
111. Antrag Kalm: Aenderung des Statuts über die Abgabe von Gas	249
112. Hundesteuer-Erlaßgesuch	249
113. Ankauf eines Grundstücks an der Goslarischenstraße	250
114. Belegung der Fußwege an der Wiesenstraße mit Platten	250
115. Verbreiterung des westlichen Teiles des Geiershagen	250
116. Einfriedigung des Museumsgrundstücks	251
117. Entsendung zweier Lehrer zu einem Sprachheilkursus	251
118. Anfrage Kolte: Ausbau der Kasernenstraße	252
119. Anfrage Hßmann: Schaffung eines Durchgangsbahnhofes	253
120. Anfrage Schöttler: Verfolgung einer Zeitung wegen eines Artikels	254
121. Antrag Stegmann: Weiterführung der Straßenbahn vor das Augusttor	256
122. Antrag Stegmann: Beseitigung der Fleischsteuerung	257

IX. 13. Dezember 1906.

123. Rechnungsabschlüsse für 1905/06	264
124. Anträge Meyerhoff und Jasper: Berechnung der Grundsteuer	264
125. Antrag Weichsel: Beleuchtung der sogen. Rettungseisen	271
126. Antrag Stegmann: Beseitigung der Fleischsteuerung	271
127. Unterstüzungen an das Schwesterhaus vom Roten Kreuz	284
128. Ankauf eines Gartens zur Erweiterung des Armenhausgrundstücks	295
129. Bewilligung an den Verkehrsverein	296

	Seite
130. Einsetzung einer Deputation für den Kirchenbau zu St. Jacobi	297
131. Geschäftsordnungs-Debatte	298

X. 3. Januar 1907.

132. Bedachung einiger Bedürfnisanstalten	302
133. Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte	302
134. Einfassung der Rasenflächen an der Paulikirche	316
135. Antrag Stegmann: Weiterführung der Straßenbahn vor das Augusttor	317
136. Rechnungsabschlüsse der Gaswerke, des Wasserwerks und der Neustadmühle für 1905/06	318
137. Anfrage Bunge: Beschwerden über die Herzogliche Polizeidirektion	323
138. Erwerb einer Fläche zur Waterloostraße	328
139. Plattenbelag an der Kasernenstraße	329
140. Einrichtung von Wasserflossetts auf einem städt. Grundstücke	329
141. Herrichtung eines Spielplatzes für kleine Kinder	329
142. Ankauf eines Grundstücks an der Katharinenkirche zc.	330
143. Annahme eines Turnlehrers	341

XI. 7. Februar 1907.

144. Antrag Ohlendorf: Ausbesserung des Pflasters der Juliusstraße	344
145. Antrag Esdorn: Uebernahme der Eisbahnen	344
146. Antrag Kalm: Festsetzung der Stunden für das Teppichklopfen zc.	345
147. Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Amtsketten des Magistrates	346
148. Besserung der Beleuchtung vor dem Hoftheater	347
149. Bauten im Innern der St. Magni-Kirche	350
150. Einrichtung anderer Diensträume für die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke	353
151. Klossetanlage beim Altstadttrahause	356
152. Beitrag für den Deutschen Städtetag	356
153. Einrichtung neuer Bürgerschulklassen	357
154. Wahl eines Preisrichters	357
155. Umbauarbeiten zc. in der Freibadeanstalt	357
156. Ausbau eines Teiles der Kasernenstraße	360
157. Bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	361
158. Beleuchtung der sogen. Rettungsinseln	362
159. Kabelverlegung im Bürgerparke	363
160. Ankauf eines Grundstücks am Mittelwege	364
161. Erwerb von Grundflächen zum Chriakfänge	365
162. Zuschuß an die Sterbekasse der städtischen Beamten	365
163. Aufnahme eines Prozesses	366
164. Statut, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	367

XII. 9. März 1907.

165.	Stadthaushaltsplan für 1907/08	388
166.	Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Amtsketten des Magistrates . . .	410
167.	Antrag Ohlendorf: Ausbesserung des Pflasters der Juliusstraße . . .	410
168.	Antrag des Kirchenvorstandes zu St. Nicolai: Uebernahme der Unterhaltungskosten der katholischen Schule	410
169.	Zuschuß an das Deutsche Komitee zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit	419
170.	Staatsseitige Ermietung des alten Stadthauses	422

XIII. 25. März 1907.

171.	Erweiterung der Gasaanstalt an der Taubenstraße	427
172.	Anderweite Gehaltsfestsetzung für einen Schulinspektor	442
173.	Sterbekasse für die städtischen Beamten	442
174.	Umtausch von Dubletten der städt. Münzsammlung	442
175.	Baulichkeiten auf einem Schulgrundstücke	443
176.	Plattenbelag auf den Fußwegen der Lferstraße	443
177.	Verwendung der Erträgnisse der Umsatzsteuer	446
178.	Baulichkeiten auf dem Grundstücke am Dovessee	451
179.	Zentralheizung in der Schule am Prinzenwege	456
180.	Erwerb einer Fläche zur Helenenstraße	456
181.	Antrag auf Ausbau der Waterloostraße	456
182.	Beihilfe an den Verein für das Fortbildungsschulwesen	456
183.	Anpflanzung von Kirschbäumen auf dem Kieselgute	457
184.	Aptierung des jogen. „Großen Fettwinkels“ auf dem Kieselgute	458
185.	Erwerb einer Fläche zur Schuhstraße	458
186.	Erhöhung des Zuschusses für den Frauenverein	459
187.	Baumpflanzung am Südklute	459
188.	Auftrag Brückmann: Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule .	459
189.	Antrag Weichsel: Verbesserung des Weges nach dem Querumer Holze .	461
190.	Antrag Weichsel: Einstellung eines juristischen Hilfsarbeiters	462
191.	Antrag Weichsel: Verbilligung des elektrischen Lichtes	462
192.	Antrag Weichsel: Niederlegung des Amtes eines Mitgliedes der Einschätzungskommission	463

B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

- Aenderung der Marktordnung 44.
 Aenderung des Ortsbauplanes 181.
 Altstadt-Rathaus betr. 356.
 Amtsketten des Magistrates betr. 346, 410.
 Amtsniederlegung betr. 463.
 Anfragen der Herren:
 Aßmann: Schaffung eines Durchgangs-
 bahnhofes 253;
 Brückmann: Errichtung einer gewerb-
 lichen Fortbildungsschule 459;
 Bunge: Beschwerden über die Polizei
 323;
 Kalmß: Bepflanzung der Straßen 127;
 Kotte: Ausbau der Kasernenstraße
 252;
 Ohlendorf: Schaffung eines Spiel-
 platzes 127;
 Kieße: Ausführung von Pflasterungs-
 arbeiten 146, 167;
 Schöttler: Verfolgung einer Zeitung
 254;
 Stegmann: Das Arbeitsamt im
 Malerstreif 91;
 Wesemeier: Mißstände im Bäckerei-
 betriebe 121.
 Ankauf von Grundstücken und Straßenflächen
 6, 42, 43, 97, 98, 130, 139, 139, 182,
 232, 250, 295, 328, 330, 364, 365,
 365, 456, 458.
 Anträge, selbständige, der Herren:
 Brückmann: Schutzvorrichtungen bei
 der Straßenbahn 119, 136;
 Esdorn: Bedürfnisanstalt am Altstadt-
 markte 35;
 Übernahme der Eisbahnen
 344;
 Fricke: Aufhebung der Schulinspektoren-
 stellen 52;
 Frühling: Stellung der Schulinspek-
 toren 112, 162, 163, 184;
 Hauswaldt: Amtsketten des Magi-
 strates 346, 410;
 Jasper: Besteuerung der Grundstücke
 128, 139, 264;
 Kalmß: Aenderung des Statuts über
 die Abgabe von Gas 86, 138, 249,
 Beleuchtung des Platzes am
 Hoftheater 74,
 Zeit des Teppichklopfens 345;
 Meyerhoff: Besteuerung der Grund-
 stücke 120, 139, 264;
 Ohlendorf: Pflaster der Juliusstraße
 344, 410;
 Peplies: Dienstkleidung für die Feuer-
 wehr 36;
 Kieße: Ausstellung von Geburtsurkun-
 den 75;
 Stegmann: Beseitigung der Fleisch-
 steuerung 257, 271,
 Weiterführung der Straßen-
 bahn vor das Augustor
 256, 317;
 Weichsel: Beleuchtung der Rettungs-
 inseln 144, 271,
 Einstellung eines juristischen
 Hilfsarbeiters 462,
 Niederlegung eines Kom-
 missionsamtes 463,
 Verbesserung des Weges nach
 dem Querumer Holze
 461,
 Verbilligung des elektrischen
 Lichtes 462;
 Wesemeier: Bekleidung der Nacht-
 wächter 42.
 Anträge von Privatpersonen und Vereinen 52,
 130, 178, 184, 236, 388.
 Arbeitsamt betr. 91.
 Archivgebäude-Errichtung 73.
 Armenhausgrundstück betr. 295.

X

Aufhebung der Freigabe von Schulhöfen 131.
 Aufhebung von Straßenteilen 79, 80, 140.
 Aufnahme von Prozessen, 33, 105, 233, 366.
 Aufstellung von Trinkbrunnen 95, 392.
 Ausbau von Straßen 126, 126, 126, 130, 252, 360, 456.
 Anstellungs-Förderung 42, 49.
 Austausch von Grundstücksflächen 135.
 Badanstalten betr. 357.
 Bahnhofsan gelegenheit betr. 253.
 Baugeossenschaft betr. 408.
 Baulichkeiten auf städtischen Grundstücken 443, 451.
 Baumpflanzung am Südklute 459.
 Beamten-Gehaltsverhältnisse 148, 162.
 Bedürfnisanstalten betr. 35, 302, 395.
 Beihilfe für das Vaterl. Museum 145.
 Beihilfe für den Denkmalpflege tag 130, 141.
 Beihilfe für den Verein f. d. Fortbild.-Schulwesen 456.
 Beihilfe für den Verein f. öffentl. Gesundheitspflege 247.
 Beihilfe für den Verkehrsverein 105, 236, 296, 357, 409.
 Beitrag für den Deutschen Städtetag 356.
 Beleuchtung von Straßen und Plätzen 74, 80, 143, 144, 271, 347, 361, 362.
 Beschaffung eines Unterkunftswagens 80.
 Beschaffung von Wasserversparern 81.
 Beschwerden über die Polizeidirektion 323.
 Beiprenen der Straßen n. 127, 395.
 Besteuerung der Grundstücke 120, 128, 139, 264.
 Bewässerung eines staatlichen Grundstücks 96.
 Bibliotheksgebäude-Errichtung 73.
 Bildung einer Johanne Wachtmann-Stiftung 232.
 Brücken betr. 43.
 Bürgerpark betr. 363, 392.
 Bürgerschulklassen-Einrichtung 357.
 Darlehn-Zurückziehung 118.
 Denkmalpflege tag betr. 130, 141.
 Deutscher Städtetag 356.
 Dovesee-Grundstück betr. 451.

Ehrenpreis-Stiftung 42.
 Einfassung von Rasenflächen 316.
 Eingaben hiesiger Einwohner 52, 130, 178, 184, 236, 388.
 Einsprachen gegen die offene Baumeiße 94, 95.
 Eintritt neuer Mitglieder 52, 94.
 Einziehung kleinerer Steuerrückstände 125.
 Eisbahnen betr. 344.
 Eisenbühlter Mühlen betr. 404.
 Elektrisches Licht betr. 462.
 Elektr. Strom-Einwirkung 180.
 Entwässerung eines staatl. Grundstücks 96.
 Erhebung von Klagen 33, 105, 233, 366.
 Erklärung von Straßen zu Ortsstraßen 139.
 Erlaß eines Gewerbegerichtsstatuts 236.
 Errichtung des Eulenspiegelbrunnens 108, 398.
 Ersatzwahlen 113.
 Erwerb von Grundstücken und Straßenflächen f. Ankauf.
 Eulenspiegelbrunnen-Errichtung 108, 398.
 Fallerslebertor-Brücke betr. 43.
 Fehlen der Mitglieder 6.
 Feuerwehr betr. 36.
 Fleischtenerungs-Beseitigung 257, 271.
 Fortbildungsschulwesen betr. 87, 456, 459.
 Frauenverein betr. 459.
 Gasabgabe betr. 49, 82, 86, 138, 249.
 Gasrohrleitung betr. 180.
 Gaswerk betr. 318, 353, 427.
 Geburtsurkunden-Ausstellung 75.
 Gehaltsverhältnisse der Beamten und Lehrer 148, 162, 442.
 Geschäftsordnungsdebatte 2, 90, 298.
 Gewerbegerichts-Statut 236.
 Gewerbliche Fortbildungsschule betr. 459.
 Grundsteuer-Erhebung 120, 128, 139, 264.
 Grundstücksankäufe betr. f. Ankauf.
 Grundstücksaustausch betr. 135.
 Handelsgewerbliche Sonntagsruhe 178, 367.
 Hilfsarbeiter des Magistrates 462.
 Hoftheater-Beleuchtung 74, 347.
 Hundesteuer-Erlaßgesuche 48, 179, 249.
 Hypothek-Üebernahme 111.

Instandsetzung von Straßen und Plätzen 90,
95, 109, 124.

Jacobi-Kirche betr. 98, 114, 297.

Johanne Wachtmann Museumsstiftung 232.

Kabelverlegung im Bürgerpark 363.

Kanalanschluß betr. 248.

Kanalbankkosten betr. 163.

Kanalisierung von Straßen zc. 99, 140, 247.

Katholische Schule betr. 410.

Kaufmännische Fortbildungsschule betr. 87, 446.

Kehrichtabfuhr betr. 395.

Kirchen betr. 98, 114, 297, 316, 350.

Klage-Erhebung 33, 105, 233, 366.

Klosettanlage beim Altstadt-Kathause 356.

Kreisbranddirektor betr. 148, 162.

Lagerplatz betr. 96.

Lehrer betr. 341, 442.

Lehrerinnen-Seminar 243.

Lichtmaß-Instandsetzung 43.

Licht- und Wasserwerke betr. 318, 353, 427.

**Lieferung von Gas und Wasser zu ermäßigten
Preisen** 49.

Luisenstift betr. 15.

Magistratsketten betr. 346, 410.

Magnifikirche betr. 350.

Malerstreif betr. 91.

Marktordnungs-Änderung 44.

Milch-Statut betr. 88.

Münzsammlung betr. 442.

Museum betr. 145, 232, 251, 442.

Nachtwächter-Bekleidung 42.

Neubau eines Archiv- und Bibliothekgebäudes 73.

Neustadtmühle betr. 143, 318.

Oberrealschule betr. 99, 177.

Oberturnlehrer-Aannahme 341.

Offene Bauweise betr. 94, 95.

Ortsbauplan-Änderung 181.

Ortsstraßen-Erklärung 139.

Parkhaus betr. 363, 392.

Pflasterungsarbeiten betr. 146, 167, 344, 410.

Plattenbelag auf Fußwegen 111, 141, 181,
250, 329, 443.

Polizeidirektion betr. 323.

Polizeihunde betr. 394.

Prozeßaufnahmen 33, 105, 233, 366.

Querumer Holz betr. 461.

Rechnungsabschlüsse betr. 264, 318.

Regenten-Tod 162.

Regulativ über die Abgabe von Gas 82.

Rettungsinjeln-Belichtung 144, 271.

Rieselgut betr. 142, 457, 458.

Rote Kreuz betr. 284.

Säuglings-Sterblichkeits-Bekämpfung 419.

Schularzt-Tätigkeits-Berichte 302.

Schulen betr. 87, 99, 131, 177, 357, 410, 456.

Schulinspektoren betr. 52, 112, 162, 163, 184.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 178, 367.

Spielplatz-Erichtung 127, 130, 329.

Sprachheilkursus betr. 251.

Springbrunnen betr. 402.

Stadthaus, altes betr. 11, 230, 422.

Stadthaushalteplan für 1907/08 388.

Stadtpark betr. 43.

Städtetag, braunschweigischer 88.

Städtetag, deutscher 356.

Standbilder der Fallersebertorbrücke 43.

Starfstromanlagen-Ueberwachung 119.

Statut, betr. den Verkehr mit Milch 88.

Sterbefälle der städt. Beamten 363, 388, 442.

Steuerrückstände-Einzahlung 125.

Stiftung eines Ehrenpreises 42.

Straßen-Aufhebung 79, 80, 140.

Straßen-Ausbau 126, 126, 126, 130, 252,
360, 456.

Straßenbahn betr. 119, 136, 256, 302, 317.

Straßenbelichtung betr. 74, 80, 143, 144,
271, 347, 361, 362.

Straßenbesprengung 127, 395.

Straßen zc., die behandelt worden sind:

Altstadtmarkt 35;

Autorstraße 95;

Bäckerkint 109;

Pockswete 139;

Breitestraße 228;
 Cellerstraße 96;
 Griaßring 42, 126, 126, 139, 232, 365;
 Frankfurterstraße 124, 139;
 Friedr. Wilhelmplatz 143, 361;
 Geiershagen 250;
 Gieseler 90;
 Goslarischestraße 97, 182, 250;
 Helenenstraße 42, 126, 139, 456;
 Helmstedterstraße 111, 143;
 Juliusstraße 42, 143, 344, 410;
 Karlstraße 95;
 Kasernenstraße 180, 252, 329, 360;
 Katharinenkirche, an der, 330;
 Königtieg 94;
 Marienstraße 247;
 Marßall 144;
 Mittelweg 364;
 Mönchstraße 144;
 Nordstraße 141, 181;
 Okerstraße 443;
 Parkstraße 95;
 Prinzenweg 456;
 Radeflint 80;
 Ribdagshäuserweg 247;
 Roßstraße 140, 181;
 Scharnhorststraße 80;
 Schubertstraße 95;
 Schuhstraße 458;
 Schulweg 135;
 Spargelstraße 79, 144;
 Südfint 459;
 Taubenstraße 427;
 Waterloostraße 43, 130, 328, 456;
 Wendenring 95;
 Wiesenstraße 250.
 Straßeninstandsetzung betr. 90, 95, 109, 124.
 Straßenkanalisierung betr. 99, 140, 247.
 Teppichklopfen betr. 345.
 Tod des Regenten 162.
 Trinkbrunnen-Aufstellung 95, 392.
 Uebernahme einer Hypothek 111.
 Ueberwachung der Starkstromanlagen 119.
 Umbau des Hauses Nr. 19 der Breitestraße 228.

Umbau von Straßen 124.
 Umgestaltung des Lehrerinnenseminars 243.
 Umsatzsteuer betr. 88, 446.
 Unterkunftswagen-Beschaffung 80.
 Unterstützung an das Rote Kreuz 284.
 Vaterländisches Museum betr. 145.
 Verbreiterung einer Straße 250.
 Verein für öffentl. Gesundheitspflege 247.
 Verfolgung einer Zeitung 254.
 Verkauf von Grundstücken zc. 11, 180.
 Verkehrsverein betr. 105, 236, 296, 357, 409.
 Vermietung des alten Stadthauses 11, 230, 422.
 Vermietung einer Wohnung 119.
 Verwaltung der Licht- und Wasserwerke 142,
 179, 318, 353, 427.
 Verwendung der Umsatzsteuer 88, 446.
 Vorsitzenden-Wahl 2.
 Wachtmann-Museums-Stiftung 232.
 Wahl der Vorsitzenden 2.
 Wahl eines Preisrichters 357.
 Wahlen (Erfag-) 113.
 Wahl von Vertretern f. d. braunschw. Städte-
 tag 88.
 Waldspiele betr. 126.
 Wasserklosett-Einrichtung 329.
 Wassermesser-Anlage 404.
 Wasserpreis-Herabsetzung 402.
 Wassersparer-Beschaffung 81.
 Wasserwerk betr. 49, 142, 179, 318, 353.
 Wohnungs-Vermietung 119.
 Zurückziehung eines Darlehns 118.
 Zuschuß für das Luisenstift 15.
 Zuschuß für den Frauenverein 459.
 Zuschuß für den Verkehrsverein 105, 236,
 296, 357, 409.
 Zuschuß für die Gemeindepflege zu St. Ja-
 cobi 114.
 Zuschuß für die kaufm. Fortbildungsschule
 87, 446.
 Zuschuß für die Sterbekasse der städt. Beamten
 365, 388, 442.
 Zuschuß für die Waldspiele 126.

1906/1907.

Nr. 1.

B e r i c h t
über die
Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung vom 21. April 1906.

Tagesordnung:

- | | |
|--|---------|
| I. Wahl des Vorsitzenden und seines Vertreters | Seite 2 |
| II. Geschäftsordnungs-Debatte | " 2 |
-

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kettemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Bunge, Frühling, Jasper, Nolte, Ohlen-
dorf, Kiefe, Sander, Schmidt, Schöttler und Wesemeier.

Den Vorsitz übernimmt das an Lebensjahren älteste Mitglied der Versammlung,
Herr Lord: Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie mir vor Eintritt in die
Tagesordnung wenige Worte.

Seitdem die städtischen Behörden sich zum letzten Male in diesem Saale versammelt haben, ist in unsere Reihen eine schmerzliche Lücke gerissen worden. Der Stadtrat August Haake, der Senior der Versammlung, der Mann, der seit 32 Jahren seine Tatkraft dem städtischen Dienste gewidmet hat, ist verstorben. Er ist erlöst von schweren Leiden. Wir alle schätzen den ehrenwerten Charakter des Heimgegangenen, wir alle, meine Herren, und die Stadt mit uns, sind ihm dankbar dafür, daß er weit über seine Verpflichtung hinaus seine Kraft, seine Arbeit und seine Tätigkeit in den Dienst der Stadt gestellt hat. Wir erheben uns zu Ehren des Verstorbenen von den Sitzen. (Geschieht.)

Nunmehr treten wir in die Tagesordnung ein.

I. Wahl des Vorsitzenden und seines Vertreters.

Sind in dieser Beziehung Vorschläge zu machen?

Herr Koch: Ich möchte bitten, den bisherigen bewährten Vorsitzenden, Herrn Justizrat Wolff, durch Zurfur wiederzuzuwählen.

Herr Lord: Es ist Wahl durch Zurfur beantragt worden. Erfolgt dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen, die dem Vorschlage, Herrn Wolff wiederzuzuwählen, zustimmen, die Hand zu erheben. Das ist die große Mehrheit. Ich möchte Herrn Kollegen Wolff fragen, ob er gesonnen ist, die Wahl anzunehmen.

Herr Wolff: Ich nehme an.

Herr Lord: Wir sind Herrn Wolff aufs neue zu Dank verpflichtet, daß er die Zügel der Regierung in seiner Hand behalten will.

Es folgt die Wahl des Stellvertreters. Werden hierzu Vorschläge gemacht?

Herr Koch: Auch hier möchte ich bitten, Herrn Kommerzienrat Hauswaldt durch Zurfur wiederzuzuwählen.

Herr Lord: Wird gegen die Wahl durch Zurfur Widerspruch erhoben? — Nein. Wer ist für die Wiederwahl des Herrn Hauswaldt zum zweiten Vorsitzenden? Herr Hauswaldt ist gewählt. Nehmen Sie die Wahl an.

Herr Hauswaldt: Ja, ich nehme die Wahl dankend an.

Herr Lord: Dann bitte ich Herrn Wolff, den Vorsitz zu übernehmen. (Geschieht.)

II. Geschäftsordnungs-Debatte.

Herr Wolff: Indem ich den Vorsitz übernehme, möchte ich Sie bitten, zu gestatten, daß noch eine Angelegenheit, die keine Beschlußfassung erfordern wird, zur Erledigung kommt. Es handelt sich darum, festzustellen, wann es möglich sein wird, die nächste Stadtverordnetenversammlung abzuhalten. Es drängt zu

einer solchen, und der nächste Donnerstag würde nicht passen. Ich frage an, ob gegen den Freitag oder Sonnabend etwas zu erinnern ist.

Herr Koch: Am Donnerstag und Freitag findet im vierten Wahlbezirke die Wahl eines Stadtverordneten für die dritte Klasse statt. Da eine Anzahl Kollegen ein besonderes Interesse an der Wahl haben werden, so bitte ich, die beiden Tage sitzungsfrei zu lassen.

Vorsitzender: Ich nehme eigentlich an, daß durch die Wahl uns nicht so viele Herren entfremdet werden, wie heute. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es liegt uns wesentlich daran, die Vorlage wegen Ankaufs des Großen Klubs zur Entscheidung zu bringen. Ich dachte deshalb, daß wir am Freitag oder Sonnabend wohl eine Sitzung abhalten könnten. Daß wir alle zugegen sind, ist ja nicht durchaus nötig.

Herr Meyerhoff: Die Sache mit dem Großen Klub hat so lange gedauert, daß sie wohl noch acht Tage länger warten kann. Ich halte diesen Erwerb und was noch nebenher damit zusammenhängt, für so wichtig, daß wir uns die Sache noch eine Woche länger überlegen können, und ich möchte auch, daß jedem Mitgliede der Versammlung die Möglichkeit geboten wird, hier zu erscheinen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es dreht sich darum, daß bei Annahme der Vorlage noch ein Kontrakt bis zum 1. Mai gekündigt werden muß und daß sich diese Kündigung, nachdem sie schon einmal um einen Monat hinausgeschoben ist, nicht weiter verschieben läßt.

Vorsitzender: Sind Bedenken gegen den Sonnabend als Sitzungstag zu erheben? — Das ist die kleine Minderheit. Dann wird die Sitzung auf Sonnabend einberufen werden.

Herr Günther: Wäre es nicht möglich, in diesem Falle die Sitzung in den Abendstunden abzuhalten? (Widerspruch.)

Vorsitzender: Wer ist für diesen Vorschlag? Das ist wieder die Minderheit; es muß also bei der gewohnten Zeit verbleiben.

Damit schließe ich die Sitzung.

Dauer von 12^{3,4} bis nach 1 Uhr.

1906/1907.Nr. 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. April 1906.

Tagesordnung:

I. Ankauf des Grundstücks des Großen Klubs	Seite 6
II. Verkauf des alten Stadthauses	" 11
III. Zuschuß für das Luisenstift	" 15
IV. Aufnahme eines Prozesses	" 33
V. Antrag Esdorn: Errichtung einer Bedürfnisanstalt beim Altstadtmarkte	" 35
VI. Antrag Pepsies: Lieferung der Dienstkleidung für die Feuerwehr	" 36
VII. Antrag Wesemeier: Lieferung von Bekleidungsstücken für die Nachtwächter	" 42
VIII. Stiftung eines Ehrenpreises	" 42
IX. Erwerb von Flächen in der westlichen Außenstadt	" 42
X. Erwerb einer Fläche an der Waterloostraße	" 43
XI. Instandsetzung der Lichtmasten im Stadtpark	" 43
XII. Fertigstellung der Standbilder für die Fallerstelebrückenbrücke	" 43
XIII. Aenderung der Markordnung	" 44
XIV. Hundesteuer-Erlaßgesuche	" 48
XV. Lieferung von Wasser und Gas zu ermäßigten Preisen	" 49

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, Seele und Wagner.

Entschuldigt die Herren Blasius, Bunge, Günther, Koch, Ohlen-dorf, Schmidt und Stegmann.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und macht zunächst darauf aufmerksam, daß mangels erheblicher Entschuldigungsgründe fehlende Mitglieder der Versammlung nach der Städteordnung (§ 56) in Strafe genommen werden können. Da es in letzter Zeit vielfach vorgekommen sei, daß Mitglieder, teilweise sogar ohne jede Entschuldigung, gefehlt haben, so werde er sich erlauben, auf diese Bestimmung zu gegebener Zeit zurückzukommen.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Ankauf des Grundstücks des Großen Klubs.

Im Laufe des vorigen Jahres mußten der Direktor der städtischen Licht- und Wasserwerke nebst mehreren Hilfsbeamten einstweilen im Rathause untergebracht werden, weil es der Berufsfeuerwehr an Raum fehlte und weil durch ihre Uebungen die bezeichneten Beamten in ihren Arbeiten gestört wurden. Diese anderweite Unterbringung kann selbstverständlich nur eine vorübergehende sein, da die verschiedenen Bureau's nicht wohl dauernd getrennt sein können. Wohl aber wird es, wie die zuständige Verwaltungsdeputation anerkannt hat, zulässig sein, den technischen Betrieb von dem Bureaubetriebe insoweit zu trennen, als in dem Gebäude, in dem die Geschäftszimmer für den Direktor und das Bureaupersonal sich befinden, nur die zum Verkauf gelangenden kleineren Waren (Glühstrümpfe, Gummischeiben und dergl.) aufbewahrt werden, während die übrigen Materialien, insbesondere Eisen- und Bleirohre und dergleichen sowie die verschiedenen Wagen und Karren und ebenso die Werkstätte sich anderweit unterbringen lassen.

Vorzuziehen wäre freilich die Unterbringung der ganzen Betriebsverwaltung in einem Grundstücke, jedoch müßte das Grundstück tunlichst im Mittelpunkte der Stadt liegen, und es würden, wenn die von der Direktion geltend gemachten Forderungen befriedigt werden sollen, die Beschaffung der erforderlichen Räume sehr erhebliche Kosten verursachen. Diese zurzeit aufzuwenden, wird man um so mehr Bedenken tragen müssen, als für das Gaswerk an der Taubenstraße nach dem Voranschlage der Verwaltungsdeputation in diesem und dem kommenden Jahre Kosten im Betrage von mehr als eine Million Mark aufgewandt werden sollen. Dazu kommt, daß es nicht erforderlich erscheint, der Berufsfeuerwehr das ganze zurzeit von dieser und der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke benutzte Grundstück in der Münzstraße zu überlassen, daß ferner die schweren Materialien unbedenklich auch ferner beim alten Wasserwerke gelagert werden

können, und daß endlich für die Unterbringung der Bureaus der Licht- und Wasserwerke die westliche Hälfte des Grundstücks des alten Stadthauses genügend Raum bietet und sich unter Aufwendung von 17 000 M sehr wohl ermöglichen läßt.

Sollte es später gelingen, im Mittelpunkte der Stadt ein geräumiges Grundstück preiswert zu erwerben, in dem die ganze Verwaltung der Licht- und Wasserwerke untergebracht werden kann, so mag alsdann diese Frage von neuem ermogen werden; augenblicklich erscheint die oben gedachte Trennung nicht nur zulässig, sondern auch aus finanziellen Rücksichten dringend geboten, und es wird damit auch sofort die weitere Frage erledigt, ob nicht vielleicht die anderweite Unterbringung der Berufsfeuerwehr den Vorzug verdient hätte. Diese müßte unbedingt nach wie vor ihr Heim im Mittelpunkte der Stadt haben, und ihre anderweite Unterbringung würde ohne Frage noch weit erheblichere Kosten verursachen, als die Beschaffung eines neuen Verwaltungsgebäudes.

Hiernach empfiehlt der Magistrat, der erwähnten Trennung zuzustimmen. Einstweilen jedoch beschränkt er sich auf den nachstehend begründeten Antrag, ein zur Aufnahme der teilweise im ehemaligen Stadthause untergebrachten Hilfsschule geeignetes Grundstück anzukaufen, damit das ehemalige Stadtkassengebäude frei werde.

Der Schulvorstand der städtischen Bürgerschulen hält das Schulgrundstück an der Leopoldstraße zur Unterbringung der Hilfsschule für geeignet. Als Ersatz müßte alsdann aber nicht allzuweit von dem jetzigen Schulgrundstücke entfernt ein neues Schulgebäude errichtet werden, wozu im übrigen zurzeit ein Bedürfnis nicht vorliegt. Die Kosten eines solchen dürften, wenn nicht etwa ein kleineres Gebäude errichtet werden soll, auf etwa 300 000 bis 400 000 M zu bemessen sein, und diese Summe aufzuwenden liegt zurzeit um so weniger Anlaß vor, als die Frequenz der Bürgerschulen abgenommen hat und nach Fertigstellung des Schulgebäudes an der Diesterwegstraße Schulräume reichlich vorhanden sein werden. Insbesondere aber muß darauf hingewiesen werden, daß im Falle der Errichtung eines Neubaus mindestens zwei Jahre vergehen würden, ehe das ehemalige Stadtkassengebäude schulseitig geräumt werden könnte.

Unter diesen Umständen hat der Magistrat auf den Erwerb eines geräumigen innenstädtischen Grundstücks Bedacht genommen, das ohne vorgängige Neubebauung zur Aufnahme der ganzen Hilfsschule geeignet sein würde und hat zu dem Zwecke das Breitestraße Nr. ass. 882 gelegene 18,45 a große Grundstück des hiesigen Großen Klubs zum Preise von 135 000 M angekauft. Der Wert desselben war vom Baurat Krahe (Mitglied des Vorstandes des Großen Clubs) und Stadtbaumeister Osterloh zu 208 775 M geschätzt; doch mußte Bedenken getragen werden, diesen Preis zu bewilligen, weil von vornherein fest stand, daß durch die Schaffung

geeigneter Klassenräume nicht unerhebliche weitere Kosten erwachsen würden. Daß diese Annahme zutreffend gewesen, ergibt der mit dem Umbauprojekte vorgelegte Bericht der städtischen Bauverwaltung, wonach die erforderlichen Umbaukosten rund 72 500 M betragen werden. Das fertige Schulgrundstück, das nach seiner Lage und räumlichen Ausdehnung für die Hilfsschule durchaus geeignet erscheint, würde danach 207 500 M kosten und bereits zu Anfang des Kalenderjahres 1907 und spätestens zu Ostern 1907 bezogen werden können. Durch Vermieten des zweiten Obergeschosses würde eine Einnahme von rund 1000 M zu erzielen sein.

Der Magistrat hält die vorgedachte Aufwendung bei Lage der Umstände nicht für zu hoch, hat sich aber, da der Vorstand des Großen Klubs baldige Entschließung der städtischen Behörden fordert, einstweilen noch nicht endgültig darüber schlüssig machen können, ob im Falle des stadtseitigen Ankaufs des fraglichen Grundstücks die sämtlichen im Berichte der städtischen Bauverwaltung erwähnten Arbeiten auszuführen sind und möchte daher empfehlen, daß zwar die Umbaukosten in veranschlagter Höhe bewilligt, die einzelnen Arbeiten aber nur insoweit ausgeführt werden, wie solches vom Magistrate im Einvernehmen mit dem Schulvorstande einerseits und der vereinigten Bau- und Schulkommission andererseits nach näherer Prüfung für erforderlich erachtet werden wird.

Schließlich weist der Magistrat noch darauf hin, daß ihm der stadtseitige Ankauf des Grundstücks zum Preise von 135 000 M auch für den Fall empfehlenswert erschien, daß die Versammlung der Unterbringung der Hilfsschule in demselben nicht zustimmen sollte, und daß er deshalb geglaubt hat, die Forderung des Verkäufers, ihn wegen etwaiger Mietausfälle infolge der erfolgten Kündigung zweier Mietverträge für ein halbes Jahr mit rund 400 M zu entschädigen, ohne weiteres zu bewilligen.

Die Versammlung wird hiernach ersucht,

- 1) den Ankauf des Grundstücks M. ass. 882 in Gemäßheit des vorgelegten Kaufvertrages vom 9. April d. J. zu genehmigen
und
- 2) der Einrichtung des fraglichen Grundstücks zur Unterbringung der Hilfsschule in demselben in Gemäßheit des vorgelegten Umbauprojektes unter Bewilligung der Baukosten zu 72 500 M mit der Maßgabe zuzustimmen, daß über die einzelnen Bauarbeiten vom Magistrate im Einvernehmen mit dem Schulvorstande einerseits und der vereinigten Bau- und Schulkommission andererseits endgültig entschieden werde.

Die sämtlichen Kosten werden aus dem Schulhausbaufonds zu bestreiten sein.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Es handelt sich jetzt nicht darum, den hier dargestellten Umbauplan zu genehmigen, sondern wir sollen uns schlüssig machen, ob der Ankauf des Grundstücks in

finanzieller Hinsicht angezeigt erscheint, namentlich aber, ob das Grundstück zu einer Hilfsschule umgebaut werden kann. Die ausgehängten Zeichnungen sollen den Beweis liefern, daß der Umbau in zweckentsprechender Weise möglich ist. Die vereinigte Bau- und Schulkommission hat bei Prüfung der Vorlage nicht auch den Fall in den Kreis ihrer Erörterungen gezogen, ob das ehemalige Standesamtsgebäude, welches die Hilfsschule zurzeit beherbergt, für den nach der Vorlage in Aussicht genommenen Zweck auch wirklich wird benutzt werden können, sondern wir haben nur anerkannt, daß das Gebäude in sehr einfacher Weise für Bureauzwecke umgebaut werden kann. Das alte Stadthaus wird voraussichtlich an den Fiskus verkauft werden müssen, und die Versammlung hat sich ja auch seinerzeit auf eine entsprechende vertrauliche Anfrage dem Verkaufe sehr sympathisch gegenübergestellt und hat geglaubt, in dieser Beziehung allen berechtigten Wünschen und Anforderungen des Herzoglichen Staatsministeriums nach Möglichkeit entsprechen zu sollen. Wenn dieser Fall aber eintreten sollte, so ist es nötig, ein anderes Gebäude stadtseitig zu beschaffen und die Gelegenheit dazu bietet sich bei dem dem Großen Klub gehörigen Gebäude.

Dieses Gebäude liegt für eine derartige Schule durchaus günstig im Mittelpunkt der Stadt; es ist verhältnismäßig groß und läßt sich für den angenommenen Betrag von 72 500 M entsprechend umbauen. Gegen den Voranschlag sollen sogar noch Verbesserungen und auch Ersparnisse vorgenommen werden. Darauf möchten wir indessen heute die Diskussion nicht lenken und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Magistrat vorgeschlagen hat, über die einzelnen Bauarbeiten im Einvernehmen mit dem Schulvorstande einerseits und der vereinigten Bau- und Schulkommission andererseits endgültig zu entscheiden. Wir sollen uns heute also nur prinzipiell darüber entscheiden, ob wir das Grundstück des Großen Klubs ankaufen wollen. Das Urteil der beiden Kommissionen hierüber kann ich dahin zusammenfassen, daß sie Ihnen einstimmig empfehlen, den Ankauf gutzuheißen, also der Magistratsvorlage in allen Punkten zuzustimmen.

Auf die Erklärung der Herren Hauswaldt und Südel, daß sie sich als Mitglieder des Großen Klubs weder an der Debatte noch an der Abstimmung beteiligen werden, bemerkt

der Herr Vorsitzende, daß ein so minimales Interesse unmöglich dahin führen könne, sich bei einer Vorlage der Stimme zu enthalten.

Herr Frühling: Ich bin auch Mitglied des Großen Klubs, jedoch fühle ich mich dadurch in der Sache nicht so beengt, um mich daran nicht beteiligen zu dürfen. Wenn ich aus dem Grunde sollte die Vorlage zu unrecht behandelt haben, so bitte ich das zum Ausdruck zu bringen.

Herr Nolte: Auch die Schulkommission ist mit der Vorlage vollständig einverstanden. Wenn auch der Schulvorstand darüber noch nicht offiziell gehört

worden ist, so soll doch nach der Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters der Leiter der Hilfschule damit einverstanden sein, das Grundstück des Großen Klubs als Hilfschule zu benutzen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Schulvorstand hat das Umbau-projekt schon früher beraten und sich damit einverstanden erklärt; es ist ihm nur das jetzt hier ausgehängte Projekt noch nicht vorgelegt worden.

Herr Lord: Ich möchte fragen, ob das hier auszuhängende Projekt als ein definitives anzusehen ist, oder ob uns noch einmal eine Vorlage darüber gemacht werden wird.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir haben die Sache so aufgefaßt, daß das Projekt der Versammlung nicht weiter vorgelegt werden soll, weil wir der Ansicht sind, daß die zu Schulklassen in Vorschlag gebrachten Räume hierzu die geeignetsten sind und alle übrigen Sachen lediglich technische Einzelheiten betreffen, die der vereinigten Bau- und Schulkommission zur Entscheidung überlassen bleiben könnten.

Herr Frühling: Die noch zu entscheidenden Einzelheiten können recht gut den vom Magistrat vorgeschlagenen Instanzen überlassen bleiben. Es handelt sich dabei um die zweckmäßigste Anlegung eines Brausebades nebst Ankleideraumes, um die Anbringung der Schornsteine, um die Frage, ob Zentral- oder Ofenheizung gewählt werden soll u. dgl. m.

Herr Jasper: Nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters lege ich Wert darauf, festgestellt zu sehen, ob die finanzielle Begrenzung des Bau-projektes in Höhe von 72500 M erhalten bleibt, oder ob auch die Festsetzung dieser Summe der Baukommission überlassen bleiben soll.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Summe von 72500 M soll die Höchstgrenze der Ausgabe bilden.

Herr Lord: Ist in die Summe auch die teilweise Asphaltierung der Breitenstraße einbegriffen? Es liegt auf der Straße ein sehr starker Verkehr, so daß wir nicht davonkommen werden, sie zu asphaltieren.

Herr Frühling: Nach dem Projekte liegen nur zwei Schulklassen nach vorn. Wir haben die Frage der Asphaltierung auch besprochen, jedoch ging die Meinung dahin, daß der Verkehr nicht derartig störend sein würde, um die Benutzung der beiden Klassenräume unmöglich zu machen. Es soll indessen versucht werden, die Klassen, wenn nötig, noch zu verlegen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die Vorlage genehmigt und dabei festgestellt, daß niemand dagegen war.

II. Verkauf des alten Stadthauses.

Das Herzogliche Staatsministerium hat bei dem Magistrate angefragt, zu welchem Preise die Stadt das alte Stadthaus ohne das ehemalige Stadtkassengebäude behufs Erweiterung des Justizgebäudes an den Staat abtreten würde. Der Magistrat ist der Ansicht, daß es im wohlverstandenen Interesse der Stadt liege, dem Verkaufe des Grundstücks zuzustimmen und den Preis in mäßiger Höhe zu bemessen. Die Schätzung der städtischen Bauverwaltung, die sich auf 202 000 M beläuft, hält mit dem Ministerium auch der Magistrat für zu hoch, diejenige der Herzoglichen Baudirektion im Betrage von 121 313 M erscheint ihm dagegen zu niedrig. Bei Lage der Umstände hält es der Magistrat vielmehr für zulässig und empfehlenswert, der Regierung den von ihr geforderten Teil des gesamten Grundstücks im Umfange von 11,71 a zum Preise von 135 000 M unter der Bedingung zu überlassen, daß der Stadt das ihr bislang nicht zustehende Recht eingeräumt werde, den zwischen dem Justizgebäude und dem Stadthausgrundstücke gelegenen Raum in einer Nutzbreite von wenigstens 4 m als Zugang und im Notfalle auch als Zufahrt zum Schulgrundstücke unentgeltlich zu benutzen.

Es wird daher magistratsseitig anheimgegeben, einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Staate zuzustimmen. Die näheren Vertragsbestimmungen würden später festgestellt werden können.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Südel: Wir haben natürlich ein außerordentliches Interesse daran, das neu zu bildende Landgericht hier zu behalten, ganz abgesehen von der Wichtigkeit der Frage, das Gericht hier als ein geschlossenes Ganze zu erhalten. Es ist keine Frage, daß das alte Stadthaus bei seiner Lage mitten in der Stadt und bei der Nähe des Rathauses für die Stadtverwaltung von großem Werte ist und daß die Stadt auch nicht daran denken würde, ein derartiges Grundstück zu veräußern, wenn es nicht im Interesse des Staates geschähe, dem entgegenzukommen auch im Interesse der Stadt liegt.

Die Finanzkommission hat sich eingehend mit der Vorlage beschäftigt, und, obgleich sie anerkennt, daß der Preis des Grundstücks von 135 000 M, selbst wenn man das einzutragende Recht des Durchgangs auf 10 000 M bewertet, außerordentlich billig sein würde, so empfiehlt sie doch, dem Staate das Angebot zu unterbreiten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wegen der Eintragung der Servitut haben inzwischen Verhandlungen stattgefunden, wobei von dem Vertreter des Herzoglichen Staatsministeriums darauf hingewiesen wurde, daß die Eintragung augenblicklich nicht opportun sein würde, nicht etwa, weil das Ministerium uns das Recht nicht auch formell sichern will, sondern weil möglicherweise im Falle der

Neubauung des Grundstücks — vorläufig soll indessen das alte Haus erhalten bleiben — eine Verschiebung des Eingangs vorkommen könnte, so daß dann die Servitut wieder anderweit eingetragen werden müßte. Da es für die höhere Mädchenschule gleichgültig sein kann, ob der Zugang einige Meter verschoben wird oder nicht, so habe ich mich auf den Standpunkt gestellt, daß dies unerheblich sein würde, sofern uns das Herzogliche Staatsministerium nur in bündiger Form erklärte, dieses Recht der Stadt einräumen zu wollen. Wir brauchen daher auf die sofortige Eintragung kein besonderes Gewicht zu legen.

Vorsitzender: Dann müßte aber doch in der vertragsmäßigen Uebereinkunft diese eventuelle Aenderung vorgesehen werden. Es müßte von dem Herzoglichen Staatsministerium die Zusicherung erteilt werden, den Zugang der Stadt zu gewähren, bei einer Neubauung des Grundstücks aber so, daß wenigstens auf der östlichen Seite des Schulgrundstücks ein Zugang bleibt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es würde sich vielleicht empfehlen zu sagen, entweder den jetzigen Zugang beizubehalten oder einen Zugang von 4 m Breite einzuräumen, der gelegen ist zwischen der Westgrenze des Justizgebäudes und der Treppe, die zum Stadthause hinaufführt. Ich glaube, der Zugang wird an seiner jetzigen Stelle dauernd liegen bleiben, weil der Staat dort den Zugang zum Hofe des Justizgebäudes am passendsten erhält.

Herr Riese: Es ist ja alles nett und schön, aber die Sache kommt mir doch fast vor, als ob wir mit dieser Vorlage, gelinde ausgedrückt, überfallen werden sollen, während der Ankauf des Grundstücks des Großen Klubs schon mehr als ein Vierteljahr herumgespuht hat. Letzteres Grundstück ist 18 a groß, so daß sich dessen Preis auf 75 M für 1 qm stellt, während das alte Stadthaus 11,71 a hält und nur dasselbe kosten soll. Das alte Stadthaus hat die städtische Bauverwaltung auf 202 000 M geschätzt, während die Herzogliche Baudirektion einen Wert von 121 313 M herausgerechnet hat. Das kommt mir vor wie eine Submission, der man auch keinen Wert beilegen kann, weil die einzelnen Gebote oft erheblich von einander abweichen. Was mich aber geradezu paß gemacht hat, ist, daß man bei dem Angebote genau auf dieselbe Summe gekommen ist, wie bei dem Grundstücke des Großen Klubs. Die Lage des alten Stadthauses ist doch viel besser, als die des Großen Klubs, deshalb muß auch der Preisunterschied ein bedeutender sein. Die Altstadt hat den größten Teil ihres früheren Verkehrs eingebüßt, denn der Zug geht heute vom Bahnhofe nach dem Osten, nicht aber nach dem Westen. Wenn also das angekaufte Grundstück billig genannt wird, so ist dieses städtische Grundstück noch viel billiger. Ob der Staat sich uns gegenüber immer in gleicher Weise verhalten hat, scheint mir doch zweifelhaft zu sein. Am Wendentorwall, beim Nieselgute und am Dowesee haben wir von einem Entgegenkommen des Staates nichts bemerkt, sondern haben die Länderei teuer genug bezahlen müssen. Das

Entgegenkommen müßte doch ein beiderseitiges sein. Es muß hierbei allerdings ins Gewicht fallen, daß unsere Landstädte nach Kräften bemüht sind, die neue Kammer zu erhalten, aber der Staat hat doch wohl das größte Interesse daran, nicht ein neues Gebäude für die Kammer erwerben zu müssen. Ob unter solchen Verhältnissen der geforderte Preis nicht doch zu gering ist, möchte ich zur Erwägung verstellen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat steht auf dem Standpunkte, wenn die Regierung hier nicht gewissermaßen in einer Notlage wäre, würden wir das Grundstück überhaupt nicht verkaufen und wenn uns dafür 200 000 M. gegeben würden, weil es für die städtischen Zwecke außerordentlich günstig liegt. Ich glaube auch nicht, daß dann die Versammlung auf einen Verkauf drängen würde. Die Sachlage ist folgende: Im Landtage sind von verschiedenen Seiten Anregungen gegeben, ein zweites Landgericht einzurichten. So leid es mir tut, daß ich den verehrten Kollegen aus den kleineren braunschweigischen Städten gegenüber treten muß, denn ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß sich auch diese Städte in einer gewissen Notlage befinden, so muß ich doch sagen: das Hemd ist mir näher als der Rock. Wir haben die Interessen unserer Stadt zu vertreten, und die gehen dahin, das Landgericht ungeteilt unserer Stadt zu erhalten. Kommt ein zweites Landgericht außerhalb Braunschweigs zustande, so wird vermutlich eine sehr wesentliche Einschränkung des Verkehrs am hiesigen Gerichte eintreten, wodurch der Verkehr in hiesiger Stadt leiden würde.

Wenn Herr Riese übrigens meint, wir wollten die Versammlung mit der Vorlage überrumpeln, so hat uns das fern gelegen. Die Anfrage des Herzoglichen Staatsministeriums ist uns erst vor ganz kurzer Zeit zugegangen und wir sind dringend gebeten, die Sache zu beschleunigen, weil tunlichst bis zum 17. Mai d. Js. der Landesversammlung bei ihrem Wiederzusammentritt eine Vorlage des Herzoglichen Staatsministeriums zugehen soll. Aus diesem Grunde blieb uns nur übrig, die Sache heute der Versammlung zur Entscheidung zu unterbreiten. Richtig ist es, daß wir beim Ankauf von Staatsgrundstücken teilweise sehr erhebliche Beträge haben zahlen müssen, aber es kommt dabei auch in Betracht, daß wir in den betreffenden Fällen dem Staate unsererseits nichts bieten konnten, während hier der Staat uns etwas bietet, indem das neue Landgericht hier bleiben soll, sofern wir uns über den Ankauf einigen. Bezüglich der vorgekommenen Ankäufe von Staatsgrundstücken kann aber auch Herr Riese dem Staate als solchem keinen Vorwurf machen, denn die Staatsbehörde hatte einen bestimmten Preis gefordert, den wir nicht zahlen wollten, worauf es zur Expropriation gekommen ist, bei der die Schätzer — zum großen Teile hiesige Einwohner — den Preis für angemessen erachtet haben und wir ihn infolgedessen zahlen mußten. In dem Falle des Rieselguterwerbes trifft die Annahme des Herrn Riese gar nicht zu, denn dabei lehnte

der Landtag die Vorlage der Regierung ab, darauf wurde expropriert und wir bekamen die Länderei noch 40 000 M billiger, als wir hatten geben wollen; es ist das also für uns gar kein schlechtes Geschäft gewesen.

Bei der uns hier beschäftigenden Sache liegt es aber im wohlverstandenen Interesse der Stadt, der Regierung entgegenzukommen. Es ist richtig, daß sich dabei zwei Schätzungen gegenüberstehen, die kaum miteinander in Einklang zu bringen sind. Früher hat der Magistrat schon einmal unter der Hand eine Schätzung von der städtischen Bauverwaltung bekommen, die das Grundstück auf 150 000 M bewertete. Damals war das Bestreben, das Grundstück für die Stadt zu erhalten, nicht so intensiv wie heute. Wenn man aber lediglich dessen Kaufwert berücksichtigen will, so dürften 150 000 M eine ganz angemessene Forderung sein. Ich bezweifle allerdings, daß wir diesen Preis bekommen würden, wenn wir das Grundstück an den Markt bringen wollten. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die von uns geforderte Servitut einen gewissen Wert repräsentiert. Es ist nicht zu bestreiten, daß die dem Staate hierdurch erwachsende Last um deswillen eine drückende nicht genannt werden kann, weil er die Zufahrt zum Justizgebäude so wie so nötig hat. Wenn ich aber auf mein Grundstück eine Servitut lege, so schädige ich dessen Wert, und diesen Wert könnte man hier wohl auf 10 000 M bemessen, so daß wir schon auf einen Preis von 145 000 M kommen würden. Berücksichtigt man ferner, daß der Staat nach dem vorliegenden Anschlage für den Umbau des Hauses noch 16 175 M aufzuwenden hat, so ist der Preis, wenn wir dem Staate entgegenkommen wollen, doch wohl annehmbar. Das wunderbare Zusammentreffen, daß für das Stadthaus von uns genau soviel gefordert wird, wie wir für das Klubgebäude geben wollen, erklärt sich einfach dadurch, daß sich der Magistrat, nachdem er mit dem Großen Klub abgeschlossen hatte, sagte, wenn wir für das Stadthausgrundstück ebensoviel wiederbekommen, wie wir für das Klubgrundstück ausgeben müssen, dann können wir zufrieden sein und stehen uns ganz gut dabei. Aus diesem Grunde ist derselbe Preis gefordert worden.

Herr Meyerhoff: Wenn Herr Rieke meint, in einer anderen braunschweigischen Stadt müßte der Staat eventuell ein neues Gebäude für das Landgericht bauen, so muß ich dem widersprechen. In Holzminden war bekanntlich schon vor Jahren das Landgericht II, und es kann das betreffende Gebäude mit ganz geringen Kosten wieder für das Gericht eingerichtet werden. In Gandersheim ist das Gebäude der Kreisdirektion so groß, daß es ohne wesentliche Bauten für das Landgericht mit nutzbar gemacht werden kann. Auch Seesen hat sich zu Opfern erboten. Wolfenbüttel hat den Bauplatz für ein Gerichtsgebäude umsonst zur Verfügung gestellt. Wenn wir also die Tage von 202 000 M, die wirklich reichlich hoch ist, nicht erreichen, so steht sich die Stadt bei einer Forderung von 135 000 M doch noch ganz gut. Nicht nur die Gerichtsbeamten bleiben der Stadt

erhalten, sondern auch die Leute, welche als Zeugen, Sachverständige u. vor dem Gerichte zu erscheinen haben, bringen Leben in die Stadt. Ich bin außerdem auch nicht fest davon überzeugt, daß bei einem freihändigen Verkaufe des Grundstücks viel mehr herauskommen würde. Etwas anderes ist es, wenn die Stadt das Grundstück für sich erhalten will, dann hat es für sie natürlich einen höheren Wert. Uebrigens betrachten die ländlichen Abgeordneten die Abschätzung der Ländereien des Mieselguts Steinhof heute noch als ein großes Unrecht gegen den Fiskus. Ich möchte bitten, die Magistratsvorlage zu genehmigen, da ich den Preis des Grundstücks unter den gegebenen Verhältnissen für angemessen halte.

Die Vorlage wird darauf mit der Maßgabe angenommen, daß entweder der jetzige Zugang zur Schule beibehalten oder der Stadt ein 4 m breiter Zugang zwischen der Westgrenze des Justizgebäudes und der zum Stadthause hinauf-führenden Treppe bündig eingeräumt werde.

III. Zuspauß für das Luisenstift.

Das Luisenstift, eine Zufluchtstätte für arme Fallsüchtige (Epileptiker) hat den Magistrat um Unterstützung gebeten.

Das Luisenstift ist hervorgegangen aus Sammlungen milder Gaben, die bereits Anfang der 80er Jahre von Herrn Sanitätsrat Dr. med. Berthman in Gemeinschaft mit der verstorbenen Ehrenbürgerin der Stadt, Fräulein Luise Lößbecke, veranstaltet wurden zu dem Zwecke der Hilfe und Fürsorge für epileptische Personen. Im Jahre 1891 wurde mit dem gesammelten Kapital von etwa 40 000 M zur besseren Durchführung der erwähnten Bestrebungen eine Stiftung gegründet, die den Namen „Luisenstift“ erhielt und von Sr. Königl. Hoheit dem Regenten mit den Rechten milder Stiftungen ausgestattet wurde. Zweck der Stiftung ist nach den Satzungen: Die Schaffung einer Zufluchtstätte für arme Fallsüchtige (Epileptiker), doch soll zunächst nur die Gründung einer Erziehungsanstalt für epileptische Kinder ins Auge gefaßt werden, da hier Hilfe am notwendigsten ist und sich zur praktischen Durchführung auch die wenigsten Schwierigkeiten bieten. In dieser Richtung wurden also die ersten Schritte getan und bereits im Jahre 1891 wurde ein geeignetes Grundstück zur Errichtung eines derartigen Erziehungsgebäudes unter günstigen Bedingungen erworben. Das Grundstück liegt an der Ecke des Mittelweges und der Ludwigstraße, ist 67 a 92 qm groß und der Preis von 8 M pro Quadratmeter war in Betracht dessen, daß das Grundstück an völlig ausgebauter, mit Gas- und Wasserleitung, sowie Kanal-anlage versehener Straße gelegen war, als durchaus angemessen zu bezeichnen.

Indessen wurde durch den Ankauf dieses Grundstücks nicht nur das vorhandene Stiftungsvermögen in Höhe von 40 000 M völlig aufgebraucht, sondern auch der seitens Herzoglicher Staatsregierung gewährte Zuspauß von 14 000 M

wurde dazu mit verwandt, so daß einstweilen an eine Errichtung der Gebäude nicht zu denken war. Dazu kam, daß die Sammlung milder Gaben nur langsam fortschritt, und auch ein weiterer Zuschuß seitens Herzoglicher Staatsregierung, obwohl ein solcher bei Gelegenheit des ersten in Aussicht gestellt war, trotz der wiederholten eifrigen Bemühungen des Stiftungsvorstandes nicht zu erlangen war, da Herzogliches Staatsministerium in Anbetracht einerseits der natürlich nicht unbeträchtlichen ersten Aufwendung für die Errichtung der Anstalt, andererseits in der Befürchtung, dadurch auch eine Verpflichtung zur Uebernahme beziehungsweise Garantie der späteren Betriebskosten anzuerkennen, sich zu einem größeren Beitrage nicht bereit erklären wollte.

Infolgedessen hat die Angelegenheit seitdem geruht. Es scheint jetzt aber der Zeitpunkt gekommen, an die Verwirklichung des Stiftungsgedankens zu denken, da inzwischen nicht nur durch weitere Sammlungen milder Gaben ein Kapital von etwa 32 000 M. zusammengebracht, sondern auch von einem hochsinnigen Freunde der Stiftung, dem Rentner C. Magnus, ein Kapital von 20 000 M. in Aussicht gestellt ist, so daß gegenwärtig neben dem oben erwähnten Grundstücke am Mittelweg an Kapitalvermögen etwa 52 000 M. zur Verfügung stehen.

Die Kosten des zu errichtenden Gebäudes — das für 30 Böglinge mit dem nötigen Lehr- und Pflegepersonal, sowie für die Wohnung des Inspektors Raum bieten soll — sind nach einem vom Herrn Professor Lübke aufgestellten Bauplane zu etwa 85 000 M. veranschlagt, wozu noch 3000 M. für Einfriedigung des Grundstücks kommen, während für die innere Einrichtung noch außerdem 10 000 bis 12 000 M. erforderlich sein werden. Es würden also bei einer Bau Summe von 88 000 M. und einem Kapitalvermögen von 52 000 M. noch etwa 36 000 M. und die Kosten für die innere Einrichtung fehlen.

Die Betriebskosten werden, soweit sich das jetzt abschätzen läßt, etwa 400—450 M. für einen Bögling betragen, die aber, da die Mehrzahl der letzteren aus unbemittelten Kreisen stammt, zum Teil wenigstens von dem Armenverbande oder der Stadt getragen werden müßten.

Die Bitte des Stiftungsvorstandes geht dahin: „Die Stadt möge zu den Kosten des zu errichtenden Anstaltsgebäudes und der inneren Einrichtung die Summe von wenigstens 50 000 M. bewilligen, sowie die Unterhaltungskosten für hiesige unbemittelte Böglinge der Anstalt übernehmen.“

Daß die Errichtung einer Anstalt, die sich die Aufnahme und Erziehung der von dem schweren Leiden der Epilepsie betroffenen unglücklichen Kinder zum Ziele setzt, nicht nur im höchsten Grade wünschenswert ist, sondern dringend geboten erscheint, wird ohne weiteres anzuerkennen sein. Es soll in dieser Beziehung nur

darauf hingewiesen werden, daß nach einer Aufstellung des Herrn Sanitätsrats Dr. Verthman die Zahl der epileptischen Kinder in den hiesigen Volksschulen betrug:

im Jahre 1894 = 61 (darunter 35 weibliche)

" " 1899 = 43 (" 25 ")

" " 1903 = 42 (" 22 ")

wobei zu berücksichtigen ist, daß nur die Kinder der Volksschulen, nicht die der Privatschulen und Gymnasien, und ferner nur die Fälle gezählt wurden, die den Lehrern zufällig bekannt geworden waren. Da diese Kinder in der Regel an sich schon infolge ihres Leidens in ihren geistigen Fähigkeiten beschränkt zu sein pflegen, sie ferner aber, wenn die Anfälle stärker auftreten oder sich öfter wiederholen, aus Rücksicht auf die anderen Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen werden müssen, so werden sie nur selten eine rechte oder wenigstens nur leidliche Schulbildung erhalten.

Andererseits aber legt die freigebige Mildtätigkeit unserer Mitbürger, von denen das jetzige Stiftungsvermögen zum größten Teile zusammengebracht ist, der Stadt gewissermaßen die Pflicht auf, auch ihrerseits an diesem Unternehmen hilfreicher Nächstenliebe sich zu beteiligen.

Das Bauprojekt sieht Raum für 30 Zöglinge vor. Ob eine derartige Anstalt für längere Zeit dem Bedürfnisse genügen wird, steht dahin, der Magistrat glaubt jedoch, dem Stiftungsvorstande darin zustimmen zu müssen, daß bei der Dringlichkeit einer derartigen Anlage nicht länger gewartet, sondern ein Anfang wenigstens gemacht werden sollte. Auch ist es bei der Größe des vorhandenen Grundstücks möglich, durch Errichtung eines gleichartigen Gebäudes die Anstalt später entsprechend zu erweitern. Das jetzt zu errichtende Anstaltsgebäude aber in der Weise zu bauen, daß es durch Anbau von Flügeln späterhin erweitert werden könnte, wie von Herzoglicher Baudirektion, die im übrigen sich mit dem vorliegenden Projekt einverstanden erklärt hat, vorgeschlagen wird, erscheint dem Stiftungsvorstande unzweckmäßig. Der Magistrat schließt sich dieser Ansicht an und hält das vorliegende Projekt ebenfalls für geeignet.

Der Anschlag der Betriebskosten von 400—450 M pro Zögling und Jahr ist richtig bemessen; derselbe stützt sich auf die Erfahrungen, die in der hiesigen Taubstummenanstalt in dieser Beziehung gesammelt wurden. Die Höhe dieser Betriebskosten kommt hier insofern in Betracht, als diese zum Teil von der Stadt alsdann zu übernehmen sein würden, wenn der festzusetzende Verpflegungssatz von den Angehörigen eines Zöglings nicht aufgebracht werden kann.

Der Magistrat muß es für die Pflicht der Stadt halten, auch für diese unglücklichen Kinder, die ihres Leidens wegen vom Volksschulunterrichte ausgeschlossen werden müssen, ausreichende Fürsorge zu treffen. Es soll nur noch darauf

hingewiesen werden, daß in Preußen bereits durch Gesetz vom 11. Juli 1891 den kommunalen Verbänden die Fürsorgepflicht für Epileptische in gleicher Weise auferlegt ist, wie solche schon früher in Ansehung anderer Hilfsbedürftiger bestand. Aussicht, daß auch das hiesige Landesgesetz vom 30. März 1894, die Ausbildung nicht vollsinniger, schwach- oder blödsinniger Kinder betreffend, auf die an Fallsucht leidenden Kinder ausgedehnt werde, ist zurzeit nicht vorhanden, und es bleibt daher, wenn den in Rede stehenden Hilfsbedürftigen nachhaltig geholfen werden soll, nichts anderes übrig, als den Stiftungsvorstand in seinem gemeinnützigen Bestreben stadtseitig zu unterstützen.

Eine allgemeine Verpflichtung, sämtliche unvermögende, an Fallsucht leidende Kinder in der Anstalt auf Kosten der Stadt unterzubringen, kann übrigens die Stadt bei der Ungewißheit über den Umfang einer solchen Leistung im voraus nicht übernehmen. Es wird vielmehr genügen, wenn demnächst die städtischen Behörden für diesen Zweck alljährlich eine entsprechende Summe zur Verfügung stellen, zumal der Vorstand nach wie vor bemüht und bereit sein wird, sein mit Hilfe milder Gaben Privater und staatlicher und städtischer Zuschüsse ins Leben gerufenen Unternehmen in gleicher Weise fortzuführen.

Schließlich sei noch bemerkt, daß Herzogliches Staatsministerium zwar sich nicht hat bereit erklären können, auch seinerseits jetzt einen weiteren Zuschuß in Aussicht zu stellen, sich im übrigen aber mit dem Vorgehen des Stiftungsvorstandes einverstanden erklärt hat unter der Bedingung, daß in der künftigen Anstalt eine dem Verhältnis des früher gewährten Staatszuschusses zu den Gesamtkosten entsprechende Anzahl von Stellen Kindern aus anderen Teilen des Herzogtums offen gehalten werden müsse und zwar unter den für die Aufnahme von Braunschweiger Stadtkindern geltenden Bedingungen, insbesondere also gegen Zahlung der auf unseren Antrag vom Herzoglichen Staatsministerium festzusetzenden Verpflegungskosten. Es wird hiergegen nichts zu erinnern sein, da ja in der Hauptsache städtische Kinder in der Anstalt Aufnahme finden sollen.

Den den städtischen Behörden wünschenswert erscheinenden Einfluß auf den Betrieb der Anstalt auszuüben ermöglicht der Umstand, daß die Stiftung der Aufsicht des Magistrates unterstellt ist. Eine rein städtische Anstalt zu schaffen, dürfte sich dagegen deshalb nicht empfehlen, weil die bestehende Stiftung als solche nicht aufgehoben werden kann und weil überdies auch nur bei ihrem Fortbestehen darauf zu rechnen ist, daß ihr auch ferner von Privaten milde Gaben und Vermächtnisse zugewandt werden. Sollte indessen die Versammlung für wünschenswert erachten, daß ständig ein Magistratsmitglied Mitglied des Stiftungsvorstandes sei, so würde gegen eine derartige Ergänzung der Statuten nichts zu erinnern sein.

Hiernach wird anheimgegeben,

- 1) dem Luisenstift zu dem Bau und der ersten Einrichtung eines Anstaltsgebäudes für epileptische Kinder einen einmaligen Zuschuß von 50 000 M zu bewilligen sowie
- 2) sich grundsätzlich damit einverstanden zu erklären, daß späterhin für die Erziehung bedürftiger epileptischer Kinder der Stadt im Luisenstift städtische Mittel in einer alljährlich unter den städtischen Behörden zu vereinbarenden Höhe aufgewandt werden.

Herr Lord als Berichterstatter der Finanzkommission: Die Geschichte der Luisenstiftung erbringt den Beweis, daß es einem einzelnen Manne möglich sein kann, ein gutes menschenfreundliches Werk zum glücklichen Ende zu bringen, wenn es mit festem Willen angefaßt und mit zäher Energie weiter getrieben wird. Der Gedanke, den unglücklichen Epileptischen ein Heim zu schaffen, rührt von einem unserer geachteten Mitbürger her. Der Sanitätsrat Dr. Berkhan, der ein Menschenalter hindurch für diese Idee gewirkt hat, anfänglich mit unserer verstorbenen Ehrenbürgerin, Fräulein Luise Lööbecke, später mit wenigen Gleichgesinnten, hat sich damit eine große Arbeitslast aufgebürdet. Wenn wir heute die uns jetzt beschäftigende Vorlage genehmigen, so wird Herr Sanitätsrat Berkhan die Freude, die ihm zu gönnen ist, haben, daß er im Norden der Stadt ein Heim entstehen sieht für die Unglücklichen, deren Fürsorge ihm ein Menschenleben lang am Herzen gelegen hat.

Die Begründung der Vorlage durch den Magistrat ist von der Finanzkommission in allen Punkten anerkannt worden. Es ist richtig, daß die Stadt, nachdem eine Anzahl Mitbürger so erhebliche Summen für die Stiftung ausgegeben hat, nicht wohl länger bei Seite stehen kann. Auch dürfte die Stadt verpflichtet sein, derartigen unglücklichen Wesen, die durch ihr Leiden in der Ausbildung unterbrochen werden, in solchem Heim weiter zu helfen. Die Kommission empfiehlt deshalb, den Vorschlägen des Magistrates zuzustimmen. Sie tut es in bezug auf den zweiten Antrag des Magistrates mit schwerem Herzen. Der erste Punkt läßt sich ertragen, weit schwerwiegender ist der zweite Punkt. Es wird allerdings darauf gerechnet, daß der Stiftung von mildtätigen Leuten auch weiter Mittel zufließen werden, aber wie sie längere Zeit ausgeblieben sind, kann das auch in Zukunft wieder der Fall sein, so daß der Stadt eventuell eine schwere Verpflichtung auferlegt werden kann. Nach dem angenommenen Satz sind für 30 Kinder jährlich 13 500 M aufzubringen. Da der Mehrzahl nach nur die Kinder armer Eltern in der Anstalt Unterkunft finden werden, so werden auch nur wenige Eltern zu den Unkosten beitragen können, die Stadt muß deshalb mit einer jährlichen Ausgabe von 10 000 M rechnen. Trotzdem wird auch dieser Teil der Vorlage zur Annahme empfohlen.

Es wurde auch die Frage gestreift, ob es bei den großen Aufwendungen der Stadt für die Anstalt nicht zweckdienlicher sein würde, wenn die Stadt die Anstalt in eigene Regie übernehme. Wir haben es indessen mit einer milden Stiftung zu tun, deren Uebernahme langwierige, zeitraubende und unangenehme Verhandlungen zeitigen würde. Auch wurde darauf hingewiesen, daß einer im Besitze der Stadt befindlichen Anstalt von Privaten weniger Mittel freiwillig zur Verfügung gestellt werden würden, als einer Stiftung. Der Gedanke wurde deshalb nicht weiter verfolgt. Wir möchten jedoch die Bedingung an die Genehmigung der Vorlage knüpfen, daß die Stadt durch ein Magistratsmitglied im Stiftungsvorstande vertreten wird.

Herr Probst: Ich stehe der Vorlage ebenfalls sympathisch gegenüber, aber das Mitleid, das man mit den unglücklichen Kindern haben muß, darf uns nicht zu Ausgaben verleiten, die nach meinem Dafürhalten für diesen Zweck zu hoch sind. Das für 54 000 M gekaufte Grundstück von 67,⁹² a scheint mir zu dem Zwecke, 30 Kinder unterzubringen, reichlich groß zu sein. Allein an dieser Ausgabe läßt sich nichts mehr ändern. Nun soll aber zur Unterbringung der 30 Kinder ein Gebäude für 85 000 M errichtet werden, und da meine ich, daß sich ein derartiges Gebäude viel billiger müßte herstellen lassen. Es ist zu bedenken, daß diese Kinder meist aus Kreisen stammen werden, die den weniger begüterten Klassen angehören und daß die Kinder voraussichtlich im späteren Leben wieder in solche Verhältnisse zurückkehren müssen; wir tun daher den Kindern gar keinen Gefallen damit, wenn wir sie in derartige opulente Räume hineinbringen, um sie nachher wieder in weniger gute Verhältnisse zurückzu stoßen. Deshalb würde es richtiger sein, ein billigeres Gebäude herzustellen. Wenn wir die Verzinsung des aufzuwendenden Kapitals von rund 150 000 M ermitteln, so ergibt sich bei 4% eine regelmäßige Ausgabe von 6000 M oder 200 M für das Kind allein an Miete. Die Familien, aus denen die Kinder stammen, können sich aber für diesen Betrag eine ganze Familienwohnung mieten, und wir wollen für ein Kind allein 200 M an Miete aufwenden. Die Summe auf den Kopf des Kindes würde sich ja später etwas ermäßigen, wenn das Gebäude einmal vergrößert oder ein zweites Gebäude aufgeführt werden sollte, um dort noch mehr Kinder unterzubringen, jedoch ist noch nicht abzusehen, wann der Zeitpunkt eintreten wird. Dazu kommt, daß nach der in der Vorlage mitgeteilten Statistik eine Zunahme der epileptischen Kinder überhaupt nicht vorhanden ist, sondern im Gegenteil eine Abnahme dieser Zahl konstatiert werden kann. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse möchte ich beantragen, den einmaligen stadtseitigen Zuschuß auf 25 000 M zu ermäßigen. Für die dann vorhandenen Summen muß sich ein angemessenes Gebäude herstellen lassen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Was die Größe des Grundstücks betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß es für die Stiftung geradegu als ein

Glück betrachtet werden kann, ein derartig großes Grundstück gefunden zu haben, weil es notorisch ist, daß die epileptischen Kinder am zweckmäßigsten mit Gartenarbeiten beschäftigt werden. In allen derartigen preussischen Anstalten hat man einen Hauptwert darauf gelegt, daß die Kinder viel in freier Luft gehalten werden und sich mit Gartenarbeiten beschäftigen. Es würde deshalb höchst unpraktisch sein, ein kleineres Grundstück zu kaufen, auch würde dann die Möglichkeit genommen sein, auf dem Grundstück später noch ein zweites Haus zu errichten. Die Größe des Grundstücks kann also nicht gegen die Vorlage sprechen.

Wenn Herr Probst ferner meint, es wäre in Aussicht genommen, opulente Räume zu schaffen, so ist auch diese Annahme unzutreffend. Wir wollen nur ein solides Haus bauen und das ist bei allen Häusern gut, die auf die Ewigkeit berechnet sind, während man bei Wirtschaftsgebäuden nicht so solide zu bauen braucht. In diesem Falle müssen wir ein gesundes und solides Gebäude herrichten, und weiter ist auch nichts beabsichtigt. Ein ganz billiges Gebäude kann hier unmöglich genügen, weil auch die Wohn-, Schlaf- und Schulräume für die Kinder, sowie die Wohn- und Wirtschaftsräume für den Inspektor darin untergebracht werden müssen. Ich weiß nicht, ob Herr Probst schon selbst einmal gebaut hat, aber ich möchte auf Grund meiner Erfahrungen ein solches Gebäude für 50 000 M nicht errichten. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, dafür ein Gebäude zu erbauen, das Anspruch auf Solidität erheben kann.

Was die Frage betrifft, ob die Zahl der Epileptiker zu- oder abgenommen hat, so lege ich dieser Statistik keinen allzu großen Wert bei, besonders nicht aus dem Lande und zwar deshalb, weil viele Eltern — was auch Herr Sanitätsrat Vertman bestätigt — bestrebt sind, das unglückliche Leiden der Kinder tunlichst zu verheimlichen und auf diese Weise höchst schwankende Zahlen erscheinen. Daß wir aber dauernd mit 40 bis 50 epileptischen Kindern zu rechnen haben werden, steht für mich außer Frage. Diese Zahl entspricht auch den Statistiken von anderwärts.

Es wäre auch falsch, anzunehmen, daß die Epileptiker nur in den großen Städten vertreten seien, denn sie sind auf dem Lande ebenso gut vorzufinden. Da nach der Statistik noch 42 epileptische Kinder vorhanden gewesen sind, so wird es nicht als ein unbilliges Verlangen angesehen werden können, wenn für 30 dieser Kinder ein derartiges Heim geschaffen werden soll. Ich kann nur bitten, aus den vom Herrn Referenten vorgetragenen Gründen der Vorlage zuzustimmen.

Herr Frühling: Es handelt sich hier um eine Vorlage ganz seltener und eigener Art, wie sie mir in meiner Tätigkeit als Stadtverordneter noch nicht vorgekommen ist. Der Stadt wird ein Grundstück im Werte von 80 000 M und ein Barbetrag von 50 000 M angeboten, die zusammengebracht sind in hingebender und opfermutiger Arbeit und durch die Freigebigkeit verschiedener Bürger. Eine solche Gabe müßte aber dankbar angenommen werden. Die Gabe wird auch nicht

gebracht, um uns zu Ausgaben zu verleiten, die vermieden werden könnten, sondern es ist bedauerlich, daß nicht schon längst stadtseitig für die armen Epileptischen gesorgt worden ist. Wenn auch kein Gesetz besteht, nach dem die Kommunen die Fürsorge für diese bedauernswerten Menschen übernehmen müssen, so liegt doch eine moralische Verpflichtung dazu vor. Wir dürfen uns der Tatsache nicht verschließen, daß wir für diese unglücklichen Kranken sorgen müssen und deshalb können wir es nur dankbar begrüßen, daß uns das Stiftungskapital geboten wird. Es hat mich gefreut, daß der Herr Referent in so warmherziger Weise derjenigen gedacht hat, die diese Stiftung ins Leben gerufen haben. Ich wollte nicht unterlassen, dem nochmals Ausdruck zu geben, bevor ich auf die Ausführungen des Herrn Probst näher eingehe.

In der Hauptsache hat der Herr Oberbürgermeister die Bedenken des Herrn Probst schon widerlegt. Das Grundstück ist durchaus nicht zu groß. Man muß eben darauf Rücksicht nehmen, daß eventuell eine Vergrößerung des Gebäudes eintreten muß und daß die Kranken im Freien arbeiten können. Was den Preis des Gebäudes anbetrifft, so habe ich darüber auch ein Urteil, und ich kann nach eingehender Prüfung sagen, daß die geforderte Bausumme nicht nur nicht zu hoch ist, sondern daß ich auch überzeugt bin, Sie werden unter keinen Umständen ein billigeres Gebäude herstellen können, als hier in Aussicht genommen ist. Alle Vergleiche mit anderen ähnlichen Gebäuden bestätigen diese Annahme. Ein Vergleich der Bausumme mit der Anzahl der in dem Hause unterzubringenden Kranken ist nicht zutreffend, denn auch ein Arztzimmer, ein Schulzimmer, eine Inspektor- und eine Wärterwohnung sind einbegriffen. Ich möchte dringend warnen, auf die Anregung des Herrn Probst einzugehen, denn mit einem geringeren Kapital läßt sich die Sache nicht ins Leben rufen. Außerdem, glaube ich, haben wir auch die Ehrenpflicht, nicht zu knausern, wenn uns in so hochherziger Weise eine Summe von 130 000 M zur Verfügung gestellt wird. Wir dürfen nicht 25 000 M abstreichen wollen, um dadurch das Inslebentreten der Anstalt zweifelhaft oder gar unmöglich zu machen.

Herr Jasper: Mit dem Magistrate und dem Referenten erkenne ich an, daß für die Stadt eine Verpflichtung besteht, den unglücklichen Wesen eine Fürsorge angedeihen zu lassen. Ich halte diese Pflicht für um so zwingender, als ich die beigegebene Statistik nicht für stichhaltig ansehe, sondern annehme, daß noch viel mehr Beteiligte vorhanden sind, zumal auch in der Vorlage gesagt worden ist, daß die Statistik auf zufälligen Wahrnehmungen der Lehrer beruhe und die tatsächlich vorhandene Zahl der Unglücklichen nicht erreicht werde. Mit der vom Magistrate vorgeschlagenen Lösung der Frage kann ich mich indessen nicht einverstanden erklären, und ich muß auch Herrn Frühling widersprechen, da die Sache anders liegt, als er sie dargestellt hat. Es kann keine Rede davon sein, daß der

Stadt hier eine Schenkung gemacht werden soll, denn es bleibt das, was in anerkennenswerthem Eifer gesammelt worden ist, in den Händen eines anderen, nämlich der Stiftung, und umgekehrt wird verlangt, daß die Stadt der Stiftung eine Schenkung macht, durch die sie gleichzeitig ihrer Verpflichtung, für die Unglücklichen zu sorgen, los und ledig wird. Weil aber die Sache gerade umgekehrt liegt, als sie Herr Fröhling vorgetragen hat, habe ich Bedenken gegen die Vorlage. Es scheint mir bedenklich, daß die Aufgabe durch eine Stiftung gelöst werden soll, eine Aufgabe, die nach der Ansicht des Magistrates der Stadt selbst obliegen dürfte. Wenn Herr Probst gerügt hat, daß ihm die einmaligen Aufwendungen der Stadt zu hoch erschienen, so halte ich das nicht für richtig und kann auch die Begründung des Herrn Probst nicht billigen; meine Bedenken richten sich gegen den zweiten Antrag des Magistrates, der uns eine dauernde Verpflichtung auferlegen will und der nicht auf städtische Kosten eine Anstalt für Fallsüchtige errichten will, sondern der uns zwingen möchte, die Bedürftigen, welche wir unterstützen müssen, dieser Stiftung, also einer fremden Person, anzuvertrauen und die Leitung in fremden Händen zu lassen. Das scheint mir sehr bedenklich zu sein und alles, was in der Kommission gegen meine Bedenken vorgebracht worden ist, hat sie nicht zerstreut oder widerlegt. Mir scheint es nicht richtig zu sein, diese Sache ganz aus den Händen zu geben.

Wenn aber der zweite Teil der Vorlage, also die bindende Verpflichtung der Stadt, gestrichen würde, so könnte ich mich für den ersten Teil wohl erwärmen und dafür stimmen. Es würde dann der Zukunft überlassen bleiben, ob sich die Stiftung derartig entwickelt, daß wir die bedürftigen Kranken ihr überweisen können, und die Entscheidung hierüber kann von Zeit zu Zeit erfolgen und davon abhängig gemacht werden, ob die Stiftung so eingerichtet ist, wie es für das allgemeine Interesse erforderlich erscheint.

Weiter habe ich mich zum Worte gemeldet, um zur Sprache zu bringen, daß die Angelegenheit der Errichtung dieser Stiftung und der Beteiligung der Stadt Veranlassung zu einer Debatte in den öffentlichen Blättern, speziell der Braunschweigischen Landeszeitung, gegeben hat. Dabei hat der Veranlasser und Urheber der Stiftung, Herr Sanitätsrat Dr. Verkhä, behauptet, die Stadt würde durch Unterstützung der Stiftung ein Werk fortsetzen, was sie in anerkennenswerter Weise schon begonnen habe. Er führt dann weiter aus, daß in der städtischen Hilfsschule den Schwachbefähigten, in der Sprachschule den Sprachleidenden und durch die Stiftung den Fallsüchtigen entgegengekommen würde. Diesen Ausführungen ist von einer Seite entgegengetreten und gesagt worden, daß die Sprachkurse seit nahezu zehn Jahren eingegangen seien. Der Herr Oberbürgermeister hat dann auch bestätigt, daß Herr Sanitätsrat Verkhä in diesem Punkte falsch unterrichtet gewesen sein müsse, da tatsächlich die Kurze nicht mehr beständen.

Wenn aber die weitere Angabe der Entgegnung in der Presse richtig sein sollte, daß die Zahl der in der Sprache Beschränkten noch sehr groß und zwar viel größer als die Zahl der Fallsüchtigen ist, daß durch sie sogar der ordentliche Schulunterricht gestört wird, so würde ich es für durchaus wünschenswert halten, daß das einmal begonnene Werk, um den unglücklichen Wesen zu helfen, von der Stadt auch weiter fortgesetzt würde. Bei der gleichen Gelegenheit äußerte der Herr Oberbürgermeister, daß sich zwischen der Lehrerschaft und dem Inspektorate gewisse Konflikte um die Sprachheilkurse entsponnen hätten, die zu unliebsamen Prozessen geführt hätten. Mir ist davon nur wenig bekannt geworden. Soviel ich weiß soll dabei Herr Hauswaldt als Zeuge eine größere Rolle gespielt haben, er wird deshalb besser als ich darüber unterrichtet sein, ob das Hilfsschulwesen so gut gedeiht und sich entwickelt, wie wir es im Interesse der Kinder für wünschenswert halten. Wenn es richtig sein sollte, wie das Eingefandt behauptet, daß der Unterricht in der Hilfsschule durch die weniger sprachbegabten Kinder gestört wird, so würde es von doppeltem Nutzen sein, die Kurse bald wieder aufzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Was zunächst die Frage betrifft, ob die Regelung dieser Sache in die Hand einer milden Stiftung gelegt werden soll oder nicht, so gebe ich zu, wer grundsätzlich gegen milde Stiftungen eingenommen ist, muß dagegen stimmen. Der Magistrat steht auf einem anderen Standpunkte: wir haben mit milden Stiftungen, z. B. mit der Taubstummenanstalt, die besten Erfahrungen gemacht. Die weiteren Bedenken, daß der Magistrat durch Annahme des Punktes 2 eine Verpflichtung zugunsten eines dritten übernehmen wolle, habe ich dahin richtig zu stellen, daß ein bestimmter Umfang von Verpflichtungen gar nicht übernommen werden soll, sondern daß es den städtischen Behörden auch bei Annahme des Punktes 2 überlassen bleibt, wie viel sie für arme Fallsüchtige aufwenden wollen. Es handelt sich nur darum, grundsätzlich zu erklären, ob die Versammlung geneigt ist, diese Unglücklichen zu unterstützen.

Ferner ist es doch eine etwas wunderbare Auffassung, davon zu sprechen, daß der Magistrat einer dritten Person eine Schenkung zuwenden wolle, und Herr Dr. Jasper findet es deshalb bedenklich, weil diese dritte Person Inhaberin des ganzen Vermögens sein soll. Wir haben uns, offen gestanden, mit dieser Stiftung solidarisch erklärt, weil wir uns sagten, wenn die Stiftung nicht da wäre, müßte die Stadt die Anstalt selbst übernehmen. Eine Schenkung nach außen hin liegt also nicht vor.

Was die Sprachheilkurse betrifft, so möchte ich wiederholt erklären, daß die Sache hiermit gar nichts zu tun hat. Man kann doch unmöglich sagen, weil für Stammler und Stotterer noch nicht in genügender Weise gesorgt wird, müßte diese Vorlage abgelehnt werden. Wenn gesagt wird, ich sei als Eideshelfer der Gegner des Herrn Sanitätsrats Berkhan aufgetreten, so bin ich mißverstanden

worden; ich habe nur gesagt, augenblicklich seien solche Kurse nicht vorhanden, aber ich hielte es für wünschenswert und selbstverständlich, daß die Stadt auf Abhilfe sinne gegenüber dem Uebel der Stammler und Stotterer. Leider sind ja seinerzeit Unzuträglichkeiten in bezug auf die Sprachheilkurse hervorgetreten, jedoch eignet sich deren Erörterung nicht für die öffentliche Versammlung.

Herr Probst: Ich möchte nur eine Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters richtig stellen, die dahin ging, daß bei Annahme meines Antrages nur 50 000 M für den Bau des Hauses vorhanden sein sollten. Das ist insofern nicht zutreffend, als für das Haus ohne dessen innere Einrichtung 62 000 M zur Verfügung stehen würden.

Herr Kalms: In der Vorlage vermiße ich verschiedene Sachen und auch Herr Frühling hat ja merkwürdige Dinge darin gefunden. Zunächst möchte ich fragen, ob wir überhaupt in der Lage sind, die Eltern zu zwingen, daß sie ihre fall süchtigen Kinder in die Anstalt geben. Wenn die epileptischen Kranken nicht durch das Gesetz von der Schule ausgeschlossen werden können, so sind wir auch nicht in der Lage, die Eltern zur Hergabe ihrer Kinder zu veranlassen. Meiner Meinung nach werden manche Eltern, wenn sie auch noch so arm sind, ihre Kinder nicht hergeben, sondern lieber bei sich behalten wollen. Es ist sehr schön und man kann sich nur freuen, wenn so hochherzige Herren für eine solche Sache eintreten, und es wäre auch Sache der Stadt gewesen, sich schon seit dem Jahre 1891 dafür zu interessieren. Der Vorstand des Luisenstiftes hat doch wohl nicht ganz kaufmännisch gehandelt, indem er schon im Jahre 1891 ein Kapital von 54 000 M in dem Grundstücke festlegte, da dieses Kapital jetzt mit Zins und Zinseszins auf den doppelten Betrag angewachsen sein konnte. Ob der Grund und Boden überhaupt soviel wert war, wie damals dafür bezahlt worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis, aber auffallend muß es erscheinen, daß der Vorstand, ohne sich mit der Behörde dieserhalb in Verbindung zu setzen, einen so großen Komplex kauft und sein ganzes Vermögen darin festlegt. Leider hat sich in den letzten Jahren außer Herrn Magnus auch niemand mehr gefunden, der der Stiftung eine Zuwendung gemacht hätte.

Nun muß ich auch sagen, wenn es sich um die Förderung der Verkehrsinteressen hiesiger Stadt handelt, so heißt es immer, die finanzielle Lage der Stadt verbiete ein Eingreifen und wenn es sich dabei nur um einige hundert Mark dreht. Auch die Ausübung der Wohltätigkeit kann zu weit gehen. Herr Rathe erwähnte schon bei der Etatsberatung, in welcher erheblichen Weise die Wohltätigkeitsausgaben der Stadt zugenommen haben. Wohltätig sein ist sehr schön, aber man muß auch mit der Finanzlage der Stadt rechnen. Ich halte die uns hier zugemutete Ausgabe für zu hoch. Was den regelmäßigen Zuschuß von 450 M pro Bögling anlangt, so vermiße ich in der Vorlage eine Detaillierung desselben.

Man muß doch ungefähr wissen, wie sich der Betrag zusammensetzt. Wenn es notwendig ist, diesen Zuschuß zu bewilligen — und das soll ja der Fall sein —, so habe ich nichts dagegen zu erinnern, denn ich stehe der Sache an sich sympathisch gegenüber (Heiterkeit), aber ich möchte beantragen, daß die Stadt die Sache selbst in die Hand nimmt. Der Vorstand des Luisenstiftes hat nicht kaufmännisch gewirtschaftet, und wenn es nun einmal so lange gedauert hat, kann es auch noch länger dauern. Die Herren, die für die Stiftung gearbeitet und dazu gespendet haben, werden nichts dagegen haben, wenn die Stadt jetzt die Sache selbst in die Hand nimmt; denn sie haben sich um die Stiftung bemüht, nicht um dabei selbst persönlich hervortreten, sondern um den armen fallsüchtigen Kindern zu helfen. Eine solche Ueberführung des Stiftungsvermögens auf die Stadt soll ja juristische Schwierigkeiten machen, aber es kann doch wenigstens versucht werden. Ich möchte also beantragen zu versuchen, mit einem niedrigeren Zuschusse zu dem Gebäude auszukommen und die ganze Stiftung stadtseitig zu übernehmen.

Vorsitzender: Diese Anträge sind so unbestimmt, daß ich sie nicht zur Abstimmung stellen kann. Wollen Sie, daß der städtische Zuschuß abgelehnt und die ganze Anstalt in städtische Regie übernommen werde? (Herr Kalms: Ja.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Eine Verpflichtung für die Eltern, ihre Kinder in die Anstalt aufnehmen zu lassen, liegt nicht vor, aber wenn Herr Kalms mich vor der Sitzung einmal gefragt hätte, so hätte ich ihm sagen können, daß im Laufe der Jahre schon zahlreiche Anfragen wegen der Unterbringung von Kindern in der Anstalt eingegangen sind, indem verschiedene Leute glaubten, es sei solche Anstalt schon errichtet. Wenn man ferner von den Ärzten hört, welche Unzuträglichkeiten bei diesen unglücklichen Kindern dadurch entstehen, daß sie, der Not gehorchend, von dem Schulunterricht ausgeschlossen werden müssen und daß infolgedessen die Eltern nicht wissen, was sie mit den Kindern anfangen sollen, so kann man nicht zweifeln, daß vernünftige Eltern ihre Kinder gern in die Anstalt geben werden. Ich zweifle deshalb keinen Augenblick, daß genug Anträge solcher Eltern eingehen werden.

Auch was Herr Kalms in bezug auf den Vorstand des Luisenstiftes gesagt hat, trifft nicht zu. Der Vorstand ist nämlich nicht ohne Mitwirkung einer Behörde mit dem Erwerbe des Grundstücks vorgegangen, denn einmal ist der Magistrat die Aufsichtsbehörde der Stiftung und außerdem ist nicht nur der Magistrat um seine Genehmigung angegangen, sondern auch die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums zum Erwerbe des Grundstücks ist eingeholt worden. Man kann auch nicht sagen, daß dieser Erwerb ein verkehrtes Geschäft gewesen ist und der Vorstand besser getan hätte, das Kapital anwachsen zu lassen, so daß es sich jetzt verdoppelt haben würde. Einmal steht dem entgegen, daß wir jetzt schwerlich in der Lage wären, ein so geeignetes Grundstück in der Größe auch nur annähernd

zu dem Preise zu kriegen. Wir haben auch schon hin und her überlegt, ob wir nicht besser täten, das Grundstück zu seinem wirklichen Werte wieder zu verkaufen -- es ist schon ein Angebot zu 70 000 M erfolgt -- aber wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es schwer hält, ein so geeignetes und so gut liegendes Grundstück frei von Straßenkosten für den Preis wieder zu erhalten. Als ein weiteres Moment tritt hinzu, daß der Landtag sich seinerzeit bereit erklärt hatte, der Stiftung einen erheblichen Zuschuß zur Errichtung eines derartigen Gebäudes zu bewilligen und dem Herzoglichen Staatsministerium einen entsprechenden Beschluß unterbreitete -- ich habe angenommen, Herrn Kalms seien diese Verhandlungen bekannt geworden --, jedoch konnte vom Herzoglichen Staatsministerium der Antrag des Landtages nicht berücksichtigt werden, weil bekanntlich die Finanzen des Staates augenblicklich keine glänzenden sind.

Wenn Herr Kalms weiter meint, es hätte sich in den letzten Jahren niemand mehr gefunden, der etwas für die Stiftung getan hätte, so ist das auch nicht zutreffend, denn seit dem Ankauf des Hauses sind durch die rührige Sammeltätigkeit des Herrn Sanitätsrats Berthau wieder 32 000 M zusammengebracht worden; man kann also nicht sagen, daß sich niemand mehr für die Stiftung interessiert hätte. In diesen Tagen hat wieder jemand 1000 M für den Zweck hergegeben.

Ferner hat Herr Kalms darauf hingewiesen, daß seiner Ansicht nach die Wohltätigkeit auch zu weit gehen könnte und hat die Beteiligung der Stadt an der Stiftung mit dem Zuschuß an den Verkehrsverein in Verbindung gebracht. Es widersprecht mir, auf diese Sachen hier näher einzugehen, und ich verstehe nicht, wie man diese beiden Dinge mit einander in Verbindung bringen kann.

Endlich vermißt Herr Kalms eine Spezialisierung des für die Verpflegung eines Kindes angenommenen Satzes von 450 M für das Jahr. Wir haben noch gar nicht den Antrag gestellt, einen Zuschuß von 450 M zu bewilligen, das soll vielmehr einer späteren Beschlußfassung vorbehalten bleiben, aber erfahrungsgemäß kostet ein Kind in einer derartigen Anstalt 450 M jährlich, besonders wenn man berücksichtigt, daß wir die Kinder nicht nur unterhalten, sondern ihnen auch Unterricht erteilen lassen wollen. Die Herren werden sich also einstweilen mit dieser Angabe begnügen müssen. Nähere Angaben, was die Kinder demnächst kosten werden, kann ich nicht machen, das kann vorher überhaupt kein Mensch sagen. Wenn dann Herr Kalms noch auf die Idee des Herrn Dr. Jasper eingegangen ist, die Stiftung aufzulösen und deren Vermögen der Stadt zu überweisen, so sind die Gründe dagegen schon erwähnt worden. Soviel steht fest, wenn die Stadt die Sache machen würde, so würden ihr Zuwendungen auf Grund von Testamenten u. bei weitem nicht in dem Maße zuteil werden, wie einer milden Stiftung. Auch die Auflösung einer milden Stiftung geht nicht so rasch vor sich, wie Herr Kalms anzunehmen scheint; es ist dazu die Genehmigung des Herzog-

lichen Staatsministeriums und des Landesfürsten nötig und ich bezweifle, daß seitens der Regierung die Auflösung genehmigt werden würde.

Herr Frühling: Ich muß mich dagegen verwahren, daß ich die Sache falsch aufgefaßt hätte. Wenn eine Stiftung zusammentritt, um für ein öffentliches Wohl und eine öffentliche Sache zu sorgen und es tritt hernach die Stadt der Stiftung bei, so kann man nicht sagen, daß die betreffenden Herren von der Stadt ein Geschenk erhalten, im Gegenteil, diejenigen, welche ihre Arbeitskraft und ihr Geld hergegeben haben, haben der Stadt ihrerseits ein Geschenk gemacht. Wenn sich sodann Herr Ralms auf mich berufen und gesagt hat, ich hätte in der Vorlage auch merkwürdige Dinge gefunden, so muß ich mich dringend dagegen verwahren, daß ich mit den Ausführungen des Herrn Ralms in Verbindung gebracht werde. Ich stehe auf einem ganz anderen Standpunkte wie Herr Ralms.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Büdel: Es war mir sehr interessant zu hören, daß Herr Ralms vom kaufmännischen Standpunkte aus gegen die Sache gesprochen hat. Der Herr Oberbürgermeister hat Herrn Ralms vorhin schon widerlegt, daß die Anlegung des angesammelten Kapitals nicht kaufmännisch gewesen sein würde, aber ich verstehe auch nicht recht, wie Herr Ralms diese Sache vom kaufmännischen Standpunkte aus behandeln kann. Wenn er einerseits sagt, vom Vorstande des Luisenstifts sei nicht richtig kaufmännisch gehandelt, so wird er andererseits nicht annehmen dürfen, daß er selbst mit seinem Antrage auf stadtseitige Uebernahme der Stiftung kaufmännisch handelt, weil er anerkennen muß, daß dadurch die Stadt weit mehr belastet werden würde, als bei Annahme der Magistratsvorlage. Auch aus finanziellen Gründen möchte ich mich gegen die stadtseitige Uebernahme der Anstalt aussprechen. Ich meine, die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Art Anstalten in der Hand von Privaten weit besser gedeihen, als in der Hand von Gemeinden. Gerade zur Pflege solcher Anstalten ist eine außerordentliche Hingabe und Liebe nötig, die viel schwerer von Angestellten ausgeführt werden kann, als von denen, die gewissermaßen freiwillig sich zur Uebernahme eines solchen Amtes melden. Wir dürfen aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, um stadtseitig ein solches von der Liebe geschaffenes Unternehmen zu unterstützen.

Herr Rathe: Es ist Herrn Ralms darin beizustimmen, daß der Vorstand des Luisenstiftes sehr eilig gewesen ist, als er sich für 54 000 M 2½ Morgen Land gekauft hat, jedoch ist es vielleicht zweckmäßig gewesen, um den staatlichen Zuschuß zu bekommen. In den 15 Jahren, die das Grundstück liegt, hat es jährlich 200 bis 300 M Pacht eingebracht, während der Zinsertrag fast das zehnfache ergeben haben würde. Von diesem Standpunkte aus muß man Herrn Ralms recht geben, daß das Grundstück verfrüht angekauft worden war.

Sehen wir uns nun die Lage und den Zweck des Grundstücks an, so liegt auf der einen Seite eine Brauerei und auf der anderen Seite vergrößern wir die Gasanstalt; es würde also sehr wohl zu überlegen sein, das Grundstück, sofern dafür ein guter Preis geboten werden sollte, zu verkaufen und an einer besser gelegenen Stelle ein Grundstück zu erwerben, denn für 20 000 M pro Morgen ist draußen jederzeit Land zu haben. So ängstlich wie der Herr Oberbürgermeister bin ich nicht.

Im übrigen muß man sagen, daß die auf diesem Gebiete geübte Wohltätigkeit jedem Braunschweiger Bürger das Herz erheben muß und daß wir nur wünschen können, es möchten sich jederzeit viele Leute finden, um derartigen Hilfsbedürftigen entgegenzukommen. Es tut mir deshalb leid, daß es so viele Jahre gedauert hat, die Anstalt zu errichten. Die Kinder müssen unter allen Umständen auf einem großen Grundstück im Freien beschäftigt werden, schon um die übrigen Kinder nicht anzustecken. Wer viele Fallsüchtige gesehen hat, wird wissen, wie unglücklich diese Menschen daran sind, wenn sie inmitten einer Schülerschar von der Fallsucht befallen werden, mag es sich nun um Weitzanz oder Fallsucht handeln; es kann daher eine solche Anstalt nur mit Freuden begrüßt werden. So schlimm, wie hier auf einigen Seiten angenommen wird, werden auch die Ausgaben für die Stadt nicht, zumal wir dann auch die Schullasten für die Kinder nicht zu tragen haben werden. Die Stiftung wird unter Beteiligung der Stadt so heranwachsen, daß auch diejenigen, die heute gegen die Vorlage auftreten, später dafür sein werden.

Ich möchte indessen bitten, mit dem Vorstande des Luisenstiftes darüber in Verbindung zu treten, ob es nicht angezeigt erscheint, das Grundstück anderweit zu verwerten und an einer gesunderen Stelle ein neues Grundstück zu erwerben, wo nicht so viel Industrie (Bierbrauerei, Gasanstalt, Fahrradwerke, Konservenfabrik etc.) in unmittelbarer Nähe getrieben wird.

Herr Lübke: Ich habe eigentlich Bedenken getragen, hierbei das Wort zu ergreifen, da es den Eindruck hervorrufen könnte, als ob ich in eigener Sache spräche. Das Verlangen des Herrn Kalms, das Gebäude um 25 000 M billiger herzustellen, ist unmöglich. Architektur und äußerer Zierrat sind dabei nicht vorgesehen und man könnte das Gebäude höchstens seiner inneren Einrichtung wegen opulent nennen. Diese Einrichtung ist aber genau so angenommen, wie in den Schulen, und ich weiß nicht, wie man das Haus noch einfacher einrichten soll. Die Herren Probst und Kalms scheinen das besser zu verstehen. Wenn die beiden Herren es fertig bringen sollten, noch ein Bett mehr in die Zimmer zu bringen, wie ich hineingezeichnet habe, so können sie mehr als ich. Flure und überflüssige Korridore sind nicht vorgesehen und auch die Wohnräume sind knapp bemessen, denn in einem 40 qm großen Raume sollen 10 Kinder wohnen, so daß

der Raum als ein opulenter nicht anzusehen ist. Die Ausführungen der Herren scheinen also auf sehr schwachen Füßen zu stehen und die Herren haben ihre Anträge anscheinend gestellt, ohne sich vorher das Projekt anzusehen. Ich für meine Person muß es ablehnen, das Gebäude billiger auszuführen.

Herr Kalms: Ich möchte dem Herrn Oberbürgermeister erwidern, daß er meine Äußerung verkehrt aufgefaßt hat, oder ich habe mich ungenau ausgedrückt, denn ich habe vom Verkehrsvereine überhaupt nichts gesagt, sondern von Verkehrszwecken. Gegenüber den Ausführungen des Herrn Fiedel bleibe ich dabei, daß derjenige, welcher die Mildthätigkeit auf seine Fahne schreibt, erst recht kaufmännisch handeln muß, und hier ist nicht kaufmännisch richtig gehandelt worden. Herrn Lübke erwidere ich, daß ich mich nicht als Sachverständigen hingestellt habe, sondern daß ich nur gemeint habe, der Vorstand des Luisenstiftes möchte zusehen, die fehlenden 25 000 M von privater Seite zu erhalten. Wenn von 1891 bis 1906 nur 32 000 M zusammengekommen sind, so ist das im Verhältnis zu den ersten Stiftungen kein sehr großer Erfolg, und man hätte wirklich mehr erwarten können. Die Stiftungen werden hier von der Einwohnerschaft eben nicht so gut bedacht, wie in anderen Städten, wo sich die städtischen Behörden um solche Anstalt gar nicht zu kümmern brauchen. Für die Einführung der städtischen Regie möchte ich noch geltend machen, daß der Vorschlag der Finanzkommission, ein Magistratsmitglied in den Vorstand des Luisenstiftes abzuordnen, insofern Nachteile im Gefolge haben kann, als dieses Mitglied gegenüber dem Gesamtvorstande, der vielleicht aus drei oder fünf Mitgliedern besteht, zu wenig Machtbefugnis erhält. Der Vorstand könnte sich unter solchen Umständen vielleicht einmal nicht darauf beschränken, mit der Summe zu rechnen, die wir heute bewilligen, sondern er könnte unter Uebereinstimmung des Magistratsmitgliedes Dispositionen treffen, nach denen wir moralisch verpflichtet werden, noch größere Ausgaben zu übernehmen.

Herr Weichsel: Für einen derartigen Zweck 50 000 M zu bewilligen, wird keinem Mitgliede der Versammlung leicht werden, jedoch bin ich nicht zweifelhaft, daß für die Stadt eine gewisse Verpflichtung vorliegt, das Opfer zu bringen. Ich möchte mir indessen eine Anfrage erlauben. Soweit ich das Gutachten des Herrn Sanitätsrat Dr. Berkhan kennen gelernt habe, handelt es sich um schwere und leichte Fälle der Epilepsie. Die ganz schweren und die ganz leichten Fälle können wir wohl ausscheiden. Die Fälle aber, die für andere Anstalten nicht geeignet sind, sollen in dieser Anstalt untergebracht werden, und solche Fälle werden auch in dem Alter über 14 Jahre liegen. Ich möchte nun wissen, ob es nicht tunlich wäre, bei der Bewilligung dieser Mittel eine Bedingung des Inhalts aufzunehmen, daß die Anstalt, soweit der Platz reicht, verpflichtet ist, die Kinder auch über 14 Jahre hinaus zu behalten und eventuell auch, daß die Unterbringung der

Kinder von der Genehmigung der Stadt und nicht nur von dem Gutachten des Physikus abhängig gemacht werde.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Im Schoße des Vorstandes ist auch die Frage eingehend erwogen worden, ob man nicht gleichzeitig ein Gebäude für erwachsene Epileptiker errichten sollte, aber wir haben uns gesagt, dringlicher ist es, den Kindern die Möglichkeit zu schaffen, sich eine gewisse Ausbildung anzueignen, damit sie im späteren Leben fortkommen können. Dagegen steht nichts entgegen, in Aussicht zu nehmen, die Kinder über das 14. Lebensjahr hinaus in dem Falle in der Anstalt zu behalten, daß dies zulässig erscheint und die Mittel vorhanden sind, auch die Art der Krankheit die weitere Belassung des Kindes in der Anstalt rechtfertigt. Wir haben diese Frage noch nicht regeln wollen, weil das seitens des Vorstandes des Luisenstiftes sehr gut geschehen kann. Richtig ist es ferner, daß der Magistrat im Vorstande der Stiftung stets in der Minorität sein wird, aber die städtischen Behörden haben es trotzdem in der Hand, ihrem Willen Geltung zu verschaffen. Ich setze den, mir allerdings unmöglich erscheinenden Fall, die Stiftung wolle nicht so handeln, wie es im Wunsche der städtischen Behörden liege, so würden letztere eben den Zuschuß verweigern. Ich bezweifle aber, daß die Anwendung dieses Zwangsmittels jemals nötig werden wird. Wir dürfen damit allerdings nicht so weit gehen, eines Tages zu sagen, wir erachten es nicht mehr als eine Aufgabe der Stadt, für die Epileptiker zu sorgen. Wir möchten heute gern die Erklärung haben, daß ein Eintreten für die epileptischen Kranken, soweit wir dazu in der Lage sind, als eine Aufgabe der Stadt anerkannt wird, bei der Art der Verwaltung wollen wir aber mitzureden haben.

Herr Probst: Herr Lübke gibt mir anheim, anzugeben, wie die Zeichnung des projektierten Gebäudes geändert werden könnte; ich muß dem gegenüber erklären, daß ich noch gar keine Zeichnung darüber gesehen habe.

Herr Jasper: Wenn der Absatz 2 der Vorlage die Deutung bekommen soll, die ihm der Herr Oberbürgermeister eben gegeben hat, so würde ich meine Bedenken dagegen fallen lassen können. Sofern die Stadt nur grundsätzlich die Verpflichtung der Fürsorge für die Epileptiker anerkennen, im übrigen aber frei sein soll, wie sie diese Verpflichtung erfüllen will, so habe ich nichts mehr dagegen einzuwenden.

Vorsitzender: Würde es nicht angängig sein, im zweiten Absätze die Worte „im Luisenstifte“ zu streichen?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Gedacht ist allerdings die Sache so, daß wir, in der Annahme, daß das Luisenstift seine Schuldigkeit tut, unsererseits die Mittel für die Unterbringung armer epileptischer Kinder dem Luisenstifte zuwenden, daß aber die Höhe der Aufwendung uns überlassen bleiben soll. Wir werden uns dabei nach unseren eigenen Mitteln richten müssen und auch dürfen.

Es läßt sich der Fall denken, daß sich die Stadt später einmal sagen könnte, wir halten es für wünschenswerter, daß die Stadt ihrerseits für die epileptischen Kranken sorgt. Dann wird eben mit dem Vorstande des Luisenstiftes verhandelt und ihm gesagt werden müssen, wir können für das Stift nicht mehr aufkommen. Der Vorstand ist auch vollständig bereit, sich auf den guten Willen der Stadt zu verlassen. In Wirklichkeit wird es ja nicht anders kommen, als daß die Stiftung stets die Fürsorge für diese Kranken behalten wird, und wir werden später nicht sagen, wir wollen für die Stiftung kein Geld mehr hergeben, aber formell soll der Stadt dieses Recht gewahrt bleiben.

Herr Nolte: Wenn einzelne Mitglieder der Versammlung Bedenken haben sollten, daß die Stadt durch den Punkt 2 zu sehr gebunden wäre, so können wir hinter dem Worte „späterhin“ die Worte „bis auf weiteres“ einschleiben.

Herr Rathe: Ich möchte auf meinem Antrage bestehen bleiben, daß der Platz dort verkauft und an einer anderen gelegeneren Stelle ein neuer Platz für das Luisenstift angekauft werde.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte bitten, diesen Antrag abzulehnen. Der Vorstand des Luisenstiftes hat die Frage eingehend erwogen; wir sind hinausgegangen und haben uns auch verschiedene andere Grundstücke angesehen, u. a. auch das Grundstück am Dowesee. Es lag ja nahe, die Kinder dort unterzubringen, und sie würden in vorgeschrittenen Jahren sich dort auch wohl gefühlt haben, aber es fehlt die Kanalisation und die Wasserleitung, auch kann dem Arzte nicht zugemutet werden, täglich hinauszufahren. Aus diesen Gründen darf das Gebäude nicht weiter hinausgelegt werden. Es wäre ja besser, wenn die Brauerei und die Gaskanal nicht in der Nähe des Platzes lägen, daß aber dadurch der Aufenthalt und die Gesundheit der Kinder gefährdet werden sollten, kann ich nun und nimmermehr anerkennen. Traurig wäre es, wenn die Leute, die am Mittelweg wohnen und die erfreulicherweise mit einer großen Anzahl Kinder gesegnet sind, durch die Nähe der Gaskanal geschädigt würden. Im übrigen steht bekanntlich der Umbau der Gaskanal bevor, so daß dann auch diese Bedenken wegfallen. Ich möchte Herrn Rathe bitten, unsere Gaskanal nicht so schlecht zu machen. Gegen den Antrag des Herrn Nolte hat der Magistrat nichts einzuwenden.

Herr Frühling: Es ist ganz wesentlich, daß das Grundstück in der Nähe der Stadt liegt. Die Kinder müssen nicht nur Pflege, sondern auch Unterricht erhalten können und sie gehen teilweise täglich nach Hause, so daß die Anstalt nicht draußen weit vor dem Tore liegen kann. Auch ein billigeres Grundstück ist nicht zu haben.

Bei der nun folgenden Abstimmung genehmigt die Versammlung die Magistratsvorlage nach dem Antrage der Finanzkommission und mit dem von Herrn Nolte beantragten Zusatz. Der Antrag Kalms auf Uebernahme der

Stiftung in städtische Regie und der Antrag Rathe auf Verlegung des Stiftungsgebäudes nach einem anderen Platze werden abgelehnt.

IV. Aufnahme eines Prozesses.

Der Arbeiter Franz Dempewolf hat Klage gegen die Stadt Braunschweig wegen Aufhebung einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde erhoben. Es ist ihm nämlich durch Beschluß Herzoglicher Polizeidirektion auf Antrag der Armendirektion auferlegt worden, für seine der hiesigen städtischen Armenpflege zur Last gefallene Mutter wöchentlich drei Mark einzuzahlen. Diesen Beschluß scheidet der Kläger an, indem er behauptet, nicht in der Lage zu sein, diese Unterstützung zu zahlen, da er bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen und ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts seine Mutter nicht unterstützen könne. Der Kläger muß von seinem Einkommen zu rund 1000 M Frau und ein Kind ernähren und außerdem noch 60 M für ein außereheliches Kind zahlen.

Der Magistrat ersucht, der Aufnahme des Prozesses zuzustimmen. Auf die Klage gedenkt er zu erwidern, daß Dempewolf für verpflichtet und auch für fähig gehalten werde, den obigen Zuschuß zu leisten. Seine Ehefrau habe eine Ausgehestelle mit 12 M monatlichem Verdienste und der Kläger sei ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts wohl imstande, 3 M wöchentlich für seine fast 70 Jahre alte arbeitsunfähige Mutter zuzuschießen.

Herr Weichsel: Die Statutentkommission steht auf dem Standpunkte, daß die Sache aus Prinzip durchgeführt werden müsse, um durch richterliche Entscheidung festgestellt zu sehen, wie weit jemand zu einer derartigen Alimentation heranzuziehen ist. Die Kommission gibt daher anheim, den Magistrat zur Aufnahme des Prozesses zu ermächtigen.

Herr Aßmann: So gut es sich auch anhören mag, daß die Armendirektion zu ihrem Rechte kommen müsse, so halte ich es gegenüber den Einnahmen des Schlossers Dempewolf doch für eine Härte, wenn er für seine Mutter noch 3 M aufwenden soll. Man wird zugeben müssen, daß Dempewolf bei seinem Verdienste und seinen Verpflichtungen selbst schwer zu kämpfen hat und daß es nicht zutrifft, wenn gesagt wird, es sei ihm sehr wohl möglich, den verhältnismäßig geringen Betrag von 3 M wöchentlich zu zahlen. Meiner Meinung nach ist das eben nicht möglich. So sehr ich auch anerkenne, daß jeder verpflichtet ist, seine bedürftigen Eltern zu unterstützen, so muß doch die Möglichkeit dazu für ihn vorliegen. Ich möchte deshalb anheimgeben, den Mann wegen der 3 M nicht zu verklagen.

Herr Nolte: Die Sache mag zweifelhaft sein, jedoch halte ich es trotzdem für zweckmäßig, dem Magistratsantrage zuzustimmen, da es wichtig ist, eine gerichtliche Entscheidung zu erhalten.

Vorsitzender: Wir müssen in der Sache so weit gehen, wie das Gesetz es gestattet. Eine andere Frage ist dann die, ob im Wege der Güte ein Erlaß des Betrages eintreten soll. Uebrigens klagt nicht der Magistrat, sondern Dempewolf hat den Magistrat verklagt.

Herr Hauswaldt: Ich finde den Betrag von 3 M auch für zu hoch.

Herr Weichsel: Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß eine gewisse Härte in der Forderung liegt. Der Magistrat hat aber versucht, mit dem Manne in Güte fertig zu werden, hat aber nichts erreichen können. Es ist ihm gesagt worden: Sie sind gesetzlich verpflichtet, den Zuschuß zu zahlen, wenn Sie uns entgegenkommen und zwei Mark zahlen wollen, so sind wir zu diesem Entgegenkommen bereit. Dieses Angebot hat der Kläger aber in schroffster Weise abgelehnt und preußisch Kehrt gemacht. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Sache im Rechtswege zu verfolgen. Wenn das Gericht anerkennen sollte, daß 2 M ausreichend seien, so wird der Betrag entsprechend ermäßigt werden, aber bei der vorliegenden Sachlage besteht keine Veranlassung, davon zurückzugehen. Der Mann verdient vielleicht noch mehr, als er angegeben hat und die Frau verdient auch etwas, so daß der Mann in leidlich guten Verhältnissen lebt und wohl 3 M wöchentlich erübrigen kann. Ich bitte deshalb nochmals, dem Kommissionsantrage zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich glaube, es spricht noch ein formeller Grund dafür, dem Antrage zu entsprechen. Die Sachlage ist doch folgende: Die Herzogliche Polizeidirektion setzt ihrerseits den Betrag fest, der gezahlt werden soll, dem betreffenden steht dagegen das Recht der Klage beim ordentlichen Gerichte zu, die Klage richtet sich aber gegen den Magistrat. Wenn dem Antrage nicht entsprochen wird, so wird der Magistrat verurteilt und die Verfügung der Herzoglichen Polizeidirektion ohne weiteres aufgehoben. Gleichzeitig werden wir in die Kosten verurteilt und das möchte ich von der Stadt abwenden.

Herr Jasper: Die Ausführungen des Herrn Referenten, daß tatsächlich mit dem Manne verhandelt worden sei, scheinen mir die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters zu widerlegen, daß die Stadt aufs äußerste gehen müsse, denn nach der Ansicht des ersteren scheint die Stadt einen Spielraum hinsichtlich der Festsetzung des Zuschusses zu haben. Der Magistrat stellt den Antrag auf Festsetzung und die Polizei setzt den Zuschuß formell fest. Wenn wir aber in der Höhe des Zuschusses zu weit gegangen sind, so müssen wir einen Teil der Kosten dennoch übernehmen. Im übrigen kann ich den Ausführungen meines Freundes Asmann beipflichten. Nach den festgestellten Tatsachen scheint es mir nicht angemessen zu sein, die Sache gerichtlich auszutragen, weshalb ich um Ablehnung des Magistratsantrages bitte. Der Magistrat ist noch in der Lage, auf den Abzug zu verzichten und den Antrag bei der Polizei zurückzunehmen.

Herr Weichsel: Die Sache verhält sich doch so, daß der Magistrat nach § 31 des Gesetzes bei der Polizei beantragt hat, dem Sohne aufzugeben, die für die Mutter erforderliche laufende Unterstützung zu gewähren, worauf die Polizei den Betrag von 3 M wöchentlich festgesetzt hat. Man möge daher dem Gerichte die Festsetzung des Betrages überlassen.

Herr Ahmann: Der Referent sagt selbst, es möchte eine Härte sein, dem Manne die Zahlung aufzuerlegen. Wenn es aber eine Härte ist, so möge man das auch einsehen und den Magistrat beauftragen, in diesem Falle nicht so scharf vorzugehen. Ich mache dem Magistrat keinen Vorwurf, denn er handelt nach den gegebenen Bestimmungen, aber wir müssen doch auch mit den Verhältnissen rechnen. Wenn der Referent sagt, der Mann lebe in leidlich guten Verhältnissen, so ist das wirklich nicht der Fall, und wenn er weiter sagt, sein Verdienst könne auch noch größer sein, als er angegeben habe, so muß ich dazu bemerken, daß die Feststellung des Einkommens eine amtliche ist. Er selbst hat 18 M die Woche angegeben und die Behörde hat das Einkommen auf 20 M ermittelt und festgesetzt. Ich würde es für eine Härte halten, wenn der Mann verurteilt werden sollte. Wenn jemand selbst am Hungertuche nagen muß, so kann er nicht noch für seine Eltern sorgen. Der Mann ist eben, wie es immer heißt, in der Wahl seiner Eltern nicht vorsichtig genug gewesen.

Vorsitzender: Wenn man sieht, wie manche Arbeiterfamilie mit vielen Kindern getreulich auch noch für Vater und Mutter sorgt, so kann man sich auf diesen Standpunkt nicht stellen. Wir müssen den Versuch machen, durch gerichtliches Urteil feststellen zu lassen, was der Mann unter den vorliegenden Verhältnissen zu zahlen hat.

Herr Weichsel: Herr Ahmann will den Antrag auf Aufnahme der Klage anscheinend nicht ganz ablehnen, sondern er will einen Teil der Forderung anerkennen und nur den Rest schwinden lassen. Wenn das geschehen soll, muß ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, die Sache nicht noch unnötig zu erschweren, sondern das Gericht darüber befinden zu lassen.

Die Magistratsvorlage wird darauf gutgeheißen.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

V. Antrag Esdorn: Errichtung einer Bedürfnisanstalt beim Altstadtmarkte.

Der in der Sitzung vom 22. März d. Js. — Seite 553 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, in nächster Nähe des Altstadtmarktes eine Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht zu errichten.“

Die Baukommission hat nach dem Berichte des Herrn Rathe die Notwendigkeit der Anlage solcher Anstalt in der betreffenden Gegend anerkannt und empfiehlt, den Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu empfehlen, was seitens der Versammlung geschieht.

VI. Antrag Peplics: Lieferung der Dienstkleidung für die Feuerwehr.

Der in der Sitzung vom 29. März d. Js. — Seite 566 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Lieferung der Dienstkleidung für die Feuerwehr von der Bedingung abhängig zu machen, daß die Arbeit in der Stadt Braunschweig ausgeführt wird und die Arbeiter nach dem zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern des Schneidergewerbes vereinbarten Lohnsatze entlohnt werden.“

Ramens der Finanzkommission berichtet über den Antrag Herr Wolters: Früher war schon einmal ein Antrag gestellt, der eine gewisse Ähnlichkeit mit dem vorliegenden Antrage hatte. Es war nämlich von den Meistern des Bauhandwerks beantragt worden, in die Lieferungsverträge die Streiklausel aufzunehmen. Die Versammlung hat sich damals aber ablehnend gegen den Antrag verhalten, weil man vermeiden wollte, in die Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einzugreifen. Diesen Gesichtspunkt glaubte die Finanzkommission hier nicht beobachten zu sollen, weil nach dem Wortlaute des Antrages der Lohnsatz im Schneidergewerbe von beiden Theilen — Arbeitgebern und Arbeitnehmern — anerkannt ist.

Wenn man sachlich auf den Antrag eingehen will, so muß man vorausschicken, daß die Stadt den im Antrage vertretenen Gesichtspunkt auch auf alle anderen Handwerker und Lieferanten, mit denen sie als Besteller zu tun hat, ausdehnen muß, sofern dem Antrage entsprochen werden soll. Hiernach ist der Antrag zu beurtheilen.

Der Antrag besteht aus folgenden Theilen: Zunächst wird gewünscht, daß die Arbeit in der Stadt Braunschweig ausgeführt wird. Das ist wohl der Wunsch aller. Wenn bisher in einzelnen Fällen davon abgewichen ist, so handelt es sich dabei um individuelle Leistungen, während alle anderen Sachen hier bestellt werden sollen. Ferner sollen die Arbeiten nicht nur hier, sondern nur bei solchen hiesigen Unternehmern in Auftrag gegeben werden, welche die Arbeiten durch hiesige Einwohner ausführen lassen. Auch in dieser Hinsicht ist die Finanzkommission grundsätzlich zustimmender Meinung, wenn sich bei strenger Durchführung der Forderung auch wesentliche Schwierigkeiten herausstellen werden.

Der Schwerpunkt des Antrages liegt aber darin, daß die Bestellungen nur bei solchen Geschäftsleuten gemacht werden sollen, die zugleich nach einem zwischen

Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Lohnsätze ihre Arbeiter entlohnen. Wenn man die verschiedenen Gruppen des Schneidergewerbes betrachtet, so kommen da folgende in Betracht: 1. die Zwischenhändler, die ihre Waren nicht selbst anfertigen und für den gegenwärtigen Antrag nicht in Frage kommen.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz wieder. —

Ferner diejenigen, welche wohl ihre Waren anfertigen lassen, jedoch nicht auf besondere Bestellung für eine bestimmte Person und nach vorherigem Maße, sondern auf Lager. Diese Gruppe würde dabei eventuell schon in Frage kommen. Die dritte Gruppe arbeitet nur auf vorherige Bestellung für bestimmte Personen nach Maß, und auch diese Gruppe kann bei den städtischen Bestellungen in Betracht kommen. Diejenigen Meister, welche der zweiten und dritten Gruppe angehören, gehören zum Teil dem festen Lohnsatz an, jedoch nicht ausschließlich, sondern eine große Anzahl dieser Meister hat den Lohnsatz nicht angenommen. Diese Tatsache ist aber entscheidend bei der Beurteilung der Anträge.

Wenn in dem Antrage ausgedrückt wird, es möchte nur bei solchen Geschäftsinhabern bestellt werden, die den Lohnsatz eingeführt haben und wenn eine Unterscheidung eingeführt werden soll zwischen den Geschäften, die nach dem Lohnsatz arbeiten und solchen, die ihn nicht eingeführt haben, so ist zur Entscheidung dieser Frage wichtig und auch nötig die Feststellung, welche Garantien dafür geboten werden, daß die Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch gehalten werden, ferner, welche Machtmittel die Stadt besitzt, um gleichmäßig gegenüber beiden Theilen die Innehaltung des Satzes zu erzwingen. Was das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrifft, so ist schon vom Herrn Antragsteller darauf hingewiesen worden, daß der Satz seitens eines Arbeitgebers gebrochen worden ist. Es kommt aber auch beim Arbeitnehmer ein Bruch der Vereinbarung vor, sobald ein Streik ausbricht. Welche Mittel hat nun die Stadt oder die Deputation, um etwa beiden Theilen gegenüber die Innehaltung der Konvention zu erzwingen? Gegenüber dem Arbeitgeber wäre es vielleicht dadurch möglich, daß man in die Lieferungsbedingungen eine Bestimmung aufnähme, nach der bei Bruch des Satzes eine Strafe eintrete und die Annahme der Ware verweigert werde. Es ist das jedoch schwer durchführbar, wenn es auch auf den ersten Blick einleuchten mag. Wenn z. B. die Deputation eine Bestellung macht und später kommt dieselbe Angelegenheit vor das Gewerbegericht, so tritt die Möglichkeit ein, daß eine städtische Behörde gegen die andere auftritt. Wenn es aber nicht einmal immer möglich ist, den Lieferanten zu zwingen, die Vereinbarung zu halten, so ist es noch viel weniger dem Arbeitnehmer gegenüber möglich.

Zunächst handelt es sich dabei um die Passivlegitimation, also mit wem darüber unterhandelt werden soll. Soll in jedem Falle gesagt werden, wir verpflichten

den und den zu der Leistung, oder soll vielleicht mit dem Gewerkschaftskartell verhandelt werden? Der Ansicht der Mehrheit der Versammlung würde es aber wohl nicht entsprechen, sich mit einer solchen Korporation auf einen Vertragsstandpunkt zu begeben. Demnach würden die Garantien, gegenüber den Arbeitern mit der Vereinbarung durchzubringen, äußerst schwach sein, denn es ist anzunehmen, daß von dem Rechte zum Streit zu greifen, doch Gebrauch gemacht werden wird.

Die Stadt hat also keine Machtmittel, die Innehaltung einer solchen Konvention zu erzwingen. Deshalb ist es weder durchführbar noch zweckentsprechend, bei der Vergabung städtischer Arbeiten eine Unterscheidung zu machen, ob ein Lohnentarif vorliegt oder nicht; es muß vielmehr mit den gegebenen Verhältnissen gerechnet werden. Der Zustand mag ideal sein, wenn allgemein ein Lohnentarif vereinbart wäre, wie im Buchdruckergewerbe. Das ist aber im Schneidergewerbe nicht der Fall. Wenn man gegenüber dem Schneidergewerbe eine solche Bedingung verlangen sollte, so müßte das auch gegenüber den sämtlichen anderen Handwerkern geschehen. Wie weit die Konkurrenz gehen kann, ist schon in der Kommission betont worden, daß nämlich die Meister von außerhalb hierher kommen, und die Kunden aufsuchen, um unter günstigeren Arbeitsverhältnissen billiger liefern zu können. Auch die Gesellen sind nicht einheitlich geartet: die einen sind organisiert, die anderen nicht, der eine ist arbeitswillig, der andere will streiken. Es gibt Gesellen, die im Geschäft nach dem Lohnentarif arbeiten, außerhalb des Geschäftes aber sich nicht danach richten. Es ist also weder durchführbar, noch zweckmäßig, dem Antrage Folge zu geben. Selbst wenn das aber geschehen könnte, würden doch Preisunterbietungen vorkommen können, weil dabei verschiedene andere Faktoren mitwirken, wie die Größe des Geschäftes, die Kapitalkraft, der Kaufpreis des Rohstoffes, das Bescheiden mit einem geringeren Nutzen u. dergl. m. Die Herren in der Baudeputation werden wissen, daß dabei Differenzen von 60% keine Seltenheit sind.

Aus allen diesen Erwägungen ist die Finanzkommission zu ihrem Entschlusse gekommen. Sie hält es nicht für möglich, angängig und zweckentsprechend, eine im Sinne des Antrages gestellte Marschrouten einzuschlagen, aber ebensowohl will sie den Kern des Antrages anerkennen und ihn keineswegs mißachten, sondern es wird Aufgabe der Deputation sein, unter freier Würdigung der Verhältnisse jede Offerte zu betrachten und zu prüfen, und in diesem Sinne hat die Baudeputation nach der Ansicht der Mehrheit der Kommission auch schon gewirkt. Die Deputation für das Feuerlöschwesen wird sicher ebenso denken, weshalb auch die Finanzkommission meint, daß es nicht nötig wäre, besondere Anordnungen zu treffen, sondern daß es genügt, in Uebereinstimmung damit im ähnlichen Sinne zu handeln.

Die Finanzkommission gibt daher anheim, dem Antrage in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen, sondern über denselben zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Beplics: Der Herr Referent hat ja eine Masse Bedenken vorgetragen, die es fast unmöglich erscheinen lassen, meinen Antrag zur Durchführung zu bringen; ich glaube aber annehmen zu dürfen, daß der Ausführung meines Antrages nicht im entferntesten so viele Bedenken gegenüberstehen, wie hier vorgetragen worden sind. Es ist richtig, daß es einen Unterschied gibt zwischen Konfektions- und bestellter Arbeit. Aber die hier in Rede stehende Arbeit kann ich nicht als Konfektionsarbeit rechnen, sie ist einmal für bestimmte Personen angefertigt worden und außerdem ist sie auch nicht in dem Umfange zur Ausführung gekommen, wie man sich die Konfektionsarbeit zu denken hat. Es handelt sich dabei nur um bestellte Arbeit und als solche hat sie der letzte Unternehmer auch angesehen und bezahlt.

Ferner muß ich darauf hinweisen, daß der Tarif für alle größeren Geschäfte der Stadt besteht und daß er von allen Geschäften, die Gehilfen beschäftigen, auch anerkannt worden ist; man kann also nicht sagen, daß es hier noch Arbeitgeber gibt, die außerhalb des Tarifs stehen. Auch die Geschäftsinhaber der beiden letzten Lieferungen bekennen sich zu dem Tarife, sie haben nur die betreffende Arbeit nicht danach bezahlt. Aus diesem Grunde wurde es ja so unangenehm empfunden, daß städtische Arbeit billiger hergestellt wurde, als private Arbeit. Auch die Ausführung und Berechnung der Arbeit ist nicht so schwierig, wie im Baugewerbe und in der Großindustrie. Der Unternehmer kann vorher genau berechnen, was die Zutaten und der Lohn kosten und für welchen Preis er die Arbeit übernehmen kann. Wenn er sie trotzdem billiger übernimmt und infolgedessen die ausbedungenen Löhne nicht zahlen kann, so ist das seine Schuld. Die Herren, um die es sich hier handelt, können außerdem als Kaufleute sehr gut rechnen, und wenn sie trotzdem die Arbeit zu einem Preise übernommen haben, daß sie die Löhne nicht voll zahlen konnten, so liegt es daran, daß sie so wenig Wert auf die Innehaltung der vereinbarten Lohnsätze legten. In anderen Berufen kommt derartigeß nicht in dem Maße vor, denn ein Maurer- oder Zimmermeister oder ein sonstiger Unternehmer im Baugewerbe wird für bestimmte Arbeiten keine geringeren Löhne zahlen, aber in der Schneiderei kommt es nicht darauf an, eine Mark mehr oder weniger zu bezahlen. Der Tarif setzt für alle bestellte Arbeit bestimmte Preise fest, und es muß als ein Uebelstand empfunden werden, daß trotzdem immer noch geringere Preise bezahlt werden können. Es geschieht das, wie ich schon erklärt habe, in der sogenannten faulen Zeit, wo sich die Arbeiter dem wirtschaftlichen Drucke fügen müssen.

Da die Preisdrückerei aber gerade bei städtischen Arbeiten vorgekommen ist, habe ich den Antrag gestellt. Die Stadt würde bei Annahme des Antrages nicht verpflichtet sein, zu kontrollieren, ob auch nach dem Tarife verfahren wird, sondern es würde genügen, wenn in den Arbeitsbedingungen festgesetzt würde, daß nach dem Tarife bezahlt werden müßte. Dieses Vorgehen würde die moralische Wirkung

ausüben, daß der Arbeitgeber den Tarif innehielte. Je mehr die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer sich organisieren — und das geschieht jetzt auf beiden Seiten in hohem Maße — desto mehr werden auch derartige Tarifabmachungen getroffen werden. Bei uns existieren sie schon, und wenn auch nicht so straff wie bei den Buchdruckern, so kann man doch sagen, daß alle Arbeitgeber der Tarifgemeinschaft angehören. (Widerspruch.) Ich kenne wenigstens keinen Arbeitgeber, der sich ihr nicht angeschlossen hätte. Die Vereinbarung hat allerdings keine exekutivische Gewalt, um bei Außerachtlassung des Tarifs Strafen zu erzwingen, und es ist nicht in allen Fällen eine Umgehung des Tarifs zu verhindern. Ich glaube, Sie können dem Antrage ruhig zustimmen, und der Magistrat kann sicher sein, daß er keine Lasten und Unannehmlichkeiten dadurch haben wird.

Herr Exborn: Bei der Begründung des Antrages und auch in der Kommission wurde mehrfach auf die gut organisierte Buchdruckergemeinschaft hingewiesen, und es muß anerkannt werden, daß es die beste Organisation ist. Leider ist es aber in anderen Branchen nicht so. Wenn wir heute den Antrag Peplies annehmen, dürften wir unsere städtischen Arbeiten auch nur solchen Buchdruckereien geben, die der Tarifgemeinschaft angehören. Der größte Teil der Arbeiten geht aber meines Wissens an eine Druckerei, die nicht zu dieser Gemeinschaft gehört. Sollen wir vielleicht der Waisenhausdruckerei vorschreiben, den Tarif anzunehmen, oder ihr die Arbeiten entziehen? Im Schneidereigewerbe liegen die Verhältnisse so, daß sich die Unternehmer zum größten Teile in einem Arbeitgeberverbande organisiert und mit den Arbeitnehmern einen Tarif vereinbart haben, der drei verschiedene Lohnklassen enthält. Einige Geschäfte bezahlen sogar nach einem Tarife 1a. Einen besonderen Tarif für Konfektionsarbeiten gibt es aber nicht. Hierfür kommt überhaupt nur eine hiesige größere Firma in Betracht, die mit ihren Arbeitern einen Tarif vereinbart hat, auch von beiden Seiten innegehalten wird.

Wir dürfen aber die Herstellung von Feuerwehrjoppen nicht vergleichen mit einer guten Maßarbeit, denn wenn die Leute die Joppen nicht geliefert erhielten, würden sie sie sich alle fertig kaufen. Besser sind die Sachen allerdings, als Konfektionsarbeiten, aber es handelt sich doch nicht um reine Maßarbeiten. Eine hiesige Konkurrenzfirma hat mir bestätigt, daß die für die Joppen und Hosen gezahlten Löhne namentlich im Verhältnis zur Bezahlung der Maßarbeiten als gute zu bezeichnen seien. Wenn man heute in ein erstes Geschäft geht, so wird man für einen Anzug nach Maß 90 M bezahlen müssen, während man einen brauchbaren fertigen Anzug auch für 40—45 M erhält. In solchem Falle wird der Lohn tarif aber umgangen, indem der Arbeiter gefragt wird, willst Du den billigeren Anzug auch für einen billigeren Preis machen?

Die Folgen der Durchführung des Antrages möchte ich an einem Beispiele zeigen. Angenommen, der betr. Unternehmer hat außer der städtischen Lieferung

noch eine Lieferung für die Post oder die Gendarmerie erhalten, so wird der Arbeiter, wenn er für die Feuerwehrsachen den im Tarif vereinbarten Lohnsatz erhält, denselben Satz auch für die übrigen von ihm zu bearbeitenden Sachen fordern. Wohin soll das führen? Der Unternehmer bleibt dann gegenüber den großen Magdeburger Firmen, die niedrigere Löhne zahlen, nicht mehr konkurrenzfähig und ihm wird z. B. die Arbeit für die Post entzogen werden. In solchem Falle kann er aber seine Arbeiter, denen er vielleicht 9000 M an Lohn ausgezahlt hat, nicht mehr beschäftigen. Bei Annahme des Antrages würde sich also die Stadt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer drängen, und das darf sie nicht machen.

Herr Wesemeier: Die Streik Klausel kann unmöglich mit dem Antrage Peplies in Vergleich gestellt werden, denn die Annahme der Streik Klausel würde tatsächlich ein Einmischen in den wirtschaftlichen Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bedeutet haben, nicht aber die Durchführung dieses Antrages. Letzterer bezweckt nichts anderes, als die bestehenden Verträge zu erhalten. Erst dadurch, daß ein größerer Abnehmer dem Arbeitgeber gestattet, einen niedrigeren Preis für ein erhebliches Stück Ware zu zahlen, wird die Unzufriedenheit in die Arbeiterkreise geworfen und wird ein Streit hervorgerufen. Es würde also die Ablehnung des Antrages die direkte Ursache zu einem Lohnkampfe werden können. Das wäre ein Zustand, der nicht zu wünschen wäre, und es kommen tatsächlich sehr viele Streiks dadurch her, daß von der einen oder der anderen Seite Verträge nicht gehalten werden. Wir haben aber keine Veranlassung, indirekt die Hand dazu zu bieten, daß solche Streitigkeiten zwischen den beiden Teilen hervorgerufen werden. Hier kommt ausschließlich das Prinzip in Frage, daß man sagt, wir wollen uns in die Abmachungen der beiden Teile nicht mischen. Dieses Prinzip werden Sie aber für die Folge doch noch verlassen müssen, denn in einer großen Reihe von Städten ist es schon anerkannt worden, daß auch die Behörden auf die Ausdehnung solcher Verträge auf die städtischen Arbeiten halten müssen. Nun meint Herr Esdorn, wir würden nicht so weit gehen, unsere Druckarbeiten einer hiesigen nicht tarif-treuen Druckerei zu entziehen; ich muß darauf erwidern, daß mir dieser Umstand noch nicht bekannt gewesen ist. Den Standpunkt des Herrn Esdorn verstehe ich um so weniger, als er dadurch zeigt, daß er seine Meinung in letzter Zeit geändert hat, indem er früher erklärte, die Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern seien möglichst zu fördern. Wir vertreten dem gegenüber den Standpunkt, daß die Stadt verpflichtet ist, ihre Arbeiten auf Grund der bestehenden Verträge zu vergeben, und ich verstehe auch nicht, was dem im Wege stehen sollte, nachdem Herr Peplies erklärt hat, daß alle hiesigen Meister ohne Ausnahme den Tarif mit ihren Gehilfen abgeschlossen haben.

Herr Sander: Ich habe bei der Besprechung der Angelegenheit in der Sitzung vom 29. März erklärt, ich würde für die Stadt keine Bedenken darin

sehen, dem Antrage zuzustimmen. Dabei bin ich von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß sich die Mittheilung, sämtliche hiesigen Schneider hätten sich dem Tarife angeschlossen, bewahrheitete. Nachdem ich mich aber in dem Berufskreise erkundigt und von verschiedenen Seiten gehört habe, daß eine ganze Masse Schneidermeister der Tarifgemeinschaft nicht angehören, so sehe ich mich veranlaßt, gegen den Antrag zu stimmen.

Herr Peplies: Ich weiß wirklich nicht, was das für Schneidermeister sein mögen. Vermuthlich sind es solche, die Arbeiten aus den Geschäften abholen und als Konfektionsarbeiten anfertigen lassen, also eigentlich Gesellen, die wieder mit Gesellen arbeiten. Jeder hiesige Geschäftsinhaber, der mit Gehilfen für eigene Kundschaft arbeitet, ist auch der Tarifgemeinschaft angeschlossen.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

VII. Antrag Wesemeier: Lieferung von Bekleidungsstücken für die Nachtwächter.

Ueber den in der Sitzung vom 29. März d. Js. — Seite 578 des Berichtes — gestellten und begründeten Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zuzustimmen, daß den Nachtwächtern Diensthozen geliefert werden,“

berichtet namens der Finanzkommission Herr Jasper: Es wird den Herren bekannt sein, daß die Nachtwächter bereits Toppen geliefert erhalten. Die Finanzkommission hat als billig anerkannt, ihnen auch Hozen zu liefern und gibt die Genehmigung des Antrages anheim. Der Herr Oberbürgermeister hat in der Kommissionsitzung erklärt, daß es durch die Annahme des Antrages zu einem Kriege zwischen Magistrat und Versammlung nicht kommen werde.

Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

VIII. Stiftung eines Ehrenpreises.

Der Verein Braunschweiger Gastwirte hat um Stiftung eines Betrages zum Ankauf von Ehrenpreisen für die hier vom 16. bis 25. Mai stattfindende Ausstellung für Hotel- und Gastwirthschaftswesen, Hygiene, Volksernährung und Armenverpflegung, verbunden mit Kochkunst und Konditorei gebeten. Dem Antrage des Magistrates auf Bewilligung von 300 M zu diesem Zwecke

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Esdorn berichtet.

IX. Erwerb von Flächen in der westlichen Außenstadt.

Der Eigentümer des an der Ecke Juliusstraße-Helenenstraße gelegenen vormals Wredeschen Grundstückskomplexes hat der Stadt die von diesem nach dem Ortsbauplane der Juliusstraße, dem Chriakränge und der Helenenstraße zuzulegenden

Flächen im Umfange von zusammen 22,03 a zum Selbstkostenpreise von 11,50 M pro qm zum Kauf angeboten. Der Magistrat hält den Preis für angemessen und gibt anheim, dem Antrage zuzustimmen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, geschieht.

X Erwerb einer Fläche an der Waterloostraße.

Der Ausbau der Waterloostraße bedingt auch den Erwerb einer 4,52 a großen Fläche, die die Eigentümer (Firma Boden & Kals) zum Einheitspreise von 13 M pro qm, mithin zu 5876 M zum Kauf angeboten haben. Da die Verkehrsverhältnisse der in Betracht kommenden Gegend dahin drängen, den Ausbau der Straße in absehbarer Zeit vorzunehmen, so ersucht der Magistrat, dem Verkaufe zu dem angemessen erscheinenden Preise zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Fricke den Antrag namens der Baukommission unterstützt hatte.

XI. Instandsetzung der Lichtmasten im Stadtparke.

Einer der hölzernen Lichtmasten im Stadtparke ist im vorigen Jahre durch den Sturm umgeworfen worden, während die übrigen 13 Masten nach der vorgenommenen Untersuchung im unteren Teile gleichfalls durch Fäulnis in so hohem Grade beschädigt waren, daß sie eine genügende Standsicherheit nicht mehr besaßen. Die städtische Bauverwaltung ist deshalb beauftragt worden, die Masten durch Anbringung eigener Rangenschuhe instandzusetzen. Die Versammlung wird ersucht, die vorgenommene Instandsetzung der Masten gutzuheißen und die zu ihrer Ausführung erforderlich gewesen 378 M zu verwilligen.

Namens der Finanzkommission empfiehlt Herr Fudel, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Weichsel: Ich möchte anfragen, ob die hölzernen Masten nicht durch eiserne ersetzt werden können? Die hölzernen Masten werden auch nach ihrer Ausbesserung nicht lange halten.

Herr Bürgermeister Meyer: Soweit ich mich erinnere, sind im Bürgerparke schon zum Teil eiserne Masten verwendet worden. Da aber im Stadtpark einmal hölzerne Masten vorhanden und teilweise noch gebrauchsfähig sind, so sollten sie vorerst noch einmal verwendet werden.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XII. Fertigstellung der Standbilder für die Fallerlebertorbrücke.

Nach dem Berichte der städtischen Bauverwaltung werden sich die Kosten des vierten für die Fallerlebertorbrücke bestimmten Standbildes auf etwa 3000 M stellen. Die ersten drei Standbilder dürften noch einen Aufwand von etwa 1500 M verursachen, so daß außer den an Herrn Hindleben früher abschlägig gezahlten Be-

trägen von zusammen 6500 M und außer der an die Rindfleischische Konkursmasse gezahlten Abfindungssumme von 2250 M noch 4500 M aufzuwenden sein würden. Da nun außer der Abfindungssumme von 2250 M nur 10000 M zur Verfügung gestellt waren, so würde eine Ueberschreitung dieses Betrages um 1000 M eintreten. Dem Ersuchen des Magistrates, die zur Fertigstellung der vier Standbilder mehr erforderlichen 1000 M zu bewilligen,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Fiedel berichtet.

XIII. Aenderung der Marktordnung.

Die ungünstigen Rechnungsabschlüsse der städtischen Markthalle haben der Versammlung wiederholt Veranlassung gegeben, den Wunsch nach einer Aenderung der dort bestehenden Einrichtungen auszusprechen.

Mit der Marktdeputation führt der Magistrat die verhältnismäßig geringen Einnahmen der Markthalle zum großen Teil darauf zurück, daß die gegenwärtig geltenden Gebührensätze vielen Gewerbetreibenden und Händlern noch immer zu hoch erscheinen, obwohl schon bald nach der am 1. Oktober 1897 erfolgten Eröffnung der Halle eine nicht unerhebliche Ermäßigung mit Wirkung vom 1. April 1899 ab vorgenommen ist. Es wird insbesondere Wert darauf gelegt werden müssen, in gesteigertem Umfange einen festen Stamm von Standinhabern zu gewinnen, die regelmäßig an jedem Wochentage in der Markthalle ihre Waren feilhalten.

Dieser Erfolg läßt sich am sichersten von einer Herabsetzung nicht der Tages-, sondern der Monats-Sätze erwarten. Der Magistrat trägt indes, soweit es sich um offene Stände in der Markthalle handelt, kein Bedenken, auch bei den allein in Frage kommenden Tagessätzen für Wild, Geflügel und sonstige Marktwaren (nicht für den Fleischverkauf) eine Ermäßigung zu empfehlen, weil er der Ansicht ist, daß der wachsende Verkehr den Ausfall bei dem einzelnen Standinhaber wahrscheinlich decken und vielleicht noch Mehreinnahmen bringen wird.

Außerdem wird es zur Gewinnung neuen Zuguges nach der Halle hin für zweckmäßig gehalten, nach dem Vorbilde verschiedener anderen Städte die Benützung eines Teils der Markthalle durch Großhändler zu erleichtern, die in den frühen Morgenstunden ihre Warenbestände in die Halle einführen und dort alsbald an Kleinhändler abgeben. Diese Erleichterung soll durch Ermäßigung des Standgeldes auf die Hälfte für diejenigen eintreten, die ihren Stand im Sommer um 7^{1/2} Uhr, im Winter um 8 Uhr morgens schon wieder räumen. Die Versammlung wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der vom Standgelde handelnde §21 der Ordnung für die städtische Markthalle, dessen jetzige Fassung, soweit sie abweichend lautet, zur Vergleichung daneben gesetzt ist, in folgender Weise abgeändert werde.“

§ 21.

An Standgeld ist von den Verkäufern zu zahlen, berechnet für den Tag und das Quadratmeter Grundfläche:

	bei Vergebung des Standes	
	auf einen Tag	auf einen Monat oder länger
I. Bei Benutzung eines verschließbaren Standes:		
a. mit Fleisch und Fleischwaren .	1 M (wie bisher)	35 S (bisher 40 S)
b. mit Wild und Geflügel . . .	60 S (" ")	25 " (" 30 ")
c. mit sonstigen Marktwaren . .	40 " (" ")	15 " (" 20 ")
II. Bei Benutzung eines (nicht verschließbaren) umfriedeten Standes:		
a. mit Fleisch und Fleischwaren .	80 " (" ")	30 " (" 40 ")
b. mit Wild und Geflügel . . .	50 " (" ")	25 " (" 30 ")
c. mit sonstigen Marktwaren . .	30 " (" ")	10 " (" 12 ")
III. Bei Benutzung eines offenen Standes:		
a. mit Fleisch und Fleischwaren .	60 " (" ")	25 " (" 30 ")
b. mit Wild und Geflügel . . .	30 S (bisher 40 S)	15 " (" 20 ")
c. mit sonstigen Marktwaren . .	15 " (" 20 ")	10 " (" 12 ")
IV. Bei Benutzung der Kellerräume	10 S	5 S
V. bei Benutzung der Hofräume:		
a. für den Wagen . . .	50 "	
b. für den Handwagen . .	25 "	
VI. Bei Benutzung der Dezimalwage: bis zu einem Zentner 5 S, für jeden weiteren Zentner 5 S mehr.	wie bisher	
VII. Bei Benutzung von Wasser in den Fischständen für den Monat 3 M.		
Die Sätze werden für Bruch- teile eines Quadratmeters bis zu 0,5 qm halb, über 0,5 qm voll berechnet; Teile von Ständen werden nicht vergeben.		

(Nen:) „Für diejenigen Standinhaber, welche ihren Stand im Sommerhalbjahr um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Winterhalbjahr um 8 Uhr morgens bereits wieder räumen, tritt eine Ermäßigung obiger Sätze auf die Hälfte ein.“

Bei der Bearbeitung der Angelegenheit ist der Magistrat gleichzeitig der Frage näher getreten, ob die auf den offenen Wochenmärkten erhobenen, sehr bedeutend hinter den Markthallengebühren zurückbleibenden Standgelber den heutigen Verhältnissen noch entsprechen und ob es nicht ratsam erscheine, das Marktstandgeld innerhalb und außerhalb der Markthalle sich mehr als bisher nähern zu lassen. Wenn auch Bedenken getragen wird, durchweg gleichmäßige Sätze für beide Arten des Marktbetriebes in Vorschlag zu bringen, so wird der Marktdeputation doch darin beigestimmt, daß die gegenwärtigen Sätze auf den offenen Wochenmärkten reichlich niedrig festgesetzt und einer angemessenen Erhöhung fähig sind.

Burzeit ist an Marktstandgeld für jeden Markttag und jeden Marktplatz zu entrichten:

- 1) für jede offene Verkaufsstätte für 1 qm = 10 \mathcal{M} ,
- 2) für jede Bude oder sonst bedeckte Verkaufsstätte für 1 qm = 15 \mathcal{M} .

Diese Sätze werden auch für Flächen bis zu 1 qm erhoben.

Es wird empfohlen in Zukunft zu erheben:

- 1) für jede Verkaufsstätte im allgemeinen für 1 qm = 15 \mathcal{M} ,
- 2) für jede Verkaufsstätte, in der Fleisch oder Fleischwaren, Wild oder Geflügel feilgehalten werden, für 1 qm = 25 \mathcal{M} .

Das für Fleisch und dergleichen (Nr. 2) zu entrichtende Standgeld auf den offenen Wochenmärkten bleibt bei Annahme dieses Vorschlages immer noch weit hinter den in der Markthalle geltenden Tagessätzen, insbesondere bei den zum Fleischverkauf regelmäßig benutzten verschließbaren Ständen zurück. Auch spielt der Preisaufschlag für die Verkäufer angesichts des guten Verdienstes, den sie auf den offenen Wochenmärkten nach dem übereinstimmenden Urtheile aller Beobachter erzielen, keine große Rolle, zumal wenn man bedenkt, daß von den zwei Markttagen jeder Woche alljährlich für die einzelnen Markthändler eine nicht geringe Zahl wegen der Witterungsverhältnisse oder aus sonstigen Gründen auszufallen pflegt.

Für diejenigen Fälle, in denen ein Händler auf dem offenen Wochenmarke Wild oder Geflügel nur nebenbei zum Verkaufe stellt, während er in der Hauptsache dort andere Marktwaren feilhält, soll der Marktmeister mit der Anweisung versehen werden, daß das niedrigere Standgeld an dem betreffenden Wochenmarkttag für den gesamten Stand zur Anwendung gebracht werden soll.

Die Versammlung wird ersucht, sich mit vorstehender Aenderung der Marktordnung einverstanden zu erklären.

Herr Bues: In der Statutentkommission war man der Ansicht, daß die Genehmigung der Magistratsvorlage der Gesamtheit dienlich sein würde; es wird daher empfohlen, sie gutzuheißen.

Herr Esdorn: Ich habe gegen die Erhöhung der Standgelder auf den offenen Wochenmärkten ein Bedenken. Es sollen erhoben werden bei Benutzung eines offenen Standes in der Markthalle 15 S statt 20 S , während der Satz für den offenen Wochenmarkt von 10 S auf 15 S erhöht werden soll, so daß beide Sätze gleich sein werden. Das halte ich nicht für richtig. Ein Unterschied muß doch bestehen. Erstere sind der Witterung nicht so ausgesetzt wie letztere und haben auch nicht so viel Unkosten, weil sie ihre Marktstände nicht mitzubringen brauchen.

Herr Bues: Dem möchte ich doch widersprechen. Bei früherer Gelegenheit ist von Herrn Esdorn hervorgehoben worden, daß die Leute nicht gern in die Markthalle wollten und nun mit einem Male sollen die Plätze so viel mehr wert sein? Der Preisunterschied gegen früher ist tatsächlich so gering, daß er nicht ins Gewicht fallen kann. Ich möchte daher anheimgeben, die Preise so anzunehmen, wie sie in der Vorlage stehen.

Herr Jasper: Die Vorlage beabsichtigt, den Besuch der Markthalle zu heben. Ursprünglich versuchte man diese Hebung in der Weise, daß man den offenen Wochenmarkt wollte eingehen lassen und jetzt dadurch, daß die Standgelder möglichst ausgeglichen wurden. Wenn man zur Hebung des Besuches der Markthalle deren Standgelder heruntersetzen will, so habe ich dagegen nichts einzuwenden und halte dies für eine ganz verständige Maßregel, aber andererseits die Standgelder für die offenen Märkte hinaufzusetzen, ohne dafür etwas zu bieten, scheint mir schon deshalb nicht richtig zu sein, weil dadurch der Hausierhandel noch mehr an Ausdehnung gewinnen wird. Ich bezweifle, daß das im Interesse der Gesamtheit liegt, und ich bitte deshalb, die Erhöhung der Standgelder auf den offenen Märkten abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Dr. Jasper will also jede Erhöhung der Standgelder für die offenen Märkte ablehnen und geht damit noch weiter als die Deputation, die nur 2 S zulegen und die Sätze auf 12 S erhöhen will. Ich erkenne ohne weiteres an, daß wir einen gewissen Ausgleich zwischen dem Besuche der Markthalle und des offenen Marktes gesucht haben, indem wir die Sätze des letzteren etwas erhöhten, aber abgesehen davon kann man hier mit Fug und Recht auch die Frage aufwerfen: Ist die Vergütung von 15 S , die dafür bezahlt wird, daß jemand stundenlang auf dem Wochenmarkte aussteht, wirklich so hoch, um sie ablehnen zu müssen? Die Mehrzahl der Verkäuferinnen wird nur 1 qm Platz in Anspruch nehmen, also auch nur 15 S zu zahlen haben; wenn aber eine Frau dafür 12 S bezahlen kann, so kann sie auch 15 S bezahlen.

Es handelt sich dabei nicht nur um die Ueberlassung des betreffenden Raumes, sondern auch um die Wegschaffung des Rehrichts, die uns Geld kostet. Dazu kommt, daß das Kupfergeld hier immer seltener wird und es seine Schwierigkeiten haben dürfte, die 3 \mathcal{M} herauszugeben. In Süddeutschland operieren die Leute mehr mit Kupfergeld, aber hier fällt es schwer, viel Kupfer zusammenzubringen.

Herr Rathe: Ich möchte bitten, die Magistratsvorlage anzunehmen. Die allgemeinen Unkosten für die Märkte, z. B. für deren Beaufsichtigung sind gestiegen, so daß wir auch an eine Erhöhung der Standgelder denken müssen. Wenn wir nun gezwungen sind, die Standgelder für die Markthalle herunterzusetzen, um deren Betrieb zu heben, so müssen wir die Standgelder für die offenen Märkte notgedrungen erhöhen. Wir erhöhen die Gehälter und Löhne der städtischen Bediensteten und sollen womöglich mit den Standgeldern noch billiger werden.

Herr Esborn: Wir müssen unsere Markthalle doch schlecht bewerten, wenn wir deren Stände nicht für wertvoller halten, als die Stände auf den offenen Märkten. Den beabsichtigten Mehrverdienst gewinnen wir doch schon durch die bedeutend erhöhten Gebühren für die Schlachterstände, die auch höher eingeschätzt werden konnten.

Die gesamte Magistratsvorlage wird darauf in getrennter Abstimmung genehmigt.

XIV. Hundesteuer-Erlassgesuche.

Das Gesuch des Schneidermeisters Richard Ebers um Erlaß der Steuer für einen Wachhund, der zum Schutze des taubstummen Ehepaars Ebers dient, wird auf Befürwortung der Statutenkommission, für die Herr Bues berichtet, genehmigt.

Ebenso das Gesuch der Produkthändlerin Charlotte Schröter um Erlaß der Steuer für einen Ziehhund und des Schlossers Heinrich Weber, dem die Steuer für einen Wachhund erlassen wird, der zum Schutze der tauben Ehefrau dient. Beide Gesuche ließ die Statutenkommission durch Herrn Weichsel befürworten.

Endlich wird noch der Milchhändlerin Anna Verries auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Schöttler berichtet, die Steuer für einen Ziehhund erlassen.

Vorsitzender: Der Magistrat gibt der Versammlung davon Kenntnis, daß er auf Grund des § 4,2 des Hundestatuts dem Besitzer eines Ziehhundes die Steuer erlassen habe.

In dem vorhin von Herrn Weichsel vorgetragenen Falle hat die Statutenkommission den Grundsatz vertreten, daß auch innerhalb des Nachtmächterbeganges

der Erlaß der Steuer für einen Hund dann gerechtfertigt sei, wenn bei dürftigen Verhältnissen des Eigentümers der Hund für die Sicherheit der betreffenden Personen aus besonderen Gründen unerläßlich nötig sei. Dieser Grundsatz wird auch die Billigung der Versammlung finden. (Zustimmung.)

Eine Anzahl Gesuche kehrt alle Jahre auf der Basis ganz gleicher Verhältnisse, sowohl was die Besitzer der Hunde, als auch die letzteren selbst betrifft, wieder. Die Statutenkommission hat nun den Wunsch, daß der Magistrat, wenn nach seinem pflichtmäßigen Ermessen die Verhältnisse die gleichen sind wie in den früheren Jahren, den Erlaß der Steuer gleich selbst verfügen möchte. Wenn das Verfahren auch formell nicht ganz korrekt sein mag, so vermögen wir doch nicht einzusehen, wozu wir uns immer wieder mit solchen Sachen beschäftigen sollen. Sind Sie damit einverstanden? — Es erfolgt kein Widerspruch, ich darf daher wohl annehmen, daß in Zukunft so verfahren werden soll. (Zustimmung.)

XV. Lieferung von Wasser und Gas zu ermäßigten Preisen.

Der Verein Braunschweiger Gastwirte ersucht um Lieferung von Wasser und Gas zu ermäßigten Preisen für die unter Nr. VIII der heutigen Tagesordnung bezeichnete Ausstellung. Vom Magistrate wird anheimgegeben, Gas und Wasser zu dem Zwecke für den ermäßigten Preis von 12 S für 1 cbm zu liefern, welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Fiedel berichtet, zustimmt.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 7³⁴ Uhr.

1906/1907. — Nr. 1.

Bericht
über die
Verhandlungen der vereinigten Versammlung
des
Stadtmagistrates und der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 31. Mai 1906.

Tagesordnung:

- | | |
|--|---------|
| I. Wahl zweier unbezoldeten Magistratsmitglieder. | Seite 2 |
| II. Einsprachen gegen die Verteilung der Straßentoßen für die Höfenstraße. | „ 2 |
| III. Erziehung für einen Waisenrat. | „ 3 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Seele, Wagner und Lange.

Entschuldigt die Herren Brückmann, Hauswaldt, Ohlendorf und Ribbentrop.

Den Vorsitz führt Herr Oberbürgermeister Ketemeyer.

I. Wahl zweier unbesoldeten Magistratsmitglieder.

Vorsitzender: Ich glaube, es empfiehlt sich, die Wahlen in getrennten Wahlgängen vorzunehmen, um Differenzen zu vermeiden, die sich bei Stichwahlen ergeben könnten. (Zustimmung.) Wir würden zunächst die Ersatzwahl für den verstorbenen Stadtrat Haake vorzunehmen haben.

Herr Schöttler: Ich schlage Herrn Lorb zur Wahl vor.

Gewählt wird durch Stimmzettel Herr Lorb mit 24 Stimmen, während 6 Stimmen auf Herrn Rathe und 1 Stimme auf Herrn Rieke entfallen. Sechs Stimmzettel waren unbeschrieben.

Herr Lorb nimmt die Wahl an.

Vorsitzender: Dann würden wir einzutreten haben in die Ersatzwahl für Herrn Stadtrat Hamdohr, der sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat.

Herr Göde: Ich möchte Herrn Rathe vorschlagen.

Herr Schöttler: Ich schlage Herrn Rudolf Blasius vor.

Gewählt wird durch Stimmzettel Herr Rudolf Blasius. Außerdem erhalten Herr Rathe 7 und Herr Ribbentrop zwei Stimmen. Vier Zettel waren unbeschrieben.

Herr Blasius nimmt die Wahl ebenfalls an.

II. Einsprachen gegen die Verteilung der Straßenkosten für die Höfenstraße.

Der Schlossermeister Bauer, Höfenstraße 5, hat gegen die Aufstellung der Verteilungsberechnung derjenigen Kosten, welche von den Anliegern der Höfenstraße für deren Ausbau zu tragen sind, Einsprache erhoben mit der Begründung, daß seine beiden Grundstücke Nr. 5 und 6 grundbuchamtlich getrennt seien und demnach nicht als ein Ganzes, sondern nur getrennt behandelt werden könnten. Da das Grundstück Nr. 6 zurzeit noch unbebaut sei, so könnten dafür Kosten auch noch nicht eingezogen werden.

Namens der Kommission berichtet hierüber Herr Bürgermeister Meyer: Die Kommission steht auf dem Standpunkte, daß die Anschauung des Herrn Bauer um deswillen falsch sei, weil das gesamte Grundstück eine wirtschaftliche Einheit bilde. Bei der vorläufigen Teilberechnung ist allerdings eine Trennung der einzelnen Grundstücke vorgenommen worden, jedoch hat Herr Bauer dieses Moment nicht hervorgehoben. Der Magistrat hat sich hierbei auf den Standpunkt gestellt, daß die Abweichung zwischen der vorläufigen und der endgültigen Berechnung für den Reklamanten und auch für die Allgemeinheit nicht von Interesse sei und um deswillen Herr Bauer keine hinreichende Veranlassung habe, gegen die Kostenverteilungsrechnung Einsprache zu erheben. Die Kommission empfiehlt deshalb, die Einsprache als unbegründet zu verwerfen.

Herr Sander: Ich habe mir das Grundstück angesehen und mit dem Besitzer die Sache besprochen. Letzterer sagte mir, er hätte seinerzeit das Grundstück gekauft, um davon einen Bauplatz wieder zu verkaufen. Der Kauf sei indessen rückgängig gemacht worden. Auf diese Weise seien daraus zwei Grundstücke geworden. Er erklärte ferner, er hätte auch nichts dagegen, wenn er die Kosten schon jetzt bezahlen müßte, da er einsehe, mit seinem Anspruche nicht durchzukommen; es liege ihm nur daran, sie ratenweise abtragen zu dürfen.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

Die Ehefrau des Polizeiergeanten a. D. Meyer, Luise geb. Jacobs, Höfenstraße 1, ist gegen die Verteilungsberechnung insofern vorstellig geworden, als sie meint, zur Tragung der Kosten überhaupt nicht verpflichtet zu sein, da ihr Grundstück nicht direkt an die Höfenstraße grenze, sondern noch 3 m Terrain, das Eigentum der Stadtgemeinde sei, dazwischen liege, das Haus auch den Eingang in der Thomaestraße habe.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist nicht zu verkennen, daß die Rechtslage als zweifelhaft angesehen werden kann. Da wir zur Wahrung des Interesses der Stadt annehmen müssen, daß das Grundstück als ein Zubehör der Höfenstraße anzusehen ist, so kann ich namens der Kommission nur anheimgeben, auch diese Einsprache zu verwerfen,

was geschieht.

III. Ersatzwahl für einen Waisenrat.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Für den Kaufmann Henties, dessen Mandat als Waisenrat inolge Umzuges nach Goslar erloschen ist, muß eine Neuwahl vorgenommen werden. Als Ersatz schlage ich Ihnen den Bäckermeister Hünnerberg, Leisewitzstraße, vor.

Herr Hünnerberg wird zum Waisenrat gewählt, und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 7¹² bis 7³⁴ Uhr.

1906/1907.Nr. 4.

Bericht

über die

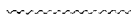
Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung vom 28. Juni 1906.

Tagesordnung:

I. Einsprache gegen die offene Bauweise am Königssteig	Seite 94
II. Aufstellung von Trinkbrunnen	" 95
III. Einsprache gegen die offene Bauweise an der Autorstraße.	" 95
IV. Zustandsetzung verschiedener Straßen	" 95
V. Be- und Entwässerung eines staatlichen Grundstücks	" 96
VI. Erwerb von Flächen zur Goslarischenstraße	" 97
VII. Erwerb von Flächen zur Erbauung der St. Jacobi-Kirche	" 98
VIII. Kanalisierung eines Teiles der projektierten Straße Nr. 541	" 99
IX. Bauliche Einrichtungen auf dem Grundstücke der Oberrealschule.	" 99
X. Aufnahme einer Klage	" 105
XI. Zuschuß für den Verkehrsverein	" 105
XII. Errichtung des Gedenksteinbrunnens	" 108
XIII. Zustandsetzung des Bäckertinks	" 109
XIV. Plattenbelag auf einem Teile der Helmstedterstraße	" 111
XV. Uebnahme einer Hypothek	" 111
XVI. Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren	" 112
XVII. Erziehungswahlen zu verschiedenen Kommissionen und Deputationen	" 113

XVIII.	Zufluß für die Gemeindepflege zu St. Jacobi	Seite 114
XIX.	Zurückziehung zweier Darlehen	" 118
XX.	Vermietung einer Wohnung im Gebäude des Großen Kubs	" 119
XXI.	Zulassung eines Privatingenieurs zur Ueberwachung der Startstromanlagen	" 119
XXII.	Antrag Brückmann: Schutzvorrichtungen bei der Straßeneisenbahn	" 119
XXIII.	Antrag Meyerhoff: Erhebung der Grundsteuer nach dem Miet- und Pachtwerte der Grundstücke	" 120
XXIV.	Anfrage Wesemeier: Mißstände im Bäckereibetriebe	" 121
XXV.	Ambau v. eines Teiles der Frankfurterstraße	" 124
XXVI.	Einziehung kleinerer Steuerrückstände	" 125
XXVII.	Ausbau eines Teiles des Cyriaksringes	" 126
XXVIII.	Ausbau eines Teiles der Helenenstraße	" 126
XXIX.	Ausbau eines weiteren Teiles des Cyriaksringes	" 126
XXX.	Zufluß für die Waldspiele	" 126
XXXI.	Anfrage Ohlendorf: Schaffung von Spielplätzen im Westen der Stadt	" 127
XXXII.	Anfrage Kalm: Besprengen der Straßen mit Eiskwasser	" 127
XXXIII.	Antrag Jasper: Besteuerung der Grundstücke nach gemeinem Werte	" 128



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kete Meyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Lord.

Entschuldigt die Herren Frühling, Günther, Jüdel, Stegmann und Weichsel; später erscheinen die Herren Meyerhoff und Wolff.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und heißt zunächst die neugewählten Mitglieder der Versammlung, die Herren Dr. med. Johannes Bluth und Kaufmann Hermann Möhle, willkommen, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß deren Tätigkeit der Stadt zum Segen gereichen möge.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Einsprache gegen die offene Bauweise am Königstiege.

Die Ehefrau des Malermeisters Büdcher, Königstiege 4 a, hat, zugleich namens ihres Ehemanns, gegen die von der Versammlung beschlossene offene Bauweise für den Königstiege Einsprache erhoben mit der Begründung, daß die Mehrzahl der an dieser Straße stehenden Gebäude an die Straßensuchtlinie gebaut worden sei und bei der Neubebauung des eigenen Grundstücks die Errichtung eines Gebäudes unter Innehaltung der offenen Bauweise ausgeschlossen sein würde.

Der Magistrat muß die Einsprache als berechtigt anerkennen und ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die für den Königstiege beschlossene offene Bauweise auf dessen Westseite und zwar von der Sidonienstraße bis zur projek-

tierten Straße 365 wegen der dort vorhandenen annähernd geschlossenen Bauweise und der verhältnismäßig geringen Breite einer ganzen Reihe der angrenzenden Grundstücke in Fortfall kommt.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt, nachdem Herr Bürgermeister Meyer noch eine kurze Erläuterung gegeben hatte.

II. Aufstellung von Trinkbrunnen.

In der Sitzung vom 15. Juni 1905 — Seite 171 des Berichtes — hat die Versammlung den Magistrat um Einrichtung von Wassertrinkstellen in den Straßen der Innen- und Außenstadt ersucht, und hierzu 1000 M zur Verfügung gestellt. Daraufhin wurde die städtische Bauverwaltung beauftragt, nicht nur auf dem Leonhardplaz und dem Kleinen Gzerzierplaz Trinkbrunnen nach Art des auf dem Amalienplaz bereits vorhandenen Brunnens aufzustellen, sondern gleichzeitig geeignete Plätze und Modelle für Trinkbrunnen in der Innenstadt in Vorschlag zu bringen. Nachdem dies geschehen ist, hat sich der Magistrat dahin entschieden, zunächst je einen Brunnen auf dem Friedrich-Wilhelmsplaz und dem Wilhelmplaz aufzustellen. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Aufstellung der beiden Brunnen einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen 930 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, geschieht.

Herr Bürgermeister Meyer: Der eine Trinkbrunnen wird neben Hotel Monopol mit dem Ausfluß nach der Gasse hin und der andere an der östlichen Spitze der Anlage des Wilhelmplatzes aufgestellt werden.

III. Einsprache gegen die offene Bauweise an der Autorstraße.

Der Betriebssekretär a. D. Zahns, Autorstraße 19, legt gegen die für die Autorstraße beschlossene offene Bauweise Einsprache ein mit der Begründung, daß er dadurch in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen infolge Herabsetzung des Grundstückswertes geschädigt werde. Der Magistrat vermag die erhobene Einsprache angesichts der Frontlänge des Zahns'schen Grundstücks als begründet nicht anzuerkennen und gibt deren Ablehnung anheim.

Herr Meyerhoff ersucht namens der Baukommission die Einsprache als unbegründet zu verwerfen, was geschieht.

IV. Zustandsetzung verschiedener Straßen.

Von den für 1906/07 zur Befestigung mit Kleinpflaster in Vorschlag gebrachten Straßenstrecken würden nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung

die Fusarenstraße zwischen der Voigts-Rheßstraße und dem Rußbergparke mit einem Inhalt von 540 qm und die Wolfenbüttelerstraße von der Melveröder Grenze ab auf eine Länge von 340 m mit einem Inhalt von 2657 qm noch zurückgestellt werden können. Dafür würde es sich empfehlen, die nachfolgenden Straßen mit Kleinpflaster zu versehen: 1) die Karlstraße zwischen Hagenring und Windefstraße = 1188 qm, 2) die Parkstraße = 1200 qm, 3) die Schubertstraße (westliche Teilstrecke) = 550 qm, und 4) den Wendenring an der Einmündung der verlängerten Bammelsburgerstraße = 259 qm, zusammen 3197 qm. Der Magistrat ersucht, sich mit dieser Verschiebung einverstanden zu erklären.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Fricke die Genehmigung der Vorlage.

Herr Brückmann: Unter den in der Vorlage erwähnten Straßen vermiße ich die Sidonienstraße. Da sich ein Teil der kurzen Straße in einem unwürdigen Zustande befindet, so empfehle ich, sie mit in die Liste der instandzusetzenden Straßen aufzunehmen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die im laufenden Rechnungsjahre neu zu befestigenden Straßen sind der Versammlung durch den Etat bekannt gegeben und von ihr auch generell genehmigt worden. Bei der Beratung des Etats kam aber zur Sprache, daß die Karlstraße reichlich schlecht sei und vorzugsweise, unter Zurückstellung anderer Straßen, berücksichtigt werden solle, sofern sich bei einem Vergleiche mit den im Etat aufgeführten Straßen herausstellen sollte, daß sie diesen Vorzug verdiene. Auf diese Weise ist es gekommen, daß die Karlstraße einigen anderen Straßen vorgezogen worden ist. Herrn Brückmann möchte ich bitten, seinen Wunsch später noch einmal zur Sprache zu bringen, damit die Sidonienstraße eventuell für den nächstjährigen Etat in Aussicht genommen werden kann, weil jetzt Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Magistratsvorlage wird hierauf zugestimmt.

V. Be- und Entwässerung eines staatlichen Grundstücks.

Auf Anordnung Herzoglichen Staatsministeriums ist auf dem an der Cellerstraße neben der Landeseisenbahn auf Delper Feldmark gelegenen Grundstücke eine Zentralstelle für Lagerung von Kohlen eingerichtet, von der aus die herrschaftlichen Gebäude mit Feuerungsmaterial versorgt werden sollen. Um bei einem Brande sofort löschen zu können, ist in Aussicht genommen, auf das Grundstück ein 80 mm weites Wasserzuleitungsrohr zu führen und daran zwei Hydranten zu schließen, die mit Blomben versehen werden. Zur Ermöglichung der Beprengung des Platzes bei Staub soll ein Zapfhahn vorgesehen werden, an dessen Wasserzuleitungsrohr auch ein Klossett und zwei Waschtische angeschlossen werden sollen. Für das hierdurch verbrauchte Wasser wird ein Wassermesser eingestellt werden. Schließlich

ist noch beantragt worden, die Ableitung des Wassers in den Straßentanal erfolgen zu lassen. — Der Magistrat ersucht, die Be- und Entwässerungsanlage unter folgenden Bedingungen zu genehmigen:

I. Bewässerung: Der vorn in die Wasserleitung einzubauende Schieber wird in geschlossenem Zustande plombiert und darf nur geöffnet werden, wenn eine Benutzung der anzulegenden Hydranten zum Löschen eines ausgebrochenen Schadenfeuers stattfinden muß. Das zu Feuerlöschzwecken abgegebene Wasser ist der Stadt nach überschlägiger Schätzung und billigem Ermessen der Direktion der Licht- und Wasserwerke zu vergüten, während das für andere Zwecke verwendete Wasser nach den Bestimmungen über die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke an Private berechnet wird. Außerdem muß für die Kontrolle des Plombenverschlusses ein Betrag von jährlich 5 Al gezahlt werden. Von jeder stattgefundenen Deffnung des Schiebers oder Entfernung des Plombenverschlusses ist der Direktion der Licht- und Wasserwerke binnen 24 Stunden Anzeige zu erstatten. Gegen mutwillige oder fahrlässige Beschädigungen des Plombenverschlusses ist dieser auf Kosten der Herzoglichen Hochbauinspektion durch Anbringung einer Schutzvorrichtung tunlichst zu sichern.

II. Entwässerung: Die auf Straßengebiet liegende Anschlußleitung wird auf Kosten der Herzoglichen Hochbauinspektion durch die städtische Bauverwaltung ausgeführt. Die Ausführung der Entwässerungsanlage innerhalb des Grundstücks bleibt der Hochbauinspektion überlassen, jedoch vorbehaltlich der Einhaltung der Bestimmungen des Entwässerungsstatuts unter gleichzeitiger Aufsicht der städtischen Bauverwaltung. Die Kanalsteuer wird bis auf weiteres auf 100 Al jährlich festgesetzt. Dabei wird bemerkt, daß es dem Magistrate angemessen erschien, dem Staate nicht die den auswärtigen Privaten auferlegten Kosten zu berechnen, weshalb die höheren Sätze nicht in Vorschlag gebracht seien.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, genehmigt.

VI. Erwerb von Flächen zur Goslarischenstraße.

Zum Ausbau der Goslarischenstraße zwischen Rudolfsplatz und Chemnitzstraße sind neben anderen drei 1,32 a große Flächen zu erwerben. Zwei davon im Umfange von 1,13 a stehen im Grundbuche noch auf den Namen des verstorbenen Maurermeisters Stege allein oder mit eingetragen. Da mit dessen Erben eine Einigung nicht hat erzielt werden können, ersucht der Magistrat um die Ermächtigung, wegen der Flächen das Zwangsenteignungsverfahren einzuleiten. Die dritte Fläche gehört dem Papierhändler Werner Siebers, der bereit ist, sie zu dem angemessen erscheinenden Einheitspreise von 12 Al für 1 qm an die Stadt

abzutreten. Der Magistrat beantragt daher, sich mit ihrem Erwerbe zu diesem Preise einverstanden zu erklären,
 was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

VII. Erwerb von Flächen zur Erbauung der St. Jacobi-Kirche.

Nachdem auf Grund der höchsten Verordnung vom 20. Juli 1904 die St. Jacobi-Kirchengemeinde in der westlichen Außenstadt ins Leben gerufen worden ist, hat der Magistrat entsprechend der von der Stadt übernommenen Verpflichtung die erforderlichen Schritte eingeleitet, um für die neue Gemeinde ein eigenes Gotteshaus zu beschaffen, und zwar zunächst durch Auswahl und Erwerb eines geeigneten Bauplatzes. Als solcher ist allseitig das an der Goslarischenstraße gegenüber der Einmündung der Chennitzstraße gelegene Terrain und zwar in einer solchen Ausdehnung für zweckdienlich erachtet worden, daß außer der Kirche auf demselben zwei Pfarrhäuser und zwei Konfirmandensäle errichtet werden können. Von dem betreffenden Terrain ist der Hingelische Plan zu etwa 15,34 a mit Zustimmung der Versammlung bereits zum Einheitspreise von 10 M für 1 qm angekauft worden. Zu demselben Preise sind von den benachbarten Plänen Nr. 54, 53 und 51 die östlichen Teilflächen in einer Gesamtgröße von etwa 44,38 a erworben worden. Es erscheint dem Magistrat zweifelhaft, ob es erforderlich sein wird, den Ortsbauplan so wie er seinerzeit festgestellt wurde, auszuführen, indessen auch für den Fall, daß es angängig sein sollte, die Kirche teilweise auf demjenigen Terrain zu errichten, das zur Anlage eines Platzes bestimmt ist, mußte der Magistrat für zweckdienlich erachten, das Bau terrain nicht zu gering zu bemessen, um die Freiheit der Disposition nicht einzuschränken.

Wegen Errichtung der kirchlichen Gebäude beabsichtigt der Magistrat demnächst eine Konkurrenz auszuschreiben und soll darüber der Versammlung noch eine Vorlage zugehen. Zunächst wird daher nur ersucht, dem in Rede stehenden Terrainankauf zu Lasten der Gemeinde Kirchenkasse zuzustimmen.

Herr Lübke: Die Baukommission hält den Platz für ausreichend und zweckdienlich und hat gegen dessen Ankauf Bedenken nicht zu erheben; sie bringt deshalb die Genehmigung der Magistratsvorlage in Vorschlag.

Herr Jasper: Der Herr Referent ging davon aus, daß die Stadt seinerzeit die Verpflichtung übernommen habe, ein Gotteshaus für die Jacobigemeinde zu bauen. Wir sind die früheren Verhandlungen nicht mehr genau gegenwärtig, aber ich glaube doch nicht, daß ein solcher Beschluß gefaßt worden ist, sondern ich meine, daß es sich nur um die anderweite Abgrenzung der verschiedenen Kirchengemeinden gehandelt hat. Rechtlich ist die Baupflicht der politischen Gemeinde doch davon abhängig, ob von ihr ein Bedürfnis zu einem Kirchenbau anerkannt wird, und ein

solches Bedürfnis glaube ich besonders in dem Stadtviertel verneinen zu müssen. Ich bitte deshalb, die Vorlage abzulehnen.

Die Versammlung genehmigt darauf die Vorlage.

VIII. Kanalisierung eines Teiles der projektierten Straße Nr. 541.

Die Maurermeister Dorn und Friedrichs haben gebeten, zu gestatten, daß die in südlicher Richtung von der Scharnhorststraße abzweigende projektierte Straße Nr. 541 von der Scharnhorststraße her in einer Tiefe von 30 m auf ihre Kosten kanalisiert werde. Der Magistrat ersucht, sich mit der gewünschten Kanalisierung unter den üblichen Bedingungen einverstanden zu erklären. Die voraussichtlichen Kosten von rund 550 M haben die Genannten vorher bei der Stadthauptkasse einzuzahlen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird dem Antrage zugestimmt.

IX. Bauliche Einrichtungen auf dem Grundstücke der Oberrealschule.

I. Der weitere Ausbau der C-Klassen bei der Oberrealschule, also derjenigen unteren Klassen, die demnächst die städtische Realschule bilden und im neuen Schulgebäude an der Ritterstraße Unterkommen finden werden, bedingt die Schaffung weiterer provisorischer Klassenräume. Voraussichtlich wird die Untertertia C bereits zu Michaelis 1906 und die Obertertia C zu Ostern 1907 einzurichten sein.

Es war zunächst erwogen worden, ob nicht dem Raumbedürfnis dadurch abzuhelpen sei, daß unter einstweiliger Beibehaltung der in den Gebäuden hintern Brüdern 31 und 32 hergerichteten provisorischen Klassenzimmer die jetzige Aula in drei Klassen und ein Zimmer für Zeichenvorlagen umzuwandeln und an Stelle der vorgeordneten beiden Gebäude an der Straße ein neues einstöckiges Gebäude zur Schaffung einer neuen Aula aufzuführen sei. Für die Wahl dieses Projektes war auch geltend gemacht worden, daß durch Schaffung jener drei Klassen dem Bedürfnis der Oberrealschule genügt werde und daß die Ansammlung einer großen Zahl von Schülern in der im zweiten Obergeschoße gelegenen Aula mit um so größerer Gefahr verbunden sei, als das Schulhaus bekanntlich nur ein Treppenhaus mit Holzterrasse besitze. Da der Umbau der Aula aber rund 15 000 M und der Neubau einer solchen rund 50 000 M kosten würde, so hat man dieses Projekt fallen gelassen, zumal auch unter Aufwendung erheblich geringerer Mittel in den beiden Gebäuden hintern Brüdern vier hoimwärts gelegene, durchaus brauchbare Klassenräume auf eine längere Reihe von Jahren (mindestens 25) unbedenklich unterhalten werden können. Von diesen vier Räumen werden schon jetzt drei benutzt, während das vierte Klassenzimmer im ersten Obergeschoße des ehemaligen Volksschulgebäudes einzurichten sein würde. Wegen dieses vierten Klassenzimmers und der

dazu erforderlichen Treppenanlage behält sich der Magistrat weitere Anträge vor und empfiehlt vorläufig nur, die drei vorhandenen Klassenräume mit einem Aufwande von 2960 M besser instand zu setzen. Der Magistrat ersucht, diese 2960 M zu verwilligen, verschiedene andere als notwendig erkannte bauliche Ausführungen aber zunächst noch hinauszuschieben.

II. Der Schulvorstand hat empfohlen, das jetzige Abortgebäude, das jetzt mitten im Schulhofe liegt, durch ein neues an der Ostseite des Hofes aufzuführendes Abortgebäude zu ersetzen. Der Magistrat glaubt aber, von der Ausführung eines solchen Projektes umsomehr absehen zu sollen, als durch die Errichtung des neuen Abortgebäudes an der Ostseite des Hofes dessen Ausnutzung als Spielplatz gleichfalls beeinträchtigt werde. Dabei weist er darauf hin, daß die Beibehaltung des vorhandenen Abortgebäudes insofern besondere Kosten verursache, als es sich empfehle, das Pultdach durch ein Satteldach zu ersetzen und als die Herrichtung der Wasserklosetts ohne bauliche Aenderungen nicht durchzuführen sei. Immerhin würde aber durch Beibehaltung des jetzigen Abortgebäudes eine Summe von 7425 M erspart werden. Es sind veranschlagt die Kosten für ein neues Abortgebäude und für ein besonderes Klosett des Schuldieners in dessen Wohngebäude zu 14 825 M, während der Umbau des Abortgebäudes etwa 7200 M kosten würde. Den letzteren Kostenbetrag ersucht der Magistrat zu genehmigen.

III. Die dem Schulhofe zuzulegenden beiden Höfe der beiden Grundstücke Hintern Brüdern 31 und 32 müssen instand gesetzt werden, auch ist der durch einen Bretterzaun eingefriedigte Hof des ehemaligen Volksküchengrundstücks an der Ostseite ordnungsmäßig durch eine Grenzmauer abzuschließen, wofür 1525 M gefordert werden.

IV. Für eine gründliche Instandsetzung der bisherigen Aula sind weitere 3500 M erforderlich.

V. Wegen der Schaffung einer zweiten Treppe zur Aula soll noch eine besondere Vorlage erfolgen, da die städtische Bauverwaltung ein entsprechendes Projekt noch nicht fertiggestellt hat.

Die Versammlung wird schließlich ersucht, die vorstehend geforderten Summen, nämlich $2960 + 7200 + 1525 + 3500 = 15\,185$ M zu verwilligen.

Herr Lübke: Die Baukommission hat sich nach der örtlichen Besichtigung des Grundstücks dafür entschieden, das Abortgebäude an seiner jetzigen Stelle nicht stehen zu lassen, sondern dessen Neubau an der Nordseite des Hofes vorzuschlagen. Mit dieser neuen Idee hat sich auch der Herr Oberbürgermeister einverstanden erklärt. Da ein definitives Projekt darüber noch nicht vorliegt, der Neubau aber während der großen Ferien ausgeführt werden muß, so würden wir dem Magistrat Vollmacht zu geben haben, ein Abortgebäude, ohne daß wir das definitive Projekt

genehmigt haben, mit 14 000 M. ausführen zu lassen. Bei der Instandsetzung der Aula lassen sich vielleicht 700 M. ersparen, so daß sie mit 2800 M. durchzuführen sein wird. Die Baukommission empfiehlt also, die Magistratsvorlage mit der Aenderung zu genehmigen, daß der Magistrat ermächtigt werde, statt des Umbaues einen Neubau des Abortgebäudes vorzunehmen, und dem Magistrate nicht 15 185 M., sondern 22 000 M. zur Durchführung der sämtlichen baulichen Aenderungen zu bewilligen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Zu der Erklärung des Herrn Referenten, ich hätte mich mit dem Vorschlage der Baukommission hinsichtlich des Neubaus des Abortgebäudes einverstanden erklärt, möchte ich bemerken, daß ich für meine Person allerdings von Anfang an auf dem Standpunkte gestanden habe, daß das Abortgebäude, nachdem es infolge der Vergrößerung des Schulhofes durch Zulegung der beiden Nachbarhöfe in die Mitte des Schulhofes zu stehen gekommen ist, von seiner jetzigen Stelle verschwinden müsse. Der Magistrat war aber der Ansicht, daß der Kostenersparnis wegen — es handelt sich dabei um 7000 M. — das Gebäude beizubehalten sei. Nun habe ich gestern abend an Ort und Stelle mit der Baukommission das Terrain in Augenschein genommen und bei der Gelegenheit meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß es selbstverständlich für den ganzen Schulbetrieb angenehmer sein würde, wenn dieses inmitten des Hofes stehende Gebäude verschwinden könnte. Der Magistrat möchte aber seinerseits nicht ohne weiteres seinen Standpunkt fallen lassen, damit ihm nicht der Vorwurf gemacht werde, er wirtschaftete leichtsinnig mit den städtischen Geldern. Wir haben uns deshalb dahin schlüssig gemacht, daß wir einem etwaigen Beschlusse der Versammlung auf Neuerrichtung eines Abortgebäudes zustimmen würden, daß wir aber die Verantwortung für die Mehrausgabe allein nicht übernehmen wollten. Wir haben im Magistrate deshalb so schnell zu dem Antrage der Baukommission Stellung genommen, weil der Rohbau des neuen Abortgebäudes während der bevorstehenden großen Ferien ausgeführt werden muß, wenn der Anschluß an das Kanalnetz zum 1. Januar f. J. vollzogen sein soll. Ein Kostenanschlag konnte von gestern abend bis jetzt nicht aufgestellt werden, Sie müssen uns also freie Hand lassen. Da das Gebäude eine etwas geringere Größe bekommen soll, als bei dem früheren Projekte angenommen war, so läßt sich erwarten, daß es auch für geringere Kosten ausgeführt werden wird, und wir demnach den vollen Kredit, der uns zur Verfügung gestellt werden soll, nicht werden in Anspruch zu nehmen brauchen. Andererseits können allerdings Mehrkosten möglicherweise dadurch entstehen, daß das Gebäude in größerer Entfernung vom Straßenkanale zu stehen kommen wird, als früher in Aussicht genommen war und demnach der Kanal länger werden wird. Die Ausführung würde sich auch schon um deswillen empfehlen, weil der auf dem Hofe liegende Kanal wohl weit genug ist, aber

nicht gerade sehr tief liegt und die Entwässerung auch dadurch weit besser werden wird, daß die Abwässer in gerader Richtung in den Straßentanal geführt werden.

Herr Rieke: Wenn man die beiden zugekauften Grundstücke hoffentlich ansieht, so kann man wohl zweifelhaft werden, ob man mir nichts dir nichts die Summe bewilligen soll. Betrachtet man aber die Verhältnisse im ganzen, so kommt man zu der Ansicht, daß das Abortgebäude, das seinerzeit zweckmäßig an die Grenze des städtischen Grundstücks gestellt war, unter den veränderten Verhältnissen an seiner jetzigen Stelle nicht mehr zeitgemäß ist. Bei solchen Sachen ist es immer am besten, wenn sich die betreffende Kommission an Ort und Stelle begibt und sich von der Sachlage überzeugt, wie das hier geschehen ist, denn in Wirklichkeit macht sich das Bild immer anders, als auf der Zeichnung. Da außerdem der Nachbar seinen Kuhstallduft nach dem städtischen Grundstücke hinübersendet, so ist es ganz zweckmäßig, das Gebäude an die Grenze zu stellen und eine Trennmauer zu ziehen. Aus diesen Gründen möchte ich empfehlen, trotz des fehlenden Kostenanschlages dem Magistrate Vollmacht zu geben, damit das Gebäude während der Schulferien errichtet werden kann. Von dem Ausbau des alten Gebäudes wäre auch kein großer Vorteil zu erwarten gewesen.

Herr Schöttler: Um die sogenannten C-Klassen brauchen wir uns bei Beurteilung der Vorlage nicht zu kümmern, weil sie nur ein Provisorium bilden, das mit der Eröffnung der neuen Realschule fortfällt. Die Oberrealschule ist seinerzeit für 15 Klassen eingerichtet worden und zwar mit Rücksicht darauf, daß man den Unterbau doppelt, die drei obersten Klassen aber nur einfach haben wollte. Inzwischen haben wir aber die drei obersten Klassen auch verdoppeln müssen, und so wird es auch bleiben. Aus diesem Grunde sind noch drei Klassen der Schule unterzubringen. Der Schulvorstand wollte die Aula mit Rücksicht auf ihre nicht sehr glückliche Lage im zweiten Stock neu bauen und den freiwerdenden Raum zu den fehlenden drei Klassen verwenden, worauf einige Projekte angefertigt wurden. Als diese Sache im Schulvorstande von neuem zur Sprache kam, wurde vom Magistrate darauf aufmerksam gemacht, daß die Durchführung des Wunsches sehr teuer werden würde und es sich daher empfehle, darauf zu verzichten, zumal es möglich sei, die drei Klassen in den beiden zugekauften Häusern definitiv und zweckmäßig einzurichten. Wir haben uns dann auch davon überzeugt, daß dieser Plan durchzuführen ist, wenn es auch schöner gewesen wäre, eine neue Aula zu erhalten. Da es sich um eine Ersparnis von 50 000 M handelte, konnten wir im Schulvorstande nicht dagegen sein. Lediglich dieses ist der Grund gewesen, weshalb der Schulvorstand nicht auf seiner ersten Idee bestand.

Was die Abortfrage anlangt, so können Sie dem Vorschlage der Baukommission zustimmen. Weg muß das Gebäude von seinem jetzigen Platze, und wo es nachher

hinkommt, ist eine Frage niederer Ordnung, die wir vertrauensvoll dem Magistrate überlassen können.

Bei den Verhandlungen der Schulkommission erschien es als eine Notwendigkeit, für die vorhandene Aula noch einen zweiten Zugang zu schaffen, da uns eine zwei Treppen hoch gelegene Aula mit einem Zugange bedenklich zu sein schien; wir hatten daher beschlossen, noch einen Treppenaufbau hier in Vorschlag zu bringen. Hierauf will ich aber heute nicht näher eingehen, weil nach der Mitteilung des Herrn Referenten der Magistrat sich schon mit der Frage beschäftigen soll und eine Vorlage darüber zu erwarten ist. Nachdem die Einrichtung 30 Jahre bestanden hat, wird es wohl auf vier Wochen dabei auch nicht ankommen; ich möchte nur betonen, daß ich den Bau einer zweiten Treppe für unbedingt notwendig halte. Wenn dagegen eingewendet wurde, daß es hier noch die eine oder andere Schule mit nur einem Zugang gebe, so konnte ich darauf nur erwidern, daß wir dann der Frage nähertreten müßten, auch für diese andere Schule eine zweite Treppenanlage zu schaffen. Da ein Neubau mit nur einer Treppenanlage sicher nicht genehmigt werden würde, so müssen wir auch in unseren alten Schulgebäuden nach Möglichkeit diejenige Sicherheit herstellen, die wir bei Neubauten zu schaffen verpflichtet sind.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Sache soll nicht nur, wie der Herr Vorredner meinte, im Auge behalten werden, sondern es war sogar schon ein Projekt ausgearbeitet worden, das der Magistrat allerdings verworfen hat, weil er nicht wünschte, daß der Schulhof noch weiter beschränkt würde und weil es auch zu teuer war. Es wird sich wohl ohne große Mühe durchführen lassen, daß man ein zweites Treppenhaus in das Hauptgebäude selbst legt und zwar wird das um so leichter ermöglicht werden, wenn Sie unserm Vorschlage zustimmen, daß die beiden Nachbargebäude zu Klassen eingerichtet werden. Für diese Gebäude müssen nach der Straße hin noch weitere Kosten aufgewendet werden. Die inneren Einrichtungen konnten Ihnen aber bis heute noch nicht in Projekt und Kostenanschlag unterbreitet werden, jedoch wird die Vorlage in allernächster Zeit kommen, weil die Arbeiten möglichst in den Michaelisferien ausgeführt werden sollen. Der Vorwurf, daß recht viel in diesen Gebäuden gebaut worden ist, würde an sich nicht unbegründet sein, aber wir müssen uns mit dem Gedanken trösten, daß kein Schulhaus so hat erweitert werden müssen infolge des kolossalen Anwachsens der Schule, wie dieses. Wir werden indessen hoffentlich stabile Verhältnisse bekommen, wenn die Realschule fertig sein wird, denn sobald die beiden Nachbargebäude erst noch zu Klassen eingerichtet sein werden, wird für eine lange Reihe von Jahren dem Bedürfnisse nach Schulräumen genügt sein.

Herr Meyerhoff: Wenn Herr Schöttler sagt, ein Neubau der Aula würde 50 000 M. kosten, so haben wir uns in der Baukommission davon überzeugt, daß das nicht möglich ist. Die beiden Häuser haben eine ziemlich lange Front und

bilden eine bebaute Fläche von mehr als 400 qm. Ich muß bestreiten, daß man darauf eine Aula für 50 000 M errichten kann, weshalb es der Baukommission wünschenswert erschien, dem Magistrat eine Summe zur Durchführung der beantragten baulichen Aenderungen ohne den Neubau der Aula zur Verfügung zu stellen. Sodann möchte ich mich gegen den anderen Ausspruch des Herrn Schöttler wenden, daß es eine Frage niederer Ordnung sei, ob das Abortgebäude da oder da stehe. Wenn das Gebäude rechts an die Grenze des Nachbarn gerückt würde, wäre der ganze freie Auslauf des langen Hofes gefährdet, und aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, es an die Rückseite nach der Langenstraße zu legen. Sobald das alte Gebäude beseitigt sein wird, ist für die Schule ein idealer Spielplatz geschaffen. Aus diesen Gründen möchte ich empfehlen, die Vorlage zu genehmigen.

Die Vorlage wird darauf nach dem Antrage der Baukommission genehmigt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Nachdem die Herren die Vorlage genehmigt haben, möchte ich darauf hinweisen, daß es erforderlich sein wird, sich darüber schlüssig zu machen, wie die Kosten verteilt werden sollen. Wir haben in der Vorlage nichts darüber gesagt, weil wir meinten, daß lediglich Umbauten und Reparaturen zur Besprechung ständen, die dem Ordinarium zur Last zu legen sind. Da es sich jetzt aber auch um Neubauten handelt, so hält es der Magistrat für zulässig und angemessen, die Kosten für den Neubau des Abortgebäudes dem Extraordinarium zur Last zu legen. Ich möchte Sie daher ersuchen, zuzustimmen, daß die 14 000 M für den Neubau dem Extraordinarium, die übrigen Kosten aber dem Ordinarium zur Last fallen. Die Kosten der Beseitigung des alten Abortgebäudes werden dann allerdings auf das Ordinarium genommen werden, während sie vielleicht richtiger ebenfalls dem Extraordinarium zuzuschreiben wären. Wir werden das alte Gebäude bis zum Schluß der Herbstferien beibehalten müssen, und man könnte auch mit einiger Berechtigung den Wert des noch gefundenen Materials, abzüglich der Kosten des Abbruchs und der Instandsetzung des Hofes, ermitteln und von den Kosten des Neubaus in Abzug bringen, also nur den Rest dem Extraordinarium zur Last legen. Wenn heute hierüber ein Beschluß nicht gefaßt werden sollte, muß der Magistrat der Versammlung noch eine besondere Vorlage zugehen lassen. Zur Vermeidung einer nochmaligen Verhandlung über diesen Gegenstand bitte ich aber, sich schon heute darüber schlüssig zu machen.

Herr Wolters: Da sich die Kosten der Beseitigung des alten Abortgebäudes und der gewonnene Materialwert wohl ungefähr heben werden, so schlage ich vor, lediglich die Kosten des Neubaus auf das Extraordinarium zu übernehmen.

Dieser Antrag wird von der Versammlung genehmigt.

X. Aufnahme einer Klage.

Dem Buchdruckereigehilfen Emil Froese in Vinden bei Hannover ist aufgegeben worden, für seine der hiesigen Armenpflege zur Last gefallene 73jährige Mutter und deren blödsinnige Tochter monatlich sechs Mark zu zahlen. Froese hat Klage auf Aufhebung dieses Beschlusses erhoben, und es ist Termin zur Verhandlung auf den 9. Juli anberaumt worden. Die Mutter erhält von der hiesigen Armendirektion monatlich 12 M Unterstützung. Der genannte Sohn verdient einen Wochenlohn von 28,50 M und hat davon Frau nebst drei Kindern zu ernähren. Dem Antrage des Magistrates, der Aufnahme der Klage zuzustimmen, entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Sander berichtet.

XI. Zuschuß für den Verkehrsverein.

In Würdigung der vom Verkehrsvereine Braunschweig zum Wohle der Stadt und ihrer Einwohner verfolgten Ziele haben sich die städtischen Behörden im vergangenen Jahre dahin schlüssig gemacht, dem Vereine bis auf weiteres alljährlich eine Unterstützung zukommen zu lassen. Dem von der Versammlung gemachten Vorbehalt, über die Verwendung der Beihilfe Bericht zu fordern, hat der Magistrat entsprochen und legt solchen Bericht vor. Dagegen ist der Magistrat dem weiteren Beschlusse der Versammlung, dem Verkehrsvereine nicht 1000 M, sondern 1500 M jährlich zu gewähren, nicht nachgekommen, weil ihn die betreffenden Verhandlungen nicht davon zu überzeugen vermocht haben, daß seine Ansicht über die Angemessenheit einer Beihilfe von nur 1000 M falsch sei. Die Versammlung wird daher ersucht, die dem Vereine bereits in Aussicht gestellte Unterstützung für 1906 in Höhe von 1000 M zu bewilligen.

Herr Schmidt: Die Finanzkommission hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt und die Rechnungsablage des Vereins für ausreichend erachtet. Mein persönlicher Standpunkt ist der, daß die Arbeit des Verkehrsvereins im allgemeinen nicht genügend gewürdigt wird; ich möchte Ihnen allen daher anheimgeben, Mitglieder des Vereins zu werden, wie ich mir das auch vorgenommen habe. Jetzt stellt nun der Verein aufs neue den Antrag, ihm jährlich 1500 M zu bewilligen. Die Motivierung des Antrages ist nicht immer eine glückliche zu nennen, jedoch hat das der Verein mit sich selber abzumachen. Die Finanzkommission schließt sich indessen dem Antrage des Magistrates an und gibt anheim, dem Vereine wiederum 1000 M unter der Bedingung der Rechnungsablage zu bewilligen.

Herr Meyerhoff: Ich möchte bitten, 1500 M zu bewilligen. Wenn man auf die Tätigkeit des Vereins zurückblickt, so muß man anerkennen, daß er sich

große Mühe gegeben hat und daß die Mühe teilweise auch von Erfolg gewesen ist. Soweit mir bekannt geworden ist, hat der Verkehrsverein u. a. auch darauf hingewirkt, daß die Großherzogin von Oldenburg unsere Stadt besucht hat, und hat ihr einen Plan zur Befestigung der Stadt überreichen lassen. Ebenso hat der Verein durch seine Verbindungen in anderen Städten für Braunschweig segensreich gewirkt; auch auf unsere Wohnungsverhältnisse hat er einen kleinen Einfluß insofern ausgeübt, als er verschiedene Herrschaften bewogen hat, hierher zu ziehen. Bei dem jetzt noch immer nach Hunderten oder gar Tausenden zählenden Ueberschuß an Wohnungen ist es Pflicht der Stadt, für die Besehung der Wohnungen zu sorgen und etwas im Interesse der Grundbesitzer zu tun, wenn das mit so geringen Mitteln wie hier geschehen kann. Wenn auch der Bezug von außen noch nicht sehr stark gewesen ist, so weiß ich doch als Vorsitzender des Grundbesitzervereins, daß die Tätigkeit des Verkehrsvereins schon eine recht heilsame gewesen ist. Der Verein hat auch einen Führer durch die Stadt mit Karten herausgegeben, der ihm annähernd 5000 M gekostet hat, so daß auch aus den Mitgliederbeiträgen schon größere Aufwendungen gemacht worden sind. Ich empfehle Ihnen ebenfalls, werden Sie Mitglieder des Vereins!

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte bitten, dem Antrage Meyerhoff keine Folge zu geben, da es sonst nur wieder zu derselben Korrespondenz mit der Versammlung kommen würde, wie diesmal. Daß der Magistrat dem Verkehrsverein wohl will, können sie schon daraus entnehmen, daß von uns wieder eine Zuwendung von 1000 M beantragt worden ist. Wir müssen indessen bei der Bewilligung solcher Unterstützungen auch Rücksicht auf andere der Unterstützung bedürftige Vereine und auf unsere finanziellen Verhältnisse nehmen. Bezüglich des letzteren Punktes möchte ich fragen, ob Sie die gesamte wirtschaftliche Lage der Stadt jetzt für um so viel besser halten, daß wir den Zuschuß um 50 % erhöhen können? Ich für meine Person muß diese Frage verneinen. Wenn der Verkehrsverein im kommenden Jahre uns rechtzeitig seine Ausgaben nachweist, so wird es uns möglich sein, die zu bewilligende Summe in den Etat einzustellen, und es wird die Frage bei der Etatsberatung weiter erörtert werden können.

Herr Kalms: Ich wollte nur bemerken, daß die vom Verkehrsverein erlassenen Kellamebekanntmachungen sehr wirksam gewesen sind, indem auf vier Annoncen allein 89 Anfragen nach den hiesigen Wohnungs- und Steuerverhältnissen gekommen und verschiedene Herrschaften auf Grund der erhaltenen Auskunft auch hierher gezogen sind.

Herr Jasper: Ich bin bei dem ersten Antrage auf stadtseitige Bewilligung eines Zuschusses für den Verkehrsverein dagegen gewesen und habe keinen Anlaß von diesem Standpunkt heute abzugehen. Was von dem Vereine inzwischen geleistet worden ist, oder uns wenigstens als Leistung in der Abrechnung vor-

geführt wurde, kann uns wirklich nicht verlocken, noch mehr Geld hinzugeben und den Wünschen des Herrn Meyerhoff Folge zu leisten. Die uns unterbreitete Abrechnung gibt überhaupt kein klares Bild von der Tätigkeit des Vereins, und wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Verein in der Abrechnung hauptsächlich die Paradestücke seiner Leistungen herausgesteckt hat. Was kommt aber dabei heraus? Eine Propagandaschrift für die Hochschule und Annoncen fressen die 1000 M auf, also Sachen, die nicht der Mühe wert sind. Die Fürsprecher für eine noch höhere Zuwendung wissen zur Unterstützung ihres Wunsches nichts besseres anzugeben, als daß die Großherzogin von Oldenburg möglicherweise auf Veranlassung des Verkehrsvereins einmal auf einige Stunden nach Braunschweig gekommen sei. Das ist bezeichnend für die Höhe, auf der der Verein steht. Es klingt das, als wenn in einer ernststen Eingabe von den lust'gen Braunschweigern und derartigen Döneseu geredet wird. Wenn der Verein aber mit solchen Mitteln arbeitet, so haben wir wirklich keinen Anlaß, ihn noch weiter zu unterstützen. Es würde sich mehr empfehlen, wenn Sie bei anderer Gelegenheit, wo wirtschaftliche Interessen der Stadt in Frage kommen, sich des Verkehrs der Stadt annehmen und z. B. gegen die Einführung der Fahrkartensteuer auftreten wollten. (Heiterkeit.) Sie wollen eintreten für die Hebung des Verkehrs und bewilligen durch Ihre Vertreter die Biersteuer? Bei solcher Gelegenheit sind Sie nicht zu Hause, aber mit derartigen Wäghen läßt sich auch nichts erreichen.

Herr Koch: Der Verkehrsverein hat keine Verschwendung getrieben, denn die von ihm getriebene Kellame bringen die Zeitverhältnisse mit sich, ohne Kellame läßt sich heutzutage nichts erreichen. Wir müssen zugestehen, daß er im allgemeinen Interesse der Stadt für den Zuzug nach Braunschweig sorgt und für unsere Stadt Propaganda macht. Im vorigen Jahre wurde auch gesagt, wenn der Verein für unsere Stadt Propaganda macht, so wollen wir im nächsten Jahre eine Erhöhung des Zuschusses eintreten lassen. Da der Verein den Zuschuß gut angelegt hat, so möchte ich bitten, ihm 1500 M zu bewilligen.

Herr Sander: Trotz der Ausführungen der Herren Bürgermeister Meyer und Dr. Jasper werde ich für die Bewilligung von 1500 M stimmen. Und wenn durch den Verein nur zwei oder drei steuerkräftige Familien hierher gezogen sind, so ist der Zuschuß der Stadt wohl angelegt und hat eine werbende Kraft ausgeübt. Wir werden deshalb keine Verschwendung begehen, wenn wir einen Verein, der für Zuzug sorgt, unterstützen.

Herr Esdorn: Ich bin auch anderer Ansicht als Herr Dr. Jasper. Ohne die Verdienste des Verkehrsvereins im einzelnen hervorzuheben, will ich nur erwähnen, daß er außerordentlich segensreich gewirkt hat, denn schon mit der Herausgabe des neuen Führers hätten wir uns vorläufig genügen lassen können. Uebrigens ist von uns eine genaue Kassenabrechnung gar nicht gewünscht worden,

sondern wir wollten nur, daß uns die Verwendung der 1000 M nachgewiesen würde, was dann auch geschehen ist. Ich kann den Herren nur empfehlen, sich um die inneren Angelegenheiten des Vereins mehr zu kümmern, dann werden Sie eine andere Meinung von ihm bekommen.

Herr Wolters: Ich möchte empfehlen, den Antrag auf Bewilligung von 1500 M zunächst noch zurückzustellen. Die Herren haben neulich gehört, daß die Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen in diesem Jahre gegen den Etatsanschlag eine Mindereinnahme von 4000 M haben wird, weil die Hundesteuer erheblich weniger, als angenommen war, einbringen wird. Wenn nun auch der Betrag von 1500 M für die Gewerbeschule in Wegfall gekommen ist, so möchte ich doch bitten, die Ausgaben der Kasse nicht mehr als mit 1000 M zu belasten.

Herr Koch: Wir haben im vergangenen Jahre einen Ueberschuß in der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen gehabt und Herr Dr. Wolters befindet sich auf einem Irrwege, wenn er glaubt, wir würden in diesem Jahre ein Defizit machen. Wir werden auch bei Bewilligung von 1500 M noch einen Ueberschuß erzielen.

Herr Meyerhoff: Herrn Dr. Jasper wollte ich erwidern, daß es allerdings Geschmackssache ist, ob jemand den Zuzug von steuerkräftigen Herrschaften oder von Polacken und Russen angenehmer findet. Darüber läßt sich streiten. Herr Dr. Jasper wirft sodann auch die Fahrkartensteuer ins Gefecht. Können wir denn aber gegen das Reich und die Steuererfinder, die sich der Reichsschatzsekretär Stengel zusammengerufen hat, hier irgend etwas ausrichten? Es ist mir unbegreiflich, wie diese beiden Sachen zusammengeworfen werden können.

Herr Kalms: Der hiesige Verkehrsverein hat sich auch dem Bunde der deutschen Verkehrsvereine angeschlossen und dieser hat auf seinem Bundestage in Harzburg nach einem trefflichen Referate des Reichstagsabgeordneten Potthof eine Resolution angenommen, nach der auch auf diesem Gebiete dem reisenden Publikum das Reisen erleichtert werden soll. Danach sind die von Herrn Dr. Jasper erwähnten Bestrebungen von dem Verkehrsvereine ebenfalls aufgenommen worden.

Der Antrag Meyerhoff auf Bewilligung eines Zuschusses von 1500 M wird darauf mit 19:11 Stimmen abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

XII. Errichtung des Gulsenspiegelbrunnens.

Das Komitee für die Errichtung des Gulsenspiegelbrunnens ersucht den Magistrat, die Genehmigung zur Aufstellung des Brunnens auf dem Bäckerklint zu erteilen, die zum Zwecke der Wasserzuleitung und Wasserableitung erforderlichen Anlagen ausführen zu lassen und die Unterhaltung und Wasserspeisung des Brunnens auf die Stadt zu übernehmen. Der Magistrat gibt anheim, diesen Anträgen zu entsprechen und für die Anlagen zur Wasserzu- und -Abführung 850 M zu bewilligen.

Herr Wolters: Die Baukommission ist mit dem Antrage einverstanden, sie empfiehlt deshalb, demselben nicht nur zuzustimmen, sondern auch ganz besonders noch dem Danke Ausdruck zu geben, der nicht nur dem Künstler für die geniale Ausführung der Idee, sondern auch dem Komitee, das so außerordentlich tätig für deren Verwirklichung eingetreten ist, ganz besonders aber dem sehr freigebigen Spender, der die Mittel für die Verwirklichung der Idee zur Verfügung gestellt hat, gebührt. Wir werden jedenfalls alle dem letzteren gegenüber mit der ganzen Bürgerschaft in bezug auf den ihm schulenden Dank einig sein. (Zustimmung.) Die Baukommission empfiehlt also, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen, was seitens der Versammlung geschieht.

XIII. Instandsetzung des Bäderflints.

Unter Ueberreichung eines von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeiteten Projektes über die Instandsetzung des Bäderflintes ersucht der Magistrat, dieses Projekt mit der Abweichung anzunehmen, daß der auf dem Platze befindliche Interessentenbrunnen verlegt wird und daß die breitere Strecke des westlichen Fußweges und der nördliche Fußweg nur in der Breite von 2,10 m mit Plattenbelag, im übrigen aber mit Mosaikpflaster befestigt werde. Die Interessentschaft hat sich zwar mit der im Projekte vorgesehenen Beseitigung ihres Brunnens einverstanden erklärt, doch glaubt der Magistrat ihn erhalten zu sollen, einmal, weil das Wasser des Brunnens ganz ausgezeichnet ist und dann auch, weil es ihm nicht im Interesse der Einwohnerschaft zu liegen scheint, die im Falle eines zeitweiligen Versagens der Wasserleitung eine Reserve bildenden Brunnen der Stadt sämtlich zu entfernen. Die Unterhaltung des Brunnens wird allerdings in Zukunft von der Stadt übernommen werden müssen, mit welcher Aenderung der Magistrat bittet sich gleichfalls einverstanden zu erklären.

Herr Wolters: Nach dem Projekte sollte neben dem Brunnen ursprünglich noch eine sogenannte Rettungsinself auf dem Platze vorgesehen werden, jedoch haben Magistrat und Baukommission geglaubt, wegen der Größe des Platzes davon Abstand nehmen zu können. Hinsichtlich der Erhaltung und Verlegung des Brunnens schließt sich die Baukommission ebenfalls dem Magistratsantrage an, so daß die Genehmigung der ganzen Vorlage empfohlen werden kann.

Herr Kalms: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob das Wasser des vorhandenen Brunnens mit für den Eulenspiegelbrunnen verwertet werden soll. Sollte letzterer dasselbe Schicksal erleben, wie die übrigen öffentlichen Brunnen, die im Sommer nur bis 6 Uhr nachmittags laufen, so wäre das zu bedauern. Wenn man aber dem vorhandenen Brunnen Wasser für den Eulenspiegelbrunnen entnehmen könnte, so würden besondere Kosten nicht erwachsen. Ohne Wasser sehen solche Brunnen schlecht aus.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Frage ist noch nicht geprüft, jedoch würde sie meiner Ueberzeugung nach auch finanziell ungünstig ausfallen. Der Wunsch ist erst neulich von der Versammlung zum Ausdruck gebracht worden und der Magistrat wird dazu Stellung nehmen, sobald die Umänderung der Brunnen ausgeführt sein wird. Wir wollen sehen, inwieweit durch die anzubringenden Wassersparer eine Ersparnis an Wasser eintritt, und wir würden dann den Wünschen der Herren gern ohne weiteres gerecht werden.

Herr Wolters: Die Anregung des Herrn Kalms ist unausführbar, weil sie Wasser unter Druck erfordert, während der vorhandene Brunnen erst durch Menschenkraft zum Wasserspenden gebracht werden kann. Ich halte es allerdings nicht für vollständig ausgeschlossen, daß das Grundwasser insofern mit nutzbar gemacht werden kann, als die städtische Wasserleitung mit dem Brunnenwasser in Verbindung gebracht wird, jedoch ist es undenkbar, das Wasser des alten Brunnens für den Eulenspiegelbrunnen allein verwenden zu wollen.

Herr Meyerhoff: Die Baukommission hatte sich zuerst gesagt, es könnte vielleicht an der Rückwand des Brunnens eine Pumpvorrichtung angebracht werden, jedoch empfiehlt sich das nicht, weil dort eine Erinnerungstafel ihren Platz finden soll. Wir haben deshalb besprochen, ob durch Einfügung einer Strahlpumpe das Wasser mehrfach wieder zu gebrauchen ist, es würde sich nun die Frage darauf zuzuspitzen haben, ob es möglich ist, durch Einsetzung einer Strahlpumpe in den alten Brunnen genügendes Wasser für den neuen Brunnen zu schaffen. Ich möchte bitten, bei der städtischen Bauverwaltung anzufragen, ob das nicht durchzuführen ist. Wenn wir das Wasser für den Eulenspiegelbrunnen nutzbar machen könnten, so wäre schon viel gewonnen. Der Anschluß an das Wasserrohr müßte aber nebenher gehen. Die Anregung des Herrn Kalms ist jedenfalls der Erörterung wert.

Herr Bürgermeister Meyer: Ohne Techniker zu sein, glaube ich doch soviel von der Sache zu verstehen, daß das Wasser aus dem alten dem neuen Brunnen nur durch eine Kraft zugeführt werden kann, und zwar entweder durch den Druck der Wasserleitung oder durch eine Pumpvorrichtung. Das würde aber nur dann praktisch sein, wenn der Verbrauch in dem neuen Brunnen ein großer wäre, jedoch nehme ich an, daß dieser täglich höchstens 20 cbm Wasser verbrauchen wird, so daß eine Ersparnis von höchstens 20 cbm eintreten könnte. Immerhin ist die Sache der Erwägung wert und kann weiter verfolgt werden. Von der Strahlpumpe kann ich mir aber kein Bild machen. Meiner Ansicht nach muß die Wasserleitung immer erst nach dem neuen Brunnen geführt werden, um den nötigen Druck zu erzielen, und dazu sind 1000 M. aufzuwenden.

Herr Meyerhoff: Mittels der Strahlenpumpe wird unter Benützung des Drucks des Leitungswassers das Wasser aus der Tiefe des Brunnens herausgehoben. Ich bin erfreut, daß der Magistrat dieser Frage nähertreten will.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

XIV. Plattenbelag auf einem Teile der Helmstedterstraße.

Vier Anlieger der Helmstedterstraße zwischen Marthastraße und Altwiekring erfuchen, den Fußweg der betreffenden Straßenstrecke baldmöglichst mit Platten zu belegen, während ein Anlieger Einsprache dagegen erhoben hat. Der Magistrat beantragt, das von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitete Projekt zu genehmigen und dessen Ausführung zuzustimmen. Die gesamten Kosten sind auf 1500 M veranschlagt worden; davon würde die Stadt 50 M zu tragen haben, während den Anliegern ein Einheitsbeitrag von 8,90 M für 1 m Frontlänge zur Last fallen würde.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

XV. Uebernahme einer Hypothek.

Daß am 23. November 1905 verstorbene Fräulein Johanne Wachtmann hat dem städtischen Museum 20000 M vermacht und ferner letztwillig bestimmt, daß der von ihrem Nachlasse verbleibende Rest ebenfalls dem städtischen Museum überwiesen werden solle. Dieser Ueberschuß wird sich voraussichtlich auf 4000 M belaufen. Zu dem Wachtmannschen Nachlasse gehören u. a. zwei an dem Rothofe des Landwirts Theodor Klages in Lehdorf zur ersten und zweiten Hypothek haftende Kapitale zu 7000 M und zu 3000 M. Die auf dem Klages'schen Grundstücke stehenden Gebäude sind zu 11 200 M gegen Feuer versichert und neben diesen Gebäuden befindet sich noch ein nicht unbeträchtliches unbebautes Terrain, dessen Wert neben dem Brandversicherungswerte in Betracht kommt. Dem Schuldner sind die beiden Hypothekkapitale zum 1. Juli 1906 rechtzeitig gekündigt worden, jedoch hat sich Herr Klages darauf berufen, daß ihm Fräulein Wachtmann in Gegenwart glaubwürdiger Zeugen wiederholt zugesagt habe, ihm sollte während seiner Lebzeit das Kapital nicht gekündigt werden. Bei der Zweifelhaftheit des Erfolges einer gegen Klages anzustreitenden Klage auf Rückzahlung der 10000 M, möchte sich nach der Ansicht des Testamentvollstreckers empfehlen, von einer Klagerhebung abzusehen. Der Magistrat ist daher gebeten worden, sich damit einverstanden zu erklären, daß bei der Regulierung des Wachtmannschen Nachlasses zur teilweisen Berichtigung des dem städtischen Museum ausgesetzten Legats an den Magistrat von dem an dem Klages'schen Grundstücke demnächst verbleibenden

Kapitale von 7000 M. der Betrag von 2000 M. dergestalt abgetreten werde, daß solcher im Range unmittelbar auf die dem Herzoglichen Leihhause zu zedierenden 5000 M. folgt und allein zur zweiten Hypothek steht.

Der Magistrat ersucht seinerseits, sich mit der Uebernahme der Hypothek von 2000 M. unter der Bedingung vierprozentiger Verzinsung und Festsetzung dreimonatiger Kündigungsfrist einverstanden zu erklären. Nach den Ermittlungen der städtischen Bauverwaltung beträgt der Pfandwert des zu beleihenden Grundstücks nur 6700 M. Um jedoch die Regelung der Angelegenheit nicht auf unabsehbare Zeit zu verschieben, scheint es dem Magistrate angezeigt zu sein, die nicht sehr große Gefahr des Ueberschießens von 300 M. zu übernehmen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage zugestimmt, nachdem Herr Bürgermeister Meyer noch eine erläuternde Bemerkung gemacht hatte.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz. —

XVI. Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren.

Vorsitzender: Ehe wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich in der Angelegenheit, betreffend den in der letzten Sitzung gestellten Antrag des Herrn Frühling, der heute noch nicht zur Verhandlung kommen kann, einige Mitteilungen machen. In der letzten Sitzung hatte ich Veranlassung genommen, das Vorgehen des Herrn Rathe bezüglich der von ihm erhobenen Vorwürfe gegen unser Schulwesen um deswillen zu rügen, weil für seine Behauptungen keine Unterlagen erbracht seien. Am Tage nach der vorigen Sitzung hat mir sodann Herr Rathe einen Brief überandt, der seine Angaben stützen sollte und hat dabei bemerkt, daß der Verfasser für jedes in dem Schreiben gebrauchte Wort im vollen Umfange jede Verantwortung übernehmen würde. Dem Schreiben des Herrn Rathe lag ein an Herrn Friede gerichteter Brief vom 25. Mai d. Js. bei, der die Unterschrift des Lehrers Esche trägt. Ebenso hat in der Folge Herr Esche Veranlassung genommen, an mich zwei Briefe zu richten, die ebenfalls erhebliche Vorwürfe gegen unser Schulwesen enthalten. Diese drei Briefe des Herrn Esche habe ich sodann dem Magistrate zur Kenntnis überreicht. Es ist im Schulvorstande schon darüber beraten, und die ganze Angelegenheit wird demnächst auch die Versammlung beschäftigen. Unter diesen Umständen werden naturgemäß seinerzeit auch die Briefe des Lehrers Esche der Versammlung zur Kenntnis gebracht werden. Ich halte es indessen nicht für angemessen, die Briefe hier zu verlesen, ehe die Untersuchung darüber abgeschlossen ist, wohl aber stelle ich sie jedem Mitgliede der Versammlung zur Einsicht zur Verfügung. Nach Abschluß der Untersuchung wird das gesamte Material der Versammlung zur Kenntnis gebracht werden.

Ferner habe ich mich der Pflicht zu unterziehen, einem Ersuchen des Vorstandes des Braunschweiger Lehrervereins entsprechend, Ihnen eine Resolution folgenden Wortlauts bekannt zu geben:

„Der Braunschweiger Lehrerverein faßte in der Versammlung vom 12. Juni 1906, die von über 200 Mitgliedern besucht war, einstimmig folgende Resolution:

Der Braunschweiger Lehrerverein erklärt, daß er dem Schreiben des Herrn Eiche an Herrn Stadtverordneten Fricke völlig fern steht, daß er insbesondere die Ausführungen des Herrn Eiche über Verwahrlosung von Schulkindern in den hiesigen Schulen zurückweist und seine Ansichten betreffs der Schulaufsicht nicht teilt.

Braunschweig, den 24. Juni 1906.

Der Vorstand des Braunschweiger Lehrervereins.

Kaufmann.

Freyse.“

Ich bitte die geehrten Herren Kollegen, die Interesse an der Entwicklung der Angelegenheit nehmen, sich von dem Inhalte der Schriftstücke zu überzeugen, damit Sie imstande sind, die betreffenden Vorgänge schon vorher zu kennen. Diejenigen Erwägungen, die im Schoße des Schulvorstandes gepflogen werden und gepflogen sind, werden den Herren durch Vervielfältigung zugänglich gemacht werden. Unter diesen Voraussetzungen können wir die Sache heute zunächst verlassen. Das hier zur Einsicht ausliegende Material wird nach Schluß der Sitzung noch bei Herrn Sekretär Brandes eingesehen werden können, während es später der Schulkommission überwiesen werden wird.

XVII. Ersahwahlen zu verschiedenen Kommissionen und Deputationen.

Vorsitzender: Es sind Ersahwahlen vorzunehmen für die aus der Versammlung geschiedenen Herren Blasius und Lord in folgende Kommissionen und Deputationen: Statuten-, Finanz- und Schulkommission, Deputation für die Oberrealschule, das Schlachthaus und das Kieselgut, Gesundheitsausschuß und die Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer-Rekurs-Reklamationen.

Gewählt wurden:

- als Mitglied der Statutenkommission Herr Bluth mit 19 Stimmen, 8 Stimmen erhielt Herr Ohlendorf, 3 Herr Ribbentrop und 1 Herr Nolte;
- als Mitglied der Finanzkommission Herr Buchler mit 17 Stimmen, 8 Stimmen erhielt Herr Hesse und 6 Stimmen Herr Kalms;
- als Mitglied der Schulkommission Herr Fricke mit 22 Stimmen, während die Herren Günther 8 und Rathe 1 Stimme erhielten;
- als Mitglied der Deputation für die Oberrealschule Herr Nolte durch Zufall;

als Mitglied der Deputation für das Schlachthaus Herr Bluth mit 19 Stimmen, während die Herren Hesse 9 und Kalms 2 Stimmen erhielten und 1 Zettel ungültig war;

als Mitglied der Deputation für das Kieselgut Herr Vues mit 19 Stimmen, während die Herren Hesse 9, Kalms 2 und Hauswaldt 1 Stimme erhielten; in den Gesundheitsausschuß Herr Bluth durch Zurs; in die Kommission zur Begutachtung der Gemeindesteuer = Rekurs = Reklamationen Herr Rathe.

Im ersten Wahlgange erhielten die Herren Rathe 12, Ackenhausen 7, Hesse 5, Ohlendorf 4, Buchler 2 und Möhle 1 Stimme; es fand daher zwischen den Herren Rathe und Ackenhausen Stichwahl statt, bei der Herr Rathe mit 12 Stimmen gewählt wurde, während Herr Ackenhausen 11 Stimmen erhielt und 8 Zettel ungültig waren.

XVIII. Zuschuß für die Gemeindepflege zu St. Jacobi.

Das Herzogliche Staatsministerium hat sich auf Ersuchen des Kirchenvorstandes zu St. Jacobi bereit erklärt, angesichts der schwierigen Lage, in der sich die Gemeindepflege zu St. Jacobi zurzeit befindet, sowie bei dem geringen Entgegenkommen, das bedauerlicherweise seitens der einen Muttergemeinde (St. Martini) der neuen Gemeinde gezeigt worden ist, ihr ausnahmsweise eine Unterstützung von 150 M zu gewähren, sofern auch seitens der städtischen Behörden der bedrängten Gemeindepflege eine Unterstützung mindestens in der gleichen Höhe gewährt werde. Vom Magistrate wird anheimgegeben, zur Förderung der Zwecke der Gemeindepflege zu St. Jacobi 300 M zu bewilligen.

Herr Hauswaldt: Sie wissen, was die Gemeindepflegen zu bedeuten haben, und werden deren Wert zu würdigen wissen. Die Gemeindepflege zu St. Jacobi leidet darunter, daß sie keinen Fonds besitzt und daß in der Gemeinde hauptsächlich wenig bemittelte Leute wohnen. Die Finanzkommission gibt unter den vorliegenden Verhältnissen anheim, die vom Magistrate geforderten 300 M zu bewilligen.

Herr Peples: Wenn die hier geforderte Summe auch klein ist, so ersuche ich doch um deren Ablehnung, weil wir sonst die Verpflichtung übernehmen, auch den anderen Kirchengemeinden bei einer gleichen Anforderung einen Zuschuß zu leisten. Es handelt sich hier um eine bestimmte Konfession und um eine bestimmte Gruppe von Einwohnern; da wir aber eine Vertretung der Gesamtheit bilden, so glaube ich nicht, daß es mit unserer Stellung zu vereinbaren ist, für eine bestimmte Gruppe der Einwohnerschaft städtische Mittel zu bewilligen. Wir haben seinerzeit für die Ausbildung von Schwestern ziemlich weitgehende Verpflichtungen gegenüber dem Roten Kreuz übernommen und dürften damit unsere Verpflichtungen gegen-

über der Gesamtheit erfüllt haben. Die Bestrebungen der neuen Gemeinde mögen an sich zu billigen sein, aber die paar hundert Mark wird sie auch selbst aufbringen können, denn wenn sie auch arm sein mag, so sind doch wohl genug wohlhabende Familien darunter, die diesen kleinen Betrag noch aufbringen können. Es scheint den Herren aber bequemer zu sein, an die Stadtkasse zu appellieren, als sich an die Gemeindeglieder zu wenden. (Widerspruch.) Da es mir bedenklich erscheint, für solche Zwecke Mittel zu bewilligen, so erlaube ich um Ablehnung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die Annahme des Herrn Peplies, die Gemeindepflege von St. Jacobi hätte es für bequemer gefunden, sich an die Stadt zu wenden, als an ihre Mitglieder, ist unrichtig, denn sie hat sich gar nicht an die Stadt gewandt, sondern an das Herzogliche Staatsministerium, woraus man den Mitgliedern der Gemeindepflege durchaus keinen Vorwurf machen kann. Das Herzogliche Staatsministerium hat sich aber auf den Standpunkt gestellt, nur dann etwas zu geben, wenn auch die Stadt zu einem Opfer bereit ist, und daraus hat der Magistrat die Vorlage hergeleitet. Es ist auch nicht richtig, die Vorlage deshalb ablehnen zu wollen, weil es sich hier um konfessionelle Sachen handeln soll. Wir haben uns noch niemals auf den Standpunkt gestellt, einen Zuschuß abzulehnen, wenn eine bestimmte Konfession darum nachsucht. Wir zahlen z. B. einen erheblichen Zuschuß für die katholische Schule, die doch wirklich mehr oder weniger konfessionell ist, weil die katholische Gemeinde erklärt, sie müsse die Schule der Religion wegen unterhalten. Wenn Sie nun auch bei der hier zur Besprechung stehenden Sache die Konfession nicht ganz beiseite schieben können, so geht doch die Tätigkeit der Gemeindepflege, wie sie sich hier herausgebildet hat, in erster Linie nicht auf die Förderung der Konfession hinaus, sondern auf das Bestreben, die Nächstenliebe zu betätigen.

Herr Brückmann: Die Stellungnahme des Herrn Peplies ist mir von seinem Standpunkte und auch von seiner sonstigen Richtung aus unverständlich. Er scheint nicht zu berücksichtigen, daß die Gemeindepflege in das Volk geht und hilft und daß es sich dabei nicht um eine Bemühung für eine bestimmte Religionsgesellschaft handelt. Die Jacobigemeinde hat sich von der Petrigemeinde, deren Gemeindepflege ich als Mitglied angehöre, mit abgezweigt und diese ist auch ersucht worden, der neuen Gemeindepflege ein Kapital zu überweisen. Das ging aber nicht, weil das vorhandene Kapital zu einem größeren Kinderjaale verbaut werden mußte, dagegen ist der Jacobigemeinde die Mitbenutzung der Kleinkinderschule bis zu 40 Stellen, sowie das Recht, für 10 Stellen im Blumeschen Legate Bewerber vorzuschlagen, und 64 Tage Freibett im Marienstifte eingeräumt worden. Ich möchte wiederholen, daß ich die Einrede des Herrn Peplies nicht erwartet hätte, vielmehr seine sehr warme Befürwortung des Antrages.

Herr Koch: Ich habe als Mitglied der Gemeindepflege von St. Magni einen Einblick in die Tätigkeit der Gemeindepflegen gehabt. Wenn Herr Peplies schon einmal gesehen hätte, wie segensreich eine Gemeindepflege wirkt, besonders in den Wintermonaten, so würde er wohl anderer Ansicht sein. Wie oft kommt es vor, daß eine weinende Mutter mit ihren Kindern um eine Unterstützung nachsucht, und woher sollte ohne die Gemeindepflege das nötige Geld wohl beschafft werden? Gerade die ärmere Bevölkerung, die durch Krankheit und längere Arbeitslosigkeit in Not geraten ist, wendet sich an die Gemeindepflege und erhält hier eine Beihilfe. Deshalb hat die Gemeindepflege auch so segensreich gewirkt und manche Not gelindert. Wenn eine andere Kirchengemeinde käme und wollte zu demselben Zwecke eine Unterstützung haben, so würde ich sie ebenfalls gern bewilligen, aber haben Sie keine Angst, die anderen Gemeinden kommen nicht, die sind so fundiert, daß sie Staat und Stadt nicht gebrauchen. Wie sollten wir ohne die Gemeindepflegen der Not im Winter wohl steuern. Nach der Armenverwaltung können wir doch nicht alle Notleidenden schicken. Es gibt manchen gottverlassenen Menschen, der seine Familie einfach in Not verläßt und sich nicht darum bekümmert, und auch in solchem Falle tritt die Gemeindepflege für die notleidende Familie ein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich bin über die Bekämpfung der Vorlage durch Herrn Peplies auch erstaunt gewesen. Ich will nicht damit rechten, daß Herrn Peplies eine Verwechselung zwischen dem Roten Kreuz und den Gemeindepflegern untergelaufen ist, aber ich möchte doch hervorheben, in welcher sehr dankenswerten Weise die Gemeindepflege die öffentliche städtische Armenpflege unterstützt und daß dieses gerade von den Kreisen, die Herr Peplies hier vertritt, mit Dank anerkannt wird, weil diese Beihilfen nicht als Armenunterstützungen angesehen werden. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß der Madamenweg und die Kreuzstraße mit mehr als 5300 Köpfen zu der Jacobigemeinde gehören, so werden Sie ermessen können, daß die Gemeindepflege großer Mittel bedarf, um segensreich wirken zu können.

Herr Jasper: Die von Herrn Koch erwähnten traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse will ich nicht bestreiten, ich bezweifle jedoch, daß sie durch die Gemeindepflege abgestellt werden können, wenn auch eine Linderung dadurch mag herbeigeführt werden. Ich will letzteres zugeben, die Herren können aber auch nicht bestreiten — in der Kommission hat es Herr Hauswaldt auch nicht bestritten —, daß die Gemeindepflege einen konfessionellen Beigeschmack besitzt, daß dort z. B. nur diejenigen gepflegt werden, die zum Abendmahl gehen usw. Dadurch wird aber nur die Heuchelei groß gezogen. Wenn mich das auch nicht weiter berührt, so muß ich doch erwähnen, daß durch die Gemeindepflege die Anhänger eines besonderen Glaubens aus den Mitteln der politischen Gemeinde gepflegt werden sollen. Wenn die Not so groß ist, wie ich mit Herrn Koch annehme, so muß die

weltliche Macht eintreten, und die Erfüllung dieser Verpflichtung darf auch nicht mit einer Minderung der politischen Rechte verbunden sein. Dagegen halte ich es nicht für richtig, gewissen Religionsgesellschaften ungebeten Gaben zu verabsolgen. Herr Hauswaldt hat in der Kommission auch gesagt, wir wären verpflichtet etwas beizutragen, weil wir eine protestantische Stadt wären. Die Gemeindepflege, die nach Herrn Hauswaldt auch nicht mit der Kirchengemeinde identisch ist, will gar keine Gaben von uns haben, wir sollen also Geld hingeben, das vielleicht nicht ganz nutzlos verwendet wird, das aber von uns gar nicht erbeten ist. Der Herr Oberbürgermeister hat vorhin die katholische Schule angeführt. Wie würde sich aber wohl die Mehrheit der Versammlung dazu stellen, wenn auch die katholische Gemeindepflege, oder der evangelische Verein, oder ein jüdischer Verein eine Unterstützung aus Stadtmitteln haben wollte? Ich glaube nicht, daß die Mehrheit geneigt sein würde, darauf einzugehen.

Herr Koch: Wir haben in der Magnigemeinde eine Krippe eingerichtet, der auch Kinder aus der katholischen Gemeinde zugeführt werden.

Herr Hauswaldt: Herr Dr. Jasper hat die Gewohnheit, aus den Kommissionsitzungen einzelne Äußerungen der Kommissionsmitglieder im Plenum anzuführen. Diese Gewohnheit halte ich nicht für angenehm und auch im Gegensatz zu dem stehend, was man mit der Kommissionsberatung erreichen will. In der Kommission soll man sich freier und ungezwungener als im Plenum aussprechen können und nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen brauchen. Herr Dr. Jasper mag das ja tun, wenn er mit diesen Geflogenheiten durchaus brechen will, aber dann muß er wenigstens richtig zitieren. Was er heute wieder von mir aus der Kommission mitgeteilt hat, ist total falsch. Um nicht etwa die Idee aufkommen zu lassen, die Gemeindepflege wäre nicht konfessionell und um zu beweisen, daß es auf der anderen Seite auch mir sehr unsympathisch wäre, wenn dieser Charakter in einseitiger Weise sehr scharf betont würde, habe ich in der Kommission vertraulich erzählt, daß in früheren Jahren die Gemeindepflege zu St. Magni mal diesen einseitigen Charakter sehr herausgehört habe, daß derselbe aber, solange der jetzige Kirchenvorstand im Amte sei, sich verloren habe. Immerhin bleiben die Gemeindepflegen konfessionell und sie werden durch die Bank erst die Glaubensgenossen versorgen, für die sie begründet sind. Bei der Unterstützung solcher Einrichtungen haben wir aber hier in der Versammlung niemals einen Unterschied wegen der Konfession gemacht, und ich wäre gern bereit, auch den Glaubensgenossen des Herrn Dr. Jasper eine solche Unterstützung zu bewilligen, sofern sie mit einem begründeten Gesuche darum eintommen sollten. Daß wir durch die Bewilligung auf eine schiefe Ebene kommen, steht nicht zu befürchten, da es sich im vorliegenden Falle um eine junge Gemeinde handelt, der es an den nötigen Mitteln fehlt.

Die Magistratsvorlage wird sodann gutgeheißen.

XIX. Zurückziehung zweier Darlehen.

Bekanntlich sind die im Laufe der letzten Jahre zur Deckung des außerordentlichen Bedarfs der Kämmereikasse und der Kanalbaukasse vorgesehenen Anleihen nicht aufgenommen, die aufgewendeten Kosten vielmehr einstweilen den verfügbaren Mitteln der Stadthauptkasse entnommen. Nach den von der Kämmereikasse aufgestellten Uebersichten für 1905/06 und 1906/7 betrug bis zum 28. Mai 1906 die Mehrausgabe bei der Kämmereikasse 1 242 069,⁷⁶ M und bei der Kanalbaukasse 336 982,⁶⁴ M. Der Fehlbetrag war durch verschiedene Kapitalien in Höhe von 1 943 956,²² M gedeckt worden, die Stadthauptkasse verfügte demnach am 28. Mai 1906 nur über eine Barsumme von 336 197,⁷² M, also den Betrag etwa einer Monatsausgabe des ordentlichen Voranschlags.

In der Zeit vom 1. April 1899 bis 28. Mai 1906 beträgt die durch liquide Mittel der Stadthauptkasse gedeckte Mehrausgabe 1 603 414,⁵⁴ M, wovon 1 277 017,¹² M auf die Kämmereikasse und 326 397,⁴² M auf die Kanalbaukasse entfallen. Da nun der Stadt in nächster Zeit größere in den Voranschlag nicht aufgenommene einmalige Ausgaben bevorstehen, wozu insbesondere gehören der Kaufpreis für das Grundstück des Großen Klubs mit 135 000 M, das Darlehen an das Schwesternhaus vom Roten Kreuz mit 160 000 M, der Zuschuß an das Luisenstift mit 50 000 M, daneben aber für die in Angriff genommenen Hoch-, Wege- und Kanalbauten bis zum Schlusse des laufenden Jahres noch erhebliche Kosten aufzuwenden sind, so läßt sich die Beschaffung außerordentlicher Mittel nicht weiter hinausschieben. Nach der Ansicht des Magistrates dürfte es sich empfehlen, zu diesem Zwecke je nach Bedarf diejenigen beiden Darlehen zurückzuziehen, welche die Kämmereikasse aus ihrem durch Anleihen beschafften Vorratsvermögen seinerzeit der Gemeinde Kirchenkasse in Höhe von nominell 440 000 M gewährt hat und die am 1. Januar 1906 bis auf die Beträge von 405 938,⁷⁰ M abgetragen waren. Die Gemeinde Kirchenkasse kann diese Summe leicht anderweit beschaffen.

Mit dem auf diese Weise flüssig zu machenden Kapitale lassen sich freilich die der Stadt weiter bevorstehenden außerordentlichen Ausgaben nicht bestreiten und die Aufnahme einer größeren Anleihe wird daher schon in nächster Zeit unvermeidlich sein, jedoch scheint es dem Magistrate bei dem derzeitigen Stande des Geldmarktes nicht ratsam, auf Beschaffung des Geldes durch Ausgabe von Inhaberpapieren bedacht zu nehmen; es wird vielmehr zu versuchen sein, bei eintretendem Bedarf die erforderlichen Mittel wenigstens vorläufig in anderer Weise flüssig zu machen. Indem sich der Magistrat entsprechenden Antrag vorbehält, ersucht er zunächst um die Ermächtigung, die beiden vorgenannten Darlehen zurückzuziehen.

Herr Hauswaldt gibt namens der Finanzkommission anheim, der Vorlage zuzustimmen,
was seitens der Versammlung geschieht.

XX. Vermietung einer Wohnung im Gebäude des Großen Klubs.

Der Klubbiener Priesterjahh hat gebeten, ihm die Wohnung im Gebäude des Großen Klubs, die er bislang benutzt und mit jährlich 200 M bezahlt habe, zu belassen und ihm dafür ebenfalls einen Mietbetrag von 200 M anzurechnen. Dem Ersuchen des Magistrates, dem Antrage stattzugeben, da für die Schulzwecke noch ausreichend Räumlichkeiten vorhanden seien,
entspricht die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Hauswaldt.

XXI. Zulassung eines Privatingenieurs zur Ueberwachung der Starkstromanlagen.

Bei Genehmigung der Vorlage auf Annahme der Elektro-Ingenieure des Dampfkessel-Ueberwachungsvereins zur Ueberwachung der hiesigen elektrischen Starkstromanlagen hat die Versammlung dem Wunsche Ausdruck gegeben und gleichzeitig den Magistrat ermächtigt, auch noch andere geeignete Ingenieure hiesiger Stadt zur Ausübung dieser Tätigkeit zuzuziehen. Unter Hinweis hierauf teilt der Magistrat mit, daß er inzwischen noch den Zivilingenieur Mag Schulz als Sachverständigen im Sinne der vorstehenden Ausführungen zugelassen habe.

Die Versammlung nimmt hiervon Kenntnis.

XXII. Antrag Brückmann: Schutzvorrichtungen bei der Straßeneisenbahn.

Der Antrag lautet:

„Der Magistrat wolle bei der Straßeneisenbahn-Gesellschaft nicht allein direkt, sondern auch durch die betreffende Aufsichtsbehörde vorstellig werden, daß bei dem Fahren mit Anhängewagen zwischen diesem und dem Motowagen eine Schutzvorrichtung angebracht werde“.

Herr Brückmann: Die wiederholt vorgekommenen Unglücksfälle, die teils tödlich verlaufen sind, teils große Verwundungen hervorgerufen haben, haben den Anlaß zu der Stellung des Antrages gegeben. Diese Unglücksfälle sind meist durch die nicht gehörig abgesperrten Anhängewagen verursacht worden. Wenn man berücksichtigt, wie der Industrie von der Gewerbeaufsichtsbehörde aufgegeben wird, die weitgehendsten Schutzvorrichtungen in den Fabriken zc. zu treffen, so muß man sich wundern, daß diejenige Behörde, die der Straßeneisenbahn-Gesellschaft vorgelegt ist, nicht schon längst die von mir angeregten Schutzvorrichtungen gefordert hat. Es handelt sich dabei vielleicht um eine Verfehlung, die durch den Mangel eines technischen Sachverständigen hervorgerufen ist. Wir führen als Industrielle

die erforderlichen Schutzvorrichtungen in unseren Betrieben gern aus, und deshalb sollte man glauben, daß auch die Straßeneisenbahn-Gesellschaft die erwähnten Schutzvorrichtungen ohne weiteres eingeführt hätte. In Bremen fand ich zu dem Zwecke ein Scherensystem und in Köln ein ineinander schiebbares Rohrsystem. Beide Vorrichtungen sollen schon sehr oft Unglücksfälle vermieden haben. Die Angelegenheit hat die öffentlichen Blätter und die Öffentlichkeit überhaupt schon in größerem Maße beschäftigt und ich verweise dabei auch auf ein Eingekandt in Nr. 265 der Braunschweigischen Landeszeitung vom 9. Juni 1904, das ich zu den Akten gebe. Der Einsender ist Herr Professor Dr. Sprengel, der mir gestattet hat, seinen Namen hier zu nennen.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

XXIII. Antrag Meyerhoff: Erhebung der Grundsteuer nach dem Miet- und Pachtwerte der Grundstücke.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die städtische Grundsteuer nach dem wirklichen Miet- und Pächtertrage der Grundstücke zu erheben, und hierfür die durch die Selbsteinschätzung zur Einkommensteuer festgestellten Erträge maßgebend sein zu lassen“.

Herr Meyerhoff: Es sind Bestrebungen im Gange, die Grundsteuer nach dem gemeinen Werte einzuschätzen. Dem gegenüber hat sich hier und anderwärts herausgestellt, daß dieses Verfahren nicht richtig ist, in Dortmund hat man es wieder verlassen. In Halle a. S. wird es ebenso gemacht, wie ich hier beantrage, und man hat damit den besten Erfolg erzielt. Wer wie ich genau sieht, wie sich die Mietwerte der Grundstücke vermindern und auch vermehren, der kommt zu dem Gedanken, daß die zehnjährige Abschätzungsperiode nicht hinreichend ist. Diese Abschätzung kostet eine ganze Menge Geld, das sich ersparen läßt, wenn die Quote auf Grund der Selbsteinschätzung festgestellt wird. Die Stadt wird dann auch alles voll bekommen, denn die Grundbesitzer wollen gern alles besteuern, was sie an Erträgen aus den Grundstücken haben. In einzelnen Straßen hat sich der Grundwert wenn auch nicht verdoppelt, so doch um ein Drittel vermehrt und in anderen Straßen ist er heruntergegangen. Die Abschätzungszeit von zehn Jahren läßt indessen nicht zu, daß die Grundsteuer ermäßigt oder erhöht wird. Von diesem Gesichtspunkte aus möchte ich bitten, den Antrag zu unterstützen. Auch die Kontrolle läßt sich sehr leicht ausführen, weil jeder im Hausbogen angeben muß, welche Miete er bezahlt, und diese Angabe sich auch in der Steuererklärung des Grundbesitzers befindet. Auf diese Weise würde die Kontrolle eine leichte sein

und der Stadt ginge manche Summe zu, die ihr jetzt verloren geht, so daß sie sich bei dem neuen Modus besser stehen wird als jetzt.

Der Antrag wird, genügend unterstützt, der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXIV. Anfrage Wesemeier: Mißstände im Bäckereibetriebe.

Die Anfrage lautet:

„Von dem Verbande der Bäckergefelln sind durch eine Statistik ekelhafte Mißstände in einer ganzen Anzahl hiesiger Bäckereien festgestellt worden, die eine große Gefahr für die Volksgesundheit bilden. Das Resultat dieser Statistik ist in seinem wesentlichsten Teile in der Nr. 116 des „Braunschweiger Volksfreund“ veröffentlicht worden. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diese gemeingefährlichen Zustände in den Bäckereien zu beseitigen?“

Herr Wesemeier (zur Begründung): Wir haben in den letzten Wochen gesehen, daß über Deutschland ein an sich berechtigter Sturm der Entrüstung gesetzt ist über die ungeheuerliche Mißwirtschaft in den Schlächtereien zu Chicago, wo die Großkapitalisten unter Hintanzetzung jeder Rücksichtnahme auf die Konsumenten nur um viel Geld zu verdienen die größten Schweinereien getrieben haben. Ein Parteigenosse von uns hat die Sache dort an die Öffentlichkeit gebracht. Ich glaube aber, der Sturm der Entrüstung ist nicht so ernst gemeint, wie er sich geäußert hat. Es gibt in Deutschland eine ganze Reihe derartiger frasser Mißstände, die wohl nicht so zentralisiert wie dort, so doch auf eine Unmenge kleiner Betriebe verteilt sind und von denen wir hier auch einen Teil haben.

Schon im Jahre 1900 ist seitens des Verbandes der Bäckergefelln durch eine Statistik in einer großen Anzahl von Bäckereibetrieben eine Masse Unsauberkeit festgestellt worden und das dabei gewonnene Material wurde dem Herzoglichen Staatsministerium unterbreitet. Im Jahre 1903 erging sodann eine Verfügung des Ministeriums, betreffend Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien. Wir wissen aber, daß im vorigen Jahre sich der Magistrat in Wolfenbüttel mit derselben Materie beschäftigen mußte, denn trotz der vom Ministerium erlassenen Vorschriften war in Wolfenbüttel keine Besserung in den Verhältnissen der Bäckereibetriebe eingetreten. Der Gesundheitsausschuß hatte sich die Aufgabe gestellt, die dortigen Verhältnisse zu untersuchen, und der Magistrat berichtete über das Ergebnis in der Versammlung der Stadtverordneten, daß schreckliche Mißstände aufgedeckt seien. Der Stadtdirektor Floto gab dabei die Erklärung ab, er würde sich niemals erdreisteten haben, so schwere

Anklagen zu erheben, wenn sie nicht bewiesen wären. Die Stadt Wolfenbüttel hat auch ein Statut über den Betrieb von Bäckereien herausgeben wollen, jedoch soll das Ministerium das abgelehnt haben.

In neuerer Zeit ist auch hier wieder seitens des Bäckerverbandes eine gleiche Statistik aufgestellt worden. Bekanntlich ist das Bäckerhandwerk eines derjenigen Gewerbe, die noch am schlechtesten organisiert sind; es kann daher nicht auffallen, daß die ausgegebenen Fragebogen nur von den Gesellen aus 37 Betrieben beantwortet worden sind. Sie können aber schon hieraus ermessen, welche Unsumme von unschönen Zuständen in der Gesamtzahl der Bäckereien vorhanden sein muß. Zweifellos gibt es hier auch gute Betriebe, aber in einem großen Teile derselben herrscht eine Unsauberkeit, die den Anordnungen der ministeriellen Vorschriften zuwider ist.

So sagt der Erlaß des Ministeriums im § 5, daß die Körperreinigung der Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter unter keinen Umständen in den Arbeitsräumen stattfinden darf, trotzdem besitzen 22 von den 37 Betrieben keinen Waschraum, so daß die Gehilfen und Lehrlinge gezwungen sind, sich im Arbeitsraum zu reinigen. In den ministeriellen Vorschriften heißt es auch, daß der Meister verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß vor dem Zurichten des Teiges die Hände und Arme der Gehilfen gereinigt würden und doch wird in 23 Betrieben keine Seife geliefert, sondern erwartet, daß die Gehilfen sie sich selbst kaufen.

Nach § 5, 3 ist das Ausspucken auf den Fußboden streng zu untersagen und doch sind in 33 Betrieben keine Spucknapfe vorhanden. Es ist aber wohl selbstverständlich, daß die Gesellen nicht erst auf den Hof laufen können, sondern daß sie einfach gezwungen sind, den Fußboden als Spucknapf zu benutzen. Die in den Betrieben verwendeten Geräte dürfen nicht zu anderen als zu Betriebszwecken verwendet werden, sagt die Ministerialverordnung. Durch die Nachfrage ist festgestellt worden, daß in einem Betriebe die Teigtücher (Weißbrottücher) seit $3\frac{1}{2}$ Jahren, in zwei Betrieben seit $2\frac{1}{2}$ Jahren, in drei Betrieben seit einem Jahre, in einem Betriebe seit $\frac{3}{4}$ Jahren, in fünf Betrieben seit 3 Monaten, in einem Betriebe seit 2 Monaten nicht gereinigt sind, während sie nur in einem einzigen Betriebe jede Woche gereinigt werden. Die selbstverständliche Forderung, auf möglichste Sauberkeit in den Betrieben zu halten, ist also nur in einem Betriebe erfüllt. In den übrigen Betrieben hat nicht festgestellt werden können, wie oft die Tücher gereinigt worden sind. Daß die Gesellen selbst in den übrigen Betrieben nicht feststellen konnten, wie oft die Teigtücher gereinigt werden, läßt tief blicken.

Durch die Statistik ist festgestellt worden, daß in einem Betriebe die Tüben, welche gleichzeitig zum Brotbestreichen benutzt werden, auch den Gehilfen als Waschgeräte zur Verfügung gestellt werden. In einem größeren Betriebe ist es

sogar üblich, daß sich zehn Gesellen in einem Gießimer waschen, der außerdem noch zum Scheuern von Packtrögen und Karren benutzt wird, und aus diesem Eimer wird auch das Brot bestrichen! (Lachen.) Es ist weiter festgestellt, daß zum Weissen der Arbeitsräume Pinsel genommen werden, die nachher wieder zum Bestreichen des Honigkuchens Verwendung finden. (Lachen.) Ferner ist festgestellt worden, daß in einem größeren Betriebe der Mist von zwei Aborten und zehn Schweinen durch den Laden gebracht wird, ohne daß die Backwaren vorher aus dem Laden entfernt oder zugedeckt worden sind. Die Gesellen dieses Betriebes erklärten ausdrücklich, man müßte des Gestankes wegen rauchen oder sich die Nase zuhalten, sonst wäre es nicht auszuhalten. Bei solchen Zuständen vergeht einem wirklich der Appetit zum Genießen von Backwaren.

Daß unter derartigen traurigen Verhältnissen die Bäckergejellen auch zu leiden haben, ist wohl selbstverständlich. Auch alle anderen Verhältnisse gestalten sich unter solcher Mißwirtschaft ganz anders, als das Gesetz vorschreibt. Ohne im einzelnen darauf einzugehen, will ich nur bemerken, daß in zwei Betrieben die Lehrlinge täglich 17 Stunden arbeiten müssen, in zwei Betrieben 16 Stunden, in fünf Betrieben 14 bis 15 Stunden und in drei Betrieben 12 bis 13 Stunden, während sie nach der Bundesratsverordnung im ersten Jahre nur 10 Stunden, im zweiten nur 11 Stunden und im dritten nicht länger als die Gesellen beschäftigt werden dürfen. Doch das nur nebenbei.

Ebenso sind die Schlafräume nicht so eingerichtet, wie man sie für Menschen verlangen muß. Wenn festgestellt ist, daß in 16 Schlafräumen kein Tisch vorhanden ist, in 13 kein Stuhl, in 4 Betrieben aber die Betten nicht einmal beim Personenwechsel neu überzogen werden, in zwei Betrieben zwei Personen wegen Mangel an Betten in einem Bette zusammenschlafen müssen, zwei Schlafräume so feucht sind, daß die Kleider der Gesellen darin verschimmeln, so kann man ermessen, wie es in den Bäckereien aussieht. In diesen Tagen ist mir auch noch berichtet worden, daß in einem Betriebe, der zu einer Veranstaltung, die von Tausenden von Personen besucht worden ist, die Backwaren geliefert hat, den Gesellen nicht einmal Stiefel geliefert werden, so daß die Gesellen in den Räumen, wo das Mehl gemischt wird, mit bloßen Füßen herumlaufen. Es ist natürlich, daß sich an die Füße, namentlich wenn es sich um Schweijßfüße handelt, das Mehl setzt. In den Militärbäckereien sind zu diesem Zwecke lange Stiefel beschafft worden.

Das sind alles Dinge, die nicht mehr schön sind, und es ist an der Zeit, angesichts solcher Zustände sich zu fragen, ob es nicht möglich ist, dagegen etwas zu tun. In neuerer Zeit ist auch noch aus einem Konditoreibetriebe, in dem nur sogenanntes besseres Publikum verkehrt, berichtet worden, daß dort die Backwaren unter Zuständen und mit Materialien zubereitet werden, daß ich mir nicht

getrauen würde, davon etwas zu genießen. Diese Verhältnisse fordern dazu heraus, daß sich die Oeffentlichkeit damit beschäftigen und eine Remedur eintreten muß. Es ist nicht meine Aufgabe, hier Namen zu nennen; wir haben ja einen Orts-Gesundheitsausschuß, der nichts zu tun hat und einrostet. Dieser Ausschuß hätte hier schon einmal eintreten sollen, denn seine Befugnisse gehen dahin, sich von den gesundheitlichen Einrichtungen der Stadt Kenntnis zu verschaffen. Er hätte, wie in Wolfenbüttel, mal hineinleuchten sollen in die Bäckereibetriebe. Mit der heutigen Beaufsichtigung der Betriebe ist es nicht so bestellt, wie es sein müßte, und die Polizei ist nicht die geeignete Behörde, diese Betriebe zu beobachten. Auch die gesamte hiesige Presse hat nicht mit einem Worte von den Mitteilungen des „Volksfreundes“ Notiz genommen, weshalb es mir so vorkommt, als ob der ganze Entrüstungsturm über Amerika auch nur ein Entrüstungsrummel gewesen ist. Das hiesige amtliche Blatt hat die Zustände sogar in gewisser Weise beschönigt. Im Interesse unserer konsumierenden Bevölkerung ist es Pflicht, einzugreifen und zu versuchen, ob nicht Besserungen geschaffen werden können. Erst durch unsern Genossen Nebel ist die Reichsregierung veranlaßt worden, gegen derartige Mißstände einzuschreiten, aber hier haben wir alle Ursache, die bessernde Hand mit anzulegen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Da die Anfrage schon in der vorigen Sitzung eingereicht und dem Magistrate dadurch bekannt wurde, so hat er sich inzwischen bereits mit der Frage befaßt, ob er deren Beantwortung an dieser Stelle für angezeigt halte, ist dabei aber zu einem verneinenden Ergebnisse gelangt. Die Angelegenheit ist polizeilicher Natur, sie unterliegt also der Zuständigkeit der Herzoglichen Polizeidirektion, welche die Ueberwachung der gewerblichen Betriebe auch in gesundheitlicher Beziehung zu bewirken hat und zwar unter der Oberaufsicht des Herzoglichen Staatsministeriums. Mir ist aber persönlich bekannt, daß beide Behörden bis in die neueste Zeit hinein dieser Sache ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. Uebrigens habe ich die Absicht, in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses diese Sache zur Erörterung des Ausschusses zu verstellen und zwar in Gegenwart des Stadtphysikus. Der Magistrat ist der Meinung, daß im Hinblick auf die Zuständigkeitsverhältnisse und das eben Gesagte ein Anlaß, heute in eine Beratung darüber einzutreten, nicht vorliegt; ich lehne daher die Beantwortung der Anfrage im Namen des Magistrates ab.

Herr Ohlendorf: Ich beantrage die Besprechung der Anfrage.

Vorsitzender: Da die Beantwortung der Anfrage abgelehnt worden ist, kann deren Besprechung nicht stattfinden.

XXV. Umbau u. eines Teiles der Frankfurterstraße.

Unter Ueberreichung von zwei Kostenanschlägen und einer Verteilungsberechnung ersucht der Magistrat, die beiden Projekte über den Umbau der Frankfurter-

straße zwischen Helenen- und Weststraße und über die bessere Befestigung des östlichen Fußweges der genannten Straße zwischen Bergfeld- und Ebertstraße gutzuheißen und die zu 17 600 M + 1100 M veranschlagten Kosten zu bewilligen. Die Kosten für den Umbau der in Frage stehenden Teilstrecke der Frankfurterstraße sind mit 17 500 M schon am 12. Oktober 1905 bewilligt worden. (Seite 284 des Berichts.) Nachdem aber die weitere Bearbeitung jenes Projektes ergeben hatte, daß außer den im Kostenanschlage vorgesehenen Aufwendungen auch noch Ausgaben für Grunderwerb zu machen waren, ist die städtische Bauverwaltung mit der Ausarbeitung der jetzt vorgelegten Teilprojekte beauftragt worden, um auf diese Weise die Möglichkeit zu gewinnen, die östlichen Anlieger der betreffenden Straßenstrecke wenigstens zu den Kosten der besseren Fußwegbefestigung heranzuziehen. Das ältere Projekt würde dann in Fortfall kommen.

Namens der Baukommission befürwortet Herr Riecke die Vorlage, worauf die Versammlung sie genehmigt.

XXVI. Einziehung kleinerer Steuerrückstände.

Bei der Einziehung rückständiger Gemeindesteuern von Personen, die ihren Wohnsitz nach einem anderen Orte verlegt haben, handelt es sich häufig um sehr geringe Beträge, bei denen der Aufwand an Schreibwerk, an Hin- und Rückporto, an Mühewaltung der ersuchenden und der ersuchten Beamten kaum im richtigen Verhältnis zu der Geringfügigkeit der einzuziehenden Steuer steht. Der Magistrat hat daher die Frage geprüft, ob es sich nicht empfiehlt, in denjenigen Fällen, in denen nur sehr niedrige Steuerbeträge rückständig sind, von deren Zwangseinzahlung zur Vermeidung derartiger Weitläufigkeiten ganz abzusehen. Die Stadthauptkasse hat im vergangenen Jahre insgesamt 295 Anträge auf Zwangseinzahlung von Steuerrückständen bis zum Einzelbetrage von 1 M in einer Gesamthöhe von 217,³³ M an auswärtige Behörden gerichtet, so daß sich der Durchschnittsbetrag auf nicht ganz 74 S. stellt. Mit Erfolg sind von diesen 295 Ersuchen 207 mit einem Betrage von 154,³⁸ M erledigt, während in 88 Fällen der Einziehungsversuch ohne Ergebnis verlaufen ist. Hierdurch sind neben einem Ausfall von 62,⁹⁵ M noch etwa 10 M Portokosten verursacht worden.

Unter diesen Umständen trägt der Magistrat kein Bedenken, die Verzichtleistung auf die Zwangseinzahlung der von auswärts geschuldeten Steuerbeträge bis zu 1 M im Einzelfalle zu empfehlen und ersucht, sich hiermit einverstanden zu erklären. Im Falle der Zustimmung der Versammlung beabsichtigt der Magistrat, die übrigen Städte des Herzogtums und eine Reihe anderer Nachbarstädte von diesem Vorgehen mit dem Anheimgeben eines gleichen Verhaltens in Kenntnis zu setzen. Dabei wird noch bemerkt, daß der 23. Braunschweigische Städtetag vom 9. Juni 1906 einen hiermit übereinstimmenden Beschluß gefaßt hat.

Namens der Finanzkommission gibt Herr Jasper anheim, dem Antrage stattzugeben, was geschieht.

XXVII. Ausbau eines Theiles des Chriakringses.

Der Magistrat ersucht, das nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung vorgelegte Projekt über den Ausbau des Chriakringses zwischen Helenen- und Blumenstraße zu genehmigen, sowie die für den Ausbau des in die Kreuzung der Helenenstraße fallenden Theiles des Projektes aufzuwendenden Kosten von 3500 M zu verwilligen. Den nördlich der bezeichneten Kreuzung liegenden Teil des Projektes auszuführen, liegt nach der Ansicht des Magistrates zurzeit kein Bedürfnis vor.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XXVIII. Ausbau eines Theiles der Helenenstraße.

Die städtische Bauverwaltung hat ein Projekt für den Ausbau der Helenenstraße zwischen der Frankfurterstraße und dem Chriakringse ausgearbeitet, dessen Kosten zu 12300 M veranschlagt worden sind. Dem Ersuchen des Magistrates um Genehmigung des Projektes und Verwilligung der veranschlagten Kosten, entspricht die Versammlung, nachdem Herr Meyerhoff den Antrag namens der Baukommission unterstützt hatte.

XXIX. Ausbau eines weiteren Theiles des Chriakringses.

Ein weiter vorliegendes Projekt über den Ausbau des Chriakringses zwischen Frankfurter- und Weststraße einerseits und Helenenstraße andererseits ersucht der Magistrat ebenfalls zu genehmigen und die zu 65000 M veranschlagten Kosten zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, geschieht.

XXX. Zuschuß für die Waldspiele.

Die Durchführung der Ferienwaldspiele ist im laufenden Sommer wegen nicht genügend sicherer Zusagen über die Gewährung von Zuschüssen seitens der Interessenten etwas zweifelhaft geworden, weshalb der Magistrat vom Ausschusse für die Waldspiele gebeten wird, eine Deckung der Unkosten bis zur Höhe von 600 M zu übernehmen,

was geschieht, nachdem Herr Esdorn den Antrag namens der Finanzkommission zur Annahme befürwortet hatte.

XXXI. Anfrage Ohlendorf: Schaffung von Spielplätzen im Westen der Stadt.

Herr Ohlendorf: Meine Anfrage lautet:

„Sind vom Magistrate Schritte unternommen worden zur Schaffung von Spielplätzen vor dem Hohen- und Wilhelmtore?“

In der Sitzung vom 23. November 1905 — Seite 359 des Berichtes — hat die Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, vor genannten Toren einen oder mehrere Spielplätze zu schaffen. Vom Herrn Oberbürgermeister ist damals erklärt worden, daß nach diesem Beschlusse der Versammlung nichts im Wege stände, die Sache durchzuführen und der Magistrat jedenfalls recht bald Spielplätze beschaffen würde. Sieben Monate sind seitdem ins Land gegangen und in Bürgerkreisen ist die Meinung verbreitet, daß anscheinend der Magistrat das gegebene Versprechen nicht einlösen wolle. Ich bitte deshalb um Auskunft, ob in der Sache inzwischen etwas getan ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Es waren zur Zeit der früheren Beratung schon Verhandlungen wegen Erwerbs eines oder mehrerer Plätze aufgenommen worden. Diese Verhandlungen sind inzwischen fortgesetzt, aber noch nicht abgeschlossen worden, weil es uns noch nicht gelungen ist, geeignetes Terrain zu einem angemessenen Preise zu erwerben. Da Herr Ohlendorf wohl mit uns der Meinung sein wird, daß wir zu diesem Zwecke nicht sehr teures Terrain kaufen können, so müssen wir uns vorläufig noch bescheiden: wir hoffen jedoch, daß es uns bald gelingen wird, der Versammlung entsprechende Vorschläge zu machen.

XXXII. Anfrage Kalms: Besprengen der Straßen mit Okerwasser.

Zur Begründung der Anfrage:

„Ist es nicht möglich, das Sprengen der Straßen bei trockenen Tagen mehr als jetzt vorzunehmen und zwar unter Verwendung des Okerwassers?“

führt Herr Kalms folgendes aus: Obgleich im allgemeinen alles geschieht, was hinsichtlich der Besprengung der Straßen geschehen kann, so hat doch in den letzten Tagen das Besprengen viel zu wünschen übrig gelassen. Wahrscheinlich wird das daran liegen, daß unser Leitungswasser nicht ausreicht, denn ich kann nicht annehmen, daß es uns an Pferdmaterial oder an Sprengwagen fehlt. Da an einzelnen Stellen die Kalamität sich derartig bemerkbar machte, daß man des Staubes wegen kein Fenster aufmachen konnte, so möchte ich anfragen, ob es nicht möglich ist, zu dem Zwecke Wasser aus der Oker zu entnehmen. Von einem Herrn des Gesundheitsausschusses soll allerdings gesagt worden sein, das Okerwasser sei schädlich zum Besprengen, aber es wird doch darin gebadet und früher

ist es sogar gut genug gewesen, als Trinkwasser verwendet zu werden, jetzt soll es aber mit einem Male selbst zum Besprengen der Straßen ungeeignet und schädlich sein? Es müßte sich doch ermöglichen lassen, das Wasser der Oker durch eine Pumpvorrichtung zu entnehmen. Wenn der Gesundheitsausschuß auf das Wohl der Einwohnerschaft so bedacht ist, so müßte er doch auch in Rücksicht ziehen, daß sie manchen Tag kein Fenster aufmachen kann. Es wird sich vom Magistrate schon ein Weg finden lassen, das Besprengen der Straßen etwas intensiver zu gestalten.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hatte seinerzeit anerkannt, daß unsere Straßenbesprengung zu wünschen übrig ließ und beschloß, wenn auch nicht in der Richtung, wie Herr Kalms es wünscht, vorzugehen, also mit Okerwasser zu besprengen, so doch in der Richtung, daß man in der Stadt an bestimmten Stellen Brunnen mit Strahlenpumpen einrichtete. Es wurde deshalb der Direktion der Wasserwerke der Auftrag erteilt, zunächst einen bestimmten Brunnen, und zwar an der Ecke der Wenden- und Kaiserstraße dementsprechend einzurichten. Herr von Feilitzsch ist aber offenbar infolge anderweitiger Ueberlastung noch nicht dazu gekommen, den Auftrag auszuführen. Die Vorarbeiten dazu sind jedenfalls im Gange, und wir werden demnächst der Versammlung eine Vorlage darüber zugehen lassen.

XXXIII. Antrag Jasper: Besteuerung der Grundstücke nach gemeinem Werte.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, für die Besteuerung der Grundstücke die Grundsteuer nach gemeinem Werte, sowie ferner die Wertzuwachssteuer, Bauplatzsteuer zc. einzuführen“.

Herr Jasper: Herr Meyerhoff hat vorhin die Frage angeregt, wie die Besteuerung der Grundstücke zweckmäßig einzurichten sei. Es erscheint mir geboten, bei der Beratung seines Antrages den seiner Ansicht entgegengesetzten Standpunkt mit zur Erörterung zu bringen, der von jeher von mir und meinen Freunden vertreten worden ist, daß nämlich die Besteuerung nicht im Sinne des Herrn Meyerhoff, auch nicht wie bisher, sondern nach dem gemeinen Werte des Grundstücks erfolge, sowie daß die Wertzuwachssteuer, schon mit Rücksicht auf das Bahnhofsprojekt, und die Bauplatzsteuer eingeführt werde, damit Unschönheiten wie beim Markstalle in Zukunft vermieden werden.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen, und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 8 Uhr.

1906/1907.Nr. 5.**B e r i c h t**

über die

**Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 30. August 1906.

**Tagesordnung:**

I. Ankauf eines Spielplatzes	Seite 130
II. Aufhebung der Freigabe von Schulhöfen und Herrichtung einer Einfriedigung	" 131
III. Austausch von Grundstücksflächen etc.	" 135
IV. Antrag Brückmann: Schutzvorrichtungen bei der Straßeneisenbahn	" 136
V. Antrag Kalmß: Aenderung des Statuts über die Abgabe von Gas	" 138
VI. Anträge Meyerhoff und Jasper: Erhebung der Grundsteuer	" 139
VII. Erklärung zweier Straßenzüge zu Ortsstraßen	" 139
VIII. Erwerb einer Fläche zur Bodstivete	" 139
IX. Erwerb von Flächen zur Frankfurterstraße	" 139
X. Aufhebung einer projektierten Straße und Legung eines Kanals	" 140
XI. Beihilfe für den Denkmalpflegeetag	" 141
XII. Plattenbelag eines Theiles der Nordstraße	" 141
XIII. Drainierung einer Fläche des Kieselguts	" 142
XIV. Ueberweisung eines Betrages an den Reservefonds des Wasserwerks	" 142
XV. Beschaffung neuer Turbinen für die Neustadtmühle	" 143

XVI.	Erweiterung der Straßenbeleuchtung	Seite 143
XVII.	Beihilfe für das Vaterländische Museum	" 145
XVIII.	Anfrage Riefe: Ausführung von Pflasterungsarbeiten	" 146
XIX.	Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors.	" 148

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner, Lange und Lord.

Entschuldigdt die Herren Günther, Hauswaldt, Schöttler und Wolters.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Der Ortsausschuß für den hier stattfindenden siebenten Denkmalsflegetag sendet eine Anzahl Programme als Einlaßkarten, die den Mitgliefern der Versammlung zur Verfügung gestellt werden.
- 2) Der Maurermeister Hermann Funke richtet an die Versammlung das Ersuchen, den baldigen Ausbau der Waterloostraße verfügen zu wollen. Das Gesuch muß nach der Gepflogenheit der Versammlung unberücksichtigt bleiben, weil bei dem Magistrate ein derartiger Antrag noch nicht gestellt worden ist.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Ankauf eines Spielplatzes.

Wegen Erwerbs eines Spielplatzes in der westlichen Außenstadt sind in letzterer Zeit vom Magistrate mehrfach Verhandlungen gepflogen, doch ist es ihm bisher nicht gelungen, einen geeigneten größeren Platz zu einem angemessenen Preise ausfindig zu machen. Das ihm neuerdings zum Preise von 24 000 M. angebotene, an der Juliusstraße gelegene, 17,55 a große Stellfeldsche Grundstück hat er zur Anlage eines Spielplatzes für kleinere Kinder angekauft, da ihm Preis und Lage des Platzes angemessen erschienen.

Die Spielplatzfrage soll aber durch den Ankauf dieses Grundstücks nicht gelöst sein; es dürfte jedoch nach der Ansicht des Magistrates wünschenswert und zweckmäßig erscheinen, außer den Plätzen zur Veranstaltung solcher Spiele, die einen größeren Raum erfordern, auch Spielplätze für kleinere Kinder zu beschaffen, auf denen sie vor den Gefahren der öffentlichen Straße gesichert sind. Für diesen Zweck erscheint ihm das Grundstück, das inmitten einer dicht bewohnten Stadtgegend liegt, sehr geeignet, und es werden auch für dessen Einrichtung zum Spielplatz nur verhältnismäßig geringe Kosten erforderlich werden. Zum Schutze der

Nachbarn gegen Belästigungen dürfte es sich empfehlen, die straßenseitige Einfriedigung beizubehalten und das Grundstück während der Nachtzeit zu verschließen.

Da die Anlage unzweifelhaft als gemeinnützig anzusehen ist, so erscheint es dem Magistrate zulässig, zu dem Zwecke die Mittel der Luise Ottmer-Stiftung in Anspruch zu nehmen. Von den Einkünften dieser Stiftung zu rund 12000 M jährlich wird die Summe von 5000 M für Unterstützungen verwandt, während der Rest zur Förderung gemeinnütziger Zwecke verfügbar ist. Von diesem Rest sind im Laufe der Jahre 7132,39 M erübrigt, und es werden in den nächsten Jahren voraussichtlich weitere Mittel erspart werden.

Hiernach wird empfohlen, daß zur Bestreitung des Kaufpreises von 24000 M die Summe von 7132,39 M verwandt, der Rest aber dem Extraordinarium der Rammereikasse mit der Maßgabe zur Last gelegt werde, daß fortan der im Fonds für gemeinnützige Zwecke bei der Luise Ottmer-Stiftung am Jahreschluß verbleibende Kassenvorrat bis zur Tilgung des Restbetrages an das Extraordinarium der Rammereikasse abgeführt werde. Die Versammlung wird ersucht, dem Ankauf des Stellfeldschen Grundstücks zuzustimmen.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Fiedel: Die Finanzkommission empfiehlt die Annahme der Vorlage, da auch sie der Ansicht ist, daß dieses Gartengrundstück zu dem Zwecke außerordentlich geeignet erscheint, sie glaubt jedoch, noch einen Zusatz zu dem Antrage des Magistrates empfehlen zu sollen, der dahin geht,

dem Magistratsantrage zuzustimmen mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß im Falle einer anderweitigen Verwendung oder eines Verkaufs des fraglichen Grundstücks der von der Luise Ottmer-Stiftung aufgewendete Betrag dieser erstattet werde.

Herr Koch: Ich freue mich, daß dieser Spielplatz in unmittelbarer Nähe der Stadt liegt, und ich möchte warnen, die noch weiter zu erwerbenden Spielplätze so weit von der Stadt fort zu wählen, wie das im Bürgerpark geschehen ist. Dieser Platz ist nämlich seit dem Monat Mai, wo er der Öffentlichkeit übergeben ist, nur ein einziges Mal benutzt worden. Wenn nun wirklich so viel Wert auf die Einrichtung von Spielplätzen gelegt werden soll, so möge man sie wenigstens in der Nähe der Stadt anlegen, damit sie auch benutzt werden.

Die Vorlage wird darauf nach dem Antrage der Finanzkommission angenommen.

II. Aufhebung der Freigabe von Schulhöfen und Herrichtung einer Einfriedigung.

Die vom Schulvorstande erteilte Erlaubnis, die Schulhöfe während der schulfreien Zeit als Spielplätze zu benutzen, ist nach einer Mitteilung des Magistrates

in verschiedenen Fällen derart mißbraucht worden, daß der Schulvorstand diese Erlaubnis in Ansehung verschiedener innenstädtischer Schulhöfe zurückgenommen hat. Da noch weitere gleichartige Peshwerden, auch aus der Außenstadt vorliegen, so wird, wenn nicht etwa baldigst die zutage getretenen Unzuträglichkeiten aufhören, voraussichtlich die Erlaubnis allgemein zurückgezogen werden. Aus den mit übersandten Verhandlungen ersucht der Magistrat zu ersehen, daß die Freigabe des Schulhofes am Schulwege auch eine Schädigung und Gefährdung der Nachbargrundstücke im Gefolge gehabt hat, die dadurch ermöglicht wurde, daß der Schulhof an seiner Ostseite einer angemessenen Einfriedigung entbehrt. Es wird deshalb deren Herrichtung für erforderlich gehalten und gleichzeitig empfohlen, den an der Ostseite des neuen Schulgebäudes gelegenen schmalen Terrainstreifen abzuschließen. Die durch diese Arbeiten erwachsenden Kosten sind zu 440 M veranschlagt worden und wird deren Verwilligung anheimgegeben.

Namens der Schulkommission berichtet hierüber Herr Brückmann: Die benachbarten Grundstücksbesitzer Bauermeister, Brand und Diederich beschwerten sich über den gewaltigen Standal, der auf dem Schulhofe gemacht wird. Infolge Fehlens einer genügenden Einfriedigung nach dem Bauermeisterischen Grundstücke zu sind die Kinder über den mangelhaften Zaun gestiegen und haben dort Schaden angerichtet, auch sind die Grundstücke mit Steinen beworfen und in sehr unappetitlicher Weise beschmutzt worden. Herr Diederich beklagt sich auch darüber, daß die Knaben Zigaretten rauchen und es vorkommen könne, daß durch geworfene Zigaretten ein Hausbrand entstehe, weil in den angrenzenden Werkstätten leicht brennbare Stoffe lagern. Herr Dr. Bauermeister hat für sein stark beschädigtes Grundstück bereits Schadenersatz verlangt, der ihm aber vom Magistrat nicht zugestimmt worden ist, wogegen der Magistrat die Herrichtung einer ordnungsmäßigen Einfriedigung als notwendig anerkannt hat.

Auf den Schulhöfen an der Echternstraße, der Comeniusstraße und der Ottmerstraße haben sich die jungen Leute abgesehen von dem furchtbaren Geräusch auch im Steinwerfen geübt, haben den Hof aufgewühlt, um Steine zu erlangen, haben Vogelfallen aufgestellt, mit Fußbällen in die Anlagen geworfen, sind an den Dachrinnen hoch geklettert, auf den Mauern herumgelaufen u. dergl. m. Bezüglich des Schulhofes an der Osterstraße hat sich ein Anlieger beschwert, daß ihm eine Fenster Scheibe von den Kindern eingeworfen sei. In einer Schule sind die Trinkbecher in so ekelregender Weise beschmutzt worden, daß andere Becher haben angeschafft werden müssen.

Wenn nun auch angenommen werden kann, daß die von den Schuldienern erstatteten Berichte etwas übertrieben sind, so bleibt doch noch eine ganze Masse von Zuchtlosigkeit und Aeußerung von Unbildung übrig, um es dem Magistrat nicht verdenken zu können, daß er auch bezüglich der anderen Schulhöfe die Ge-

nehmung zu deren Benutzung zurückziehen will, sofern sich die Verhältnisse nicht bessern. Es sollen die Schulhöfe nicht nur von Kindern, sondern auch von halbwüchsigen Burschen und Mädchen als Tummelplätze und zum Stelldichein benutzt worden sein.

Die Schulkommission ersucht die geforderten 440 M zu bewilligen.

Herr Lübke: Die von Herrn Brückmann vorgetragenen Sachen sind natürlich keineswegs erfreulich, aber wenn wir uns an unsere eigene Jugend erinnern, so wissen wir, daß wir auch gern mit Steinen geworfen haben und über den Zaun geklettert sind. Das ist wirklich nicht so schlimm, um deshalb die Schulhöfe wieder sperren zu müssen. Meinem Sinne würde es mehr entsprechen, wenn mehr Aufsicht geübt würde. Sobald die Jugend sich selbst überlassen ist, treibt sie immer Unfug, das war in unserer Jugendzeit so und wird wohl immer so bleiben. Ich möchte deshalb beantragen, die Schulhöfe als Spielplätze nicht zu schließen, aber die Aufsicht dort zu erhöhen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte zunächst eine irrthümliche Ansicht des Herrn Brückmann berichtigen: nicht der Magistrat hat die Schulhöfe geschlossen, sondern der Schulvorstand, da dieser darüber zu befinden hat. Diese Kompetenzfrage ist im Landtage lang und breit erörtert worden, und wir können nichts dagegen machen.

Was die Anregung des Herrn Lübke betrifft, so mag es wohl sein, daß die Mehrzahl von uns in der Jugend keine Engel gewesen sind, wenn aber auf einem Schulhofe selbst die wertvollen Messinghähne von der spielenden Jugend abgedreht worden sind, so dürfte das wohl nicht mehr als ein entschuldbarer Unfug anzusehen sein. Hinsichtlich der Beaussichtigung der Schulhöfe gebe ich zu, daß sich dadurch Besserung schaffen ließe, aber wie soll das gemacht werden? Der Schulpedell hat an den schulfreien Nachmittagen reichlich zu tun, und er würde wahrscheinlich auch, soweit es sich um der Schule entwachsene junge Leute handelt, die tatsächlich mit auf den Schulhöfen gewesen sind, übel fahren, wenn er sie zurechtweisen wollte. Es ist passiert, daß der Pedell versucht hat, Ordnung zu stiften, jedoch dabei schon angekommen ist, und zwar nicht nur bei den jungen Leuten, sondern auch bei deren Angehörigen. Wer soll nun aber die Aufsicht ausüben? Daß die Herzogliche Polizeidirektion sich dazu verstände, Polizeisergeanten auf die Schulhöfe zu stellen, nur damit die Jugend dort ordnungsmäßig spielen kann, ist nicht zu erwarten. Wenn Herr Lübke Abhilfsmittel weiß, möge er sie sagen.

Herr Stegmann: Es ist mit Freuden begrüßt worden, daß die Schulhöfe zum Spielen freigegeben sind. Mit dem Unfug der spielenden Kinder wird die Sache wohl nicht so schlimm sein, wie es hier vorgetragen ist, da die Schulpedellen, welche die Berichte dazu geliefert haben, ein Interesse an der Schließung der Höfe

zum Spielen besigen und wohl ein bißchen dick aufgetragen haben. Es ließe sich wohl einrichten, daß den Pedellen die Aufsicht über die Schulhöfe gegen eine Vergütung übertragen würde, auch könnte angeordnet werden, daß die der Schule entwachsenen jungen Leute die Schulhöfe nicht betreten dürfen. Auf dem Schulhofe an der Pestalozzistraße habe ich übrigens solchen Unfug niemals beobachtet, es geht dort vielmehr sehr ruhig zu. Im übrigen ist es interessant zu hören, daß die Stadt wohl das Geld für die Schulen aufbringen muß, daß aber der Schulvorstand das Verfügungsrecht über die Schulhöfe hat. Das ist charakteristisch für unsere ganzen Zustände.

Herr Ohlendorf: Ich bin auch der Meinung, daß die Schulhöfe für die spielenden Kinder geöffnet werden müssen. Die vom Herrn Referenten vorgetragene Vorwürfe treffen auch gar nicht die Kinder, welche dort spielen sollen, sondern die der Schule entwachsenen Kinder, welche auch die vorgekommenen Diebstähle begangen haben werden. Ich möchte deshalb bitten, daß der Magistrat seinen Einfluß beim Schulvorstande dahin geltend zu machen sucht, daß die noch geöffneten Schulhöfe nicht auch verboten und die gesperrten Höfe den Kindern wieder freigegeben würden. Man könnte eigentlich wohl von der Polizei verlangen, daß sie die Personen von den Schulhöfen fernhielte, welche nicht darauf spielen sollen, aber die Polizei hat etwas anderes zu tun und muß Leute beaufsichtigen, deren Ueberwachung wir gar nicht wünschen. Wenn sie z. B. die Arbeiter beaufsichtigen muß, die nach der Arbeit gehen, so kann sie für derartige Sachen keine Zeit haben. Aber auch ohne Polizei wird es schon gehen. Wenn z. B. die Schulpedellen für die Ueberwachung der Höfe eine Vergütung erhielten, so würde vielleicht der Mißmut, dem diese Beschwerden wohl hauptsächlich entspringen, verschwinden und die Pedellen würden es gern sehen, daß die Kinder auf den Schulhöfen spielten. Der einzige Grund, der gegen das Spielen der Kinder auf den Höfen angeführt worden ist, bleibt der mit dem Spielen verbundene Skandal, aber wo ein Spielplatz ist, da ist auch Leben und nicht Ruhe, wie in der Kirche. Wenn die Kinder auf der Straße spielen, ist es dort auch laut.

Herr Esdorn: Das Schließen der Schulhöfe wäre auch schon deshalb zu bedauern, weil es uns noch so sehr an Spielplätzen mangelt. Abänderungsfähig erscheint mir die jetzige Einrichtung in der Weise zu sein, daß die Geschlechter beim Spielen getrennt werden können. Auch die halbwüchsigen Burschen müssen den Spielplätzen ferngehalten werden, und ebenso bin ich für die Beaufsichtigung der Schulhöfe gegen Bezahlung. Das Abbrechen der Messinghähne kann auch während der Schulpausen geschehen sein. Ich würde es bedauern, wenn aus diesen Gründen die Schulhöfe für die spielenden Kinder geschlossen werden sollten. Es ist auch leicht möglich, daß die Schulpedellen in ihren Berichten sehr stark aufgetragen haben, daß sie aber gern bereit sein werden, gegen eine Vergütung die Aufsicht zu

übernehmen, damit die Schulhöfe nicht ein Tummelplatz für halbwüchsige junge Leute werden.

Herr Rathe: Wir haben eben beschlossen, einen Spielplatz anzukaufen, der inmitten von Häusern liegt. Es entzieht sich meiner Beurteilung, ob wir den Platz nicht aus den gleichen Gründen, wie sie hier eben angeführt worden sind, sehr bald wieder werden schließen müssen, aber es gewinnt fast den Anschein. Meiner Ansicht nach wird es viel schwerer möglich sein, auf solchen öffentlichen Spielplätzen Ordnung zu halten, als auf den geschlossenen Schulhöfen. Ich sehe wirklich nicht ein, weshalb wir die schönen Schulhöfe nicht in der angedeuteten Weise nutzbringend als Spielplätze verwenden sollen. Halbwüchsige Leute müßten natürlich von den Spielen ausgeschlossen werden, denn meiner Ansicht nach sollen die Schulhöfe nur für die Schüler oder Schülerinnen der betreffenden Schule sein. Das müßte den Kindern in der Schule gesagt werden.

Herr Brückmann: Herr Rathe irrt, wenn er meint, daß nur die Schüler der betreffenden Schule auf dem Schulhofe spielen sollen; die Schulhöfe sind für alle Kinder freigegeben worden und soll kein Unterschied dabei gemacht werden. Wenn dem Schuldiener die Aufsicht über den Schulhof übertragen werden soll, so würde es oft recht schwierig für ihn sein, die zum Betreten des Schulhofes berechtigten Kinder von den halbwüchsigen Kindern zu unterscheiden. Am besten würde es schon sein, einem Lehrer die Aufsicht zu übertragen, weil der den Kindern mehr Respekt einflößt, als der Schuldiener.

Vorsitzender: Dem Antrage Lübbe würde folgende Fassung zu geben sein.

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß die Schulhöfe zum Spielen wieder freigegeben werden, insbesondere unter Einführung geeigneter Aufsicht.“ (Zustimmung.)

Die Magistratsvorlage wird darauf mit dem Antrage Lübbe genehmigt.

III. Austausch von Grundstücksflächen etc.

Daß den Spielplatz der Bürgerschule am Schulwege an der Ostseite abgrenzende Lattenstaket befindet sich in einem sehr mangelhaften Zustande und soll nach der Magistratsvorlage unter II der Tagesordnung durch eine massive Einfriedigung ersetzt werden. Ebenso soll nach dieser Vorlage der östlich von dem neuen Schulhause gelegene Winkel durch ein Lattenstaket mit Tür abgeschlossen werden. Vor einigen Wochen ist nun auf dem angrenzenden Bauermeisterischen Grundstücke ein südlich von der gedachten Einfriedigung gelegenes Hintergebäude abgebrochen worden, so daß es erforderlich sein dürfte, auch den jetzt freigewordenen Teil der Grenze des Schulgrundstücks einzufriedigen. Es erscheint dem Magistrate aber zweckmäßig, zuvor auf eine Regulierung der Grenze Bedacht zu nehmen, wozu Herr Dr. Bauermeister bereit ist. Bei gleicher Bemessung der auszutauschenden

Flächen würde sich eine Grenzlinie ergeben, die 20 cm hinter dem nördlichen Eckpunkte des jetzigen Lattenstakets beginnt und auf die östliche Ecke des Abortgebäudes gerichtet ist. Die Größe der auszutauschenden Flächen beträgt 3,8 qm. Da die Errichtung einer als Zementdielenwand aufzuführenden Einfriedigung bei einer Länge von 19,35 m 485 M kosten würde, so müßten an Stelle der in der vorher behandelten Magistratsvorlage geforderten 440 M jetzt $485 + 75 \text{ M} = 560 \text{ M}$ zur Verfügung gestellt werden. Dem Ersuchen des Magistrates um Bewilligung dieser Mehrkosten von 120 M

entspricht die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Fröhling.

IV. Antrag Brückmann: Schutzvorrichtungen bei der Straßeneisenbahn.

Der in der Sitzung vom 28. Juni d. Js. — Seite 119 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Der Magistrat wolle bei der Straßeneisenbahn-Gesellschaft nicht allein direkt, sondern auch durch die betreffende Aufsichtsbehörde vorstellig werden, daß bei dem Fahren mit Anhängewagen zwischen diesem und dem Motorwagen eine Schutzvorrichtung angebracht werde.“

Namens der Baukommission berichtet über den Antrag Herr Fröhling: Die Kommission hat sich zunächst mit der Straßeneisenbahn-Gesellschaft in Verbindung gesetzt und sie zu Verhandlungen über die Frage aufgefördert. Hierbei hat die Gesellschaft darauf hingewiesen, daß ihrerseits eine Verfehlung nicht vorliege und es ihr auch nicht an technischen Sachverständigen fehle. Herr Brückmann hat dazu bemerkt, daß seine Äußerung nicht auf die Straßeneisenbahn gemünzt gewesen sei. Letztere hat ferner erklärt, daß sie gern bereit sein würde, solche Schutzvorrichtungen zu beschaffen, wenn es nur welche gäbe, die sich bewährt hätten. Sie sei aber hierzu nicht in der Lage, weil es eben derartige Vorrichtungen nicht gebe und sie hat uns außer ihrer eigenen Meinung auch noch die Ansichten einer größeren Anzahl anderer Straßeneisenbahn-Verwaltungen über solche Schutzvorrichtungen vorgelegt. Ich will darunter folgende hervorheben:

Bei der Großen Berliner Straßenbahn werden Schutzvorrichtungen nicht verwendet; die Straßenbahn-Gesellschaft in Hamburg hat vor mehreren Jahren zehn Züge mit solchen Schutzvorrichtungen versehen, die sich aber nicht bewährt haben, so daß die Versuche wieder eingestellt wurden. Die Bremer Straßenbahn, auf die Herr Brückmann besonders hinwies, schreibt, daß sie den Schutzgittern zwischen Motor- und Anhängewagen nur wenig Wert beilege. Im Betriebe verursachten sie, namentlich sobald Kletterweichen passiert werden müssen, große Unannehmlichkeiten infolge der vielen Reparaturen. Die städtische Straßenbahn in

Wien verwendet derartige Sachen nicht, auch steht deren Einführung in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Die Nürnberg-Fürther Straßenbahn-Gesellschaft erließ unterm 18. März 1899 auf Veranlassung des Magistrates zu Nürnberg ein Preisausgeschrieben, um eine wirksame Schutzvorrichtung zur Anbringung zwischen Motowagen und Anhängewagen ausfindig zu machen. Es waren Preise von 500 M, 300 M und 200 M ausgesetzt. Das Preisgericht bestand aus drei Technikern, von denen der eine von der Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen, der andere vom Magistrate der Stadt Nürnberg und der dritte von der Nürnberg-Fürther Straßenbahn-Gesellschaft ernannt wurde. Von 90 Interessenten, die die Zeichnung haben kommen lassen, sind dann 28 Entwürfe eingereicht worden, von denen zwei probiert wurden. 19 Entwürfe entsprachen nicht den Anforderungen des Ausschreibens, so daß nur 9 zur engeren Wahl kamen. Das Preisgericht konnte aber schließlich keine der eingelieferten Konstruktionen als den Anforderungen des Ausschreibens entsprechend erachten und zur Prämierung in Vorschlag bringen.

Eine sehr wesentliche Aeußerung liegt auch vor seitens des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen, einer Stelle, die der Sache zweifellos sehr sympathisch gegenübersteht, die schreibt: Die Statistik weist unzweifelhaft nach, daß die bekannten Schutzvorrichtungen ihren Zweck absolut nicht erfüllen, denn 3 von den 6 mit der Schutzvorrichtung versehenen Bahnen haben verhältnismäßig sehr viele Unfälle aufzuweisen und zwar bei 10 267 536 Anhängewagen-Kilometern 5 Fälle, während 114 Bahnen ohne Schutzvorrichtungen mit 88 537 896 Kilometern unfallfrei geblieben sind. Wenn nun auch die Unfälle selbstverständlich nicht auf die Schutzgitter zurückzuführen sind, so lassen die Zahlen doch ersehen, daß letztere nicht geeignet sind, Unfälle absolut zu verhüten. Die bisher bekannt gewordenen Schutzvorrichtungen sind also einerseits nicht imstande gewesen, ihren Zweck zu erfüllen, andererseits haben sie sogar selbst durch Fingerquetschungen zusätzliche Unfälle herbeigeführt, die sonst vermieden worden wären. Sie vermehren außerdem auch durch das Klappern ihrer vielen Einzelteile das Fahrgeräusch erheblich, so daß den Fahrgästen auf der Plattform dadurch eine nennenswerte Unannehmlichkeit verursacht wird.

Aus einer Zusammenstellung des Vereins geht hervor, daß bei den 6 aufgeführten Bahnen, darunter auch Bremen, die Zahl der schweren Unfälle sich von 1903 bis 1905 von 3 auf 5 vermehrt hat und zwar solcher Unfälle, die durch Zwischengeräten zwischen Motor- und Anhängewagen verursacht worden sind.

Nach diesen Darlegungen und unter Berücksichtigung der technischen Verhältnisse — bei Befahrung von Kurven wird bekanntlich der Zwischenraum zwischen den Wagen auf der inneren Seite der Kurve stark zusammengeschoben und auf der äußeren Seite weit ausgedehnt, auch laufen die Wagen nicht genau hintereinander

ander — sind wir in der Baukommission ebenfalls der Meinung gewesen, daß die bis jetzt bekannt gewordenen Schuttgitter nicht geeignet erscheinen, die Gefahr zu beseitigen, eine Gefahr, die wir als vorliegend voll anerkennen. Wir glauben auch, daß es besonders schwierig sein würde, bei der hiesigen Straßenbahn solche Schutzvorrichtungen anzubringen, weil diese sehr kleine Kurven hat, die bis zu 13,5 m Kurvenradius heruntergehen, das sind die kleinsten Kurven, die noch zugelassen werden. Wir haben uns deshalb der Anschauung nicht verschließen können, daß die Erklärung der Straßenbahn richtig ist, und wir sind nicht in der Lage gewesen, solche Schutzvorrichtungen nachzuweisen, die tatsächlich wirksam sind. Obwohl wir also dem Antrage sehr sympathisch gegenüberstehen, sind wir zu unserm Bedauern doch nicht imstande, dessen Annahme empfehlen zu können.

Weiter haben wir uns mit der Frage beschäftigt, wie derartige Unfälle am zweckmäßigsten zu verhüten sind, und die Ansicht der Kommission geht dahin, daß zur Verhütung nicht so sehr Schuttgitter nötig sind, sondern daß man anstreben soll, der Ueberfüllung der Perrons vorzubeugen, da diese sehr leicht zu derartigen Unfällen führt. Ebenso wäre die Beseitigung der seitlich zu besteigenden offenen Wagen wünschenswert. Das einzige wirkliche Abhilfsmittel bestände aber in einem Abschluß der Hinterperrons, der bewirke, daß die Wagen nur auf den Haltestellen bestiegen werden können. Solange die Möglichkeit besteht, daß auch unterwegs aufgesprungen werden kann, wird es sich kaum verhindern lassen, daß Unfälle entstehen.

Einen besonderen Antrag können wir nicht stellen, vielleicht nehmen die berufenen Stellen Veranlassung, in dieser Richtung auf die Straßeneisenbahn hinzuwirken. Da wir aber den Antrag Brückmann aus den vorgetragenen Gründen zur Annahme nicht empfehlen können, so geben wir Uebergang zur Tagesordnung anheim.

Herr Brückmann: Zu meinem Bedauern habe ich vernommen, daß man noch keine praktischen Sicherheitsvorrichtungen für den hier besprochenen Zweck besitzt, man muß sich daher so lange gedulden, bis wir dahin kommen. Die Auskunft von Bremen widerspricht übrigens den mir gewordenen Nachrichten. Wenn sodann gesagt worden ist, daß bei den Bahnen mit Schutzvorrichtungen mehr Unglücksfälle vorgekommen seien, als bei den übrigen Bahnen, so hat das mit den Schutzvorrichtungen natürlich nichts zu tun gehabt, sondern es lag daran, daß bei den letzteren eine grundsätzliche Sperrung der Wagen während der Fahrt stattgefunden hat.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

V. Antrag Kalm's: Aenderung des Statuts über die Abgabe von Gas.

Herr Fiedel: Der in der Sitzung vom 31. Mai d. Js. — Seite 86 des Berichts — gestellte Antrag mußte noch einmal der Direktion der städt. Licht- und

Wasserwerke zur Aufstellung weiterer Erhebungen überwiesen werden, weshalb dessen Beratung heute noch nicht stattfinden kann.

VI. Anträge Meyerhoff und Jasper: Erhebung der Grundsteuer.

Herr Südel: Die in den am 28. Juni d. Js. gestellten Anträgen — Seiten 120 und 128 des Berichts — berührte Frage ist so außerordentlich schwierig, daß noch eine gewisse Zeit nötig sein wird, um die dazu erforderlichen Unterlagen zu beschaffen; ich möchte daher bitten, die Beratung der Anträge vorläufig noch zurückzustellen, was geschieht.

VII. Erklärung zweier Straßenzüge zu Ortsstraßen.

Bezüglich der Helenenstraße zwischen Frankfurterstraße und Chriakring und des letzteren zwischen Weststraße und Blumenstraße, deren Ausbau beschlossen ist, steht die Erklärung zu Ortsstraßen noch aus. Der Magistrat ersucht, solche Erklärung auszusprechen, was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

VIII. Erwerb einer Fläche zur Bodstwete.

Nach dem Ortsbauplane sind der Bodstwete 29 qm des Quernerischen Grundstücks zuzulegen, deren Uebernahme die Firma A. W. Querner beantragt hat. Der Magistrat hält den geforderten Einheitspreis von 40 M für angemessen und ersucht, dem Erwerbe unter Verwilligung von 1160 M zuzustimmen.

Herr Rieke: Die Baukommission gibt Genehmigung der Vorlage anheim. Man hat in der Kommission auch darüber gesprochen, ob ein Einheitspreis von 40 M für die Bodstwete nicht zu hoch sei, da aber an verschiedenen Stellen für benachbarte Grundstücke ein gleicher Preis gezahlt wurde, so hat sich die Baukommission auch mit der Höhe des Preises einverstanden erklärt.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

IX. Erwerb von Flächen zur Frankfurterstraße.

Nach den von der Versammlung genehmigten Projekten über die Regulierung der Frankfurterstraße und die bessere Befestigung des östlichen Fußweges derselben zwischen Vergfeld- und Ekbertstraße ist der stadtseitige Erwerb von zwei zusammen 94 qm großen Flächen erforderlich. Die Eigentümer Schaper und

Abbrecht sind bereit, die Flächen der Stadt zum Einheitspreise von 3 M. zu überlassen. Dem Antrage des Magistrates, diesem Erwerbe zuzustimmen, entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet.

X. Aufhebung einer projektierten Straße und Legung eines Kanals.

Zur Schaffung günstiger Vorflutverhältnisse für die Roßstraße und die westlich dieser gelegenen Straßenzüge ist die Verlegung eines Kanals zwischen Roß- und Cellerstraße erforderlich. Da der Kanal, zu dessen Ausführung die Mittel durch den laufenden Etat bewilligt worden sind, in das Terrain der projektierten Straße Nr. 300 verlegt werden sollte, so ist der Magistrat mit den Eigentümern der betr. Grundstücke wegen Gestattung der Kanalverlegung in Verbindung getreten, hat hier aber und besonders bei der Brauerei Friedrich Fürgens so große Schwierigkeiten gefunden, daß er nach einem fehlgeschlagenen Versuche, die Genehmigung zur Kanalverlegung durch das Grundstück des Herzoglichen Krankenhauses zu erhalten, sich entschlossen hat, der Versammlung die Aufhebung der projektierten Straße Nr. 300 zu empfehlen. Diese Straße bildete den Ersatz für zwei vordere, das Gelände des Krankenhausgrundstücks durchschneidende, später aber zur Ermöglichung der Einrichtung des Herzoglichen Krankenhauses aufgehobene Straßen; sie hat hinsichtlich ihrer Verbindung zu den den Verkehr eventuell nach Osten oder Westen weiterführenden Straßen eine durchaus ungünstige Lage und würde in Zukunft von einer gewissen Bedeutung nur sein können für die Eichtalstraße mit ihren Nebenstraßen, deren Verkehr in westlicher Richtung nach Aufhebung der Straße den verhältnismäßig kleinen Umweg um das Weiße Roß herum über die Hildeheimer Straße auch in Zukunft beibehalten müßte. Der Magistrat trägt deshalb keine Bedenken, für die Aufhebung der Straße Nr. 300 einzutreten, und hat in der Annahme, daß die Versammlung diese Auffassung teilen würde, die Aufhebung der Straße als Grundlage für weitere Verhandlungen wegen der Kanalverlegung durch die Grundstücke der Firma F. Ch. Unger & Sohn, des Herzoglichen Krankenhauses und des Landwirts Dreves angenommen. Alle drei Grundstücksbesitzer haben ein wesentliches Interesse an der Aufhebung der Straße schon wegen der nicht unerheblichen Straßenbaukosten, die ihnen sonst zur Last fallen würden.

Die Vertreter der drei durch den projektierten Kanal berührten Grundstücke wollen der Stadt die Verlegung und Belassung des Kanals unentgeltlich gestatten, die Anlieger Unger und Dreves auch der Stadt ein entsprechendes Recht mit der weiteren Befugnis, die Grundstücke zwecks Reinigung, Unterhaltung und Besserung des Kanals betreten zu lassen, durch Eintragung im Grundbuche sichern. Bei dem Herzoglichen Krankenhause ist diese grundbuchamtliche Sicherung nicht zu erreichen

gewesen, doch hat Herzogliches Staatsministerium dem Wunsche des Magistrates dadurch Rechnung getragen, daß es die ausdrückliche Erklärung abgegeben hat, wegen der Belassung des Kanals in dem Krankenhausgrundstücke die Interessen der Stadt dauernd zu berücksichtigen. Diese Zusicherung wird für einen ausreichenden Ersatz der grundbuchamtlichen Eintragung gehalten. Als Gegenleistung wird von der Stadt nur gefordert, daß sie für die durch Einlegung des Kanals den Zubehörungen der Grundstücke etwa zugefügten Schäden aufzukommen hat, was übrigens auch ohne besondere Abrede auf Grund der Gesetzesvorschriften zu geschehen hätte.

Hiernach ersucht der Magistrat, sich mit der Aufhebung der projektierten Straße Nr. 300 einverstanden zu erklären, die Verlegung des betreffenden Verbindungskanals in der durch den Plan angedeuteten Führung gutzuheißen und die mit den beiden genannten Anliegern abgeschlossenen notariellen Verträge zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Frühling berichtet, geschieht.

XI. Beihilfe für den Denkmalpflegetag.

Der Ortsausschuß für den 7. Denkmalpflegetag hat den Magistrat gebeten, ihm zu den Kosten des hier am 27. und 28. September abzuhaltenden Tages eine Beihilfe von 500—600 M zu gewähren. Zur Begründung wird angeführt, daß die Landesregierung einen Zuschuß von 1500 M bewilligt habe, daß indessen dieser Betrag erfahrungsgemäß in den Druckkosten und sonstigen allgemeinen Unkosten aufgehe. Der Magistrat glaubt dem Antrage schon um deswillen stattgeben zu sollen, weil der Tag für Denkmalpflege danach angetan sei, die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Stadt Braunschweig zu lenken, ihre Bedeutung nach außen hin zu heben und so indirekt ihre Wohlfahrt zu fördern. Die Versammlung wird deshalb ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Ortsausschuß eine Beihilfe von 500 M gewährt werde.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Buchler berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XII. Plattenbelag eines Teiles der Nordstraße.

Die Versammlung wird ersucht, der von dem größten Teile der Anliegerschaft beantragten Belegung der Fußwege der Nordstraße östlich der Geylostraße mit Platten zuzustimmen,

was geschieht, nachdem Herr Fricke den Antrag namens der Baukommission befürwortet hatte.

XIII. Drainierung einer Fläche des Kieselguts.

Auf Vorschlag der Kieseldeputation ersucht der Magistrat zu genehmigen, daß die Aptierung des unteren Steinkamps zum Kieselgelbe und dessen Drainierung vorgenommen und zu dem Zwecke eine Summe von 1769 M aufgewendet werde.

Herr Schmidt: Das Kieselgut ist immer noch verbesserungsfähig, und es muß beizeiten Vorsorge getroffen werden, daß dessen Verwaltung in Zeiten der Not das Wasser los werden kann. Die Finanzkommission ersucht daher um Genehmigung der Vorlage.

Herr Kieke: Wenn noch Terrain vorhanden ist, so bin ich nicht gegen die Vorlage; ich habe aber angenommen, daß das ganze Kieselgut schon mit Drainage versehen sei, denn dazu ist doch das Kieselgut aptiert. Nach meiner Annahme war von der Aptierung nur der sogenannte Fettwinkel ausgeschlossen, der mit Weiden bepflanzt worden ist, weil er sich zur Drainage nicht eignete.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist derzeit der Versammlung ein genaues Programm über die Flächen des Kieselgutes vorgelegt, die aptiert werden sollten und dazu haben diese Flächen nicht gehört. Die Länderei liegt ziemlich tief und man hat damals vielleicht angenommen, daß deren Drainage nicht durchführbar sei, jedoch hat sich herausgestellt, daß durch die Tieferlegung der Gräben diese Flächen noch aptiert werden können. Im übrigen sind außerdem noch verschiedene größere Flächen nicht drainiert, aus dem einfachen Grunde, weil man für zweckmäßig erachtet hat, gewisse Teile des Kieselgutes dem Kieselbetriebe nicht zu unterwerfen. So liegt z. B. unmittelbar vor dem Steinhofe, von hier ab linker Hand, ein großer Komplex, von dessen Drainage Abstand genommen ist, weil sonst die Kieselwässer in unmittelbarer Nähe der Arbeiterhäuser stagnieren würden. Ebenso sind jenseits des Steinhofs noch große Flächen Spargel angelegt, die für die Berieselung ebenfalls nicht aptiert sind, auch haben wir dort große Flächen zur Gewinnung von Kartoffelland für die Deputatisten eingerichtet, die gleichfalls nicht berieselt werden können.

Die Vorlage wird darauf gutgeheißen.

XIV. Ueberweisung eines Betrages an den Reservefonds des Wasserwerks.

Die Deputation zur Verwaltung der städt. Licht- und Wasserwerke gibt anheim, die vom Neubau des Wasserwerkes am Dovesee verbliebenen 26 833,64 M dem Reservefonds des Wasserwerkes zu überweisen, da zufolge Beschlusses der städt. Behörden diesem Fonds die jetzt erwachsenen Kosten des Probebetriebes bei Mönigen zur Last fallen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Esdorn berichtet, wird die Vorlage angenommen.

XV. Beschaffung neuer Turbinen für die Neustadtmühle.

Der Braunschweigische Dampfkessel-Ueberwachungsverein hat gefordert, daß der 56 Jahre alte Dampfkessel der Neustadtmühle beseitigt und durch einen neuen Kessel ersetzt wird, falls die Dampfreserve beibehalten werden soll. Da nun auch das Wasserzulaufgerinne der großen Turbine erneuerungsbedürftig ist und zu dessen Auswechslung 1800 M im diesjährigen Haushaltsplane vorgesehen sind, so wird empfohlen, die Dampfreserve in der Neustadtmühle vollständig aufzugeben und die große Turbine sowie die Turbine zum Antriebe der Walzenstühle durch eine moderne Zwillingsturbine mit horizontaler Welle von 45 PS. Leistungsfähigkeit zu ersetzen und die Haupttransmission entsprechend umzugestalten. Die Kosten für den Einbau der neuen Turbine mit Vorgelegen sind abzüglich der schon bewilligten 1800 M zu 8000 M veranschlagt worden. Der Magistrat empfiehlt, behufs einheitlicher Buchung der Ausgabe die ganzen 9800 M aus dem Erneuerungs- und Reservefonds zu übernehmen und demgemäß zu beschließen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Schmidt berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XVI. Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

a. Dem Antrage der Witwe Moritz entsprechend beabsichtigt der Magistrat, die Anzahl der in der Helmstedterstraße vorhandenen Straßenlaternen um zwei Randalaberlaternen zu vermehren und ersucht, diese Erweiterung zu genehmigen und dafür 224 M zu bewilligen.

b. Einem Wunsche der Deputation für die Verwaltung der städt. Licht- und Wasserwerke nachkommend ist der Magistrat dem früheren Antrage auf bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes wieder nähergetreten, und zwar beabsichtigt er, zunächst die Umänderung des großen, fünfflammigen Randalabers in einen solchen mit acht Stück Hängelampen jede zu zwei Flammen zur Ausführung zu bringen und dann später erforderlichenfalls noch eine Anzahl der an den Außenseiten des Platzes stehenden Randalaber mit Hängelampen zu versehen. Die Kosten dieser Umänderung betragen 740 M. Die Versammlung wird ersucht, sich mit der Umänderung einverstanden zu erklären und die Kosten zu bewilligen.

Beide Anträge werden von Herrn Fiedel namens der Finanzkommission befürwortet und von der Versammlung genehmigt.

c. Zum Zwecke der Erweiterung der Straßenbeleuchtung sind ferner folgende Anträge aus der Versammlung eingegangen.

- 1) von Herrn Kalms: Bessere Beleuchtung des Platzes um das Herzogliche Hoftheater herum;
- 2) von dem früheren Stadtverordneten Herrn Wiehle: Bessere Beleuchtung des Platzes an der Mündung der Juliusstraße in die Frankfurterstraße;

- 3) von Herrn Fricke: Aufstellung einer Petroleumlaterne am Fuße der eisernen Brücke der Landeseisenbahn in der Spargelstraße, ferner Aufstellung einer Wandlaterne an der Mauer des Vaterländischen Museums auf dem Spohrplatze und endlich Aufstellung einer Wandlaterne in der Mitte der Sedutenstraße;
- 4) von Herrn Bues: Aufstellung einer Laterne am Eingange der Mönchstraße von der Auguststraße aus, ferner Aufstellung einer Laterne im oberen Teile der Elmstraße in der Nähe der Grabbeschen Gärtnerei;
- 5) von Herrn Esdorn: Aufstellung einer Wandlaterne im Markstall;
- 6) von Herrn Weichsel: Aufstellung einer Laterne auf dem Rundteile in der Gabelung Hagenring und Humboldtstraße, ferner in der Kreuzung Kaiser-Wilhelmstraße und Hagenring und an der Paulikirche oder Roonstraße.

Auf Vorschlag der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke hat der Magistrat beschlossen, in Uebereinstimmung mit der Deputation zur Verwaltung dieser Werke die nachstehende Erweiterung der Straßenbeleuchtung unter Aufwendung der dabei vermerkten Kosten gutzuheißen:

Zu 1: An der Westseite des Herzoglichen Hoftheaters die Ummänderung der beiden Kandelaber mit einer Laterne in solche mit je zwei Laternen zu 360 M, während die Beleuchtung des fraglichen Platzes im übrigen als ausreichend erachtet wird.

Die Finanzkommission hat es indessen für wünschenswert erachtet, diese Sache nochmals zu prüfen, weshalb dieser Punkt vorläufig von der Beratung zurückgestellt wird.

Zu 2: Auf dem Platze an der Mündung der Juliusstraße in die Frankfurterstraße und an letzterer selbst drei neue Kandelaberlaternen zu 336 M, sowie vier Kandelaberlaternen zu versehen mit 100 M, da nach Genehmigung des Ausbaues des betreffenden Straßenzuges der Ausführung des Antrages Wiehle nichts im Wege stehe.

Dieser Punkt wird genehmigt.

Zu 3: Eine Wandlaterne mit Zuleitung an der Mauer des Vaterländischen Museums zu 140 M, sowie eine Wandlaterne mit Zuleitung in der Mitte der Sedutenstraße zu 140 M, während der erste Antrag des Herrn Fricke nicht zu empfehlen sei, weil durch eine Petroleum-Hochmastlaterne der Landeseisenbahn der betr. Teil der Spargelstraße genügend beleuchtet werde.

Auch dieser Antrag wird genehmigt.

Zu 4: Eine Kandelaberlaterne im oberen Teile der Elmstraße zu 112 M, während der erste Antrag Bues nicht empfohlen werden könne, weil die Mönchstraße durch eine Laterne der Auguststraße ausreichend mit Licht versorgt werde.

Die Versammlung ist auch hiermit einverstanden.

Zu 5: Eine Wandlaterne im Markstalle zu 80 M.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Zu 6: Eine Kandelaberlaterne hinter der Paulikirche an der Koonstraße zu 112 M., während die beiden ersten Anträge des Herrn Weichsel abzulehnen sein dürften, weil die betreffenden Straßenpunkte genügend beleuchtet werden.

Herr Födel: Die Finanzkommission schließt sich der Ansicht des Magistrates auch in diesem Punkte an.

Herr Weichsel: Mein Antrag wurde nicht damit begründet, daß die betreffenden Straßenpunkte nicht genügend beleuchtet seien, sondern ich habe hervorgehoben, daß die sogenannten Rettungsfelsen bei ungenügender Beleuchtung insofern eine Gefahr in sich bergen, als Leute, die nicht gut sehen können, oder Radfahrer, auch wenn sie gut sehen können, dort leicht einen Unfall erleiden. Obwohl ich gut sehen kann, ist es mir persönlich doch schon vorgekommen, daß ich in Gefahr geriet, mit dem Rade gegen solche Rettungsfelsen zu fahren.

Herr Sander: Ich bin derselben Meinung, denn ich habe gesehen, daß eine Dame mit dem Gesichte gegen das Pflaster schlug, auch ist ein am Steinwege wohnender Fabrikant dort zu Falle gekommen, obwohl er in ganz nüchternem Zustande war. (Heiterkeit.)

Herr Födel: Es gibt in der Stadt eine ganze Anzahl solcher Plätze; wenn wir daher den Standpunkt der beiden Herren Vorredner teilten, so müßten wir zunächst feststellen lassen, wieviele Laternen wir in der Stadt noch gebrauchten.

Herr Weichsel: Wenn man solche Rettungsfelsen einmal schafft, so muß man auch dafür sorgen, daß sie bei Dunkelheit leicht erkannt werden, sonst soll man sie lieber ganz beseitigen.

Die Versammlung genehmigt darauf den Magistratsantrag bezüglich der Laterne an der Koonstraße, lehnt aber den weiteren Antrag des Magistrates auf Verwerfung der beiden anderen Anträge des Herrn Weichsel ab.

Der hierauf gestellte Antrag des Herrn Födel, die beiden magistratsseitig abgelehnten Anträge Weichsel an die Finanzkommission zurückzuverweisen, um zunächst noch festzustellen, wieviele solcher Plätze außerdem noch in der Stadt vorhanden sind und wieviele Laternen zu deren Beleuchtung gebraucht werden würden, wird von der Versammlung angenommen.

XVII. Beihilfe für das Vaterländische Museum.

Der Vorstand des Vaterländischen Museums hat sich an alle Städte und Gemeinden Braunschweigs mit der Bitte gewandt, durch jährliche Beiträge dem Vorstande Unterstützung zu gewähren. Nach der Meinung des Magistrates ist das Vaterländische Museum unzweifelhaft als ein gemeinnütziges Unternehmen an-

zusehen, weshalb zu seiner Förderung Mittel der Luise Ottmer-Stiftung nach deren Zweckbestimmung unbedenklich aufgewendet werden können. Es wird daher anheimgegeben, zu genehmigen, daß dem Vaterländischen Museum aus dieser Stiftung bis auf weiteres jährlich 300 M. gezahlt werden.

Herr Jasper: Die Finanzkommission tritt dem Magistratsvorschlage bei und empfiehlt die Bewilligung der geforderten 300 M.

Persönlich möchte ich hinzufügen, daß ich mit der Befürwortung des Antrages den Wunsch verbinden wollte, der Vorstand des Vaterländischen Museums möchte mehr als bisher seiner im Gründungsprospekte des Museums festgelegten Aufgabe gerecht werden und nicht nur der Geschichte des Herzogshauses eine Heimstätte im Museum bereiten, sondern auch der Geschichte des Landes und seiner Bevölkerung.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

XVIII. Anfrage Rieke: Ausführung von Pflasterungsarbeiten.

Die Anfrage lautet:

„Unter welchen Bedingungen läßt die städtische Tiefbauverwaltung Pflasterungsarbeiten von nicht berufsmäßig ausgebildeten Arbeitern ausführen?“

Herr Rieke (zur Begründung): Schon seit geraumer Zeit befinden sich die Steinseker mit ihren Meistern in einer Lohnbewegung. Es ist bekannt, daß infolge Teuerung der Lebensmittel verschiedene Behörden, darunter auch der Magistrat ihren Beamten Teuerungszulagen bewilligt haben. Die Stadt hat früher schon einmal zugesagt, die Pflasterungsarbeiten unter städtischer Regie ausführen zu lassen, und jetzt sind ungelernte Arbeiter tätig, um an verschiedenen Stellen der Stadt Kleinpflaster herzustellen. Es liegt aber auf der Hand, daß gelernte Steinseker solche Arbeit besser ausführen, als ungelernte Arbeiter und andererseits ist auch die Frage aufzuwerfen, ob dadurch nicht die Stadt direkt Schaden haben wird, denn es ist doch zweifelhaft, ob die Arbeit sach- und sachgemäß ausgeführt werden wird, obwohl die Stadt für diese ungelernten Arbeiter einen Tagelohn von 4 M. zahlen muß.

Persönlich will ich noch erklären, daß früher ein Maurer jede Arbeit lernte und daß ich selbst drei Jahre mit Pflasterungsarbeiten beschäftigt gewesen bin. Damals habe ich mit diesen Arbeiten besseren Lohn verdient, als heute mit den Maurerarbeiten, trotzdem 40 bis 50 Jahre dazwischen liegen, und damals waren die Lohnsätze vom Staate festgesetzt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß wir jahrzehntelang unser Straßenpflaster viel zu teuer bezahlt haben. Dadurch ist es gekommen, daß eine hiesige Firma zum Millionär geworden ist, während wir vor einigen Jahren bei einer Submission soviel übrig hatten, daß August- und Kuhstraße sowie Regidienmarkt noch davon gepflastert werden konnten. Wenn aber

die Kosten zu Lasten der Arbeiter heruntergedrückt werden sollen, so kann ich mich damit nicht einverstanden erklären. Es ist auch eine Schädigung der Stadt darin zu erblicken, wenn, wie beim Eulenspiegelbrunnen, der Platz nur provisorisch wieder zugeschüttet und nicht gleich definitiv gepflastert wird, trotzdem die Arbeit dem Unternehmer übertragen worden ist, denn dadurch wird der Verkehr auf dem Platze übermäßige Zeit gehemmt, während letzterer dem Verkehre bei ordnungsmäßiger Instandsetzung schneller wieder übergeben werden könnte.

Wenn man auf der einen Seite eine einseitige Parteinahme für die Gesellen ablehnt, so soll man aber auf der anderen Seite ebenfalls nicht einseitig Stellung nehmen, sondern so handeln, wie es im Interesse beider Teile richtig ist. Ein Stundenlohn von 55 S , wie ihn die Gesellen beantragt haben, ist durchaus am Platze. Von 15 bis 20 Städten, die teilweise nicht so groß sind wie Braunschweig, wird hier der niedrigste Lohn gezahlt. Es geht hier wie mit allen anderen Dingen: wir stehen hinter anderen Städten stets zurück. Die Leute haben alles versucht, um sich mit den Meistern zu einigen, sie haben den Herrn Stadtrat Wagner als Vorsitzenden des Schiedsgerichts angerufen, sind aber abgewiesen worden, weil eine einseitige Stellungnahme nicht beliebt werde, und auch alle Annäherungsversuche beim Magistrate sind abgelehnt worden.

Während auf der einen Seite ein Interesse des Stadtsäckels vorliegt, den Lohnkampf zu beenden, so bedingt der Lohnkampf andererseits auch eine Schädigung der Doffentlichkeit im allgemeinen, so daß wir das größte Interesse hätten, dafür mit zu sorgen, daß ruhige Zustände dauernd wieder herbeigeführt werden. Wenn die Leute erst wieder Ruhe im Gewerbe haben, so mögen die Arbeitgeber mit den Gewerkschaftsverbänden Verträge auf vielleicht zwei Jahre abschließen, dann ist mit einem Male Ruhe auf längere Zeit da.

Durch meine Anfrage möchte ich darüber Aufschluß erhalten, ob bei den heutigen Zuständen die Stadt nicht schlechter fährt und wir mehr für das Pflaster bezahlen, als wenn die Leute einen Stundenlohn von 55 S erhielten und dafür die Arbeit ordnungsmäßig ausgeführt würde. Wir würden dann mit den Arbeiten auch besser vorwärts kommen, als wenn man Chausseewärter und andere ungelernte Arbeiter zu den Arbeiten ausbildet und auch die nötigen Geräte dazu anschafft. Es ist außerdem sehr fraglich, ob das Pflaster, auch wenn es gut aussieht, sich so halten wird, als wenn es von gelernten Arbeitern ausgeführt worden ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Sowohl der Dezernent des Magistrates, Herr Bürgermeister Meyer, als auch Herr Stadtbaumeister Menadier sind zurzeit beurlaubt. Da es mir nicht möglich war, Erkundigungen über die vorliegenden Verhältnisse einzuziehen, so muß die Beantwortung der Anfrage bis zur nächsten Sitzung verschoben werden.

XIX. Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors.

Zum 1. Oktober 1906 ist die Stelle des Kreisbranddirektors und Kommandeurs der Gesamtfeuerwehr anderweit zu besetzen. Bei der auf Beschluß der städtischen Behörden im Jahre 1904 — Sitzung der Stadtverordneten vom 9. Juni 1904 — erfolgten Umgestaltung der bis dahin im Nebenamte bekleideten Stelle zu einem Hauptamte hatte der Magistrat die Auswerfung eines Gehaltes von 3400 bis 5800 M um deswillen für erforderlich erachtet, weil er beabsichtigte, dem Beamten die Ueberwachung der privaten elektrischen Anlagen und die Leitung der Wohnungsaufsicht nebenamtlich zu übertragen, so daß es erforderlich erschien, von dem Bewerber die Abschlußprüfung einer Hochschule zu verlangen. Auf Beschluß der Versammlung ist dann zwar von der Uebertragung der betr. Nebenämter abgesehen worden, gleichwohl aber für die Stelle ein Bewerber angenommen, der die erwähnte Prüfung bestanden hatte und dem auf seinen Antrag ein Anfangsgehalt von 4000 M einschl. der freien Wohnung nebst 300 M Kleidergeld zugebilligt wurde. Eine nebenamtliche Beschäftigung hat später nur insofern Platz gegriffen, als dem Kreisbranddirektor die Sanitätswache nebst Kranken- und Unfallsantransport sowie das Desinfektionswesen unterstellt wurden.

Im Einvernehmen mit der inzwischen ins Leben gerufenen Feuerlösch-Deputation ist der Magistrat der Ansicht, daß die Stelle als Hauptamt beizubehalten und deren Inhaber die bisherige Nebenbeschäftigung auch ferner zu übertragen sei, dagegen hält es der Magistrat nicht für erforderlich, daß der durch Bestehen der Abschlußprüfung abgeschlossene Besuch einer Hochschule bei Besetzung der Stelle noch ferner zur Bedingung zu machen sei; es wird vielmehr genügen, wenn der Stelleninhaber im Feuerlöschwesen gründlich ausgebildet ist und sich daher insbesondere auch diejenigen Kenntnisse angeeignet hat, die infolge Verwendung von Dampfpumpen und zur ordnungsmäßigen Unterhaltung der Feuer-meldeeinrichtungen unbedingt erforderlich sind. Daß neben diesen Kenntnissen der Charakter des Bewerbers ausschlaggebend ist, daß dieser insbesondere zwar die bei der Eigenart des Dienstes unerläßliche Energie zur Aufrechterhaltung der Disziplin besitzen, andererseits aber auch befähigt sein muß, ein angemessenes Verhältnis gegenüber seinen Untergebenen einerseits und den Mitgliedern der freiwilligen Wehren andererseits zu unterhalten, ist selbstverständlich.

Der Magistrat hofft, daß es ihm gelingen wird, eine geeignete Person für den Posten ausfindig zu machen und ist im Einvernehmen mit der Feuerlösch-Deputation der Ansicht, daß es genügt, wenn für die Stelle fortan ein Gehalt ausgeworfen wird, das von 3000 M innerhalb 18 Jahren auf 4500 M steigt. Auf dieses Gehalt würde die freie Wohnung einschließlich Wasser, Licht und Feuerung wie bisher mit 600 M mit der Maßgabe anzurechnen sein, daß für

Beleuchtung und Feuerung zusammen nicht mehr als 300 M jährlich verbraucht werden dürfen. Neben dem Gehalte würde aber der nicht pensionsfähige Bekleidungskostenzuschuß von 300 M jährlich zu gewähren sein. Das bisherige Abkommen, wonach der Staat den vertragsmäßigen Beitrag (1.8) nur von der Hälfte des Borgehaltes zu zahlen hat, wird ungeachtet des Umstandes, daß die Tätigkeit des Kreisbranddirektors in seinem Hauptamte diejenige der Nebenämter nicht unerheblich überwiegt, aufrecht zu erhalten sein.

Die Versammlung wird ersucht, der Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors vom 1. Oktober 1906 ab nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen zuzustimmen.

Herr Jasper: Die Finanzkommission schlägt vor, dem Antrage stattzugeben, umso mehr, als Herr Oberbürgermeister Netemeyer in der Kommissionsberatung mitgeteilt hat, daß die Neuregelung dieser Gehaltsverhältnisse auf Anregung der Herzoglichen Polizeidirektion erfolgt ist und schon ein Einverständnis mit dieser — die hierbei auch mitzusprechen hat — erzielt worden ist.

In ihrer Minderheit hat die Finanzkommission allerdings zum Ausdruck gebracht, daß es fraglich sein würde, ob sich bei derartig geringen Gehaltsätzen ein geeigneter Bewerber finden würde, der dem Posten im vollen Umfange gewachsen wäre, indem die Gefahr sich noch vermehrte, daß die Stelle als Durchgangsposten angesehen würde. Die Mehrheit der Kommission hat aber geglaubt, es auf einen Versuch ankommen zu lassen, zumal es auch nach der Ausschreibung der Stelle noch möglich wäre, zu prüfen, ob die Bewerber den Anforderungen gewachsen seien.

Herr Frühling: Es scheint mir sehr bedenklich zu sein, mit den Anforderungen an die Bewerber heruntergehen zu wollen; jedenfalls ständen wir mit solcher Maßnahme allein da. Wir brauchen doch nicht allein eine Feuerwehr, sondern andere Städte sind in der gleichen Lage mit uns. Ueberall hat es sich aber meines Wissens herausgebildet, daß man für die Stelle des leitenden Beamten die Vorbildung verlangt, wie wir sie bis jetzt auch gefordert haben. Ich würde es deshalb für einen großen Fehler halten, wenn wir davon abgehen würden. Derselben Meinung bin ich auch bezüglich des Gehaltes. Es ist jetzt durchaus nicht so hoch bemessen, daß wir damit heruntergehen müßten, denn wir würden uns dann bezüglich der Qualität der Bewerber verschlechtern und unsere Feuerwehr würde zurückgehen. Dabei laufen wir aber nicht nur in pekuniärer Beziehung Gefahr, sondern es stehen selbst Menschenleben dabei auf dem Spiele. Ich halte es für durchaus nötig, daß eine den Anforderungen der Stelle gewachsene Person den Platz einnimmt, und kann mich deshalb nicht für die Vorlage erklären.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Zu den Ausführungen des Herrn Referenten möchte ich zunächst bemerken, daß die Herzogliche Polizeidirektion aller-

dinge bei der ersten Beratung selbst die Anregung zur Herabsetzung der Gehaltsätze gegeben, im einzelnen aber den jetzt festzusetzenden Bestimmungen noch nicht zugestimmt hat. Zwar hat der Staat zu dem Gehalte des Kreisbranddirektors ein Achtel beizutragen, jedoch hatten wir bei der Besetzung der Stelle des jetzigen Inhabers vereinbart, daß mit Rücksicht darauf, daß ihm eine umfangreichere Nebenbeschäftigung überwiesen werden sollte, der Staat nur ein Achtel zur Hälfte des Gehaltes beizutragen brauchte. Wir hatten uns nun zu fragen, ob der Staat auch in Zukunft nur zur Hälfte des Gehaltes das Achtel beitragen soll und sind dabei der Meinung gewesen, daß daran nicht weiter gerüttelt werden möchte, weil anerkannt werden muß, daß der Kreisbranddirektor verschiedene Nebenbeschäftigungen hat, die mit dem Feuerlöschdienste nicht direkt etwas zu tun haben.

Was die Bedenken des Herrn Frühling betrifft, so ist es nicht richtig, daß die Mehrzahl der großen Städte die Absolvierung einer Hochschule zur Voraussetzung macht. Es gibt allerdings verschiedene Städte, die diese Forderung stellen, insbesondere Berlin, das auch nur Bewerber berücksichtigt, die Reserveoffiziere sind, wenn Sie aber das statistische Jahrbuch deutscher Städte nachsehen, so werden Sie nicht viele Städte in der Größe Braunschweigs finden, die eine derartige Bedingung stellen. Ich kann solche Forderung auch nicht als notwendig anerkennen, denn ich muß offen gestehen, daß ein Beamter, der sonst geeignet und im Feuerlöschwesen gründlich ausgebildet ist, die Geschäfte des Kreisbranddirektors muß besorgen können, gleichviel ob er ein Polytechnikum absolviert hat oder nicht. Die Forderung ist früher von uns auch nicht wegen des Feuerlöschpostens gestellt worden, sondern weil beabsichtigt war, dem Kreisbranddirektor im Nebenamte die Ueberwachung der elektrischen Anlagen zu übertragen. Dieser Grund ist jetzt weggefallen und es war naturgemäß die weitere Frage aufzuwerfen, ob die hohe Forderung noch ferner gestellt werden soll, und wir sind dabei zu der Ansicht gekommen, daß das nicht mehr erforderlich ist. Ob man mit der Zeit wieder dahin kommen wird, diese Bedingung zu stellen, will ich dahin gestellt sein lassen. Die Feuerlösch-Deputation war mit uns der Ansicht, von dieser Forderung zurzeit abzusehen; wenn aber die Abschlußprüfung nicht gefordert wird, so ist es auch gerechtfertigt, den Kreisbranddirektor mit den anderen städtischen Beamten von gleicher Vorbildung und etwa gleicher Beschäftigung gleichzustellen.

Herr Esdorn: Der Herr Referent hat erwähnt, daß wegen der Gehaltsätze eine Einigung mit der Herzoglichen Polizeidirektion erzielt worden wäre und der Herr Oberbürgermeister hat diese Mitteilung dahin berichtet, daß Herzogliche Polizeidirektion die Anregung zu einer Aenderung der Gehaltsätze gegeben habe. Die Herzogliche Polizeidirektion hat aber bislang weder offiziell noch inoffiziell über die Frage verhandelt, sie wird vielmehr auf die Meinung der

heutigen Versammlung großen Wert legen, und ich glaube kaum, daß sie einer Herabsetzung der Sätze zustimmen wird.

Ich habe in der Finanzkommission die Minderheit vertreten und will auch hier bemerken, daß ich es für gefährlich halte, für einen derart verantwortungsvollen Posten ein so niedriges Gehalt auszusetzen. Nach einer mir vorliegenden Liste der Gehaltsätze anderer Städte bekommt dort durchweg der Brandmeister das Gehalt, welches wir hier dem Branddirektor geben wollen. Die so außerordentlich gefährvolle Arbeit eines Branddirektors können wir aber unmöglich mit der Tätigkeit eines Baubeamten vergleichen. Der Branddirektor soll stets der erste und der letzte Mann an der Spritze sein, er muß seiner Mannschaft ein achtunggebietender Vorgesetzter, muß ein tüchtiger Techniker und ein im Feuerwesen erfahrener Mann sein. Der jetzige Branddirektor war aber ein solcher Mann und die Bürgerschaft hat sich gefreut, daß durch ihn Schwung in die Feuerwehr gekommen ist. Fachleute halten es für ausgeschlossen, daß wir für ein derartig niedriges Gehalt einen tüchtigen geschulten Mann bekommen werden. Ich möchte deshalb bitten, den Magistrat zu ersuchen, zunächst mit der Herzoglichen Polizeidirektion darüber zu verhandeln, ob sie tatsächlich den Wunsch hegt, daß die Gehaltsätze des Branddirektors herabgesetzt werden.

In der Finanzkommission fiel auch das Wort, daß der Kreisbranddirektor hier nicht genügend beschäftigt sei. Wenn Magistrat und Deputation sich aber hierüber einmal an Ort und Stelle erkundigen wollten, so würden sie erfahren, daß er vollauf von morgens früh bis abends spät beschäftigt ist und darin kein Grund liegen kann, mit dem Gehalte herunterzugehen.

Nach der mir vorliegenden Statistik werden in anderen Städten folgende Gehaltsätze in Mark gezahlt:

	Branddirektor		Brandinspektor		Brandmeister	
	von	bis	von	bis	von	bis
Altona	6150	7950	4600	6100	3800	5050
Böhum	3138	6100	—	—	3300	4500
Bremen	6300	7800	3800	5300	3300	4800
Breslau	7400	8900	5160	6660	3460	4660
Cassel	5475	6975	—	—	2715	3815
Cöln a. Rh.	6000	8000	4500	6500	3700	5500
Danzig	5190	6690	—	—	3210	4710
Düsseldorf	6500	8500	—	—	2990	?
Kiel	4800	6300	—	—	3300	4800
Königsberg i. Pr.	6640	7200	4100	5600	3000	4500
Magdeburg	5415	6915	—	—	3000	4600
Stettin	5500	7900	3900	5100	4050	4550
Stuttgart	4140	6540	—	—	3220	5020
Zwickau	4700	?	—	—	2500	?

Diese Zahlen werden zur Genüge zeigen, daß unser bisheriges Gehalt für die Stelle im Verhältnis zu anderen Städten nicht zu hoch war. Trotz des jetzigen hohen Gehaltes hat der Kreisbranddirektor seinen Posten doch nur als Durchgangsposten angesehen, während wir bei noch weiterer Herabsetzung des Gehaltes nur noch Zugvögel bekommen werden.

Der Kreisbranddirektor Schlunk scheint mir auch nicht des Gehaltes wegen gegangen zu sein, sondern er ist, wie man zu sagen pflegt, abgegangen worden, indem es ihm von maßgebender Stelle aus ziemlich nahegelegt sein soll, abzugehen. Seitdem er sich hier in der Versammlung allerdings im Gegensatz zum Magistrate verteidigt hat, soll er ein toter Mann gewesen sein. Er geht also, weil er Rückgrat gezeigt hat und das ist sehr bedauerlich, denn gerade solche Beamten, die Rückgrat besitzen, können wir in unserer Verwaltung gebrauchen.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Auf dem zuletzt vertretenen Standpunkte des Herrn Esdorn steht auch einstimmig der Magistrat, denn nichts ist uns widerwärtiger, als ein Beamter, der nach oben hin diener. Aber ich muß auf das entschiedenste bestreiten, daß die andere Angabe des Herrn Esdorn richtig ist — die Quelle, aus der er schöpfte, ist ja sehr leicht zu finden. Es ist uns gar nicht eingefallen, aus den von dem Kreisbranddirektor hier abgegebenen Erklärungen irgendwie Material gegen ihn zu schmieden. Es ist das allerdings insofern ein wunderbares Vorkommnis gewesen, als der Magistrat nicht zu dem Zwecke hier sitzt, daß seine Beamten in öffentlicher Stadtverordneten-Sitzung gegen ihn Stellung nehmen. Das ist bisher nicht üblich gewesen, sondern die vom Magistrate entsandten Kommissare hatten immer nur die Ansicht des Magistrates zu vertreten, und es müßte ja zu wunderbaren Zuständen führen, wenn ein städtischer Subalternbeamter hier gegen den Magistrat auftreten wollte. Das hat uns aber nicht bestimmt, gegen ihn eingenommen zu sein, sondern wir haben ihm das nachgesehen, weil er jung in die städtische Verwaltung gekommen war und unsere finanziellen Verhältnisse damals noch nicht kannte. Was uns gegen ihn eingenommen hat, sind Sachen gewesen, von denen Herr Esdorn keine Ahnung hat, weil sie vertraulicher Natur sind. Das hat uns gegen den Mann eingenommen, und doch ist es unwahr, daß ihm dieserhalb seitens des Magistrates der Abgang nahegelegt sein soll. Warum werden hierbei keine Namen genannt, denn ein Mitglied des Magistrates muß es doch gewesen sein?

Ich behaupte hier — und Sie werden mir das glauben — der Kreisbranddirektor ist zweimal zu mir gekommen mit der Bitte, ich möchte ihm ein höheres Gehalt verschaffen, als er jetzt hat; darauf habe ich ihm gesagt: Nachdem Sie eben erst eingetreten sind, halte ich es für ausgeschlossen, daß die städtischen Behörden Ihnen schon jetzt ein höheres Gehalt bewilligen, wenn Sie aber wollen, trage ich Ihr Anliegen im Magistrate vor, der darüber entscheiden soll. Darauf

erwiderte er: Wenn Sie nicht dafür sind, so komme ich damit doch nicht durch. Bald nachher forderte er seine Papiere ein; darauf dauerte es wieder einige Zeit — inzwischen war er ohne Urlaub abgereist und hatte sich um andere Stellen beworben — und er kam zu mir und sagte: ich kann eine höher dotierte Stelle bekommen, wollen Sie jetzt dafür eintreten, daß ich ein höheres Gehalt bekomme? Ich habe ihm darauf erwidert, nachdem er jetzt 1½ Jahr hier wäre, könnte man sich mit einer Gehaltserhöhung noch nicht befassen. Es ist also unrichtig, daß dem Herrn irgendwie nahegelegt worden ist, wegzugehen, es ist aber auch ganz natürlich: er ist weggegangen, weil ihm eine bessere Stelle angeboten ist, und warum sollte er das nicht tun?

Die andere Sache will ich nicht erwähnen, weil Disziplinarsachen nicht in die Öffentlichkeit gehören und weil ich den Herrn nicht schädigen will.

Es ist ferner unwahr, wenn behauptet wird, der Magistrat hätte wegen der Gehaltsverhältnisse nicht mit der Herzoglichen Polizeidirektion verhandelt und es ist unwahr, daß die Herzogliche Polizeidirektion sich beim Magistrate für eine Gehaltserhöhung ausgesprochen hätte. Etwas Schriftliches ist überhaupt nicht von der Herzoglichen Polizeidirektion gekommen. Ich habe seinerzeit mit dem Herrn Polizeipräsidenten persönlich Rücksprache genommen, als der Kreisbranddirektor ein höheres Gehalt haben wollte und wahrscheinlich ist er auch selbst beim Herrn Polizeipräsidenten gewesen. Darauf hat mir letzterer gesagt, daß der Herr hoch genug besoldet sei. Wenn von Herrn Esdorn behauptet wird, der Magistrat hätte mit dem Herrn Polizeipräsidenten gar nicht verhandelt, so möchte ich wirklich wissen, woher er das weiß. Mit solcher Behauptung schlägt er mir geradezu ins Gesicht. Ich habe mit dem Herrn Polizeipräsidenten, sobald der Kreisbranddirektor angezeigt hatte, daß er abgehen wollte, Rücksprache genommen, und dabei hat er mir gesagt: wenn die Stelle wieder besetzt wird, brauchen wir ein so hohes Gehalt nicht wieder zu bezahlen.

Herr Lübke: Ich möchte zunächst bedauern, daß durch die Ausführungen des Herrn Esdorn persönliche Schärfen in die Verhandlungen hineingetragen sind, weil es dadurch außerordentlich erschwert wird, sachlich weiter zu verhandeln; indem man sich angesichts der Angriffe auf den Magistrat nur schwer entschließen wird, gegen den Magistrat Stellung zu nehmen. Außerdem bedauere ich die Angriffe auch von meinem Standpunkte aus.

Wenn ich trotzdem nicht ganz den Ansichten der Kommission folgen kann und zwar insofern, als die Anforderungen an die Stelle ermäßigt werden, und es auch nicht für richtig halte, daß das Gehalt heruntergesetzt werden soll, so bewegen mich dazu die Gefahren, welche damit verbunden sind. Ermäßigen wir die Anforderungen und das Gehalt, so werden sich Leute mit höherer Vorbildung um die Stelle nicht ernstlich bewerben, sondern werden sie nur als Durchgangsposten

betrachten. Es werden sich auch nicht gleich Bewerber dazu finden, weil doch jeder gern längere Zeit auf einer Stelle bleibt. Wenn sich aber jemand in der Not, weil er nämlich gerade keinen anderen Posten hat, zu einer so schlecht bezahlten Stelle erbietet, so wird er sehen, bald wieder davon zu kommen. Die größere Gefahr sehe ich indessen darin, daß sich um die Stelle Leute mit mittelmäßiger Befähigung bewerben und eine Institution schädigen, die zurzeit sich in blühender Verfassung befindet und die uns allen nützen soll. Nun mag jemand sagen, es handelt sich nur um die Stellung eines unteren Beamten, die auch jemand ohne Hochschulbildung versehen kann und zu der ein Mann mit Unteroffiziersfähigkeit genügt. Es ist aber nicht die einzige Aufgabe des Branddirektors, die aufkommenden Schadenfeuer mit löschen zu helfen, sondern er ist auch der Vorgesetzte einer ganzen Reihe von städtischen Bediensteten, er muß deshalb eine allgemeine Bildung haben, und wir wollen außerdem auch nicht vergessen, daß beim Löschen von Bränden oft große Werte und selbst Menschenleben in Gefahr stehen. Ferner laufen wir Gefahr, an der Spitze einer städtischen Verwaltungsstelle einen Mann zu haben, der nicht einen so weiten Blick hat, wie er ihn haben müßte, denn das Feuerlöschwesen hat nicht allein einen Einfluß auf das Löschen der Brände und die Feuerversicherungen bezw. die Landesbrandkasse, sondern hat auch einen großen Einfluß auf unsere Bauordnung. Dieser Einfluß ist sehr umfangreich. Wenn man aber mit einer mittelmäßigen Kraft dort steht und soll nun für das ganze Bauwesen geltende Grundsätze aufstellen, so halte ich das nicht für gesund. Deshalb sollte man daran festhalten, daß der Leiter des Feuerlöschwesens allgemeine Fachbildung haben muß. Man darf dazu nicht jemand nehmen, der vielleicht zwei Semester auf einer Hochschule geessen hat und glaubt, er besitze allgemeine Bildung, die ihm aber vollständig fehlt. Darum bitte ich, von dem Bewerber allgemeine Bildung zu fordern.

Herr Büdel: Ich möchte feststellen, daß in der Finanzkommission die Frage der Vorbildung des Kreisbranddirektors nicht verhandelt worden ist. Wir waren vielmehr der Ansicht, wenn Magistrat, Polizeidirektion und Deputation sich dahin entschieden haben, einen Mann an die Spitze der Feuerwehr zu stellen, der den früheren Anforderungen nicht zu entsprechen braucht, daß wir solchem Antrage zustimmen können. Wenn aber solche Minderanforderungen an den Leiter der Feuerwehr gestellt werden, so glauben wir im Interesse der Gleichmäßigkeit der Gehaltsordnung nicht über die vom Magistrat beantragten Sätze hinausgehen zu sollen. Die im städtischen Dienste stehenden Architekten mit nicht abgeschlossener Hochschulbildung erreichen in 21 Jahren den Höchstsatz von 4400 M. Wenn wir nun hier einen Herrn mit einer ähnlichen Vorbildung einstellen, so glauben wir, daß der Unterschied im Gehalte ausgeglichen sei. Würden wir ein höheres Gehalt angenommen haben, so würden wir Unruhe und Unbehagen in den städtischen

Beamtenkörper hineingetragen haben. Bei gleicher Vorbildung soll auch annähernd ein gleicher Gehalt gezahlt werden, das ist ein Grundsatz, der uns bewog, dem Antrage des Magistrates zuzustimmen. Sobald die Versammlung eine höhere Vorbildung für nötig erachten sollte, würde folgerichtig auch ein höherer Gehalt nötig sein. Deshalb müßte erst einmal festgestellt werden, ob eine höhere akademische Vorbildung erforderlich ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es ist selbstverständlich, daß die höhere Bildung eines Beamten dem Staate oder der Gemeinde wieder zugute kommen wird. In dem vorliegenden Falle kann man aber nicht sagen, daß die höhere Bildung für den Betrieb der Feuerwehr absolut erforderlich sei, wenigstens hat sich der Magistrat bei seiner früheren Vorlage nicht auf den Standpunkt gestellt, sondern er hat das frühere höhere Gehalt nur beantragt, weil einige Nebenämter mit der Stelle verbunden sein sollten. Es ist auch nicht richtig von Herrn Lübke, daß, wenn ein derartiger Beamter die Hochschule mit Erfolg absolviert hat, mit größerer Sicherheit darauf zu rechnen sei, daß das Verhältnis dieses Beamten zu seinen Untergebenen ein angemesseneres sein werde. Ein angemessenes Verhältnis kann auch durch einen Beamten geschaffen werden, der die Hochschule nicht durchgemacht hat. Das weiß Herr Lübke auch. Als wir das vorige Mal die Stelle ausschrieben und dabei Absolvierung einer Hochschule und Ausbildung im Feuerlöschwesen verlangten, da hat sich nur ein einziger Bewerber gemeldet, nämlich der jetzige Inhaber der Stelle. Einen ähnlichen Erfolg würden wir auch jetzt haben, wenn wir wieder dieselben Forderungen stellten. Das vorige Mal genügte auch noch nicht einmal das von uns damals festgesetzte Anfangsgehalt, sondern wir mußten sofort noch eine Zulage von 600 M bewilligen. Hierin liegt der Beweis, daß die Ansicht der verschiedenen Herren, diese Stelle würde in den meisten Städten nur mit einem auf der Hochschule vorgebildeten Beamten besetzt, nicht richtig ist. Es waren nicht allzu viele Städte, die Hochschulbildung zur Voraussetzung machten, sondern es war hauptsächlich gefordert, daß der Bewerber im Feuerlöschwesen gründlich ausgebildet sein müsse, und das müssen wir auch heute noch verlangen.

Was die von Herrn Exdorn vorgetragene Statistik betrifft, so sind uns gleiche Statistiken auch von dem Kreisbranddirektor eingereicht worden. Wenn man genau zusieht und prüft, welche Städte in der Statistik nicht aufgeführt sind, so kommt man dahin, daß eine große Zahl von Städten nicht so hohe Gehälter zahlen als wir. Viele andere Städte zahlen tatsächlich höhere Gehälter, aber nicht nur für den Branddirektor, sondern auch für ihre übrigen städtischen Beamten vom Oberbürgermeister ab herunter. Wenn man daher nach solchen statistischen Zahlen immerfort hinschielen will, so kommt man nie zur Ruhe. Wir dürfen uns bei dieser Gelegenheit nur sagen: Unter welchen Verhältnissen können wir einen

tüchtigen Beamten kriegen, und der Magistrat steht mit der Deputation auf dem Standpunkte, daß zur Erreichung dieses Zweckes das in der Vorlage erwähnte Gehalt genügt. Es ist bisher auch nicht üblich gewesen, daß die Versammlung in solchem Falle sagt, es müßten höhere Gehälter gezahlt werden. Vielleicht könnte man sagen, man will die vom Magistrate aufgestellten Bedingungen und Gehaltsätze auf ein halbes Jahr auf Probe annehmen und sehen, wie sich die Sache macht. Das ist mit dem jetzigen Inhaber der Stelle gemacht und kann auch mit seinem Nachfolger geschehen. Ich möchte die Herren, welche die Gehaltsätze für etwas niedrig halten, bitten, sich die Sache zu überlegen und sich mit den Sätzen versuchsweise erst einmal zu begnügen.

Herr Weichsel: Ich kann Herrn Lübke insofern zustimmen, als ich auch der Ansicht bin, für die Stelle eine gute allgemeine Bildung zu fordern; ich bezweifle aber, daß man sich dieselbe der Regel nach nur durch eine abgeschlossene Hochschulbildung erwerben kann. Es lassen sich Fälle denken, wo auch ohne Hochschulbildung eine genügende Qualifikation vorhanden sein kann. Es wird sich ohne dieses Erfordernis auch eine größere Anzahl Bewerber finden und man kann dann eine bessere Auswahl treffen. In diesem Punkte bin ich also mit dem Herrn Oberbürgermeister einverstanden, dagegen bin ich nicht dafür, auch das Gehalt herunterzusetzen. Wenn Herr Südel meinte, bei gleicher Vorbildung auch gleiches Gehalt, so kann man den Satz nicht unbedingt auf eine derartige Stelle anwenden, denn hier wird nicht nur eine berufliche Tätigkeit, sondern auch eine besondere persönliche Qualifikation verlangt; es muß ein Mann sein von persönlichem Schneid, der es versteht, Untergebene zu behandeln und sie in der nötigen Zucht hat. Deshalb möchte ich dem ersten Teile der Magistratsvorlage zustimmen, den anderen Teil auf Herabsetzung des Gehalts aber ablehnen.

Herr Esdorn: Ich gebe zu, daß Statistiken verschiedentlich aufgestellt werden können, und ich würde mich um die einschlägigen Gehaltsätze noch mehr bekümmert haben, wenn ich aus der Tagesordnung hätte entnehmen können, daß es sich bei diesem Punkte um die Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors handelte. (Die Tagesordnung lautete ursprünglich: Regelung der Gehaltsverhältnisse eines Beamten.) Wie die Verhältnisse einmal liegen, muß ich mich an die vorliegende Statistik halten.

Der Herr Oberbürgermeister hat mir zweimal Unwahrheit vorgeworfen. (Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ihnen persönlich nicht!) Er hat mir wenigstens gesagt, ich wäre unrichtig informiert. In der einen Sache bin ich von ihm falsch verstanden, ich habe meines Wissens nicht gesagt, die Herzogliche Polizeidirektion hätte bei dem Magistrate ein höheres Gehalt befürwortet, sondern der Herr Polizeipräsident hätte es befürworten wollen. Was den zweiten Punkt anbetrifft, so sage ich ganz offen, ich habe das von einem Herrn gehört, der mit der Materie

vertraut war. Ich habe mir gesagt, die in der Kommission gemachten Angaben können nicht stimmen, trifft das aber zu, dann werden die Mitglieder der Versammlung beeinflusst und deshalb bin ich heute mittag bei dem Herrn Polizeipräsidenten selbst gewesen. Der hat mir erklärt, der Kreisbranddirektor Schlunt habe seine Stellung wohl aufgegeben, aber mit dem Magistrate habe er über die Gehaltsverhältnisse des neuen Kreisbranddirektors bis heute weder offiziell noch inoffiziell verhandelt. Das ist die Quelle, die mir zur Seite steht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dann bleibt nichts anderes übrig, als folgendes mitzuteilen: Kurz vor Beginn meines Urlaubs bin ich zum Herrn Polizeipräsidenten gegangen und habe ihm gesagt, wir müssen uns über die Gehaltsverhältnisse der Stelle schlüssig machen, worauf er damit herauskam, daß es ihm zweifelhaft erscheine, ob wir auch ferner unter den veränderten Verhältnissen das höhere Gehalt bezahlen wollten. Ob das offiziell oder nicht offiziell ist, bleibt sich gleich, wenn ich aber als Oberbürgermeister zum Herrn Polizeipräsidenten gehe, so tue ich das nicht zum Vergnügen, sondern im Interesse des Dienstes. Der Herr Präsident kann die Unterhaltung vergessen haben, weil ich ihm gesagt habe, daß er noch eine offizielle Benachrichtigung erhalte. Das kann natürlich erst geschehen, nachdem die Stadtverordneten-Versammlung gesprochen haben wird.

Vorsitzender: Es ist doch höchst unerquicklich, wenn hier solche Sachen vorgebracht werden, wie es Herr Esdorn getan hat, wenn ich auch zugeben will, daß es Geschmackssache ist und sich über die Angemessenheit eines solchen Vorgehens streiten läßt. Man warte aber doch erst ab, was der Magistrat für Erklärungen abgeben wird, ehe man in der Weise gegen ihn vorgeht und gegen ihn Front macht. Wer von Ihnen wird wohl die Worte des Herrn Oberbürgermeisters anzweifeln wollen? Nun erwägen Sie dazu die Personalverhältnisse. Es ist höchst bedauerlich, daß das in öffentlicher Sitzung vorgekommen ist.

Herr Bues: Alle von Herrn Esdorn genannten Städte sind größer als Braunschweig und außerdem hat er noch vergessen anzugeben, daß nirgends die Verhältnisse so liegen wie hier. (Zustimmung.) Ueberall sind die Feuerwehren noch einmal so stark wie hier, weil hier neben der Berufsfeuerwehr noch andere Wehren (Turner- und Bürgerfeuerwehren) existieren, was in den genannten Städten nicht der Fall sein wird. Unsere freiwillige Feuerwehr kostet uns schon eine Menge Geld, das anderwärts nicht in Betracht kommt.

Wir haben auch gesehen, daß sich bei den bisher gestellten Anforderungen an die Vorbildung der Bewerber nur ein einziger Herr gemeldet hat, und außerdem wurde das Gehalt noch für zu niedrig erachtet; wir müssen also schon bedeutend über den Gehaltsfuß hinausgehen, wenn wir das erreichen wollen, was hier beabsichtigt wird. Anders ist es aber, wenn wir den Punkt wegen der Vorbildung fallen lassen, obwohl der Bewerber das Bauhandwerk erlernt haben und im Feuer-

löschwesen ausgebildet sein muß. Wir haben ja auch gesehen, daß Leute, die keine abgeschlossene Hochschulbildung haben, doch bei der städtischen Bauverwaltung angekommen sind. Es hängt auch nicht von der Vorbildung allein ab, die Leute richtig zu behandeln, denn wir haben Leute gehabt, die, trotz Hochschulbildung, so vertraut miteinander waren, daß wir nicht unterscheiden konnten, ob es der Branddirektor oder der Brandmeister war. Der jetzige Brandmeister besitzt ja auch Hochschulbildung, wenn auch keine abgeschlossene. Versuchen können wir es mit den Magistratsvorschlägen ruhig erst einmal und wir kommen damit wahrscheinlich ebenso weit, wie unter den heutigen Verhältnissen.

Herr Frühling: Zu der Statistik des Herrn Esdorn will ich bemerken, daß es sich in den genannten Städten um drei verschiedene Beamtenarten handelt, während hier nur die erste Stelle in Frage kommt. Unsere Gehaltsverhältnisse können deshalb mit der letzten der drei Beamtenarten nicht verglichen werden. Das wesentlichste aus der Debatte war mir aber die Erklärung des Herrn Fiedel. Wenn die Finanzkommission die Vorlage nur vom finanziellen Standpunkte aus betrachtet und nur beraten hat, ob es zweckmäßig sei, mehr oder weniger Gehalt zu zahlen, während der Punkt der Vorbildung nicht zur Erörterung gezogen ist, so muß die ganze Sache noch einmal an die Kommission zurückverwiesen werden, was ich hiermit beantragen möchte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte dazu noch bemerken, daß die Verhältnisse in unserer Stadt gar nicht mit denen anderer Städte verglichen werden können, weil eine große Zahl von Städten ihrem Kreisbranddirektor noch sehr wichtige Nebenarbeiten übertragen haben, während die eigentlichen Feuerlöschgeschäfte mehr Sache des Brandmeisters sind. Die Brandmeister sind dort aber auch so ausgebildet, daß sie das Feuerlöschwesen vollständig beherrschen. Die Verhältnisse liegen hiernach so, daß die Stelle unseres Branddirektors mit der Stelle des Brandmeisters in anderen Städten gleich ist. Es würde deshalb auch sofort jeder Brandmeister diese Stelle versehen können, wie ja auch der jetzige Kreisbranddirektor vorher Brandmeister in Hamburg gewesen ist. In einer großen Zahl von Städten ist dem Kreisbranddirektor auch die Straßenreinigung mit übertragen worden. Wir können deshalb unsere Verhältnisse nicht ohne weiteres mit denen anderer Städte vergleichen.

Gegen die Zurückverweisung der Sache in die Kommission würde nur der Gesichtspunkt sprechen, daß die Angelegenheit nicht bis zum 1. Oktober erledigt werden kann; ich nehme indessen keinen Anstand zu erklären, wir haben einen sehr tüchtigen Brandmeister und ich zweifle nicht, daß er die Leitung unseres Feuerlöschwesens auch über den 1. Oktober hinaus zur Zufriedenheit besorgen wird, wie er das schon während mehrerer militärischen Übungen des Kreisbranddirektors getan hat.

Herr Lübke: Ich kann nicht davon ablassen, daß an diese Stelle ein Mann mit allgemeiner Bildung gehört. Es ist richtig, daß sich nicht jeder mit Hochschulbildung dazu eignet, aber wir müssen auch berücksichtigen, daß wir selbst bei der Berufung des zweiten Beamten Hochschulbildung verlangt hatten. Wenn das aber geschehen ist, so müssen wir von dem leitenden Beamten etwas mehr, nämlich abgeschlossene Hochschulbildung verlangen. Ich möchte die Herren nur auf die Erfahrungen hinweisen, die man in mittleren und kleineren Städten mit juristisch und nicht juristisch gebildeten Bürgermeistern gemacht hat. Mir ist eine Stadt bekannt, die hatte sich hinter einander vier juristisch gebildete Bürgermeister geleistet, bis man auf den Gedanken kam, die Stelle mit einem Militäranwärter zu besetzen und den Mann haben die Leute 30 Jahre auf dem Halse gehabt, ohne ihn wieder los werden zu können. Das war eine sehr böse Sache, und davor möchte ich uns bewahren. Nicht wegen des Löschens der Brände, sondern wegen der Stellung im allgemeinen lege ich Wert darauf, daß der Kreisbranddirektor allgemeine Bildung besitzt. Ich bin ebenfalls für Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission und bitte den Magistrat, uns dann mehr statistisches Material über andere Städte zu unterbreiten, damit man sich vorher orientieren kann.

Herr Födel: Ich möchte beantragen, die Vorlage an die Finanz- und die Baukommission zurückzuverweisen.

Vorsitzender: Ich würde die Sache ursprünglich der Statutenkommission überwiesen haben, die vielleicht Veranlassung genommen haben würde, die anderen beiden Kommissionen zuzuziehen. Da aber eine Verweisung an drei Kommissionen keinen Zweck hat, so frage ich, wer für die Zurückverweisung der Vorlage an die Finanzkommission ist mit dem Ersuchen, die Baukommission zu der Beratung zuzuziehen? — Das ist angenommen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 6^{3/4} Uhr.

1906/1907.Nr. 6.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 4. Oktober 1906.

Tagesordnung:

I.	Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors	Seite 162
II.	Antrag Frühling: Stellung der Schulinpektoren	" 163
III.	Berechnung der Kanalbaukosten	" 163
IV.	Anfrage Kiefe: Ausführung von Pflasterungsarbeiten	" 167
V.	Herrichtung von Schulklassen für die Oberrealschule	" 177
VI.	Antrag auf Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	" 178
VII.	Uebertragung von Kosten für Wasserlieferung auf den laufenden Etat	" 179
VIII.	Hundesteuer-Erlaßgejuch	" 179
IX.	Einwirkung des elektrischen Stromes auf die Gasrohrleitungen	" 180
X.	Berlauf von Straßenflächen an den Militärkasinos	" 180
XI.	Änderung des Ortsbauplanes an der Koffstraße	" 181
XII.	Plattenbelag auf einem Teile der Nordstraße	" 181
XIII.	Erwerb von Flächen an der Goslarischenstraße	" 182

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Hetemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg und Wagner.

Entschuldigt die Herren Günther, Frühling und Nolte.

Den Vorsitz führt Herr Wolff.

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung. Meine Herren! Anlässlich des Hinscheidens des Regenten unseres Herzogtums, Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen, hat der Magistrat Veranlassung genommen, die Gefühle der Trauer und Teilnahme der Stadt an zuständiger Stelle in würdiger Weise auszusprechen. Ich darf ohne weiteres annehmen, daß das der Stimmung der Versammlung entspricht. Als die Dispositionen über die Trauerfeierlichkeiten eintrafen, war nicht Zeit genug vorhanden, um die Stadtverordneten-Versammlung einzuberufen; der Magistrat vertrat den Standpunkt, und ich stimmte ihm zu, daß Herr Oberbürgermeister Hetemeyer und ich namens der Stadt den Trauerfeierlichkeiten beiwohnten. Das ist geschehen, und wir haben in der Kirche zu Camenz einen Kranz namens der Stadt niedergelegt. In Anbetracht der obwaltenden Umstände darf ich wohl annehmen, daß die Versammlung das Geschehene billigt.

(Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich sodann weiter mitzuteilen, daß sowohl die Vorlage wegen Erlasses eines Gewerbegerichtsstatuts heute ausfallen muß, weil sie nicht genügend vorberaten ist, als auch die Behandlung des Antrages Frühling, betreffend die Stellung der Schulinspektoren, weil Herr Nolte als Berichterstatter mir mitteilt, daß er zu seinem großen Bedauern wegen starker Erkältung nicht imstande sei, heute hier zu erscheinen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

I. Regelung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors.

Herr Födel: Nach einem Beschlusse der Versammlung in ihrer letzten Sitzung — Seite 159 des Berichtes — ist diese Vorlage von der vereinigten Bau- und Finanzkommission nochmals eingehend besprochen worden. Auch in dieser Kommissionsitzung gingen die Ansichten der geehrten Herren über die für diesen Posten notwendige Vorbildung auseinander. Wie schon in der letzten Sitzung der Versammlung traten einige Teilnehmer der Kommissionsitzung wieder für die Nothwendigkeit einer durch Examen abgeschlossenen Hochschulbildung ein, während andere eine solche nicht für notwendig erachteten. Uebereinstimmung herrschte indessen darüber, daß dieser für die Stadt so wichtige Posten nur einem Manne übertragen werden dürfe, der neben allgemeiner Bildung einmal genügende Erfahrungen im Feuerlöschwesen haben und andererseits diejenigen Eigenschaften besitzen müsse, die Gewähr dafür leisteten, daß er es verstehe, seine direkten Untergebenen, die Berufsfeuerwehr, und auch die verschiedenen Gruppen der Bürger-

feuerwehr richtig zu behandeln, so daß sie Lust und Freude am gemeinsamen Arbeiten bezielten.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben hatte, daß der Magistrat bereit sei, auf das ihm nach dem jetzt gültigen Statut des Feuerlöschwesens zustehende Recht, ohne Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung in Gemeinschaft mit der Herzoglichen Polizeidirektion den Kreisbranddirektor anzustellen, Verzicht zu leisten, weil er das jetzt bestehende Statut nicht mehr für zeitgemäß erachte, wurde beschlossen, der Versammlung nachstehenden Antrag vorzulegen:

„Die vereinigte Bau- und Finanzkommission empfehlen der Versammlung, die Vorlage des Magistrates vom 9. August 1906 — Seite 148 des Berichtes — die Festsetzung der Gehaltsverhältnisse des Kreisbranddirektors vom 1. Oktober 1906 ab betreffend, abzulehnen. Die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß die Gehaltsverhältnisse des neu anzustellenden Kreisbranddirektors bei jeweiliger Anstellung deselben festgelegt werden, unter der Voraussetzung, daß dessen Anstellung nur unter der Zustimmung der Versammlung erfolgt. Die vereinigten Kommissionen sind der Ansicht, daß es bei den besonderen Eigenschaften für die Besetzung des fraglichen, für sich allein dastehenden Postens weniger darauf ankommen dürfte, welches Gehalt dafür ausgeworfen werden müsse, als darauf, daß die betreffende Persönlichkeit demselben nach jeder Richtung hin gewachsen sei.“

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

II. Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren.

Herr Jasper: Ich höre zu meinem Bedauern, daß dieser Punkt heute wieder ausfallen muß, und ich möchte fragen, aus welchem Grunde das geschieht, da es leicht scheinen könnte, als ob die Angelegenheit auf die lange Bank geschoben werden soll.

Vorsitzender: Wenn der verehrte Herr Vorredner rechtzeitig zugegen gewesen wäre, würde er die Gründe für den Ausfall gehört haben.

Der Gegenstand wird damit verlassen.

III. Verrechnung der Kanalbaukosten.

Nach dem Statute über die Stadt-Entwässerung vom 14. März 1888 werden die Mittel, welche die Unterhaltung und bedarfsmäßige Erneuerung der städtischen Kanäle erfordert, gemeinschaftlich von der Stadt und den Eigentümern derjenigen Grundstücke aufgebracht, die an das städtische Kanalnetz angeschlossen sind, und zwar sollen diese letzteren Beiträge nach § 8 des gedachten Statuts zwei Dritteile

der in dem betreffenden Etatsjahre erforderlichen Summen nicht übersteigen. Die Beiträge betrugen bis zum Jahre 1901/02 = 2 % des Grundsteuerkapitals; sie sind dann aber, weil der Unterhaltungsetat der Kanalbaukasse mit einem Fehlbetrage abgegeschlossen hatte, vom 1. April 1902 an auf 2½ % des Grundsteuerkapitals erhöht und haben betragen:

1901/02	141 077,42 M
1902/03	172 459,59 "
1903/04	179 332,98 "
1904/05	185 142,27 "
1905/06	192 081,03 "

und zwar einschließlich der durch besondere Schätzung festgesetzten Beiträge der gewerblichen Etablissements, die in den zehn Jahren von 1896/97 bis 1905/06 allmählich von 21 150 M auf 34 989 M gestiegen sind.

Bei Ermittlung des endgültigen Beitrages der Kammereikasse ist nun bislang in der Weise verfahren worden, daß nach Abschluß der Jahresrechnung von den Ausgaben zunächst die in Kap. IV der Einnahme des Unterhaltungsetats ausgeworfenen besonderen Einnahmen (Beitrag des Neubaufonds) in Abzug gebracht und von dem sich danach ergebenden Restbetrage die Hälfte der Kammereikasse ohne Rücksicht auf die wirklichen Beiträge der Anlieger zur Last gelegt ist. Auf diese Weise hat in den letzten Jahren die Kanalbaukasse (Unterhaltungsetat) regelmäßig einen Ueberschuß ergeben, der bis Ende März 1906 allmählich auf 44 124,60 M angewachsen ist. Es schlossen ab die Rechnung von:

1901/02 mit einem Fehlbetrage von	15 713,29 M
1902/03 " " " "	3 099,86 "
1903/04 " " Ueberschüsse " "	9 755,65 "
1904/05 " " " "	27 172,10 "
1905/06 " " " "	44 124,60 " .

Da die Zahl der beitragspflichtigen Grundstücke sich mit jedem Jahre erhöht, mithin anzunehmen ist, daß einstweilen der Kassenvorrat noch weiter wachsen wird, so wird Beschluß darüber zu fassen sein, was mit dem vorgebadhten Kassenvorrat geschehen soll und ferner darüber, ob etwa die Beiträge der angeschlossenen Grundstücke zu ermäßigen seien.

Was zunächst die Verwendung des Vorrates betrifft, so ist zu beachten, daß seine Ansammlung nicht erfolgt wäre, wenn nicht zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Unterhaltungsfonds dieser seit einer Reihe von Jahren durch Inanspruchnahme des Neubaufonds entlastet wäre und zwar dadurch, daß einerseits zur teilweisen Deckung der Besoldungskosten ein barer Zuschuß von jährlich 10 000 M, der seit dem 1. April 1905 auf 5000 M jährlich

ermäßigt ist, aus den Mitteln des Neubaufonds an den Unterhaltungsfonds abgeführt und andererseits eine Reihe von Arbeiten zu Lasten des Neubaufonds ausgeführt wäre, deren Kosten von Rechtswegen der Unterhaltungsfonds zu tragen hatte.

Der Magistrat ist nun der Ansicht, daß es sich empfiehlt, in letzterer Beziehung fortan den Neubaufonds nicht weiter zu belasten und außerdem schon für das verflossene und für das laufende Rechnungsjahr seine Entlastung dadurch zu bewirken, daß abweichend von den Ansätzen des Voranschlages aus dem Unterhaltungsfonds folgende Kosten erstattet oder bestritten werden:

I. 1905/06:

1. Kosten für Herstellung der Hochwasserverschlüsse im Burgmühlen- und Wendenmühlengraben zu	6 808,62 M
2. Kosten der Umlegung des Kanals der Obergstraße zu . .	1 362,28 "
3. Kosten der Umlegung des Kanals der Hennebergstraße zu	4 307,41 "
4. Kosten der Herstellung und Veränderung von Einsteigschächten sowie für Herrichtung von kleineren Neuanlagen und Lüftungsvorrichtungen in älteren Kanälen	849,03 "
<hr/>	
Zusammen	13 327,34 M

II. 1906/07:

1. Kosten für Umlegung des Kanals im Ribbaggshäuserwege, veranschlagt zu	4 500,00 M
2. Desgleichen der Quisenstraße	8 000,00 "
3. Desgleichen der Gaußstraße	3 100,00 "
4. Kosten für Herstellung und Veränderung von Einsteigschächten, sowie Herrichtung von kleineren Neuanlagen und Lüftungseinrichtungen in älteren Kanälen	4 000,00 "
<hr/>	
Zusammen	19 600,00 M

Während die Kosten zu I bereits aufgewandt sind und daher mit Rücksicht auf den bereits erfolgten Abschluß der Jahresrechnung dem Neubaufonds seitens des Unterhaltungsfonds zu erstatten sein würden, könnten die unter II aufgeführten, noch nicht verausgabten Kosten ohne weiteres dem Unterhaltungsfonds zur Last gelegt werden. Sofern diese Kosten für die fraglichen Arbeiten in vollem Umfange erforderlich werden, würden mithin von dem oben gedachten Vorrate des Unterhaltungsfonds zu 44 124,60 M bis zum Schlusse des laufenden Jahres $13\,327,34 + 19\,600,00 = 32\,927,34$ M verwandt werden.

Daß der dann verbleibende Rest von rund 11 000 M., auch wenn die Rechnung des laufenden Jahres abermals einen geringen Ueberschuß ergeben sollte, keinen Anlaß bieten kann, auf eine Herabsetzung der Beiträge Bedacht zu nehmen, wird um so weniger einer näheren Begründung bedürfen, als an der Amortisationssumme von 60 000 M. jährlich, welche die Stadt auf die bei der Landesversicherungsanstalt im Jahre 1891 mit 3 000 000 M. aufgenommene Anleihe vom Jahre 1911 an jährlich abzutragen hat, die Kanalbaukasse mit 11 640 M. beteiligt werden wird, und als ferner für die in den letzten Jahren ausgeführten Neubauten bis Ende Juli d. Js. dem Neubaufonds der Kanalbaukasse aus der Kammereikasse 346 556,36 M. vorgeschossen waren, die demnächst nach Umwandlung in eine feste Darlehensschuld gleichfalls amortisiert werden müssen.

Ein Anspruch auf Ermäßigung der Beiträge steht übrigens den Hausbesitzern schon um deswillen nicht zu, weil die Sätze für Verzinsung und Amortisation des gesamten Anlagekapitals (zurzeit rund 5 639 900 M.), die die Stadt nach § 8 des Entwässerungsstatuts bei Ermittlung der Beiträge in Ansatz bringen darf (5 % und 1 %), bislang nicht in Anwendung gebracht sind.

Eine genaue Bemessung der Beiträge aber in der Weise, daß Ueberschüsse oder Fehlbeträge vermieden werden, ist, da ihre Bemessung und Ausschreibung für jedes Rechnungsjahr nach dem niemals genau innezuhaltenden Voranschlage erfolgt, überhaupt nicht möglich.

Der Versammlung wird hiernach anheimgegeben, zu genehmigen, daß

- a. die oben unter I zusammengestellten Kosten aus den verfügbaren Mitteln des Unterhaltungsfonds dem Neubaufonds der Kanalbaukasse erstattet;
- b. die oben unter II zusammengestellten Kosten dem Unterhaltungsfonds zur Last gelegt und
- c. vom nächsten Jahre an die Kosten für solche Arbeiten, wie sie oben unter II aufgeführt sind, aus dem Unterhaltungsfonds der Kanalbaukasse bestritten werden.

Namens der Finanzkommission beantragt Herr Südel die Vorlage zu genehmigen.

Herr Meyerhoff: Der letzte Passus der Vorlage hat bei mir Bedenken erregt insofern, als nicht genau genug präzisiert worden ist, wo die Reparatur anfängt und der Neubau aufhört. Ich möchte daher im Interesse der Angehörigen empfehlen, die Grenzen zwischen Neubau und Unterhaltung genauer festzusetzen.

Herr Südel: Nach allgemeinen Begriffen sind Aenderungen an bestehenden Anlagen, wenn sie nicht eine Verminderung der Unterhaltungskosten mit sich bringen, als Unterhaltung anzusehen, während sie bei Verminderung solcher Kosten

dem Neubau zuzurechnen sind. Wenn ein Kanal verlegt werden muß, so ist das Unterhaltung und nicht Neubau, denn es entsteht durch die Ausgabe keine Wertvermehrung.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die bisherige Praxis, solche Kosten dem Neubaufonds zur Last zu legen, ist eingeschlagen worden zu der Zeit, als der Unterhaltungsfonds mit einem Defizit arbeitete. Uebrigens ist es nicht in allen Fällen möglich, ganz genau zu unterscheiden, was zum Neubaufonds und was zum Unterhaltungsfonds gehört, abgesehen von dem seitens des Herrn Referenten hervorgehobenen allgemeinen Grundsatz. Deshalb läßt sich auch hierfür der Wortlaut von Grundsätzen kaum allgemein festlegen. Es hat aber auch kaum Bedeutung, heute über solche Grundsätze Entscheidung zu treffen, weil die Zustimmung der Versammlung zur Festsetzung der betreffenden Stats nötig ist und sie bei der Gelegenheit ihre Wünsche zum Ausdruck bringen kann.

Herr Meyerhoff: Durch die letzte Erklärung der Herrn Oberbürgermeisters bin ich befriedigt.

Die Magistratsvorlage wird sodann angenommen.

IV. Anfrage Rieke: Ausführung von Pflasterungsarbeiten.

Die in der letzten Sitzung gestellte und begründete Anfrage — Seite 146 des Berichtes — lautet:

„Unter welchen Bedingungen läßt die städtische Tiefbauverwaltung Pflasterungsarbeiten von nicht berufsmäßig ausgebildeten Arbeitern ausführen?“

Zur Beantwortung der Anfrage erklärt sich bereit

Herr Bürgermeister Meyer: Die Anfrage ist an sich sehr kurz und einfach zu beantworten: Die städtische Bauverwaltung läßt unter Aufsicht von Steinsezer-Parlierern oder Meistern durch nicht gelernte Steinsezer Pflasterungsarbeiten, augenblicklich beschränkt auf Kleinpflaster, für einen Stundenlohn von 40 S ausführen. In der Begründung der Anfrage durch Herrn Rieke lag aber ein Vorwurf für die städtische Bauverwaltung; ich muß deshalb auf die ganze Streifgeschichte hier näher eingehen.

Als Anfang Juli d. Js. die Steinsezer in den Streif eintraten, waren von der Stadt zwei größere Pflasterungsarbeiten in Angriff genommen, nämlich die Pflasterung der Straße am Gieseler und des Neustadtringes am Amalienplatz entlang. Der Zeitpunkt war also von den Steinsezern für sie selbst ganz gut gewählt, aber in welcher Lage befand sich dabei die Stadt? Sollte sie die beiden Straßen offen liegen lassen und nichts dazu tun, den Verkehr wieder dahin zu

führen, wo er immer gewesen war? Das hat sie als ausgeschlossen angesehen und hat sich bemüht, mit den vorhandenen Kräften die beiden Straßen wieder so zu gestalten, daß der Verkehr darüber weggeleitet werden konnte. Für die Straße am Gieseler fand die städtische Bauverwaltung eine Anzahl Steinsetzer, die die Arbeit fertigstellte und am Neustadtringe, wo ihr der Unternehmer die Arbeit vor die Füße gelegt hatte, hat sie die Arbeit durch nicht gelernte Steinsetzer ausführen lassen, d. h. durch Arbeiter, die schon seit längeren Jahren von der städtischen Bauverwaltung bei der Unterhaltung der Straßen beschäftigt worden sind, die also an sich mit der Befestigung der Straßen wohl vertraut waren, nur daß sie Pflasterarbeiten nicht schon selbst ausgeführt hatten. Es wird wohl noch niemandem ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er bei dem Brande seines Hauses selbst mit zusaßt, sofern die Feuerwehr gerade streift, und so geht es auch hier der Stadt.

Im übrigen hat sich die Sache vom Standpunkte der Stadt aus recht gut gemacht. Die Leute haben für die Pflasterungsarbeiten einen erhöhten Lohn zugesichert bekommen, denn während sie bis dahin einen Stundenlohn von 30 M erhielten, wurden ihnen für diese Arbeit 40 M zugewilligt. Unter diesen Bedingungen ist bisher die Arbeit weitergeführt bis zur Fertigstellung der Strecke am Neustadtringe und zwar, wie sich herausstellte, mit immer besserem Erfolge. Als nun zwei Gefellen, die auch am Streif beteiligt waren, an die Stadtverwaltung herantraten und fragten, ob sie nicht gegen einen Stundenlohn von 55 M eingestellt werden könnten, haben wir ihnen auf Grund gutachtlicher Äußerung der städtischen Bauverwaltung geantwortet, es läge um deswillen kein Bedürfnis vor, den erhöhten Lohn von 55 M für die Stunde zu zahlen, weil die zu 40 M arbeitenden ungelernten Arbeiter ihre Sache gut gemacht und einzelne davon sogar besser gearbeitet hätten, als dieser oder jener gelernte Steinsetzer. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß die ungelernten Arbeiter die Arbeiten zur vollen Zufriedenheit der städtischen Bauverwaltung ausführen konnten. Aus diesem Grunde hat die städtische Bauverwaltung keinen Anstoß genommen, auch noch weitere Pflasterungsarbeiten, wo es sich um Kleinpflaster handelte, in Angriff zu nehmen, weil die Stadt sich auch da in einer gewissen Notlage befand, indem sich die betreffenden chaussierten Strecken in einem so schlechten Zustande befanden, daß etwas geschehen mußte. Entweder mußten die betreffenden Strecken noch einmal neu chaussiert werden oder man mußte mit den Kleinpflasterarbeiten fortfahren. Die städtische Bauverwaltung hat in Gemäßheit des ihr gewordenen Auftrages den letzteren Weg vorgezogen und hat inzwischen noch mehrere Straßen mit Kleinpflaster belegen lassen.

Das finanzielle Ergebnis dieses Vorgehens ist für die Stadt sehr günstig gewesen, und die städtische Bauverwaltung würde heute pflichtwidrig handeln — sofern sie nicht noch zu der Ueberzeugung gelangt, daß die geleistete Arbeit hinter der von gelernten Steinsetzern zurücksteht — wenn sie diese Arbeit wieder

von gelernten Steinsetzern ausführen ließe. Das Quadratmeter Kleinpflaster hat sich einschließlich der Krankentassenbeiträge, der Unterhaltung der Geräte etc., also Ausgaben, die sonst den Unternehmern obliegen und die mit in der diesen seitens der Stadt gezahlten Entschädigung enthalten sind, auf 0,472 M gestellt, während den Unternehmern 60—75 S pro qm gezahlt worden sind. Die Meister bezahlen ihre Arbeiter aber nicht nach der Zahl der geleisteten Quadratmeter, unter Absehung des sogenannten Meisterergroschens, sondern sie zahlen Stundenlohn, und dieser Stundenlohn hat bisher 50 S, betragen, während die Gesellen gewünscht haben, ihn auf 55 S erhöht zu bekommen.

Wenn die Stadt aber in dem damaligen Stadium des Streiks die 55 S Stundenlohn gezahlt hätte, so würde sie die Forderung der Gesellen für gerechtfertigt erklärt und Stellung zu dem Streit genommen haben. Ueber die grundsätzliche Berechtigung der Forderung will ich nicht urteilen; wenn die Gesellen gern eine Lohnerhöhung haben wollen, so kann ich es ihnen nicht verdenken, daß sie ihre Forderung geltend machen, aber daß wir in dem Streit so leiden oder den höheren Lohn ohne weiteres zahlen sollten, dazu lag umsoweniger Veranlassung vor, als auch die Gesellen anerkannt hatten, daß die Meister von der Stadt ausreichend bezahlt seien, und sie von den ihnen stadtseitig gezahlten Sätzen den Gesellen einen Stundenlohn von 55 S hätten bewilligen können. Deshalb lag für die Stadt eine Veranlassung nicht vor, den erhöhten Stundenlohn zu zahlen, und auch heute kann ich solche Notwendigkeit nicht anerkennen, nachdem mir die städtische Bauverwaltung versichert hat, daß die von den ungelernten Arbeitern ausgeführten Arbeiten nicht schlechter wären, als die früher von gelernten Arbeitern hergestellten Pflasterungen, und daß keine Veranlassung vorliege, von dem jetzt eingeschlagenen Verfahren wieder abzuweichen.

Die Herstellung von Großpflaster ist bisher noch nicht versucht worden; wir haben auch für dieses Jahr nur einen Platz, nämlich den Bäckerklint, für solche Pflasterung vorgesehen und der ist insoweit fertig gestellt worden, als die Fußwege in Ordnung sind. Es sind dort Bordsteine gelegt und es steht nur noch die Pflasterung des inneren Plasteiles aus, womit es indessen nicht so große Eile hat, so daß wir ruhig noch ein Jahr warten können. Die Meister wollen zurzeit noch nicht arbeiten, und die Gesellen sagen, die Meister werden von der Stadt gut genug bezahlt, also was sollen wir machen? Den in der vorigen Sitzung für die Bauverwaltung ausgesprochenen Tadel kann ich hiernach nicht anerkennen, sie hat vielmehr in jeder Richtung ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Schließlich will ich noch hinzufügen, daß wir in den ersten Wochen, als es in Frage stand, ob wir die Arbeiten ausführen lassen wollten, im Zweifel darüber waren. Jetzt ist aber auch die Deputation für die Vergebung der Bauarbeiten der Meinung, daß es richtig wäre, wenn ein Teil der Pflasterungsarbeiten in Regie ausgeführt

würde, und ich muß gestehen, daß ich ebenfalls sehr viel dafür übrig habe, und glaube, daß auch die Gesellen dafür sein werden.

Der Antrag des Herrn Peplies auf Beipredung der Anfrage findet genügende Unterstützung.

Herr Stegmann: So einfach und so harmlos wie der Herr Bürgermeister Meyer die Sache hinstellt, scheint sie doch nicht zu liegen. Es wäre an sich lobenswert, wenn hier Regiearbeiten eingeführt würden, aber in diesem Falle bedeutet ihre Einführung eine Verlängerung des Streiks und ein Eingreifen zu gunsten der Unternehmer. Wenn auch gesagt wird, die Unternehmer hätten ebenfalls Schaden durch den Streik, so kann sich das doch nur auf die kleineren beziehen, denn die größeren haben neben der städtischen auch noch Privatarbeit, so daß sie es, um die Arbeiter zu drücken, ruhig auf einen kleinen Ausfall ankommen lassen können. Herr Bürgermeister Meyer hat erklärt, es handle sich um Rotarbeiten; das mag beim Neustadttringe der Fall gewesen sein, bei den anderen Arbeiten aber nicht, denn wenn auch die im Pflaster entstandenen Löcher einige Wochen liegen geblieben wären, so hätte sich das ertragen lassen. Gerade durch das Eingreifen der städtischen Bauverwaltung hat sich aber der Streik in die Länge gezogen. Es ist auch gesagt worden, die städtische Bauverwaltung habe richtig gehandelt, da die Stadt mit den Arbeiten nicht bis zur Beendigung des Streiks hätte warten können, und die Arbeiten seien auch sehr gut ausgeführt worden. Dem gegenüber wundere ich mich aber, wie die Stadt dazu kommt, solchen Lohn zu zahlen. Die Städte sollen Musterbetriebe sein; es durften daher diese Pflasterarbeiten von den ungelernten Arbeitern nur zu demselben Lohnsaze wie von gelernten Arbeitern ausgeführt werden, also zu dem bisherigen Stundenlohn saze von 50 S. Wenn das geschehen wäre, hätte können die Arbeit schon nach 14 Tagen von gelernten Steinsetzern ausgeführt werden, da der Streik dann nicht länger gedauert haben würde, aber so hat die Stadtbehörde eine Lohn-drückerei vorgenommen, die als unerhört bezeichnet werden muß. Wenn es andererseits wahr ist, was hier gesagt wurde, daß die Arbeit von den ungelernten Arbeitern ebenso gut, ja noch besser, als von gelernten Arbeitern ausgeführt worden sei, so möchte ich wissen, warum die Lehrlinge drei bis vier Jahre unnützerweise von den Meistern ausgebeutet werden. Ich kann das Vorgehen der Stadt nur verurteilen, denn wäre von der Stadt nicht eingegriffen, so würde der Streik schon nach kurzer Zeit beendet worden sein, da die kleineren Unternehmer erklärt haben, sie würden den höheren Lohn wohl bewilligen, aber es liege für sie die Gefahr vor, daß sie dann von der Stadt keine Arbeit wieder erhielten. Die größeren Unternehmer können es schon längere Zeit aushalten, und die Rotleidenden sind hierbei wieder einmal die Arbeiter. Ein solches Vorgehen der Stadt muß entschieden verworfen werden.

Herr Riefe: Was ich in der vorigen Sitzung gesagt habe, war sachlich und das Resultat meiner Erfahrungen in der Angelegenheit. Wenn Herr Bürgermeister Meyer sagte, die Gesellen hätten erklärt, die Meister könnten von der ihnen stadtseitig gezahlten Entschädigung den Stundenlohn von 55 \mathcal{L} recht gut bezahlen, so stimme ich dem bei. Rechnen Sie doch aus: wenn ein Geselle, der einigermaßen mit der Arbeit fertig werden kann, 20—22 qm täglich schafft und der Meister dafür $22 \times 65 \mathcal{L} = 14 \text{ M } 30 \mathcal{L}$ erhält, während er dem Gesellen für seine zehnstündige Arbeit nur 5 M 50 \mathcal{L} zahlen soll, so braucht der Meister dabei nicht zu hungern. Wenn die Stadt den Meistern solche Entschädigungen zahlt, so kann sie auch bei Ausführung der Arbeiten in eigener Regie einen anständigen Lohnsatz zahlen, da sie trotzdem noch billiger dazu kommt, als wenn die Meister auch noch mit verdienen. Es ist aber ein Unrecht gegen die Arbeiter, ihnen so geringe Löhne zu zahlen und gegen ein solches Gebahren, das die Stadt nicht machen sollte, richtete sich die Anfrage. Es ist mir auch nicht eingefallen, den Steinsehern gegenüber einen einseitigen Standpunkt einzunehmen, aber ich meine, der Magistrat hätte dahin wirken können, daß zwischen Meistern und Gesellen eine Einigung erzielt wurde. Der Schaden, den der Streik im Gefolge hat, fällt nicht nur den beiden Teilen zur Last, sondern es ist die ganze hiesige Bevölkerung dabei in Mitleidenschaft gezogen. Wenn die Meister die Arbeit ausgeführt hätten, müßten sie auch die Garantie für gute Ausführung übernehmen, jetzt aber übernimmt sie kein Mensch.

Die Pflasterungsarbeiten am Päderkline waren an einen Unternehmer vergeben und mußten von ihm ausgeführt werden; ich verstehe deshalb nicht, weshalb der Platz nur provisorisch zugespflastert ist und erst später definitiv gepflastert werden soll. Dadurch erwachsen der Stadt nur unnütze Kosten und auch der Verkehr wird infolge dessen nochmals belästigt. Vor der Legung von Reihenspflaster durch ungelernte Arbeiter hat man natürlich Angst. Kleinspflaster kann allerdings jeder Arbeiter mit Geschick unter der Leitung der städtischen Baubeamten legen, wenn ihm die Wölbung angegeben wird. Es ist also nicht möglich, alles, was zu dem Steinsehergewerbe gehört, von ungelernten Arbeitern zu verlangen. Bemerken will ich noch besonders, daß die Steinseher den höheren Lohnsatz schon errungen hatten, als ihnen hinterher ein Arbeitgeber den Lohn wieder herunterdrückte; es entsteht nun die Frage, ob den Meistern trotzdem die Entschädigung oder doch ihr Meistergeld noch bezahlt wird.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich möchte noch einiges berichtigen. Der letzte von Herrn Riefe angeführte Fall ist mir bekannt und ich verurteile ihn ebenso wie Herr Riefe. Hiernach soll ein Meister den Leuten einen bestimmten Lohnsatz zugesagt, sein Versprechen auch kurze Zeit gehalten haben und dann davon zurückgetreten sein. Wenn auch der Meister seine Gründe für sein Vorgehen gehabt

haben wird, so kann ich mir doch erklären, daß die Gesellen daraus Veranlassung genommen haben, den ihnen einmal zugesagten Lohn durch einen Streik zu erreichen. Nicht aber kann ich den Herren Vorrednern folgen, wenn sie den stadtseitig gezahlten Lohn als Schandlohn oder Hungerlohn bezeichnen. Die Arbeiter erhielten ursprünglich einen Lohn von 3 M, der hier als ein ganz ordentlicher Satz gilt; jetzt kriegen sie aber 4 M, womit sie sämtlich höchst zufrieden sind. Die Leute empfinden das wirklich nicht als Hungerlohn, und vom objektiven Standpunkte aus kann man den Satz auch nicht als solchen bezeichnen, sondern man muß sich schon auf einen Parteistandpunkt stellen, um zu dem Ergebnis zu kommen. Im übrigen ist es mir unverständlich, weshalb der Magistrat die Pflasterungsarbeiten so fördern sollte, daß die Meister sie ausführen mußten. Wenn die Meister nicht arbeiten lassen wollen, so sollen wir ihnen wohl gute Worte geben oder ihnen trotz des Streiks die Forderung auferlegen, die Arbeiten fertigzustellen? Dazu hatten wir keine Veranlassung. Wenn wir den Unternehmern genug bezahlen, so können wir ihnen doch nicht noch mehr bezahlen? Was sollten wir also machen? Wir konnten gar nicht anders handeln, als wir gehandelt haben.

Was die Garantie für die Arbeiten anlangt, so wird sich die Bauverwaltung damit abfinden müssen, und wenn sie als sachverständige Stelle erklärt, daß die Arbeiten gut ausgeführt sind, so werden auch wir wohl damit zufrieden sein. Die Pflasterungsarbeiten am Gulespiegelbrunnen sind nicht zu Lasten der Stadt ausgeführt worden, sondern vom Brunnenausschusse. Die Stadt hat nur 800 M für die Wasserzuleitungen bewilligt, die dafür auch ordnungsmäßig hergestellt worden sind. Ein Abkommen wegen der Pflasterung des Bäckerklints war noch nicht getroffen worden.

Herr Jasper: Das Verfahren der städtischen Bauverwaltung gewinnt doch ein eigenes Ansehen. Herr Riese deutete schon an, daß früher ein höherer Lohnsatz bestanden hat und Herr Bürgermeister Meyer gab die Richtigkeit zu. Die städtische Bauverwaltung hat aber eine Herabsetzung der Löhne vorgenommen und da ist deren Objektivität zu vermissen. Im vorigen Jahre haben alle Steinsetzmeister die höheren Löhne bewilligt, und als weitere Bauarbeiten vergeben wurden, soll nach der mir gewordenen Mitteilung der betreffende Stadtbaumeister verschiedenen Meistern erklärt haben, daß sie weniger berücksichtigt werden würden, weil sie den Gesellen den höheren Lohn bewilligt hätten. Nach der Mitteilung der Gesellen soll gerade die städtische Bauverwaltung darauf hingewirkt haben, daß die Meister den Gesellen den schon monatelang gezahlten Lohn nicht mehr gewährten. Wenn das richtig ist, so hat die städtische Bauverwaltung nicht objektiv zwischen Meistern und Gesellen gestanden, sondern ist einseitig aus irgend welchen Rücksichten zu gunsten der Unternehmer und zu ungunsten der Gesellen vor-

gegangen. Bei der Berücksichtigung dieser Verhältnisse gewinnt doch das Verhalten der städtischen Bauverwaltung ein ganz anderes Gesicht und ist nicht so objektiv, wie es der Herr Bürgermeister darstellte, sondern es bezweckte, den Meistern Gelegenheit zu geben, den Lohn auf einem so niedrigen Sage zu erhalten, wie die Bauverwaltung es wünschte, und zwar entgegen den tarifmäßigen Abmachungen.

Der Herr Bürgermeister vergleicht immer die früheren Löhne der ungelernten Arbeiter mit den ihnen nachher gezahlten Löhnen, als sie die Arbeit von gelernten Steinsetzern verrichteten; man muß aber einen Vergleich ziehen zwischen den Löhnen, die früher die gelernten Steinsetzer bekamen und die jetzt die ungelernten Arbeiter erhalten, welche dieselbe Arbeit ebenso gut ausführen sollen, wie gelernte Steinsetzer. Hier verläßt die städtische Bauverwaltung wieder die Objektivität und bildet eine Lohndrückerkolonnie, um die Löhne dauernd auf einem niedrigen Standpunkte zu halten. Ich weiß nicht, ob das die Aufgabe der Bauverwaltung ist, und ich zweifle auch, ob es im Interesse der Stadt liegt, derartige Kräfte heranzubilden; denn wenn das Auslernen der Lehrlinge den Zweck haben soll, tüchtige Arbeitskräfte in dem betreffenden Gewerbe heranzubilden, so wird dieser Zweck als hinfällig angesehen werden müssen, sofern es möglich sein soll, schon nach 14 Tagen brauchbare Steinsetzer heranzubilden. In solchem Falle braucht überhaupt nicht mehr handwerksmäßig gearbeitet zu werden.

Herr Rathe: Es ist tief zu bedauern, daß in diesem Jahre in fast allen Gewerben hier Streiks hervorgerufen sind, die für unser gesamtes Erwerbsleben eine große Schädigung im Gefolge gehabt haben. Auch kann man es nur beklagen, daß dieselben Leute, welche hier mit einem Stundenlohn von 50 S , nicht zufrieden sind, nach anderen Städten fahren und dort für diesen oder noch geringeren Lohn nicht nur ganz ruhig arbeiten, sondern das Reisegeld noch daraufgegeben haben. Es wäre von großem Werte, wenn hier in dieser Beziehung endlich einmal wieder Ruhe eintreten wollte.

Wenn nun Herr Riese sagt, ein ordentlicher Steinsetzer müßte täglich 20 bis 22 qm Pflaster liefern, wofür er nur 5,50 M Tageslohn haben wollte, während der Meister dafür bis zu 15 M erhielte, so beruhen diese Angaben auf einem Irrtum, denn Herr Riese hat dabei die Arbeitsleute und das vom Meister zu haltende Geschirr vergessen. Ich glaube sogar, daß in den Angaben des Herrn Bürgermeisters Meyer, der den Stundenlohn des ungelernten Arbeiters mit den Nebenausgaben auf 47,2 S angab, einiges mit untergelaufen ist; denn ich kann nicht annehmen, daß ein Meister an jedem seiner Arbeiter täglich 8 M verdienen soll, das wäre ja ein herrliches Geschäft und ein immenser Verdienst. Derartige Geschäfte wird es in unserer Stadt kaum geben.

Herr Riese: Ich weiß speziell, daß ein ordentlicher Steinsetzer täglich 20 bis 22 qm Pflaster fertigstellt und wenn für 1 qm 60—75 S gezahlt werden, so gibt das 12 bis 15 M . Daß die Kosten für das Vorhalten der Gerüste und des

Gefchirres davon abgehen, ist selbstverständlich (Rufe: Arbeitsleute! ; jedoch kann das so immens nicht sein (Widerpruch), denn mit einer Brechstange können Sie ein halbes Jahrhundert arbeiten, die ist doch nicht von Speck oder Käse! (Heiterkeit.)

Wenn Ruhe im Gewerbe ist, so ist das nicht nur für beide Teile, sondern für die ganze Bevölkerung das beste. Tritt man aber so auf, wie Herr Rathe, der mit der Metallbranche nichts zu tun hat und doch mit in deren Streik geht, so ist das etwas anderes. Die Gesellen haben noch nicht den Beweis geliefert, daß sie abgeschlossene Verträge gebrochen hätten, sondern das war gewöhnlich den Arbeitgebern vorbehalten. Wir haben eine ganze Reihe von Städten, in denen feste Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf mehrere Jahre bestehen, dann ist Ruhe im Gewerbe. Warum macht man es nicht auch hier so? Hier muß man erst Schutz suchen bei der Herzoglichen Polizeidirektion, den man in Braunschweig bekanntlich doch nicht erhält; denn wenn man Streibbrecher mit dem Revolver schützen muß, so kann derjenige, welcher arbeiten will, von der Herzoglich braunschweigischen Polizei keinen Schutz erhalten.

Unter solchen Verhältnissen will man mich zwingen, nachzuweisen, woher ich das Material zum Arbeiten kriegen. Einen ärgeren Terrorismus kann es gar nicht geben. Wenn man sich mit den Leuten verständigen wollte, dann wäre gleich Ruhe im Gewerbe. Die von ihnen gestellte Forderung hat ihre volle Berechtigung, denn die Lebensmittel sind heute so teuer, wie sie vorher nie gewesen sind, selbst nicht in dem Hungerjahre 1847. Aber jetzt treten einzelne Unternehmer nicht als Gewerbetreibende auf, sondern geradezu als Scharfmacher, und da hält die Verständigung mit den Gesellen schwer.

Herr Bürgermeister Meyer: Ich kann nicht annehmen, daß der Stadtbau-meister Menadier die Erklärung abgegeben hat, er wolle denjenigen Meistern keine Arbeit wieder geben, die den Gesellen die Lohnerhöhung bewilligt haben. Wenn er das gesagt hätte, würde ich es ebenso verurteilen, wie Herr Jasper, der allerdings die Mitteilung nur unter Vorbehalt gemacht hat. Wenn Herr Jasper ferner sagt, 4 M wäre ein zu geringer Tageslohn, so muß ich wiederholt daran erinnern, daß die Leute keine gelernten Steinseger sind und z. B. Großpflaster kaum werden setzen können. Die Leute, welche Großpflaster setzen können, müssen aber besser bezahlt werden, als diejenigen, welche nur Kleinpflaster zu setzen vermögen, so daß ein Stundenlohn von 40 S für letztere als ganz gut bezeichnet werden kann.

Herr Rathe: Herr Riese hat die Lacher auf seiner Seite gehabt, wie er die Brechstange mit Speck und Käse verglich, aber um meine Anfrage ist er herumgegangen, wie die Kase um den heißen Brei und hat nicht zugestanden, daß die Meister auch die Arbeitsleute halten müssen und demnach deren Löhne mit als Unkosten in Anrechnung zu bringen sind. Wenn Herr Riese ferner sagt, ich hätte

mich der Aussperrung der Metallindustriellen mit angeschlossen, ohne damit etwas zu tun zu haben, so will ich dazu bemerken, daß ich seit mehr als zwanzig Jahren dem Verbande der Metallindustriellen angehöre, woraus mir Herr Riese wohl keinen Vorwurf machen wird; ein anständiger Mensch verläßt aber die Fahne nicht.

Herr Wesemeier: Es kann nicht bestritten werden, daß eine Lohndrückerei hier betrieben worden ist. Die Herren gehen immer davon aus, daß die ungelerten Arbeiter statt 3 M plötzlich 4 M bekommen haben. So darf man aber nicht rechnen. Drehen wir die Sache doch einmal um. Es werden sich in allen Berufsständen stets Leute finden, die sich zu billigeren Löhnen oder Gehältern anbieten. Wozu hat man die gelernten Steinseher, wenn man sie nicht als solche beschäftigen will? Tatsache ist, daß eine Gruppe von Arbeitern hier in ihren Lohnverhältnissen herabgedrückt wird.

Herrn Rathe gegenüber will ich zugeben, daß von den 14,20 M, die der Meister von der Stadt pro Mann erhält, auch die Arbeitsleute bezahlt werden müssen, aber Sie werden mir doch nicht vorrechnen wollen, daß auf jeden Gesellen ein Arbeitsmann kommt. Auf 5 bis 6 Gesellen entfällt erst ein Arbeitsmann. Was die Steinsehermeister hier verdient haben, hat uns Herr Bues einmal bei Gelegenheit erzählt. Ich kann es nicht für richtig finden, daß seitens der Stadtverwaltung hier erklärt wird, der Lohn von 50 S sei ganz angemessen. Wenn Sie den Jahresdurchschnittslohn eines gelernten Steinsehers in Betracht ziehen wollen, so kommen Sie auf 700—800 M, denn länger werden die Leute namentlich unter Berücksichtigung der vielen Regentage nicht beschäftigt. Mit Rücksicht hierauf dürfte es aber wohl gerechtfertigt sein, wenn die Leute einen Stundenlohn von 55 S fordern, und ich hätte es auch für richtig gehalten, wenn die Stadt die Steinseher in eigene Regie genommen hätte. Die Stadt könnte damit recht gut einmal einen Versuch machen und würde auch ein ganz gutes Geschäft gemacht haben, wenn sie die Meister ausgeschaltet hätte. Das kann aber recht gut geschehen, da sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllt haben. Wenn die Stadt 75 S für 1 qm Kleinpflaster bezahlt, so können die Meister auch einen Stundenlohn von 55 S aufwenden. Bezweifeln muß ich auch, daß die Güte des Pflasters ebenso ist, als wenn es gelernte Steinseher gelegt haben. Am neuen Wasserwerke hatten wir das Pflaster von gelernten Steinsehern herstellen lassen, und wie sah es aus? (Heiterkeit.) Das war nichts als Pfuhsarbeit. (Heiterkeit.) Sie lachen, ziehen aber nicht die richtigen Schlüsse daraus. Es beweist das nämlich, daß die Herstellung des Pflasters doch nicht so leicht ist, wie hier angenommen wird. Innerhalb 14 Tagen ist ein solcher Beruf nicht zu erlernen, selbst wenn die Leute schon jahrelang mit derartigen Arbeiten beschäftigt worden sind. Selbst hässliche Arbeiter sind zu Streibrechern kommandiert worden, man hat sie aber wieder fortgenommen und

ihnen z. B. an der Kreuzstraße den Lohn nicht gezahlt, den man ihnen versprochen hatte. Die Stadtverwaltung hat also einen großen Fehler gemacht, sie mußte die Arbeit in eigene Regie übernehmen und konnte sich dann erst einmal überzeugen, was die Leute eigentlich verdienen; sie würde dabei meines Erachtens weit besser gefahren sein, als es jetzt der Fall ist.

Nur die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber ist schuld, daß der Streik noch nicht beendet ist, und dabei ist besonders der Maurermeister Vogel der Treiber in der Kolonne, welche die ihren Arbeitern im vergangenen Jahre kontraktlich versprochenen 55 S. Stundenlohn nicht zahlt.

Herr Jasper: Ich freue mich, daß Herr Bürgermeister Meyer den Standpunkt einnimmt, das Vorgehen des betr. Stadtbauamters würde nicht richtig gewesen sein, wenn meine Angaben zuträfen. Daher bitte ich den Herrn Bürgermeister, Ermittlungen anzustellen, ob die städtische Bauverwaltung wirklich die von mir angedeutete Stellung eingenommen hat und zutreffendfalls dafür Sorge zu tragen, daß sie künftig ein anderes Verhalten einschlägt und nicht einseitig zu gunsten der Meister, oder eines hier schon genannten bestimmten Meisters Stellung nimmt. Bei den Vergabungen der städtischen Arbeiten im Steinsegergewerbe scheint überhaupt der Zufall eine sehr große Rolle zu spielen insofern, als gerade diese eine Firma, auch wenn sie nicht das niedrigste Angebot abgegeben hat, den Zuschlag bekommt. Vielleicht wird die Arbeit nicht dem niedrigsten Angebot übertragen, wenn irgend welche Momente hervortreten, die der Bauverwaltung nicht zusagen, obschon sie nach objektiven Erwägungen nicht erheblich sein mögen. Bei der Vergabung der Goslarischenstraße soll die Bauverwaltung deshalb versagt haben, dem Mindestverlangenden den Zuschlag zu erteilen, weil die Firma einen Parlierer beschäftigte, der in der Spargelzeit nicht auf der Arbeitsstelle sein konnte. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Arbeit in den Monaten Februar, März und April ausgeführt worden ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte der Auffassung entgegen treten, die hier verschiedentlich zum Ausdruck gebracht ist, daß die städtische Bauverwaltung nicht objektiv verfahren wäre. Dem gegenüber möchte ich die Frage an die Herren richten, was die städtische Bauverwaltung wohl hätte veranlassen können, in diesem Streik sich für die eine oder andere Partei ins Zeug zu legen. Dafür liegt doch wohl kein vernünftiger Grund vor. Wenn die Herren allerdings den Standpunkt einnehmen, den mit besonderer Schärfe Herr Wesemeier hier vertreten hat, so geht die Objektivität vollständig in die Brüche. Was verlangen Sie eigentlich? Die Bauverwaltung soll bei einem Streik sagen, wir bewilligen jetzt den Lohn, den die Arbeiter von den Arbeitgebern nicht bekommen können? Wenn das nicht Parteinahme nach einer Richtung hin sein würde, so weiß ich es nicht. Die Stadt darf sich grundsätzlich nicht in Streitigkeiten über den Lohn einmischen,

daß müssen die Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einander ausmachen. Es können aber Verhältnisse eintreten, daß die Stadt während eines Streiks eine Arbeit fertigstellen muß, und da bleibt nichts anderes übrig, als sich selbst nach Arbeitern umzusehen. Wenn dann geeignete Arbeiter in genügender Zahl kommen und sagen, wir wollen zu dem und dem Preise arbeiten, so kann meines Erachtens die städtische Bauverwaltung nicht verpflichtet sein, nur im Interesse des Prinzips der Streikenden den betreffenden Arbeitern 50 M anzubieten, obwohl sie für 40 M arbeiten wollen.

Herr Wolters: Wenn Herr Jasper anheimgibt, die von ihm gegebene Anregung weiter zu verfolgen, so will ich bemerken, daß die städtische Bauverwaltung bei der Vergabe städtischer Bauarbeiten bekanntlich ganz ausscheidet, da das Sache der Baudeputation ist, denn seit zwei Jahren gehen sämtliche Bauaufträge von dieser aus. Der Wunsch des Herrn Jasper scheint mir hierdurch gegenstandslos geworden zu sein.

Herr Bürgermeister Meyer: Herr Dr. Wolters irrt insofern, als bei den hier in Frage kommenden Aufträgen, die sich unter 5000 M bewegen, nicht die Baudeputation, sondern die städtische Bauverwaltung als Auftraggeberin in Frage kommt. Herrn Dr. Jasper habe ich zu erwidern, daß nicht unter allen Umständen der Mindestfordernde die Arbeit erhält, sondern daß diesem verschiedentlich der Zuschlag verweigert worden ist, wenn er nach seinem Geschäftsgefahren nicht fähig erscheint, die betr. Arbeit auszuführen oder wenn er seinen Arbeitern keine ordentlichen Löhne zahlt.

Ein Antrag Meyerhoff auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Herr Rieke zu einer persönlichen Bemerkung: Ich kann die Äußerung des Herrn Rathe nicht unwidersprochen lassen, daß ich mich um die Beantwortung seiner Anfrage herumgedrückt hätte, wie die Kaze um den heißen Brei. Auf drei Steinseker entfällt etwa ein Arbeitsmann und wenn der täglich 4 M Lohn erhält, so verbleiben dem Meister immer noch 8 M Vorteil auf den Steinseker und den Tag, wovon er die geringe Abnutzung am Geschirr recht gut noch tragen kann. Es steht auch fest, daß ein einigermaßen brauchbarer Steinseker täglich mindestens 18 qm Pflaster fertig bringt.

Die Besprechung wird darauf geschlossen.

V. Herrichtung von Schulklassen für die Oberrealschule.

In den beiden Hintern Brüdern 31 und 32 gelegenen Gebäuden können nach einem im Anschluß an die Verhandlungen in der Sitzung vom 28. Juni d. Js. — Seite 99 des Berichtes — erstatteten Berichte der städtischen Bauverwaltung vier hofwärts gelegene helle und genügend große Räume und außerdem für Not-

fälle eine straßenwärts gelegene Reservelasse eingerichtet werden. Wenngleich die Kosten etwas höher werden, als der Magistrat ursprünglich angenommen hatte, so muß er doch die Ausführung des Umbauprojektes befürworten. Die hierdurch zu beschaffenden Schulräume sind durchaus brauchbar und es dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß die beiden Gebäude nach erfolgtem Umbau bei ordnungsmäßiger Instandhaltung jahrzehntelang ihrer Bestimmung dienen können. Daneben kommt in Betracht, daß selbst bei Ausführung eines besonderen Treppenanbaues des Hauptgebäudes das vorliegende Projekt erheblich geringere Kosten erfordert, als wenn die jetzige Aula in Klassen umgewandelt und ein Neubau zur Unterbringung der Aula errichtet würde.

Von den betr. Arbeiten sollen in den Michaelisferien nur diejenigen ausgeführt werden, die durch Einrichtung von hofwärts gelegenen Klassenzimmern im ehemaligen Volksküchengebäude bedingt werden, einschl. der Kosten für Versteifung des Daches, während die Ausführung aller übrigen Arbeiten im nächsten Rechnungsjahre erfolgen kann. Die Versammlung wird ersucht, dem Umbauprojekte unter Verwilligung von 16 600 M. zuzustimmen. Wegen Herrichtung einer zweiten Treppenanlage für das Hauptgebäude behält sich der Magistrat weitere Anträge vor.

Herr Lübke: Die Baukommission hat sich einstimmig für die Genehmigung der Vorlage ausgesprochen. Dafür spricht, daß ein Neubau ganz erheblich teurer sein würde und daß die Räume, die jetzt zu Klassen eingerichtet werden sollen, einen genügenden kubischen Inhalt haben. Wenn auch ihre Höhe etwas knapp ist, so sind die Räume doch reichlich groß und als Klassen bequem zu benutzen. Der Zugang zu beiden Gebäuden wird künftig durch das Haus Nr. 31 allein zu nehmen sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wie schon am Schlusse der Magistratsvorlage bemerkt worden ist, werden wir nicht umhin können, eine zweite Treppenanlage am Hauptgebäude anzubringen, jedoch sollte diese Sache mit der zur Beratung stehenden Vorlage nicht verquickt werden, der Magistrat will sich damit vielmehr erst noch einmal befassen. Ferner will ich erwähnen, daß mit den Arbeiten im Einverständnis mit der Baukommission schon am Montag begonnen werden mußte, weil die Klassen sonst nicht bis zum Schluß der Ferien fertiggestellt werden konnten.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

VI. Antrag auf Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die Ortsgruppe Braunschweig des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hat die Versammlung ersucht, auf Grund des § 105 b, 2, der Reichs-

gewerbeordnung durch Ortsstatut die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wie folgt zu ändern:

- 1) die Sonntagsarbeit im Kleinhandel auf die Zeit vor 1 Uhr mittags zu beschränken,
- 2) die Verkaufszeit von 8 bis 9 Uhr vor dem Hauptgottesdienste für alle offenen Verkaufsstellen, mit Ausnahme der Verkaufsstellen für Nahrungsmittel, Kolonialwaren, Tabak, Zigarren und natürliche Blumen, sowie
- 3) die Sonntagsarbeit im Großhandel ganz zu untersagen.

Herr Schöttler: Bevor die Statutenkommission in eine Verhandlung über den Antrag eintrat, wurde ihr vom Magistrate eröffnet, daß er sich mit der Sache schon befaßt hätte und der Versammlung eine Vorlage darüber bestimmt zugehen würde. Unter diesen Umständen hielt es die Kommission nicht für zweckmäßig, in eine Verhandlung über den Antrag einzutreten, weil die Verhandlung bei dem Eingange der Magistratevorlage doch noch einmal aufgenommen werden müßte. Es erschien vielmehr richtiger, zunächst die Magistratevorlage abzuwarten.

Vorsitzender: Heute ist seitens des Vereins der Herrenkonfektion in dieser Sache ebenfalls ein Gesuch eingegangen, das ich dem Magistrate zur Kenntnis überweisen werde.

Die erstere Eingabe wird also heute von der Tagesordnung abgesetzt, um demnächst weiter beraten zu werden.

VII. Uebertragung von Kosten für Wasserlieferung auf den laufenden Etat.

Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke legt 16 Rechnungen über nachzuzahlende Beiträge für das im Rechnungsjahre 1905/06 in städtischen Gebäuden verbrauchte Wasser mit der Bitte vor, die Ausgabe auf das Jahr 1906/07 übernehmen zu wollen, da das Vorjahr bereits abgeschlossen sei. Dem Ersuchen des Magistrates, sich mit dem Antrage einverstanden zu erklären,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Fiedel berichtet.

VIII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Auf Ersuchen der Ehefrau des Karussellbesizers Thumann, die um Erlaß der Steuer für einen Wachhund gebeten hat, beschließt die Versammlung, der in schlechten Vermögensverhältnissen lebenden Bittstellerin die Steuer für das laufende Jahr zu erlassen, nachdem Herr Bues namens der Statutenkommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

IX. Einwirkung des elektrischen Stromes auf die Gasrohrleitungen.

An den Gasrohrleitungen der Wolfenbüttelerstraße wurden schon mehrfach Zerstörungen festgestellt, die auf elektrolytische Einwirkung der die Rohrnetze passierenden Straßenbahnströme zurückgeführt werden. Die Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke hat bereits am 20. Oktober 1903 Spannungsmessungen zwischen Rohrleitungspunkten und Straßenbahnschienen an 16 Punkten der Stadt angestellt, die ergeben haben, daß auf der Wolfenbüttelerstraße die Spannungsdifferenz zwischen Rohr und Schiene das zulässige Maß ganz erheblich übersteigt, da Rückleitungskabel für die Straßenbahnströme nach der elektrischen Zentrale nicht vorhanden sind. Die Deputation zur Verwaltung der städtischen Licht- und Wasserwerke hat beschlossen, eingehende Untersuchungen über die hier auftretenden Rohrströme und Rohrzerstörungen von dem im Dienste des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern arbeitenden Ingenieur Bessig vornehmen zu lassen. Die Versammlung wird ersucht, sich mit Vornahme der bezeichneten Messungen und Untersuchungen einverstanden zu erklären und die dafür erforderlichen 600 M zu verwilligen,

was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Fiedel berichtet, geschieht.

X. Verkauf von Straßenflächen an den Militärfiskus.

Der nach Ausbau der projektierten Straßen 90 und 91 für die Stadt erhebliche Teil der Kasernenstraße soll in Größe von 14,34 a, sowie der zwischen diesem aufzuhebenden Straßenzuge, der Humboldtstraße und dem Kasernengrundstück gelegene Platz zu 4,80 a dem Militärfiskus zwecks Erweiterung des Kasernengrundstücks überwiesen werden. Für die Bemessung des zu zahlenden Preises sollte für die vorbezeichnete Straßenfläche die Entschädigung maßgebend sein, welche die Stadt für die zur Anlage der Ersatzstrecke der Kasernenstraße zu erwerbenden Grundflächen aufzuwenden hätte, während bezüglich des Platzes der vom Militärfiskus vor wenigen Jahren an den braunschweigischen Fiskus für den benachbarten sogenannten Komposthof gezahlte Preis die Richtschnur geben soll. Die Entschädigung für die Straßenflächen hat 23,03 M und für den Komposthof 35 M für 1 qm betragen, so daß die Stadt eine Gesamtentschädigung von 49 825,20 M zu beanspruchen haben würde. Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die bezeichneten Flächen dem Militärfiskus zu dem angegebenen Preise demnächst überlassen werden.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

XI. Aenderung des Ortsbauplanes an der Hofstraße.

Die Aktiengesellschaft Umme, Giesecke & Konegen beabsichtigt, ihr an der Hofstraße gelegenes Etablissement zu erweitern, sie vermag es aber nur dann, wenn die in den Ortsbauplan aufgenommene projektierte Straße 310b aufgehoben wird. Deshalb hat sie um eine westliche Verschiebung dieses Straßenzuges bis an die Grenze der Lehdorfer Feldmark gebeten und sich gleichzeitig bereit erklärt, das danach zur Straße notwendige Terrain der Stadt unentgeltlich zu überlassen, sowie den auf die Lehdorfer Seite entfallenden Anteil der anschlagsmäßigen Straßenbaukosten sicherzustellen. Die städtische Bauverwaltung und das Stadtbauamt halten eine Genehmigung des Antrages für unbedenklich, empfehlen aber eine gleichzeitige geringe Verschiebung des Straßenzuges 310a. Nachdem auch die Gemeinde Lehdorf erklärt hat, daß sie unter der Bedingung, daß ihr für jetzt sowie für spätere Zeiten keine Kosten durch die Verlängerung des Weges entstünden, gegen eine Genehmigung des Antrages der genannten Firma nichts einzuwenden habe, auch bereit sei, zwecks Erzielung einer guten Einmündung des in die Straße 310c einlaufenden Lehdorfer Weges, eine Aenderung des Lehdorfer Ortsbauplanes in die Wege zu leiten, ersucht der Magistrat, den Aenderungen unter dem Vorbehalt zuzustimmen, daß die vorgenannte Aktiengesellschaft zuvor das in die Straße 310c fallende Terrain der Stadt unentgeltlich aufgelaufen und daneben die auf die westliche Seite dieser Straße entfallenden Straßenkosten in anschlagsmäßiger Höhe sichergestellt haben wird.

Auch diese Vorlage findet die Genehmigung der Versammlung, nachdem Herr Wolters deren Annahme namens der Baukommission befürwortet hatte.

XII. Plattenbelag auf einem Teile der Nordstraße.

Dem von der Versammlung am 30. August d. J. — Seite 141 des Berichtes — genehmigten Antrage auf bessere Befestigung der Fußwege an der Nordstraße östlich der Geyßstraße hat versehenlich ein Kostenanschlag nebst Verteilungsberechnung beigelegt, der sich nicht nur auf die östliche Strecke der Nordstraße, sondern auf die ganze Straße bezog. Es ist deshalb ein anderer Kostenanschlag für den jetzt allein in Betracht kommenden Teil der Straße angefertigt worden. Der Magistrat ersucht, die Herstellung von Plattenbelag unter Zugrundelegung dieses Kostenanschlages nebst Verteilungsberechnung auf der östlich von der Geyßstraße gelegenen Strecke der Nordstraße zu genehmigen. Die Kosten belaufen sich für die Anlieger auf 8 M für 1 m Frontlänge.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Fricke berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

XIII. Erwerb von Flächen an der Goslarischenstraße.

In Sachen, betreffend die Zwangsenteignung einiger zur Goslarischenstraße erforderlichen und im Eigenthume der Erben des Maurermeisters Stege sowie des Maurermeisters Krause stehenden Flächen hat vor der Herzoglichen Polizeidirektion eine Sühne stattgefunden, in der von den Stegeschen Erben und dem Maurermeister Krause ein Preis von 12 M pro Quadratmeter gefordert wurde. Dem Ersuchen des Magistrates, die Flächen zu diesem Preise zu erwerben,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 6 Uhr.

1906/1907.Nr. 7.

B e r i c h t

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 1. November 1906.



Tagesordnung:

I. Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren	Seite 184
II. Umbau des Hauses Breitestraße 19.	" 228
III. Vermietung des alten Stadthauses.	" 230
IV. Kaufpreis für erworbene Grundflächen am Enriaferringe	" 232
V. Bildung einer Johanne Wachtmann Museums-Stiftung	" 232
VI. Klage-Erhebung	" 233



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Blasius.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Brückmann, Bues, Stegmann und Weichsel.

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Vorsitzende, Herr Wolff, mit, daß der Rektor der Technischen Hochschule, Herr Professor Reinhold Müller, zu der am 2. d. Mts. in der Aula der Technischen Hochschule stattfindenden Feier der Rektoratsübergabe die gesamten Mitglieder der Versammlung eingeladen habe.

Sodann wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Antrag Frühling: Stellung der Schulinspektoren.

Namens der Schulkommission nimmt das Wort Herr Nolte: Am 29. März d. Js. stellte Herr Fricke folgenden Antrag:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei der nächsten Neubesezung der Stelle eines Schulinspektors an den hiesigen Bürgerschulen dieselbe versuchsweise mit einem Hauptlehrer zu besetzen und damit die allmähliche Abschaffung der Schulinspektoren vorzubereiten.“

Rücksichtlich der Begründung dieses Antrages verweise ich auf den Bericht über die Sitzung am 29. März 1906, Seite 595. Die Schulkommission hat über diesen Antrag beraten und hat in der Sitzung am 31. Mai 1906 der damalige Stadtverordnete Dr. Blasius namens der Schulkommission beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. In derselben Sitzung ist dann eingehend über die Sache beraten. Auch hier verweise ich auf den betreffenden Bericht auf den Seiten 52 bis 73.

Schließlich hat Herr Frühling, nachdem er vorher das Wort zu dem Fricke'schen Antrage genommen und ausgeführt hatte, daß zwar der Fricke'sche Antrag so, wie er vorliege, kaum völlig durchführbar sein möge, daß aber nach dem Ergebnisse der stattgehabten Beratungen manche Mängel bei der Besetzung und Behandlung der Stellen der Schulinspektoren zu Tage getreten seien, welche den Wunsch nach Besserung der betreffenden Zustände gerechtfertigt erscheinen ließen, folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bezüglich der Besetzung, der Stellung und der Besoldung der Schulinspektoren Aenderungen in Erwägung zu nehmen, die geeignet sind, den Wünschen der Lehrerschaft entgegen zu kommen und Ersparnisse herbeizuführen.“

Herr Fricke hat darauf seinen Antrag zugunsten des Antrages Frühling zurückgezogen, worauf der letztere der Schulkommission zur Vorberatung überwiesen wurde.

Bald darauf lief dann auch der von dem Schulvorstande der hiesigen Bürgerschulen am 19. Juni erstattete Bericht über die hier in Frage stehenden Verhältnisse und auch über diejenigen Vorwürfe und Anklagen ein, die Herr Rathe in der Sitzung vom 31. Mai über die Schulaufsicht bei den Bürgerschulen vorgebracht hatte und die auch in verschiedenen Briefen des Lehrers Esche erhoben

sind. Den Anklagen des Herrn Rathe lag insbesondere auch einer von diesen Briefen, den Herr Esche am 25. Mai an Herrn Fricke gerichtet hatte, zu Grunde. Die Briefe sind hier von dem Herrn Vorsitzenden zur Kenntnis der Mitglieder der Versammlung ausgelegt worden, ich darf deshalb wohl annehmen, daß sie im allgemeinen bekannt sind. Auf die näheren Einzelheiten werde ich später noch eingehen müssen.

Ferner ging der Schulkommission ein Schreiben des Vorstandes des Braunschweiger Lehrervereins vom 25. Juni 1906 zu, in dem uns die Ansichten und Wünsche des gedachten Vereins zu dem Antrage Frühling mit der Bitte um Berücksichtigung mitgeteilt wurden.

Endlich ist am 18. August der oben bereits erwähnte Bericht des Schulvorstandes vom 19. Juni mit einem Schreiben des Stadtmagistrates vom 10. August eingegangen, welches folgendermaßen lautet:

Die heftigen Angriffe, welche Herr Stadtverordneter Rathe in der Sitzung der Stadtverordneten vom 31. Mai gegen das hiesige Bürgerschulwesen erhoben hat, haben den Stadtmagistrat veranlaßt, den Vorstand der Bürgerschulen um eine Äußerung über die vorgebrachten Beschuldigungen zu ersuchen. Der Schulvorstand ist diesem Ersuchen nachgekommen, indem er unter dem 19. Juni d. Js. über die fraglichen Beschwerden einen eingehenden Bericht erstattet hat, in dem der Schulvorstand gleichzeitig zu dem noch zur Beratung stehenden Antrage des Herrn Stadtverordneten Frühling Stellung nimmt. Der Magistrat übersendet den Bericht zur Prüfung und Stellungnahme.

Auch dieser Bericht und dieses Schreiben sind uns dann zur Vorberatung überwiesen.

Die Kommission hat am 2. Oktober eingehend über alle diese Angelegenheiten beraten. Bei der Beratung waren der Herr Oberbürgermeister Ketschmer und noch einige andere Magistratsmitglieder, Herr Hauswaldt als Vertreter des Schulvorstandes und die Herren Fricke und Frühling zugegen.

Im Laufe der sehr eingehenden Beratung wurde, da sich herausstellte, daß die Schulkommission den Antrag Frühling zur Annahme nicht werde empfehlen können, in Erörterungen darüber eingetreten, ob sich diese ganze Angelegenheit nicht durch eine von der Schulkommission zu beschließende und der Versammlung zur Annahme zu empfehlende Resolution erledigen lasse. Unter allseitiger Zustimmung der Herren Frühling, Fricke und Hauswaldt und der Mitglieder der Schulkommission hat die letztere sodann beschlossen, Sie zu bitten, folgender Resolution möglichst einstimmig zuzustimmen:

„Das unleidliche Verhältnis, das an den hiesigen Bürgerschulen zwischen Direktor und Inspektoren einerseits und den Lehrern andererseits besteht, insbesondere das Hervortreten der Folgen dieses Verhältnisses

und das Hineintragen des daraus entstandenen Streites in die Oeffentlichkeit schädigt die Entwicklung unserer städtischen Bürgerschulen auf's tiefste. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die Schuld an diesen Mißständen nicht nur auf einer Seite liegt, und ersucht, in dem dringenden Wunsche, diese Mißstände zu beseitigen, den Magistrat, Maßregeln zu ergreifen, die geeignet sind, eine Besserung herbeizuführen."

Nachdem diese Resolution einstimmig angenommen war, hat Herr Frühling erklärt, daß er seinen Antrag zugunsten der Resolution zurückziehe und Herr Fricke hat sich dem angeschlossen. Letzteres war erforderlich, weil Herr Fricke seinen Antrag nur zugunsten des Antrages Frühling zurückgezogen hatte.

Hiernach ist die Schulkommission der Ansicht, daß sie nach Erledigung des Antrages Frühling der Aufgabe enthoben sei, über die einzelnen schultechnischen Fragen, die beim Antrage Frühling zu erörtern gewesen wären, sich näher auszulassen und daß, da das Schreiben des Vorstandes des Lehrervereins sich auch nur auf den Antrag Frühling bezieht, sie auf dieses ebenfalls nicht mehr näher einzugehen brauche. Ich gehe deshalb über zur Begründung der Resolution.

Die Kommission hält eine eingehende Begründung dieser Resolution ebenfalls nicht für erforderlich. Immerhin mag hier auf folgendes hingewiesen werden:

Daß tatsächlich zwischen den Aufsichtsbeamten und der Lehrerschaft der hiesigen Bürgerschulen ein auf die Dauer unerträgliches, die fraglichen Schulen und ihre Entwicklung schwer schädigendes Verhältnis besteht, ist allgemein bekannt. Ein bestimmtes Urteil darüber, wie dieses Verhältnis entstanden ist und wer die Schuld an ihm trägt, läßt sich kaum gewinnen, da offenbar eine ganze Reihe von zum Teil bereits weit zurückliegenden Vorgängen und Tatsachen mitgewirkt haben, die der Kommission jedenfalls nur zum geringsten Teile und unvollständig bekannt geworden sind. Die Kommission ist weder befugt noch imstande, in dieser Beziehung eine genaue und weitläufige Untersuchung anzustellen, die unzweifelhaft erforderlich sein würde, wenn man es unternehmen wollte, die betreffenden Vorgänge wirklich festzustellen und die, auch wenn sie noch so sorgfältig und unparteiisch geführt würde, kaum ein völlig befriedigendes Resultat ergeben würde.

Die Kommission ist aber auf Grund einer ganzen Reihe ihr bekannt gewordener Tatsachen, die sich hier in der Oeffentlichkeit nicht näher erörtern lassen, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Schuld nicht nur auf einer Seite, insbesondere nicht nur auf der Seite der Lehrer liegt, sondern daß im Laufe der Zeit auf beiden Seiten Fehler gemacht und Mängel an richtigem Takt und an Disziplin hervorgetreten sind, die nach und nach jene bedauernswerte Mißthelligkeit hervorgerufen und im Laufe der Zeit sich immer mehr verstärkt haben.

Daß diese Uebelstände, die, wenn sie weiter fortbestehen, auf die Dauer für unsere Bürgerschulen unerträglich sind, auf die eine oder andere Weise beseitigt werden müssen, oder wenigstens, daß man eifrig bemüht sein muß, sie zu beseitigen, bedarf ebenfalls keiner besonderen Begründung. Die Frage ist nur die, wie soll man eine solche Besserung erhoffen? Die Schulkommission ist der Ansicht, daß das Ziel auf dem durch die inzwischen erledigten Anträge Friede und Frühling vorgeschlagenen Wege nicht zu erreichen sei, daß sich aber wohl eine Besserung der betreffenden Verhältnisse durch vertrauliche Verhandlungen mit den beiden streitenden Theilen, durch Anrufung ihres Pflichtgefühles und durch den Hinweis erhoffen läßt, daß sie als Angestellte an den hiesigen Schulen keine eigennützigen Interessen verfolgen dürfen, sondern vor allem das Wohl der Schule im Auge haben müssen. Es müßte schlecht um den Geist der betreffenden Kreise bestellt sein, wenn das nicht helfen sollte. — Ferner müßte man ernstlich versuchen, die zweifellos auf beiden Seiten vorgekommenen Mißgriffe abzustellen.

Endlich aber muß noch auf einen Punkt hingewiesen werden, der unter allen Umständen einer Aenderung bedarf, das ist das Hineinziehen des bestehenden amtlichen Streites in die Oeffentlichkeit (Zusammung), die Benützung der Presse zur Austragung dieses Streites. Es ist hierbei darauf hinzuweisen, daß es sich um amtliche Streitpunkte handelt, und daß diese nicht in die Oeffentlichkeit hineingezogen werden dürfen, damit das Interesse des ganzen Standes und vor allem die Schule selbst nicht geschädigt werde. Die Kommission ist der Ansicht, daß das bisher beliebte Verfahren, über die fragliche Angelegenheit zum Gaudium aller skandallüchtigen Leute längere oder kürzere Artikel in den Zeitungen zu veröffentlichen, mit der Stellung von Beamten und dem Takte, den man von solchen Beamten verlangen muß, nicht vereinbar ist. Die Kommission hat mich ausdrücklich beauftragt, hier offen auszusprechen, daß solche Mißbräuche, die von anderen Beamten ebenfalls nicht geduldet werden, auch bei den Lehrern, die doch auch Beamte sind und in dieser Beziehung keine Ausnahmestellung einnehmen, ihrer Ansicht nach nicht geduldet werden können, sondern nöthigenfalls mit strengen Maßregeln unterdrückt werden müssen. Ich könnte hier eine ganze Reihe von derartigen Zeitungsartikeln verlesen, Sie haben sie gewiß aber schon selbst gelesen.

Namens der Schulkommission bitte ich Sie nochmals um Annahme der fraglichen Resolution, wodurch der Antrag Frühling seine Erledigung gefunden haben würde.

Herr Rathe: Meine hochgeehrten Herren! Ich glaube, es wird in unserer Stadt kaum jemals vorgekommen sein, daß, nachdem hier in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten einmal ein vielleicht zu harter Ausdruck gebraucht worden ist, von der angegriffenen Stelle ein derartiger Bericht in die Oeffentlichkeit getragen wurde, wie das seitens des Schulvorstandes geschehen ist, ohne daß sich der darin Angegriffene sofort verantworten konnte. Mit großer Freude habe ich von Herrn Nolte

eben gehört, daß gewünscht würde, die Benutzung der Presse auszuschließen. Diese Benutzung habe ich bei der Gelegenheit selbst hart empfunden. Wenn der Bericht des Schulvorstandes nur hier in der Versammlung zum Vortrage gekommen wäre, so würde mich das nicht so tief verletzt haben, und ich würde nach der von Herrn Nolte vorgeschlagenen Resolution auch nicht mehr das Wort ergriffen haben. Jetzt bin ich es aber mir und meinem Amte, das vorläufig noch zu befügen ich die Ehre habe, schuldig, dazu nicht zu schweigen. Gestatten Sie daher, daß ich zu dem Berichte des Schulvorstandes Stellung nehme.

Der Bericht läßt durch seine Ausführlichkeit und Länge erkennen, wie sehr dem Schulvorstande daran liegt, vor der breiten Oeffentlichkeit die hier vorgebrachten Mängel zu widerlegen und zu entkräften. Ein von mir gebrauchter Ausdruck wird dazu benutzt, vieles Wahre und Sachliche vor der Oeffentlichkeit in Schatten zu drängen.

Ich identifiziere mich nicht mit dem Briefe des Herrn Lehrers Esche, sonst würde ich nicht nur einige wenige Sätze, sondern den ganzen Brief in seinem Wortlaut wiedergegeben haben. Ich wußte jedoch aus mir gewordenen Mittheilungen, daß manches Körnchen Wahrheit in diesen Sätzen enthalten war. Ich übermittelte mit Herrn Esches Genehmigung den Brief in Abschrift unserm Vorsitzenden, Herrn Justizrat Wolff. Da nun wider Erwarten dieser Brief dem Schulvorstande zugänglich gemacht wurde, so ist mir die in dem Berichte ausgesprochene Entrüstung um so schwerer verständlich, als die Definierung des von mir gebrauchten Ausdrucks „verwahrlosen“ aus dem Schreiben klar und deutlich ersichtlich war. Es ist richtig, daß der Antrag Friede zurückgezogen, aber keineswegs für fernere Zeiten aus der Luft geschafft ist. Ferner wird in dem Berichte als richtig anerkannt, daß die Einrichtung der Hilfsschule in bezug auf die Aufnahme der Kinder besserungsbedürftig war; was auch durch die ministerielle Verordnung vom 19. Juni d. Js. bestätigt worden ist. Außerdem sind von der Oberaufsicht der städtischen Bürgerschulen im inneren Betriebe einzelne von mir gemachte Vorhaltungen insofern zugegeben, als in Zukunft zu Ostern der Herr Schuldirektor in den oberen Klassen der Knabenschulen unvorbereitet Probeaufgaben anfertigen läßt und diese dem Schulvorstande zur Kenntnisknahme bringt.

Das Verhältniß der Schulinспекtoren zu den Lehrern brauche ich nicht mehr zu erörtern. Vielleicht wird mein Eingriff zur Besserung der Verhältnisse Anlaß geben. Bei dem großen Interesse, das jederzeit die Stadtverordneten und die von ihnen vertretene Bürgerschaft für unsere Bürgerschulen gezeigt und betätigt haben — haben wir doch alle unsere Ueberschüsse aus dem Licht- und Wasserwerke dem Schulbau zur Verfügung gestellt und die Schulgebäude mit jeder der Neuzeit entsprechenden Einrichtung ausgestattet — muß nun aber auch erwartet werden, daß die Schulleitungen Anstrengungen machen, um damit gleichen Schritt zu halten,

und zwar mit Aufbietung aller Kräfte jedes einzelnen Beamten des Lehrberufs!

Ob nun die Bürgerschaft und die geehrten Herren die Ausführungen des Berichts, nach welchen den Lehrern verständlich gemacht wird, daß die Höhe der Gehälter der Inspektoren für sie nur wünschenswert sein könne und sie die demnächstige Gehaltserhöhung leichter erreichen lasse, die hierdurch in Aussicht stehende Steuererhöhung mit Gleichmut ohne weiteres aufgenommen haben, will ich bezweifeln!

Bezüglich der Unterfügung der Nebenverdienste der Schulinspektoren habe ich mich schon seinerzeit ausgelassen, aber wenn der Bericht sagt, es wäre dieses ein Eingreifen in die persönlichen Rechte und wir würden tüchtige Lehrkräfte verlieren, so sind vor nicht langer Zeit den übrigen städtischen Beamten nach sorgfältiger Erwägung diese Nebenarbeiten unterfagt und wird die Zulassung solcher Arbeiten nur von der Zustimmung der Versammlung abhängig gemacht. Es muß doch unter allen Umständen in unserer gesamten Beamtenschaft was dem einen recht ist, dem anderen billig sein, und ich sehe keinen Grund zu dieser Sonderstellung.

Zu dem Satze des Berichts: „Es bleibt zu bedauern, daß ein Stadtverordneter, ohne sich zu unterrichten, was ein leichtes gewesen wäre, auf den Brief eines einzelnen Lehrers hin, der noch dazu in der gesamten Lehrerschaft mit seinen Ansichten allein steht, diese ungeheuerlichen Anklagen ausgesprochen hat“, habe ich folgendes zu bemerken:

Ich halte es nicht unter meiner Würde zu erklären, daß ich mich dadurch im Ausdruck und in der Sache vergriffen habe, als ich bei Verlesung des Satzes, daß in hiesigen Schulen Kinder verwahrlosen, nicht hinzugefügt habe, „dadurch, daß Kinder aus den Bürgerschulen, welche schwach im Lernen und mit Sprachfehlern oder sonstigen Gebrechen behaftet sind, ohne eingehende Prüfung der Hilfschule überwiesen wurden“. Ich bin allerdings der Ansicht, wie auch an anderer Stelle ausgesprochen ist, daß unsere heutige Jugend roher ist als vor Jahrzehnten. Diese Ansicht wird von verschiedenen Seiten geteilt und nicht allein von Seiten der bürgerlichen Partei, sondern auch von anderer Seite.

Es mag Gefühlsache sein, wenn man mit Schauer darauf blicken muß, daß ein 12jähriger Knabe einen anderen Knaben auf offener Straße niedersticht, oder ein anderer kaum aus der Schule entlassener, in die Lehre gegebener Knabe gleich einen Gehilfen mit einem Messer bedroht u. a. m.; auch wenn sich bei den Spielen auf öffentlichen Plätzen unter Aufsicht der Lehrer die Knaben so untereinander zudecken, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte, und der Tod des betreffenden Knaben die Folge davon war. Auch in der vorletzten Stadtverordnetenversammlung ergaben die Ausführungen des Referenten und verschiedener Redner, selbst des Herrn Oberbürgermeisters, in welcher mehr als rohen Weise

ein Teil unserer Jugend sich auf den Schulhöfen betätigt, einen schlagenden Beweis für den von mir gebrauchten Ausdruck.

Jedenfalls wird man einsehen, daß eine feste Handhabung der Disziplin, in und außer der Schule, sowie eine ernstere Auffassung bei einem Teil der Lehrer und die Wiedereinführung des vollen Nachmittagsunterrichts Wandel schaffen könnte!

Das ist meine feste Ansicht!

Daß die Schule an der Verwahrlosung unserer Jugend schuld sei, habe ich nicht gemeint. Ich war durch die langen Ausführungen des Herrn Schuldirektors erregt und mußte annehmen, der Schuldirektor spreche für sich und nicht im Namen des Schulvorstandes, auch vermiste ich in der Versammlung den von uns in den Schulvorstand gewählten Herrn Stadtverordneten Hauswaldt. (Herr Hauswaldt: Ich war verreist!)

Die Angelegenheit bezüglich der Hilfsschule ist ja nunmehr durch ministerielle Verordnung vom 19. Juni d. Jz. erledigt, hoffentlich zum Wohle der unglücklichen Kinder.

Wenn mir nun aber der Vorwurf gemacht wird, daß ich auf den Brief eines einzelnen, in der gesamten Lehrerschaft alleinstehenden Lehrers meine Beschuldigungen erhoben habe, so erwidere ich darauf folgendes: Eine eingehende Kenntnis über den Umfang der von mir berührten Verhältnisse erhielt ich erstens durch eine längere Auseinandersetzung mit Herrn Schuldirektor Schaarschmidt selbst, der mir die Verhältnisse bei der von der Lehrerschaft gewünschten allgemeinen Volksschule klar auseinandersetzte und dabei die Differenzen zwischen Inspektoren und Lehrern stark berührte. Sodann bekam ich weitere Informationen über die hiesigen Schulverhältnisse durch den von hier verzogenen Lehrer Sander, sowie durch die mir ohne meine Veranlassung gewordenen Besuche einiger Schulinspektoren und die Unterhaltung mit einigen in Lehrerkreisen hochangesehenen Lehrern, die ich über die betreffenden Verhältnisse befragte. Das dürfte Ihnen über mein Wissen in dieser Sache genügen. Bemerken möchte ich noch hierbei, daß mir der vielgenannte Lehrer Esche vor der betreffenden Debatte vollständig unbekannt war; ich muß Ihnen aber trotzdem folgendes sagen: es ist für mich noch kein Beweis für die Unrichtigkeit einer Behauptung, wenn der, der sie aufstellt, in seiner Korporation allein steht. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß auch ein Mitglied des Schulvorstandes Esches Forderung als nicht unbegründet angesehen hat. Der Bericht des Schulvorstandes redet sogar von einem wiederholten Drängen desselben zugunsten von Esches Forderungen. Ich weise darauf hin, daß der Bericht von achtungswerten Erfolgen der Tätigkeit des Lehrers Esche spricht, ja den Ausdruck gebraucht hat, er habe sich Verdienste erworben.

Ich stelle hiermit die Frage, ob denn dieser Lehrer, von dem die Behörde dieses anerkennende Zeugnis, wie es scheint, wider Willen ausspricht, ein auf jeden Fall abzulehnender Gewährsmann ist? Auf die Entgegnhaltung, ich hätte diese Behauptung nicht in der Öffentlichkeit aussprechen dürfen, stelle ich die Gegenfrage, wie lange hat denn der Lehrer Esche kämpfen müssen, ehe er die Genugtuung bekam, die er jetzt erhalten hat? Denn, daß in der Hülfschule bei Aufnahme und Festhaltung der Kinder Irrtümer vorgekommen sind, zeigt der jetzt veröffentlichte Erlaß und auch der Bericht. Ich bin der Ansicht, daß solche Irrtümer nicht erst abgestellt werden sollten, wenn eine unbequeme Persönlichkeit drängt, bis es nicht mehr anders geht.

Was nun endlich die Frage der Schulaufsicht betrifft, so muß ich mich dagegen verwahren, daß ich etwas der Bürgerschaft Unbequemes angeregt hätte. Ich habe die Genugtuung, daß seitens des Schulvorstandes Wandel in Aussicht gestellt ist. Der Schulvorstand schreibt weiter, es sei nicht der Wunsch der Bürger und der Lehrerschaft, daß das Konsistorium die hiesige Schule schärfer überwache. Ich begreife nicht, wie sich der Schulvorstand auf den Wunsch der Lehrer berufen kann. Der Wunsch der Lehrerschaft kann doch hier nicht maßgebend sein. Aber was soll es heißen, daß die hiesige Bürgerschaft und die Lehrer die Ueberwachung durch das Konsistorium nicht wünschen, soll das etwa gegen das Konsistorium gemünzt sein oder soll es die Abweisung der staatlichen Aufsicht über die hiesigen Schulen bedeuten, so daß damit die städtische Selbstständigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens erklärt werden soll? Ich stelle die prinzipielle Frage, ist das Herzogliche Konsistorium tatsächlich die vorgesetzte Behörde unseres Schulwesens oder ist sie es nicht? Ist es die vorgesetzte Behörde, dann hat es doch das Recht und die Pflicht, der Schulüberwachung und auch dem Schuldirektor hiesiger Stadt eine bestimmte Dienstanweisung zu geben. Auch der städtische Schuldirektor muß wissen, wem er Verantwortung schuldig ist. Daß ein Mangel an Kontrolle bestanden hat, muß zugegeben werden.

Alle Achtung vor der Treue und Hingebung der Lehrer, doch Menschen sind und bleiben sie wie wir.

Zum Schluß, meine Herren, hoffe ich, daß hier jederzeit Männer trotz und alledem ihr Wort in die Waagschale werfen, wo sich Unstimmigkeiten zeigen, um ihrer Pflicht gemäß mitzuarbeiten am Wohle unseres Gemeinwesens.

Herr Fricke: Ich habe nur einige Worte zu sagen. Zu meinem Antrage auf Abschaffung der Schulinspektoren wird sowohl von Seiten des Schulvorstandes, als auch in einem „Eingefandt“ in der Nummer der Landeszeitung vom 6. Juni d. J. die Vermutung ausgesprochen, der Antrag sei mir soufiziert worden. Diese Vermutung beruht auf einem Irrtum, denn niemand hat mir dazu eine Anregung gegeben. Dem Antrage steht der Lehrerverein sowohl, als auch irgend ein einzelner

Lehrer fern, er ist aus meiner eigenen Initiative hervorgegangen. Erst als ich von dem unerfreulichen Verhältnis zwischen Schulinspektoren und Lehrern Kenntnis erhielt, habe ich darüber bei einzelnen Lehrern Erkundigungen eingezogen und dabei allerdings das Gehörte bestätigt gefunden. Das mußte ich erwähnen, weil es mir zu Ohren gekommen war, daß einzelne Lehrer auf mich eingewirkt haben sollten, um ihnen behilflich zu sein.

Herr Frühling: Daß ich meinen Antrag zugunsten der Resolution der Schulkommission zurückgezogen habe, hat Ihnen der Herr Referent schon mitgeteilt. Ich kann mich auch den Ausführungen des Genannten im allgemeinen anschließen und möchte dieser Erklärung nur noch ein paar Worte hinzufügen über die Gründe, weshalb ich den Antrag zurückgezogen habe. Als Herr Fricke seinen Antrag eingebracht hatte, ist ihm seitens der Schulkommission ohne weiteres die Spitze abgebrochen worden, indem besonders darauf hingewiesen wurde, daß die Annahme des Antrages durch gesetzliche Bestimmungen verhindert würde. Nach der langen Darlegung des Herrn Schuldirektors Schaarschmidt, die gerade auf den Grund, der den Antrag hervorgerufen hatte, nämlich auf den Streit zwischen der Lehrerschaft und den Inspektoren in eingehender Weise hingewiesen und ihn bestätigt hatte, dabei aber die Schuld an den traurigen Zuständen allein der Lehrerschaft zuweisend, sollte gemäß dem Antrage der Kommission über den Antrag Fricke einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Das habe ich für unmöglich gehalten, denn es würde dadurch nur eine Bestätigung, oder doch wenigstens eine Zustimmung zu den schweren Vorwürfen gegen die Lehrerschaft ausgesprochen worden sein. Ich habe gleichzeitig darauf hingewiesen, daß, wenn etwas nicht in Ordnung ist, meist nicht eine Partei allein daran schuld zu sein pflegt und habe gesagt, es würde das eine unrichtige Behandlung des Antrages sein. Ueber den Grund des Antrages wurde weggegangen. Um zu verhindern, daß der Anschein erweckt würde, die Versammlung billige die Darlegung des Schuldirektors, habe ich zunächst den Antrag gestellt, den Antrag Fricke dem Magistrate zu überweisen und, als dagegen formelle Bedenken erhoben wurden, habe ich einen eigenen Antrag gestellt. Dieser Antrag ist so unglaublich milde im Ausdruck gewesen, daß man einen zäheren Antrag wohl kaum stellen konnte, denn ich habe weiter nichts beantragt, als den Magistrat zu ersuchen, bezüglich der Besetzung, der Stellung und der Besoldung der Schulinspektoren Aenderungen in Erwägung zu nehmen, die geeignet seien, den Wünschen der Lehrerschaft entgegenzukommen und Ersparnisse herbeizuführen.

Milder kann man sich gewiß nicht ausdrücken. Daß es mir nicht darauf angekommen ist, nur auf dem angedeuteten Wege den Grund der Klagen und den Antrag Fricke zu beseitigen, hatte ich in den wenigen Worten, die ich zu dem Antrage gesprochen hatte, ausdrücklich erklärt, indem ich sagte, ich sei zu wenig Fachmann, um Aenderungen an der Schulordnung vorschlagen zu können. Es ist

wohl selbstverständlich, daß hier nicht direkt Aenderungen und Vorschläge gemacht werden können; es kann vielmehr nur Sache der Versammlung sein, Stellung zu der Frage zu nehmen und die Sache dahin zu verweisen, wo die zuständige Stelle ist. Ich wollte mit meinem Antrage also verhindern, daß der Eindruck hervorgerufen würde, die Versammlung sei mit den Darlegungen des Schuldirektors Schaarschmidt einverstanden. Daß ich recht gehabt habe, hat die Entwicklung der Sache voll erwiesen; denn die Flut von Zuschriften, Eingekandts, Denkschriften, Anklagen und Denunziationen, die nach meiner Meinung, wie auch der Herr Referent schon hervorgehoben hat, das Maß des Wünschenswerten und Zulässigen bei weitem überschritten haben, bildet die beste Bestätigung meines Antrages. Der Magistrat ist wohl auch mehr durch die Menge der Zuschriften, als durch meinen Antrag veranlaßt worden, die Sache weiter in Erwägung zu nehmen, als ursprünglich gedacht war. Der Erfolg dieser Erwägungen geht sicher dahin, daß heute nur noch sehr wenige oder gar keine Mitglieder der Versammlung auf dem Standpunkte stehen, es könnte über die Sache zur Tagesordnung übergegangen werden. Auch die Schulkommission hat heute eine Stellung eingenommen, die so scharf und so klar in ihren Ausdrücken ist, daß die vorgeschlagene Resolution gegen meinen sehr milden Antrag eine ganz wesentliche Verschärfung und Klarstellung enthält, die ich sehr freudig begrüßt habe. Namentlich ist es mir sehr angenehm gewesen zu vernehmen, daß auch nach der Resolution nicht nur eine Partei die Schuld an den unleidlichen Verhältnissen trage. Aus dem Grunde ist es mir sehr leicht geworden, meinen Antrag zugunsten der Resolution zurückzuziehen, denn daß der Weg, den ich vorgeschlagen hatte, nicht mehr eingeschlagen zu werden braucht, hat die Verhandlung ergeben. Die Sache ist in Bewegung geraten und wir wollen sie sich vorläufig ruhig entwickeln lassen; so viel ist jedenfalls mit der Sache gewonnen, daß sie so ohne weiteres nicht mehr zur Ruhe kommen wird. Ich kann Ihnen deshalb nur empfehlen, die Resolution der Schulkommission anzunehmen.

Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen: wir sind damit so sehr überschwemmt und neues wird kaum noch vorzubringen sein, daß es überflüssig und Zeitvergeudung wäre, sich darauf einzulassen. Der Bericht des Schulvorstandes fordert allerdings zur Entgegnung direkt heraus, aber ich will darüber hinweggehen und nur konstatieren, daß ich mich mit dem Berichte keineswegs einverstanden erklären kann und dessen Ausführungen nicht zustimmen vermag. Es freut mich, daß Herr Fricke auch seinerseits der Resolution ohne weiteres zustimmt. Herrn Fricke wird das Verdienst immerdar bleiben, hier eine Sache, die dringend der Abhilfe bedarf, in die Öffentlichkeit gezogen und den Weg zur Besserung geöffnet zu haben.

Herr Jasper: Ich bedauere, daß Herr Frühling seinen Antrag zurückgezogen hat, denn er war zahn genug und noch zäher als der Antrag Fricke.

Ich kann auch nicht finden, daß die von der Schulkommission vorgeschlagene Resolution den Standpunkt des Herrn Frühling noch schärfer vertreten soll, als dessen ursprünglicher Antrag, sondern ich meine, es wird mit der Resolution noch mehr um den Brei herumgegangen, wie die Kaze in der Fabel. Was die Resolution ausdrückt, ist dabei nicht unrichtig; es ist vielmehr erfreulich, daß sie ausspricht, die Schuld an den unleidlichen Verhältnissen zwischen den Schulinspektoren und der Lehrerschaft liege nicht nur auf einer Seite, und daß auch vom Herrn Referenten unterstrichen gesagt worden ist, es liege auf der andern Seite ebenfalls sehr viel Schuld. Daß die Resolution aber darin gipfelt, dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen, auf eine Besserung des Verhältnisses zwischen Inspektoren und Lehrern hinzuwirken, ohne Mittel und Wege anzugeben, auf welche Weise nach dem Wunsche der Stadtverordneten die Verhältnisse besser zu gestalten seien und um die Frage, die den Streitpunkt zwischen den beiden Parteien gerade abgegeben hat, herumzugehen, das scheint mir nicht zweckentsprechend zu sein.

Herr Frühling sagte, die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen hätten ergeben, daß damit nicht durchzukommen sei, und hinterher bemerkte er resigniert, die Sache sei nun infolge der Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung in Fluß gekommen und man könne sie sich weiter entwickeln lassen. Wir können aber im Sinne des Herrn Frühling eher wirken, wenn wir zum Ausdruck bringen, in welchem Sinne wir das Verhältnis zwischen dem Schuldirektor und den Schulinspektoren einerseits und den Lehrern andererseits gestaltet wissen wollen, indem wir sagen, entweder sind die Gründe für uns maßgebend, die von seiten des Direktors und der Inspektoren angegeben sind, oder aber die Lehrer haben mit ihren Ansichten grundsätzlich recht. Meiner Meinung nach liegt es im Interesse des Schulwesens selbst, eine mehr demokratische Umgestaltung desselben vorzunehmen und dem Magistrate anheim zu geben, entsprechende Schritte in die Wege zu leiten. Dem Wunsche der Lehrerschaft stehe ich viel sympathischer gegenüber als der andern Seite, wenn ich auch statutarische Bedenken dagegen zugeben muß. Diese Bedenken lassen sich aber überwinden. Jedenfalls könnte der Versuch gemacht werden. Ich halte wenigstens nicht dafür, daß wir von der weiteren Verfolgung der Sache, die nun einmal in Fluß gekommen ist, absehen wollen, nachdem wir uns mit „Eingefandts“ genügend haben traktieren lassen müssen. Deshalb bedauere ich, daß Herr Frühling seinen Antrag zurückgezogen hat.

Noch mehr bedauere ich, daß der Kommissionsreferent ganz und gar nicht auf den Bericht des Schulvorstandes eingegangen ist. Herr Frühling hat recht, dieser Bericht fordert zur Kritik geradezu heraus und die Kritik ist meiner Ansicht nach hier von dieser Stelle aus um so dringender geboten, als unter dem Berichte Namen stehen, die uns als Stadtverordnete sehr nahe gehen sollten. Wenn die

Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer, Stadtverordneter Hauswaldt und Schuldirektor Schaarschmidt uns hier einen Bericht vorlegen, der nicht gerade dafür spricht, daß in unsern Schulen zur Zeit des Berichtes alles so bestellt war, wie es sein sollte und wenn dieser Bericht der objektiven Wahrheit in mancher Beziehung nicht entspricht, so würde ich es für eine Unterlassung seitens jedes Stadtverordneten, der darüber unterrichtet zu sein glaubt, halten, wenn er nicht an der Richtigstellung des Berichtes mitwirken wollte. Herr Rathe hat in dankenswerter Weise mit der Berichtigung und Zurückweisung einzelner Sätze und Behauptungen des Berichtes schon begonnen, ich hatte aber eigentlich noch mehr von Herrn Rathe erwartet (Heiterkeit), da er wohl sehr gut unterrichtet sein wird, indem ihm Zuschriften und dergleichen noch mehr zugegangen sein werden, wie es bei mir der Fall ist.

Bedauerlich sind in dem Berichte, und einem Schuldgeständnis des Schulvorstandes und auch des Schuldirektors gleichkommend, hauptsächlich die Ausführungen, die über die Hilfschule gemacht worden sind. Wenn in dem Berichte ausgeführt worden ist, daß schon seit langen Jahren dem Schulvorstande ganz genau die mißlichen Verhältnisse in der Hilfschule bekannt gewesen seien und daß schon sein längeren Jahren auf Abhilfe gesonnen sei, so widerlegt der Bericht sich einigermassen selbst, indem er sagen muß, daß jetzt eine Ordnung vorbereitet sei, die dem Konsistorium und den sonstigen zuständigen Instanzen zur Genehmigung unterbreitet worden ist. Als der Antrag Friede vor sieben Monaten kam, war die „Ordnung der Hilfschule“ noch nicht genehmigt und noch nicht in Geltung. Gleichwohl sagt der Bericht, daß dem Schulvorstande die Mißstände schon seit langen Jahren bekannt seien. Also ist in den langen Jahren gar nichts zur Abstellung der Mißstände getan und erst jetzt sieht man sich in Folge des Antrages Rathe bemüßigt, in Form der Ordnung der Hilfschule ein Pflasterchen zu bereiten. In dieser Ordnung soll nun alles in die richtigen Gleise geleitet sein. Ich muß das bezweifeln, denn das wesentlichste der Ordnung, was auch in dem Berichte des Schulvorstandes hervorgehoben ist, liegt darin, daß die Prüfung der in die Hilfschule aufzunehmenden Kinder von anderen Bedingungen abhängig gemacht wird als bisher (Widerspruch), daß nämlich jetzt 7 Herren darüber zu entscheiden haben, wer in die Hilfschule aufgenommen werden soll. (Widerspruch). Das steht in dem Berichte und wenn der falsch ist, weiß ich es nicht. Es heißt dort: „Gegenwärtig hat der Schulvorstand durch eine neue dem Herzoglichen Konsistorium zur Genehmigung eingereichte Ordnung die Aufnahme in die Hilfschule und Entlassung aus derselben einem besonderen Ausschuss übertragen, bestehend aus einem Mitgliede des Schulvorstandes, dem Schuldirektor, einem von dem Schulvorstande zu ernennenden Schulinspektor, dem städtischen Oberarmen- arzte und dem Schularzte der Hilfschule.“ Dabei ist mir aufgefallen, daß ein

junges Menschenkind, das mit Geistesgaben vermutlich nicht besonders ausgerüstet sein wird, einem derartig hohen Kollegium vorgestellt wird, wo schon Erwachsene graulich werden sollten und sich nicht so unbefangen ausdrücken werden, wie vor einem kleineren Kreise. Vor einem solchen größeren Kreise soll das schwach befähigte Kind untersucht werden, das will mir als Laie nicht einleuchten. Der Bericht gibt indirekt zu, daß solchen Mißgriffen, wie sie in der Presse behauptet und im Berichte auch nicht widerlegt sind, fortan die Spitze abgebrochen und verhindert werden soll, daß nicht auch die einem Kinde mitgegebenen Begleitmannschaften einfach aus Versehen in der Hilfsschule zurückbehalten werden. (Widerspruch.) Ich vermute, daß diese Mitteilung der Presse richtig ist, weil in dem von dem Lehrer Esche an Herrn Friede gerichteten Briefe bestätigt wird, daß solche Mißgriffe vorgekommen sind und daß Herr Hauswaldt die Richtigkeit der Angaben bestätigen könne. Ich vermute, daß die Preßberichte zum Teil auf Herrn Esche zurückzuführen sind. Da der Bericht des Schulvorstandes dieser Angabe auch nicht widerspricht, so habe ich keine Veranlassung, an deren Richtigkeit zu zweifeln. Ich würde mich allerdings freuen, wenn ein derartiger Mißgriff nicht vorgekommen wäre.

Es wird Herrn Hauswaldt bekannt sein, daß in dem weiteren Eingefandten Behauptungen über die Aufnahme in die Hilfsschule enthalten sind, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob die bisher beliebte Aufnahmeordnung genügend Schutz gewährte und wirklich nur diejenigen in die Hilfsschule aufgenommen wurden, die dahin gehörten. Ich hätte einen anderen Weg für gangbarer gefunden und wundere mich, daß der Bericht das nicht erwähnt. Wir haben doch Schulärzte, die regelmäßig die Kinder untersuchen und beobachten können und die in Gemeinschaft mit dem bisherigen Lehrer in der Lage sind zu beurteilen, ob ein Kind der Hilfsschule überwiesen werden muß oder nicht. Sodann liegt in dem Berichte ein Schulbekenntnis, das nicht zurückgestellt werden kann, insofern, als hier geschildert wird, daß das Einvernehmen zwischen dem Schulvorstande und dem Direktor nur sehr mangelhaft zu sein scheint. Ich erinnere mich auch eines Prozesses, in dem dieses Verhältnis zwischen dem Schulvorstande — dem ja auch Herr Hauswaldt angehört — und dem Schuldirektor Schaarschmidt eine gewisse Rolle gespielt hat. Herr Rathe hat schon darauf hingewiesen, daß nach dem Berichte des Schulvorstandes auf wiederholtes Drängen eines Mitgliedes desselben der Schulvorstand im Jahre 1904 beschlossen habe, eine Methode des Lehrers Esche einzuführen.

Das war Anfang 1904. Derselbe Bericht läßt auch erkennen, daß der Schuldirektor Schaarschmidt seinen Verpflichtungen, die Anordnungen des Schulvorstandes zu befolgen, so getreulich nachgekommen ist, daß der Versuch im August 1905, also ein Jahr später, gemacht worden ist. Nach dem betreffenden Prozeßberichte hat Herr Hauswaldt als Zeuge ausgesagt, daß es Herr Schuldirektor Schaarschmidt

oft nicht sehr eilig hätte, die Anforderungen des Schulvorstandes zu erfüllen. Das ist ein Mißstand in unserm Schulwesen, der nicht länger geduldet werden kann und der gebietet, die Äußerungen des Schuldirektors und sein Verhalten mit größter Vorsicht zu beurteilen. Im August 1905 sollte also auf wiederholtes Drängen eines Mitgliedes des Schulvorstandes der Versuch gemacht werden, die sprachkranken Kinder einer Bürgerschule zu sammeln und sie dem Lehrer Esche zu überweisen. Der Versuch ist aber fehlgeschlagen, weil der Lehrer Esche, wie es in dem Berichte heißt, leider sein Amt nicht angetreten, sondern am folgenden Tage durch einen Brief dem Schulvorstande mitgeteilt hat, daß er das Amt nicht annehmen könne, da er sich nicht dazu hergeben könne, daß mit ihm eine Probe gemacht würde. In dem „Eingefandt“ des Herrn Esche — das ich im Gegenstze zum Herrn Referenten für durchaus sachlich halte, weil auch gegen den Lehrer Esche durch den veröffentlichten Bericht des Schulvorstandes die schärfsten Angriffe gerichtet waren und er sich daher auch in der Öffentlichkeit, wo er angegriffen war, wieder zu wehren hatte — stehen die näheren Umstände zu lesen, wie der Versuch, zu dem der Schuldirektor Schaarschmidt nach mehr als einem Jahre Wartens sich endlich genötigt gesehen hat, ausgeführt werden sollte. Ich möchte die Herren vom Schulvorstande fragen, ob der Bericht von Esche, den er als Erwiderung in berechtigter Abwehr der Angriffe des Schulvorstandes veröffentlicht hat, auf Wahrheit beruht oder nicht, ob es z. B. wahr ist, daß man diesem Lehrer, dem auch in dem Berichte des Schulvorstandes eine gewisse Fähigkeit, sprachungewandte Kinder zu fördern, nicht abgesprochen wird, und dem dieserhalb sogar ein Lob erteilt wird, einen ungenügenden Klassenraum und eine ungeeignete Unterrichtszeit zur Verfügung gestellt hat, daß ihm ein Keller oder ein Büchzimmer angewiesen wurde und daß er die Kurse nebenamtlich leiten und in bestimmter Zeit erledigen sollte. Ich nehme an, daß diese Schilderung des Herrn Esche richtig ist, da ich den Herrn Schuldirektor und die Herren Schulinspektoren insofern glaube genug zu kennen, als sie eine derartige attennmäßige Erwiderung nicht monatelang un widersprochen in die Welt gehen gelassen haben würden. Herr Schuldirektor Schaarschmidt hat doch sonst immer sehr leicht den Weg in die Öffentlichkeit gefunden, wenn etwas geschrieben war, was ihm nicht paßte. Ich erinnere auch an das Vorgehen des Schulinspektors Formes, der mit Schulheften hausieren ging, um die Befähigung der Lehrer, Schulhefte zu korrigieren, nachweisen zu wollen. Ich bin neugierig zu erfahren, wie die Verhältnisse wirklich liegen und bin bereit, meine Ansicht zu reformieren, wenn ein Mitglied des Schulvorstandes hier erklären kann, die Erwiderung des Herrn Esche wäre unrichtig. Vorläufig stehe ich noch auf dem Standpunkte, daß sie richtig ist.

Diese ganze Geschichte beweist, daß das Vorgehen des Herrn Schuldirektors Schaarschmidt noch viel schädlicher für unsere Schule ist, als wir bisher geahnt

hatten. Es ist deshalb ernstlich auf Abhilfe zu sinnen und zu erwägen, ob die Pächawirtschaft und die Selbstherrschaft eines einzelnen auf die Dauer erhalten bleiben soll. Weiter steht in dem Berichte, daß der Lehrer Staats mit dem Heilunterricht betraut worden sei, nachdem der Versuch mit dem Lehrer Esche gescheitert sei. Ich habe Gelegenheit genommen, mich bei den Lehrern, die mir bekannt waren, zu erkundigen, ob solcher Heilunterricht fortgesetzt wird, habe aber nicht ermitteln können, ob der damalige sehr zweckmäßige Unterricht fortgesetzt wird. Ich erinnere mich dunkel, daß im Frühjahr, ehe der Antrag Fricke kam, verlautete, daß dieser Heilunterricht abgebrochen sei, ob er wieder aufgenommen werden soll, kann ich nicht ermitteln. Vielleicht ist Herr Oberbürgermeister Metemeyer in der Lage, uns darüber Aufklärung zu geben. Ich würde es für dienlich und zweckentsprechend halten, wenn für die unglücklichen Wesen mehr als bisher gesorgt würde; ich habe hierzu auch umsomehr Vertrauen, als in früheren Debatten der Herr Oberbürgermeister seine grundsätzliche Zustimmung zu der Methode der Unterrichterteilung zu erkennen gegeben hat.

Im wesentlichen wird es sich aber bei Würdigung der Einrichtung unserer Hilfsschule, die mit einen hervorragenden Punkt des Berichtes des Schulvorstandes bildet, darum handeln, welchen Zweck man ihr zuweist, ob sie bestimmt ist, auf die Dauer alle Schwachbefähigten, Schwach sinnigen und auch die Stammler mit aufzunehmen, oder ob das Ziel der Hilfsschule dahin geht, den Privatunterricht, den die besser situierten Eltern ihren Kindern können angeeignen lassen, zu ersetzen, so daß nicht ein dauerndes Beharren der Kinder in der Hilfsschule das Ziel des Unterrichts sein soll, sondern ein Zurückführen in die geordneten Verhältnisse der allgemeinen Schule.

Da der Schulvorstand die Anordnungen des Schuldirektors nicht gehindert hat, so nehme ich an, daß er dessen Ansicht im allgemeinen beipflichtete. Ich würde das bedauern und gebe deshalb anheim, bei dieser Gelegenheit zu erwägen, ob nicht eine gründliche Umgestaltung unseres Schulwesens, gerade auch in bezug auf die Hilfsschule, eintreten könnte. Ich habe meinen Aufenthalt in Mannheim auch dazu benutzt, darüber Rücksprache zu nehmen, wie das Mannheimer System einschlägt und habe dort von Lehrern, die praktisch damit zu tun hatten, sagen hören, daß die Lehrerschaft in Mannheim zum guten Teil davon befriedigt sei. Das wäre eine andere Handhabung des Schulbetriebes als die hier beliebte, und ich möchte wohl zur Erwägung geben, ob man nicht in eine nähere Prüfung dieser Frage eintreten könnte. Dann würde doch zum mindesten ein positives Ergebnis bei unsern Verhandlungen herausgekommen sein. Soweit ich mir habe berichten lassen, wird hier die Sache folgendermaßen gehandhabt. Wenn ein Kind zwei Jahre in der untersten Klasse sitzen geblieben ist, wird es in die Hilfsschule geschickt und kommt es auch da in den nächsten zwei Jahren nicht weiter, wird es nach Erkerode gesandt.

Herr Esche hat in einem Eingefandt auf solche Fälle hingewiesen, die als lebhafte Zeugen dazu dienen können, daß der von Herrn Rathe gebrauchte Ausdruck zwar scharf war, aber objektiv nicht als unrichtig bezeichnet werden kann. Wenn ein Kind, statt gefördert zu werden, von Stufe zu Stufe sinkt und in der Entwicklung zurückbleibt, so ist der Zweifel berechtigt, ob unser bisheriges System richtig ist oder nicht. Wenn dem Berichte weiter der Vorwurf gemacht wird, daß er nicht der Wahrheit gemäß abgefaßt sei, so darf ich das wohl auf die Stelle beziehen, in der er ausführte, daß Korrekturen von Prüfungsarbeiten durch Schulkinder niemals vorgenommen seien, freilich mit dem vorsichtigen Zusatz: „soweit solches durch die jetzt im Amte befindlichen Schulinspektoren festgestellt sei“. Nun weiß ich nicht, inwieweit der Zusatz den klar und bestimmt scheinenden Vordersatz einschränkt, ob nämlich die Schulinspektoren und die Lehrer sämtlich darüber gehört worden sind, die doch am besten darüber zu urtheilen imstande sein würden. Abgesehen von dieser Einschränkung, die eine reservatio mentalis bedeuten könnte, möchte ich behaupten und zwar auf Grund privater Kenntniss, die ich durch Zuschriften erhalten habe, daß die Behauptung des Berichtes auf objektiver Unwahrheit beruht. In den Schulen am Prinzenwege, der Reichenstraße und am Hohenstiege sollen Korrekturen der Prüfungsarbeiten durch Schulkinder mehr als einmal vorgekommen sein. Es würde ein sehr eigentümliches Licht auf unsere Schulverhältnisse werfen, wenn dieses System bei uns gang und gäbe wäre; es würde aber ein noch viel sonderbareres Licht darauf werfen, wenn die so viel gepriesene Schulaufsicht des Direktors gar nichts von diesen Vorgängen in der Schule wüßte und er deshalb einen Bericht unterzeichnen kann, in dem gesagt wird, das sei un wahr. Er verschmäht es, die Obergufsicht des Konsistoriums zu dulden, die leider heute noch Rechtens bei uns ist, und ich bin mit dem Schulvorstande im übrigen einverstanden, wenn er sich gegen das geistliche Bevormundungssystem zu wahren sucht. Ich bedaure aber sagen zu müssen, daß unter Umständen die augenblicklich noch gesetzlich zulässige Stelle einschreiten müßte, wenn der Schulvorstand nicht in der Lage ist, derartige Mißstände zu erkennen und rechtzeitig abzdämmen, ehe sie einen größeren Umfang gewinnen oder zu einem System werden.

Ich hoffe, daß die Anregungen des Herrn Fricke in Verbindung mit meinen Ausführungen dazu dienen werden, daß der Schulvorstand mehr als bisher darauf Bedacht nimmt, den Herrn Schuldirektor, dessen Befähigung durch den Bericht nicht gerade in ein sehr günstiges Licht rückt, besser zu überwachen und damit die Funktionen zu versehen, die dem Schulvorstande seitens der Gemeinde übertragen werden. Soweit der Bericht, der allerdings noch mehr Angriffspunkte bietet, mit dessen Einzelheiten ich Sie aber nicht ermüden möchte. Ich glaubte mich aber für verpflichtet zu halten, diese wenigstens hervorheben zu sollen, weil das in dem Berichte niedergelegte Bekenntnis des Schuldirektors in der Öffentlichkeit kritisiert

werden mußte. Die Oeffentlichkeit würde es nicht verstehen, wenn kein Stadtverordneter sich trotz besserer Kenntnis der Verhältnisse dagegen ausgesprochen haben würde. Es wird das hoffentlich mit dazu beitragen, für die Zukunft den einen oder anderen Mißstand hintan zu halten. Der Resolution an sich will ich nicht widersprechen und will nur noch unterstreichen, daß auch insofern ein Verschulden auf der anderen Seite liegt, als es sich nicht, wie damals aus dem von Herrn Blasius vorgetragenen Berichte der Schulkommission zu lesen war, um einzelne Angriffe des Schuldirektors gegen mißliebige Beamte handelt, sondern daß die verschiedensten Lehrer mit ihm unliebsame Erfahrungen gemacht haben. Den Herren, die den an Herrn Fricke gerichteten Brief gelesen haben, wird erinnerlich sein, welchen Unteroffizierston der Direktor teilweise seinen Beamten gegenüber anschlägt, und es muß auch befremden, daß in dem Berichte des Schulvorstandes gesagt wird: Das frühere freundschaftliche außerdienstliche Verhältnis im Lehrerverein habe aufgehört zu bestehen, jedoch spiele das im Dienste keine Rolle und der Schuldirektor stehe dem Lehrerverein objektiv gegenüber. Ich bitte, sich dem gegenüber aus der Denkschrift des Lehrervereins den Schluß zu vergegenwärtigen, wo ausgeführt worden ist, daß der Schuldirektor erklärt habe, einen Lehrer zum Schulinspektor nur vorschlagen zu können, wenn er aus dem Vorstande des Lehrervereins ausscheide. Ich weiß nicht, ob das ein Uebertragen außerdienstlicher Verhältnisse in den Dienst ist und ob er dabei im Dienst gehandelt hat, oder ob es sich nur um eine außerdienstliche subjektive Abneigung gegen die Lehrerschaft handelt. Solche Fälle müssen wir im Gedächtnisse behalten, wenn wir unsere Schulverhältnisse würdigen und deren Besserung anstreben wollen.

Vorjgender: Der Herr Referent hat im Eingang seiner Erörterungen darauf hingewiesen, daß seine Betrachtungen über die Hilfschule und die Schulaufsicht noch folgen würden und er sich zunächst nur an den Antrag Frühling gehalten habe. Durch den Herrn Vorredner sind nun aber auch diese Sachen schon in die Debatte gezogen. Es würde sich empfehlen, wenn der Herr Referent nun erst sein Referat zu Ende führte. (Zustimmung.)

Herr Kolte: Am Schlusse meines Referates hatte ich bemerkt, daß ich zunächst über den Antrag Frühling berichtet habe und die Annahme der Resolution der Schulkommission empfehle.

Es handelt sich nun ferner um das Schreiben des Magistrats vom 10. August 1906 und um den demselben beigelegten Bericht. Nachdem der Antrag Frühling zurückgezogen ist und nachdem Herr Oberbürgermeister Ketemeyer uns gegenüber erklärt hatte, es läge dem Magistrate unter diesen Umständen nichts mehr daran, daß die Versammlung Stellung nähme zu denjenigen Verhältnissen, die infolge des Antrages Frühling hätten klar gestellt werden müssen, ist die Schulkommission der Ansicht, daß sie der Aufgabe überhoben sei, sich über diese Punkte des Berichtes

des Schulvorstandes zu äußern. Dagegen meint sie, daß sie die Angriffe, die gegen die Leitung der Hilfsschule und gegen die Schulaufsicht erhoben worden sind, allerdings hier noch zu behandeln habe.

Die Kommission hat gelegentlich ihrer Beratungen über diese ganze Angelegenheit den Bericht des Schulvorstandes geprüft. Sie hat selbstverständlich die diesem Berichte unterliegenden Tatsachen, soweit sie ihr nicht selbst amtlich bekannt geworden waren, nicht nochmals nachprüfen können; dazu fehlten ihr die Hilfsmittel. Sie kann sich also im wesentlichen lediglich auf die betreffenden tatsächlichen Angaben der zuständigen Behörde, nämlich des Schulvorstandes, beziehen.

Ich kann hier zunächst im allgemeinen bemerken, daß die Kommission mit dem Inhalte des fraglichen Berichtes, insbesondere soweit er die nach Zurückziehung des Antrages Frühling hier nur noch in Betracht kommenden Punkte 2 und 3: Einrichtung und Leitung der Hilfsschule und Schulaufsicht betrifft, im wesentlichen einverstanden ist, und sich diesem Berichte anschließt.

Wie Ihnen noch erinnerlich sein wird, hat Herr Rathe in der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 31. Mai 1906 schwere Vorwürfe gegen die Handhabung des Dienstes bei den hiesigen Bürgerschulen, insbesondere rücksichtlich der Schulaufsicht erhoben und gesagt, daß ihm die betreffenden Mitteilungen von berufener Seite gemacht worden seien. Anlässlich einer hierdurch verursachten Äußerung des Herrn Vorsitzenden, welche die Mißbilligung darüber ausdrückte, daß ein Stadtverordneter in öffentlicher Sitzung solche Anklagen erhöhe, ohne für sie die erforderlichen Unterlagen beizubringen, hat Herr Rathe an den Herrn Vorsitzenden einen Brief geschrieben.

Es geht aus diesem Briefe, dem eine Abschrift des Briefes des Lehrers Esche vom 25. Mai 1906 anlag, hervor, daß sich Herr Rathe bei der fraglichen Erklärung auf den Inhalt dieses Briefes gestützt hat, wenn er auch hinzufügt, daß ihm schon längere Zeit vorher mündliche Klagen gekommen seien, die durch die Klagen des Herrn Esche bestätigt seien. Nach der Ansicht der Kommission hätte Herr Rathe, wenn er den Inhalt dieses Briefes genauer geprüft hätte, doch von vornherein zu allerlei Bedenken rücksichtlich des Inhaltes kommen müssen; denn es finden sich in dem Briefe derartige Äußerungen, daß man schon aus ihrer Form den Eindruck der Uebertreibung gewinnt. Gleich im Anfange des Briefes heißt es:

„So sehr ich mich auch wehre, es bleibt mir bald nichts mehr übrig, ich muß hinausjahren in die Welt: In Braunschweig verwaarloßen die Kinder in den Schulen, man hat in den letzten Jahrzehnten geistigen Totschlag verübt an manch armem Kinde.

Und handelte es sich nur um wenige und nicht um viele Duzend armer Kinder!“

Wenn man solche Äußerungen liest, so kann man unmöglich besonderes Vertrauen zu dem weiteren Inhalte des Briefes fassen. Ich kann wenigstens zu solchem Resultat nicht kommen. Ähnliche Äußerungen finden sich aber noch eine ganze Anzahl in dem Briefe. Die von Herrn Rathe auf Grund dieses Briefes erhobenen Anschuldigungen sind bekannt, weshalb ich sie nicht wiederholen will. Herr Esche fügt noch einige weitere Klagen hinzu, die ich auch nicht verlesen werde, weil sie bestimmte Tatsachen nicht bringen. Außerdem hat Herr Esche noch zwei Briefe an den Herrn Vorsitzenden geschrieben, die der Versammlung ebenfalls zur Verfügung gestellt worden sind. In beiden Briefen, insbesondere in dem Briefe vom 2. Juni finden sich viele spezielle Beschuldigungen gegen den Schuldirektor Schaarschmidt und einzelne Schulinspektoren, insbesondere gegen den Direktor wegen angeblich nicht zu billigen Verhaltens gegenüber dem Konsistorium in einer Sitzung des Lehrervereins und wegen verschiedener angeblich gegen Herrn Esche begangener Uebergriffe.

In letzterer Beziehung stehen uns irgend welche Befugnisse disziplinarer Art und die Möglichkeit einer Untersuchung nicht zu, wir müssen das lediglich den zuständigen Behörden überlassen.

Rücksichtlich des angeblichen Vorganges in der betreffenden Sitzung des Lehrervereins verweise ich auf den Bericht des Schulvorstandes unter Nr. 5 Absatz 1. Die Kommission kann sich der hier ausgesprochenen Ansicht nur anschließen, und ich glaube selbst Herr Jasper wird mit dieser Auffassung des Schulvorstandes einverstanden sein.

Im übrigen handelt es sich in den Anklagen des Herrn Rathe und auch in den Briefen des Herrn Esche um Klagen über mangelhafte Schulaufsicht. Dem gegenüber hat der Schulvorstand eingehend berichtet und insbesondere hervorgehoben, daß die Ergebnisse der hiesigen Schulen stets befriedigende gewesen seien und sie auch außerhalb Braunschweigs in gutem Rufe ständen, was auch die in den Jahren 1904/5 zur Prüfung der Brückmannschen Klagen eingesetzte große Kommission in einem eingehenden Berichte anerkannt habe.

Daß in einem so großen Schulwesen Mängel vorkommen, ist natürlich.

Es fragt sich nur, ob diese Mängel alsbald erkannt sind und ob man bestrebt gewesen ist, sie zu beseitigen. Der Schulvorstand ist der Ansicht, daß die Schulaufsicht innerhalb unseres Schulwesens selbst bewirkt werden muß und in durchaus genügender Weise auch bewirkt ist und daß der Versuch, die Sache so darzustellen, als ob die inneren Verhältnisse der hiesigen Bürgerschulen schlecht seien und schleuniges Einschreiten erheischten, unrichtig ist.

Ich kann die Ansicht der Kommission dahin aussprechen, daß sie im wesentlichen die Ansicht des Schulvorstandes auch in dieser Beziehung teilt. Insbesondere

ist der Kommission und auch Ihnen allen bekannt, wie eingehend erst vor kurzem die Leistungen der Bürgerschulen geprüft worden sind. Die Kommission ist damals auch mit Zustimmung der Versammlung zu der Ueberzeugung gekommen, daß im wesentlichen gegen die Leistungen nichts zu erinnern sei. Auch die Lehrerschaft teilt diese Klagen nicht, denn sie hat im Lehrerverein einen Beschluß gefaßt, der folgendermaßen lautet:

„Der Braunschweiger Lehrerverein erklärt, daß er dem Schreiben des Herrn Gsche an Herrn Stadtverordneten Fricke völlig fern steht, daß er insbesondere die Ausführungen des Herrn Gsche über Verwahrlosung von Schulkindern in den hiesigen Schulen zurückweist und seine Ansichten betreffs der Schulaufsicht nicht teilt.“

Es ist immerhin ein sehr gewichtiges Zeugnis, wenn 200 Lehrer einstimmig einen derartigen Beschluß fassen, aus dem hervorgeht, daß sie wesentliche Mängel auch in bezug auf die Schulaufsicht nicht vorzubringen haben. So fasse ich die Sache wenigstens auf. Daß trotzdem einzelne Mißgriffe vorgekommen sind, ist klar und soll auch ohne weiteres zugegeben werden. Die werden aber immer wieder vorkommen; sie kommen an allen Schulen vor, weil wir alle, auch die Lehrer und deren Aufsichtsbeamte, nur Menschen sind. Im wesentlichen hat die Schulkommission also dem Berichte des Schulvorstandes nichts hinzuzufügen. Sie hebt aber doch noch hervor, daß die Ansicht des Schulvorstandes über die Schulaufsicht doch auf höherer Warte steht, als die von Herrn Gsche empfohlene streng formelle Aufsicht, wie sie in Preußen bestehen soll. Wenn die Schulaufsicht so ausgeübt wird, wie es der Bericht des Schulvorstandes ausführt, so scheint uns das besser zu sein, als eine formelle Prüfung mit großem Protokoll, mit anderen Worten, als eine Prüfung nach Schema F.

Auf die behaupteten Mängel hinsichtlich der Oster-Revisionen will ich noch eingehen. Es scheint auch mir, daß hier eine tatsächliche Unrichtigkeit in dem Berichte des Schulvorstandes untergelaufen ist, denn es dürfte doch zutreffen, daß es, wenn auch nicht regelmäßig so doch öfter, vorgekommen ist, daß die Arbeiten zuerst nicht vom Schulinspektor oder von einem Lehrer, sondern von Kindern durchgesehen sind. Das ist aber durchaus nichts schlimmes. Ich habe zufällig mit einem ganz bedeutenden Schulmanne über die Sache gesprochen, der mir sagte, „das tun wir auch“. Auf dem Wolfenbütteler Gymnasium, das ich besucht habe, wurde es gelegentlich ebenso gemacht; die Arbeiten wurden ausgetauscht und von den Schülern nachgesehen. Selbstverständlich sah der Lehrer hinterher die Arbeiten und die vorgenommenen Korrekturen auch noch nach und war deshalb allein dafür verantwortlich. So ist es auch hier gewesen. Deshalb ist die Sache nicht so schlimm, wie sie Herr Dr. Jaäper dargestellt hat. Mancher Lehrer behauptet auch, daß solche Korrekturen ein ausgezeichnetes Mittel seien, um die

Kinder zum Nachdenken anzuregen und ihren Geist auszubilden. Die Hauptsache bleibt immer, daß der Lehrer die Arbeiten hinterher nachsieht, das Resultat feststellt und dem Schulinspektor darüber Bericht erstattet. Ich will dazu nur noch bemerken, daß die Kommission der Ansicht ist, der Inspektor könne unmöglich derartige Arbeiten sämtlich selbst nachsehen, denn das würde ihn an anderen Arbeiten verhindern, die wichtiger sind, als diese Sachen. Es ist richtig, daß man dasselbe Resultat erreichen wird, wenn die Korrekturen zunächst von Kindern vorgenommen, sodann von Lehrern nachgeprüft werden und darauf zur Kenntnis der Schulleitung kommen.

Was die Hilfsschule betrifft, so liegen nur Klagen des Lehrers Esche vor. Allerdings sind ja, nicht nur nach dem Berichte des Schulvorstandes, sondern auch nach den uns zur Kenntnis gekommenen Tatsachen, Mißgriffe und Irrungen vorgekommen, die nicht angenehm sind und die besser unterblieben wären. Ohne im einzelnen darauf einzugehen, will ich nur erwähnen, daß zwei Kinder vom Sonnabend bis zum zweitfolgenden Montag in der Hilfsschule zurückgehalten worden sind, die nicht hineingehörten, sie sind indessen auf Beschwerde der Eltern aus der Hilfsschule wieder entlassen worden. Das ist an sich bedauerlich, jedoch muß ich bezweifeln, daß die Kinder dadurch erheblich geschädigt sein sollen. Es mag das den Kindern und auch ihren Eltern unangenehm gewesen sein, und ich erkenne auch an, daß es nicht in der Ordnung war, aber daraus herzuleiten, daß man hier geistigen Totschlag an den Kindern verübe, das geht zu weit, ein solcher Ausdruck ist überhaupt ganz unangebracht! Jedenfalls ist auch bei der Hilfsschule kein einziger Mißgriff bekannt geworden, aus dem auf eine gröbliche Pflichtverletzung geschlossen werden könnte. Es sind eben Irrtümer vorgekommen, denen jeder Mensch unterworfen ist. Alle diese Fälle haben sich aber vor mehr oder minder längerer Zeit ereignet, nämlich in den 80er und 90er Jahren, während uns kein Fall aus dem letzten Jahrzehnt bekannt geworden ist. Will man aber, wenn man derartige olle Kamellen wieder aufwärmt, damit beweisen, daß unsere Hilfsschule in schlechten Händen sei? Ich würde mich nicht erdreisten, ein derartiges Urteil auszusprechen. Seit Jahren wird eine sehr sorgfältige Prüfung der in die Hilfsschule aufzunehmenden Kinder seitens des Schuldirektors, des Leiters der Hilfsschule und des Vertrauensarztes der Hilfsschule, des Herrn Sanitätsrates Dr. Berthman, von dem Sie alle wissen, daß er ein tüchtiger und gewissenhafter Arzt ist, vorgenommen, seitdem Irrtümer nicht mehr bekannt geworden sind.

In dem Briefe des Herrn Esche heißt es auch, daß es auffallend wäre, wie die Zahl der die hiesige Hilfsschule besuchenden Kinder gewachsen sei. Es ist richtig, daß bei Einrichtung der Hilfsschule um das Jahr 1880 etwa 0,45 % der sämtlichen Schulkinder die Hilfsschule besuchten, welcher Satz langsam auf 1 $\frac{1}{2}$ % im Jahre 1904 gestiegen ist. Das soll ein horrender Prozentsatz sein! Meiner

Ansicht nach ist das nur ein geringer Prozentsatz. Wenn unter 100 Kindern nur $1\frac{1}{2}$ schwachbefähigte sind, so können wir uns immer noch gratulieren. Sofern andere Städte oder Staaten weniger Kinder in die Hilfsschule aufnehmen, so dürfen wir daraus nicht schließen, daß die dortigen Zustände oder Kinder besser sind, als die hiesigen, sondern, wenn man näher auf die Sache eingeht, so kann man nur darauf schließen, daß die fremden Hilfsschulen nicht auf der Höhe der unsrigen stehen, daß ihnen insbesondere nicht genügend Klassen zur Verfügung stehen, um soviel Kinder in die Hilfsschule aufzunehmen, wie aufgenommen werden müßten, wenn die andern Schulen gedeihen sollen.

Inzwischen ist nun eine neue „Ordnung der Hilfsschule für schwachbefähigte Kinder zu Braunschweig“ herausgekommen, die durch Verfügung Herzoglichen Staatsministeriums vom 19. Juni 1906 genehmigt worden ist. Dort heißt es im § 2:

„In der Regel werden in die Hilfsschule nur solche Kinder aufgenommen, welche acht Jahre alt sind und die unterste Klasse einer Bürgerschule ohne erhebliche Unterbrechung zwei Jahre lang mit ungenügendem Erfolge besucht haben. Eine frühzeitigere Aufnahme ist nur dann statthaft, wenn die Schwachbefähigung eines Kindes festgestellt und die Aufnahme in die Hilfsschule von dem gesetzlichen Vertreter desselben beantragt ist.“

Der gesetzliche Vertreter wird solchen Antrag aber gewiß nicht stellen, wenn nicht ein ausreichender Grund dazu vorliegt. Es heißt dann weiter im § 2:

„Bei den von anderen, insbesondere auswärtigen Schulen in die Bürgerschule eingetretenen Kindern vom zweiten Schuljahre an aufwärts hat der betreffende Schulinspektor die Aufnahme in die Hilfsschule binnen vier Wochen nach erfolgter Einschulung zu beantragen.“

Vor allem wird nun vor Aufnahme von Kindern in die Hilfsschule gefordert und ist auch bisher schon üblich gewesen, daß ein eingehender Bericht und ein Zeugnis des bisherigen Lehrers vorgelegt werde. Das ist aber wesentlich. Mehrere Mitglieder einer Aufnahmekommission können sich, auch wenn sie den besten Willen haben, irren, wenn aber ein Lehrer ein derartiges Kind zwei Jahre lang beobachtet und unterrichtet hat, so muß er wissen, ob das Kind schwachbefähigt ist oder nicht.

Im § 2 der „Ordnung“ heißt es dann weiter:

„Der Aufnahme selbst geht voraus:

- a. die Anmeldung des Kindes durch den zuständigen Schulinspektor bei dem Direktor der städtischen Bürgerschulen, und zwar im Februar

eines jeden Jahres, unter Einreichung eines ausgefüllten Fragebogens und des Zeugnisbuches. Der Fragebogen hat unter allen Umständen auch ein Zeugnis des Schularztes der betreffenden Bürgerschule über die leiblichen und geistigen Verhältnisse des Kindes zu enthalten."

Auch in diesem Punkte ist dem Wunsche des Herrn Dr. Jasper vollständig Genüge geschehen. Ferner heißt es im § 2:

"b. eine genaue Prüfung der angemeldeten Kinder durch einen besonderen Ausschuß. Dem letzteren haben anzugehören:

- 1) ein Mitglied des Bürgerschulvorstandes,
- 2) der Direktor der städtischen Bürgerschulen,
- 3) ein Schulinspektor derselben,
- 4) der Hauptlehrer der Hilfsschule,
- 5) der Stadtarzt und
- 6) der Schularzt der Hilfsschule.

Die unter 1 und 3 genannten Ausschußmitglieder werden vom Bürgerschulvorstande ernannt. Ueber das Ergebnis der ärztlichen und pädagogischen Prüfung ist ein Protokoll zu führen."

Hier haben Sie das von Herrn Esche mehrfach erwähnte Protokoll. Es heißt weiter im § 2:

"Der Ausschuß hat darüber zu entscheiden, ob

- a. angemeldete Kinder in der Bürgerschule zu belassen sind,
- b. in der Hilfsschule Aufnahme finden sollen, oder
- c. wegen Schwachsinns höheren Grades der Anstaltserziehung bedürfen."

Es kommen sodann noch Bestimmungen darüber, daß dem Beteiligten auch der Beschwerdeweg offen steht. Ebenso sind im § 3 Bestimmungen über die Entlassung der Kinder aus der Hilfsschule und deren Zurückversetzung in die Bürgerschule enthalten.

Nach meiner Ansicht werden durch diese Ordnung Mißgriffe verhindert werden; daß sie sich ganz und gar verhindern lassen, glaube ich nicht.

Ich wiederhole nochmals, daß die Schulkommission in diesen beiden Punkten den Bericht des Schulvorstandes, abgesehen von Einzelheiten, die ich schon hervorgehoben habe, billigt und die Versammlung ersucht, das ebenfalls zu tun.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die letzten Ausführungen des Herrn Referenten bilden zum Teil eine so nachhaltige Widerlegung der von Herrn Dr. Jasper unternommenen Angriffe, daß ich im allgemeinen auf deren Widerlegung verzichten kann. Herrn Rathe darf ich zunächst erwidern, daß es nach seinen Äußerungen den Anschein erweckte, als hätte er die Hoffnung, daß die ministerielle Genehmigung der neuen Ordnung der Hilfsschule durch die vorletzte Versammlung der Stadtverordneten veranlaßt wäre. Das ist ein Irrtum. Die Verhandlungen wegen Erlasses dieser Schulordnung haben schon längst vor jenen Vorgängen begonnen. Herr Rathe wies ferner darauf hin, daß, wenn den städtischen Baubeamten eine Nebenbeschäftigung gegen Entgelt nicht erlaubt sei, auch den Schulinspektoren solche Befugnis nicht eingeräumt werden dürfe. Die Ansicht ist unrichtig aus dem einfachen Grunde, weil über eine derartige Privatbeschäftigung die städtischen Behörden gar nicht zu entscheiden haben. Wenn aber Herr Rathe den Schulinspektoren tatsächlich jede Privatbeschäftigung untersagen wollte, so müßte solche Beschäftigung konsequenterweise auch den Lehrern untersagt werden, denn gleiches Recht für alle! Ein derartiger Eingriff in die jetzt bestehenden Verhältnisse würde aber auch meines Erachtens sehr wenig liebbare Folgen für die Stadt insofern haben, als die Stadt häufig selbst die Lehrer zur Erteilung von Privatunterricht heranzieht, indem sie sie mit bestem Erfolge zu Schulstunden in Anspruch nimmt, die sie nicht zu geben brauchen. Es wäre aber sehr bedauerlich, wenn kein städtischer Lehrer mehr an der städtischen Fortbildungsschule sollte unterrichten dürfen. Das ginge entschieden zu weit.

Weiter hat Herr Rathe hervorgehoben, daß der Schulvorstand sich wohl in einem Irrtum befände, wenn er meine, daß die Bürgerschaft die Schulaufsicht des Konsistoriums nicht wünsche. Ob der Schulvorstand die Ansicht teilt oder nicht, und ob die Bürgerschaft die Schulaufsicht des Konsistoriums wünscht, kann uns hier nicht beschäftigen. Nach dem Gesetze ist das Herzogliche Konsistorium zu der Schulaufsicht berufen und übt dieselbe auch aus. Der Herr Referent hat schon dargetan, daß eine Schulaufsicht nach Schema F nur einen sehr geringen Wert habe. Gerade weil das Herzogliche Konsistorium uns in bezug auf die Aufsicht über unsere Schulen nicht in gleicher Weise behandelt, wie die Dorfschulen, hat es anerkannt, daß wir ihm höher stehen als die Dorfschulen, und wir haben wirklich nicht danach zu trachten, daß höhere Revisionen vorgenommen werden. Ich persönlich halte von solchen Revisionen sehr wenig. Das Konsistorium würde auch garnicht in der Lage sein, alle Jahre jede Schulklasse bei uns zu revidieren. Eine derartige Revision ist ja doch weiter nichts, als ein kurzes Teilnehmen des einzelnen Referenten des Konsistoriums am Schulunterrichte, und dabei scheint mir nicht viel herauszukommen.

Sodann komme ich zu den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper. Herr Dr. Jasper hat den Bericht des Schulvorstandes wohl etwas anders ausgelegt, als er gemeint war. Der Schulvorstand hat garnicht erklärt, daß bislang keine Mißstände vorgekommen seien, sondern er hat ausdrücklich gesagt, es wären Irrtümer vorgekommen, die aber soweit zurückliegen, daß sie jetzt bei unseren Verhandlungen keine Rolle mehr spielen könnten. Es ist auch nicht richtig, wenn Herr Jasper gesagt hat, der Schulvorstand hätte inzwischen schleunigst die Aufnahmebedingungen geändert. Diese Bedingungen sind mehr oder weniger dieselben, es ist nur ein besser geordnetes Verfahren eingeführt worden. Ferner kann ich die Ansicht des Herrn Jasper nicht teilen, daß es wünschenswert wäre, über die Frage, ob ein Kind in die Hilfsschule aufgenommen werden soll, lediglich die Schulärzte entscheiden zu lassen. Wenn man die elf Schulärzte als das über die Frage entscheidende Kollegium hinsetzen wollte und ihnen die Kinder zu dem Zwecke vorführte, so bezweifle ich, daß etwas sehr Praktisches dabei herauskommen würde. Das kann der beste Arzt nicht so beurteilen, wie das hier vorgesehene Kollegium, bestehend aus zwei Ärzten und verschiedenen Schulmännern, die sich mit dem Kinde schon befaßt haben. Wenn ein solches unglückliches Kind einem Kollegium von elf fremden Ärzten gegenüber gestellt würde, was sollte dabei wohl herauskommen? Ich halte unser Verfahren für besser. Ich muß auch bestreiten, daß zwischen dem Schulvorstande und dem Schuldirektor nicht ein richtiges Einvernehmen bestanden habe. Im übrigen stehe ich auf dem Standpunkte, daß ein Einverständnis zwischen der vorgesetzten Behörde und einem ihr untergeordneten Beamten nicht unbedingt erforderlich ist und daß es ziemlich gleichgültig ist, ob der Beamte mit den angeordneten Maßnahmen immer einverstanden ist, er hat sie einfach auszuführen. Ich will dabei auch nicht verschweigen, daß der Schuldirektor Schaarschmidt den Beschluß auf Einführung von Kursen für Stammler u. nicht rechtzeitig ausgeführt hat. Wir haben das dem Herrn Schuldirektor auch eröffnet, und es ist vom Schulvorstande eingegriffen worden, worauf das nötige geschehen ist, um zu dem Versuche zu gelangen. Der Versuch ist dann allerdings fehlgeschlagen. Er bestand darin, daß der Schulvorstand sich nach der Schule an der Pestalozzistraße begab und ihm dort, nachdem er die Herren Inspektor Schlott und Sanitätsrat Dr. Berthman zugezogen hatte, durch den Schulinspektor Oppermann eine größere Anzahl Kinder vorgeführt wurden, die man einer Prüfung unterzog, indem sie teilweise durch den Inspektor Schlott und teilweise durch den Schulinspektor Oppermann geprüft wurden. Das Ergebnis der Prüfung wurde notiert und dabei besonders bemerkt, in welcher Beziehung die Kinder in bezug auf die Sprachfähigkeit mangelhaft waren. Der Lehrer Esche wurde dann, allerdings gegen den Wunsch des Herrn Schuldirektors Schaarschmidt, ersucht, die Kinder speziell vorzunehmen, weil Herr Esche sich auf den Standpunkt gestellt hatte, daß die Beseitigung des Sprachübels

die Kinder zu vollsinnigen mache. Zur größten Verwunderung des Schulvorstandes lief unterm 12. August 1895 folgendes Schreiben von Herrn Esche ein:

„Dem verehrlichen Schulvorstande erlaube ich mir ganz gehorsamt anzuzeigen, daß es mir unmöglich ist, den mir zugeordneten Sprachheilunterricht zu übernehmen: Die Weise, in welcher die Angelegenheit eingerichtet werden soll, entspricht nicht dem Bilde, das ich mir nach den Eröffnungen des Herrn Kommerzienrat Hauswaldt machen durfte.

Sollte diese Einrichtung aber zunächst nur eine Prüfung meines Könnens bezwecken — das ist der Eindruck, der bei Ueberweisung der Schüler sich mir aufdrängte —, so wird die Freude und die Zuversichtlichkeit, mit der man an eine solche Arbeit herantreten muß, durch die Aussicht getrübt, daß der verehrliche Schulvorstand zur Beurteilung meiner Arbeit voraussichtlich dieselben Herren heranziehen wird, welche bei der Prüfung der Kinder bereits mitgewirkt haben — ich meine die Herren Sanitätsrat Dr. Werthan und die Inspektoren Schlott und Oppermann —, von denen ich weiß, daß sie mir gegenüber im Urteil befangen sind. Hochverehrter Schulvorstand möge mir verzeihen.

Ganz gehorsamt Esche.“

Das ist die Begründung der Ablehnung. Vergleichen Sie damit, was nachher als Grund der Ablehnung behauptet worden ist. Bezüglich der auch von Herrn Dr. Jasper behaupteten Ueberweisung eines mangelhaften Vokales für den Unterricht an Herrn Esche ist im September dieses Jahres ein Brief des Schulinspektors Oppermann bei dem Schulvorstande eingegangen, der augenscheinlich durch die letzten Verhandlungen dieses Gegenstandes oder durch die Veröffentlichungen des Herrn Esche veranlaßt worden ist. Der Brief lautet:

„Herr Lehrer Esche hat im August dieses Jahres an den hiesigen Schulvorstand einen Bericht mit der Ueberschrift „Was ich wollte“ geschickt, worin er sich auch mit meiner Person beschäftigt. Da dieser Bericht viele Unrichtigkeiten enthält, so erlaube ich mir, dem verehrlichen Schulvorstande folgendes zu unterbreiten.

Im August 1905 wurde mir von Herrn Schuldirektor Schaarschmidt der Auftrag, die sämtlichen sprachkranken Kinder der neunten unteren Bürgerschule auszufuchen und gelegentlich einer Kommission vorzustellen. Mit Hilfe der Klassenlehrer stellte ich alle Fälle von Sprachkrankheiten fest, leichte und schwere. Während nun Herr Esche sämtliche Kinder den betreffenden Herren der Kommission auf einmal vorführen wollte, um ihnen in großen Zügen seine Methode zu zeigen, war es nach meiner Meinung richtiger, jedes Kind einzeln vorzustellen, damit sich die Herren von der Art und Schwere des Sprachfehlers überzeugen und später den

Grad der Besserung genauer beurteilen könnten. Auf diese Weise wurden dann auch 20 Kinder ausgesucht. Wenn nun Herr Esche behauptet, unter diesen wären „geistig minderwertige“ gewesen, so entspricht dieses nicht den Tatsachen; denn nur ein Kind war geistig minderwertig, während alle übrigen normal beanlagt waren. Der geistig schwache Knabe, Walter Gehrmann, dessen Vater ein notorischer Trunkenbold war und am Delirium neulich gestorben ist, wurde am 17. Januar 1896 geboren und mir Ostern 1902 zur Schule angemeldet. Seiner körperlichen wie geistigen Beschaffenheit wegen stellte ich ihn immer wieder zurück, bis ich ihn Ostern 1905 im Alter von 9 Jahren aufnehmen konnte. Die Herren Sanitätsrat Dr. Berkhan und von Holweide waren mit mir der Meinung, daß ein solches Kind nur in die Hilfsschule gehöre und von dem Sprachheilkursus auszuschließen sei. Auf eine Frage des Herrn Kommerzienrat Hauswaldt wollte Herr Esche gerade diesen Knaben dazwischen haben, um zu beweisen, daß die geistige Minderwertigkeit mit der Heilung der Sprachstörungen gehoben würde.

Wenn Herr Esche ferner behauptet, er hätte die betreffenden Kinder in drei Monaten heilen sollen, so entspricht auch dieses nicht der Wahrheit. Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte Herr Taubstummeninspektor Schlott, daß die Herren der Kommission sich nach drei Monaten, also vielleicht Ende November oder Anfang Dezember, von den Fortschritten der Kinder überzeugen könnten; von einer Heilung innerhalb dieser Zeit ist nicht die Rede gewesen.

Als weiteren Grund seiner Weigerung gibt Herr Esche die Unzulänglichkeit des Unterrichtslokales an, das ihm von mir angewiesen sei. Hierzu erlaube ich mir zu bemerken: Am Nachmittage des betreffenden Tages kam Herr Esche bald nach zwei Uhr in mein Dienstzimmer, um das nähere über den Kursus mit mir zu besprechen. Nach Festsetzung der Unterrichtszeit auf morgens von 8—10 Uhr kam die Lokalfrage an die Reihe. Ich sagte Herrn Esche ungefähr folgendes: „Ich will Ihnen zeigen, was ich für Sie habe, und Sie können wählen.“ Zunächst zeigte ich ihm die soeben eingerichtete, mit Tischen und Tafeln versehene Haushaltungsschule und fügte hinzu: Hier würden Sie zwar ungestört sein, aber es ist nur für die heiße Zeit etwas, denn der Raum ist nicht heizbar und liegt im Erdgeschoß.“ Herr Esche sprach seine Anerkennung über die freundliche Einrichtung des Raumes aus. Ohne seine Entscheidung abzuwarten, zeigte ich ihm das mit einem besonderen Eingange versehene Bücherzimmer, das neben meinem Dienstzimmer liegt. Dieser „eisenstrige, schmale Raum“ hat eine 21 qm große Bodenfläche. Bei

14 Kindern kamen also auf jedes Kind zirka 1½ qm, während die allgemeinen Bestimmungen nur 0,6 qm fordern und unsere Klassen bei 60 Kindern etwa 57 qm groß sind. Herr Esche glaubte auch, daß der Raum genügend groß sei, da er die Stotterer und Stammer nie zusammen unterrichten würde, glaubte nur, daß ich durch seinen Unterricht gestört werden könnte. Nachdem ich dieses Bedenken zerstreut und Herrn Esche gesagt hatte, daß er auch außerdem immer einen Klassenraum zur Verfügung habe, da immer mindestens eine Klasse im Zeichen- oder in der Turnhalle sei, entschied er sich für das Bücherzimmer. Herr Esche blieb dann noch bei mir bis vier Uhr, hat aber, das möchte ich ganz besonders hervorheben, kein Wort über die Unzulänglichkeit des Unterrichtsraumes geäußert.

Da ich mit Herrn Esche seit über zwanzig Jahren bekannt bin, so war unsere Unterhaltung durchaus nicht dienstlich und drehte sich natürlich besonders um den Sprachheilkursus. Herr Esche meinte, es sei so ganz anders gekommen, wie er es sich gedacht habe; während er den Herren seine Methode habe zeigen wollen, schiene es ihm, daß man Zweifel in seine Fähigkeiten setze und ihn prüfen wolle. Außerdem hätte man nur die schweren Fälle ausgesucht, so daß es zweifelhaft geworden sei, ob er den Kursus überhaupt anfangen sollte. Ich erwiderte ihm, daß allerdings einige sehr schwere Fälle dazwischen seien, mit denen er wenig oder gar nichts erreichen würde; aber als die schweren Stotterer und Stammer vorgestellt seien, hätte er offen erklären müssen, daß mit solchen Kindern nicht viel zu erreichen sei. Aber das sei ja sein Fehler, daß er immer behaupte, alle Sprachfehler heilen zu können und daß mit der Heilung des Sprachgebrechens auch die etwaige geistige Minderwertigkeit gehoben würde. Ein „Zurück“ gäbe es für ihn nach meiner Meinung nicht mehr, er müßte beginnen, und es sollte mich freuen, wenn er recht günstige Resultate erzielen würde. Um vier Uhr begleitete mich Herr Esche bis zur Stadt; wir trennten uns mit den Worten: „Auf Wiedersehen am Montag morgen.“ Als ich am folgenden Tage erfuhr, Herr Esche würde den Kursus nicht leiten, konnte ich es nicht glauben; ich wartete am Montag vergeblich, erst am Dienstag Nachmittag empfing ich folgende Karte: Privatim teile ich Ihnen mit, daß ich den Sprachheilkursus nicht übernehmen werde. Hochachtungsvoll L. Esche.“

Dazu möchte ich eins bemerken: Selbstverständlich hat der Schulvorstand zunächst prüfen wollen, ob Herr Esche wirklich in der Lage sei, einen derartigen ausgezeichneten Unterricht und eine so gute Methode anzuwenden, wie er selbst angegeben hat. Dazu waren wir verpflichtet und es war auch das allerbeste

Mittel, wenn ihm zunächst die Kinder vorgeführt wurden und der Schulvorstand etwa nach drei Monaten hinging und sah, was bis dahin erreicht worden war. Eine bestimmte Frist ist ihm dabei aber nicht gesetzt worden.

Sodann hat Herr Jasper angefragt, ob nicht wieder ein Heilkursus für sprach-
krankte Kinder hier eingerichtet werden sollte. Ich kann dazu mitteilen, daß der
Magistrat heute morgen auf Antrag des Schulvorstandes beschlossen hat, einige
geeignete Lehrer nach anderen Städten zu entsenden, wo solche Sprachheilkurse an
Schulen bestehen. Besonders in Berlin soll ein solcher Kursus von Sachverständigen
eingerrichtet sein, und es erscheint uns wünschenswert, daß zunächst einige Lehrer
formell ausgebildet werden, um die Heilung der Kinder auch hier zu versuchen.
Eine Vorlage wird der Versammlung hierüber noch zugehen.

Wenn Herr Jasper weiter gemeint hat, es möchte für die Hilfsschule ein
besseres und neueres System aufgestellt werden, so möchte ich ihn bitten, uns dieses
System mitzuteilen, wir werden es einer näheren Prüfung unterziehen.

Was nun die Korrekturen von Hesten durch Schulkinder betrifft, von denen
Herr Jasper mit Emphase sagte, daß der Bericht des Schulvorstandes hier eine
objektive Unwahrheit enthalte, so kann ich das nicht feststellen. Ich habe den
Bericht unbedenklich unterschrieben, weil ich die auf Angabe des Herrn Schul-
direktors aufgenommene Behauptung nicht angezweifelt habe. Wenn Herr Jasper
behauptet, daß Korrekturen von Schulkindern vorgekommen seien, so kommt es
wesentlich darauf an, was man unter Korrekturen versteht. Wenn ein Lehrer so
naiv sein sollte, den Kindern einen Aufsatz zum Korrigieren zu übergeben, so würde
ich Herrn Jasper recht geben; wenn es aber lediglich darauf ankommt, ob ein
Exempel recht oder falsch ausgerechnet ist, so habe ich keine grundsätzlichen Be-
denken, daß sich der Lehrer der Hilfe der Kinder bei der Korrektur bedient. Herr
Dr. Jasper ist ja auch hier auf dem Gymnasium groß geworden, und dort ist es
ebenso gemacht: Die Heste wurden selbst beim Proloko ausgetauscht und es hieß
nur, ist die Frage richtig beantwortet oder nicht. Bei genauerer Untersuchung
werden sich die Sachen bei den betreffenden Bürgerschulen wohl ebenso heraus-
stellen. Selbstverständlich muß der Lehrer oder der Schulinspektor die Heste
hinterher noch einmal durchsehen. Es ist also gar nicht wert, daß von dieser
Sache so viel Aufhebens gemacht wird.

Vorsitzender: Gegenüber einigen Bemerkungen in einem Eingefandt und
gegenüber sonstigen an mich gelangten Mitteilungen möchte ich feststellen, daß
schriftliche Eingaben an den Vorsitzenden von diesem niemals als vertraulich
behandelt werden können, sondern daß ich als Vorsitzender es für meine Pflicht
halte, sie dem Magistrate und auch der Versammlung mitzuteilen. Wie man
annehmen kann, daß der Vorsitzende der Versammlung gleichzeitig auch der Beicht-
vater für die einzelnen Mitglieder sein kann, ist mir unverständlich. Ich betrachte

es als die vornehmste Pflicht des Vorsitzenden, alle Eingänge der Versammlung mitzuteilen, denn er ist doch nichts weiter, als in gewisser Weise das Zentrum der Versammlung, bei dem sich alles die Versammlung Angehende zusammenfindet. Ich werde es in der kurzen Zeit, die ich der Versammlung leider nur noch angehören werde, weiter so halten und würde es bedauern, wenn es in Zukunft anders gehalten würde. Geheimnisse darf der Vorsitzende vor der Versammlung nicht zu verbergen haben. (Zustimmung.)

Herr Günther: Auch ich bin mit der Resolution nicht einverstanden. Es wird damit nicht erreicht, was erreicht werden soll, sie gipfelt nur darin, die tiefgehende Differenz zwischen der Lehrerschaft und den Inspektoren durch Ermahnungen zu heilen. An wen sollen aber die Ermahnungen gehen, an den Direktor, die Inspektoren oder die Lehrerschaft? Meinen Sie wirklich, daß derartige Ermahnungen bei solchen Differenzen etwas nützen können? Die Lehrer sind doch keine Kinder? Bei Kindern wird das allerdings anders gemacht: man zieht ihnen einfach die Hosen straff. Hier sind die Differenzen aber so groß geworden, daß sie auf die vorgeschlagene Weise nicht beseitigt werden können. Der Schuldirektor sagt ja auch selbst, daß sie seit langer Zeit beständen. In der Sitzung vom 31. Mai d. Jrs. erklärte er: „Die Sache ist auch Jahrzehnte lang gut gegangen, bis vor einer Reihe von Jahren die Bahnen eines gesunden, gemäßigten und besonnenen Fortschritts verlassen worden sind und Bestrebungen Platz gegriffen haben, die weit über das Ziel eines ruhigen und besonnenen Fortschritts hinauschießen.“ Sie sehen hieraus, wo der Hase im Pfeffer liegt. Es ist nichts weiter an der Differenz zwischen Inspektoren und Lehrern schuld, als die Vereinigung der Lehrerschaft und deren Forderungen. Denn so lange sich die Lehrer ruhig verhielten, war der Direktor mit ihnen einverstanden; er gehörte ihrer Vereinigung an und hat dort Vorträge gehalten. Nachdem aber die Lehrerschaft Lehriätze aufgestellt und Forderungen erhoben hatte, war es vorbei mit der Freundschaft: der Direktor lief auf und davon und die Inspektoren liefen mit. Da ist der Unfriede mit einem Male da gewesen. Der Herr Direktor sprach von einer Unbesonnenheit der Lehrer, da er gegen deren Fortschritt ist.

Was haben die Lehrer denn aber eigentlich gefordert? Sie wollen, daß es dem Lehrer ermöglicht werden soll, die Universität zu besuchen, sie erstreben die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, sie wünschen die Einrichtung der allgemeinen Volksschule und sonstige ideale Bestrebungen. Das sind alles Dinge, die in die Jetztzeit gehören, und man kann wirklich nicht darüber erstaunt sein, wenn die Lehrerschaft auf solchem Standpunkte steht. Nehmen die Inspektoren einen anderen Standpunkt ein, so ist das unbegreiflich und nichts anderes, als soziale Rückständigkeit. Das Universitätsstudium der Volksschullehrer ist so begreiflich, wie nur irgend etwas, man kann sich deshalb auch nicht wundern, daß gerade die

Lehrer bei ihrem Bestreben nach Fortbildung diese Forderung stellen. Ebenso ist es mit der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht. Dabei stellt sich dann auch heraus, daß der Direktor im Lehrervereine diesen Standpunkt selbst vertreten hat, während er im Landtage eine andere Stellung eingenommen hat. (Widerspruch.)

Was die Einheitschule betrifft, so habe ich noch nicht gewußt, daß die hiesige Lehrerschaft diesen Standpunkt ebenfalls einnimmt. Sie hat nun aber keineswegs die Einheitschule gefordert, sondern sie steht nur auf dem idealen Standpunkte der Einheitschule. Wenn die hiesige Lehrerschaft dieser Meinung nicht gewesen wäre, so würde sie ja rückrittlicher sein, als man es von einer Lehrerschaft erwarten könnte. Solche allgemeinen idealen Bestrebungen passen aber dem Schuldirektor überhaupt nicht. Was heißt überhaupt: ideale Bestrebungen? Ist es nicht selbstverständlich, daß sie die Lehrerschaft haben muß? Die Lehrerschaft ist aber erbittert darüber, daß ihre Bestrebungen seitens des Schuldirektors und der Inspektoren eingeengt werden. Ein Lehrer sollte dadurch, daß er nicht zum Inspektor hinaufrückte, gestraft werden, weil er nicht aus dem Vorstande des Lehrervereins austreten wollte. Das sind die Gründe, aus denen die Differenzen hervorgegangen sind. Meinen Sie wirklich, daß die Differenzen durch Ermahnungen beseitigt werden können? Das ist nicht denkbar. Darum halte ich den Antrag Frühling für viel radikaler, er zwingt in der Weise vorzugehen. Was ist denn nun vom Antrage Friede übrig geblieben? Eigentlich gar nichts. Die Sache wird auf die lange Bank geschoben, die Unzufriedenheit und Spannung wird noch größer und man wird nur erreichen, daß die heutigen Wünsche der Lehrerschaft später von derselben als Forderungen gestellt werden, weil die Unzuträglichkeiten dann so groß geworden sind, daß nichts anderes übrig bleibt, als die Forderungen anzunehmen.

Nun ist auch noch die Benutzung der Presse getadelt worden. Ja, bis zu einem gewissen Grade war diese Benutzung vielleicht zu verurteilen, aber daß die Presse absolut nicht benutzt werden soll, war doch eine nicht zeitgemäße Forderung. Gerade die Presse treibt uns vorwärts, und wenn unsere Verhandlungen nicht in die Presse kämen, würden sie totgeschwiegen sein. Es ist aber notwendig, daß derartige Dinge in die Öffentlichkeit gelangen und besprochen werden, denn durch die Besprechung solcher öffentlichen Fragen in der Presse kann nur gutes entstehen. An solchen Sachen, die unterdrückt und der Presse nicht übergeben werden, kann nichts Gutes sein, da sie die Öffentlichkeit nicht vertragen können. Es wäre verkehrt, die Presse zu verhindern, solche Dinge aufzunehmen, oder den Lehrern das Recht der Veröffentlichung zu verbieten. Die Resolution kann an den Schäden nichts ändern, sie werden fortglimmen, bis sie später in helle Flammen ausbrechen. Ich will den Antrag Frühling wieder aufnehmen, weil ich ihn für richtiger halte, als die Resolution der Kommission.

Ich weiß nicht, wie bei den tiefgehenden Differenzen überhaupt daran gedacht werden kann, daß sie auf diese Weise geheilt werden. Halten Sie es für denkbar, daß die Gegensätze, wie sie einmal bestehen zwischen dem Direktor und den Inspektoren einerseits und der Lehrerschaft andererseits, dadurch ausgeglichen werden? Die müssen grundlegend ausgeglichen werden, und das wird sich nur dadurch ermöglichen lassen, daß der Direktor um seine Pensionierung einkommt. Er hat ja auch selbst anerkannt, daß er zu alt sei. Ich kenne ihn schon lange und weiß auch noch, was er für Gründe gegen den damaligen Antrag auf Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes vorgebracht hat. So viel steht fest: wir werden unter diesem Direktorium nicht vorwärtskommen.

Herr Schöttler: Es scheint der Schulkommission ebenso ergangen zu sein wie mir: sie hat einen eigentlichen durchschlagenden Grund für die unangenehmen Differenzen zwischen Lehrern und Inspektoren nicht herausfinden können, wenigstens nicht einen solchen, durch dessen Beseitigung eine Besserung oder gar ein Ausgleich herbeigeführt werden könnte. Insbesondere ist die Kommission offenbar der Ansicht gewesen, daß eine Abänderung der Schulorganisation in dieser Richtung eine Besserung nicht bringen würde. Ich bin derselben Ueberzeugung. Wenn man sich die Resolution der Kommission ansieht, so erscheint es auf den ersten Blick, als ob sie weiter nichts bedeutet, als ein Abschieben der Sache auf den Magistrat. Aber, meine Herren, die Resolution hat schließlich auch noch Gründe, und in diesen Gründen sind auch Andeutungen darüber gemacht worden, welche Maßregeln die Kommission etwa ins Auge gefaßt hat, um eine Besserung des Verhältnisses herbeizuführen. Ich habe mich zuerst gefragt, weshalb stehen die Maßregeln nicht in der Resolution selbst und sind nur angedeutet? Diese Frage habe ich mir dahin beantwortet, daß es sich um Maßregeln handelt, die nicht in Paragraphen gefaßt werden können; die Andeutungen in der Begründung sind wenigstens derart, daß sie sich in bestimmten Schlaglägen nicht ausdrücken lassen. Es soll durch gütliches Zureden versucht werden, die beiden Parteien zu einigen. Deshalb, meine Herren, glaube ich, wir sind genötigt, die Resolution anzunehmen, trotz ihrer absoluten Farblosigkeit.

Herr Rieke: Die Angelegenheit beschäftigt uns schon sehr lange, und es ist bedauerlich, daß jedesmal bei uns in Braunschweig der Brei erst sehr lange kocht und trotzdem hinterher ziemlich ungenießbar ist. Seit sieben Monaten haben wir uns mit dieser Sache beschäftigt und nun soll doch nichts dabei herauskommen! Daß Differenzen zwischen der Schulleitung und den Lehrern bestehen, kann ich beweisen, und ich habe schon einige Monate vor der Einbringung des Antrages meinen Fraktionsgenossen das Verleismaterial dafür vorgelegt, jedoch wurde es mir abgelehnt, einen Antrag einzubringen. Die Differenzen bestehen solange, wie Herr Schaarschmidt hier Schuldirektor ist. Er wurde damals

von Preußen herübergeholt, und ich könnte noch heute die Lehrer namhaft machen, die bedeutend dagegen opponiert haben. Freilich sind die alten Lehrer inzwischen ausgestorben, aber die Differenzen haben sich auf die neuen Lehrer übertragen. Ich komme zu dem Schlusse, daß Herr Schuldirektor Schaarschmidt zum mindesten den größten Teil der Schuld an den Differenzen trägt. Seine Aufstellungsmethode bei den Inspektoren hat bei den Lehrern stark verschnupft, und wenn die angeführten Fälle auch schon lange her sein sollen, so ist doch in der Zwischenzeit soviel Material zusammengetragen, daß es sich in den Kreisen der Lehrer lebhaft dagegen rührt. Das ist aber nicht nur bei den hiesigen Lehrern der Fall, sondern in hervorragender Weise bei den Bremer und den Hamburger Lehrern, zu deren fortschrittlichem Standpunkte sich unsere Lehrer noch nicht bequemen können. Wenn Herr Schuldirektor Schaarschmidt bei den Lehrern Widerstand findet, so liegt das hauptsächlich daran, daß seine Schulaufsicht vollständig orthodox ist. (Widerspruch.) Das erscheint mir recht bedauerlich, und es kann auch niemand begreifen, daß unter den 300 Lehrern der hiesigen Stadt nicht soviel Intelligenz vorhanden sein sollte, daß einige davon das Zeug zum Schulinspektor besitzen sollten. Die Lehrerschaft begehrt die Stellen nicht des höheren Gehaltes, sondern der Sache wegen, denn eine Masse Lehrer sind bei ihrer Stellungnahme nicht von dem Grundsätze ausgegangen, das jetzige hohe Gehalt der Schulinspektoren für sich in Anspruch zu nehmen, sondern sie wollen, ohne natürlich ihre Gehaltsverhältnisse zu verschlechtern, dem Stadtsäckel zu Hilfe kommen. Eine Schulaufsicht müssen wir haben — dagegen gibt es nichts zu nörgeln — und von dem Grundsätze ging auch der Antrag Friede aus. Der von Herrn Schuldirektor Schaarschmidt gegen die Lehrerschaft erhobene Vorwurf wäre begründet, wenn unter den 300 Lehrern nicht soviel Intelligenz vorhanden wäre, um Schulinspektoren daraus hervorgehen zu lassen, aber diese Intelligenz ist tatsächlich vorhanden.

Wenn Herr Rathe hervorhebt, unsere heutige Schuljugend verrothe, so kann das den Lehrern nicht in die Schuhe geschoben werden, sondern es tragen unsere gesellschaftlichen Zustände die größte Schuld daran, weil dadurch die Eltern in der Beaufsichtigung ihrer Kinder beeinträchtigt werden.

Die Resolution wird, obwohl ich es nicht wünschen will, auslaufen wie das Hornberger Schießen. Nachdem die Sache solange gedauert hat, hätte man ein anderes Ergebnis erwarten sollen, als daß der große Berg eine Maus gebiert. Der Schulvorstand ist ebenso wie die Schulaufsicht in ihrer heutigen Form eine veraltete Einrichtung. Eine orthodoxe Schulaufsicht muß beiseite geschoben werden, denn es gehört ein moderner Jurist und Pädagoge an die Spitze unserer Schulen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wie Herr Riefe den Nachweis führen will, daß an dem unglückseligen Streite zwischen Inspektoren und Lehrern der Schuldirektor Schaarschmidt die Schuld trage, weiß ich nicht; ich bezweifle, daß ihm

der Nachweis gelingen würde. Wenn er meint, seine Anstellungsmethode hätte die Differenzen hervorgerufen, so muß ich sagen, eine Anstellungsmethode des Schuldirektors gibt es nicht. Nicht der Schuldirektor entscheidet darüber, sondern die Landesregierung. Der Schuldirektor hat nur entsprechende Vorschläge zu machen, der Schulvorstand begutachtet sie und der Magistrat präsentiert dann den Kandidaten. Es ist mir deshalb unverständlich, wie der Schuldirektor als hierbei allein maßgebende Person angesehen werden kann. Noch weniger ist es mir erklärlich, wie behauptet werden kann, der Schuldirektor hätte eine orthodoxe Methode: er mag Fehler haben, die haben wir alle, aber orthodox ist er nicht.

Herr Esdorn: Der Herr Berichterstatter hat mit Recht bemängelt, daß die Angelegenheit so sehr in die Öffentlichkeit getragen worden ist, aber dazu hat der Bericht des Schulvorstandes wohl in erster Linie den Anlaß gegeben. Dieser Bericht wurde eher in die Presse gebracht, als er uns zugestellt wurde, was ich nicht für recht halten kann. Wenn aber in dem Berichte ein Kollege und ein Lehrer angegriffen werden, so ist es erklärlich, daß sie ebenfalls in die Öffentlichkeit gehen.

Die größte Schwierigkeit hat bei uns die Angelegenheit der Hilsschule hervorgerufen, da es für uns außerordentlich schwer ist, darüber ein Urteil zu fällen und es dazu nötig wäre, beide Teile zu hören. Deshalb ist es für uns unmöglich, zu sagen, ob Herr Esche recht hat oder nicht. Um hierüber Klarheit zu erhalten, würde es das einfachste sein, gegen den Lehrer Esche das Disziplinarverfahren einzuleiten. (Zustimmung.) Wenn das nicht geschieht, so wird von der Bürgerschaft vielfach angenommen werden, daß er in vielen Punkten recht hat und solche Annahme würde, wenn sie nicht zuträfe, bedauerlich sein.

Vom Herrn Berichterstatter ist auch anerkannt worden, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht seien, während es in dem Berichte des Schulvorstandes leider nicht so klang, wenigstens nicht so direkt, wie es hier ausgesprochen wurde. Da dieser Bericht schon von verschiedenen Seiten gezeißelt worden ist, so will ich auf dessen Einzelheiten nicht mehr eingehen. Wenn ich aber den Bericht mit dem Stenogramm über die Rede des Herrn Schuldirektors Schaarschmidt in der Sitzung vom 31. Mai d. Js. vergleiche, so muß ich doch sagen, daß der Herr Schuldirektor sich nicht über die Parteien, sondern mehr auf die Seite der Schulinspektoren gestellt hat und dadurch der Zwist von neuem wieder heraufbeschworen ist. Ich wäre eigentlich mehr für den Antrag Frühling gewesen und hätte dazu vielleicht eine kleine Abänderung beantragt, indem ich vorgeschlagen haben würde, zu sagen: „Zu Schulleitern sind in der Regel pro rectoratu geprüfte Lehrer zu nehmen, jedoch können auch andere tüchtige Lehrer zu diesem Amte herangezogen werden“. Da ich aber nicht der Meinung bin, daß die Sache vom Magistrat auf die lange Bank geschoben wird, so will ich mich der Resolution anschließen. Der Magistrat hat sicher von allen Seiten so viel Material bekommen, daß die Sache von ihm nicht auf die lange

Bank geschoben werden wird. Die Ausführungen der Herren Jasper, Kieße und Günther werden auch mit dazu beitragen, daß man die Konsequenzen hieraus zieht und wir demnach erwarten dürfen, daß bald Aenderungen in unserm Schulwesen sowohl im Interesse der Kinder, als auch der Schule selbst eintreten.

Herr Rathe: Es wird lange dauern, bis wir solche Debatte wieder haben werden, aber die Hauptsache ist dabei trotz ihrer Länge übersehen worden. Sie haben aus dem Berichte des Herrn Referenten und auch vom Herrn Oberbürgermeister gehört, daß der Schuldirektor ohne jede Dienstanweisung des Herzoglichen Konsistoriums angestellt worden ist. Das halte ich für überaus bedenklich, und eine freie Bürgerschaft sollte dafür sorgen, daß kein Beamter ohne Dienstanweisung ist, sonst könnte auch hier einmal eine solche Geschichte wie mit dem Hauptmann von Köpenick passieren. (Heiterkeit.) Fassen Sie die Sache nicht so spaßhaft auf. Hätte der Schuldirektor eine bestimmte Dienstanweisung, so hätten sich manche Dinge nicht ereignen können und die Lehrer und Inspektoren wüßten wenigstens, unter welcher Dienstanweisung der Direktor steht. Die Inspektoren und Lehrer haben eine Dienstanweisung, aber ihr Vorgesetzter, der Schuldirektor, nicht. Das erscheint mir doch bedenklich zu sein. Wie liegt die Sache nun in Wirklichkeit? Der Schuldirektor untersteht kaum dem Magistrate, sondern ist nur dem Konsistorium gegenüber verantwortlich. Wenn also in dem Berichte der Schulkommission gesagt wird, der Direktor wolle die Prüfungsarbeiten der Schüler dem Schulvorstande vorlegen, so hat er das nicht nötig, sondern es ist nur sein guter Wille. Es muß unsere nächste Aufgabe sein, zu erstreben, daß wir unsere Schulen frei und unabhängig vom Konsistorium haben und es würde sich empfehlen, wenn die städtischen Vertreter sobald als möglich einen Antrag im Landtage stellten, um dieses Ziel zu erreichen. Natürlich wird der Schuldirektor dann ausschließlich unter der Aufsicht des Magistrates stehen und dieser die volle Berechtigung haben müssen, dem Schuldirektor entgegentreten zu können. Denken Sie sich einmal, der Magistrat stände mit dem Schuldirektor auf dem Kriegsfuße, was sollte unter den heutigen Verhältnissen daraus werden? Wenn deshalb die heutige Debatte zu nichts weiter führen soll, als zur Annahme der Resolution, so sorgen Sie wenigstens dafür, daß in dieser Richtung eine Aenderung herbeigeführt wird.

Herr Nolte: Herr Dr. Jasper hat der Schulkommission vorgeworfen, sie habe keinen Weg angegeben, auf dem ihrer Meinung nach die Mißheiligkeiten beseitigt werden könnten. Das ist aber nicht richtig. In der Resolution wird allerdings nur gesagt, der Magistrat werde ersucht, Maßregeln zu ergreifen, die geeignet seien, eine Besserung herbeizuführen, und dort konnte auch nicht mehr gesagt werden. Aber in der Begründung habe ich ausdrücklich vorgetragen, wie die Kommission sich das denkt, indem sie z. B. meint, es müsse ernstlich versucht werden, die zweifellos auf beiden Seiten vorgekommenen Mißgriffe abzustellen.

Mißgriffe sind, wie ich besonders hervorgehoben habe, auf beiden Seiten vorgekommen. Es muß aber den zuständigen Behörden überlassen werden, zu entscheiden, auf welche Weise fernere Mißgriffe sich nach Möglichkeit verhindern lassen werden. Die Kommission hat mit Fleiß vermieden, dabei Einzelheiten hervorzuheben, und ich habe das damit begründet, daß die Kommission gar nicht in der Lage sei, über einzelne Dinge zu berichten, weil sie nicht wisse, wie die verschiedenen Vorgänge verlaufen seien und weil sie leicht Gefahr laufen könne, auf Grund einseitiger Darstellung die Verhältnisse falsch zu beurteilen. Auch bei der Rechtspflege, der doch Herr Jasper mit dient, gilt als erster Grundsatz: *audiatur et altera pars*; denn erst durch Zusammenstellung der Gegensätze kommt die Wahrheit heraus, und an strikten Beweisen fehlt es hier vollständig, soweit nicht die Tatsachen ausdrücklich zugegeben werden.

Es ist dann auch gesagt worden, ich hätte zu Unrecht Vorwürfe darüber erhoben, daß die Sache in die Presse gezogen wäre: ich muß aber bei meinen Äußerungen bleiben. Ich erkenne den großen Nutzen der Presse an; sie ist eine ganz hervorragende Einrichtung, um dem öffentlichen Interesse zu dienen und öffentliche Mißstände zur Sprache zu bringen. Ich lese auch die Zeitungen so sorgfältig, wie wahrscheinlich nicht alle unter Ihnen und ich würde es bedauern, wenn die Presse an der Erfüllung ihres Berufes irgendwie verhindert werden sollte, aber daß Beamte ihre amtlichen Streitigkeiten in der Presse austragen, halte ich für durchaus unangebracht. Dabei muß ich bleiben, und ich kann versichern, daß die Kommission auf demselben Standpunkte steht.

Der Meinung des Herrn Rathe, daß die Herausgabe einer Dienstanweisung für den Schuldirektor zweckmäßig wäre, kann ich mich nicht anschließen.

Sodann möchte ich auf eine Äußerung des Herrn Riefe noch antworten, in der er darüber klagt, daß solche Sachen hier immer sehr lange dauerten, ehe sie zum Schluß kämen, und daß im vorliegenden Falle sieben Monate darüber hingegangen wären. Richtig ist es, daß der Antrag Ende März gestellt worden ist. Dieser Antrag mußte aber erst beraten werden und es wurde in der Sitzung vom 31. Mai darüber Bericht erstattet. Bei der Gelegenheit wurde ein neuer Antrag gestellt, der wiederum erst vorberaten werden mußte. Wenn es nach der Kommission gegangen wäre, würde die Sache noch vor den Sommerferien erledigt worden sein. Leider ging das aber nicht, und zwar lagen der Verzögerung Verhältnisse zu Grunde, die man nicht ändern konnte. Einmal war der Antragsteller nicht zugegen, ein anderes Mal war Herr Hauswaldt nicht anwesend und da es zweckmäßig erschien, daß er als Mitglied des Schulvorstandes der Beratung beizuhöhen, mußte sie wieder aufgeschoben werden. Dann kamen die Ferien, nach deren Beendigung die Sache vorberaten wurde, und nun wollte es das Unglück, daß ich kurz vor der letzten Sitzung so elend wurde, daß ich nicht in der Versammlung erscheinen und

vor allem auch nicht berichten konnte. Ich habe damals lange überlegt, ob ich vielleicht einen Kollegen bitten sollte, das Referat zu übernehmen, aber ich kam zu der Ueberzeugung, daß ich das keinem zumuten könne, und daß es gar nicht möglich sei, sich während der kurzen bis zur Sitzung verbleibenden Zeit noch in die Materie einzuarbeiten. Wenn dann vom Hornberger Schießen und von auf die lange Bank Schieben gesprochen wird, so sind das billige Redekarten. Wir haben das nicht zu befürchten, denn am Magistrate und auch an den übrigen Behörden, welche hier in Frage kommen, haben wir die Energie immer zu loben gehabt. Vom Hornberger Schießen kann hier auch um so weniger die Rede sein, als die Kommission ja Wege angegeben hat, auf denen die Mißstände beseitigt werden können.

Herr Frühling: Der Resolution ist vorgeworfen worden, daß sie keinen bestimmten Weg angebe. Ich möchte darauf hinweisen, daß der Antrag Fricke einen bestimmten Weg angab, aber gerade deshalb zurückgenommen werden mußte. Meinem Antrage ist darauf derselbe Vorwurf gemacht worden. Es ist gar nicht möglich, in einer so großen Versammlung einen Weg vorzuschlagen, der allseitige Zustimmung finden würde und das ist gerade der Grund gewesen, weshalb ich meinen Antrag zurückgezogen habe. Ich halte es nämlich für wünschenswert, daß, wenn die Versammlung Stellung zu der Sache nimmt, das mit möglichst großer Stimmenzahl und wenn es irgend geht einstimmig geschieht und nicht eine Zersplitterung eintritt wegen des einzuschlagenden Weges. Deshalb möchte ich die Herren, die ursprünglich für meinen Antrag waren, bitten, nicht für den wieder aufgenommenen Antrag zu stimmen, sondern für die Resolution der Kommission.

Herr Bluth: Es ist vorhin in der Debatte über die Hilfschule auch der Schulärzte gedacht worden. Gestatten Sie mir zunächst einige Worte als Schularzt über das System der Hilfschule zu äußern. Man spricht hier von dem Sinken der Kinder von Stufe zu Stufe, ja sogar vom geistigen Kindermord, wenn sie in die Hilfschule aufgenommen werden. So liegt die Sache aber nicht. Der Zweck der Hilfschule ist nicht, die Kinder zu verderben, sondern sie zu heben. Es sollen diejenigen Kinder, die in der Volksschule nicht eine genügende Fortbildung erfahren können, in der Hilfschule soweit gefördert werden, als es überhaupt möglich ist, und deshalb ist die Auffassung über den hohen Prozentsatz der die Hilfschule besuchenden Kinder grundfalsch. Im Gegenteil, wenn wir dort noch viel mehr Kinder hätten, würde der Beweis erbracht sein, daß wir uns mit der Hilfschule auf gutem Wege befänden. Hätten wir dort statt 300 Kinder deren 1200, so würden wir für 900 Kinder mehr eine angemessene Versorgung haben, denn die Grenze zwischen schwachbefähigten und normalen Kindern ist keine feststehende. Das muß hierbei auch berücksichtigt werden. Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß die Aufnahme in die Hilfschule jetzt nach ihrer Neuregelung so vollkommen ein-

gerichtet ist, wie es nur sein kann. Es kommt nicht darauf an, daß möglichst viele Aerzte darüber entscheiden, ob ein Kind in die Hilfschule gehört, sondern es kommt darauf an, daß der Zustand des Kindes von den verschiedensten Seiten beleuchtet wird und dem Urtheil eine längere Beobachtung zugrunde liegt. Nach den jetzigen Bestimmungen muß das Kind zwei Jahre in der untersten Schulkasse geessen haben, ehe es dem Schularzt vorgestellt wird. Dieser stellt dann fest, ob das Zurückbleiben des Kindes auf einem körperlichen Mangel oder auf geistigem Defekt beruht; erst dann kommt das Kind an die Kommission und die kann begutachten, ob Irrtümer vorgekommen sind. Ich halte bei diesem Verfahren einen Irrtum für ganz ausgeschlossen, und es heißt nur die Bürgerschaft beunruhigen, wenn man ihr mit den erwähnten Befürchtungen kommt.

Als Stadtverordneter muß ich sagen, daß die Resolution wahrscheinlich keinen großen Einfluß haben wird. Wenn der Magistrat nach dieser Debatte nicht alles tut, was in seinen Kräften steht, um dem schiefen Verhältnis zwischen Inspektoren und Lehrern ein Ende zu bereiten, so wird durch die Resolution selbst auch nichts geändert werden. Ferner stimme ich Herrn Jasper darin bei, daß es richtig ist, die Sache hier an Ort und Stelle zu besprechen, und ich sehe nicht ein, weshalb die Versammlung nicht ruhig sagen soll, was sie für richtig hält, oder was sie etwa anders gemacht haben will. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß wir nicht mit Kindern, sondern mit Männern zu tun haben, und deshalb ist es nicht ohne Wert, wissen zu lassen, daß in der Versammlung die Ansicht bestehe, die Fühlung zwischen der Oberleitung und den Lehrern lasse zu wünschen übrig; jedoch halte ich es nicht für richtig, näher darauf einzugehen. Ebenso ist von den Lehrern betont worden, sie hätten das Gefühl, als ob sie von den Inspektoren nicht dirigiert, sondern regiert würden. Wir werden aber mit gutem Gewissen sagen können, daß das nicht im Sinne der Versammlung liegt und daß die Inspektoren sich die Angewohnheit zu regieren, wenn sie besteht, abgewöhnen und mehr dirigieren mögen. Ebenso kann man es gut verantworten, wenn man sagt, der Lehrerverein sei nicht auf der Höhe gewesen, als er es sich habe gefallen lassen, daß ihm so wichtige Bestandteile, wie ein großer Teil der Inspektoren, verloren gingen, das hätte nicht vorkommen dürfen, er hätte darauf Bedacht nehmen müssen, daß es nicht im Interesse des ganzen Standes liegen könne, so wichtige Elemente ohne weiteres zu entlassen, der Riß durfte nicht so chronisch werden. (Zustimmung.) Ferner habe ich den Eindruck, als ob die ganze Geschichte ein bißchen aufgebauscht wird. Ich habe mich nach den Gründen der Differenz zwischen den Inspektoren und den Lehrern umgesehen und mir gesagt, in der Denkschrift des Lehrervereins müßten sie doch enthalten sein; aber die Ausbeute war recht gering, denn es waren keine handgreiflichen Gründe zu finden, von denen sich sagen ließ, daß die Inspektoren in dieser oder jener Beziehung einen groben Verstoß begangen hätten. In einer

Schule, welche ich als Schularzt zu besuchen habe, ist die Spaltung zwischen Inspektor und Lehrern meinen Augen so verborgen geblieben, daß ich sie nicht bemerkt habe, was vielleicht an meiner Harmlosigkeit liegen mag, aber grobe Differenzen sind dort sicher nicht vorgekommen. Darum erkläre ich mir die Sache so: In dem Ziele werden Lehrerschaft und Inspektoren wahrscheinlich übereinstimmen und die Differenzen bestehen nur über die Wege, die zu diesem Ziele führen; deshalb müßte sich meiner Meinung nach eine Vereinbarung leicht herbeiführen lassen. Es wurde auch hier gesagt, die Inspektoren wären rückständig und ständen nicht auf der Höhe, das ist aber leicht gesagt und entspricht nicht den Tatsachen. Die Erklärung, welche ich mir für den Zwist gemacht habe, wird belegt durch die Äußerungen des Schuldirektors und durch die Denkschrift des Lehrervereins. Nun ist der springende Punkt allerdings immer noch nicht erledigt, ob man es nämlich bei den heutigen Einrichtungen belassen oder nach dem Wunsche des Herrn Dr. Jäzper eine mehr demokratische Einrichtung treffen soll. Ich bin der Meinung, daß es mit der bisherigen Einrichtung ganz vorzüglich geht, wenn nur auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das mehr demokratische System verschieben wir vielleicht besser auf spätere Zeiten! (Zustimmung.)

Herr Hauswaldt: Ich gehöre seit langen Jahren dem Schulvorstande an. Herr Kathe hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich in einer Sitzung der Stadtverordneten gefehlt habe; ich war damals durch eine Reise verhindert, hier zu erscheinen, habe mich aber nicht, wie Herr Kathe meint, um die Versammlung herumgedrückt, das ist doch überhaupt nicht meine Art.

Diese ganze Debatte setzt sich aus vielen, zuweilen gar nicht mit einander in Berührung kommenden Punkten zusammen. Ich muß nun auf die Sache selbst eingehen. Zunächst behaupte ich, daß sich Herr Kathe nicht beklagen kann, wenn der Schulvorstand schreibt, daß Herr Kathe ohne sich zu unterrichten die ungeheuerlichen Anklagen gegen die Schulleitung öffentlich ausgesprochen hat. Wenn jemand zufällig einen Brief in die Hände bekommt, der an einen anderen gerichtet war und er verliest diesen Brief, den er vorher nicht gekannt hat, in öffentlicher Versammlung und identifiziert sich mit dessen Inhalt (Vorsitzender: Das hat Herr Kathe nicht getan!), er hat aber gesagt: „Von berufener Seite erfahre ich“, so muß ich sagen, daß ich dem Kollegen den Vorwurf nicht ersparen kann, daß er solche schwerwiegenden Anklagen — schwerwiegendere Anklagen gegen die Schule gibt es aber wohl nicht, als wenn gesagt wird: „In Braunschweig verwahrlosen Kinder in den Schulen“ — ohne Prüfung hier vorgetragen hat. Mit solchen Äußerungen muß man sehr vorsichtig sein. . . .

Vorsitzender: Ich möchte dazu bemerken, daß Herr Kathe dieses Zitat nicht gebraucht hat.

Herr Hauswaldt (fortfahrend): Doch wohl, Herr Vorsitzender, das steht im Sitzungsberichte Seite 71. Den Bericht des Schulvorstandes habe ich mit unterschrieben und ich stehe dafür bis auf einen Punkt ein. Daß der Schulvorstand nicht immer einer Meinung ist, gestehe ich zu, wir sind sogar sehr oft verschiedener Meinung und das ist ganz natürlich. Der Schulvorstand besteht aus einem schultechnischen Beamten, zwei Geistlichen, dem Herrn Oberbürgermeister und mir, und zwar uns letzteren beiden als Laien, die von den Schulsachen an sich nichts verstehen. Herr Rathe zieht aber hieraus falsche Schlüsse. Wir sind nicht einer Meinung gewesen nur in den Wegen, die zu verfolgen waren, in der Sache selbst sind wir einig, und wenn Herr Jasper sagt, die Mängel wären dem Schulvorstande lange bekannt gewesen und will ihm hieraus einen Strick drehen, so steht das in der Weise nicht im Berichte. Ich muß also den Bericht des Schulvorstandes auch heute noch bis auf einen Punkt als richtig anerkennen.

Es steht nämlich darin: „Korrekturen der Prüfungsarbeiten durch Schulkinder sind niemals vorgekommen, soweit solches durch die jetzt im Amte befindlichen Schulinspektoren festgestellt ist.“ Dieser Satz ist in den Bericht hineingekommen, nachdem Herr Schuldirektor Schaarschmidt sämtliche Schulinspektoren danach gefragt hat und sämtliche ihm erklärt haben, daß das nicht vorgekommen sei. Nachdem der Bericht in die Öffentlichkeit gekommen ist, wurde mir gesagt, das wäre eine objektive Unwahrheit. Ich habe mich darüber sofort informiert. Die Sache liegt so, daß es sich dabei um Mißverständnisse, unrichtige Angaben und falsche Auffassung handelt.

Die Schulinspektoren haben erklärt, daß sie niemals Korrekturen von Kindern hätten vornehmen lassen, auf die hin Beschlüsse für Verletzungen gefaßt worden seien, sie hätten vielmehr ihren Lehrern die Probearbeiten in der Geschichte, der Geographie und im Rechnen zur Mithilfe gegeben und die Lehrer haben zum Teil ohne Wissen der Inspektoren die Probearbeiten in der ersten Klasse von Kindern nachsehen lassen, haben die Arbeiten dann aber noch einmal durchgesehen und die gemachten Fehler hineingeschrieben. Ich muß sagen, daß ich als Schulmann eine Korrektur niemals durch Kinder vornehmen lassen würde, da das leicht zu Mißgeheimen und Zank Veranlassung gibt. Andererseits muß aber anerkannt werden, daß die Inspektoren einige tausend Probearbeiten nicht selbst nachsehen können, und da außerdem gerade in diesen Fächern hinter jeder einzelnen Frage nur eine richtige Antwort erscheinen kann, so ist die Sache nicht so schlimm, wie sie hier gemacht worden ist. Ein bekannter hervorragender Schulmann hat mir gesagt, daß das überall gang und gäbe wäre. Aus der Darstellung der Herren Eiche und Rathe hätte man entnehmen können, daß die Schulkinder angestellt wurden, um die Korrekturen für die Osterverletzung zu machen. Aus diesem Mißverständnis ist die „objektive Unwahrheit“ in den Bericht hineingekommen. Also in höherem Sinne sind solche

Korrekturen von den Schulkindern nicht vorgekommen, da die Arbeiten hinterher von Inspektoren oder Lehrern immer noch einmal nachgesehen und auch unterschrieben sind.

Es ist sodann auch mitgeteilt worden, daß ein Lehrer vom Direktor nicht zum Schulinspektor vorgeschlagen sei, weil er Mitglied des Vorstandes des Lehrervereins gewesen sei und er sich geweigert habe, als der Direktor ihm nahe gelegt hätte, das Amt zuvor niederzulegen. Die Sache ist wahr und ich mißbillige sie auf das entschiedenste. Ich würde lieber mein Amt als Mitglied des Schulvorstandes niederlegen, als in einer Kommission zu sitzen, die nach solchen Grundsätzen verfährt, aber die Kommission hat in der Sache auch gar keinen dahingehenden Beschluß gefaßt. Es ist ein älterer Kollege zum Inspektor vorgeschlagen und gewählt worden. Ich will es offen aussprechen, der Lehrer, welcher sich geweigert hat, das Amt im Lehrerverein niederzulegen, wäre meiner Ansicht nach am ehesten berufen gewesen, die Stelle eines Inspektors zu übernehmen, während er im anderen Falle für mich als Inspektor gar nicht in Frage gekommen wäre. (Zustimmung.)

Es ist schließlich alle Schuld auf den Schuldirektor Schaarschmidt gewälzt worden. Ich bin in sehr vielen Sachen mit dem Schuldirektor Schaarschmidt verschiedener Meinung gewesen, aber es wäre doch eine scheußliche Ungerechtigkeit, wenn wir sagen wollten, der Mann, der sein ganzes Leben im Dienste unserer Schule gestanden hat, der unser Schulwesen von 4 auf 25 Schulen gebracht hat und der jetzt alt geworden ist, soll nun alle Schuld haben an den Mißheiligkeiten zwischen Lehrern und Inspektoren. Ich halte es für meine Pflicht zu erklären, daß ich den Schuldirektor Schaarschmidt stets bereit gefunden habe, für seine Lehrer auf das wärmste einzutreten, und daß er z. B. bei der letzten Aufbesserung der Gehälter im harten Kampfe gegen den verstorbenen Herrn Oberbürgermeister gestanden hat, um die Gehaltserhöhung durchzudrücken. Er hat stets ein warmes Herz für seine Lehrer gehabt und hat seine beste Lebensarbeit an unsere Schule gewandt. Wenn er jetzt in einzelnen Sachen vielleicht nicht so „fortgeschritten“ ist, wie mancher, zu denen vielleicht auch ich gehöre, so muß man das mit in Kauf nehmen. Ich würde es für eine Undankbarkeit halten, wenn Staat oder Stadt einen derartig verdienten Beamten, sobald er alt geworden ist, einfach zum alten Eisen schmeißen wollte.

Jetzt kommt die Frage „Esche“, die mich persönlich nahe angeht, weil ich lange Zeit ein großer Freund des Herrn Esche gewesen bin. Herr Esche kam vor acht Jahren zu mir und teilte mir folgenden Fall mit: Auf der Leopoldstraße waren zwei schwach befähigte Kinder, die der Inspektor durch zwei größere Jungen nach der Hilfschule geleiten läßt, um sie dort abzuliefern. Die vier Kinder kommen in der Hilfschule an, der Lehrer Kielhorn sieht sie, ist aber augenblicklich beschäftigt und sagt zu einem Lehrer, nehmen Sie die beiden Kleinen und zu Herrn Esche, nehmen Sie die beiden Großen zur Prüfung mit sich. Darauf verschwinden die beiden

Lehrer mit den Knaben in ihren Zimmern. Herr Eiche findet die beiden großen Knaben natürlich nicht schwachbefähigt und schickt sie nach der Leopoldstraße zurück. Nach der Schulstunde erklärt Herr Eiche auf die Frage des Herrn Kielhorn, er habe die beiden Knaben zurückgeschickt, da er sie nicht für schwachbefähigt halte. Bemerken muß ich dabei, daß die beiden Herren, die sich wenig leiden können, Schwäger sind. (Heiterkeit.) Herr Kielhorn erklärte darauf, Du durfst die Kinder nicht ohne weiteres zurückschicken, sie müssen wiedergeholt werden. Der Schuldirektor, der dazu kommt, fragte dann, sind die beiden Jungen geprüft worden, worauf Herr Kielhorn, der an die beiden zurückgeschickten Jungen denkt, erwidert, die hat Lehrer Eiche zurückgeschickt. Darüber ist der Direktor, der natürlich an die beiden schwachbefähigten Kinder denkt, sehr erzürnt und sagt, was fällt Ihnen denn ein zc. Aus diesem harmlosen Mißverständnis machte Herr Eiche eine große Staatsaktion. Einschalten möchte ich hier, daß es nicht rühmendwert für den Schulinspektor an der Leopoldstraße gewesen ist, die beiden Jungen nach der Hilfschule zurückgeschickt zu haben, ohne das Mißverständnis aufzuklären. Diese Geschichte ist doch viel mehr lächerlich und gehört eher in die „Fliegenden Blätter“, als daß sie jetzt nach 14 Jahren zu einer großen Staatsaktion aufgebaut wird.

Hierdurch habe ich die Bekanntschaft mit Herrn Eiche angeknüpft. Ich habe ihn damals gebeten, er möchte die Geschichte für sich behalten, denn ich fände es nicht hübsch, daraus eine große Sache zu machen. Sehen Sie sich doch die Hilfschule einmal an, die Kinder sind dort sehr vergnügt, und wenn wirklich einmal ein Kind eine kurze Zeit dazwischen ist, das nicht dahin gehört, so schadet ihm das wirklich nichts. Bei dieser Gelegenheit setzte mir Herr Eiche seine Ideen über die Hilfschule auseinander und ich teilte dessen Auffassung, daß die Kinder in zwei Teile geteilt werden, in schwachbefähigte und in Sprachfranke, und ich habe mich darauf redlich bemüht, diese Idee durchzusetzen. Das ist mir auch schließlich, wie ich offen sagen will, gegen Herrn Direktor Schaarschmidt gelungen. Dieser hielt Herrn Eiche nicht für den geeigneten Mann, während ich darauf erwiderte, daß er doch Erfolge gehabt habe und ein Versuch mit ihm gemacht werden könnte. Als mich nun aber Herr Eiche im August 1905 in so trostloser Weise im Stich gelassen hatte, indem er den Sprachheilkursus nicht geben wollte, da sagte mir Herr Direktor Schaarschmidt, Sie sehen, wohin man kommt, wenn man Herrn Eiche unterstützt. Das sind Sachen, die eigentlich nicht auf den offenen Markt gehören, und mit dem Augenblicke, wo Eiche diese internen Schulangelegenheiten auf den offenen Markt „hinausgeschrien“ hat, war ich für ihn nicht mehr zu haben. Wenn Herr Dr. Jasper darauf anspielt, daß ich in dem Prozesse der beiden Schwäger habe Zeugnis ablegen müssen, so ist es eine sehr wenig angenehme Sache, auf dem Amtsgerichte Zeugnis ablegen zu müssen, aber eine Schuld trifft mich doch als Zeugen nicht.

Sie sehen, in welcher Weise die Sachen aufgebauscht werden, um unsern Schulen etwas anzuhängen. Der beste Beweis solcher Entstellung ist wohl folgender: In der Sache des Herrn Esche spielt Kurt X. eine Rolle. Herr Esche schreibt in „Was ich wollte“, Seite 5, bei Kurt X. sei wieder ein Irrtum vorgekommen, er sei zu Unrecht in die Hilfsschule gebracht. Vorigen Sonnabend wurde Kurt Peters, d. i. X., der Kommission für die Beurteilung zur Aufnahme in die Hilfsschule, der ich auch angehöre, wiederum vorgestellt, es war ein niedlicher Junge, der aber sofort erkennen läßt, daß er schwachsinzig ist. Soll man diesen Jungen auf die mittlere Bürgerschule schicken, wo er den Lehrern eine Last war und sie mit ihm zu keinem Resultate kamen? Im Interesse des Jungen war es deshalb dringend geboten, ihn auf die Hilfsschule zu schicken und Herr Esche war im Irrtum, wenn er glaubte, er sei normal. Das sind die Hauptsachen über die Hilfsschule. Ich bin der Ueberzeugung, daß unsere Hilfsschule, wie sie jetzt ausgestaltet ist, außerordentlich gut wirkt. Wenn Herr Jasper gemeint hat, es wäre wünschenswert, daß die Prüfung der aufzunehmenden Kinder nicht vor einem so großen Kreise von Männern stattfindet, so ist dieser Ausschuß gerade gewählt und sogar ein unglücklicher Stadtverordneter auch hineingebracht worden, um zu verhindern, daß etwas im geheimen geschieht, was die Eltern beunruhigen könnte. Ich bin ebenfalls überzeugt, daß jetzt die allergrößte Sicherheit dafür geboten ist, daß kein Kind ohne Grund in die Hilfsschule kommt. Und wenn wirklich doch noch einmal ein Kind kurze Zeit hineinkommen sollte, so ist es auch kein großes Unglück. Von dieser Angelegenheit ganz unabhängig steht das unglückliche Verhältnis zwischen Inspektoren und Lehrern. Daß es sich so unglücklich gestaltet hatte, mußte ich schon lange; wenn es aber kluge Leute geben sollte, die wissen wollen, aus welchen Ursachen es hervorgegangen ist, so mögen sie es uns sagen, ich, der ich von beiden Seiten als Vertrauensmann oft benutzt worden bin, kann es nicht sagen. Es ist jetzt der allgemeine Zug der Zeit, der Inspektor solle nicht mehr der Vorgesetzte der Lehrer, sondern nur der primus inter pares sein; dazu kommen einige Taktlosigkeiten von beiden Seiten und die Sache ist fertig. Der Schulvorstand hat übrigens ebenfalls gesagt, daß beide Teile die Schuld tragen. Wer den ersten Anstoß dazu gegeben hat, wer will das sagen, und wenn solche Unstimmigkeit erst da ist, wächst sie auch und wird weiter getrieben. Daß der Zwist besteht und sehr wenig angenehm ist, ist keine Frage, aber ich habe noch niemals Gelegenheit gehabt zu sehen, daß diese unangenehmen Verhältnisse auch auf den Dienst übertragen wurden bis auf den einen Fall. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Schulen nennen, bei der die sämtlichen Lehrer sagen, unser Verhältnis mit dem Inspektor ist tadellos; einige werden sich aber immer schlecht vertragen.

Die Hauptsache dieser Verhandlung ist, wie kommen wir zu einer Besserung. Bezüglich dieses Punktes stehe ich auf dem Standpunkte, wenn durch uns, als die

Repräsentanten der Bürgerschaft von dieser Stelle aus vor der Öffentlichkeit der dringende Wunsch ausgesprochen wird, daß die beiden großen Gruppen, Lehrer und Inspektoren, Frieden schließen und das Kriegsbeil begraben möchten, daß dieser einstimmig ausgesprochene ernste Wunsch genügen müßte, um die nötigen Schritte zur Einigung herbeizuführen. Es wird niemand von außen geeignete Schritte angeben können, wie ein Vertrag zustande kommen kann, ich auch nicht; es muß von den beiden großen Gruppen, die doch mit ihren Lebensinteressen zusammengehören, aus geschehen. Ich habe aber soviel Vertrauen zu den Inspektoren und Lehrern, wenn solcher Wunsch so dringend und warm ausgesprochen wird, daß auch etwas geschieht. Außenstehende können zu dieser Sache nichts tun, während auf beiden Seiten etwas geschehen kann. Die Inspektoren können sich z. B. als Mitglieder des Lehrervereins wieder melden und der Verein kann seiner Freude darüber Ausdruck geben, denn die beiden Teile gehören zusammen. Das erste Zeichen des Zwistes war jedenfalls die Loslösung der Inspektoren vom Lehrerverein, wer aber dabei der Schulbige war, das ist eine schwer zu lösende Frage. Wenn die Resolution angenommen wird, indem wir gleichzeitig dringend die Erwartung und die Bitte an beide Teile aussprechen, daß der Kriegszustand ein Ende nehmen möge, so werden die beiden Korporationen auch selbst Mittel und Wege finden, um dem unheilvollen Zustande ein Ende zu machen.

Herr Günther: Die Ausführungen des Herrn Esdorn könnten dahin verstanden werden, als ob es sich nur um die Hilfschule gehandelt habe. Das ist nicht der Fall. Die Hauptfrage war doch, daß die Lehrer die Einrichtung der Schulinspektorenstellen umgestaltet wissen wollen. Wenn dem gegenüber aber gesagt wird, wir wissen nicht, was die Lehrer wollen, so geht das doch deutlich aus der Denkschrift des Lehrervereins hervor. So einfach, wie Herr Hauswaldt sich das vorstellt, ist das nicht, denn ohne grundsätzliche Änderungen läßt sich keine Besserung herbeiführen. — Redner verliest einen Teil der Denkschrift. — Die Lehrer wollen in Schulfragen mitsprechen, und da sie im praktischen Leben stehen, sind sie auch die eigentlichen Sachkenner. Die Denkschrift gibt also Mittel und Wege, wie man in dieser Frage vorgehen soll. Achtung vor der Lehrerschaft und ihrer Vereinigung müssen auch die Inspektoren haben, davon kommen sie nicht weg. Die Unternehmer und auch andere haben schon eingesehen, daß man mit solchen Organisationen Hand in Hand gehen muß; die Lehrer wollen nun mitreden und das ist auch recht.

Ich bin auch nicht der Meinung des Herrn Dr. Bluth, daß wir mit der demokratischen Einrichtung warten können, wenn sie auch nicht gleich kommt, so kommt sie doch bald, denn wir werden dazu gezwungen werden. Herr Hauswaldt hat meine Ausführungen betreffs des Schuldirektors übelgenommen. Ich muß aber trotzdem sagen, es bleibt dem Schuldirektor, wenn die Angelegenheit nicht ge-

schlichtet wird, einfach nichts anderes übrig, als um seine Pensionierung einzukommen. Das mag einem leid tun — ich gehöre zu denjenigen, denen es leid tut, wenn man alte Leute brotlos macht —, aber hier trifft das nicht zu, denn er wird dadurch nicht existenzlos, sondern er bekommt seine Pension. Das Verdienst, von dem Herr Hauswaldt geredet hat, gebührt nicht dem Direktor, sondern unserer Schule. Meine Ansicht ist deshalb die richtige gewesen.

Ich möchte Sie also nochmals bitten, nehmen Sie den von mir wieder aufgenommenen Antrag Frühling an, er ist besser als der Kommissionsantrag. Wenn in der Resolution auch keine Verschleppung ausgesprochen ist, so ist es doch nicht unmöglich, daß die Sache in die Länge gezogen wird und aus dem Grunde bin ich für den Antrag Frühling.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Frühling-Günther abgelehnt und die von der Schulkommission vorgeschlagene Resolution angenommen.

— Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz. —

II. Umbau des Hauses Breitestraße 19.

Zusolge Beschlusses vom 28. April d. J. — Seite 6 des Berichtes — hat die Versammlung den Magistrat zum Ankaufe des Grundstücks des Großen Klubs Breitestraße Nro. ass. 82 für den Preis von 135 000 M ermächtigt und zugleich genehmigt, daß behufs Unterbringung der Hilfsschule in dem fraglichen Grundstücke bauliche Aenderungen an und in den vorhandenen Gebäuden unter Aufwendung von höchstens 72 500 M vorgenommen würden und zwar im Einvernehmen mit der vereinigten Bau- und Schulkommission einerseits und dem Schulvorstande der städtischen Bürgerschulen andererseits.

Bei der näheren Durcharbeitung des Umbauprojektes ist nun die städtische Bauverwaltung zu der Ansicht gelangt, daß es sich empfehle, von den in Aussicht genommenen wesentlichen Aenderungen im Inneren des an der Straße gelegenen Hauptgebäudes tunlichst Abstand zu nehmen, vielmehr zur Beschaffung der erforderlichen Klassenzimmer auf dem genügend großen Hofe ein neues Schulgebäude zur Unterbringung von 6 Klassen, das gleichzeitig zur Aufnahme der Kesselanlage für die Zentralheizung und einer den Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Badeeinrichtung geeignet sein würde, zu erbauen. Die städtische Bauverwaltung hat deshalb ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet, das mit dem zugehörigen Kostenanschlage, der mit 101 000 M abschließt, vorgelegt wird. Wenngleich seine Ausführung hiernach anslagsmäßig 28 500 M mehr kosten wird, als das oben gedachte Umbauprojekt, so trägt der Magistrat doch keine Bedenken, seine Genehmigung zu empfehlen. Seine Vorzüge gegenüber dem Umbauprojekte sind nach der Ansicht des Magistrates sowohl in schultechnischer, als auch in rein baulicher Beziehung so

erhebliche, daß dem gegenüber die Kostendifferenz nicht wohl ausschlaggebend sein kann, wobei noch darauf hingewiesen wird, daß das neue Projekt den städtischen Behörden die Möglichkeit gibt, später in dem südlichen Seitengebäude im Bedarfs-falle noch zwei weitere Klassen einzurichten.

Das neue vom Schulvorstande der städtischen Bürgerschulen gutgeheißene Projekt sieht vor, daß die Dienstwohnung für den Schuldiener im Erdgeschoße des Vordergebäudes eingerichtet wird, weil durch diese Einrichtung die Ueberwachung des umfangreichen Grundstücks wesentlich erleichtert wird. Es bleibt somit die im zweiten Obergeschoße des rechten Seitengebäudes vorhandene, bisher an den Heizer Ostermann für 195 M jährlich vermietete Wohnung verfügbar, und es ist daher die schon früher erfolgte Aufkündigung des Mieters einstweilen auf dessen Ersuchen zurückgenommen worden. Der Mietpreis von 195 M ist nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung angemessen.

Endlich wird noch darauf hingewiesen, daß bei der Auflassung des Grundstücks vertragsgemäß die auf demselben ruhenden Leihhausshypotheken und zwar:

29 050 M	verzinslich zu	3 ¹ / ₂ %
12 275 M	" "	4 %
34 900 M	" "	4 %
8 100 M	" "	4 %

zusammen 84 325 M verzinslich zu insgesamt 3227,75 M = 3,94 %

haben stadtseitig übernommen werden müssen.

Wenngleich nun der Schulhausbaufonds in der Lage ist, diese Schuld abzu-stoßen, auch die Stadthauptkasse über genügende Varmittel verfügt, so erscheint es dem Magistrat doch einerseits im Hinblick auf die erheblichen Aufwendungen, welche durch den geplanten Umbau der Gasanstalt an der Taubenstraße bedingt werden und andererseits mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand des Geldmarktes ratsam, von Abtragung der vorgedachten Schuld einstweilen Abstand zu nehmen. Die dadurch bewirkte Belastung der Kämmererkasse würde durch die beabsichtigte Vermietung des seitens der Hilfschule zu räumenden ehemaligen Stadthauses reichlich ausgeglichen werden.

Der Verwaltung wird anheimgegeben zu genehmigen, daß unter Abstand-nahme von dem früher beschlossenen Umbauprojekte

1. das jetzt vorgelegte Projekt ausgeführt und die dazu erforderliche Summe von 101 000 M aus dem Schulhausbaufonds bestritten,
2. die oben erwähnte Wohnung mietweise dem Heizer Ostermann für 195 M jährlich belassen und
3. von der Abstoßung der vorgedachten vier Leihhausshypotheken zu in-sgesamt 84 325 M einstweilen Abstand genommen werde.

Namens der vereinigten Schul- und Baukommission berichtet Herr Lübe, daß der Versammlung empfohlen werde, die Vorlage trotz wesentlicher Erhöhung der Bau Summe anzunehmen. Die Kommissionen seien der Ansicht gewesen, daß sich der Umbau in den ursprünglichen Grenzen nicht hätte durchführen lassen und die Mehrausgabe von 28500 M nützlich und zweckentsprechend angelegt werde.

Die Vorlage wird darauf in allen Punkten gutgeheißen.

— Herr Wolff übernimmt den Vorsitz wieder. —

III. Vermietung des alten Stadthauses.

Nachdem die Landesversammlung den Antrag der Herzoglichen Landesregierung betreffend den Ankauf des Stadthaus-Grundstückes zum Preise von 135000 M abgelehnt und gleichzeitig den Ausschuß ermächtigt hat, einer Ermietung des Gebäudes zuzustimmen, sind zwischen den zuständigen staatlichen Behörden und dem Magistrat wegen eventuellen Abchlusses eines Mietvertrages Verhandlungen gepflogen.

Der Magistrat hat sich bei diesen Verhandlungen von der Erwägung leiten lassen, daß, nachdem die städtischen Behörden beschlossen haben, das Grundstück zu einem Preise zu veräußern, der im Hinblick auf die Lage des Grundstücks in der Mitte der Stadt und seinen Zusammenhang mit anderen städtischen Grundstücken als ein mäßiger zu bezeichnen und nicht geeignet ist, die städtischen Behörden zum Verkaufe anzureizen, die Verwerfung der obengedachten Regierungsvorlage durch den Landtag kein hinreichender Grund sein kann, bei der jetzt erbetenen Vermietung dem Staate weniger Entgegenkommen zu zeigen.

Es ist deshalb gefordert, daß

- a) ein Mietpreis gezahlt werde, der einer $3\frac{1}{2}\%$ igen Verzinsung des früher geforderten Kaufpreises gleichkommt (4725 M),
- b) der Staat die sämtlichen Kosten übernehme, welche durch die Instandsetzung des Innern des Gebäudes und die im Innern vorzunehmenden baulichen Aenderungen bedingt werden;
- c) der Staat die Verpflichtung übernehme, das Gebäude im Innern auf seine Kosten imstande zu erhalten und für Instandhaltung des Aeußern, die zur Vermeidung von Weiterungen über den Umfang der betreffenden Arbeiten stadtseitig bewirkt werden soll, der Stadt eine feste Jahresvergütung von 200 M zahle, wogegen diejenigen Kosten, welche durch die jetzt auszuführende gründliche Instandsetzung des Aeußern des Bauwerks einschließlich des Daches erforderlich werden und seitens der städtischen Bauverwaltung zu 2650 M ermittelt sind, stadtseitig zu tragen sein würden, da die Aufwendung dieser Kosten dem Mieter nicht wohl zugemutet werden kann;

- d) die öffentlichen Abgaben und Lasten einschließlich der Brandkassenbeiträge vom Staate übernommen werden.

Diese Forderungen sind bisher nicht beanstandet; es ist jedoch das Ersuchen geäußert, dem Staate noch dadurch entgegenzukommen, daß

1. im Falle der Herrichtung eines Verbindungsganges zwischen dem Stadthause und dem Justizgebäude die Umwandlung von ein bis zwei Fenstern in Türen gegen Uebernahme der Verpflichtung gestattet werde, bei Beendigung des Mietverhältnisses den früheren Zustand wieder herzustellen;
2. die vom Magistrate mit Rücksicht auf den Umfang der staatsseitig aufzuwendenden Baukosten zugestandene Vertragsdauer von fünf Jahren auf einen Zeitraum von zehn Jahren mit der Maßgabe erstreckt werde, daß der Vertrag während dieser Zeit für die Stadt unkündbar sein, seitens des Staates aber unter Innehaltung einer Frist von sechs Monaten solle aufgekündigt werden können, während nach Ablauf der zehn Jahre der Vertrag eventuell stillschweigend fortlaufen und beiden Teilen das Recht zustehen würde, ihn unter Innehaltung einer einjährigen Frist aufzukündigen;
3. dem Staate das Recht eingeräumt werde, das Grundstück zu dem vereinbarten Preise von 135 000 M während der ersten fünf Jahre des Mietverhältnisses anzukaufen.

Soweit bekannt, sind die Kosten für Instandsetzung des Innern des Gebäudes, abgesehen von den Aufwendungen für Inventar, zu etwa 8000 M veranschlagt, und es dürfte daher die Bewilligung der vorstehend unter 1 und 2 gedachten Forderungen der Billigkeit entsprechen; der unter 3 gedachte Wunsch ist geäußert, nachdem auf das zunächst dem Magistrate unterbreitete Ersuchen, dem Staate schlechthin ein Vorkaufsrecht einzuräumen, magistratsseitig nicht eingegangen war, weil dazu kein genügender Grund vorlag. Auf den vorstehend gedachten Wunsch kann nach der Ansicht des Magistrates die Stadt eingehen, weil auf eine so erhebliche Wertsteigerung, daß bei einem später etwa abzuschließenden Kaufvertrage eine Erhöhung des Kaufpreises gerechtfertigt sein würde, innerhalb der nächsten 5 Jahre nicht wohl zu rechnen ist.

Einen den vorstehenden Ausführungen entsprechenden Vertragsentwurf erhält die Versammlung mit dem Ersuchen, den Magistrat zum Abschlusse eines entsprechenden Vertrages zu ermächtigen und der Instandsetzung des Aeußeren des Stadthauses unter Bewilligung von 2650 M zuzustimmen.

Herr Hauswaldt: Die Finanzkommission hat sich mit der Vorlage eingehend befaßt und ist der Ansicht, daß die Stadtverwaltung durch den Vertrag der Staatsbehörde ein weitgehendes Entgegenkommen zeigt, vielleicht sogar ein zu

weitgehendes. Die Mehrheit der Kommission war aber trotzdem der Ansicht, dem Vertrage zuzustimmen, und so habe ich Ihnen die Annahme des Vertrages zu empfehlen, allerdings mit der Aenderung, daß im § 9 hinter den Worten „zu dem Preise von 135 000 M.“ eingeschaltet werde: „zur Beschaffung weiterer Räume für die Justizbehörde“, um festzustellen, daß wir nicht etwa auch für jeden anderen Zweck das wertvolle Grundstück der Staatsbehörde so billig verkaufen würden, sondern nur für die Zwecke der Justiz.

Der Vorlage wird sodann mit dieser Aenderung des Vertrages zugestimmt.

IV. Kaufpreis für erworbene Grundflächen am Cyriaksringe.

Der Malermeister Schmitz hieselbst hat am 29. August 1903 den bei weitem größten Teil des zum Ausbau des Cyriaksringes zwischen Helenen- und Weststraße nötigen Terrains mit der Maßgabe verkauft, daß zugunsten des Verkäufers einstweilen 10 M pro qm verrechnet werden und daß als endgültig maßgebender Verrechnungssatz derjenige gelten soll, der für die als Straßenterrain in der betreffenden Gegend erworbenen Grundstücke nach pflichtmäßigem Ermessen der städtischen Behörden als angemessener Durchschnittssatz festgestellt werden wird. Herr Schmitz hat nun den Antrag gestellt, die Fläche vorbehaltlich ihrer endgültigen Verrechnung ihm mit 12 M pro qm in Anrechnung zu bringen. Da die Straßenbaubewerwaltung diesen Betrag für angemessen hält, auch das benachbarte Terrain diesen Wert besitzt, so wird die Versammlung ersucht, den Magistrat zu einer Verrechnung des Terrains mit einem Einheitspreise von 12 M zu ermächtigen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Kiefe berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

V. Bildung einer Johanne Wachtmann Museums-Stiftung.

Die am 23. November 1903 hier verstorbene unverehelichte Johanne Wachtmann hat bekanntlich zur Erhaltung und Vermehrung der Kunstgegenstände des städtischen Museums der Stadt lektwillig 20 000 M mit der Bestimmung zugewandt, daß das Legat als Johanne Wachtmann Museumsfonds besonders verwaltet werde. Nach einer dem Magistrate von dem Erben und Testamentsvollstrecker des Fräulein Wachtmann gegebenen Erläuterung würde der Absicht der Erblasserin am besten dadurch entsprochen werden, daß das Legat, das sich vermutlich auf 25 000 M erhöhen wird, zur Bildung einer Stiftung verwandt würde. Dem Ersuchen des Magistrates, sich damit einverstanden zu erklären, daß der der Stadt zugefallene Betrag zur Bildung einer Johanne Wachtmann Museums-Stiftung Verwendung finde,

entspricht die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die der Herr Vorsitzende berichtet.

VI. Klageerhebung.

Die Gemeindebehörde zu Watenbüttel ist unter Hinweis auf die von dem Kreisausschuß Niddagshausen-Bechelde abgegebene Entscheidung ersucht worden, die von dem Kieselgut Steinhof für das Rechnungsjahr 1906/07 zu Unrecht erhobenen Steuerbeträge als: Gemeinde-Einkommensteuer 464,60 M und Parochialsteuer 72,48 M, zusammen 537,08 M, an die Kasse des städtischen Kieselgutes Steinhof zurückzuzahlen.

Da Watenbüttel die Rückzahlung der Summe verweigert, so ersucht der Magistrat um die Ermächtigung, wegen Rückzahlung der der hiesigen Stadt zu Unrecht auferlegten Steuerbeträge Klage gegen die Gemeinde Watenbüttel zu erheben,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die der Herr Vorsitzende berichtet, zustimmt.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis gegen 7³/₄ Uhr.

1906/1907.Nr. 8.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. November 1906.



Tagesordnung:

I.	Erlaß eines neuen Gewerbegerichts-Statuts	Seite 236
II.	Umgestaltung des Lehrerinnenseminars	" 243
III.	Kanalverlegung zwischen Marienstraße und Riddagshäuserweg	" 247
IV.	Beihilfe für einen Verein	" 247
V.	Anschluß der Aborte städtischer Gebäude an das Kanalsystem	" 248
VI.	Antrag Kalmß: Aenderung des Statuts über die Abgabe von Gas	" 249
VII.	Hundesteuer-Erlaßgesuch	" 249
VIII.	Ankauf eines Grundstücks an der Goslarischenstraße	" 250
IX.	Belegung der Fußwege an der Wiesenstraße mit Platten	" 250
X.	Verbreiterung des westlichen Theiles des Geiershagen	" 250
XI.	Einfriedigung des Museumsgrundstücks	" 251
XII.	Entsendung zweier Lehrer zu einem Sprachheilkursus	" 251
XIII.	Anfrage Kolke; Ausbau der Kasernenstraße	" 252

XIV.	Anfrage Ahmann: Schaffung eines Durchgangsbahnhofs	Seite 253
XV.	Anfrage Schöttler: Verfolgung einer Zeitung wegen eines Artikels . .	" 254
XVI.	Antrag Stegmann: Weiterführung der Straßenbahn vor das Augusttor .	" 256
XVII.	Antrag Stegmann: Beseitigung der Gleichtenerung	" 257

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Kete meyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Seele, Wagner, Lange, Lord und Blasius.

Entschuldigt die Herren Koch, Wesemeier und Wolff.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst den Eingang folgender Gesuche bekannt:

1) Eingabe des Verkehrsvereins, der Innungen und des sozialdemokratischen Vereins, die zu den Akten genommen werden, weil gleiche Eingaben auch dem Magistrate zugegangen sind und dort noch keine Erledigung gefunden haben.

2) Eingabe städtischer Bautechniker um Aufnahme in eine höhere Gehaltsklasse. Dieses Gesuch wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen. Hierauf tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

I. Erlass eines neuen Gewerbegerichts-Statuts.

Der Magistrat überreicht ein neues Gewerbegerichts-Statut mit dem Ersuchen, dem Erlasse desselben zuzustimmen. Die Umgestaltung des zurzeit geltenden, im Jahre 1891 geschaffenen Statuts erscheint ihm dringend wünschenswert, weil es die im Jahre 1901 erfolgten Aenderungen des Gewerbegerichts-gesetzes nicht berücksichtigt, auch eine möglichst weitgehende Uebereinstimmung mit dem inzwischen erlassenen Statut für das Kaufmannsgericht umso mehr angebracht erscheint, als beide Gerichte in engem Zusammenhange stehen und verschiedene Aenderungen wichtigerer Art von den Gerichtsbeisitzern einstimmig beantragt worden sind. Die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung beteiligter Arbeitgeber und Arbeiter ist in der Weise vor sich gegangen, daß ein Entwurf der geplanten Aenderungen zur Aeußerung übersandt worden ist an sämtliche Beisitzer des Gewerbegerichtes, die Handelskammer, die Handwerkskammer, die Innungen und deren Gesellenausschüsse, den Verein Braunschweiger Gastwirte, das Gewerkschaftskartell, den Braunschweiger Arbeiterverein, den katholischen Gesellenverein, den evangelischen Männer- und Jünglingsverein, den christlichen Verein junger Männer, den katholischen Jünglingsverein, den Genser Verband und den Deutschen Kellnerbund.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: In der „Einleitung“ ist in Zeile 2 hinter „Reichsgesetzblatt“ die Zahl 1901 vergessen worden, die noch nachzutragen sein wird.

Herr Brückmann: Im Gegensatz zu dem Ausdruck „Arbeitgeber“ ist hier überall der Ausdruck „Arbeiter“ gebraucht worden. Da man hierunter nur ungelernnte Arbeiter verstehen könnte, so möchte ich anheimgeben, dafür „Arbeitnehmer“ zu sagen, wie das auch sonst üblich ist.

Herr Stadtrat Wagner: Der Ausdruck „Arbeiter“ entspricht dem Wortlaute des Gesetzes, weshalb er auch im Statute überall Verwendung gefunden hat. Wichtig ist, daß die eigentliche Arbeiterschaft bei dem Statute nicht allein in Frage kommt, sondern z. B. auch Techniker, Zeichner u. mit einem Jahresverdienste von nicht mehr als 2000 M.

Herr Weichsel: In der Statutenkommission ist die Sache nicht erwogen worden. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkte, wenn auch das Gesetz von „Arbeitern“ redet, daß wir trotzdem den Ausdruck „Arbeitnehmer“ gebrauchen können.

Herr Stadtrat Wagner: Im Gewerbegerichtsgesetze heißt es ausdrücklich „Arbeiter“; es empfiehlt sich daher, den Ausdruck auch hier beizubehalten.

Da ein Antrag auf Aenderung des Ausdrucks nicht gestellt worden ist, so gilt die „Einleitung“ mit dem von der Statutenkommission beantragten Zusatz als genehmigt.

Herr Weichsel: Zu den §§ 1—5 des Entwurfes hat die Statutenkommission Aenderungen nicht vorzuschlagen. Zum § 5 möge bemerkt werden, daß hier die Mehrheitswahl vorgeschlagen worden ist, während das Kaufmannsgerichtstatut bekanntlich die Verhältniswahl vorsieht. Letztere Wahlart scheint hier nicht geeignet zu sein. Schon bei der Besprechung des Kaufmannsgerichtstatuts ist erwähnt worden, daß die Verhältniswahl nicht eingeführt sein würde, wenn wir dazu nicht gezwungen gewesen wären. Hier würde sich diese Wahl noch viel weniger bewähren, weil die Zahl der Wähler eine erheblich größere ist und das Wahlverfahren in unglaublicher Weise erschwert werden würde, ohne davon einen Vorteil erwarten zu können.

Zum § 6 schlägt die Kommission vor, den zweiten Satz wie folgt zu fassen: „Die Beisitzer aus jeder Gruppe werden zusammen mit ihren Ersatzmännern in einem Wahlgange gewählt.“

Die §§ 1—6 werden mit dieser Aenderung genehmigt.

Zum § 7 findet sich kommissionsseitig nichts zu erinnern.

Herr Rathe: Ort und Zeit der Wahlen sollen nur in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt gegeben werden. Da diese Zeitung aber wohl am allerwenigsten in Arbeiter- und auch in anderen einschlägigen Kreisen gelesen wird, so beantrage

ich, daß die betreffenden Bekanntmachungen in allen hiesigen Zeitungen veröffentlicht werden.

Herr Weichsel: Die Statutenkommission hat die Angelegenheit besprochen und sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Braunschweigischen Anzeigen das offizielle Nachrichtenblatt für derartige Bekanntmachungen sind und daß man, wenn man weitergehen will, sämtliche hiesige Blätter zu den Bekanntmachungen nehmen muß. In anderen derartigen Fällen hat man das Verfahren eingeschlagen, daß man dem offiziellen Blatte die Bekanntmachung als Inserat gibt und es den übrigen Zeitungen überläßt, die Bekanntmachung als eigene Nachricht im lokalen Teile zu bringen. Das hat sich bewährt und es dürfte keine Veranlassung vorliegen, hier davon abzuweichen. Durch die offizielle Veröffentlichung der Bekanntmachungen in allen hiesigen Zeitungen würden ziemlich hohe Kosten entstehen.

Herr Stadtrat Wagner: Praktisch hat sich die Sache so entwickelt, daß derartige Bekanntmachungen stets ohne Ausnahme von sämtlichen Blättern abgedruckt werden und demnach alle Interessententeile Kenntnis davon erlangen; wir können daher von der seitens des Herrn Rathe gewünschten Ausdehnung wohl absehen.

Herr Günther: Ich mache den Vorschlag, daß die Bekanntmachungen vom Magistrat allen Zeitungen zur Gratiskaufnahme überwiesen werden und somit die Bezahlung der Bekanntmachung in den Anzeigen wegfällt. Wir haben schon ein derartiges Verfahren bei den Ausschreibungen städtischer Bauarbeiten, die den Zeitungen überwiesen und von diesen gratis aufgenommen werden.

Vorsitzender: Man müßte doch aber die Sicherheit haben, daß die Bekanntmachung wenigstens von einer Zeitung bestimmt aufgenommen würde.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Gegen den Vorschlag des Herrn Günther habe ich erhebliche Bedenken insofern, als wir dann keine Gewähr für die rechtzeitige Veröffentlichung der Bekanntmachung haben und die Wahlen bei Nichtinnehaltung der vorgeschriebenen Fristen anfechtbar sein würden. Bei den Stadtverordnetenwahlen beschränken wir uns ohne Nachteil ebenfalls auf die offizielle Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen.

Herr Rathe zieht darauf seinen Antrag zurück.

Die §§ 7 bis 15 werden sodann der Magistratsvorlage gemäß genehmigt.

Dem § 16 beantragt Herr Stegmann folgenden Zusatz zu geben:

„Das Gericht entscheidet in der Besetzung von fünf Richtern, dem Vorsitzenden und vier Beisitzern.“

Herr Weichsel: Die Sache ist in der Statutenkommission schon erwogen worden und sie ist der Ansicht gewesen, daß es sich nicht empfiehlt, eine Vermehrung der Richterstellen von drei auf fünf vorzunehmen. Zunächst wird durch solche Vermehrung eine größere Gewähr für die Richtigkeit des Richterspruchs nicht gegeben, sondern die Kommission glaubt, daß das Gericht sein Urteil bei drei Rich-

tern ebenso sicher findet wie bei fünf Richtern. Außerdem würde bei fünf Richtern das Verfahren verteuert und auch erschwert werden insofern, als es sehr schwer halten würde, dieselben fünf Richter noch einmal zusammenzubekommen, wenn eine von ihnen beratene Sache noch einmal verhandelt werden müßte. Da nun nach Ansicht der Kommission die Mehrkosten unnötig aufgewandt werden würden, so hat sie sich gegen den Antrag erklärt.

Herr Stadtrat Wagner: Es entspricht der gesetzlichen Regel, daß ein solches Gericht nur mit drei Richtern besetzt ist. Auch das Kaufmannsgericht, das meistens über erheblich schwierigere Fragen zu urteilen hat, ist nur mit drei Richtern besetzt.

Herr Stegmann: Wenn gesagt wird, es würde durch die Vermehrung der Richterstellen von 3 auf 5 keine größere Gewähr für die Richtigkeit des Richterspruchs geboten, so bin ich anderer Meinung. Es kann vorkommen, daß bei der Verhandlung von Fachgegenständen unter zwei Beisitzern niemand ist, der Sachverständnis besitzt, während bei vier Beisitzern eine größere Gewähr dafür geboten ist, daß die Sache vom sachmännischen Standpunkte aus behandelt wird. Die hierdurch entstehende Vertauung der Rechtspflege ist wirklich so minimal, daß sie nicht ins Gewicht fällt. In verschiedenen Städten ist man deshalb schon von der Minimalzahl 2 abgegangen; so z. B. haben M. = Gladbach 8 Beisitzer, Köln a. Rh., Düsseldorf, Elberfeld und Barmen 6 Beisitzer, in 90 Städten finden sich 4 Beisitzer und in anderen Städten ist die Einrichtung getroffen, daß es dem Vorsitzenden überlassen bleibt, 2 oder 4 Beisitzer zuzuziehen. Alle diese Städte haben doch auch eine größere Gewähr für die Richtigkeit des Richterspruchs in der Vermehrung der Richterstellen gefunden. Es handelt sich dabei nicht um eine Prinzipienfrage, sondern der Antrag ist nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gestellt worden.

Herr Fudel: So lange das Gewerbegericht besteht, habe ich die Ehre, Beisitzer zu sein und habe schon eine ziemliche Reihe von Sitzungen mitmachen müssen; mir ist dabei aber noch niemals zum Bewußtsein gekommen, daß die beiden Beisitzer nicht ausreichen. Die beiden Vorsitzenden des Gewerbegerichts waren stets so vorsichtig, daß sie im Bedarfsfalle Sachverständige zugezogen haben. Mir ist daher noch nie der Gedanke gekommen, daß die Zahl der Beisitzer erhöht werden müßte. Es können allerdings Fälle vorkommen, in denen die beiden Beisitzer nicht sachverständig genug sind, aber solche Fälle sind außerordentlich selten und es würde auch vom Zufalle abhängig sein, ob sich unter den vier Beisitzern gerade Sachverständige in der zu behandelnden Angelegenheit befinden. Ich möchte daher bitten, es bei zwei Beisitzern zu belassen. In der Vermehrung der Richterstellen würde ich nur eine Erschwerung und keineswegs eine größere Sicherheit für das richtige Urteil erblicken.

Herr Stadtrat Wagner: Aus meiner allerdings kurzen Erfahrung kann ich die Ausführungen des Herrn Vorredners nur bestätigen. Dabei will ich noch er-

wähnen, wenn wirklich einmal rein fachtechnische Fragen zur Erörterung stehen und die Mitglieder des Gerichtes haben wegen ihres Urteils Bedenken, so wird der Termin vertagt und es werden zu dem neuen Termine Arbeitgeber und Arbeiter der betreffenden Branche als Beisitzer zugezogen. In dieser Weise kann den geäußerten Wünschen Rechnung getragen werden.

Herr Rathe: Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Südel an. Ich hatte ebenfalls die Ehre, im Gewerbegerichte längere Jahre tätig zu sein und ich kann nur bestätigen, daß die bisherige Zusammensetzung stets ausgereicht hat und selten Fälle eingetreten sind, wo wir zweifelhafter Meinung waren. Auch ich möchte bitten, es bei der bisherigen Besetzung zu belassen.

Der Antrag Stegmann wird darauf abgelehnt und der § 16 ebenso wie der § 17 in der Fassung der Magistratsvorlage genehmigt.

Zum § 18. Herr Weichsel: Die Gewerbegerichtsbeisitzer aus der Gruppe der Arbeitnehmer haben gebeten, die Entschädigung für Zeitversäumnis auf fünf Mark für den Fall zu erhöhen, daß eine Sitzung sich über 12 Uhr mittags hinaus erstreckt. Der Magistrat hält eine solche Erhöhung nicht für angebracht, zumal ein Ausgleich dadurch herbeigeführt werde, daß öfter die Sitzungen nur kurze Zeit dauern und gleichwohl drei Mark Diäten voll gezahlt werden. Die Antragsteller haben zur Begründung ihres Antrages geltend gemacht, daß für die Arbeitnehmer, die in Betrieben mit englischer Arbeitszeit tätig seien, bei längerer Dauer der Sitzungen der ganze Tageslohn in Fortfall komme und sie dadurch einen Ausfall an Verdienst hätten, der durch eine Entschädigung von drei Mark nicht wett gemacht würde. Nach der Beratung dieser Frage ist die Statutenkommission zu der Ansicht gekommen, es bei einer Entschädigung von drei Mark belassen zu sollen. Einmal dauert eine Sitzung nach der Angabe des Herrn Vorsitzenden des Gewerbegerichts nur in einem besonderen Ausnahmefalle einmal über 12 Uhr hinaus, während viele Sitzungen nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen; außerdem, und das ist die Hauptsache, sollen die drei Mark nicht etwa eine Entschädigung für entgangenen Verdienst bedeuten, sondern nur ein billiges Entgelt sein, damit der betreffende Beisitzer nicht zu Schaden kommt. Wollte man den Standpunkt vertreten, daß es sich um eine Entschädigung für entgangenen Verdienst handelt, so müßte man die Höhe der Entschädigung nach den Verhältnissen der betreffenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer bemessen und würde dann auf ganz andere Sätze kommen. Aus diesen Gründen glaubt die Kommission, daß es richtig ist, die Sache als ein Ehrenamt anzusehen und die drei Mark als ein billiges Entgelt für die Versäumnis anzunehmen.

Herr Stegmann: Von Gewerbegerichtsbeisitzern weiß ich, daß häufig längere Sitzungen vorkommen, sodaß ich beantragen möchte, den Beisitzern durchgehends fünf Mark zu bewilligen. Wenn der Herr Referent sagt, daß es keine Entschä-

bigung für entgangenen Arbeitsverdienst sein solle, so will ich dazu bemerken, daß damit die Arbeiter nicht rechnen können. Ich möchte daher bitten, sofern meinem ersten Antrage nicht zugestimmt werden kann, dem Antrage der Beisitzer die Zustimmung zu geben; wenn das aber nicht beliebt werden sollte, hinter Zeitversäumnis zu sagen: . . . „fünf Mark, wenn die Vormittagsitzung über 1 Uhr mittags hinaus getagt hat, andernfalls drei Mark“. Es kommt dabei auch nicht in Betracht, daß viele Fabriken schon um 12 Uhr Mittag machen; denn wenn die Sitzung bis 1 Uhr dauert und die Leute gehen zum Essen nach Hause, so ist der Nachmittag auch verloren. Bei der englischen Arbeitszeit ist er überhaupt verloren. Ich sehe auch nicht ein, warum die Gewerbergerichtsbeisitzer gegenüber den Beisitzern im Kaufmannsgerichte zurückstehen sollen, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig!

Herr Stadtrat Wagner: Nach dem Gesetze soll das Beisitzeramt ein Ehrenamt sein, was wir in erster Linie ins Auge fassen müssen. Die Fälle, wo sich die Sitzungen über 12 Uhr hinaus erstrecken, gehören zu den Ausnahmen, während sie sehr häufig schon um 11 Uhr zu Ende sind. Man sollte daher meinen, daß sich die Entschädigung gegenseitig ausgleiche. Es ist aber auch Fürsorge getroffen, daß in Zukunft die Ausdehnung der Sitzungen über 12 Uhr hinaus nach Möglichkeit vermieden wird, und wenn solche Wünsche schon früher geäußert wären, so würde ich das schon längst anders eingerichtet haben. Sobald nämlich angenommen werden kann, daß eine Verhandlung längere Zeit in Anspruch nehmen wird, so wird schon um 9 Uhr und nicht erst um 10 Uhr begonnen. Bei den Kaufmannsgerichten ist es überhaupt noch nie vorgekommen, daß die höhere Entschädigung von fünf Mark bezahlt worden ist. Schließlich bleibt noch zu berücksichtigen, daß viele Arbeitgeber ihren Arbeitern trotz der Zeitversäumnis ihren vollen Lohn zahlen und unter solchen Verhältnissen eine Entschädigung von fünf Mark doch wohl zu hoch erscheinen dürfte.

Herr Ribbentrop: Es handelt sich hier allerdings um ein Ehrenamt und es ist für die Arbeitgeber eine Kleinigkeit, dieses Amt wahrzunehmen, dagegen für die Arbeiter eine schwere bittere Pille, wenn sie dafür nicht genügend entschädigt werden. Ich möchte deshalb auch dafür sein, die Entschädigung auf fünf Mark festzusetzen.

Herr Esdorn: Sobald Herr Stegmann seinen Antrag auf 1 Uhr statt auf 12 Uhr ändern wollte, würde der Antrag schon gegenüber den Kaufmannsgerichten gerechtfertigt sein.

Herr Weichsel: Ich möchte dagegen einwenden, daß die Sache bei Annahme des Antrages ein Geschäft werden würde, weil dann nicht vergütet wird, was versäumt wird, sondern man ein Geschäft daraus macht. Nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist der Arbeitgeber in gewissen Fällen nicht einmal berechtigt,

den Lohn für eine Arbeitsversäumnis zu kürzen; wenn nun aber für jede Sitzung, und wenn sie nur eine Stunde dauert, fünf Mark gezahlt werden, so ist das ein brillantes Geschäft. Der Charakter des Ehrenamtes wird dadurch jedenfalls gestört.

Herr Nolte: Es erscheint mir billig, daß bei längeren Sitzungen ein höherer Satz bezahlt wird. Vielleicht läßt es sich auch so einrichten, daß die Sitzungen ebenso wie die Gerichtssitzungen regelmäßig um 9 Uhr beginnen. Wenn das geschieht, werden die Sachen wahrscheinlich in den bei weitem meisten Fällen bis Mittag erledigt werden können.

Herr Schöttler: Ich beantrage zu sagen „über 12 Uhr mittags hinaus“.

Herr Esdorn: Läßt sich nicht die Zeit von 9 bis 12 Uhr für die Sitzungen festlegen?

Herr Weichsel: Ich möchte dagegen sein; es können ganz wenige Sachen anstehen, die nur geringe Zeit erfordern, weshalb es dem Vorsitzenden überlassen bleiben muß, um 9 oder 10 Uhr zu beginnen.

Herr Stadtrat Wagner: Den Beginn der Sitzungen statutarisch festzulegen möchte ich warnen. Außer dem Gewerbegerichte habe ich noch das Kaufmannsgericht und ich halte an den Gewerbegerichtstagen mit Beisitzern noch Sitzungen des Kaufmannsgerichtes ohne Beisitzer und umgekehrt ab. Dazu kommen noch die Magistratsitzungen und andere Arbeiten, so daß es nicht möglich ist, den Beginn der Sitzungen allgemein festzulegen. Wenn aber überhaupt eine Grenze hinsichtlich der Entschädigung festgesetzt werden soll, so wäre es richtiger, die 12 Uhr Grenze zu nehmen.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird beschlossen, den ersten Satz des § 18 folgendermaßen zu fassen:

„Die Beisitzer erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, als Entschädigung für Zeitversäumnis fünf Mark, wenn die Vormittags-sitzung über 12 Uhr mittags hinaus dauert, andernfalls drei Mark.“

Der zweite Absatz wird unverändert genehmigt.

Zu den §§ 19 und 20 findet sich nichts zu erinnern.

Zum § 21 beantragt der Herr Referent, am Schlusse des ersten Absatzes vor „aus“ einzuschalten: „in der erforderlichen Anzahl“.

Der § 21 wird mit diesem Zusatz angenommen.

Die §§ 22 — 28 bieten zu Erinnerungen keinen Anlaß.

Zum § 29 beantragt der Herr Referent, den letzten Absatz fortzulassen, weil das Statut möglicherweise bis zum 31. Dezember d. J. noch nicht rechtskräftig sein könnte.

Der § 29 wird mit dieser Aenderung und darauf das ganze Statut genehmigt.

II. Umgestaltung des Lehrerinnenseminars.

Das zufolge Beschlusses der städtischen Behörden auf dem Grundstücke Kleine Burg 6 errichtete Gebäude für das Lehrerinnenseminar und die damit zu verbindende sechsstufige Übungsschule wird zu Ostern 1907 in Benutzung genommen werden können; es erscheint daher erforderlich, über die an beiden Anstalten zu beschäftigenden Lehrkräfte Beschluß zu fassen.

Im Einvernehmen mit den Schulvorständen der städtischen höheren Mädchenschule und der städtischen Bürgerschulen unterbreitet der Magistrat der Versammlung folgende Vorschläge:

I. Das Lehrerinnen-Seminar betreffend:

In der Sitzung vom 9. Januar 1902 hat sich die Versammlung entsprechend dem Antrage des Magistrates damit einverstanden erklärt, daß nach Beschaffung der erforderlichen Räume die drei Jahrgänge des Seminars in allen Fächern gesondert unterrichtet werden und daß die Seminaristinnen nach Absolvierung der drei Unterrichtsjahre ein Probejahr durchzumachen haben, in dem sie an der Übungsschule Unterricht erteilen und unter der Leitung eines sogenannten Übungslehrers in der Lehrtätigkeit praktisch ausgebildet werden.

Die Sonderung in drei Klassen wird sich nach Ansicht des Seminardirektors auf die technischen Fächer nicht zu erstrecken brauchen, zumal in der ersten Seminar-Klasse Unterricht in technischen Fächern nicht mehr erteilt wird; gleichwohl erfordert die Einrichtung von drei Klassen, da im Englischen und Französischen je 12, in Religion, Geschichte, Schulkunde, Rechnen je 6, in Erdkunde, Naturgeschichte und Naturlehre je 4 Unterrichtsstunden zu erteilen und daneben je 2 Lehrübungen im Französischen und Englischen erforderlich sind, 76 Stunden, also 40 Stunden mehr als jetzt erteilt werden.

Es ist daher die Annahme von zwei akademisch gebildeten Lehrkräften und somit die Schaffung von zwei neuen Stellen nicht zu umgehen.

Nach Ansicht des Schulvorstandes empfiehlt es sich, zu dem Zwecke einen Oberlehrer mit Lehrbefähigung in Religion und Deutsch oder Geschichte und eine Oberlehrerin für neuere Sprachen anzustellen. Ev. würden auch zwei Oberlehrerinnen genügen. Weder die Landesgesetze noch die Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen kennen „Oberlehrerinnen“. Da diese indessen in verschiedenen anderen Städten mit bestem Erfolge im Schuldienste tätig sind, und da ferner die Erlangung geeigneter akademisch gebildeter Lehrer für die Mädchenschulen regelmäßig Schwierigkeiten bereitet, weil deren Mehrzahl die lehramtliche Tätigkeit an Knabenschulen vorzieht, so dürfte es sich empfehlen, fortan auch hier Oberlehrerinnen zu beschäftigen, und zwar nicht nur am Seminar, sondern auch im Bedarfsfalle an

der höheren städtischen Mädchenschule. Es wird nicht für erforderlich gehalten, daß zu dem Zwecke zuvor die Ordnung für die gehobenen Mädchenschulen vom 15. Februar 1901 ergänzt werde; es wird, zumal es sich einstweilen nur um einen Versuch handelt, genügen, wenn sich die städtischen Behörden über die Neuerung verständigen und diese vom Herzoglichen Konsistorium und vom Herzoglichen Staatsministerium gebilligt wird. Sollte daher der fraglichen Maßnahme zugestimmt werden, so dürfte einstweilen nur die Gehaltsfrage zu regeln sein, während eine Ergänzung der Schulordnung unbedenklich später erfolgen könnte.

Nach den in Preußen geltenden Vorschriften wird die Fähigkeit, als Oberlehrerin angestellt zu werden, durch Ablegung einer besonderen Prüfung bedingt, der vorauszugehen hat die Absolvierung des dreijährigen Kurses im Lehrerinnen-Seminar, eine 5jährige praktische Tätigkeit und ein Universitätsstudium in der Dauer von 6 Semestern, zu dem überdies nur die von der Schulbehörde besonders empfohlenen Kandidatinnen zugelassen werden. Mit Rücksicht auf die lange Dauer dieses überdies noch verhältnismäßig kostspieligen Bildungsganges gelangen die Oberlehrerinnen regelmäßig erst etwa im 30. Lebensjahre zur Anstellung, und es erklärt sich hieraus, daß ihre Gehälter durchweg verhältnismäßig hoch bemessen sind. Da gerade für das Seminar tüchtige Kräfte unbedingt erforderlich sind, so bleibt nichts anderes übrig, als auch hier ähnliche Gehaltsätze zu bewilligen. Im Einvernehmen mit dem Schulvorstande schlägt der Magistrat vor, das Gehalt der Oberlehrerinnen wie folgt zu bemessen:

Anfangsgehalt	2400 M,
nach 3 Jahren	2800 "
" 6 "	3100 "
" 9 "	3400 "
" 12 "	3700 "
" 15 "	4000 "

II. Die Übungsschule betreffend:

Die engere Angliederung der Übungsschule an das Seminar bedingt, daß diese Schule, deren Lehrziele die gleichen sein sollen wie diejenigen der unteren Bürgerschulen, dem Seminardirektor unterstellt wird, und es erscheint daher, zumal die Schule nur 6 Klassen umfaßt, die Annahme eines besonderen Schulinspektors nicht erforderlich; ebensowenig ist die Annahme von Lehrkräften für die einzelnen Klassen nötig, da die Lehrtätigkeit den theoretisch ausgebildeten Seminaristinnen nach Bestehen der Abschlußprüfung behufs Absolvierung des für die Einführung in die Unterrichtspraxis bestimmten vierten Jahres übertragen werden soll, mithin unentgeltlich ausgeübt wird.

Wohl aber bedingt die Einführung der angehenden jungen Lehrerinnen in die

Unterrichtspraxis die Anstellung eines sogenannten Übungslehrers, dem neben der unmittelbaren Leitung der Schule hauptsächlich die Aufgabe zu stellen sein wird, die Seminaristinnen durch Erteilung von Musterlektionen und fortdauernde Ueberwachung und Unterweisung für ihren Beruf praktisch auszubilden. Naturgemäß erfordert eine derartige Lehrtätigkeit, wenn sie erfolgreich sein soll, eine besondere Begabung, wogegen nach der vom Magistrate geteilten Ansicht des Schulvorstandes das Bestehen der Rektoratsprüfung nicht erforderlich erscheint. Geeignete Kandidaten sind in dem Lehrkörper der städtischen Bürgerschulen nach Ansicht des Schuldirektors Professor Schaarschmidt vorhanden, doch wird es sich empfehlen, die fragliche Stelle vorläufig erst versuchsweise zu besetzen. Ihre erfolgreiche Bekleidung bedingt naturgemäß eine stärkere geistige Anspannung wie der Unterricht an den Bürgerschulen, und es erscheint daher billig, dem Übungslehrer höhere Bezüge als den Bürgerschullehrern zuzubilligen.

Dem Vorschlage der beiden obengenannten Schulvorstände entsprechend wird empfohlen, für die fragliche Stelle, in die ein in den mittleren Lebensjahren stehender Lehrer zu berufen sein wird, eine neben dem Gehalte als Bürgerschullehrer zu gewährende Vergütung von 500 M. und das sonst übliche Aufwandsgehalt in Höhe von 150 M. mithin insgesamt 650 M. jährlich auszuwerfen. Diese Vergütung würde nicht pensionsfähig sein.

Hiernach wird anheim gegeben, zu genehmigen, daß

1. das städtische Lehrerinnenseminar entsprechend den obigen Ausführungen umgestaltet;
2. für dasselbe zwei neue Stellen für akademisch gebildete Lehrkräfte eingerichtet und entweder mit einem akademisch gebildeten Lehrer und einer Oberlehrerin oder mit zwei Oberlehrerinnen besetzt werden;
3. die den wissenschaftlich gebildeten Lehrern vorbehaltenen Stellen an der höheren städtischen Mädchenschule künftig auch auf Vorschlag des Schulvorstandes mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden mit Oberlehrerinnen besetzt werden dürfen;
4. den am Seminar und an der höheren städtischen Mädchenschule anzustellenden Oberlehrerinnen die oben angegebenen Gehaltsätze gezahlt werden; und daß
5. an der Übungsschule ein Bürgerschullehrer als Übungslehrer (zunächst probeweise) beschäftigt und demselben neben seinem bisherigen Gehalte eine nicht pensionsfähige Vergütung von 650 M. jährlich gezahlt werde.

Namens der Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Nolte: Die Schulkommission befürwortet die Vorschläge des Magistrates unter 1–4. Auch dem Antrage 5 kann die Kommission nur zustimmen. Sie hält es für angebracht, ihrer Freude darüber Ausdruck zu geben, daß beabsichtigt wird, einen Übungslehrer

für die Übungsschule ohne Rektoratsexamen anzustellen. Das wird gewiß auch auf die Lehrerschaft einen günstigen Eindruck machen. Es handelt sich dabei allerdings nicht um einen eigentlichen Schulinspektor, sondern es soll ein neues Amt geschaffen werden, wobei der betreffende Lehrer zeigen kann, was er zu leisten vermag. Jedenfalls wäre es sehr wünschenswert, wenn etwas Hervorragendes geleistet und erreicht würde.

Herr Günther: In der Vorlage ist ausgeführt worden, daß die Oberlehrerinnen regelmäßig erst etwa im 30. Lebensjahre zur Anstellung gelangen können und daß die Stadt an den Ausgaben für die Gehälter bei der Anstellung von Oberlehrerinnen erheblich spart. Ich bin auch für die Anstellung von Oberlehrerinnen, halte aber die in Aussicht genommenen Gehaltsätze für zu niedrige, und zwar nicht nur bei den Oberlehrerinnen, sondern, wie ich schon früher ausgeführt habe, auch bei den Lehrerinnen an den Bürgerschulen. Deshalb kann ich nur wiederholt empfehlen, in Zukunft darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Lehrerinnen in ihren Gehältern den Lehrern gleichgestellt werden.

Herr Schöttler: Ich muß dem Herrn Vorredner unbedingt widersprechen. Wenn wir die Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen mit einander vergleichen wollen, so müssen wir beachten, daß die Gehälter der Lehrer so zu normieren sind, daß sie eine Familie ernähren können, während bei einer Lehrerin das nicht in Betracht kommt, weil sie in dem Momente, wo sie sich verheiratet, abgeht. Die Vorlage kommt den Oberlehrerinnen sehr entgegen, denn 4000 M sind als ein sehr gutes Pöbstgehalt zu bezeichnen, verglichen mit dem Gehalte von 7000 M für die Oberlehrer, die unter Umständen eine Familie von 6 oder 7 Kindern zu erhalten haben.

Herr Fricke: Ich möchte meiner besonderen Freude Ausdruck geben über den Teil II der Vorlage, betreffend die Übungsschule. Der Magistrat und der Schulpfand haben dadurch bewiesen, daß sie der Lehrerschaft gern entgegenkommen und das ist sehr erfreulich. Ich hoffe, daß auch das Ministerium und das Konsistorium bei der demnächstigen Besetzung einer Schulinspektorenstelle einverstanden sein werden, daß einmal ein nicht pro rectoratu geprüfter Lehrer dazu auszuweisen wird.

Herr Kalms: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, was unter der Bezeichnung „Übungsschule“ verstanden werden soll.

Herr Nolte: Die Übungsschule soll die gleichen Lehrziele haben wie eine untere Bürgerschule und sie soll zu dem Zwecke eingerichtet werden, damit die angehenden Lehrerinnen lernen zu unterrichten. Letztere erteilen dort den Unterricht, der im übrigen dem Unterrichte der anderen Volksschulen gleichkommt.

Die gesamte Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

III. Kanalverlegung zwischen Marienstraße und Riddagshäuserweg.

Der im Interesse einer ordnungsmäßigen Entwässerung eines Theiles der östlichen Außenstadt zwischen der Marienstraße und dem Riddagshäuserwege schon vor einigen Jahren in Aussicht genommene Vorflutkanal ist inzwischen auf der Strecke Marienstraße—projektierte Straße 33 fertiggestellt, während dessen Fortführung durch das Terrain der projektierten Straßen 33 und 32 sich trotz etatsmäßiger Zuverfügungstellung der Baukosten bisher verzögert hat, weil die Verhandlungen mit den Eigentümern der durch die Kanalverlegung betroffenen Grundstücke nicht zu einem angemessenen Abschlusse gebracht werden konnten. Inzwischen ist solches indessen gelungen und zwar in der Weise, daß mit den Eigentümern Schieverhöfer, Bape, Schade und Fricke notarielle Verträge wegen Duldung der Kanalverlegung abgeschlossen wurden und mit dem Vertreter der Koloffschen Grundstücke, Konkursverwalter Nielziner, eine Verständigung dahin erzielt worden ist, daß die Stadt ihm 6 M für 1 qm zahlt. Eine Erlaubnis der Kanalverlegung durch die Koloffschen Flächen war von der Konkursverwaltung nicht zu erlangen, und da andererseits die betreffenden 27,91 a großen Grundstücke nach dem Ortsbauplane fast völlig durch Straßen- und Platanlagen aufgelogen werden, auch der geforderte Preis angemessen erscheint, so dürften dem Ankaufe nach der Ansicht des Magistrates ernstliche Bedenken nicht entgegenstehen. Die Versammlung wird daher ersucht, die abgeschlossenen Verträge zu genehmigen und sich mit dem Erwerbe der betreffenden Koloffschen Grundstücke unter Bewilligung der hierzu erforderlichen Kosten im Betrage von 16 746 M einverstanden zu erklären.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, wird der Vorlage nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Kalms zugestimmt.

IV. Beihilfe für einen Verein.

Der Vorstand des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege bittet den Magistrat um eine materielle Unterstützung seiner Bestrebungen mit der Begründung, daß der Verein durch den Tod einer Anzahl älterer Mitglieder und den dadurch bedingten Fortfall der Jahresbeiträge in gewisse Schwierigkeiten geraten ist. Der Magistrat erachtet die stadtseitige Unterstützung des Vereins im Hinblick auf sein gemeinnütziges Wirken für zulässig und angezeigt; es wird daher die Gewährung einer jährlichen Beihilfe von 200 M vom 1. April d. Js. ab bis auf weiteres anheimgegeben.

Herr Schmidt: In der Finanzkommission ist von einer Seite darauf hingewiesen worden, daß der Verein seine Unkosten wohl selbst tragen könne, da dessen Vorstandsmitglieder sämtlich in guten Verhältnissen lebten. Auf der anderen

Seite ist aber nicht zu verkennen, daß der Verein eine aner kennenswerte Wirksamkeit entfaltet und die vom Magistrate beantragte geringe Beihilfe dem gegenüber nicht in Betracht kommen kann. Die Finanzkommission empfiehlt daher die Bewilligung der 200 M.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

V. Anschluß der Aborte städtischer Gebäude an das Kanalnetz.

Bereits im Berichte vom 28. Januar d. Js. hatte die städtische Bauverwaltung darauf hingewiesen, daß außer den Aborten der Oberrealschule auch diejenigen der zurzeit in den Grundstücken am neuen Petritore 9 und Kleine Burg 1 untergebrachten Hilfsschule mit Wasserspülung zu versehen und an das städtische Kanalnetz anzuschließen seien. Während inzwischen die Aborte der Oberrealschule angeschlossen sind, hatte der Magistrat seinerzeit geglaubt, von Anschließung der Aborte der Hilfsschule einstweilen Abstand nehmen zu können, weil schon damals Verhandlungen wegen anderweiter Unterbringung der Hilfsschule und wegen Verkaufs des Stadthauses schwebten. Die Annahme, daß der Hilfsschule noch im laufenden Jahre ein anderes Heim werde überwiesen werden können, hat sich nicht verwirklicht, da das jetzt vorgelegte Projekt wegen Umbaues und Erweiterung der Gebäude des Großen Klubs vor Ablauf eines Jahres nach seiner Genehmigung kaum durchzuführen sein wird; es bleibt daher nichts anderes übrig, als in den kommenden Weihnachtsferien die Aborte der beiden jetzt von der Hilfsschule benutzten Grundstücke den Vorschriften des Ortsbaustatuts entsprechend umzubauen. Bei den Aborten des Schulgrundstücks am neuen Petritore ist dies insofern völlig unbedenklich und zweckmäßig, als das Gebäude nach Ansicht des Schulvorstandes zur zeitweiligen Unterbringung sogenannter fliegender Klassen durchaus geeignet erscheint, mithin der Anschluß der Aborte an den Kanal über kurz oder lang ohnehin nötig würde.

Anders verhält es sich mit den Aborten im ehemaligen Stadthausgrundstücke. Das an die städt. Bauverwaltung nochmals zurückverwiesene Projekt, betreffend die Umwandlung des ehemaligen Stadtkassengebäudes in Diensträume für die Direktion der städt. Licht- und Wasserwerke sieht vor, daß in dem kleinen an der Südseite des Hofes gelegenen Nebengebäude ein Versammlungsraum für die Laternenwärter hergerichtet und hierzu ein allerdings nur unerheblicher Teil des jetzigen Abortraumes verwandt werde. Es werden also, wenn dieses Projekt zur Ausführung gelangen sollte, die jetzt durch den Anschluß der Aborte entstehenden Kosten teilweise unnütz aufgewandt werden. Da sich indessen die Stadt nicht wohl dem Vorwurfe aussetzen kann, daß sie selbst die Vorschriften des von ihr erlassenen Ortsbaustatuts unbeachtet lasse, so bleibt nach der Ansicht des Magistrates

nichts anderes übrig, als auch diese Aborte in den Weihnachtsferien an den Kanal anzuschließen. Uebrigens werden Aborte wenn auch in geringerer Zahl dort selbst bei der Einrichtung des Raumes für die Laternenwärter erforderlich sein, so daß der Anschluß des Gebäudes an den Kanal nicht zu umgehen sein würde. Es wird anheimgegeben, zwecks Anschlusses der beiden Gebäude an den Straßenkanal die Summe von 2450 M für das Gebäude am neuen Petritore und von 2050 M für das Nebengebäude des Stadthausgrundstücks, zusammen also 4500 M zu verwilligen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Kathé berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

VI. Antrag Kalm s: Aenderung des Statuts über die Abgabe von Gas.

Herr Jüdel: Die Finanzkommission hat den in der Sitzung vom 31. Mai d. Js. — Seite 86 des Berichtes — gestellten Antrag, bei Abgabe von Gas überall da, wo besondere Gasmesser für den Gasverbrauch zu ermäßigten Preisen angebracht sind, für jeden Messer eine hinter demselben anzubringende Flamme zum ermäßigten Preise freizugeben, schon vor längerer Zeit geprüft und mit dem Ersuchen um Aeußerung darüber an die Direktion der Licht- und Wasserwerke abgegeben, wie viele derartige Anlagen hier wohl vorkämen. Es ist dann festgestellt worden, daß es sich um etwa 300 Anlagen handeln würde. Die Direktion macht bei der Gelegenheit darauf aufmerksam, daß die Durchführung des Antrages als eine sehr große Erschwerung angesehen werden müßte und daß sie beabsichtige, nach Fertigstellung der neuen Gasanstalt an der Taubenstraße vorzuschlagen, einen mittleren Einheitspreis für Gas festzusetzen. Mit Rücksicht auf den letzteren Umstand hat sodann der Herr Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen.

Damit ist der Antrag erledigt.

VII. Hundesteuer-Erlaßgesuch.

Dem Kaufmann Heinrich Stoot ist im November 1905 ein Tackel entlaufen, während ihm ein Jagdhund im April 1906 eingegangen ist. Für den Tackel hatte er vorübergehend einen anderen Hund, diesen jedoch an Bekannte verschenkt, die die Steuer dafür entrichtet haben. Von Herrn Stoot wird nun gebeten, die Steuer für die beiden versehentlich nicht abgemeldeten Hunde zu erlassen. Der Magistrat gibt anheim, die Steuer für den verschenkten und anderweit versteuerten Hund zu erlassen, während die Steuer für den Jagdhund gezahlt werden müsse.

Auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Sander berichtet, wird der Antrag des Magistrates angenommen.

VIII. Ankauf eines Grundstücks an der Goslarischenstraße.

Zum Ausbau der Goslarischenstraße ist auch der Erwerb einer im Eigentume des Kaufmanns Hermann Fröling stehenden Fläche von 31 qm erforderlich. Nachdem eine Einigung über den Preis für das Terrain nicht zu erzielen gewesen ist, hat Herr Fröling der Stadt sein ganzes dort liegendes Grundstück der Stadt zum Einheitspreise von 10 M pro qm zum Kauf angeboten. Da dieser Preis angemessen erscheint, auch das Grundstück demnächst durch die im Ortsbauplane bei der Einmündung des Bruderstiegs in die Goslarischenstraße vorgesehene platzartige Straßenanlage völlig gebraucht wird, so ersucht der Magistrat, dem Ankaufe zuzustimmen,

was nach Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, geschieht.

IX. Belegung der Fußwege an der Wiesenstraße mit Platten.

Auf Antrag von Anliegern der Wiesenstraße gibt der Magistrat anheim, sich mit der Herstellung von Plattenbelag auf den Fußwegen der Wiesenstraße einverstanden zu erklären und die Ausführung des nebst Kostenanschlag und Verteilungsberechnung beigefügten Projektes gutzuheißen. Der Einheitsbeitrag der Anlieger ist zu 8,40 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden.

Der Antrag wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, genehmigt.

X. Verbreiterung des westlichen Teiles des Geiershagen.

Unter Vorlegung eines Entwurfs über die Instandsetzung der westlichen Teilstrecke des Geiershagen berichtet die städt. Bauverwaltung, daß von den zu 2600 M ermittelten Kosten 1600 M die Stadt und 1000 M die Anlieger zu tragen haben werden. Es handelt sich dabei um die Strecke zwischen der Ostgrenze des ehemaligen Burgmühlengrabens und der Einmündung in den Nideinkul. Der Magistrat ersucht, die Verbreiterung und Neubefestigung der Straßenstrecke zu genehmigen und die Kosten zu verwilligen.

Herr Fricke: Die Baukommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Die Anlieger des Geiershagen haben den Magistrat gebeten, die Straße bald instandzusetzen, weil die Kinder mit dem dort angefahrenen Grand Unfug treiben.

Herr Wepfies: Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf eine Unzuträglichkeit am Geiershagen aufmerksam machen. Wenn sich in der schmalen Straße zwei Wagen begegnen, so können sie sich nicht anders ausbiegen, als daß sie auf das Trottoir fahren und dieses ruinieren, wodurch den Hausbesitzern Kosten und Unannehmlichkeiten entstehen. Die Passanten müssen sich in solchem Falle in die

Häuser flüchten, um sich in Sicherheit zu bringen. Der Wagenverkehr ist dort aber erheblicher, als gewöhnlich angenommen wird. Wenn die Straße wesentlich verbreitert werden könnte, so wäre dem Uebelstande mit einem Male abgeholfen, aber das kann noch lange dauern. Eine Besserung ließe sich in der Weise treffen, daß der Fahrweg mit Asphalt belegt und der Fußweg durch Bordsteine eingefasst würde, auch müßte die Durchfuhr durch die Straße nur von einer Seite aus gestattet werden. Derartige Aenderungen müßten im Interesse der Anwohner baldigst getroffen werden. Einen Antrag will ich nicht stellen, aber ich wollte durch die Bekanntgabe dieses haltlosen Zustandes den Magistrat zu veranlassen suchen, eine Aenderung in Erwägung zu nehmen.

Der Magistratsvorlage wird darauf zugestimmt.

XI. Einfriedigung des Museumsgrundstücks.

Die Versammlung hatte sich am 15. Juni 1905 — Seite 166 des Berichtes — mit der Einfriedigung des Museumsgrundstücks nach dem Antrage des Magistrates einverstanden erklärt und zu dem Zwecke den Betrag von 1218,75 M zur Verfügung gestellt. Um prüfen zu können, ob die in der Verhandlung zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß die auf dem Grundstücke befindlichen gärtnerischen Anlagen des Schutzes durch ein Gitter gar nicht bedürften, richtig sei, hat der Magistrat die Ausführung bisher unterlassen. Die Erfahrung hat leider die Irrigkeit jener Annahme erwiesen, weshalb der Magistrat die Versammlung ersucht, die schon im Vorjahre bewilligte Summe nunmehr für 1906/07 zur Verfügung zu stellen und ihn gleichzeitig zu ermächtigen, das Gitter in etwas leichter Ausführung aufstellen zu dürfen, als es nach der damals vorgelegten Zeichnung geschehen müßte. Der innere Grund für den letzteren Antrag liegt darin, daß der Magistrat den, gleichzeitig eine Minderung der Kosten bezweckenden Wunsch hat, die Einfriedigung möglichst mit dem die Anlage des Löwenwalles einschassenden Gitter in Uebereinstimmung zu bringen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

XII. Entsendung zweier Lehrer zu einem Sprachheilkursus.

Auf Antrag des Schuldirektors, Professor Schaarjchmidt hat der Schulvorstand der Bürgerschulen in Aussicht genommen, in Zukunft dauernd Sprachheilunterricht für stotternde und stammelnde Kinder in den Bürgerschulen abzuhalten, wie solcher in der Hilfsschule schon ständig erteilt wird. Diese Kurse sollen von einem Lehrer im Hauptamte innerhalb der Schulzeit abgehalten werden und alle sprachkranken Kinder zur Teilnahme daran verpflichtet sein.

Zu dieser Maßnahme ist jedoch dringend wünschenswert, daß der zur Abhaltung solcher ständigen Unterrichtskurse an Bürgerschulen in Aussicht genommene Lehrer, sowie der diesen Unterricht an der Hilsschule erteilende Lehrer sich durch Teilnahme an einem Vorbereitungskursus mit der Heilung von Sprachgebrechen näher vertraut machen. Solche Kurse, die sich auf die Dauer von einem Monat erstrecken, werden von dem als Arzt für Sprachstörungen bekannten Dr. med. Gußmann in Berlin abgehalten und zwar im kommenden Januar bis Februar und Mai bis Juni. Nach Absolvierung dieses Kursus würde es zur Einführung in die Praxis sehr zweckdienlich sein, wenn die beiden Lehrer im Anschluß an den Kursus etwa an drei Tagen dem Sprachheilunterricht in einer Bürgerschule zu Hannover bewohnten.

Die Kosten dieses zur Ausbildung der Lehrer erforderlichen Kursus nebst einem viertägigen Aufenthalt in Hannover setzen sich zusammen aus dem Honorar für Dr. Gußmann mit 75 M für jeden Lehrer, Tagegeldern für 35 Tage zu 10 M und den Reisekosten nach Berlin und Hannover und betragen etwa 900 M. In Würdigung der großen Bedeutung und segensreichen Wirkung der Sprachheilkurse sowie in der begründeten Hoffnung, daß nach Teilnahme der beiden Lehrer an dem Kursus die Erfolge des Sprachheilunterrichts sich noch erheblich mehrten werden, wird die Versammlung ersucht, die zu diesem Zwecke erforderlichen Mittel von 900 M zu bewilligen,

was geschieht, nachdem Herr Nolte den Antrag namens der Schulkommission befürwortet hatte.

XIII. Anfrage Nolte: Ausbau der Kasernenstraße.

Die Anfrage lautet:

„Wann ist der Ausbau der Kasernenstraße zwischen Wiesen- und Humboldtstraße zu erwarten? Eventuell, welche Schritte denkt der Magistrat zu tun, um die zurzeit auf dieser Straßenstrecke bestehenden unheimlichen Verhältnisse zu beseitigen?“

Herr Nolte (zur Begründung): Sie kennen alle die böse Ecke auf der alten Kasernenstraße. In letzterer Zeit bin ich wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß dort leicht jemand hätte zu Schaden kommen können. Das einfachste wäre, wenn die neue Strecke der Kasernenstraße bald ausgebaut und der fortfallende alte Straßenteil aufgehoben würde. Wenn das nicht angängig sein sollte, so müßte aber irgend etwas geschehen, daß einer Gefahr, wie sie jetzt besteht, in Zukunft vorgebeugt würde. Der früher mäßige Passantenverkehr ist dort namentlich an schönen Nachmittagen ganz bedeutend angewachsen und jeder Passant kommt, wenn er an der Stelle mit schnellfahrenden Wagen zusammentrifft, in Gefahr. Vielleicht ließe sich anordnen, daß dort nur im Schritt gefahren werden darf und daß Radfahrer absteigen müssen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Verhältnisse sind an der Stelle allerdings schauerhaft. Der Magistrat hat sich schon lange schlüssig gemacht, mit dem Ausbau zu beginnen, jedoch hat er Anstand genommen, die Ausführung anzukündigen, weil vorher u. a. erst noch die in der gemeinschaftlichen Sitzung verhandelte Einsprache der Bauunternehmer Utermart, Manegold und Weinhausen erledigt sein soll. Sobald die Abrechnung über den Ausbau der Humboldtstraße endgültig abgeschlossen sein wird, soll der Ausbau der Kasernenstraße alsbald in Angriff genommen werden.

XIV. Anfrage Ashmann: Schaffung eines Durchgangsbahnhofs.

Herr Ashmann: Ich möchte an den Magistrat die Anfrage richten, ob er in der Lage ist, über das Fortschreiten der Arbeiten für Schaffung eines Durchgangsbahnhofs Auskunft zu erteilen? Zur Begründung möchte ich nur folgendes anführen: Die übergroße Mehrzahl der hiesigen Einwohner sieht mit Spannung der Erledigung der Bahnhoffrage entgegen. Nachdem wieder über ein Jahr vergangen ist, seitdem das letzte Mal hier über die Frage berichtet worden ist, dürfte es berechtigt sein, wieder einmal etwas darüber zu hören. Auch die zu diesem Zwecke eingesetzte Deputation hat im letzten Jahre wohl nicht getagt, obwohl ich glaube, daß Braunschweig die Errichtung eines Durchgangsbahnhofs sehr nötig hätte. Bei der Größe der Stadt wäre es auch angebracht, daß im Steintorbezirke noch eine Personen-Haltestelle eingerichtet würde. Selbst in kleineren Städten — man vergleiche nur Hildesheim — hat man zwei Bahnhöfe, aber in Braunschweig scheint so etwas nicht vorwärts kommen zu können. Durch solche Verzögerung wird hier auch die Errichtung neuer industrieller Etablissements unmöglich gemacht, da die Unternehmer nicht in der Lage sind, zu beurteilen, ob der neue Bahnhof demnächst eine für sie zweckmäßige Lage erhalten wird, wenn sie sich jetzt auf dieser oder jener Stelle anbauen. Zweifellos ist die wirtschaftliche Lage hier bedeutend schlechter, als in anderen großen Städten, die sich bedeutend gehoben haben. Deshalb wäre es dringend erwünscht — und ich glaube, die große Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft denkt ebenso wie ich —, daß wir Klarheit darüber hätten, ob die Frage in absehbarer Zeit geregelt werden wird. Wenn das nicht der Fall sein sollte, so würde es dringend notwendig sein, daß der Magistrat sich bemühte, die preussische Regierung zu veranlassen, ein schnelleres Tempo einzuschlagen. Berücksichtigen wir weiter, daß die vor einiger Zeit angestrebte bessere Bahnverbindung nach dem Norden auch nicht kommt, so ist es doppelt betrübend, daß hier so schlechte Bahnverbindungen sind und die Nachbarstädte mit ihren besseren Verbindungen sich immer mehr entwickeln, während Braunschweig nicht vorwärts kommt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Seit der letzten Besprechung der An-

gelegenheit in der Versammlung ist uns eine weitere Mitteilung in der Sache, betreffend den Umbau des Bahnhofes, nicht zugegangen. Ich erkenne an, daß die Verzögerung im höchsten Grade bedauerlich ist, aber ich glaube doch, es würde nicht richtig sein, in der Weise vorzugehen, wie der Herr Fragesteller angedeutet hat, daß sich nämlich der Magistrat direkt an die preußische Regierung wendet mit dem Ersuchen um Beschleunigung der Angelegenheit. Wir unsererseits haben bisher mit der preußischen Regierung direkt überhaupt nicht verhandelt, sondern die Verhandlungen gingen durch das Herzogliche Staatsministerium und das Herzogliche Eisenbahnkommissariat; aber es kommt auch noch ein sachlicher Grund dazu, der es nicht unbedenklich erscheinen läßt, in der von Herrn Ahmann angedeuteten Weise vorzugehen: Sie wissen, daß beabsichtigt wird, das Risiko der ganzen Bahnhofsumwandlung der Stadt zur Last zu legen; wenn sie nun auf Beschleunigung der Sache drängt, so unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß wir unsere finanzielle Lage dadurch verschlechtern. Der Magistrat stand bisher auf demselben Standpunkte und hat daher weitere Schritte nicht getan.

XV. Anfrage Schöttler: Verfolgung einer Zeitung wegen eines Artikels.

Die Anfrage lautet:

„Beabsichtigt der Magistrat, der Aufforderung der Allgemeinen Steinseker-Zeitung nachzukommen und sie wegen des in ihrer Nr. 21 vom 14. Oktober 1906 enthaltenen Aufsatzes, der gegen den Magistrat und die städtische Baubehörde gerichtet ist, gerichtlich zu belangen?“

Herr Schöttler (zur Begründung): Ich beschäftige mich gelegentlich auch mal mit der sozialdemokratischen Literatur, wobei mir kürzlich ein Artikel des hiesigen Volksfreund in die Hände fiel, der sich mit den Löhnen der Steinseker beschäftigte und auf die Verhandlungen einging, die wir hier neulich wegen des Steinsekerstreiks gehabt haben. (Seite 167 des Berichts.) Es heißt dort in der Nummer vom 8. d. Mts.: „Die Redaktion der Allgemeinen Steinseker-Zeitung hat in der Nr. 21 des Steinseker-Verbandsorgans erneut heftige, aber wohl überlegte Angriffe und Anschuldigungen gegen das städtische Tiefbauamt, den Oberbürgermeister und den Bürgermeister erhoben, um, wie sie selbst bemerkt, strafrechtlich herangezogen zu werden und um auf diese Weise gerichtlich klarlegen zu können, nach welchen Praktiken die einzelnen Steinsekermeister bei der Vergabe städtischer Arbeiten vom Tiefbauamt mit Arbeiten bedacht werden.“

Diese Notiz veranlaßte mich, mir die betreffende Nummer der Steinseker-Zeitung zu verschaffen, und es bestätigte sich, daß diese Nummer einen Artikel enthielt, der überschrieben ist: „Der Braunschweiger Magistrat als sozialer Unruhestifter“. In diesem Artikel, den ich schon wegen seiner großen Länge nicht vorlesen will, ist ein Referat gegeben über unsere Verhandlungen vom 4. Oktober

d. Zs., woran sich eine Kritik über die soziale Befähigung unseres Oberbürgermeisters und Bürgermeisters schließt. Auf diese Kritik will ich hier auch nicht weiter eingehen, da die Herren selbst am besten wissen werden, inwieweit dem Blatte die Absicht der Beleidigung gelungen ist und inwieweit sie für nötig halten, etwas dagegen zu tun.

Der Artikel kommt dann auf das Verhalten des Tiefbauamtes zu sprechen und schließt damit, daß gesagt wird: „Das städtische Tiefbauamt hat eine arbeiterfeindliche Praxis, die tatsächlich darin besteht, daß sie solche Firmen, die sich in sozialpolitisch entgegenkommender Weise mit ihren Arbeitern verständigen, bei der Vergebung von Arbeiten absichtlich zurücksetzt und somit der eigentliche Anstifter der seit 1 $\frac{1}{2}$ Jahren ständig wiederkehrenden Unruhen im Steinselegewerbe ist.“

Es wäre mir nicht eingefallen, auf diese Sachen hier einzugehen, wenn nicht das Wort „tatsächlich“ hier stände. Ich unterstreiche es. Die Anschuldigung selbst ist uns nichts neues, sie ist uns ja erst neulich von Herrn Dr. Jasper hier vorgebracht, nur mit dem Unterschiede, daß er sagte, es solle so sein und nicht, es ist so. Auf diese Bemerkung des Herrn Dr. Jasper erwiderte damals Herr Bürgermeister Meyer: „Ich kann nicht annehmen, daß der Stadtbaumeister Menadier die Erklärung abgegeben hat, er wolle denjenigen Meistern keine Arbeit wieder geben, die den Gesellen die Lohnerhöhung bewilligt haben. Wenn er das gesagt hätte, würde ich es ebenso verurteilen, wie Herr Jasper, der allerdings die Mitteilung nur unter Vorbehalt gemacht hat.“ Dieser Bemerkung des Herrn Bürgermeisters ist nicht widersprochen, ich darf deshalb wohl annehmen, daß dieses hypothetisch behauptete Verhalten des Tiefbauamtes ebensowohl vom Magistrat, als auch von der Versammlung gemißbilligt wird. Auch damit würde die Sache erledigt sein, wenn nicht jetzt in der Zeitung mit Bestimmtheit behauptet würde, daß so etwas dagewesen wäre. Darüber müssen wir uns vollständige Klarheit verschaffen, denn wenn ein solches Verfahren, das wir mißbilligen, wirklich stattgefunden hätte, so wäre es notwendig, daß der betreffende Beamte in irgend welcher Weise zur Verantwortung gezogen würde. Wenn die Mitteilung aber nicht wahr ist, so darf die Beschuldigung nicht auf dem Tiefbauamt sitzen bleiben. Zweck der Anfrage ist, hierüber eine Erklärung vom Magistratsstische herbeizuführen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hat nicht die Absicht, wegen des von dem Herrn Vorredner erwähnten Artikels das Gericht anzurufen. Er steht derartigen Angriffen der Presse ziemlich skeptisch gegenüber, denn er weiß, wenn die Gerichte wirklich angerufen werden, daß derjenige, der mit beleidigender Absicht den Artikel geschrieben hat, damit doch noch lange nicht verurteilt ist, und daß, wenn wirklich Verurteilung eintritt, Märtyrer geschaffen werden, die sich der Verurteilung noch rühmen.

Ich habe natürlich damals sofort nach der Sitzung bei der städtischen Bauverwaltung Erkundigungen über die Sache eingezogen und habe dabei das gerade

Gegenteil von dem erfahren, was hier von Herrn Dr. Jasper als mutmaßlich hingestellt wurde. Herr Stadtbaumeister Menadier hat mir damals erklärt und hat das erst kürzlich wiederholt, daß er mit den Steinsegermeistern mehrere Male zu verhandeln gehabt hätte, und nach dem Gesamteindruck, den ich von den Mitteilungen gehabt habe, kann ich annehmen, daß die Verhandlungen in zwei Teile zerfallen. Zuerst sind die Meister herangetreten und haben verlangt, daß die städtische Bauverwaltung den Lohn, den die Steinsegergesellen von den Meistern verlangten, zahlen sollte in der Weise, daß die Meister eine entsprechend höhere Bezahlung von der Stadt erhielten. Die Stadt hätte dann also zu tragen gehabt, was die Gesellen haben wollten. Dagegen hat sich die städtische Bauverwaltung geweigert, weil für sie kein Grund zur Lohnerhöhung vorlag und zwar umsoweniger, als nach ihrer Meinung die Steinsegergesellen ausreichend bezahlt werden und noch nicht einmal die Maurer mehr bekamen.

Nach geraumer Zeit sind die Meister, wenigstens eine Gruppe davon, wieder gekommen und haben bei der städtischen Bauverwaltung den Antrag gestellt, man möchte städtischerseits solche Meister nicht beschäftigen, die den von den Gesellen verlangten höheren Lohn bewilligten. Die städtische Bauverwaltung hat die Zumutung strikte abgelehnt und gesagt, sie mische sich nicht in die Lohnverhältnisse, die sie nichts angehen. Also gerade umgekehrt ist es gewesen. Damit dürfte die Sache genügend geklärt sein.

XVI. Antrag Stegmann: Weiterführung der Straßenbahn vor das Augusttor.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Straßeneisenbahn-Gesellschaft dahin zu wirken, daß zur Herstellung eines besseren Verkehrs für das äußere Augusttor die Linie Dölper—Augusttor wie folgt verlängert wird: Campestraße — Biewegstraße — Friedrichsplatz.“

Herr Stegmann (zur Begründung): Es handelt sich darum, den Bewohnern dieses stark bebauten Stadtviertels eine bessere Verkehrsgelegenheit zu schaffen. Namentlich bei schlechtem Wetter ist es für diese Anwohner unangenehm, daß sie zehn Minuten und länger von der nächsten Straßenbahnlinie abliegen. Der Wert der Straßenbahn wird dadurch nicht nur stark gemindert, sondern zum guten Teile ganz aufgehoben. Meiner Ansicht nach würde die Verlängerung des Straßenbahnnetzes auch für die Straßeneisenbahn-Gesellschaft sehr rentabel sein. Aus dem Bezirke selbst ist jetzt auch eine entsprechende Eingabe an die Versammlung gerichtet worden, weshalb ich bitte, schon deshalb dem Antrage stattzugeben.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

XVII. Antrag Stegmann: Beseitigung der Fleischsteuerung.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in Rücksicht auf die immer mehr steigende Fleischsteuerung und die dadurch herbeigeführte Verschlechterung der Volksernährung erneut mit Nachdruck bei der Landes- und Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch schleunigst geöffnet, sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Produkte aufgehoben werden.“

Die Versammlung ersucht außerdem den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, durch städtischerseits vorzunehmende Schlachtungen und Verkauf des Fleisches in einzurichtenden Verkaufsstellen die herrschende Fleischnot zu mildern.“

Zur Begründung führt Herr Stegmann folgendes aus: Der Antrag ist in seinem ersten Teile hier wiederholt und zwar zuerst in der Sitzung vom 6. November 1902 verhandelt worden. Damals wurde von der Statutenkommission alles aufgeboten, um zu beweisen, daß keine Fleischsteuerung bestand. Im vorigen Jahre, als die Steuerung weitere Fortschritte gemacht hatte und aus ganz Deutschland Berichte einliefen über Protestversammlungen und die Stellungnahme der Magistrate zu der Steuerung, hat auch die Versammlung in ihrer Sitzung vom 24. August 1905 — Seite 198 des Berichtes — einen Antrag angenommen, dahingehend, die Herzogliche Landesregierung zu ersuchen, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Grenzen für Vieh geöffnet würden. Dem Antrage ist damals von der Landesregierung nicht stattgegeben worden — s. Bericht über die Sitzung vom 12. Oktober 1905, Seite 292 —, da sie zwar anerkannte, daß Mangel an Schlachtvieh vorhanden war, aber die vorgeschlagene Maßregel nicht für zweckmäßig erachten konnte. Trotz dem Zugeständnis ist dann alles beim alten geblieben. Der Minister von Podbielski, der im vorigen Jahre die Erklärung abgab, in vier bis fünf Wochen sei die Fleischnot beendet und es würde dann Fleisch in Fülle und Fülle geben, hat sich als ein sehr schlechter Prophet erwiesen. Die Reichsregierung hat aber unerschütterlich hinter diesem Herrn gestanden, und es ist ein Skandal, daß solcher Herr, der ein lebhaftes Interesse an den hohen Viehpreisen hatte, da er der größte Schweinezüchter in Deutschland ist, so lange auf seinem Posten bleiben konnte. Im Februar d. Js. schien es, als ob die Schweine billiger werden wollten, aber die Freude hat nicht lange gedauert, denn im Frühjahr sind die Preise fortgesetzt gestiegen. Deshalb ertönt in fast sämtlichen Zeitungen aller Parteien, nur mit Ausnahme der agrarischen Presse, der Ruf nach Öffnung der Grenzen. Selbst die agrarische Presse hat zugegeben, daß die Viehpreise etwas

hoch wären. Die Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammer hat erklärt, daß die Preise unnatürlich und unerwünscht hoch seien. Wenn aber selbst diese agrarische Interessenvertretung es ausspricht, dann muß es wahr sein und kann nicht bestritten werden. Es ist aber auch für jeden klar, daß zurzeit eine Teuerung eingetreten ist, die unbedingt die Anwendung von Abhilfsmitteln notwendig macht.

Nach den Mitteilungen der Notierungskommission wurden laut offiziellen Berichtes über den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Magdeburg für vollfleischige Schweine für 50 kg Lebendgewicht gezahlt: im April 1904 = 47 M, im September 1905 = 72 M, im November 1905 = 75,50 M und im Frühjahr 1906 = 77,50 M, also 30,50 M mehr als zwei Jahre vorher. In Dresden wurden nach den amtlichen statistischen Nachweisen für 50 kg Schlachtgewicht gezahlt in Mark:

	1901:	1902:	1905:	1906:
für Ochsen	66,50	67,20	81,00	83,50
für Kälber	63,50	72,00	83,50	88,00
für Schafe	69,00	70,70	81,00	87,00
für Schweine	62,00	64,00	75,50	78,00.

Nach der offiziellen preußischen statistischen Korrespondenz sind die Kleinhandelspreise im Durchschnitt von 23 Märkten für 1 kg wie folgt gestiegen in Mark:

	1901:	1902:	1905:	1906:
Rindfleisch	1,38	1,40	1,51	1,67
Kalbfleisch	1,35	1,39	1,53	1,69
Lammfleisch	1,31	1,33	1,48	1,65
Schweinefleisch	1,41	1,50	1,56	1,73.

Bezüglich der Braunschweiger Preise liegen die Verhältnisse ebenso, wie unsere amtlichen Zahlen beweisen. Als damals im Jahre 1902 unser Antrag auf Öffnung der Grenzen gestellt war, wurde seitens der Statutenkommission alles aufgeboten, um zu beweisen, daß tatsächlich weder Viehmangel noch Fleischnot vorhanden war. Der Referent, Herr Blasius, brachte eine lange statistische Aufstellung zur Verlesung, die doch wohl als maßgebend angesehen werden kann. Ein Vergleich dieser Preise vom September 1902 mit den von der städtischen statistischen Stelle im September 1906 ermittelten Preisen ergibt folgende Preissteigerungen für 1 kg in Mark:

September 1902: September 1906:

Rindfleisch von der Keule	1,30	1,65
Rindfleisch vom Bauch	1,16	1,38
Schweinefleisch	1,56	1,69
Kalbfleisch	1,39	1,64
Lammfleisch	1,24	1,70
Speck, geräuchert	1,69	1,90

Das sind also amtliche Zahlen, bei denen von einer Schönfärberei nicht gesprochen werden kann. In Wirklichkeit werden bei den Schlachtern noch höhere als diese Durchschnittspreise bezahlt, nämlich für Rindfleisch 1,60—1,70 M, für Schweinefleisch 1,80—2,00 M, für Kalbfleisch 1,80—2,20 M, für Hammelfleisch 1,80—2,00 M, für schieres Fleisch 2,40 M und für Karbonade 2,00—2,20 M für 1 kg.

Diese Preissteigerung ist selbstverständlich nur auf den Viehmangel zurückzuführen und nicht, wie von der agrarischen Presse geflüstert behauptet wird, auf den Zwischenhandel. Es ist zuzugeben, daß auch der Zwischenhandel sein gut Teil zu den hohen Preisen beiträgt, aber doch bei weitem nicht in dem hier gezeigten Maße, denn der Zwischenhandel ist doch auch schon früher bei den niedrigen Preisen vorhanden gewesen und hat gut floriert. Unzweifelhaft ist die gewaltige Preissteigerung auf den herrschenden Viehmangel zurückzuführen, wie auch aus den Berichten der Fleischschau hervorgeht. Nach diesen Berichten sind Schlachtungen und Konsum in Preußen bedeutend zurückgegangen. Es entfielen auf den Kopf der Bevölkerung an Fleisch: im zweiten Halbjahr 1904 = 20,33 kg, im ersten Halbjahr 1905 = 19,29 kg, im zweiten Halbjahr 1905 = 18,97 kg und im ersten Halbjahr 1906 = 18,40 kg, also rund 2 kg weniger, als zwei Jahre vorher. Es handelt sich hierbei nur um Durchschnittsermittlungen. Da aber die besitzenden Kreise ihren Bedarf an Fleisch nicht eingeschränkt haben, so stellt sich hierdurch heraus, daß der Durchschnittskonsum der ärmeren Bevölkerung noch bedeutend mehr heruntergegangen ist und zwar darf man den Minderkonsum mindestens auf 4—6 kg pro Kopf bemessen. In Dresden beträgt der Rückgang 11 kg pro Kopf der Bevölkerung. Wir gehen dadurch der größten Verelendung der Bevölkerung entgegen, und es muß bestimmt etwas getan werden, um die Deuerung zu heben.

Das Ausland ist sehr wohl in der Lage, uns billigeres Fleisch zu liefern, denn dort sind die Fleischpreise weit niedriger als in Deutschland. Nach den amtlichen Ermittlungen des Handelsvertragsvereins kostete das Kilogramm Rindfleisch: in Holland 1,36 M, in Belgien 1,12 M, in Frankreich 1,04 M, in Spanien 1,10 M, in Norwegen, Schweden und Dänemark 0,80 M, in Rußland 0,75 M, in Nordamerika 0,84 M, in Mexiko 0,60 M. Ueberall sind die Fleischpreise bedeutend niedriger als bei uns, und wir genießen den traurigen Ruhm, bei dieser Gelegenheit einmal an der Spitze zu marschieren und die teuersten Fleischpreise zu haben. Der Reichskanzler von Bülow hat einmal gesagt: Deutschland in der Welt voran, und hat dabei gewiß an unsere Fleischpreise gedacht, denn da marschieren wir wirklich an der Spitze. Aber deshalb wird uns wohl kein Ausländer beneiden.

Es gibt verschiedene Mittel, um eine Besserung in diesen Verhältnissen zu erzielen. Das erste Mittel ist die Öffnung der Grenzen. In dieser Beziehung ist auch schon eine große Protestbewegung im Gange, die sich an die Reichsbehörden wendet, und das Reichsamt des Innern soll schon darüber in Erwägungen ein-

getreten sein, wie der Teuerung gesteuert werden könnte. Damit wird es aber wohl so gehen, daß der Pelz gewaschen werden soll, ohne ihn naß zu machen. Die Oberbürgermeister-Konferenz der badischen Städte hat beschlossen, gemeinsam vorzugehen und bei der Landes- und der Reichsregierung energisch zu beantragen, daß die Grenzen geöffnet werden. Kein vernünftiger Mensch wird verlangen, daß verseuchtes Vieh eingeführt werden soll, wie das die Agrarier als Schreckgespenst immer hinstellen, und wie es sich als Humbug erwiesen hat, weil gerade im Herzen von Deutschland mehr Seuchen zu finden sind als außerhalb Deutschlands. In Sachsen und Bayern beschuldigt man die preussische Landwirtschaft, daß sie verseucht sei. Es ist am Platze, daß die Landes- und die Reichsbehörden jetzt energisch aufgefordert werden, andere Maßregeln gegen die Fleischteuerung zu ergreifen. Namentlich die Stadtverwaltungen haben das größte Interesse daran, daß die städtische Bevölkerung nicht noch mehr degeneriert wird auf Kosten einer verhältnismäßig kleinen Anzahl Grundbesitzer.

Bekanntlich ist am 1. April d. Js. der neue Zolltarif in Kraft getreten, der exorbitante Erhöhungen auf alle Lebensmittel und besonders auch auf Vieh vorsieht. Nach diesem Zoll- richtiger Wuchertarif betragen die Zollsätze für 1 kg Schlachtgewicht für Ochsen und Kälber je 36 S , für Schafe 45 S , für Schweine 22½ S , für frisches Rind- und Schweinefleisch 45 S . Wenn nun aber auch die Grenzsperrre beseitigt werden würde, so würde es bei solchen Zollsätzen doch unmöglich sein, Vieh in nennenswerten Quantitäten einzuführen. Soll daher wirklich Abhilfe geschaffen werden, so ist es vor allen Dingen nötig, zuerst die Zölle auf Vieh und die sonstigen landwirtschaftlichen Produkte zu beseitigen. Zu diesen Produkten gehören in erster Linie die Futtermittel, denn wir wissen, daß der Zoll auf Gerste um 100%, auf Hafer um 80% und auf Mais für einen Doppelzentner von 2 auf 5 M erhöht worden ist. Da die kleinen Landwirte gezwungen sind, Futtermittel zu kaufen, so muß bei solcher Verteuerung derselben der Viehbestand naturnotwendig zurückgehen. . . .

Vorsitzender (unterbrechend): Nach § 15 der Verwaltungsordnung soll jedes Mitglied der Versammlung mit Ausnahme des Berichterstatters die Dauer seiner Rede auf zehn Minuten beschränken, widrigenfalls der Vorsitzende oder jedes Mitglied der Versammlung einen Beschluß der Versammlung ohne weitere Besprechung darüber herbeiführen kann, ob dem Redner das Wort zu entziehen ist. Da Sie bereits dieses Zeitmaß überschritten haben, so ersuche ich Sie, sich in Ihren Ausführungen kürzer zu fassen.

Herr Stegmann (fortfahrend): Daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Bedarf an Fleisch zu decken, könnte ich Ihnen durch Zahlen beweisen; ich will es jedoch mit Rücksicht auf die Aufforderung des Herrn Vorsitzenden unterlassen. Auch der Staatssekretär Graf Posadowsky hat zugegeben,

daß die einheimische Landwirtschaft nicht in der Lage sei, den Bedarf an Fleisch für die deutsche Bevölkerung zu beschaffen, er rechnet aus, daß im Jahre 1899 die Einfuhr von Vieh und Fleisch, umgerechnet in lebendes Vieh, 311:200 Schweine und 433:550 Rinder betragen habe, das sei bezüglich der Schweine über ein Fünftel des Schweinebestandes im Deutschen Reiche. Hieraus geht hervor, daß mehr als ein Fünftel des heutigen Schweinebestandes eingeführt werden muß, wenn der frühere Konsum weiter bestehen soll. Der Herr Staatssekretär ist also ein bereiteter Zeuge für meine Ansicht.

Nun komme ich zum letzten Teile meines Antrages. Ich bin der Meinung, die Reichsregierung wird auch jetzt noch nicht nachgeben; es werden Erwägungen vorgenommen und es wird dann so kommen, daß sie einige kleine Erleichterungen eintreten läßt, aber im großen ganzen wird damit der Not wenig abgeholfen sein, wenn nicht außergewöhnlich scharfes Geschütz gegen die Reichsregierung aufgeföhren wird. Wir können uns deshalb nicht auf die Regierung verlassen, sondern müssen uns selbst zu helfen suchen. Als ein wirksames Mittel zur Milderung der Fleischnot am eigenen Platze empfehle ich, dahin zu wirken, daß unter Ausschaltung des Zwischenhandels städtischerseits Viehschlachtungen vorgenommen und Verkaufsstellen eingerichtet werden. Wenn die Schlächter an dem Fleische auch nicht so viel verdienen, wie in agrarischen Kreisen behauptet wird, so verdienen sie doch noch eine ganze Menge daran, was der Bevölkerung erspart werden kann. Man macht doch bei jeder Gelegenheit die Erfahrung, daß bei dem Steigen der Viehpreise die Fleischpreise sofort in die Höhe gehen, während man es mit dem Herabsetzen der Fleischpreise beim Sinken der Viehpreise nicht so eilig hat. In verschiedenen Städten hat man einen stadtseitigen Fischverkauf eingeföhrt, und in Karlsruhe sind früher eigene Schlachtungen vorgenommen, die ein gutes Resultat erzielt haben. Vielleicht ließe sich auch hier etwas derartiges machen, indem die Schlachthausverwaltung Mittel und Wege finden müßte, um Schlachtvieh möglichst billig zu schaffen; es könnten dann einige Verkaufsstellen eingerichtet und der größten Not dadurch abgeholfen werden. Es ist traurig, daß wir zusehen müssen, wie jenseits der Grenze viel Vieh vorhanden ist und wir keine Möglichkeit besitzen, dessen Einfuhr herbeizuföhren.

Vorsitzender (unterbrechend): Ich bitte, nun aber zum Schluß zu kommen.

Herr Stegmann (fortföhrend): Jede Stadtverwaltung hat doch ein lebhaftes Interesse daran, daß ihre Bevölkerung nicht noch mehr degeneriert. Was nützen die Lungenheilstätten, wenn die Bevölkerung sich nicht ordnungsmäßig ernähren und so der Lungentuberkulose entgegentreten kann? Auch an dem Armenetate wird man die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel schon verspüren.

Ich möchte bitten, meinen Antrag sofort einstimmig anzunehmen und auch den Magistrat möchte ich bitten, im Sinne des Antrages zu wirken, damit sich der

ärmere Teil der Bevölkerung nicht mit Knochen und dem Fleische von der Freibank begnügen muß. Wenigstens muß ein Versuch gemacht werden, daß auf diesem Gebiete etwas geschieht.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wenn der Herr Antragsteller sich darauf beschränkt hätte, die Annahme einer Resolution wegen der Fleischteuerung zu beantragen, so wäre meiner Ueberzeugung nach auch ohne das hier vorgebrachte große Zahlenmaterial deren einstimmige Annahme erfolgt. Nachdem er aber diesen Antrag mit einem anderen Antrage verquickt hat, dessen Tragweite sich zurzeit nicht übersehen läßt, kann darüber unmöglich ohne Kommissionsberatung verhandelt werden.

Herr Jasper: Ich schlage vor, über den ersten Teil des Antrages sofort zu verhandeln und den zweiten Teil einer Kommission zu überweisen.

Herr Weichsel: Ich kann nicht anders sagen: es ist ein unerhörter Mißbrauch der Redefreiheit, wenn uns hier Sachen erzählt werden, die seit zwei bis drei Jahren die Spalten der Presse füllen und die für jedes Mitglied der Versammlung recht wenig neues enthalten haben. Wir haben unsere Zeit wirklich größer nötig, als daß wir solche langen überflüssigen Reden hier anhören müssen. Sollte die Geschäftsordnung uns keine genügende Handhabe zur Abstellung derartiger Reden bieten, so würde ich mir erlauben, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Herr Stegmann: Ich schließe mich dem Vorschlage des Herrn Jasper an. Die Versammlung lehnt darauf die sofortige Beratung des ersten Teiles des Antrages ab, worauf der ganze Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen

und die Sitzung geschlossen wird.

Dauer von 5 bis 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

1906/1907. — Nr. 2.

Bericht

über die

Verhandlungen der vereinigten Versammlung

des

Stadtmagistrates und der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 15. November 1906.

Tagesordnung:

- | | |
|---|---------|
| I. Einprachen gegen das Projekt über den Ausbau eines Teiles des Cyriaksringes u. | Seite 6 |
| II. Einprache gegen die Kosten- und Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Howaldtstraße | " 7 |
| III. Einprache gegen die Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Straßen an der Paulikirche | " 7 |
| IV. Einprachen gegen die Kosten- und Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Hochstraße | " 8 |
| V. Einprache gegen die Kostenberechnung über den Ausbau der Humboldtstraße | " 11 |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Seele, Wagner, Lange, Lord und Blasius.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten Koch, Wesemeier und Wolff. Den Vorsitz führt Herr Oberbürgermeister Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Einsprachen gegen das Projekt über den Ausbau eines Teiles des Cyriaksringes etc.

A. Der Fabrikant Emil Ströhmer erhebt Einsprache gegen das Projekt über den Ausbau des Cyriaksringes zwischen West- und Helenenstraße, weil nach seiner Meinung die Straße eine unverhältnismäßig große Breite erhalten soll und die an dieser Straße liegenden Grundstücke erheblich an Wert wegen der enorm hohen Straßenkosten verlieren.

Herr Bürgermeister Meyer (als Referent): Zunächst glaube ich, daß der sich gegen die Breite der Straße richtende Teil der Einsprache hier nicht mehr zu behandeln ist, weil deren Feststellung schon bei der betr. Aenderung des Ortsbauplanes ihren Abschluß gefunden hat. Gegen die Breite der Straße ist damals eine Einsprache nicht erhoben worden. Deshalb ist dieser Teil der jetzt zu behandelnden Einsprache zu verwerfen. Aber auch in dem zweiten Teile würde man dem Wunsche des Herrn Ströhmer nicht Folge geben können, obwohl zuzugestehen ist, daß die Straßenbaukosten die anliegenden Grundstücke ziemlich stark belasten werden. Dieser Grund kann uns unmöglich hindern, den Ring in der beabsichtigten Breite auszuführen; ich gebe deshalb anheim, die Einsprache als unbegründet zu verwerfen,

was seitens der Versammlung geschieht.

B. Der Fabrikant Wilhelm Förster erhebt Einsprache gegen den geplanten Ausbau der Helenenstraße und des Cyriaksringes mit der Begründung, daß er nicht imstande sei, die durch jene Straßenbauten auf sein Grundstück entfallenden Kosten zu tragen. Durch den seinerzeit behördlich zugelassenen Bau des Hauses Helenenstraße 1a, das in einem Abstände von nur 2 m von der Front seines Hauses Nr. 1 errichtet worden sei, sei letzteres sehr geschädigt, so daß es kaum noch die Hälfte der Mieten gegen früher einbringe.

Herr Bürgermeister Meyer: So leid uns Herr Förster auch wegen der starken Belastung seines Grundstücks tun kann, so können wir uns doch deshalb nicht zu einer Aenderung des Straßenprojektes verstehen; ich gebe deshalb namens der Kommission Verwerfung der Einsprache anheim.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

II. Einsprache gegen die Kosten- und Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Howaldtstraße.

Der Fabrikant Fr. Kühne, Eigentümer des Grundstücks Kastanienallee 1, ist gegen die durch Beschluß der städtischen Behörden festgestellte Kosten- und Kostenverteilungsberechnung bezüglich der Howaldtstraße vorstellig geworden mit der Begründung, daß sein Grundstück nicht als im Sinne der §§ 4, 5 und 6 des Straßenbaustatuts als bebaut und beitragspflichtig für den Ausbau der Howaldtstraße anzusehen sei.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Einsprache des Herrn Kühne, dessen Grundstück mit der Rückseite an den ausgebauten Teil der Howaldtstraße grenzt, hat uns schon einmal beschäftigt, als das Ausbauprojekt vorgelegen hat. Damals haben wir die Einsprache als unbegründet verworfen, weil wir der Ansicht waren, daß sie zu jener Zeit nicht zulässig und auch nicht sachlich begründet gewesen sei. Dieser Bescheid ist von Herrn Kühne durch Klage beim Verwaltungsgerichte angefochten, die Klage ist indessen abgewiesen, weil die Einsprache gegen die Fälligkeit der Straßenbaukosten als verfrüht angenommen wurde. Herr Kühne hat auch jetzt wieder die Ansicht vertreten, daß die Festsetzung der Anliegerbeiträge schon die Fälligkeit der auf sein Grundstück entfallenden Quote besagen sollte und daß, wenn er jetzt nicht Einsprache dagegen erhebe, die Kosten nicht nur als endgültig festgestellt anzusehen seien, sondern auch die auf ihn entfallende Quote sofort erhoben würde. Diese Befürchtung ist sachlich zutreffend, denn die vereinigte Versammlung hat früher schon anerkannt, daß das Kühnesche Grundstück auch nach der Howaldtstraße zu als bebaut anzusehen sei. Wir haben schon damals gesagt, daß es wohl möglich erscheine, auf dem Kühneschen Grundstück noch ein weiteres Wohnhaus nach der Howaldtstraße zu errichten, daß aber bei der verhältnismäßig geringen Ausdehnung des Grundstücks und dessen einheitlicher wirtschaftlicher Benutzung die Voraussetzungen für eine künstliche Abtrennung des nach der Howaldtstraße zu gelegenen unbebauten Grundstücksteiles nicht vorhanden seien und um deswillen auch das Grundstück als bebaut angesehen werden müsse. Unter diesen Umständen gebe ich anheim, die Einsprache zu verwerfen, was geschieht.

III. Einsprache gegen die Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Straßen an der Paulikirche.

Der Malermeister Anton Wandert, Roonstraße 26, kann sich als alleiniger Anlieger der östlichen Seite des östlichen Teiles der Straße an der Paulikirche nicht damit einverstanden erklären, daß die durch den Ausbau beider Strecken der betreffenden Straße entstandenen Kosten getrennt verrechnet werden sollten, da doch

beide Teile (je etwa nur 90 m lang) zu gleicher Zeit ausgebaut seien und es seines Wissens bisher üblich gewesen sei, daß eine Straße, wenn auch in mehrere Strecken zerfallend, aber zu gleicher Zeit ausgebaut, in eins abgerechnet werde. Zum Beweise führe er nur den Hagenring an.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Antragsteller hat bei seiner Einsprache im Auge, daß bei Durchführung seines Wunsches der Einheitsbeitrag nicht unerheblich herabgemindert werden würde, weil der Ausbau des westlich der Paulikirche gelegenen Straßenzuges wesentlich billiger gewesen ist als der des östlichen. Ein sachlicher Grund für das Zusammenwerfen der beiden Straßenseiten liegt aber nicht vor. Die beiden Straßen sind als ein einheitliches Ganze nicht anzusehen, sie hatten früher sogar verschiedene Namen und hießen verlängerte Blücher- und verlängerte Gneisenaufstraße, unter welchen Namen auch seinerzeit die beiden Projekte genehmigt und ausgelegt worden sind. Diesen Beschlüssen der städtischen Behörden entsprechend ist seinerzeit auch der Ausbau der beiden Straßen erfolgt und infolge dessen auch die Abrechnung getrennt vorgenommen. Deshalb entbehrt dieser Wunsch des Herrn Wandert der inneren Berechtigung, und ich gebe dessen Ablehnung anheim.

Die Verwerfung der Einsprache wird darauf beschlossen.

IV. Einsprachen gegen die Kosten- und Kostenverteilungsberechnung über den Ausbau der Hochstraße.

A. Der Kreismaurermeister Wilhelm Wedler kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß der Preis für eine vom Hildebrandtschen Grundstücke an der Howaldtstraße erworbene Fläche von 24 qm mit 480 M und Nebenkosten den Anliegern der Hochstraße auferlegt werde, diese Kosten vielmehr der bereits früher ausgebauten Howaldtstraße zugelegt werden müßten, da es sich in diesem Falle um keine Straßenkreuzung handle.

Herr Bürgermeister Meyer: Es ist wohl unzweifelhaft, daß eine Entscheidung darüber, in welcher Weise die durch Befestigung einer Straßenkreuzung entstehenden Kosten zu berechnen sind, nicht leicht ist und daraus Schwierigkeiten entstehen können. Man hat deshalb im Straßenbaustatut Bestimmungen vorgesehen, nach denen solche Kosten berechnet werden sollen. Es ist dort nämlich im § 4, 4 gesagt worden: Wenn zunächst nur die eine Straße ausgebaut wird, so fallen die Kosten lediglich dieser Straße zur Last, während, wenn beide Straßen gleichzeitig ausgebaut werden, beide Straßen an den Kosten teilnehmen sollen und zwar nach dem Verhältnisse, das die Breiten der betreffenden Straßen zu einander haben. Seinerzeit ist nun beschlossen worden, die Hochstraße und die Howaldtstraße auszubauen, und es haben damals drei verschiedene selbständige Projekte vorgelegen. Wenn auch die Projekte nicht gleichzeitig genehmigt worden sind, so ist das gleich-

gültig und besonders um deswillen, weil die Ausführung der eigentlichen Straßenkreuzung und der anstoßenden Partien der beiden Straßen eine gleichzeitige und einheitliche gewesen ist. Herr Wedler, der Anlieger der Hochstraße ist, behauptet nun, daß die beiden Straßen nach seinem Dafürhalten nicht gleichzeitig ausgebaut seien, sondern die Howaldtstraße zuerst, und daß deshalb die fraglichen Kosten der Howaldtstraße allein zur Last gelegt werden müßten. Speziell hätte letztere Straße die oben erwähnten 480 M. allein zu tragen. Nach dem, was ich schon gesagt habe, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß auch die 480 M., da der gleichzeitige Ausbau der beiden Straßen feststeht, mit als solche Unkosten anzusehen sind, die gemeinschaftlich auf beide Straßen verteilt werden müssen. Die städtische Bauverwaltung hat entsprechend dem Projekte die Verteilung nicht so vorgenommen, wie das Statut sie vorschreibt, sondern sie hat ja die Hälfte nach der einen und der anderen Seite verlegt, und zwar ist das zugunsten des Herrn Wedler geschehen. Aus dieser nicht ganz genau durchgeführten Befolgung des Statuts würde also Herr Wedler eine begründete Einsprache nicht herleiten können. Die Begründung der Einsprache ist demnach nicht als berechtigt anzusehen; ich gebe daher deren Ablehnung anheim.

Herr Jasper: Ich finde hier einen gewissen Widerspruch zu den Ausführungen bei der vorigen Vorlage. Bei dem Ausbau der Straßen an der Paulikirche sollte entscheidend sein, daß verschiedene Projekte auslagen, während jetzt mit einem Male die gleichzeitige Ausführung zweier unabhängigen Projekte entscheidend sein soll. Ich weiß nicht, ob die beiden Beschlüsse miteinander harmonieren würden.

Herr Bürgermeister Meyer: Man muß bei der Beurteilung der Sachlage zweierlei auseinander halten: Maßgebend für den Ausbau und die Verrechnung ist das Projekt. In diesem Falle sind allerdings zwei getrennte Projekte für die Hoch- und die Howaldtstraße aufgestellt worden. Bei der Ausarbeitung der Projekte war aber schon vorgesehen, daß der Ausbau der beiden Straßen gleichzeitig erfolgen sollte und es war deshalb in dem Kostenanschlage angenommen, daß die eine Hälfte der fraglichen Kosten auf die Hochstraße und die andere Hälfte auf die Howaldtstraße verrechnet werden sollte. Man könnte meiner Ansicht nach die Einsprache schon deshalb a limine abweisen, weil sich die Durchführung des Straßenausbaues auf das von Herrn Wedler seinerzeit nicht beanstandete Projekt stützt. Bei Auslegung des Projektes hätte er Einsprache erheben müssen. Aber auch in der Sache selbst ist nichts gegen das Vorgehen der städtischen Bauverwaltung zu sagen.

Die Einsprache wird darauf verworfen.

B. Bei Durchsicht der Kosten- und Berechnungsberechnung vom Ausbau der Hochstraße hat sich nach der Mitteilung des Kreisbauverwalters Wedler ergeben, daß das Terrain, welches er im Jahre 1899 von seinem Grundstücke an der Hochstraße, Ecke Giersbergstraße Nr. 34 im Umfange von 99 qm zur Verbreiterung der

Hochstraße abgetreten hat, zu 15 M für 1 qm in Anrechnung gebracht worden ist. Im § 1 des darüber aufgenommenen Vertrages sei aber vereinbart worden, den Kaufpreis so zu bemessen, daß dafür der Durchschnitt aller für Erwerb von Vor-terrain an den bezeichneten Straßen zur Zahlung gelangenden Preise maßgebend sein solle. Da die erworbenen Flächen zu verschiedenen Einheitspreisen, nämlich zu 15, 20 und 31 M in Rechnung gestellt seien, so könnte für sein Terrain nicht nur 15 M in Anrechnung kommen. Ohne das von ihm mit 99 qm abgetretene Terrain seien 512 qm zu dem Gesamtpreise von 12 614 M erworben worden, sodaß sich für 1 qm 24,64 M und nicht 15 M ergeben würden. Danach betrüge die Gesamtvergütung für 99 qm 2439,06 M, um deren Anrechnung ersucht werde.

Herr Bürgermeister Meyer: Bei der Einstellung des Kostenpreises für die 99 qm große Wedlersche Fläche hat die städtische Bauverwaltung angenommen, es sei derjenige Betrag anzunehmen, den sämtliche südlich von der Giersbergstraße liegende Eigentümer erhalten haben, und das seien 15 M. Es ist aber richtig, daß für die Partie nach der Husarenstraße zu ein höherer Einheitspreis gezahlt worden ist. Meiner Ueberzeugung nach hat man bei Abschluß des Wedlerschen Vertrages nicht die Absicht gehabt, der Preisbemessung der von ihm abzutretenden Fläche die Preise der an der ganzen Hochstraße abzutretenden Flächen zugrunde zu legen, jedoch läßt sich das heute nicht mehr feststellen und wir müssen uns an die Bestimmung des Vertrages halten. Man könnte allerdings auf die Idee kommen, daß für die Durchschnittsberechnung auch der Wert der an der Giersbergstraße erworbenen Teilflächen herangezogen werden müßte, jedoch ist die Meinung der Kommission dahin gegangen, daß man das nicht aus dem Vertrage herauslesen könne. Da es außerdem nicht den Gepflogenheiten entspreche, zwei Straßen in einen Topf zu werfen, so habe ich namens der Kommission zu empfehlen, den Durchschnittssatz von der Hochstraße allein zu berechnen und insoweit der Einsprache stattzugeben,

was seitens der Versammlung geschieht.

C. Fräulein Helene Brandes hat gegen die Festsetzung der Kosten für den Ausbau der Hochstraße Einsprache erhoben mit folgender Begründung:

1. Unter den Kosten für den Ausbau der Hochstraße befindet sich ein Posten von 480 M für den Ankauf von 24 qm des Hildebrandschen Gartens. Da das Hildebrandsche Grundstück nicht an der Hochstraße liegt, sondern von der Homalbtstraße begrenzt wird, so ist die betreffende Fläche der letzteren Straße zuzulegen.

2. Vor dem Hause Hochstraße 3 befand sich seit Jahren ein befestigter, erhöhter und mit Bordsteinen eingefasster Fußweg von 20,9 m Länge. Dieser Fußweg war auf Kosten der Familie Brandes hergestellt, weshalb das dieser gehörende Material, das beim Ausbau der Hochstraße wieder verwendet worden sei, ihr erstattet werden müsse.

Herr Bürgermeister Meyer: Die erstere Einsprache dürfte aus den oben unter IV. A. angeführten Gründen ebenfalls zu verwerfen sein.

Bezüglich des zweiten Punktes liegt die Sache folgendermaßen: Wenn sich beim Ausbau einer projektierten Straße schon ein Weg vorfindet und die Materialien dieses Weges noch brauchbar sind, so werden sie dem gesamten Straßenterrain gutgerechnet. Das ist auch hier geschehen, nur nicht in der Weise, daß die von der Familie Brandes früher gemachten Aufwendungen gerade ihr gutgerechnet sind, sondern sie sind den gesamten Anliegern zugute gekommen. Es ist demnach der Vorschrift des Statuts entsprechend verfahren worden, weshalb auch diese Einrede unbegründet ist und ich die Ablehnung beider Einreden anheimegebe.

Beide Einreden werden darauf verworfen.

D. Weiter hat Fräulein Brandes Einsprache erhoben wie folgt: Zwischen dem Brandes'schen Grundstücke und der ausgebauten Straße liege eine Fläche von 24 qm, die von der alten Baulinie der Hochstraße abgetrennt gewesen sei. Diese der Stadt gehörende Fläche begrenze die Straße auf eine Länge von 18,02 m, so daß das Brandes'sche Grundstück nur eine Länge von 12 m behalte. Demnach sei das Grundstück nur zur Zahlung der auf 12 m Frontlänge entfallenden Kosten verpflichtet, während die Kosten für 18,02 m der Stadt zur Last fallen würden.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Kommission steht auf dem Standpunkte: So lange eine alte Straßenfläche nicht aufgehoben ist, behält sie den Charakter der öffentlichen Straße bei. Ein solcher Fall liegt hier vor, und ich glaube kaum, daß man mit der Behauptung durchkommen würde, dieser Teil der Hochstraße gehörte nicht mehr zur Straße. Die betreffende Teilstrecke ist jetzt auch mit befestigt worden. Wenn sie den Charakter des öffentlichen Wegeterrains beibehält, so ist sie auch als Teil der Hochstraße anzusehen und das angrenzende Grundstück als kostenpflichtig für diese Strecke zu betrachten. Die Sache erscheint an sich zweifelhaft, aber derartige Fälle kommen nicht selten vor, weshalb sie einmal beim Verwaltungsgerichte zum Austrag gebracht werden müssen. Ich glaube, daß die Stadt mit dem von mir vertretenen Standpunkte durchkommen wird und gebe Verwerfung auch dieses Teiles der Einsprache anheim.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

V. Einsprache gegen die Kostenberechnung über den Ausbau der Humboldtstraße.

Die Bauunternehmer Utermark, Manegold und Weinhausen haben Einsprache gegen die Kostenberechnung für den Ausbau der Humboldtstraße erhoben und dafür folgende Gründe angeführt: Am 17. Dezember 1903 sei vom Magistrat die Zwangsenteignung des Terrains sowie der darauf stehenden Baulichkeiten zwischen Wiesen- und Humboldtstraße zum Ausbau der Kajernen- und Humboldtstraße beantragt worden. Im Voranschlage vom 5. November 1903 seien zum Ausbau

der Humboldtstraße 27,49 a erforderlich gewesen, während die Kosten für 29,10 a berechnet seien. Hierbei müßte auch § 4, 4 des Straßenbaustatuts in Anwendung kommen, weil beide Straßen (nördlicher Teil der Kasernenstraße und westlicher Teil der Humboldtstraße) als gleichzeitig hergestellt anzusehen seien. In der jetzt der Berechnung zugrunde gelegten Aufstellung seien jedoch sämtliche Kosten des Terrains sowohl als auch der Baulichkeiten zu Lasten der Humboldtstraße allein verrechnet worden. Es wird von den Genannten ersucht, die Kosten im Sinne des § 4, 4 des Straßenbaustatuts so zu verrechnen, daß beide Straßen in entsprechendem Verhältnis belastet werden.

Herr Bürgermeister Meyer: Das ursprüngliche Projekt stammt aus dem Jahre 1894. Damals war schon in Aussicht genommen, daß der westliche Teil der Humboldtstraße nicht sofort ausgeführt werden sollte, sondern zunächst der östliche Teil. Man hatte vielleicht damals schon daran gedacht, daß der westliche Teil mit der Kasernenstraße zusammen ausgebaut werden könnte. Im Anschluß an die Genehmigung des Projektes ist sodann der Ausbau des östlichen Teiles der Humboldtstraße erfolgt. Der Ausbau des anderen Teiles der Straße hat bis 1903 geruht. Damals ist innerhalb des Magistrates erwogen worden, ob man nicht den Ausbau der Kasernenstraße gleichzeitig mit vornehmen lassen wolle. Die städtische Bauverwaltung war denn auch beauftragt worden, ein Projekt über den Ausbau der Kasernenstraße einzureichen. Das ist geschehen, und da die Bauverwaltung annehmen mußte, daß ein gleichzeitiger Ausbau der Kasernen- und der Humboldtstraße vor sich gehen sollte, hat sie in dem dem Projekte beigefügten Kostenanschlage eine Verrechnung der Kreuzungskosten für beide Straßen nach den vorhin schon besprochenen Vorschriften des Straßenbaustatuts vorgeesehen. Darauf hat der Magistrat indessen nicht zugeklagen, sondern er hat die Kasernenstraße von dem Ausbau ausgeschaltet und die Bauverwaltung beauftragt, nur die Humboldtstraße fertig auszubauen. Gegen die darüber aufgestellte Abrechnung ist nun von den Herren Utermark, Manegold und Weinhausen Einsprache erhoben worden. Die Herren gehen davon aus, daß das 1903 für die Kasernenstraße ausgearbeitete Projekt nach außen hin rechtliche Bedeutung erlangt hätte, was wohl nur darauf zurückzuführen ist, daß sie einen Einblick in den von der städtischen Bauverwaltung dem Magistrate vorgelegten Kostenanschlag bekommen haben. Der Magistrat hat indessen den Stadtverordneten ein Projekt über den Ausbau der Kasernenstraße derzeit nicht vorgelegt, ja er hat solches bis heute noch nicht getan. Die Behauptung der drei Unternehmer, daß sie mit Fug und Recht eine gleichzeitige Verrechnung der Kreuzungskosten zu Lasten der beiden Straßen erwarten könnten, kann man nicht teilen, weil ein gleichzeitiger Ausbau der beiden Straßen und der Kreuzung nicht erfolgt ist und auch nicht hat erfolgen können, weil noch kein Projekt darüber vorliegt. Die erhobene Einsprache erscheint demnach

unbegründet und ist zu verwerfen, gleichwohl gibt sie Anlaß, die Kostenabrechnung aus einem anderen nicht hervorgehobenen Grunde abzuändern. Bei Untersuchung des Sachverhalts hat sich nämlich ergeben, daß die Unternehmer in einem bescheidenen Umfange Anspruch auf Absetzung eines Teiles der berechneten Kosten um deswillen geltend machen können, weil, veranlaßt durch eine im Jahre 1894 erfolgte Aenderung des Ortsbauplans, durch welche die Einmündung der Humboldtstraße in die Gliesmaroderstraße etwas abgeschrägt wurde, eine Fläche von 10 qm mit in den Ausbau der Humboldtstraße einbezogen worden ist, die eigentlich nicht hineingehörte. Diese 10 qm bilden keinen Teil des Projektes und dürfen deshalb auch nicht in die Kostenberechnung einbezogen werden. Da das gleichwohl geschehen ist, so haben die Unternehmer einen Anspruch darauf, daß die Gesamtkosten um die Erwerbs- und Befestigungskosten der 10 qm Terrain ermäßigt werden. Aus allen diesen Gründen gebe ich anheim, die Einsprache so, wie sie erhoben ist, zu verwerfen, ihr aber insoweit stattzugeben, als man eine Umrechnung in dem Kostenresultat in dem Umfange vornimmt, daß die Kosten der 10 qm und zwar für Erwerb und Befestigung abgesetzt werden.

Vorsitzender: Ich möchte den Herrn Referenten bitten, noch festzustellen, auf Grund welches Projektes die Humboldtstraße ausgebaut worden ist und ob in diesem Projekte etwas über den Grunderwerb und die Beseitigung des Hauses gesagt worden ist.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Grundfläche der jetzt fertig ausgebauten Straße stimmt mit der im Projekte und Kostenanschläge von 1894 angenommenen Fläche bis auf wenige Quadratmeter überein. Die Differenz in den Größenverhältnissen kommt daher, daß die Flächen wiederholt vermessen sind und sich dabei abweichende Summen ergeben haben.

Vorsitzender: Es dürfte sich empfehlen, die Debatte zu teilen. Zunächst wollen wir uns mit dem Antrage des Herrn Referenten befassen, der Einsprache insoweit stattzugeben, daß die Kosten für den Erwerb und die Befestigung der später dem Projekte zugelegten 10 qm an der Nordwestecke der Straße der Stadt zur Last gelegt, also von der gesamten Kostenrechnung in Abzug gebracht werden. Wer will hierzu das Wort nehmen? — Es meldet sich niemand, wir stimmen daher ab. — Der Antrag ist angenommen.

Sodann erfolgt die Beratung über die Haupteinsprache, nämlich die Zurechnung des Wertes des Bierbaumschen Hauses resp. des Terrains, auf dem es gestanden hat, zu den Kosten des Ausbaues der Humboldtstraße.

Herr Rathe: Das formale Recht wird hier wohl auf Seiten der Stadt liegen und die Unternehmer werden sich bei der Auslegung des Projektes nicht genügend darüber informiert haben. Wenn wir aber bedenken, daß sich hier einmal Unternehmer gefunden haben, die ein derartig riskantes Geschäft in die Hand genommen

Herr Bürgermeister Meyer: Daß die Unternehmer Utermark, Manegold und Weinhausen das Straßenprojekt ihrer selbst wegen aufgenommen haben, hat Herr Rathe schon anerkannt; ob sie dabei auf ihre Rechnung gekommen sind, kann ich nicht ohne weiteres beurteilen. Nach dem, was ich darüber erfahren habe, halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß sie dabei den gewünschten Erfolg nicht gehabt haben. Wir können und dürfen uns aber nicht vom Mitgefühl leiten lassen, wenn es sich um die Regelung einer Rechtsangelegenheit handelt, deren Verfahren durch das Straßenbaustatut vorgeschrieben ist. Die von Herrn Rathe gewünschte Berechnung hat zur Voraussetzung den gleichzeitigen Ausbau zweier sich kreuzenden

Straßen; und dabei ist für den Ausbau der Kasernenstraße selbst heute noch nicht einmal das Projekt genehmigt. Man darf nicht davon abgehen, daß nur das Projekt vom Jahre 1894 jetzt zur Ausführung gekommen ist. Uebrigens ist die Stadt gar nicht, wie Herr Rathe annimmt, Anliegerin der Kasernenstraße, sodaß sie aus dieser Berechnungsweise Vorteile schöpfen könnte, sondern der Militäriskus hat das Terrain zwischen dem projektierten Teile der Kasernenstraße und dem alten Straßentraktus erworben. Wir können auch nicht entgegen den Bestimmungen des Straßenbaustatuts beliebig Kosten von der Humboldtstraße fortnehmen und der Kasernenstraße zulegen, denn die Anlieger der Kasernenstraße würden dann später kommen und sagen: wie könnt Ihr Kosten der Kasernenstraße aufbürden, die nicht dahin gehören? Ich bleibe daher bei meinem ursprünglichen Antrage.

Vorsitzender: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß wir hier lediglich zu entscheiden haben, was recht ist und wir uns nicht auf den Billigkeitsstandpunkt stellen können. Darüber würde der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu entscheiden haben, während die gemeinschaftliche Versammlung lediglich darüber zu befinden hat, was Rechtens ist.

Herr Wolters: Ich bitte noch um eine nähere Aufklärung. Es wurde angedeutet, daß die genannten Unternehmer sich eine Auskunft erbeten hätten, als sie beabsichtigten das Terrain zu kaufen, darüber, wie die Verteilung der Kosten vorgenommen werden sollte. Wenn das der Fall ist, scheint mir die Sache nicht unbedenklich zu sein.

Herr Bürgermeister Meyer: Darüber kann ich keine Auskunft geben, weil ich damals das Ressort noch nicht hatte. Jedenfalls habe ich in der Weise eine Auskunft nicht erteilt.

Vorsitzender: Die Frage erhebt sich folgendermaßen: Der Ausbau der Straße ist erfolgt auf Grund eines Projektes, das 1893 aufgestellt ist, und eines Vertrages, der 1894 nach Maßgabe dieses Projektes abgeschlossen ist. Nun ist das Projekt einstweilen nur teilweise ausgeführt worden insofern, als der Ausgang in einem Teile der künftigen Straßen angelegt wurde, das Bierbaumische Haus einstweilen stehen blieb und die volle Durchführung des Projektes erst später erfolgt ist. Immerhin ist die maßgebende Grundlage für den schließlichen ganzen Ausbau der Straße nur das erste Projekt und der Vertrag gewesen, und darum kann es auf die späteren Sachen, also auch auf eine neue Berechnung der städtischen Bauverwaltung, die auch im Schoße des Magistrats erörtert wurde, nicht ankommen, weil die Sachen nicht perfekt geworden sind. Wenn den Unternehmern wirklich im Jahre 1903 gesagt worden wäre, es schwebten Verhandlungen über eine anderweite Verteilung der Straßenbaukosten, so könnten sie daraus Rechte nicht herleiten.

Herr Rathe: Die Unternehmer haben mir mitgeteilt, daß sie auf Grund eines Kostenanschlages vom Jahr 1903, der gleichzeitig den Ausbau der Humboldt-

und der Kasernenstraße umfaßte, zum Ausbau der Humboldtstraße übergegangen seien; sie seien aber unvorsichtig genug gewesen, sich nicht darüber zu informieren, ob der Ausbau der Kasernenstraße schon beschlossen sei. Wenn sie gewußt hätten, daß die Kasernenstraße noch nicht ausgebaut werden sollte, so würden sie das teure Terrain nicht erworben und die Straße nicht ausgebaut haben. Ich würde hierzu kaum das Wort ergriffen haben, wenn es sich nicht um solche Leute handelte, die im Interesse der Stadt etwas riskiert hätten und mit Lust und Liebe daran gegangen wären, die Stadt zu verschönern. Man kann auch solchen Leuten dankbar sein. Andererseits bin ich erstaunt darüber, daß die Kasernenstraße schon so weit kanalisiert und instandgesetzt ist, daß das Ausbauprojekt jeden Augenblick erscheinen kann. Es scheint mir zum mindesten fraglich, ob solches Vorgehen im Interesse der Bürgerschaft richtig war.

Vorsitzender: Die Kanalisation projektierter Straßen haben wir schon öfter vorgenommen, weil deren Kosten mit den Straßenkosten nichts zu tun haben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wie Herr Rathe selbst sagt, kann nicht davon die Rede sein, einen rechtlichen Anspruch zu gunsten der Unternehmer geltend zu machen; wenn dagegen Billigkeitsgründe vorliegen, was ich bezweifle, so werden Magistrat und Stadtverordnete sich darüber zu verständigen haben. Sollte auf Grund der den Unternehmern gewordenen Auskunft tatsächlich ein Rechtsanspruch bestehen, so würde sich daraus höchstens ein Privatrechtsanspruch ergeben, der dem Magistrate und nicht der gemeinschaftlichen Versammlung gegenüber geltend zu machen wäre.

Die Einsprache wird darauf verworfen

und die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 5¹/₄ Uhr.

1906/1907.Nr. 9.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 13. Dezember 1906.

Tagesordnung:

I.	Rechnungsabschlüsse für 1905/06	Seite 264
II.	Anträge Meyerhoff und Jasper: Berechnung der Grundsteuer	" 264
III.	Antrag Weichsel: Beleuchtung der sogen. Rettungsinselfn	" 271
IV.	Antrag Stegmann: Beseitigung der Fleichtenerung	" 271
V.	Unterstützungen an das Schweiternhaus vom Roten Kreuz	" 284
VI.	Ankauf eines Gartens zur Erweiterung des Armenhausgrundstücks	" 295
VII.	Bewilligung an den Verkehrsverein	" 296
VIII.	Einziehung einer Deputation für den Kirchenbau zu St. Jacobi	" 297
IX.	Geschäftsordnungs-Debatte	" 298

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürger-
meister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner und Blasius.
Entschuldigt die Herren Aßmann, Buchler, Kathe und Schmidt.
Den Vorsitz führt zunächst Herr Wolff.

I. Rechnungsabschlüsse für 1905/06.

Der Magistrat überreicht die Rechnungsabschlüsse der Rammereikasse nebst Nebenkassen, des Schulhausbaufonds, sowie der in selbständiger Verwaltung befindlichen Kassen, als der Kanalbaukasse, der Schlachthauskasse, der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen und der Kreiskommunalkasse für das Rechnungsjahr 1905/06 zur Prüfung und mit dem Ersuchen, die aus den Rechnungsabschlüssen sich ergebenden Ueberschreitungen, soweit nicht schon geschehen, nachträglich genehm zu halten und danach die Exekutionsetats der sämtlichen Kassen, vorbehaltlich der Rechnungsablage, für gerechtfertigt zu erklären.

Ramens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Hauswaldt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Vorlage der für uns wichtigste Nachweis zur Kontrolle der städtischen Rechnungen ist, ja ich stehe nicht an zu behaupten, daß die Abschlüsse noch wichtiger für uns sind, als der Etat selbst. Die Finanzkommission hat die Vorlage genau geprüft und durchberaten; sie ist der Ansicht, daß es unnütz wäre, hier auf alle Einzelheiten einzugehen, da vorausgesetzt werden muß, daß jedes Mitglied der Versammlung den Abschluß mit dem Etat verglichen und durchgerechnet hat. Es könnte sich nur darum handeln, den einzelnen Herren bei dem Durchgehen der Abschlüsse auf etwaige Anfragen Rede und Antwort zu stehen; ich möchte deshalb vorschlagen, wie bei der Etatsberatung die Rechnungsabschlüsse seitenweise durchzugehen und es den Herren zu überlassen, Anfragen zu stellen. (Geschieht, ohne daß Anfragen gestellt werden.)

Die Aufstellung der Rechnungsabschlüsse ist eine ungeheuer penible Arbeit gewesen, sodaß man nur wünschen kann, sie möchte auch in Zukunft so weitergeführt werden. Man wird dadurch instand gesetzt, den Etat genau zu kontrollieren und auch den nächstjährigen Etat mit größerer Sicherheit aufzustellen als sonst. Die Finanzkommission gibt anheim, die kleinen Ueberschreitungen zu genehmigen und die Exekutionsetats der sämtlichen Kassen für gerechtfertigt zu erklären, was seitens der Versammlung geschieht.

II. Anträge Meyerhoff und Jasper: Berechnung der Grundsteuer.

Herr Südel als Berichterstatter der Finanzkommission: Herr Meyerhoff hat in der Sitzung vom 28. Juni d. J. — Seite 120 des Berichts — folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die städtische Grundsteuer nach dem wirklichen Miet- und Pachtertrage der Grundstücke zu erheben, und hierfür die durch die Selbsteinschätzung zur Einkommensteuer festgestellten Erträge maßgebend sein zu lassen.“

Herr Jäzper hat sodann noch in derselben Sitzung — Seite 128 des Berichts — folgenden Antrag gestellt:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, für die Besteuerung der Grundstücke die Grundsteuer nach gemeinem Werte, sowie ferner die Wertzuwachssteuer, Bauplagsteuer zc. einzuführen.“

Kurze Zeit nachdem diese beiden Anträge der Finanzkommission überwiesen worden waren, wurde bekannt, daß im Schoße des Magistrates eine Vorlage wegen Aenderung der Grundsteuer in Vorbereitung sei, insofgebeßten hat die Finanzkommission die Berathung der beiden Anträge zurückgestellt. Als nun aber später die Finanzkommission erfuhr, daß der Magistrat seinerseits von der Vorlage einer Aenderung der Steuer Abstand nehmen wolle, mußten wir von neuem über die Sache verhandeln, was auch in zwei Sitzungen geschehen ist. Hierbei ist die Finanzkommission zu dem Ergebnis gelangt, der Versammlung vorzuschlagen, heute über die beiden Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Die Mehrheit der Kommission war nämlich der Ansicht, daß der Grundstücksmarkt unserer Stadt heute ein sehr ungünstiger sei und daß, wenn auch anerkannt werden müsse, daß in letzter Zeit eine nicht unerhebliche Besserung wohl zu verzeichnen sei, doch jede Aenderung an der Grundsteuer und der Besteuerung von Grundwerten eine Beunruhigung mit sich bringen würde, die schädlich wirken könne und zwar umsomehr, als die neue Steuer eine Erhöhung bringen würde. Es wird von der Finanzkommission also empfohlen, für jezt auf eine Berathung der Frage zu verzichten in der Erwartung, daß nach Besserung der hiesigen Verhältnisse die Anträge wieder eingebracht würden, wenn nicht der Magistrat seinerseits die von ihm zurückgestellte Vorlage vielleicht mit einigen Aenderungen wieder aufnehmen würde.

Die Kommission war auch der Ansicht, daß eine sachliche Besprechung der Anträge heute nicht am Plage wäre, da die Vorlage von solcher Bedeutung und Wichtigkeit sei, daß eine sehr gründliche Vorberathung nötig wäre, was bislang in dem erforderlichen Maße noch nicht geschehen ist.

Persönlich meine ich, daß, wenn die Sache weiter beraten werden sollte, die Finanzkommission bei der Wichtigkeit der Sache gezwungen sein würde, der Versammlung ein schriftliches Gutachten zu überreichen, weil in der Begründung ein so großes Zahlenmaterial enthalten sein würde, daß eine mündliche Berichterstattung kaum angänglich sein dürfte.

Es wird also Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

Vorsitzender: Es würde sich hiernach darum handeln, daß die Versammlung sich heute darüber schlüssig macht, ob sie in eine sachliche Berathung der Materie eintreten will, oder ob eine weitere sachliche Berathung seitens der Kommission stattfinden soll, da diese erklären läßt, sie habe die Materie noch nicht genügend sachlich vorberathen.

Herr Jasper: Die Entstehungsgeschichte der beiden Anträge und den Verlauf der Verhandlungen hat der Herr Referent richtig wiedergegeben, er hat aber nicht mitgeteilt, daß inzwischen eine oder mehrere Eingaben seitens des Grundbesitzersvereins beim Magistrat eingegangen sind, die sich gegen diesen Antrag richten. Ich glaube aber auf diese Eingaben um so größeren Wert legen zu dürfen, als ich hierin den Angelpunkt sehe, weshalb der Magistrat, der ursprünglich eine meinem Antrage günstige Stimmung hatte, plötzlich anderen Sinnes geworden ist, und nun den Grundstücksmarkt für so bedenklich ansieht, daß seiner Meinung nach zurzeit nicht eingeschritten werden kann. Ich kann den Standpunkt der Kommission nicht teilen und möchte bitten, heute den Beschluß zu fassen, daß beide Anträge an die Finanzkommission zur weiteren Vorberatung zurückverwiesen werden. Dabei verkenne ich nicht, daß der Grundstücksmarkt gegenwärtig hier nicht gerade günstig genannt werden kann, ich bezweifle aber, daß die Einführung der Steuer für den Grundstücksmarkt von erheblichem Einfluß sein wird.

Ueber das Wesen der Steuer nach gemeinem Wert werden die Herren wohl in überwiegender Zahl unterrichtet sein, zumal der von der Versammlung auch beschickte Braunschweigische Städtetag sich wiederholt damit beschäftigt hat und sich zustimmend für die Steuer ausgesprochen hat. Nach unserer Landesgesetzgebung ist es nicht möglich, aus dieser Steuer höhere Beträge herauszuziehen wie wir jetzt schon bekommen, und es würde durch die Veranlagung zu der neuen Steuer nur erreicht werden, daß eine Verschiebung in der Belastung der einzelnen Grundbesitzer eintreten würde und zwar, wie auch der Magistrat schon ausgerechnet hat, in der Weise, daß eine Entlastung der kleineren Grundbesitzer und der Häuser, die besonders zu Wohnungen für kleinere Leute bestimmt sind und eine Belastung der großen Geschäftshäuser und der Einfamilienhäuser die Folge sein würde. Das sind aber Gesichtspunkte, die an sich durchaus gesund und von der Versammlung auch zu fördern sind und die nicht von nachteiligem Einfluß auf den Verkehr des Grundstücksmarktes sein dürften.

Ich halte deshalb den Grund des Herrn Referenten für die Absehung der Anträge von der Tagesordnung nicht für stichhaltig, ebensowenig trifft er das richtige hinsichtlich der Besteuerung des Wertzuwachses. Umgekehrt halte ich den Zeitpunkt, wo die Grundstückspreise niedrig stehen, als einen besonders geeigneten Ausgangspunkt, um von hier aus den Wertzuwachs zu besteuern als Entgelt für die Opfer, welche sich die Allgemeinheit auferlegt hat. Wenn wir eine sehr günstige Konjunktur der Steuer zugrunde legen, so würde der Zuwachs gering sein, während sie von einem niedrigen Standpunkte aus viel ertragreicher sein würde. Eine Verschiebung dieser Steuer ist auch deshalb gegenwärtig sehr bedenklich, weil wir alle hoffen, daß in absehbarer Zeit das Wahnhoferprojekt seiner Verwirklichung entgegen geht und daß hierbei einzelne Grundbesitzer einen ungeheuren Wertzuwachs haben

werden, den sie in ihre Privattasche fließen lassen können, ohne daß die Stadt für ihre Opfer einen Gegenwert erhält. Deshalb halte ich es für bedenklich, die Einführung der Steuer noch weiter hinauszuschieben, umsomehr, als man berücksichtigen muß, daß solche Neuerungen hier recht lange Zeit zu gebrauchen pflegen. Wir können solche Steuer nicht selbständig einführen, sondern wir müssen auch das Herzogliche Staatsministerium um die Genehmigung eines solchen Steuerstatuts bitten, und was es mit einer derartigen Genehmigungserteilung manchmal auf sich hat, haben wir wiederholt erfahren müssen. Darüber kann lange Zeit hingehen. Also schon mit Rücksicht auf das Bahnhofprojekt scheint es mir dringend geboten, die Vorberatung von unserer Seite auch sachlich in Angriff zu nehmen, um eine Einigung bei den städtischen Instanzen zu erzielen, damit wir dann gerüstet sind, den Wertzuwachs zu besteuern und der Allgemeinheit zuzuwenden.

Der Herr Referent hat auch den weiteren Grund erwähnt, daß namentlich der Magistrat gegenwärtig nicht geneigt scheine, diesen neuen Steuerarten näherzutreten. Der Herr Oberbürgermeister hat aber in der Finanzkommission erklärt, daß er sich nicht in der Weise binden könne, sofern die Versammlung sich günstig für die von mir befürwortete Steuerart aussprechen würde. Wenn aber der Magistrat eine andere Meinung bekommen und sich eines Besseren belehren lassen könnte, so würde er vielleicht seine alte Vorlage wieder aufnehmen. Dieser Grund würde also nicht stichhaltig sein, um jetzt von einer sachlichen Beratung der Materie Abstand zu nehmen; es ist deshalb dringend nötig, schon jetzt in eine sachliche Verhandlung darüber einzutreten. Ich bitte daher, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich würde die Bedeutung einer derartigen Beratung, wie sie Herr Dr. Jasper anregt, gewiß nicht gering schätzen, dennoch glaube ich aber aus voller Ueberzeugung den Vorschlag der Finanzkommission empfehlen zu sollen, weil das nämlich bei Lage der Dinge augenblicklich die zweckmäßigste Lösung sein würde. Die ganze Sache hat sich so entwickelt, daß Herr Meyerhoff es seinerzeit für zweckmäßig hielt, seinen Vorschlag der Versammlung zu unterbreiten, Herr Dr. Jasper ging dann nach dem alten Sage vor, daß der Hieb die beste Parade sei und unternahm einen Gegenhieb, indem er seinen Antrag stellte. Nun erklärt Herr Meyerhoff, daß er gern bereit sein würde, seinen Antrag für jetzt zurückzuziehen unter der Voraussetzung, daß Herr Dr. Jasper ein Gleiches thäte. Darüber können sich die beiden Herren aber nicht verständigen und aus diesem Grunde muß die Versammlung heute Stellung dazu nehmen. Diese mangelnde Willensübereinstimmung zwischen den beiden Herren über die Zurückziehung der beiden Anträge scheint mir aber nicht so wichtig zu sein, um daraus Anlaß zu nehmen, der Prüfung der ganzen Sache schon jetzt näher zu treten. Ich kann aus meiner festen Ueberzeugung, nachdem ich mich $\frac{3}{4}$ Jahre mit der Sache beschäftigt habe, erklären, daß es außerordentlich schwer sein würde, durch eine derartige Be-

ratung zu einem wirklich greifbaren Ergebnis zu gelangen. Wenn die Angelegenheit später wieder einmal in Angriff genommen werden soll, so wird es wahrscheinlich das Beste sein, in einer gemischten Deputation über die Sache zu verhandeln und dann an den Magistrat und die Versammlung mit entsprechenden Vorschlägen heranzutreten. Augenblicklich wird die Beratung aber meiner Ueberzeugung nach nicht zu einem ersprießlichen Ergebnis führen.

Ich will dann auch noch die Ansicht widerlegen, als ob der Magistrat vor der Eingabe des Grundbesitzervereins in das Mauseloch gekrochen wäre. Davon kann nicht die Rede sein. Die Gründe für die Zurückstellung der Angelegenheit waren vielmehr folgende: Einmal hatten wir das erfreuliche Ergebnis aus dem letzten Rechnungsjahre 1905/06 und wir sagten uns, daß angesichts solcher Ergebnisse die Neigung der Mehrheit der Versammlung, neue Steuern zu bewilligen, nicht sehr groß sein würde. Außerdem haben wir uns auch gesagt, daß insbesondere die Wertzuwachssteuer so neu ist, daß die bis jetzt gesammelten Erfahrungen verhältnismäßig noch junge sind, da eine Reihe von Städten die Steuer erst einführen wollen. In Berlin hat z. B. der dafür eingesetzte Ausschuß erst nach halbjähriger Frist seine erste Lesung zum Abschluß gebracht. Wir haben uns aus diesen Gründen gesagt, daß es nicht unzweckmäßig sein würde, damit zu warten. Es handelt sich also nicht um ein Begräbnis der Angelegenheit, sondern nur um eine hinauschiebung der Entscheidung.

Herr Födel: Ich habe mich in meinem Referate absichtlich so kurz gefaßt, um eben eine sachliche Besprechung der Angelegenheit hintan zu halten. Ich werde das auch jetzt noch tun, obwohl Herr Dr. Jasper zu einer Entgegnung geradezu herausfordert. Auf eins möchte ich aber noch hinweisen. Einmal hatte ich als Berichterstatter keine Veranlassung, den von Herrn Dr. Jasper erwähnten Grund zur Zurückziehung der Magistratsvorlage zu berühren, nachdem der Herr Oberbürgermeister in der Kommission die betreffende Erklärung abgegeben hatte, und dann ist auch in der Kommission von der mir bis dahin unbekannten Eingabe des Grundbesitzervereins kein Wort gesprochen worden. Ich hätte wohl erwarten dürfen, daß Herr Dr. Jasper mich darauf aufmerksam gemacht hätte, wenn ihm die Eingabe bekannt war, damit ich sie hätte erwähnen können. Das ist aber nicht geschehen.

Herr Koch: Ich möchte Herrn Dr. Jasper noch folgendes erwidern: Als auf dem letzten Braunschweigischen Städtetage in Stadtholendorf über die Zuwachssteuer gesprochen wurde, kannte der größte Teil der dortigen Vertreter diese Steuer noch garnicht, sie wußten also nicht, was die Steuer eigentlich wollte. Aus diesem Grunde waren wir auch höchst verwundert, als eine Resolution zugunsten der Steuer angenommen wurde, obwohl die Sache noch so neu war, daß die meisten Herren sie garnicht kannten.

Herr Hauswaldt: Die Lust, in diese außerordentlich schwierige Materie einzutreten, sei es auch nur, um sich akademisch damit zu beschäftigen, ist wohl vorhanden, sie könnte aber nur dann zu einem praktischen Ergebnis führen, wenn wir annehmen könnten, daß wir in unserer Stadt vor der Periode eines kolossalen Aufschwungs in den Grundstückspreisen ständen. Herr Dr. Jasper hat dabei erwähnt, der Bahnhofsbau würde eine derartige Periode des Aufschwungs der Grundstückspreise in unserer Stadt einleiten. Wer das glaubt, muß allerdings für die Steuer sein. Ich habe aber noch keinen Menschen in der Stadt gesprochen, der mit den Verhältnissen vertraut ist, der nicht fest der Ansicht wäre, daß der Bahnhofsbau nichts weiter tun würde, als die Grundstückspreise noch weiter zu drücken. (Zustimmung.) Deshalb möchte ich gerade für eine Verschiebung der Beratung sein.

Herr Jasper: Die beiden Gründe, welche Herr Stadtrat von Frankenberg für die Entschliebung des Magistrates angeführt hat, scheinen mir nicht stichhaltig zu sein. Einmal sollen die finanziellen Verhältnisse gegenwärtig ausreichende sein, um keine neuen Steuern zu gebrauchen. Gewiß, für die nächsten Jahre brauchen wir vielleicht keine Steuererhöhung vorzunehmen, sondern können mit der schon jetzt reichlich hohen Steuer auskommen, namentlich wenn wir verschiedene notwendige Ausgaben vernachlässigen. Die Einführung der Grundsteuer nach gemeinem Werte bezweckt aber gar kein Mehrergebnis für die Stadt, sondern lediglich eine Verteilung desselben Steueraufkommens auf eine größere Zahl von Schultern, also eine Verschiebung der Steuerlasten. Das gegenwärtige finanzielle Ergebnis kann dem gegenüber also nicht in Betracht kommen und die Wertzuwachssteuer würde zurzeit kaum ein erheblich höheres Ergebnis einbringen, sondern es handelt sich dabei um Zukunftsmusik auf den Zeitpunkt, wo eine Verschiebung in den Grundstückswerten eintritt und zwar hauptsächlich ein Zuwachs in den Werten der Grundstücke, die in die Nähe des neuen Bahnhofs zu liegen kommen. In dieser Beziehung bin ich anderer Ansicht als Herr Hauswaldt, ich bin nämlich der frohen Hoffnung, daß, wenn auch eine Reihe von Grundstücksbesitzern Nachteile von der Aenderung haben mag, doch die überwiegende Mehrheit Vorteil davon hat und daß die in der Nähe des Bahnhofs liegenden Grundstücke einen großen Mehrwert erhalten werden. Das ist auch für mich Zukunftsmusik, weshalb der Einwand, daß das gegenwärtige finanzielle Ergebnis nicht zur Schaffung neuer Steuern zwingt, nicht als stichhaltig erachtet werden kann. Im übrigen wäre es kein Unglück, wenn auf solche Weise ein Mehrerträgnis erzielt würde und wenn die Steuern, die wir in den letzten Jahren hinauf setzen mußten, in anderer Weise aufgebracht und deshalb heruntergesetzt werden könnten.

Triftiger ist schon der Grund, daß die Erfahrungen mit der Wertzuwachssteuer in Deutschland noch verhältnismäßig geringe sind, aber andererseits darf doch nicht verkannt werden, daß die bis jetzt gesammelten Erfahrungen durchaus günstig ge-

wesen sind und in derselben Richtung liegen, wie man sie in anderen Ländern schon länger gesammelt hat. Ich sehe auch nicht ein, weshalb Braunschweig immer in allen Beziehungen hintenan stehen muß, selbst wenn ein an sich triftiger Grund geradezu zwingt, dieses und jenes einzuführen. Den Braunschweigischen Städtetag habe ich angeführt, weil ich glaubte, daß er bei der Mehrheit der Versammlung vielleicht einiges Ansehen genießen würde, meinerseits bin ich bei dessen Zusammen-
setzung nicht von allzuhoher Achtung davor eingenommen, aber da Sie so hohen Wert darauf legen, und ihn aus Ihrer Mitte stets beschicken, so nahm ich an, daß die Herren einige Kenntnis von den dort zu behandelnden Stoffen haben würden, zumal hier besonders erklärt wurde, daß der jetzt zur Besprechung stehende Stoff bei der Gelegenheit von besonders kundiger Seite behandelt würde und wir unsere Delegierten danach auswählen müßten.

Es ist richtig, daß ich die Eingabe des Grundbesitzervereins in der Kommissions-
sitzung nicht erwähnt habe, aber ich konnte leider nur einem Teil der Sitzung beiwohnen, und da die Besprechung dieser Angelegenheit in einer Sitzung zur Sprache kam, auf deren Tagesordnung sie nicht gestanden hat und da ferner dem Herrn Referenten die Akten des Magistrats doch zugänglich waren und er sich außerdem mit städtischen Angelegenheiten im allgemeinen viel befaßt, so nahm ich an, daß ihm die wichtige Eingabe des ihm nicht allzufern stehenden Vereines wohl bekannt gewesen wäre. Wenn das nicht der Fall gewesen ist, so will ich ihm auch deswegen keinen Vorwurf gemacht haben. Im übrigen pflichte ich Herrn Stadtrat von Frankenberg und dem Herrn Referenten darin bei, daß die Materie einigermaßen weißschweifig ist und einer gründlichen Erörterung bedarf. Aber gerade, weil diese Voraussetzung zutrifft, so halte ich dafür, daß sie schon jetzt in Angriff genommen werde. Wenn der Herr Stadtrat vorschlägt, sie in einer gemischten Deputation in Angriff zu nehmen, so habe ich nichts dagegen, wenn nur der Magistrat diese gemischte Deputation schon heute einsetzt. Ich möchte andererseits aber bitten, auf keinen Fall dem Antrage der Finanzkommission stattzugeben und über diese wichtige Materie sang- und klanglos zur Tagesordnung überzugehen. Vielleicht sagt sonst Herr Koch nach zwei Jahren, wir hätten noch immer nichts davon gewußt.

Herr Meyerhoff: Ich habe mich bereit erklärt, meinen Antrag zurück-
zuziehen unter der Voraussetzung, daß auch Herr Dr. Jasper seinen Antrag zurück-
zieht. Wenn ich mich aber auch nur kurz darüber äußern soll, so müssen Sie mir doch gestatten, auf einzelne Sachen einzugehen. (Widerspruch.) Gerade da Herr Dr. Jasper behauptet, es wären mit der Wertzuwachssteuer auf so vielen Seiten gute Resultate erzielt worden, so will ich Ihnen doch mitteilen, daß z. B. die Stadt Dortmund den früher eingeschlagenen Weg wieder verlassen hat. Herr Dr. Jasper schlägt sich auch mit seinen eigenen Worten. Darin liegt ja gerade die Schwierigkeit der ganzen Materie, daß sie dem einen Vorteil und dem anderen

Nachteil bringt. Ich bezweifle auch, daß irgend jemand von uns schon so eingeweiht ist, daß er sich entschließen könnte, heute schon darüber in eingehende Beratung zu treten. Es ist wirklich so, wie Herr Koch schon sagte: Auch die Herren, die in Stadtfoldendorf über die Sache verhandelten, haben mir erklärt, daß sie noch zu wenig eingeweiht wären.

Nur nach jahrelangem Studium kann man in dieser Beziehung zu einem eigenen Urteil kommen und deshalb halte ich auch den Vorschlag, die Sache heute von der Tagesordnung abzusetzen, für allein richtig. Wenn eine gemischte Deputation eingesetzt werden soll, so wird die ein Jahr damit zu kämpfen haben, ehe sie mit greifbaren Vorschlägen hervortreten wird.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Jäzper abgelehnt und der Antrag der Finanzkommission — Uebergang zur Tagesordnung — angenommen.

III. Antrag Weichsel: Beleuchtung der sogenannten Rettungsiseln.

Herr Wolters: Ein Beschluß der Versammlung vom 30. August d. J. — Seite 145 des Berichtes — ging dahin, die beiden Anträge Weichsel an die Finanzkommission zurückzuverweisen, um zunächst noch festzustellen, wieviel solcher Plätze mit Rettungsiseln noch in der Stadt vorhanden sind und wieviel Laternen zu deren Beleuchtung gebraucht würden. Die städtische Bauverwaltung hat nun ein Verzeichnis darüber aufgestellt und ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß in der Innenstadt 39 Rettungsiseln vorhanden sind, von denen 16 beleuchtet und 23 nicht beleuchtet sind. Die Außenstadt hat 74 derartige Plätze, davon sind 20 beleuchtet und 54 nicht beleuchtet. Die Finanzkommission war bei der ihr übertragenen Aufgabe in einer bösen Lage und sie muß bekennen, daß sie der Schwierigkeit des Auftrages nicht ganz gewachsen gewesen ist. (Heiterkeit.) Wie sollte sie die 97 unbeleuchteten Plätze des Abends prüfen? Das war weder ihr noch ihrem Referenten möglich. Wir sagten uns daher: non possumus und ultra posse nemo obligatur. Schließlich haben wir uns dahin geeinigt, den Spieß umzudrehen und schlagen der verehrten Versammlung vor, diese Sache dem Magistrat insofern zu überlassen, als er ersucht wird, der Versammlung seinerseits über die Beleuchtung derjenigen Punkte in der Stadt Vorschläge zu machen, die zurzeit noch nicht genügend beleuchtet sind.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

IV. Antrag Stegmann: Beseitigung der Fleishteuerung.

Der in der letzten Sitzung — Seite 257 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in Rücksicht auf die immer mehr steigende Fleishteuerung und die dadurch herbeigeführte Ver-

schlechterung der Volksernährung erneut mit Nachdruck bei der Landes- und Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch schleunigst geöffnet, sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Produkte aufgehoben werden.

Die Versammlung ersucht außerdem den Magistrat, in Erwägung zu ziehen, durch städtischerseits vorzunehmende Schlachtungen und Verkauf des Fleisches in einzurichtenden Verkaufsstellen die herrschende Fleischnot zu mildern."

Namens der Statutenkommission berichtet über den Antrag Herr Schöttler: Es wird den Herren bekannt sein, daß vorgestern eine Verhandlung im Reichstage stattgefunden hat, die diesen Gegenstand betraf und daß dabei bedeutsame Mitteilungen vom Reichskanzler und vom preußischen Landwirtschaftsminister erfolgt sind. Da die Sitzung der Statutenkommission aber früher stattgefunden hat, als diese Verhandlungen bekannt waren, so konnte die Kommission darauf noch keine Rücksicht nehmen und ich bin nun einigermaßen in Verlegenheit gekommen, in welcher Weise ich referieren soll. Ich habe mich entschlossen, so zu referieren, wie wir es in der Statutenkommission verabredet haben und auf die Verhandlungen des Reichstages zunächst gar keine Rücksicht zu nehmen. Nachher können wir uns dann darüber unterhalten, in welcher Weise der Einfluß der Reichstagsverhandlungen, der nicht abzulehnen ist, auf unsere Beschlüsse berücksichtigt werden soll.

Bei der Beratung in der Kommission sind wir davon ausgegangen, daß der augenblickliche Rückgang in den Preisen einzelner Fleischsorten nicht geeignet sei, unsere Beratung zu beeinflussen, weil wir nicht überzeugt sind, daß dieser Rückgang dauernd sein oder gar noch weiter fortschreiten werde. Ebenso wenig kann uns der Umstand, daß bereits so viele Kundgebungen in dieser Sache vorliegen, beeinflussen, und selbst die Tatsache, daß wir erst im vorigen Jahre eine Resolution in derselben Richtung gefaßt haben, nicht hindern, eine solche nochmals zu wiederholen. Die am 24. August 1905 — Seite 198 des Berichtes — von uns gefaßte Resolution entsprang einem Antrage Wiehle, der lautet:

"Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bei Herzoglicher Landesregierung zu beantragen, daß diese ihren Bevollmächtigten im Bundesrate sofort anweisen möge, im Bundesrate auf die unverzügliche Aufhebung der Grenzsperr für Vieh hinzuwirken."

Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Gelegentlich einer Interpellation des Stadtverordneten Jasper hat sodann der Magistrat in der Sitzung vom 12. Oktober 1905 — Seite 292 des Berichtes — mitgeteilt, welche Antwort das Herzogliche Staatsministerium auf die Eingabe des Magistrats erteilt hat. Diese Antwort lautete bekanntlich ablehnend.

Ich glaubte, diese Tatsachen zunächst in Ihre Erinnerung zurückrufen zu müssen.

Der Antrag Stegmann besteht nun aus zwei Teilen. Der erste Teil beschäftigt sich wiederum mit der Grenzsperrre und den Viehzöllen, der zweite Teil macht dagegen Vorschläge, die bezwecken sollen, uns gewissermaßen selbst zu helfen. Ich muß die beiden Teile getrennt behandeln und gehe daher zunächst zum ersten Teile über.

Soweit hier die Aufhebung der Grenzsperrre in Betracht kommt, handelt es sich um eine Wiederholung des früheren Antrages Wiehle, während der auf die Aufhebung der Zölle bezügliche Teil neu sein dürfte. Was die Grenzöffnung anbetrifft, so sind wir uns klar darüber, daß der Zweck der Grenzsperrre — Verhütung von Seuchen — zu billigen ist. Wir können auch darin, daß in Deutschland schon Seuchen vorhanden sind, keinen Grund für die Ueberflüssigkeit der Grenzsperrre sehen; im Gegenteil ist sie erst recht nötig, damit nicht noch mehr Seuchen eingeschleppt werden, denn wir haben an unseren eigenen schon genug. Nun hat aber die Grenzsperrre die unangenehme Nebenwirkung der Erschwerung der Fleischeinfuhr, deren Ursache wir in der Art und Weise der Ausführung des Gesetzes erblicken.

Wir sind also mit dem Antrage Stegmann vollständig einverstanden, da er die Ausführung des Gesetzes geändert sehen will, nur möchten wir unbedingt daran festhalten, daß die Verhinderung der Einschleppung von Seuchen bestehen bleiben müsse. Die Kommission beantragt deshalb, hinter dem ersten Worte „Fleisch“ einzuschalten: „unbeschadet der Verhinderung der Einschleppung von Viehseuchen“.

Was den Antrag wegen der Aufhebung der Zölle betrifft, so dürfte er, selbst wenn man die Zölle an sich verwirft, untunlich sein, denn man darf nicht verkennen, daß die Einführung der landwirtschaftlichen Zölle ein Ausgleich gegenüber der Einführung von Industriezöllen ist. Man hat durch das Schutzollsystem dem Verlangen der Industrie, als es ihr schlecht ging, nachgegeben und industrielle Schutzzölle bewilligt. Nachher hat die Landwirtschaft gejagt, uns geht es noch viel schlechter, wir müssen auch einen Schutzoll haben, und es blieb nichts anderes übrig, als diesem Verlangen ebenfalls nachzukommen. Ob das im richtigen Maße geschehen ist, will ich nicht entscheiden. Nachdem man aber die landwirtschaftlichen Zölle so unangenehm empfindet und auf deren Beseitigung hindrängen will, so wird es nicht anders gehen, als daß auch die industriellen Zölle revidiert werden, man müßte also auf eine Revidierung des ganzen Zollgesetzes eingehen. Es ist auch vielfach die Rede davon gewesen, die landwirtschaftlichen Zölle möchten nur zeitweise aufgehoben werden. Inwiefern das geht, weiß ich nicht, aber soviel muß ich sagen, wenn es sich um eine dauernde Preiserhöhung des Viehes handelt und nicht um eine rasch vorübergehende, so kann die zeitweise Aufhebung der Zölle nichts helfen. Außerdem hat man sich auch immer beklagt über die plötzliche Aenderung

von Zöllen und hat langfristige Handelsverträge gewünscht; es scheint mir deshalb nicht richtig zu sein, die Zölle so schnell aufzuheben. Dabei scheint es mir gleichgültig zu sein, ob man Freihändler oder Schutzzöllner ist, man muß sich immer auf den Standpunkt stellen, daß in den heutigen landwirtschaftlichen Zöllen eine gewisse ausgleichende Gerechtigkeit liegt. Der Aufhebung und der Revision des Zolltarifs stehen die Handelsverträge gegenüber, die erst vor kurzem auf längere Dauer abgeschlossen worden sind, und es ist ein aussichtsloses Beginnen, auf eine Revision des Zolltarifs schon jetzt hinzuwirken, nachdem er eben erst in Kraft getreten ist. Die Statutenkommission hat darum geglaubt, Ihnen abraten zu sollen, in Ihre Resolution aufzunehmen, was der Antragsteller hinsichtlich der Aufhebung der Zölle will. Der Antrag der Kommission geht deshalb dahin, die Worte im ersten Teile des Antrages: „sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Produkte aufgehoben“, zu streichen.

Was den zweiten Teil des Antrages betrifft, so hält ihn die Kommission für durchaus unannehmbar und ich begründe diesen Standpunkt in folgender Weise: Zunächst scheint es mir grundsätzlich richtig zu sein, wenn eine Gemeinde nur solche Betriebe in eigene Verwaltung nimmt, die einen Monopolcharakter tragen, nicht aber auch andere Betriebe, die besser der freien Konkurrenz überlassen bleiben. Wenn die Gemeinde solche monopolistischen Betriebe an sich nimmt, so tut sie es, um die Bürger vor einer allzu monopolistischen Ausbeutung zu schützen. Es liegt dann im Belieben der städtischen Behörden, dabei soviel zu verdienen, wie sie wollen, und wenn die Bürger sich geschädigt glauben, so werden sie schon entsprechende Anträge stellen. Wir erleben das ja alle Tage bei Anträgen auf Verbilligung des Leuchtgases.

Außerdem läßt sich nicht verkennen, daß die Annahme des zweiten Teiles des Antrages Stegmann, also die stadtseitige Ausführung solcher Schlachtungen, eine ganz enorme Schädigung des Fleischergewerbes zur Folge haben würde; die Fleischer sind auch Bürger, deren Interesse wir hier mit zu berücksichtigen haben. Nun kann man sich auf den Standpunkt stellen, und der hat seine Berechtigung, daß, wenn die Wohlfahrt aller es erheischt, die Wohlfahrt einzelner dagegen zurückstehen muß, und man könnte von diesem Standpunkte aus sagen, die Sache ist so wichtig, daß wir ihr dennoch näher treten müssen, obwohl wir einsehen, daß das Fleischergewerbe dadurch erheblich geschädigt wird. Dagegen machen sich indessen noch andere Bedenken geltend. Zunächst setzt die Ausführung des Antrages ganz erhebliche Bauten und Einrichtungen voraus, um das angekaufte Vieh in verkaufsfähige Fleischwaren zu verwandeln. Das ist nicht so einfach. Es würden daraus ganz erhebliche Kosten erwachsen, die wahrscheinlich in die Hunderttausende gehen. Nun ist allerdings hervorgehoben, daß es sich nicht um dauernde Einrichtungen handeln sollte, sondern nur um vorübergehende. Wie der Magistrat aber

einen großen Betrieb, der so erhebliche Einrichtungen braucht, auf kurze Zeit konstruieren soll, weiß ich wirklich nicht; wenn aber kein Großbetrieb eingerichtet werden soll, so kann es überhaupt nicht helfen. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß die Stadt bei der Durchführung solcher Einrichtungen von vornherein einen erheblichen Mangel an Sachverständigen haben würde. Welche städtischen Beamten sollten wir wohl damit beauftragen, die Sache ins Werk zu setzen und insbesondere auch den Ankauf des Viehes zu besorgen? Es würde also die Anstellung einer größeren Anzahl von Beamten nötig sein, die sachverständig wären, und das würde nicht billig sein, denn es müßten besonders geschickte Leute sein, ja, ich bin sogar im Zweifel, ob ein Beamter überhaupt fähig sein würde, ein solches Geschäft zu betreiben. Wenn ich mir unsere städtischen Beamten auf dem Viehhandel denke, so kann ich mir nicht vorstellen, daß sie einen erheblichen Nutzen erzielen würden. (Heiterkeit.) Zu solchem Handel gehören Schlachter, die ihre eigene Haut zu Markte tragen. Ich bin daher überzeugt, wir würden, wenn wir die Einrichtung schafften, damit sehr schlechte Geschäfte machen. (Zustimmung.) Zunächst ist es auch keine Frage, daß das Schlachtergewerbe in letzter Zeit rückläufig geworden ist und nicht mehr so wie früher, als die Viehpreise billig waren, auf der Höhe steht. Wir haben vielfach gehört, daß das Gewerbe zurückgegangen ist und die Beweise dafür auch in der Steuerkommission erhalten. Verschiedene Geschäfte sind ganz verschwunden, weil sie sich nicht mehr halten konnten. Nun glaube ich aber nicht, daß die Stadt mit ihren Beamten bessere Geschäfte machen würde, als die einzelnen Schlachter selbst. Es wäre auch außerordentlich nahe liegend gewesen, daß die Konsumvereine, insbesondere der hier bestehende allgemeine Konsumverein, sich der Sache jetzt einmal angenommen hätten. Man hat aber nichts davon gehört. Sie haben sich mit allem möglichen befaßt und dabei auch schöne Erfolge erreicht, so z. B. hat der allgemeine Konsumverein eine Bäckerei eingerichtet und, wenn ich gut unterrichtet bin, handelt es sich um eine sehr gut eingerichtete, mit der gute Erfolge erzielt werden. Nun frage ich mich, weshalb fängt der allgemeine Konsumverein neben seiner Bäckerei nicht auch noch eine Schlachterei an? Ich habe auch schon früher darüber gelesen, daß solche Versuche andernwärts gemacht, aber immer fehlgeschlagen sind, und ich glaube, der allgemeine Konsumverein hat auch sehr wohl daran getan und in seinem Interesse gehandelt, daß er von der Einrichtung einer Schlachterei abgesehen hat. Es scheint mir das charakteristisch zu sein. Wenn aber selbst die Konsumvereine das nicht können, so kann es die Stadt auch nicht.

Von dem Herrn Antragsteller ist auch auf Freiburg hingewiesen worden, wo vor 10 Jahren Schlachtungen städtischerseits vorgenommen sein sollen und wo sich die Sache gut bewährt haben soll. Leider kann er darüber aber nichts näheres mitteilen. Jedenfalls ist es auffällig, daß, wenn damals die Sache gut gegangen

sein soll, man sie jetzt nicht wieder aufgenommen hat. Die ganze Sache macht immer den Eindruck, als ob das Schlachtergewerbe für den Großbetrieb ganz ungeeignet sei.

Man könnte auch sagen, die Hauptsache ist hierbei nicht, daß die Stadt mit solcher Einrichtung gute Geschäfte macht, sondern daß die armen Bürger billiges Fleisch erhalten, gleichgültig ob die Stadt dabei verdient oder zuseht. Wenn die Stadt aber schlechte Geschäfte macht, so müssen wir unsere Steuern erhöhen. Nun ist bei der Erhöhung der Steuern immer die Tendenz maßgebend gewesen, die Steuern den armen Bürgern nach Möglichkeit nicht aufzuerlegen, sondern in erster Linie die Wohlhabenden dazu heranzuziehen. Bei einer anderen Gelegenheit habe ich nachgewiesen, daß nach diesem Grundsatz hier stets gehandelt worden ist. Man könnte sich also sehr wohl auch hier auf diesen Standpunkt stellen, jedoch muß ich dabei zu bedenken geben, daß man mit dem Tempo der Steuererhöhung nicht zu rasch vorgehen darf, sonst könnte es dahin kommen, daß man die Henne, welche die goldenen Eier legt, schlachtet. Wir haben erst in den letzten Jahren eine große Steuererhöhung dadurch gehabt, daß der Staat seine Steuern wesentlich erhöht hat. Dafür kann ich keinen besseren Zeugen anführen, als Herrn Dr. Jasper selbst, der vorhin mit großer Emphase erklärt hat, daß unsere Steuer schon jetzt reichlich hoch ist. Dieser Ansicht stimme ich zu insofern, als die Steuern meiner Meinung nach wenn auch nicht übermäßig, so doch derartig hoch sind, daß sie nicht ohne große Not gesteigert werden dürfen. Außerdem möchte ich auch die Stadt davor bewahren, sich in ein von dem Antragsteller vorgeschlagenes so gefährliches Geschäft einzulassen, das so wenig übersehen werden kann.

Wenn man sich nun aber trotzdem über diese Bedenken hinwegsetzen wollte, so möchte ich wissen, wie man es machen sollte, daß das von der Stadt bei der Einrichtung eines Fleischverkaufs zu bringende Opfer nur denen zu gute käme, für die die Einrichtung getroffen ist. Es ließe sich doch nicht anders machen, als daß man die Verteilung des Fleisches in irgend welcher Weise regelte und man nicht gestattete, daß jeder so viel Fleisch und Fleischwaren kaufen könnte, wie er wollte, ohne daß man ihn befragen dürfte, ob er auch hiesiger Einwohner sei und das Fleisch für sich verbrauchen wolle. Stellen Sie sich die Möglichkeit vor, die hiervon die Folge sein würde: nicht nur hiesige Einwohner würden mogeln, sondern aus allen möglichen anderen Ortschaften würden sie kommen und versuchen, hier etwas zu bekommen, wobei wir den größten Schaden haben würden. Solchen Mißbrauch zu verhindern dürfte kaum möglich sein, man müßte sonst schon ein Polizei-Spioniersystem einrichten, was aber bei der bekannten Vorliebe, die wir für solche Polizei-Maßregeln hegen, nicht unsere Billigung finden würde.

Alle diese Gründe, denen die Statutenkommission im allgemeinen zugestimmt hat, haben folgenden Antrag gefördert:

„Die Stadtverordneten Versammlung ersucht den Magistrat, in Rücksicht auf die immermehr steigende Fleischteuerung und die dadurch herbeigeführte Verschlechterung der Volksernährung erneut mit Nachdruck bei der Landes- und Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß die Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch — unbeschadet der Verhinderung der Einschleppung von Seuchen — schleunigst geöffnet werden.“

Soweit mein Referat. — Sie sehen, es ist in seinem Schluß durch die Verhältnisse überholt, ich glaubte aber doch, die Sache hier im Zusammenhange vortragen zu sollen. Wenn ich nun noch meine eigene Meinung darüber sagen soll, wie sich die Versammlung unter den jetzigen Verhältnissen verhalten soll, so möchte ich folgendes bemerken: Was ich aus den Reichstagsverhandlungen von den Erklärungen des Reichskanzlers und des Landwirtschaftsministers gelesen habe, das hat auf mich nicht den Eindruck gemacht, als ob nun alles erreicht sei, was wir wünschen (Zustimmung); ich glaube vielmehr, beide Minister sind nicht so weit gegangen, wie unsere Wünsche reichen. Mit Rücksicht darauf halte ich es aber nicht für unangemessen, wenn wir die Sache nicht einfach von der Tagesordnung absetzen, sondern wenn wir noch einmal darauf zurückkommen. Es ist indessen nicht möglich, den Antrag der Kommission in der Weise anzunehmen, wie ich ihn vorgelesen habe, sondern es müßte auf das Rücksicht genommen werden, was vom Bundesratstische erklärt worden ist. Deshalb scheint mir die einzige Möglichkeit zu sein, den Antrag nochmals an die Kommission zurückzuverweisen, damit sie ihn neu behandle unter Berücksichtigung der seither geänderten Sachlage.

Herr Jüdel: Ich wollte ebenfalls beantragen, den ersten Teil des Antrages Stegmann an die Kommission zurückzuverweisen, damit diese das Ergebnis aus den Beratungen im Reichstage berücksichtigt. Es würde doch sonderbar erscheinen, wenn wir heute einen Beschluß in einer Sache fassen wollten, die sich durch die Verhandlungen des Reichstages wesentlich verändert hat oder doch noch wesentlich wird verändern können. Ich möchte mich daher den letzten Worten des Herrn Referenten anschließen und bitten, den ersten Teil des Antrages an die Kommission bis dahin zurückzuverweisen, daß der Reichstag in der Sache Beschluß gefaßt haben wird.

Vorsitzender: Mir scheint es geboten, um uns der Öffentlichkeit gegenüber nicht in ein komisches Licht zu bringen, so wie beantragt zu verfahren und ich glaube, der Herr Antragsteller könnte damit vorläufig zufrieden sein; denn es ist doch ein eigen Ding, einen anderen Beschluß heute in die Welt gehen zu lassen. Es heißt jetzt schon oft, daß die Anträge städtischer Organe an Selbstüberhöhung leiden, ich würde deshalb im Interesse unserer Versammlung bedauern, wenn jetzt hier ein anderer Beschluß gefaßt werden würde.

Herr Stegmann: Ich bedauere, daß ich auf die langen Ausführungen des Herrn Referenten nicht so antworten kann, wie ich wohl möchte und zwar schon deshalb, weil einem großen Teile der Versammlung meine vorige Rede so gefallen hat, daß ein Mitglied der Versammlung sich sogar dazu verstand, einen Strangulierungsversuch zu machen, aber mein Organ läßt heute ein längeres Reden nicht zu.

Den vom Herrn Referenten beantragten Zusatz wegen der sanitären Maßnahmen halte ich für vollständig überflüssig, er enthält soviel Handhaben, daß es sich nicht empfiehlt, ihn der Regierung gegenüber anzunehmen, es würden sonst vielleicht noch mehr Maßnahmen getroffen werden, um verseuchtes Vieh draußen zu lassen. Wenn der Herr Referent sagt, es seien schon Seuchen genug vorhanden und es müßten schon darum die Grenzen geschlossen werden, so ist das eigentümlich. Wir brauchen doch wirklich das Ausland nicht vor den deutschen Seuchen zu schützen? Sonst wird immer nur geschrieben, das Ausland sei verseucht, und dieses Geschrei ist nur auf eine Täuschung des Volkes berechnet. Ich könnte Zahlen darüber vorführen, daß das Ausland weniger verseucht ist, als Deutschland selbst, denn eine landwirtschaftliche Kammer hat erst kürzlich festgestellt, daß die Schweinezucht stark hätte eingeschränkt werden müssen, weil die Schweineseuchen nicht anders zu beseitigen gewesen wären. Was die Zölle betrifft, so habe ich schon gesagt, wenn die hohen Zölle nicht beseitigt werden, so hat die Aufhebung der Grenzsperrung wenig Bedeutung, die Zölle sind schlimmer als die Sperre an sich. Bis zum Jahre 1870 waren unsere Agrarier nicht für Schutzzölle, erst in den 70er Jahren, als sie ihr Vieh nicht mehr ausführten und Deutschland mehr ein Industriestaat wurde, wurden sie Schutzzöllner. Bismarck hat damals gesagt, daß er einen Zoll von einer Mark auf Getreide nicht erheben möchte, und wie sieht es jetzt aus? Wilhelm II. hat vor zehn Jahren bei einer Gelegenheit erklärt, daß der fünf Mark Zoll als Zollwucher zu bezeichnen sei. Wenn der Herr Referent sagt, er halte es nicht für zweckmäßig, die Zölle aufzuheben, denn wenn Deutschland überhaupt existieren solle, so seien sie nötig, weil auch für gewisse Industrien ein Schutz Zoll hätte eingerichtet werden müssen, so bemerke ich dazu, daß wir diesem Zollsystem überhaupt nicht zustimmen können, und daß meiner Meinung gesagt worden ist, es wäre unzweckmäßig, in der beantragten Weise vorzugehen, so frage ich, warum? Gewiß, für die Agrarier würde es unzweckmäßig sein und zwar nur für einen kleinen Bruchteil der Landwirte, während alle übrigen auch keinen Vorteil von den Zöllen haben. Für 30000 Großgrundbesitzer liegt ein Vorteil in den Zöllen, aber das Gros der Landbevölkerung hat davon keinen Vorteil. Soweit die Landwirte das Saatgetreide und die Futtermittel kaufen müssen, haben sie kein Interesse an den Zöllen und nur für einen kleinen Bruchteil

der Großgrundbesitzer liegt ein Vorteil darin, während für $\frac{9}{10}$ der Bevölkerung deren Aufhebung sehr zweckmäßig sein würde.

Wer einigermaßen belesen ist und die politischen Verhältnisse verfolgt hat, der muß wissen, wie die Hölle zustande gekommen sind und daß dabei nicht von der Notlage der Landwirtschaft die Rede war. Einzelne Landwirte haben das schon wiederholt konstatiert. Daß es aber so gekommen ist, liegt an unseren ganzen Verhältnissen. Nachdem die kleine aber mächtige Junkerkaste, aus der sich auch die höheren Beamten, der Militarismus, also das Offiziercorps rekrutieren, die Linke der Gesetzgebung in die Hand bekommen hat, kommt es nicht mehr darauf an, ob die Lebenshaltung der übrigen Einwohner herabgedrückt wird.

Als die Regierung ankündigte, es sollte in Erwägungen darüber eingetreten werden, inwieweit die Grenzen zu öffnen seien u., hat die sozialdemokratische Partei sofort gesagt: Was aus den Erwägungen herauskommen wird, ist vorauszu sehen, und so ist es auch gekommen; es ist so gut wie nichts geschehen. Nur gegen Dänemark, Schweden und Norwegen ist die Grenzperre in etwas gemildert worden, auch sind einige Frachterleichterungen eingetreten, aber im übrigen ist die Grenze für Vieh und Fleisch geschlossen: Man hat einfach dem Volk Sand in die Augen streuen wollen, um glauben zu machen, es sollte etwas dafür getan werden. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist der Antrag der Kommission nicht zweckmäßig. Wenn die Regierung in so eklatanter Weise zeigt, daß sie nichts tun will, müssen die städtischen Vertretungen in ganz anderer Weise wie bisher dagegen losgehen. Tritt man an die Regierung nur mit einer untertänigen Bitte heran, wie das auch der vorjährige deutsche Städtetag getan hat, so wird man nichts erreichen. Wir müssen ebenso energisch losgehen, wie die Agrarier, die schreien und schreien, sonst hat die ganze Sache keinen Zweck.

Der zweite Teil meines Antrages sollte nach der Ansicht der Statutenkommission unausführbar sein. Wir haben allerdings noch keinen Beweis dafür, wie sich solches stadtseitig unternommenes Schlachtergeschäft entwickeln wird; Freiburg soll damit gute Geschäfte gemacht haben, wenn das aber auch nicht der Fall sein würde, muß denn eine andere Stadt uns erst vorgegangen sein? Warum soll nichts geschehen, um die Verelendung der Massen zu verhindern? Man könnte doch hier auch einmal an der Spitze des Fortschritts marschieren. Auf diesem Gebiete müßte überhaupt sehr viel mehr getan werden. Es ist eine sozialpolitische Pflicht für die Stadt, solches zu tun.

Man hat auch gesagt, die Fleischer würden geschädigt werden. Das gebe ich zu, wenn es aber auch nur zu einem Teile wahr ist, was seitens der agrarischen Presse verbreitet wird, daß nämlich seit $1\frac{1}{2}$ Jahren das Kilogramm Schweinefleisch gegen früher durch den Zwischenhandel 16 bis 18 S mehr, im ganzen um 64 S verteuert sein soll, so wäre das Grund genug, daß die Stadt in der von mir

bezeichneten Richtung vorginge. Die Stadt muß doch etwas tun, daß der großen Masse der Bevölkerung, die schon zu normalen Zeiten kaum ein Stück Fleisch essen kann, unbekümmert um die Fleischermeister, geholfen wird. Die Fleischermeister kümmern sich auch nicht um die große Masse des Volkes, denn wenn die Viehpreise gestiegen sind, gehen sie schnell mit ihren Preisen noch höher hinauf, wenn die Viehpreise aber fallen, lassen sie sich erst lange nötigen, im Preise herunter zu gehen. Auch jetzt sieht man es, sie sind wohl dafür, daß die Grenzsperr für Vieh aufgehoben wird, aber nicht auch für die Einführung von Fleisch. Deshalb soll man auf die Schlachtermeister nicht soviel Rücksicht nehmen.

Das von Herrn Schöttler erwähnte Projekt, das Millionen kosten soll, ist ganz falsch. Wenn auf dem Grundstücke unseres Schlachthauses ein kleines Gebäude erbaut würde, sofern nicht Räume dafür schon vorhanden sind, so kann das nicht so teuer sein, und wenn unsere Markthalle dazu benutzt wird und in den Arbeitervierteln einige Läden gemietet werden, so sind das ganz minimale Summen, und es kann dabei von Millionen gar keine Rede sein und nicht davon, daß große Fabrikbetriebe errichtet werden müssen, die vielleicht in besserer Zeit für ein Butterbrot wieder losgeschlagen werden sollen.

Die weiteren Argumente des Herrn Referenten, daß sich für die Stadt kein Sachverständiger finden wird, sind mindestens ebenso hinfällig; ich kann wenigstens nicht begreifen, wie man derartige Sachen anführen kann. Wenn eine Stadt nicht genug Sachverständige bekommen könnte, so wäre es schlecht um sie bestellt. Der Stadt wird es viel leichter werden, Sachverständige zu finden, als z. B. einem Konsumvereine. Aus welchen Gründen der allgemeine Konsumverein eine Schlachtereierie nicht eingeführt hat, weiß ich nicht, da ich nicht zu der Leitung des Vereins gehöre. Wenn es aber geschähe, so würde die Vergünstigung doch wieder nur einem kleinen Teile der Bevölkerung und nicht der Allgemeinheit zugute kommen. Man sollte auch, um einem anderen Einwande des Herrn Referenten zu begegnen, meinen, daß unsere besitzenden Kreise sich nicht in der angeedeuteten Weise zeigen und in die Verkaufsstellen gehen würden, die nur für die Armen errichtet sein würden; wenn es aber doch geschähe, so würden die Arbeiter schon für eine genügende Kontrolle sorgen, namentlich, wenn einer Gewerkschaft die Aufsicht übertragen würde. Es ließe sich auch machen, daß die Kontrolle durch Einführung von Marken eingerichtet würde, die nur den kleineren Bürgern überwiesen würden. Alle diese Argumente sind hinfällig, und selbst wenn ein kleiner Mißbrauch getrieben werden sollte, so könnte man ihn lieber mit in den Kauf nehmen, als daß die große Masse der Bevölkerung weiter unter den heutigen traurigen Verhältnissen litte. Nehmen Sie auch Rücksicht darauf, daß der Reichstag und die Reichsregierung so gut wie nichts getan haben und wir deshalb erst recht auf unseren Antrag bestehen und einen praktischen Weg zur Besserung beschreiten müssen.

Wenn die Fleischpreise jetzt etwas fallen, so ist das eine alljährlich vorkommende Erscheinung deshalb, weil die landwirtschaftliche Bevölkerung das Vieh, um es nicht zu überwintern, in der jetzigen Jahreszeit abzustossen pflegt. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß die Verhältnisse bald besser werden und das Sinken der Fleischpreise fortfahren wird. Wenn von der Regierung nichts geschieht, so müssen wir für unsere Bevölkerung eintreten.

Herr Kalm's: Auf den ersten Teil des Antrages möchte ich nicht eingehen, sondern mich für den Vorschlag Südel aussprechen. Der zweite Teil, die Einrichtung einer städtischen Schlachtereie, ist ganz ideal gedacht, aber die Verwertung der einzelnen Sachen, wie die Schlachter das müssen, wird sich nicht so leicht machen lassen, wie das von Herrn Stegmann angenommen wird. Wer einigermaßen mit den Fleischverhältnissen vertraut ist, muß sagen, daß es ganz unmöglich ist, solche Schlachtereie von einer städtischen Behörde einzurichten; ich möchte mich deshalb dagegen aussprechen. Dabei will ich aber eine andere Sache erwähnen. Daß eine gewisse Notlage vorhanden ist, steht fest, und die Stadt könnte eine Selbsthilfe in dieser Zeit sehr wohl gebrauchen und zwar in der Einrichtung eines Viehhofes. Ich habe bedauert, daß der Magistrat seinerzeit den Antrag so kurzer Hand abgelehnt hat auf die Aussage des landwirtschaftlichen Zentralvereins hin. Ich war damals in der betreffenden Versammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins zugegen und habe bedauert, daß nicht ein Vertreter des Magistrates anwesend war, um zu hören, was der Referent aus Berlin über die Einrichtung eines Viehhofes gesagt hat. Die Fleischerinnung ist zur Beurteilung der Frage nicht zugezogen worden, obgleich sie sich diesbezüglich mit einem Gesuche an den Magistrat gewandt hatte. Das wird nicht mit bestimmter Absicht geschehen sein, sondern mehr deshalb, weil die eingezogenen Informationen nicht genügend waren. Sonst kann ich mir nicht denken, daß eine so wichtige Frage, die schon in den meisten Städten gelöst worden ist, hier in der Weise begraben wäre. Der Referent in der Versammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins sagte damals, die Einrichtung eines Viehhofes sei vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus nicht zu verkennen und sei auch für eine Stadt von großer Bedeutung, in erster Linie hinsichtlich des dadurch wachgerufenen Verkehrs, in zweiter Linie aber auch für die betreffenden Abnehmer des Viehes, die das Schlachtvieh auf dem Viehhofe jedenfalls billiger bezögen, als vom Zwischenhändler. Endlich kam er aber zu dem Schluß, daß er sagte, wie sich der Verein zu der Sache einmal stelle, so müsse er die Anlegung eines Viehhofes für Braunschweig verneinen.

In der letzten Zeit hat nun wiederum eine Versammlung des landwirtschaftlichen Zentralvereins stattgefunden, in der eine Vereinbarung mit der Schlachtereieinnung angebahnt werden sollte. Man sieht also in jenen Kreisen die Notwendig-

Zeit einer näheren Verbindung mit den Fleischern ein und diese Verbindung besteht in der Anlage eines Viehhofes. Wir bezahlen hier tatsächlich das Vieh 5 – 6 Mark teurer als in Magdeburg und Hannover. Ich weiß nicht weshalb der Magistrat damals die Frage eigentlich ablehnte, die Kosten konnten doch nicht der Grund sein, da das Schlachthaus sich selbst erhält und es auch jetzt wieder so vorzüglich gearbeitet hat, daß es 15000 Mark Ueberschuß ergeben hat. Die Fleischerinnung wünscht die Einrichtung eines Viehhofes und die Stadt lehnt sie ab; ich möchte deshalb nochmals die Bitte aussprechen, ob es nicht möglich ist, zu dieser Sache von neuem Stellung zu nehmen. Ich bitte den Magistrat, meinem früheren Antrage nochmals näherzutreten, um wenigstens alles zu tun, was wir zur Vinderung der hohen Fleischpreise tun können.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es könnte den Anschein erwecken, als ob der Magistrat in dieser Angelegenheit dem Antragsteller gegenüber nicht die schuldige Rücksicht beobachtet hätte. Es handelte sich damals gar nicht um die Einrichtung eines städtischen Viehhofes, sondern eines städtischen Fettviehmarktes. Es ist damals auch von Herrn Kalms nichts darüber gesagt worden, daß dabei an einen Viehhof gedacht wäre. Es war natürlich nicht ausgeschlossen, daß dieser sich erst später daraus entwickeln würde. Wenn nun jetzt plötzlich die Einrichtung eines Viehhofes als gleichbedeutend mit dem früheren Antrage angesehen wird, so geht daraus hervor, daß damals diese Absicht von Herrn Kalms nicht vollständig zum Ausdruck gebracht worden ist. Wegen der Einrichtung von Viehmärkten sind inzwischen wieder Verhandlungen zwischen der Schlachterinnung, der Deputation und den übrigen Beteiligten in Gang gebracht worden und auch der landwirtschaftliche Zentralverein hat begeschlossen, deswegen einen besonderen Ausschuß einzusetzen. Ich möchte nicht, daß die Grundlage unserer heutigen Verhandlungen verschoben würde, aber ich wollte doch Herrn Kalms erwidern, daß seine heutigen Mitteilungen nicht ganz den Tatsachen entsprechen.

Herr Kalms: Ich habe seinerzeit den Antrag auf Einrichtung von Fettviehmärkten an zwei Tagen der Woche und zwar in Form eines Viehhofes im Schlachthause gestellt und begründet.

Herr Wesemeier: Es ist nicht richtig, daß man die Zollgesetzgebung jetzt nicht ändern kann. Denken Sie nur die paar Jahre zurück, als der jetzige Zolltarif eingeführt wurde, wie unter dem Druck der Geschäftsordnung alle Parteien im Reichstage danach strebten, ihren Raub in Sicherheit zu bringen. Seit dem Inkrafttreten des Zolltarifs ist alles teurer geworden, es gibt auch nicht einen einzigen Gegenstand, der nicht durch die Einführung von Zöllen verteuert wäre. Das Reich brauchte Mittel, und dabei suchten die Herren vom Großgrundbesitz und von der Industrie einen Teil der Zölle in die Tasche zu schieben. Wenn aber durch eine Zollgesetz-

gebung namentlich die kleineren Stände zu leiden haben — alle Innungen erklären ja jetzt, daß sie ihre Preise erhöhen müssen —, so wäre es notwendig, daß solche Zollgesetzgebung aufgehoben wird. Der Reichskanzler von Caprivi hat seinerzeit selbst gesagt, daß ein Schutzoll von 5 Mark auf Getreide nur etwa 25 % der Landwirte zum Vorteil gereiche. Noch ein kleines Beispiel: Der Graf von der Schulenburg-Sehlen hat in Königsutter einem unserer Freunde privatim ausdrücklich erklärt, daß seiner Ueberzeugung nach die kleinen Landwirte keinen Vorteil von den Zöllen haben, öffentlich ist der Herr Graf natürlich anderer Meinung gewesen. Wenn man aber selbst von seiten der Regierung erklärt, daß von den Zöllen sovielen Landleute keinen Vorteil haben und wenn konstatiert wird, daß nur ein kleiner Bruchteil Vorteil davon hat, so ist doch wirklich keine Ursache vorhanden, dafür einzutreten, daß solche Gesetze bestehen bleiben. Der Bund der Landwirte hat in diesen Tagen ein Flugblatt herausgegeben, in dem mit Zahlen in einer Weise jongliert wird, daß es garnicht schlimmer gemacht werden kann. Es heißt dort z. B., daß in England das Pfund Fleisch viel teurer sei, als in Deutschland. Mit solchen Mitteln arbeiten die Herren, welche einen großen Nutzen davon haben, dahin, daß die jetzige Zollgesetzgebung aufrecht erhalten wird.

Ich bin auch mit hiesigen Fleischermeistern in Verbindung getreten und habe sie gebeten, mir zu sagen, ob die hiesigen Viehhändler den Preis des Viehes so gewaltig erhöhten, wie es von agrarischer Seite immer behauptet werde. Darauf wurde mir erwidert, das wäre nicht so schlimm, denn wenn ein Händler auf ein Stück Großvieh einen Verdienst von 3 bis 4 Mark habe, so könnte ein solcher Betrag bei Bemessung der Fleischpreise nicht in Betracht kommen. Die Fleischermeister erklärten, daß sie nicht imstande seien, das Vieh außerhalb selbst so billig einzukaufen, wie es der Händler ihnen beschaffte, aber von den Bauernbündlern und den Vertretern der Großlandwirtschaft und von der Regierung werden solche Gründe ins Feld geführt, um den Verdacht von sich abzulenken, daß sie die Nahrungsmittel verteuerten. Wie man gegenüber solchen Verhältnissen noch sagen kann, daß es nicht möglich sei, unsere Zollgesetzgebung aufzuheben, verstehe ich nicht. Es wird allerdings Komplikationen mit dem Auslande geben, und es werden sich mit den auswärtigen Ländern gewisse Schwierigkeiten herausstellen, aber bei einigermaßen gutem Willen ließe es sich wohl einrichten, daß die deutsche Bevölkerung unter der ungeheuer großen Not nicht noch länger zu leiden hätte. Nehmen Sie also auch den zweiten Teil des Antrages Stegmann an. Die Zölle verteuern vor allen Dingen die Nahrungsmittel.

Die Besprechung wird hiermit geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Dabei erklärt sich die Versammlung mit der Zurückweisung des ersten Teiles des Antrages in der von Herrn Schöttler vorgetragenen abgeänderten Form an die Statutenkommission einverstanden und lehnt den zweiten Teil des Antrages ab.

V. Unterstützungen an das Schwesternhaus vom Roten Kreuz.

Der Magistratsvorlage vom 5. Februar 1906, betreffend die finanzielle Unterstützung des Schwesternhauses vom Roten Kreuz durch Gewährung eines zweiten Hypothekendarlehens von 160 000 Mark und festen jährlichen Zuschüssen von zusammen 11 700 Mark hatte die Versammlung in der Sitzung vom 15. Februar d. J. — Seite 487 des Berichts — unter der Bedingung zugestimmt, daß der Staat einen Zuschuß von jährlich 6000 Mark leiste und das Schwesternhaus vom Roten Kreuz statt 25 Betten deren 50 der Stadt zur Verfügung stelle.

Die letztere Bedingung zu erfüllen ist die genannte Stiftung bereit. Dagegen hat Herzogliches Staatsministerium erklärt, daß es sich zu seinem Bedauern nicht in der Lage sehe, einen staatsseitigen Zuschuß von 6000 Mark zu gewähren, vielmehr einen Beitrag von jährlich höchstens 3000 Mark aus dem Fonds für gemeinnützige Zwecke unter der Bedingung in Aussicht stellen könne, daß die nötigen Mittel zur Verfügung ständen.

Hiernach war der Magistrat nicht in der Lage, dem Schwesternhause die erbetene Hilfe zu gewähren, mußte aber auch andererseits Bedenken tragen, der Versammlung zu empfehlen, auf die Erfüllung der vorgedachten Bedingung betreffend Zahlung eines Staatszuschusses zu verzichten. Er hielt vielmehr für zweckmäßig, einstweilen den Verlauf von Verhandlungen abzuwarten, die auf eine Erhöhung der notorisch die Selbstkosten nicht deckenden Pflegefälle in den hiesigen Krankenhäusern abzielten und daher wohl geeignet waren, eventuell auch eine finanzielle Kräftigung des Schwesternhauses vom Roten Kreuz herbeizuführen.

Nachdem nun aber inzwischen auch diese Verhandlungen ergebnislos geblieben sind, hat das Schwesternhaus sein früheres Gesuch erneuert, allerdings mit dem Bemerken, daß das Ergebnis seiner letzten Betriebsrechnung (1905/06) und ebenso der vorläufige die Zeit vom 1. April bis 30. September d. J. umfassende Abschluß ein verhältnismäßig günstiger gewesen sei.

Unter Bezugnahme auf diese Abschlüsse weist der Magistrat darauf hin, daß, während die Jahresrechnung für 1905/06, welche die bisherigen festen Zuschüsse der Stadt mit 4200 Mark enthält, mit einem Fehlbetrage von nur noch 416 M 89 S abschließt, der vorläufige Abschluß für die erste Hälfte des laufenden Jahres rechnungsmäßig einen Ueberschuß von 5434 M 17 S ergibt, obwohl die vorgedachten Zuschüsse noch nicht gezahlt und außerordentliche Zuwendungen (Geschenke) nicht in Einnahme gestellt sind. Einschaltend wird dabei bemerkt, daß der feste Zuschuß von 3000 Mark, der seinerzeit für die Bereitstellung von 25 Betten vereinbart ist, in den diesjährigen städtischen Voranschlag in der Erwartung nicht wieder eingestellt ist, daß der höhere Zuschuß (10 500 Mark) seitens der Versammlung werde bewilligt werden.

So erfreulich nun auch die sich aus den vorgelegten Abschlüssen ohne Frage ergebende Besserung der finanziellen Verhältnisse des Schwesternhauses für jeden sein muß, der die Erhaltung der segensreich wirkenden Anstalt für dringend wünschenswert erachtet, so werden doch die Betriebsergebnisse die unausbleibliche Folge haben müssen, daß die Unterstützungsfrage anderweit geregelt wird. Das Vorgehen der Stadt hatte lediglich den Zweck, die dauernde Unterhaltung des Krankenhauses des Schwesternhauses vom Roten Kreuz zu sichern und wie der widerrufliche Zuschuß von 10500 Mark, wenn er bewilligt wäre, ohne Frage beim Schwinden des Defizits ermäßigt sein würde, so liegt jetzt nach der Ansicht des Magistrates kein genügender Grund mehr vor, im voraus diesen Zuschuß zu bewilligen.

Er hält jetzt vielmehr für zweckmäßig, nunmehr in der Weise zu verfahren, daß

- a. das erbetene Hypothekdarlehn von 160000 Mark unter den früher festgestellten Bedingungen (Eintragung unmittelbar hinter der I. Hypothek von 140000 Mark; Verzinsung mit $3\frac{1}{2}\%$ und Amortisation mit $1\frac{1}{2}\%$ und den ersparten Zinsen) gewährt wird.
- b. das Schwesternhaus vom Roten Kreuz für das laufende und die folgenden Jahre die früher schon bewilligten festen Zuschüsse von 1200 Mark und bezw. 3000 Mark erhält; daß aber
- c. weitere Zuschüsse im voraus nicht bewilligt werden, vielmehr von den städtischen Behörden lediglich die Zusicherung erteilt wird, daß sie gewillt seien, das Schwesternhaus in seinem Bestreben, sein Krankenhaus im Betriebe zu erhalten, nach Kräften zu unterstützen und daß sie bereit seien, falls fortan eine Jahresrechnung mit einem Fehlbetrage abschließen sollte, diesen aus städtischen Mitteln unter der Voraussetzung zu decken, daß die Betriebsausgaben des abgelaufenen einzelnen Rechnungsjahres von den städtischen Behörden für gerechtfertigt werden erklärt werden; die Zahlung eines stadtseitigen Zuschusses wird überdies aber nur in der Erwartung in Aussicht zu stellen sein, daß auch der Staat einen angemessenen Zuschuß zahlen werde.

Einmalige größere Aufwendungen für Neubauten und dergleichen würden hierbei selbstverständlich unberücksichtigt bleiben müssen.

Durch eine solche Zusicherung würde im Hinblick auf das von den städtischen Behörden bislang dem Schwesternhause erwiesene Entgegenkommen schon jetzt das wünschenswerte Resultat erzielt werden, daß der Leitung der Stiftung die leidige Sorge um die Möglichkeit der Erhaltung des Krankenhauses abgenommen werden würde, daß aber andererseits auch der Stiftungsvorstand sich nur zu solchen Aufwendungen entschließt, die zur ordnungsmäßigen Erhaltung seines Unternehmens als erforderlich oder wenigstens zweckdienlich zu erachten sind.

Daß ungeachtet dieser geänderten Stellungnahme die unter 4 der Vorlage vom 5. Februar d. J. gestellten Bedingungen und ebenso die seitens der Versammlung gestellte Bedingung (Bereitstellung von 50 statt 25 Betten) seitens des Schwesternhauses zu erfüllen sein würden, wird für selbstverständlich erachtet.

Der Magistrat gibt anheim,

ihn zu ermächtigen, nach Maßgabe der vorstehend gemachten Vorschläge zu verfahren.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Fiedel: Die Kommission empfiehlt Ihnen, von der ursprünglich dem Staate gegenüber gestellten Bedingung abzusehen und unter den gegebenen Verhältnissen einverstanden zu sein, wenn der Staat auch nur 3000 M. jährlich zuschieße. Aus dem dem Magistrate zugegangenen Rechnungsmateriale einen Schluß ziehen zu wollen auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Schwesternhauses zum Roten Kreuz, ist nicht angezeigt. Wenn die Rechnung von 1905/06 nur einen Verlust von 416,89 M. ergibt, so liegt das mit daran, daß den Einnahmen ein außerordentliches Geschenk von 6000 M. zugeföhrt worden ist, das aus der Veranstaltung eines Bazar's herröhrt. Diese Summe war aber nicht von vornherein für die regelmäßigen Einnahmen des Schwesternhauses bestimmt, sondern sie sollte den Zweck haben, den notleidenden Pensionsfonds des Hauses etwas anzufüllen. Der Betrag durfte deshalb eigentlich hier gar nicht ganz eingestellt werden. Da nun auch irgend welche erheblichen Rückzahlungen auf Schulden und Amortisationen nicht eingerechnet sind, so entspricht das tatsächliche Ergebnis der Abrechnung nicht einem Verluste von 416,89 M., sondern von etwa 10000 bis 14000 M., je nachdem man die Amortisationssumme ansieht. Ebenso ist bei den Ein- und Ausgaben für das erste Halbjahr 1906/07 nicht aus den verhältnismäßig hohen Mehreinnahmen des Krankenhauses zu schließen, daß das zweite Halbjahr dieselben Einnahmen bringen werde. Man kann deshalb auch hieraus nicht den Schluß ziehen, daß die Verhältnisse des Schwesternhauses sich plötzlich so gebessert hätten, wie der Magistrat angenommen hat. Wenn eine kleine Besserung eingetreten ist, so liegt das im wesentlichen daran, daß der Hausarzt von den Krankentassen übernommen ist. Zum guten Teile ist aber der günstige Abschluß darauf zurückzuführen, daß bislang die gesamte ärztliche Hilfe der Herren Dr. Hoffmann und Dr. Strauch unentgeltlich geleistet worden ist. Das ist also nur dem außerordentlich liebenswürdigen Entgegenkommen der beiden Herren zu danken, während sich der Zustand auf die Dauer nicht wird halten lassen. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß sich die Ausgaben des Roten Kreuzes in absehbarer Zeit erheblich steigern werden.

Wenn der Magistrat es noch für zweckmäßig hält, daß das Hypothekendarlehn unter den früher festgestellten Bedingungen gewährt wird, so stimmt die Kommission dem Antrage bei. Was den jährlichen Zuschuß für das Rote Kreuz anlangt, so

ist die Finanzkommission der Ansicht, daß der frühere Beschluß der Versammlung wieder hergestellt werden möchte, wonach dem Schwesternhause nicht nur 4200 M fest und der weitere Zuschuß nach Bedarf, sondern fernerhin 11 700 M fest zugesichert werden. Selbstverständlich ist dieser Zuschuß widerruflich, und die städtischen Behörden sind bei wesentlicher Besserung der finanziellen Verhältnisse des Roten Kreuzes sehr wohl in der Lage, den Zuschuß zu ermäßigen oder zurückzunehmen. Die Einnahme des Schwesternhauses bestehen zum Teil aus dem Ergebnis von Sammlungen und gerade im Jahre 1905/06 sind die Sammlungen recht gut ausgefallen. Wenn aber allgemein bekannt werden sollte, daß die städtischen Behörden, wie es der Magistrat beabsichtigt, sich bereit erklären, die entstehenden Fehlbeträge zu übernehmen, so würden selbstverständlich die bislang eingegangenen Beiträge und voraussichtlich auch die Sammlungen wesentlich zurückgehen. Es erscheint deshalb fraglich, ob nicht die Vorsicht gebraucht werden müßte, den stadtseitigen Zuschuß erheblich höher anzunehmen, als er veranschlagt worden ist. Aber auch im Interesse des Roten Kreuzes würde es nicht wünschenswert sein, wenn die Beiträge aus den Sammlungen zurückgingen. Diese Beiträge werden nicht etwa nur von reichen Leuten zusammengebracht, sondern auch von vielen kleinen Leuten, die entweder Interesse für die Tätigkeit des Roten Kreuzes bekunden, oder sich dankbar für die Tätigkeit der Schwestern zeigen wollen.

Die Finanzkommission beantragt also, in Abänderung der Magistratsanträge unter b und c, die Zusage auf Bewilligung eines Zuschusses von 11 700 M wieder zu erneuern. Die dafür seinerzeit erörterten Gründe, daß die Erhaltung des Krankenhauses auch für die Stadt von großer Bedeutung sei, brauche ich wohl nicht von neuem wieder anzuführen. Diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche seinerzeit die Uebernahme des Krankenhauses auf die Stadt befürworteten, werden heute auch nicht anderen Sinnes geworden sein und werden die beantragte Beihilfe wieder bewilligen. Ebenso ist die Kommission einverstanden, daß der Staat einen Zuschuß von nur 3000 M statt 6000 M gewährt. Es wird also kommissionsseitig die Genehmigung der Magistratsanträge mit der eben bemerkten Aenderung empfohlen.

Herr Jasper: Ich bitte Sie, die Vorlage abzulehnen. Durch die Haltung des Herzoglichen Staatsministeriums ist es uns ermöglicht worden, nochmals zur Besinnung zu kommen, ob wir nicht einen andern Weg einschlagen sollen, um die Verhältnisse des Schwesternhauses vom Roten Kreuz im Interesse der Stadt und der Allgemeinheit überhaupt besser zu gestalten. Schon bei der Beratung der früheren Vorlage sind wir dafür eingetreten, daß derartige Bedürfnisse, wie sie ein Krankenhaus befriedigen soll, nicht durch eine private Einrichtung, nicht durch Bettelpfennige, nicht durch irgend welche milde Stiftung befriedigt werden sollen, sondern daß es Aufgabe und Pflicht der Gemeinde ist, hierfür die nötigen Mittel aufzu-

bringen, und daß diese Einrichtung unter Kontrolle der städtischen Organe durchgeführt wird. Die Mehrheit der Versammlung ist damals der Meinung gewesen, daß die Verhältnisse des Schwesternhauses noch nicht so geregelt seien, um es seitens der Stadt übernehmen zu können; nach den Darlegungen des Herrn Referenten wird Ihnen aber klar geworden sein, daß wir finanziell die Erhalter des Hauses für die Zukunft sein und uns für widerrufliche Zuschüsse aussprechen sollen. Ein derartiger Beschluß wäre, wenn auch rechtlich unverbindlich, doch moralisch sehr verbindlich für die Zukunft; wir würden dadurch nicht vermeiden, was wir vermeiden wollen, und würden lediglich den Nachteil haben, daß wir dort andere auf unsere Rechnung wirtschaften lassen, indem unsererseits eine Kontrolle nur insofern ausgeübt wird, als ein Mitglied des Magistrates im Kuratorium des Schwesternhauses sitzt. Dieses eine Mitglied des Magistrates entzieht sich aber einerseits der Kontrolle der Versammlung, während es andererseits auch nur eine geringe Minderheit unter den übrigen Mitgliedern des Kuratoriums bildet.

Wenn wir aber die Träger der ganzen Einrichtung des Schwesternhauses sein sollen, so müssen wir auch die ganze Einrichtung selbst in die Hand nehmen. Der damals dagegen angeführte Grund, daß wir die jetzige Einrichtung beibehalten müßten, um die Ausbildung der Schwestern zu fördern, kann nicht als stichhaltig anerkannt werden, einmal, weil das nicht Aufgabe einer Gemeinde sein kann und außerdem, weil es sich auch im städtischen Krankenhaus würde machen lassen. Ich möchte also bitten, die Vorlage rundweg abzulehnen und sich mit dem Herzoglichen Staatsministerium nicht auf ein solches Handelsgeschäft einzulassen. Erst verlangen wir vom Staatsministerium einen Zuschuß von jährlich 6000 M und als es den nicht leisten will, sollen wir uns auch mit einem Zuschusse von 3000 M zufrieden geben.

Herr Frühling: Ich will heute nicht darauf eingehen, inwieweit eine stadtseitige Unterstützung des Roten Kreuzes für notwendig erachtet werden muß, da wir diesen Punkt schon in der vorigen Sitzung ausreichend besprochen und einen entsprechenden Beschluß gefaßt haben. Heute handelt es sich nur darum, den voriges Mal gefaßten Beschluß, der an die Bedingung geknüpft war, daß der Staat einen Zuschuß von jährlich 6000 M leisten sollte, auch dann aufrecht zu halten, wenn dieser Zuschuß nur in Höhe von 3000 M geleistet wird. Meiner Ansicht nach kann der frühere Beschluß aber der 3000 M wegen nicht abgeändert werden. Wir haben ja immer die Möglichkeit, den Zuschuß wieder zurückzuziehen, brauchen also keinen Anstand zu nehmen, den Magistratsantrag zu genehmigen. Wenn damals unser Beschluß nicht an diese Bedingung geknüpft wäre, würde die ganze Sache heute erledigt sein, und wenn wir heute unsern Beschluß wieder an solche Bedingung und Voraussetzung knüpfen, so sind wir wieder auf demselben

Punkte angekommen, auf dem wir voriges Mal standen. Daß dieser Standpunkt nicht vorteilhaft gewesen ist, geht schon daraus hervor, daß wir auf die Sache heute wieder zurückkommen mußten. Ich beantrage daher, die Magistratsvorlage nach dem Vorschlage der Kommission anzunehmen, aber ohne die daran geknüpfte Bedingung, daß auch der Staat etwas geben müsse.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will auf die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper nicht näher eingehen, weil alle jene Einwendungen schon in der vorigen Sitzung vorgebracht und widerlegt worden sind, neue Momente aber nicht dazu gekommen sind. Ich möchte nur darauf hinweisen, ob es nicht richtiger wäre, wenn über die Bewilligung der einzelnen Summen getrennt abgestimmt würde. Es wäre nämlich denkbar, daß sich wohl eine Mehrheit für die Herleihung des Hypothekendarlehens, nicht aber auch für die Bewilligung des ganzen Zuschusses von 11 700 M. fände. Wenn die Vorlage jetzt abgelehnt würde, so würde das Rote Kreuz bis zum Schlusse des Rechnungsjahres gar nichts bekommen; ich möchte deshalb anheimgeben, über die einzelnen Teile der Vorlage getrennt abzustimmen. Wenn die Versammlung, entgegen dem Vorschlage des Magistrates, bereit sein würde, den höheren Zuschuß von 11 700 M., also neben den beantragten 4200 M. noch 7500 M. jährlich fest zu bewilligen, so kann ich das Einverständnis des Magistrates dazu in Aussicht stellen. Der Magistrat würde es auch mit Freuden begrüßen, wenn die Bedingung wegen des Zuschusses der Regierung fallen gelassen würde, denn so, wie die Kommission den Antrag jetzt gefaßt hat, würde der Magistrat gar nichts zahlen können, nicht einmal das Hypothekendarlehn, sofern die Regierung einen Zuschuß überhaupt ablehnen sollte. Meines Wissens ist aber die baldige Hingabe des Hypothekendarlehens sehr notwendig, während andererseits die Stadt augenblicklich in der Lage ist, über die nötigen Mittel zu verfügen.

Herr Hauswaldt: Ich hatte auch erst angeregt, die Sache bei der Abstimmung so zu teilen, wie es der Herr Oberbürgermeister eben anheimgegeben hat, jedoch habe ich nach entsprechender Belehrung eingeesehen, daß es doch nicht richtig sein würde, in der Weise vorzugehen. Es handelt sich hier um eine einheitlich zusammenhängende Vorlage zum Zwecke der Unterstützung des Roten Kreuzes, und es ist halbe oder gar keine Hilfe, wenn wir nur einen Teil der Vorlage ausführen. Herrn Dr. Jasper möchte ich noch erwidern, daß die Kontrolle der Versammlung jedes Jahr von neuem durch unsern Etat vorgenommen wird. Der Zuschuß steht im Etat und wir wären schlechte Stadtverordnete, wenn wir uns nicht alljährlich vergewisserten, ob die Summe auch noch nötig ist. Ich gehöre nicht zur Verwaltung des Roten Kreuzes, aber ich habe mich mit der Sache befaßt und weiß, daß die Genehmigung unserer Vorlage dringend notwendig ist. Die Idee des Herrn Jasper — stadtseitige Uebernahme des Krankenhauses — wäre mir sehr sympathisch, nur müssen Sie sich darüber keinem Zweifel hingeben, daß dadurch

momentan eine Ausgabe von 50 000 bis 60 000 M und außerdem eine jährliche Mehrbelastung von 15 000 bis 20 000 M für die Stadt entstehen würde. Wenn ich aber vor die Frage gestellt werde, ob ich dem Steuerzahler 20 000 M jährlich ersparen soll oder nicht, so sehe ich wirklich nicht ein, weshalb ich ihm aus rein theoretischen Bedenken die 20 000 M aufbürden soll. Obwohl wir wohl hoffen dürfen, daß die Regierung nach wie vor einen Zuschuß von 3000 M leisten wird und wir deshalb dem Antrage Frühling beipflichten könnten, so müßte ich es doch für eine Ungerechtigkeit halten, wenn die Regierung nicht anerkennen wollte, daß sie an erster Stelle an der Erhaltung des Roten Kreuzes interessiert sei. Eigentlich müßte von seiten des Reiches für jede Rotkreuzschwester ein Jahreszuschuß gegeben werden, was auch wohl geschähe, wenn die Militärverwaltung nicht so ungeheuer knapp an Geldmitteln wäre. Da aber das Reich nicht eintreten kann, so würde es eine Ungerechtigkeit sein, wenn nicht wenigstens der Staat dafür einträte. Ich fürchte, wenn die Bedingung wegen eines Zuschusses des Staates in Höhe von 3000 M nicht an unsere Bewilligung geknüpft wird, daß dann das Herzogliche Staatsministerium, dessen Neigung auf kirchlichem Gebiete in einer anderen Richtung liegt, die 3000 M wird sparen wollen. Betrachten Sie die Vorlage als ein einheitliches Ganze, da jedes Abbröckeln die Sache nur schädigen kann.

Vorsitzender: Ich möchte auch sagen, daß wir ein ideales Interesse an der Zahlung der 3000 M seitens des Staates haben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich erkenne den Einwand sehr wohl an und ich möchte nur verhüten, daß die ganze Sache daran scheitert, da ich fürchte, daß das Herzogliche Staatsministerium die Erklärung nicht abgeben wird, dauernd 3000 M im Jahre an das Rote Kreuz zahlen zu wollen. Nach der Fassung des Antrages der Finanzkommission muß ich aber annehmen, daß die Herbeiführung solcher Erklärung Absicht der Kommission gewesen ist. Das Herzogliche Staatsministerium hat auf unsern Bericht geantwortet, daß es nicht in der Lage sei, solche Verpflichtung dauernd zu übernehmen, daß es aber für das laufende Jahr 3000 M in Aussicht stelle. Ob also später überhaupt noch ein Zuschuß gezahlt werden wird, weiß man nicht. Wir müßten demnach bei Durchführung des Kommissionsantrages alljährlich, bevor wir den Zuschuß in den Etat einstellen, erst beim Staatsministerium anfragen, ob es auch bereit ist, die 3000 M im neuen Jahre wieder zu zahlen. Wenn dann das Herzogliche Staatsministerium einmal erklärt, es könnte noch nicht übersehen, ob es den Zuschuß leisten werde, so können wir ebenfalls nicht zahlen. Wir würden dann das Schwesternhaus nicht unterstützen können. Nichts liegt mir ferner, als die 3000 M schießen zu lassen, aber was wir nicht verlangen können, sollen wir auch nicht zur Bedingung machen.

Was die Teilung der Vorlage bei der Abstimmung betrifft, so will ich mit meinem Vorschlage nur verhüten, daß die ganze Vorlage fällt, sofern sich eine

Majorität für den vollen Beitrag nicht finden sollte. Wenn daher die Finanzkommission über den vollen Zuschuß abgestimmt zu sehen wünscht, so möchte ich ihr empfehlen, den Eventualantrag einzubringen, daß über die einzelnen Teile der Vorlage abgestimmt wird, sofern die Versammlung den ersten Antrag ablehnen sollte.

Vorsitzender: Es empfiehlt sich vielleicht, die Bedingung der Zahlung von 3000 M seitens des Herzoglichen Staatsministeriums in eine Erwartung auf Zahlung dieser Summe abzuändern.

Herr Födel: Ich glaube, daß die Finanzkommission mit dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden einverstanden sein wird. Meiner Ansicht nach würden die großen Segnungen, die dem Lande und auch der Stadt Braunschweig durch die Ausbildung der Schwestern im Roten Kreuz erwachsen, mit der Übernahme des Krankenhauses in städtische Verwaltung einfach wegfallen. Die Erfahrung bei einer größeren Anzahl von Krankenhäusern hat bewiesen, daß solche Ausbildung bei einer städtischen oder staatlichen Anstalt nicht möglich ist, sondern daß solche Anstalt von einer Oberin geleitet sein muß.

Sachlich habe ich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Abstimmung nach dem Wunsche des Herrn Oberbürgermeisters geteilt wird, aber aus meiner Kenntnis der Verhältnisse des Roten Kreuzes kann ich erklären, daß bei Nichtbewilligung der höheren Zuschußsumme das Schwesternhaus nicht existenzfähig ist und daß ich beantragen würde, die Tätigkeit einzustellen, da eine weitere Erhöhung der kolossalen Schuldenlast des Roten Kreuzes ganz unmöglich ist.

Herr Nolte: Ich möchte mich dem Antrage Frühling anschließen und bitten, falls die Versammlung diesen ablehnt, der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters zu folgen und die Bedingung der Zahlung von 3000 M seitens des Staates nur an den Punkt 3 der Magistratsanträge zu knüpfen. Wie ich schon in der Finanzkommission ausführte, weiß ich nicht recht, wie ich mir die Bedingung denken soll. Wenn das Ministerium sagt: wir sichern einen Zuschuß von 3000 M jährlich zu, sofern die Mittel dazu vorhanden sind — und mehr kann das Ministerium kaum sagen — so weiß ich nicht, ob der Magistrat daraufhin das Darlehn auszahlen kann oder nicht. Jedenfalls ist der Magistrat dabei in einer üblen Lage. Deshalb möchte ich anheimgeben, die Bedingung wenigstens nicht an die beiden ersten Punkte zu knüpfen.

Ferner will ich ebenfalls noch darauf hinweisen, daß eigentlich das Reich verpflichtet wäre, das Rote Kreuz zu unterstützen und daß auch schon Verhandlungen in dieser Richtung gepflogen werden. Dabei haben auch die höchsten Spitzen des Reiches anerkannt, daß das Reich am Roten Kreuz nicht nur außerordentlich interessiert, sondern auch moralisch verpflichtet sei, für seinen Unterhalt zu sorgen, daß es indessen dieser Pflicht zurzeit noch nicht entsprechen könne und daher großen

Wert darauf lege, daß die Einzelstaaten und die Stadtgemeinden es unterstützen. Diese Verhandlungen sind zurzeit noch im Gange.

Herr Wesemeier: Wir sind gewiß die letzten, die versuchen wollten, an solchen Ausgaben zu sparen, die für die Heilung von Kranken bestimmt sind. Wenn man aber mit Zahlen operiert, wie sie die Vorlage enthält, so muß man doch sagen, die Vorlage ist nicht derartig begründet, daß sie der Zustimmung wert wäre. Der Magistrat macht uns hier eine Vorlage, nach der der Stand des Roten Kreuzes ein so vorzüglicher ist, daß eigentlich nicht einmal die Ausgabe der unter b erwähnten 4200 M notwendig erscheint, und die Finanzkommission erklärt nun, der Bericht des Magistrats sei zu schön gefärbt und zwar so schön, daß er nicht als Unterlage zur Beurteilung der Finanzlage des Roten Kreuzes benutzt werden könne, indem das Krankenhaus unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse nicht ein Defizit von 417 M, sondern von 17 000 bis 18 000 M habe. (Herr Fiedel: Ich habe 10 000 bis 14 000 M gesagt.) Ganz recht, aber mit den schon gezahlten 4200 M kommt die Summe heraus. Wenn uns gegenüber mit solchen Zahlen operiert wird, so können wir unmöglich auf die Vorlage eingehen. In der Sitzung vom 18. Februar d. J. wurde erklärt, das Krankenhaus ließe sich nicht halten, wenn nicht stadtseitig die 11 700 M zugesprochen würden. Dabei hat allerdings Herr Oberbürgermeister Metemeyer gebeten, an die Bewilligung der Zuschüsse nicht die Bedingung zu knüpfen, daß auch der Staat einen Zuschuß von 6000 M jährlich leiste. Wenn nun dem gegenüber heute erklärt wird, es sei eigentlich nicht einmal nötig, die 11 700 M zu gewähren, auch brauchte man die 3000 M des Staates nicht, so weiß ich nicht, was man zu einem solchen Finanzgebaren sagen soll. Wir ist es ganz unmöglich, einer so unklaren Sache zuzustimmen. Das Ministerium ist viel vorsichtiger in dieser Sache und hat nicht einmal die lumpigen 6000 M für das Krankenhaus übrig, wogegen die Stadt kurz entschlossen das Geld hergeben will. Wenn dann im nächsten Jahre eine noch größere Summe fehlt, so müssen wir sie auch decken (Widerspruch). Das Ministerium sagt sich, laß die Stadt nur dafür sorgen, und es hat dabei nicht so unrecht. Wir lehnen also die Vorlage nicht ab, weil uns das Geld zu viel ist, denn wir sind an dem Ausbau solcher Krankenanstalten ebenso interessiert wie Sie, sondern weil wir es nicht verantworten können, daß uns keine Uebersicht über die Finanzgebarung des Instituts gegeben werden kann und den Stadtverordneten jede Kontrolle über die finanziellen Verhältnisse der Anstalt fehlt, die Stadt auch besser täte, das Krankenhaus in eigene Verwaltung zu übernehmen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Die Begründung der Ablehnung der Vorlage durch Herrn Wesemeier kann unmöglich als zutreffend erachtet werden. Sollte die Versammlung wirklich eine Kontrolle über die Finanzgebarung des Schwesternhauses ausüben wollen, so wird der Magistrat ihr gern die ganzen Rech-

nungen zur Prüfung vorlegen. Das Rote Kreuz ist nicht die einzige Stiftung in der Stadt, die in dieser Weise vorgeht, auch andere Stiftungen sind auf dem Gebiete der öffentlichen Wohltätigkeit unter der Kontrolle des Magistrats tätig. Wenn die Versammlung dabei mit helfen will, werden ihr die Rechnungen gern vorgelegt werden.

Herr Koch: Es wäre betäubend, wenn das Schwesternhaus durch solche Kleinigkeiten zugrunde gehen sollte. Wer sich von der Tätigkeit der Rote Kreuz-Schwester überzeugen will, möge nur einmal nach dem städtischen Krankenhaus gehen. Ich habe dort mit großer Freude wahrgenommen, in wie liebevoller Weise sich dort die Schwestern der armen, unglücklichen Kranken angenommen haben. Ohne die Schwestern ließe sich das gar nicht machen. Sie sprechen den unglücklichen Kranken Trost zu und flößen ihnen neuen Hoffnungsschimmer ein. Wir müssen daher unbedingt die beantragten Beiträge leisten.

Herr Südel: Ich kann es Ihnen nicht verdenken, wenn Sie etwas erstaunt darüber sind, daß die in der Vorlage gegebenen Zahlen nicht richtig sein sollen. Tatsächlich sind die Zahlen aber richtig. Es handelt sich dabei um eine einfache Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben. Daß solche Zusammenstellung aber nicht als Unterlage für die Beurteilung der finanzwirtschaftlichen Lage des Roten Kreuzes dienen kann, weiß jeder, der in der Lage ist, eine Bilanz anzufertigen. Es ist hier nur unterblieben, die Zahlen ordnungsmäßig untereinander zu stellen. Das ist ein menschlicher Fehler, der sich entschuldigen läßt, und ebenso ist es erklärlich, daß der Magistrat die Zahlen als Unterlagen benutzt hat. Es sind also Fehler gemacht, aber die Fehler sind auch wieder gut gemacht. Die von mir genannten Zahlen sind die richtigen. Es fehlen dem Roten Kreuz etwa 7000 M., jedoch muß man berücksichtigen, daß dabei die nötige Auffüllung des Pensionsfonds, die Rückzahlung der Schulden zc. nicht einbegriffen sind. Wenn Sie daher die 7500 M. nicht bewilligen wollten, so wäre das Rote Kreuz nicht mehr existenzfähig. Die Versammlung ist alle Jahr in der Lage zu sagen, der Zuschuß ist in der Höhe nicht mehr nötig, wir setzen ihn daher herab; wir binden uns also nicht für ewige Zeiten, sondern nur für ein Jahr. Auch sind wir damit einverstanden, daß das Wort „Bedingung“ gestrichen und dafür gesetzt wird, „unter der festen Zuversicht“.

Tatsächlich ist der Staat im höchsten Maße bei dem Roten Kreuz interessiert, nicht nur wegen der Verwendbarkeit der Schwestern im Kriege, sondern auch wegen ihrer Tätigkeit in den einzelnen Gemeinden des Landes. Ich kann nicht sagen, wieviel Stationen im Lande vorhanden sind, jedenfalls sind es eine ganze Menge; 80 Schwestern sind von der Anstalt bereits ausgebildet und weit über die Hälfte davon sind draußen im Lande tätig.

Herr Jasper: Herr Koch hat es für nötig gehalten, ein besonderes Loblied auf die Tätigkeit der Rote Kreuz-Schwester zu singen. Ich weiß nicht, ob er

besonders dabei interessiert ist, da ich nicht genügend vertraut mit den Verhältnissen bin, aber es steht doch wohl fest, daß hier niemand die Tätigkeit der Schwestern angegriffen hat und niemand deren Tätigkeit beseitigt wissen will; Herr Koch verkennt daher vollkommen den Grund unserer Stellungnahme.

Es ist mir auch der Vorwurf gemacht worden, daß ich keine neuen Gründe für meinen ablehnenden Standpunkt angeführt habe; ich habe das nicht getan, weil mir die allgemeinen Gründe ausschlaggebend genug waren. Diese allgemeinen Gründe werden aber unterstützt durch zwei neue Gründe, die ich noch anführen möchte, nämlich einmal durch die eigenartige Rechnungsmethode, die wir von seiten des Schwesternhauses kennen gelernt haben und die nicht dafür spricht, daß dessen Verwaltung so besonders zuverlässig ist, und der es nicht darauf ankommt, ihre Verhältnisse mal schwarz, mal rosig zu malen. Ich bin darauf nicht eingegangen, weil ich einem Wunsche der Finanzkommission folgen wollte, nicht in eine Kritik der Rechnung einzutreten. Wenn es aber vielleicht zweifelhaft sein konnte, ob es wirtschaftlich besser wäre, dem Ideale zur Verwirklichung zu verhelfen, daß die Gemeinde das Krankenhaus übernehme, oder diese private Anstalt auf Kosten der Gemeinde zu erhalten, so ist jetzt dabei zu berücksichtigen, daß finanziell ein viel größeres Opfer gebracht werden muß. Es mag Ihnen gering erscheinen, ob 3000 M oder 6000 M zu zahlen sind, aber es muß dabei berücksichtigt werden, daß es sich um eine jährliche Zuwendung handelt und daß, wenn der Zuschuß von Staats wegen wegsallen sollte, der Zuschuß der Stadt immer größer wird, da die wirtschaftlichen Verhältnisse des Roten Kreuzes sich nicht bessern. Wenn wir stadtseitig jährlich einen Zuschuß von 3000 M mehr aufbringen müssen, so bedeutet das schon ein Kapital von 75000 M oder eine kapitalisierte Differenz gegen die frühere Vorlage von 150000 M.

Herr Hauswaldt sagte denn auch, wir könnten uns alljährlich eine Kontrolle des Ausgabepostens verschaffen, aber man weiß ja, wie es mit derartigen Etatspositionen geht: wenn sie lange Jahre im Etat gestanden haben, dann bleiben sie eben darin stehen.

Von einer getrennten Abstimmung bitte ich ganz entschieden abzusehen. Ich muß in diesem Punkte den Ausführungen des Herrn Hauswaldt beipflichten, daß nach den Darlegungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Roten Kreuz der Anstalt nicht durch die eine oder die andere Unterstützung zu helfen ist, sondern nur durch Genehmigung der ganzen Vorlage. Die Trennung bei der Abstimmung hat also keinen Zweck. Wenn aber doch getrennte Abstimmung beliebt werden sollte, so bitte ich, am Schluß über die ganze Vorlage nochmals abzustimmen.

Der Herr Referent will jetzt für das Wort „Bedingung“ die Wendung „in der sicheren Zuversicht“ setzen; ich bin aber mit Herrn Hauswaldt der Meinung, daß wir an der „Bedingung“ festhalten müssen. In der Finanzkommission haben

wir darauf besonderen Wert gelegt und ich weiß nicht, ob der Vorschlag der Finanzkommission ohne weiteres beseitigt werden kann. Setzen wir jetzt ein anderes Wort, so wird von der Regierung überhaupt nichts gezahlt werden.

Herr Kolke: Der Herr Vorredner hat u. a. gesagt, die Rechnungsführung des Roten Kreuzes stände in einem eigentümlichen Lichte. Ich muß das zurückweisen. Der Rechnungsführer erfüllt seine Pflicht im vollen Maße und ich kann mich dieserhalb nur auf das Zeugnis der Herren Füdel und Hauswaldt beziehen. Das ist also eine vollständige Verkenntung der Umstände. Die Zahlen in der Rechnung sind absolut richtig, und der Unterschied liegt darin, daß dem Magistrate nur ein Abschluß über Einnahmen und Ausgaben übersandt worden ist, nicht aber auch eine Bilanz. Nach dem Abschluß, der vollständig richtig ist, findet sich in den Einnahmen eine unerhebliche Vesserung insofern vor, als das Aufkommen aus der Krankenpflege etwas in die Höhe gegangen ist, ohne eine Vermehrung der Ausgaben, so daß das Rote Kreuz zu der Annahme berechtigt zu sein glaubte, mit den in Aussicht gestellten Zuschüssen auch mit einem Zuschusse von nur 3000 M seitens des Staates auszukommen. Wenn ferner Herr Dr. Jasper sagt, es würde jetzt von der Stadt ein höherer Zuschuß verlangt als früher, so entspricht das den Tatsachen nicht, da genau das verlangt wird, was schon in der vorigen Vorlage beantragt war.

Ein Schlußantrag gelangt zur Annahme.

Herr Füdel (als Referent): Die Finanzlage des Roten Kreuzes wird sich nach Tilgung seiner Schulden und der Aufnahme der Hypothek von 160 000 M insofern erheblich verbessern, als sich die Zinsenlast um 2500 bis 3000 M jährlich ermäßigen wird, so daß das Rote Kreuz mit dem Zuschusse der Stadt und den 3000 M vom Staate sich in geregelten wirtschaftlichen Verhältnissen befinden wird, vorausgesetzt, daß die Belegung des Krankenhauses so bleibt, wie sie bislang gewesen ist.

Die Vorlage des Magistrates wird darauf nach dem Antrage der Finanzkommission mit der Aenderung genehmigt, daß die Bewilligung der verschiedenen Summen nicht „unter der Bedingung“, sondern nur „in der sicheren Erwartung“ eines staatsseitigen Zuschusses von 3000 M jährlich beschlossen wird.

Herr Hauswaldt übernimmt den Vorsitz.

VI. Ankauf eines Gartens zur Erweiterung des Armenhausgrundstücks.

Das städtische Armenhaus, Goslarischestraße 47, dient einer größeren Anzahl Hilfsbedürftiger als Aufenthaltssort. Manche der Pflinglinge können wegen Epilepsie, wegen Schwachsinns oder anderer Gebrechen nirgends außerhalb einer Anstalt in angemessener Weise beschäftigt werden, während sie sich unter entsprechender Auf-

sicht und bei Rücksichtnahme auf ihren Zustand noch in der Landwirtschaft mit gärtnerischen Arbeiten u. dgl. nützlich zu machen imstande sind. Sowohl aus diesem Grunde, als auch wegen der Notwendigkeit, den Pflöglingen des Armenhauses, deren Zahl zwischen 60 und 80 schwankt, Gelegenheit zum Aufenthalt und zur Bewegung im Freien zu geben, ist es der lebhafteste Wunsch der Armenverwaltung, das Grundstück des städtischen Armenhauses durch Hinzufügung benachbarter unbebauter Länderei zu vergrößern. Da nun außerdem der landwirtschaftlich genutzte Grundbesitz der Armenanstalten durch Errichtung von Gebäuden verringert ist und noch verringert wird, so hält es der Magistrat mit der Pflegehausdeputation für zweckmäßig, von der sich jetzt bietenden Gelegenheit zur Erweiterung des genannten Grundstücks Gebrauch zu machen.

Die Firma D. Meyersfeld hat nämlich dem Magistrat den hinter dem Armenhausgrundstücke gelegenen bis an die Oker reichenden früher Königsdorfschen Garten, der zu 36,85 a vermessen ist, zu dem als angemessen zu erachtenden Preise von 20 000 M. angeboten. Ihrer Lage und Beschaffenheit nach eignet sich diese Länderei gut dazu, im Zusammenhange mit dem bisherigen Armenhausgrundstücke genutzt zu werden, sie schließt sich an dieses Grundstück so passend an, daß auf sie auch bei baulichen Erweiterungen zum teil sehr wohl zurückgegriffen werden kann. Die Versammlung wird ersucht, sich mit dem Ankauf der betreffenden Fläche einverstanden zu erklären und die Summe von 20 000 M. zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Südel berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

VII. Bewilligung an den Verkehrsverein.

Der hiesige Verkehrsverein gedenkt die Aufmerksamkeit der Fremden durch ein zu beschaffendes Plakat noch mehr als bisher auf Braunschweig zu lenken. Dieses Plakat ist zum Aufhängen in Bahnhöfen, Reisebureaus, Verkehrsbureaus, Lesesälen zc. geplant. Um eine praktische und künstlerische Form dafür zu erhalten, ist ein Preisausschreiben in Aussicht genommen. Das Preisgericht soll gebildet werden aus Vertretern der Stadtverwaltung, der zuständigen Fachreise und des Verkehrsvereins, während die Ausführung durch eine renommierte Kunstanstalt erfolgen soll. Die Kosten werden geschätzt auf rund 200 M. für Vorarbeiten, Annoncen und Porti, auf 800 M. für drei Preise, auf 3000 M. für die Herstellung der Plakate und auf 2000 M. für Versendung und Plakmiete auf einige Jahre, zusammen also auf 6000 M. Da dem Vereine hierzu Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen, nachdem er für einen neuen Führer gegen 5000 M. aufgewendet hat, ersucht er den Magistrat, die Stadt möge ihn bei der demnächstigen Verteilung der Warenhaussteuer die Summe von 6000 M. zur Herausgabe eines solchen Plakats überweisen.

Der Magistrat gibt anheim, vorläufig nur 1000 M zu Zwecken eines Preis-ausschreibens zu bewilligen. Er erkennt die Zweckmäßigkeit der beabsichtigten Reklame an und gibt zu, daß der Verkehrsverein diese Ausgabe aus seiner laufenden Einnahme nicht decken kann. Ueber die Bewilligung weiterer Mittel braucht dann erst nach Erledigung des Wettbewerbes um die Preise Beschluß gefaßt zu werden. Gegen Verwendung der Warenhaussteuer zu diesem Zwecke hat der Magistrat keine Bedenken, da die Hebung des Fremdenverkehrs fast ausschließlich dem Kleinhandel zugute kommt.

Herr Wolters: Die Finanzkommission stimmt dem ersten Teile der Vorlage zu, da sie die beabsichtigte Reklame für passend und zweckmäßig hält. Der zweite Teil der Vorlage, den Betrag aus der Warenhaussteuer zu entnehmen, hat nicht durchgängig die Zustimmung der Kommission gefunden, sie will vielmehr der Versammlung überlassen, darüber zu befinden. In der Kommission wurde aber von dem Herrn Vertreter des Magistrates erklärt, daß magistratsseitig darauf bestanden werde, den Betrag der Warenhaussteuer und nicht etwa der Wohlfahrtskasse zu entnehmen. Dem Antrage wird hiernach eine Folge nur dann gegeben werden, wenn der Betrag der Warenhaussteuer entnommen werden darf. Persönlich möchte ich empfehlen, den Anträgen des Magistrates in vollem Umfange zuzustimmen.

Herr Esborn: Der Herr Berichterstatter hat schon erklärt, daß die Majorität der Finanzkommission dem ersten Teile der Vorlage ihre Zustimmung erteilt habe, indem sie es für richtig halte, daß die Stadt, wenn der Verkehrsverein für sie tätig sein wolle, auch Opfer bringen müsse. Bei dem zweiten Teile — Entnahme des Betrages aus der Warenhaussteuer — hat die Kommission eine Mehrheit nicht erhalten können, da aber die Mittel aus dieser Steuer zur Hebung des Kleinhandels und Kleinhandwerks verwendet werden sollen, so meine ich, daß beides nicht besser gehoben werden kann, als wenn recht viele Fremde nach Braunschweig kommen, die Geld hierher bringen. Damit würde dem gesamten Handel und Gewerbe gedient sein, und ich wüßte keine bessere Verwendung der Warenhaussteuer, als zu diesem Zwecke, ich möchte daher bitten, den Betrag aus der Warenhaussteuer zu bewilligen, zumal wir dort viel mehr Mittel haben, als in der Wohlfahrtskasse. Daß die hiesigen Gewerbetreibenden an dem Verkehrsverein ein großes Interesse haben, geht schon daraus hervor, daß die Mitglieder sich zu mehr als drei Vierteln aus Gewerbetreibenden zusammensetzen.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit der Maßgabe bewilligt, daß der Betrag der Warenhaussteuer entnommen werde.

VIII. Einsetzung einer Deputation für den Kirchenbau zu St. Jakobi.

Es erscheint dem Magistrate wünschenswert, die Beschlußfassung darüber, wie in Sachen der Errichtung einer Kirche für die St. Jakobigemeinde an der

Goslarischenstraße weiter zu verfahren sei, einer Deputation zu übertragen, die abgesehen von dem Chef der städtischen Bauverwaltung bestehen möge aus zwei Mitgliedern des Kirchenvorstandes zu St. Jakobi, aus zwei Mitgliedern des Kirchentaffentkollegiums, aus zwei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und aus zwei Magistratsmitgliedern. Es wird daher anheimgegeben, diesem Vorschlage zuzustimmen und die beiden Mitglieder zu wählen.

Herr Bluth: Die Statutenkommission gibt anheim, den Antrag zu genehmigen und die Herren Frühling und Lübke in die Deputation abzuordnen.

Herr Lübke: Soll die Deputation die Vorbereitung für das Preisausschreiben treffen, oder soll sie nur späterhin für den Kirchenbau tätig sein? Hier- nach müßte ich meine Stellungnahme zu der in Aussicht genommenen Wahl präzisieren insofern, als ich an einem engeren Preisausschreiben mich vielleicht beteiligen könnte, während ich allerdings an einem allgemeinem Ausschreiben, das ich für eine zu gewagte Lotterie halte, nicht teilnehmen würde.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Gerade diese Frage zu beantworten, wurde uns schwer, und wir wollten eine Deputation gern haben, damit sie die Frage kläre. Nach meiner Ansicht soll die Deputation in dieser Richtung bestimmte Vorschläge machen und die einlaufenden Projekte begutachten, ehe die Angelegenheit an die Versammlung kommt. Es könnte allerdings leicht so kommen, daß Herr Lübke als Mitglied der Deputation an dem Konkurrenzausschreiben sich nicht beteiligen könnte, was ich verhüten möchte. Ich würde deshalb empfehlen, Herrn Lübke nicht in die Deputation zu wählen, um von ihm auch einmal einen Entwurf zu bekommen.

Herr Lübke: Unter diesen Verhältnissen möchte ich bitten, mich aus der Deputation fortzulassen.

Vorsitzender: An Stelle des Herrn Lübke ist Herr Bluth in Vorschlag gebracht worden. Sind Sie zunächst damit einverstanden, daß überhaupt eine Deputation eingesetzt wird? Die Frage ist bejaht. — Sind Sie ferner damit einverstanden, daß die Herren Frühling und Bluth in die Deputation abgeordnet werden? Auch dieser Vorschlag ist angenommen worden.

IX. Geschäftsordnungs-Debatte.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Die heutige Tagesordnung kann nicht ganz erledigt werden, weil noch eine reichhaltige Tagesordnung für die vertrauliche Sitzung dringend der Erledigung bedarf. Da außerdem aber noch verschiedene Anfragen und Anträge aus der Versammlung vorliegen, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß bei der Absehung von Magistratsvorlagen auch keinem Stadtverordneten das Recht zusteht, seine Sachen vorweg erledigt zu sehen. Etwas

anderes ist es, wenn die Anfrage zc. eine Angelegenheit betrifft, die noch heute erledigt werden muß. Das ist aber z. B. bei der Anfrage des Herrn Bunge nicht der Fall. Da nun außerdem anzunehmen ist, daß Herr Bunge eine Besprechung der Anfrage beantragen wird, sofern ihm deren Beantwortung nicht passen sollte, so würde sich möglicherweise die Sache sehr lang hinziehen und wir würden selbst die dringlichen Sachen unter den Magistratsvorlagen nicht mehr erledigen können.

Herr Jasper: Nach der Mitteilung des Herrn Vorsitzenden findet vor dem Feste kaum noch eine Sitzung statt. Da mir nun die von Herrn Bunge in Anregung zu bringende Sache als eilig bekannt ist, so möchte ich dringend um deren sofortige Beratung bitten.

Vorsitzender: Wer von den Herren ist für die dringliche Behandlung der Sache? Das ist die Minderheit, die Behandlung wird daher zurückgestellt.

Damit schließe ich die Sitzung.

Dauer von 4 bis 7^{1/2} Uhr.

1906/1907.Nr. 10.

Be richt

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 3. Januar 1907.

Tagesordnung:

I.	Bedachung einiger Bedürfnisanstalten	Seite 302
II.	Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte	„ 302
III.	Einfassung der Reienflächen an der Paulikirche	„ 316
IV.	Antrag Stegmann: Weiterführung der Straßenbahn vor das Augustor	„ 317
V.	Rechnungsabschlüsse der Gaswerke, des Wasserwerks und der Mühlenmühle für 1905/06	„ 318
VI.	Anfrage Bunge: Beschwerden über die Herzogliche Polizeidirektion	„ 323
VII.	Erwerb einer Fläche zur Waterloostraße	„ 328
VIII.	Plattenbelag an der Kajernenstraße	„ 329
IX.	Einrichtung von Wasserflojets auf einem händt. Grundstücke	„ 329
X.	Herrichtung eines Spielplatzes für kleine Kinder	„ 329
XI.	Ankauf eines Grundstücks an der Katharinenkirche u.	„ 330
XII.	Annahme eines Overturnlehrers	„ 341

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner, Lange und Blasius.

Entschuldigt die Herren Bues, Göcke, Möhle, Probst, Ribbentrop, Schöttler und Wolff; später erscheint Herr Meyerhoff.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung und wünscht den Mitgliedern der Versammlung ein glückliches neues Jahr, hoffend, daß auch in dem bevorstehenden Jahre die Verhandlungen der Versammlung für die alte gute Vaterstadt Braunschweig von Nutzen sein möchten.

Darauf teilt der Herr Vorsitzende mit, daß die in der Prozeßsache Straßenbahn o/a Magistrat wegen Aufhebung des Tarifs ergangenen drei Erkenntnisse eingegangen seien, woraus hervorgehe, daß der Magistrat auch in letzter Instanz beim Reichsgerichte ein obliegendes Erkenntnis erlangt habe, sodaß es bei der alten Tarifierung verbleiben würde. (Beifall.)

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten.

I. Bedachung einiger Bedürfnisanstalten.

Unter Vorlegung eines Projektes zur Herrichtung von Schutzdächern über den bislang noch offenen Bedürfnisanstalten am Siegesplatze, am Wendentore und an der Katharinenkirche ersucht der Magistrat, der Bedachung der drei Anstalten zuzustimmen und die nach dem Kostenanschlage erforderlichen Kosten in Höhe von 1170 M. zu verwilligen.

Herr Lübke: Die Baukommission empfiehlt einstimmig die Genehmigung der Vorlage.

Herr Asmann: Es freut mich ungemein, daß wir an den Bedürfnisanstalten für Männer Besserungen eintreten lassen wollen; ich möchte indessen die Gelegenheit benutzen, um anzuregen, daß auch für Frauen in dieser Richtung mehr geschehen möchte. Es sind in dieser Sache wiederholt Anträge angenommen und auch abgelehnt worden, aber trotzdem stehen wir immer noch auf dem alten Standpunkte.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

II. Bericht über die Tätigkeit der Schulärzte.

Ueber die Tätigkeit der Schulärzte im verflossenen Schuljahre (1. April 1905/06) hat der mit der Leitung und Ueberwachung des Schularztwesens betraute Stadtarzt Sanitätsrat Dr. von Holwede unterm 20. Juni d. J. einen Bericht erstattet, den der Magistrat mit einer tabellarischen Uebersicht der Versammlung vorlegt.

Zu einigen in diesem Berichte erörterten Fragen hat der Magistrat entweder selbst Stellung genommen oder eine Stellungnahme des Schulvorstandes veranlaßt und bemerkt in dieser Beziehung folgendes:

- 1) Die Zahl derjenigen Kinder, welche wegen ungenügender Entwicklung ganz oder vorläufig vom Unterrichte ausgeschlossen werden, soll künftig festgestellt und in die schulärztlichen Berichte aufgenommen werden. Der Schulvorstand hat angeordnet, daß solche Ausschließung fortan in jedem einzelnen Falle nur nach Anhörung des Schularztes und im Einvernehmen mit demselben durch den Schulinspektor erfolgt. Falls diese nicht übereinstimmen, würde der Schulvorstand zu entscheiden haben.
- 2) Mit Rücksicht auf die — besonders bei den Mädchen — verhältnismäßig häufig beobachteten Rückgratsverkrümmungen und die Tatsache, daß die Entwicklung des Brustumfanges der Mädchen zeitweilig hinter der sonst gleichen Entwicklung bei den Knaben zurückbleibt, soll beim Turnen auf die Auswahl solcher Uebungen Bedacht genommen werden, die heilsam und bezw. vorbeugend zu wirken geeignet sind. Wenn zur Verhütung der Rückgratsverkrümmungen weiter empfohlen ist, die Steilschrift einzuführen, so ist dazu zu bemerken, daß diese Schreibweise (die übrigens nicht bedingt, daß die einzelnen Buchstaben senkrecht stehen) in den hiesigen Bürgerschulen bereits eingeführt ist.
- 3) Der im Berichte dem Schulvorstande unterbreitete Antrag, beim Directorium des Herzogl. Krankenhauses auf eine Herabsetzung der im medico-mechanischen Institute zur Hebung gelangenden Gebühren insoweit hinzuwirken, als es sich um Turnübungen der die unteren Bürgerschulen besuchenden Kinder handelt, konnte vom Schulvorstande nicht wohl erledigt werden. Die vom Magistrate dieserhalb eingeleiteten Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gebracht worden.
- 4) Wegen der Einrichtung von dauernden Sprach-Heilkursen ist der Versammlung bereits eine besondere Vorlage zugegangen.
- 5) Die städtische Bauverwaltung ist veranlaßt, Vorschläge zu machen, wie den zur Sprache gebrachten Mängeln der Schule an der Leopoldstraße abgeholfen werden könne. Der Magistrat hofft, dieserhalb der Versammlung schon in nächster Zeit eine entsprechende Vorlage unterbreiten zu können.
- 6) Ebenso ist dem Schulvorstande der katholischen Schule anheimgegeben, für Abhilfe derjenigen Uebelstände zu sorgen, die in dem Schulgebäude hinter der Malsch beobachtet sind.
- 7) Ein regelmäßiges oder auch nur öfter wiederholtes Wiegen der sämtlichen Schulkinder läßt sich ohne erhebliche Störung des Schulbetriebes nach Ansicht des Schulvorstandes nicht durchführen.

- 8) Auf Herrichtung eines besonderen Zimmers, in dem die ärztlichen Untersuchungen vorgenommen werden, soll bei Erbauung neuer Schulgebäude Bedacht genommen werden.

Namens der Schulkommission berichtet über die Vorlage Herr Friede: Nach dem der Magistratsvorlage beigegebenen Berichte des Stadtarztes hatten von 1356 Bernanfängern 581 eine gute, 656 eine mittlere und 119 eine schlechte Körperbeschaffenheit. Wenn nun der Bericht des Stadtarztes hierzu meint, daß die Zahl 656 zu denken gebe, so kann die Schulkommission diese Ansicht nicht teilen, da sie das Ergebnis noch für befriedigend halten muß. — Was die Behaftung der Kinder mit Ungeziefer anlangt, so schließt sich die Kommission dem in dem Berichte ausgedrückten Wunsche, daß Mittel und Wege gefunden werden möchten, um die Behafteten bis zur völligen Reinigung vom Schulbesuche fern zu halten, umso mehr an, als sie hofft, daß durch solche Maßregeln die Eltern mehr noch als bisher veranlaßt werden, ihre Kinder sauber zur Schule schicken.

Wenn es in dem Berichte ferner heißt, daß ein Kind wegen Geistesstörung in das Rettungshaus geschickt sei, so möchte die Kommission wissen, ob es nicht besser gewesen wäre, dieses Kind nach Neu-Erkerode zu schicken, da doch das Rettungshaus für solche Kranke nicht eingerichtet sei.

Zu der Magistratsvorlage unter 1 empfiehlt die Kommission, im ersten Satze zu sagen, „ . . . soll künftig unter Angabe der Gründe festgestellt . . . werden.“ Außerdem wird gebeten, den Schlußsatz folgendermaßen zu fassen: „Falls diese nicht übereinstimmen, oder falls Beschwerde erhoben wird, würde der Schulvorstand zu entscheiden haben.“

Zu Punkt 6 der Magistratsvorlage wird bemerkt: Da es der Schulkommission bekannt geworden ist, daß die katholische Gemeinde ihre Schule hinter der Mäsch im Sommer will turnen lassen, so spricht die Kommission den Wunsch aus, daß das Turnen auch im Winter möchte fortgesetzt werden. Der Magistrat ist hiermit einverstanden.

Schließlich gibt die Schulkommission ihrer großen Freude darüber Ausdruck, daß der vorliegende Bericht des Stadtarztes und der Schulärzte in so ausführlicher und vorzüglicher Weise abgefaßt ist, und sie möchte wünschen, daß das auch in Zukunft geschähe, um verfolgen zu können, in welcher segensreichen Weise die Einrichtung der Schulärzte wirkt. Letzteren wird der Dank der Kommission ausgesprochen.

Vorsitzender: Ich möchte vorschlagen, die Magistratsvorlage Punkt für Punkt durchzugehen. (Zustimmung.) Da Sie mit dem Vorschlage einverstanden sind, stelle ich Punkt 1 mit den beiden Aenderungsvorschlägen der Schulkommission zur Besprechung.

Herr Oberbürgermeister Netemeyer: Wenn ein Kind vom Unterricht zunächst ausgeschlossen werden soll, weil es geistig oder körperlich zurückgeblieben ist, so halte ich es für ganz selbstverständlich, daß die dafür sprechenden Gründe einzeln angegeben werden müssen. In dem aufzunehmenden Protokolle muß der Schulinspektor selbstverständlich auch die Gründe vermerken, die zur Ausschließung des Kindes vom Unterrichte geführt haben, und zwar auch schon deshalb, um diese Gründe bei der späteren nochmaligen Anmeldung des Kindes zu kennen. Ebenso erscheint mir der zweite Wunsch der Schulkommission selbstverständlich, eine Entscheidung des Schulvorstandes auch dann herbeizuführen, wenn seitens der Angehörigen des Kindes Beschwerde erhoben wird. Magistratsseitig findet sich deshalb gegen beide Wünsche nichts zu erinnern.

Herr Günther: Der uns vorliegende Bericht des Stadtarztes zeigt uns klar und deutlich, welche frucht- und segenbringende Tätigkeit die Schulärzte hier entfaltet haben. Wir entnehmen daraus aber auch, wie dadurch gesündigt worden ist, daß die Einrichtung der Schulärzte nicht schon seit Jahren getroffen wurde, obwohl von unserer Seite schon vor 10 bis 15 Jahren ein entsprechender Antrag eingebracht worden ist. Wir sind erstaunt über manche Dinge, die wir durch diesen Bericht erfahren haben. Man sollte es nicht glauben, daß eine so große Zahl von Lernanfängern schon beim Schuleintritt mit Fehlern behaftet sind und man ersieht daraus, wieviel auf diesem Gebiete noch zu tun übrig bleibt. Wenn der Bericht sich z. B. dahin ausspricht, daß die Erkrankungen an Skrophulose und Blutarmut die Folge des Pauperismus seien, so berührt diese Erklärung die Allgemeinheit im hohen Grade, und es ist recht traurig, diese Tatsache festgestellt sehen zu müssen.

Ferner ist in dem Berichte bemerkt worden, daß die Zahl von 15 Lungentuberkulösen Kindern an sich klein erscheinen möge, daß man aber bedenken müsse, daß bei Massenuntersuchungen beginnende Tuberkulose nicht leicht zu erkennen sei, mithin gewiß eine weit größere Menge Tuberkulöser bei Einzeluntersuchung gefunden würde.

Die in dem Berichte aufgeführten 44 Fälle von Rückgratsverkrümmungen der Lernanfänger sind ebenfalls tief zu bedauern. Es wird Aufgabe der Schulärzte sein, danach zu trachten, wie auch diesem Uebelstande beizukommen ist. In einem mir vorliegenden ärztlichen Berichte über Rückgratsverkrümmungen ist besonders konstatiert worden, daß durch die große Zahl von Krüppeln das Nationalvermögen außerordentlich geschädigt wird, was sich würde vermeiden lassen, wenn vom Staate entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen getroffen würden. Ich behalte mir vor, einen Antrag auf städtetägige Einrichtung von Krüppelheimen einzubringen. Wir haben Blinden-, Taubstummen- und andere

Fürsorgeanstalten, aber noch keine Anstalt, in der für die Krüppel vorbeugend und heilend gesorgt wird. Es gibt in anderen Ländern derartige Heime, in denen man schon bedeutendes erreicht und die Zahl der Krüppel auf das Mindestmaß herabgesetzt hat, denn der heutige Stand der ärztlichen Wissenschaft ermöglicht es, die Verkrüppelung im Kindesalter einzuschränken oder aufzuhalten. Es gibt in Deutschland 270 000 Krüppel, davon 70 000 im schulpflichtigen Alter, von denen die meisten eine Schule noch nicht besucht haben. Es wird berechnet, daß für den Staat jährlich 90 Millionen eingebracht würden, wenn die Krüppel in Anstalten erzogen würden und arbeiten lernten, während andererseits dem Nationalvermögen 100 Millionen durch ihre Erhaltung verloren gehen. Es ist die Aufgabe von Staat und Kommune, hier wirksam vorzugehen.

Das Sehvermögen verschlechtert sich nach dem Berichte im weiteren Verlaufe der Schulzeit und durch den Schulunterricht; es wird also Aufgabe der Schulärzte sein, dem vorzubeugen. Entweder ist die Beleuchtung der Schulräume nicht gut, oder es sind andere Umstände schuld. Bei 223 von 1330 Lernanfängern ist ein nicht ausreichendes Sehvermögen konstatiert worden.

Ueber die Hälfte der Lernanfänger hat auch schlechte Zähne. Wir hatten schon früher angeregt, besondere Zahnärzte als Schulärzte anzustellen, was aber von der Versammlung nicht beachtet wurde; jetzt werden wohl die Ärzte selbst darauf kommen.

Die Zahl der an Herzfehlern leidenden Kinder (16) ist ja nur gering, man weiß aber nicht, ob sich nicht noch weit mehr Fälle konstatieren ließen, wenn die Untersuchung der Kinder eine sorgfältigere hätte sein können.

Bei allen diesen Sachen muß man ferner berücksichtigen, daß es sich hier nicht etwa um einen vollen Jahresbericht der sämtlichen Schulärzte handelt, da die Formulare erst im Februar d. J. den Schulärzten zugestellt wurden und die Kinder des ersten Schuljahres nur in acht Schulen untersucht wurden, während die Untersuchungen in sieben Schulen unterblieben. Wir sehen aber auch schon aus dem vorliegenden Berichte, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel getan werden muß. Mit den Vorschlägen der Schulkommission bin ich einverstanden, meine aber, daß sie im einzelnen noch weiter ausgedehnt werden könnten. Der Bericht wird uns indessen zum Ausgangspunkt von Anträgen auf Vorbeugungsmaßnahmen dienen. Wenn der Grundsatz aufgestellt werden soll, daß bei der Konstatierung von Krankheiten deren Heilung den Eltern überlassen werden soll, so ist das nicht richtig. Haben wir einmal das Institut der Schulärzte eingerichtet und diese stellen fest, daß ein Kind tuberkulös ist, so muß das Kind stadtseitig einer Anstalt zur Heilung überwiesen werden und zwar auf Kosten der Stadt mindestens dann, wenn die Eltern zu deren Tragung nicht imstande sind. Geschieht das nicht, obwohl die Krankheit

ärztlicherseits konstatiert worden ist, so begeht man an dem Kinde einen Mord. Ebenso ist es mit verwachsenen Kindern: Wenn festgestellt wird, daß ein Kind verwachsen ist, und der Arzt konstatiert, daß die Verkrüppelung fortzuschreiten wird, wenn die Stadt nicht eintritt, so muß das ohne Verzug geschehen, um einer Verkrüppelung vorzubeugen. Auch hier werden wir demnächst mit einem Antrage eingreifen.

Vorsitzender: Da Herr Günther auf die gesamte Magistratsvorlage eingegangen ist, so steht sie jetzt auch in allen Punkten zur Besprechung.

Herr Nolte: Die Vorschläge der Schulkommission sollen selbstverständlich nur als Wünsche aufgefaßt werden, denen sich anzuschließen die Versammlung ersucht wird.

Einer der wichtigsten Punkte in dem Berichte besteht in der Konstatierung der großen Zahl (188) der an Blutarmut leidenden Kinder. Wenn man weiß, welche großen Gefahren bei ungenügender Beaufsichtigung oder Ernährung der Kinder aus der Blutarmut entstehen können und daß sie sehr leicht ein Herd für später entstehende Tuberkulose werden kann, so ist der Wunsch der Schulkommission begreiflich, daß in allen solchen Fällen die Eltern oder sonstigen Erzieher der betreffenden Kinder von Schulwegen auf das Leiden der Kinder hingewiesen werden sollen, unter kurzer Belehrung darüber, wie dem Fortschreiten des Leidens vorgebeugt werden kann. Die Schulkommission würde es daher für angemessen halten, an die betreffenden Eltern vielleicht Merkblätter zu verteilen, wenn sie sich auch nicht unklar darüber ist, daß solche Blätter leicht ungelesen in den Ofen wandern, also ihren Zweck nicht erfüllen. Vielleicht läßt sich auch noch in anderer Weise Abhilfe schaffen; immerhin ist diese Idee beachtenswert. Dabei ist auch zur Sprache gekommen, daß vom Magistrate Verhandlungen wegen der Benutzung des medico-mechanischen Instituts gepflogen werden möchten.

Was das Sehvermögen der Schulkinder anlangt, so ist es gewiß traurig, daß es sich während der Schulzeit mehr und mehr verschlechtert, jedoch wird sich der Uebelstand nicht abstellen lassen, weil die Verschlechterung des Sehvermögens ihren Grund in der Unterweisung der Kinder hat und eine Förderung des Geistes nicht anders als durch eine Schädigung des Sehvermögens zu erreichen ist. Es muß eben das Auge, auch wenn es schwach ist, beim Unterricht angestrengt werden und wird dadurch weiter geschwächt. Selbstverständlich darf man natürlich trotzdem nicht unterlassen, den Gefahren nach Möglichkeit vorzubeugen, sodas sich die Schaffung guter Sitzgelegenheit, heller Zimmer u. von selbst versteht. Vom Magistrate ist deshalb auch schon bemerkt worden, daß die Kinder fortwährend

darauf hingewiesen werden sollen, wie sie in der Schule zu sitzen und wie sie sich mit ihren Augen einzurichten haben.

Die Schulkommission war auch erfreut darüber, daß im allgemeinen so wenig Fälle von Tuberkulose bei den Schulkindern konstatiert worden sind; ob die angegebene Zahl 18 absolut richtig ist, läßt sich ja mit Bestimmtheit nicht sagen, weil die Untersuchung bei einem so großen Kindermateriale nur eine oberflächliche gewesen sein kann. Jedenfalls ist das Resultat nicht ungünstig, besonders da im Laufe der Schuljahre offenbar nur wenig neue Fälle festgestellt worden sind. Wir können uns darüber umsomehr freuen, als an dem guten Resultate zweifellos unsere verhältnismäßig ausgezeichneten Schulgebäude und deren gute hygienische Einrichtungen mit schuld sind. Deshalb muß auch in Zukunft beim Schulwesen auf die Hygiene ein besonders hohes Gewicht gelegt werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Günther hat es für angemessen erachtet, das bislang hier beobachtete Verfahren als Mord zu bezeichnen. Ich möchte Herrn Günther ersuchen, ehe er mit juristischen Begriffen einen derartigen Unfug treibt, im Strafgesetzbuche nachzusehen, was das Wort Mord bedeutet: Mord ist die Tötung eines Menschen mit Absicht und Ueberlegung. Ob Herr Günther in der Lage ist, dem Magistrate und dem Schulvorstande einen solchen Vorwurf zu machen, möchte ich denn doch bezweifeln. Auf die weiteren Ausführungen des Herrn Günther will ich mir die Antwort ersparen, da er einen entsprechenden Antrag in Aussicht gestellt hat.

Was die Heilung der Rückgratsverkrümmungen betrifft, so hat der Magistrat sich für verpflichtet erachtet, bei dem Direktorium des Herzoglichen Krankenhauses anzufragen, ob nicht die Gebühren für die Benutzung des medico-mechanischen Instituts durch Schulkinder herabgesetzt werden könnten. Darauf ist eine Antwort eingegangen dahingehend, daß die Gebühren schon jetzt reichlich niedrig seien und 20 M bzw. 15 M für ganze und halbe Abonnements auf eine Dauer von 3 und 1½ Monaten betragen, eine weitere Herabsetzung dieser Gebührensätze aber nicht möglich sei. Außerdem seien noch die Gebühren für die untersuchenden Ärzte zu bezahlen. Das Direktorium hat nun bei Mitteilung dieser Tatsache dem Magistrate weiter eröffnet, daß die Oberärzte in Ansehung dessen, daß es sich um Kinder unbemittelter Eltern handle, für solche Fälle, in denen an Rückgratsverkrümmungen leidende schulpflichtige Kinder der unteren Bürgerschulen auf den Rat eines Schularztes das medico-mechanische Institut benutzen wollen, auf die ihnen zustehenden Untersuchungsgebühren verzichten zu wollen erklärt haben. (Beifall.) Ich glaube, dieses Entgegenkommen der Herren ist mit Dank zu begrüßen. Im übrigen wird man nicht umhin können, zuzugestehen, daß die Benutzungsgebühren nicht zu hoch

sind. Sollten aber in einzelnen Fällen Eltern von an Rückgratsverkrümmungen leidenden Kindern nicht in der Lage sein, die Gebühren zu zahlen, so wissen die Eltern, welchen Weg sie zu gehen haben, um stadtseitig einen Erlass oder eine Ermäßigung der Gebühren zu erhalten. Dagegen kann nicht zwangsweise verfügt werden, daß die Kinder das Institut benutzen müssen.

Herr Günther: Das Entgegenkommen der städtischen Behörden ist sehr schön, jedoch möchte ich wissen, ob solche Unterstützung der Eltern als Armenunterstützung angesehen würde. Das darf nicht der Fall sein, sondern wir müssen so human sein, daß wir die betreffenden Familien nicht durch Zuwendung einer Armenunterstützung beflecken wollen. Was das Wort Mord betrifft, so bitte ich das nicht so aufzufassen, als hätte ich gesagt, der Magistrat oder die Schulbehörde begingen Mord; ich wollte damit sagen, daß an diesen Verhältnissen unsere heutigen wirtschaftlichen Zustände schuld sind. Aufgabe des Staates und der Kommune muß es aber sein, jene Verhältnisse nach Möglichkeit einzudämmen und die wirtschaftlichen Zustände zu bessern zu suchen.

Herr Bluth: Ich möchte mir noch einige Worte über die Tuberkulose erlauben. Mit Herrn Nolte bin ich der Ansicht, daß die Tuberkuloseverhältnisse in unseren Schulen als äußerst günstige anzusehen sind, zumal sie mit den Verhältnissen in den Schulen anderer größeren Städte sehr wohl konkurrieren können. Wir dürfen dabei aber der Schule nicht zu viel zugute rechnen, da die Tuberkulose keine Schulkrankheit ist, sondern die Mehrzahl der Fälle in das nachschulpflichtige Alter fällt. Es gibt allerdings auch eine Tuberkulose der Kinder, jedoch rafft diese ihre Opfer meist schon vor der Schulzeit weg. Entweder sterben die Kinder also schon vor dem sechsten Lebensjahre, oder sie werden erst später tuberkulös. Trotzdem wird uns die Tuberkulose noch sehr viel beschäftigen, weil die Frage auftaucht, was mit den kranken Kindern geschehen soll. Wenn solche armen Kinder in der Schule sind, trifft aber doch die Stadtverwaltung kein Vorwurf. Herr Günther wird mir bei näherer Ueberlegung der Sache recht geben, daß viele Kinder schlecht ernährt sind, weil der Vater beispielsweise trinkt und seiner Frau deshalb nicht so viel Geld geben kann, um damit die Familie ordnungsmäßig ernähren zu können. Dagegen ist die Schule natürlich machtlos. Außerdem ist in gewisser Weise auch für die tuberkulösen Kinder gesorgt, indem die Armenpflege dafür eintritt, daß jedes tuberkulöse Kind unentgeltlich einen Armenarzt zugewiesen erhält, der dessen Unterbringung im Krankenhause anordnen kann. Ferner handelt es sich bei dieser Krankheit vielfach um erbliche Anlagen, für die nicht einmal die Eltern die Schuld zu treffen braucht. Für die Schulärzte hat noch die Frage eine besondere Bedeutung, wann das Kind ansteckend ist für seine Umgebung. Das ist der Fall, wenn eine offene Tuberkulose vorliegt, bei der Tuberkeln ausgehustet werden. In solchem Falle kann der Schularzt die Entfernung des Kindes aus der Schule nur befürworten.

Herr Günther hat dann auch die Krüppelbewegung in die Debatte gezogen. Damit hat aber unsere Vorlage nichts zu tun, denn in der Vorlage ist von Krüppeln keine Rede. Die Schulärzte haben auch schon beantragt, das medico-mechanische Institut mehr auszunutzen und die Armenärzte zu ermächtigen, Kinder mit Rückgratsverkrümmungen diesem Institute zu überweisen, welcher Antrag von der Armenverwaltung wohl auch bewilligt werden wird.

Auf die schlechten Zähne ist die Schule ebenfalls ohne Einfluß. Wenn man nach einem Grunde dafür suchen will, so würde in erster Linie die ungünstige Ernährung der Kinder in Frage kommen, indem sie nicht mehr soviel wie früher die Mutterbrust bekommen, sondern mit Kuhmilch ernährt werden, worunter die Zahnbildung leidet.

Die Behandlung des Sehvermögens ist diejenige Seite der schulärztlichen Tätigkeit, die uns am meisten interessiert und woran schon lange gearbeitet wird. Es gibt viele schlechte Augen, die erblich belastet sind und sich vom Vater oder von der Mutter auf die Kinder übertragen. Außerdem befördert auch das enge Zusammenwohnen in den Städten die Kurzsichtigkeit. In Amerika hat man bei den Indianerschulen die Beobachtung gemacht, daß die Indianerkinder aus der Prairie mit doppelter und dreifacher Sehschärfe in die Schule kommen und, wenn sie darin sind, kurzsichtig werden. Im großen ganzen ist das Schülermaterial auch sehr verschieden, und zwar bin ich der Meinung, daß die innenstädtischen Schulen ungünstigeres und die außenstädtischen günstigeres Schülermaterial in gesundheitlicher Beziehung aufweisen, namentlich insoweit letztere auch von Kindern besucht werden, die in der Außenstadt wohnen. Im großen ganzen können wir also mit den hiesigen Verhältnissen zufrieden sein.

Herr Wesemeier: Es ist zweifellos richtig, daß es eine ganze Anzahl Leute gibt, die trinken und zwar in allen Gesellschaftsklassen, nur braucht dasjenige, was in den besser situierten Klassen vertrunken wird, den Kindern nicht entzogen zu werden. Es ist aber nicht bewiesen, daß die mit Tuberkulose behafteten Schulkinder von solchen Eltern herrühren, bei denen der Vater trinkt und deshalb absichtlich und aus eigener Schuld seiner Familie nicht die zur ordnungsmäßigen Ernährung erforderlichen Mittel zufließen läßt. Solche Äußerungen darf man mit derartiger Schärfe hier nicht tun. Richtig ist es, daß solche schlecht ernährten Kinder leichter empfänglich sind für Krankheiten; richtig ist es auch, daß es eine nicht kleine Anzahl Arbeiter gibt, die zuviel trinken, schließlich müssen Sie aber auch die Gründe des Trinkens berücksichtigen und dabei nicht nur von den Arbeitern sprechen, sondern von allen Gesellschaftskreisen.

Das bedenklichste Symptom ist die Blutarmut der Kinder. Nachdem die Mängel festgestellt worden sind, handelt es sich darum, wie sie beseitigt werden können, und gerade hierbei bleibt man auf halbem Wege stehen. Es ist ganz gut,

wenn den Eltern der kranken Kinder Merkblätter zugestellt werden, aber was nützt es, wenn den Eltern die Mittel zur Bekämpfung der Blutarmut fehlen? Noch nicht 5 % der hiesigen Arbeiterschaft ist es möglich, ihre Kinder so zu ernähren, daß sie nicht der Gefahr ausgesetzt sind, der Krankheit zu verfallen. Es wäre deshalb angebracht und auch nicht mit zu großen Kosten verknüpft, wenn den Kindern in den Schulen stadtseitig Milch verabfolgt würde. In den meisten Familien wird es nicht möglich sein, den Kindern die für sie nötige Nahrung zu geben.

Außerdem handelt es sich hier noch um eine schon früher einmal erörterte Gewissensfrage, ob nämlich die Eltern eines dem Krankenhaus überwiesenen Kindes dem Armenrechte überantwortet werden. Es ist wirklich schlimm, daß derjenige, welcher seinen Kindern das nötigste nicht zukommen lassen kann, noch dadurch bestraft wird, daß er nicht zum Reichstage wählen kann. Was soll ein solcher Mann tun: auf der einen Seite liegt ihm sein liebstes am Herzen und andererseits wird ihm das Wahlrecht genommen. In den bürgerlichen Kreisen kann man einen solchen Gewissensstreit gar nicht verstehen. Früher ist hier schon einmal mit Entrüstung darüber losgezogen, daß ein derartiger Gewissensstreit überhaupt vorkommen kann. Wer aber nicht selbst in den Verhältnissen lebt, kann das gar nicht beurteilen. Nach dieser Richtung hin könnte noch viel von der Gemeinde getan werden, und es wäre zu erwägen, ob nicht wenigstens den blutarmen Kindern stadtseitig Milch zugeführt werden könnte.

Herr Meyerhoff: Ein Wort des Herrn Vorredners muß ich rügen. Der Vorredner hat gesagt, es wären keine 5 % der Arbeiter imstande, ihre Kinder besser zu ernähren; das kann nicht unwidersprochen bleiben, da ich es für ganz unüberlegt gesprochen halte. Wenn uns wieder einmal eine derartige Statistik vorgelegt wird, so möchte ich bitten, darin genau anzugeben, was für Kinder von ihren Eltern vernachlässigt werden und namentlich, ob deren Väter Trinker sind. Der Vorredner meinte, der eine trinke mehr, der andere weniger, es läge bei manchem Arbeiter im Geschäft, trinken zu müssen. Das ist für mich aber keine Entschuldigung. Ebenso möchte ich wissen, von welchen Eltern die Kinder mit Rückgratsverkrümmungen herrühren.

Vorsitzender: Sie wollten die Aeußerung des Herrn Wesemeier doch nicht rügen, sondern nur eine Gegenbehauptung aufstellen? (Zustimmung.) Herr Wesemeier hat meiner Auffassung nach nicht sagen wollen, daß keine 5 % der Arbeiter ihre Kinder gesundheitlich richtig ernähren könnten, sondern daß keine 5 % imstande seien, ihre Kinder besser als bisher zu ernähren. (Zustimmung.) Darin kann ich nichts finden.

Herr Kolte: Die Blutarmut muß nicht immer mit kostspieliger Ernährung bei den Kindern bekämpft werden, sondern sie müssen vor allen Dingen

geeignete Nahrung erhalten. Man kann alle Tage sehen, daß die Kinder Sachen erhalten, die nichts für sie taugen, während sie für wenig Geld gut und angemessen ernährt werden könnten. Es wäre z. B. besser, wenn die kleineren Kinder statt des vielen Kaffees lieber Milch, und wenn es auch nur Magermilch wäre, bekämen, die auch nicht teurer ist als Kaffee. Gerade deshalb soll man belehrend eingreifen und den Eltern sagen, wie die Kinder zweckmäßig ernährt werden müssen. Man gebe z. B. den Kindern leichtes Brot und nicht so dicke Scheiben Schwarzbrot. Es kann wirklich viel geschehen, wenn bei den Eltern belehrend vorgegangen wird.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Ich möchte auf die Frage des Herrn Berichterstatters wegen der Unterbringung eines geistesgestörten Kindes in dem Rettungshause Auskunft erteilen. Nach den bei dem Stadtarzte eingezogenen Erkundigungen wäre es ein arger Mißgriff gewesen, das Kind nach Erkerode zu schicken. Man unterscheidet zwischen den schweren Fällen von Wüßsinn und den Fällen geringeren Schwachsinns, die zur Unterbringung im Rettungshause geeignet sind. Der vorliegende Fall war recht harmloser Natur, es handelte sich mehr um einen krankhaften Wandertrieb, wie er bisweilen in kindlichen Jahren in die Erscheinung tritt, und unter solchen Verhältnissen war das Kind im Rettungshause besser aufgehoben, als in Erkerode.

Weiter möchte ich Herrn Günther darauf aufmerksam machen, daß die Stadt schon seit einer langen Reihe von Jahren für die Krüppelkinder eingetreten ist. In Angerburg, bei Magdeburg und bei Hannover haben wir derartige Kinder in Krüppelheimen untergebracht und zwar zum Teil auf Kosten der Armenverwaltung und zum Teil mit Unterstützung aus der Luise Ottmer-Stiftung, was bekanntlich nicht als Armenunterstützung angesehen wird. Auch im medico-mechanischen Institute haben wir auf ärztlichen Vorschlag und im Einvernehmen mit den Eltern nicht wenige Kinder behandeln lassen. Wenn die Eltern ihren guten Willen bekräftigen und einen Zuschuß zu den dadurch entstehenden Kosten leisten wollten, so würde es sich vielleicht ermöglichen lassen, den anderen Teil auf die Luise Ottmer-Stiftung zu übernehmen.

Was die Bemerkung des Herrn Meyerhoff über den unheilvollen Einfluß des Trinkens der Väter auf die Kinder anlangt, so würde es doch schwer sein, die von ihm gewünschte Statistik aufzustellen. Bestätigen kann ich ihm aber, daß wir auf Schritt und Tritt in der Armenpflege die unheilvollen Folgen des Trinkens der Väter verfolgen können, wie sie sich z. B. darin zeigen, daß die Familienväter einfach ihre Familien verlassen und in die weite Welt gehen. Vor zehn Jahren ist einmal festgestellt worden, daß etwa der zehnte Teil der Armenpflégelälle durch eheverlassene Familienangehörige veranlaßt wurde.

Herr Bluth: Ich möchte mich zu dem Thema der schwächlichen Kinder noch einmal äußern. Bei den blutarmen Kindern handelt es sich nicht nur um Kinder von Ortsarmen, sondern auch um Kinder aus guten Verhältnissen. Die Kinder werden teilweise gut ernährt, trotzdem muß sie aber der Schularzt als minderwertig ansehen, weil sie in ihrer Entwicklung vielleicht infolge früherer Erkrankungen u. zurückgeblieben sind. Die Verabreichung von Milch an schwächliche Kinder würde auch ich mit Freuden begrüßen. In Zürich ist diese Einrichtung getroffen und hat sich gut bewährt. Wenn Herr Wesemeier meint, daß noch nicht 5 % der Arbeiter ihre Kinder ordnungsmäßig ernähren können, so kann ich da mit Zahlen dienen. Von 5233 untersuchten Kindern haben 1106 eine gute körperliche Beschaffenheit gehabt und 2292 eine mittlere, sodaß der Prozentsatz der schlecht ernährten Kinder doch erheblich geringer ist.

Herr Stegmann: Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß durch das Trinken der Väter solche Fälle vorkommen können und daß eine falsche Ernährung der Kinder derartige Vorkommnisse bewirken kann, jedoch dürfen solche vereinzelt Fälle nicht verallgemeinert werden. Ich verstehe auch nicht, wie sich Herr Meyerhoff über die betreffende Äußerung meines Freundes Wesemeier so aufregen kann, die doch vollständig richtig ist. Wenn Herr Meyerhoff nachweisen kann, daß die Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 1500 M ihre Kinder so ernähren können, daß sie zu tüchtigen Menschen aufgezogen werden können, so soll er eine Prämie haben. Wir wissen ja, daß selbst bei städtischen Beamten mit 2000 M Einkommen und darüber häufig Schmalhans Küchenmeister ist. Was wollen Sie da von Arbeitern sagen, die bis zu 1500 M verdienen! Es ist deshalb nicht übertrieben, zu sagen, daß kaum 5 % der Arbeiter ihre Kinder angemessen ernähren und auch angemessen, d. h. ohne Abvermietung wohnen können, sodaß die Familie nicht in der Küche zu wohnen braucht.

Auch die Anregung mit den Merkblättern hat mich eigentümlich berührt, denn damit ist gar nichts zu erzielen. Wer Zeit hat, solche Blätter zu lesen, der mag sie ganz schön finden, aber diejenigen Kreise, denen es am nötigsten fehlt, pfeifen auf derartige Merkblätter. Ohne Besserung der sozialen Verhältnisse nützen die Merkblätter gar nichts.

Der Bericht der Schulärzte leuchtet so recht in unsere sozialen Zustände hinein. Es sieht hier schlimm genug aus. Ich gebe zu, daß die Kommune nicht alle Schäden beseitigen kann und am wenigsten schuldig ist. Immerhin könnte aber durch Zuführung von Milch etwas für die armen Kinder geschehen, wie es in anderen Städten auch geschieht. Man kann für solchen Zweck ruhig mal 5000 bis 6000 M jährlich ausgeben. Der Hauptfehler der schlechten Ernährung der Kinder liegt in der Verteuerung der Lebensmittel und in der Politik des Staates, die verfolgt wird unbekümmert darum, ob die Massen der Arbeiter dadurch

degenerieren oder nicht. Was nützt es, daß Lungenheilstätten begründet werden, um dem kranken Arbeiter zu helfen, wenn auf der anderen Seite die notwendigsten Lebensmittel aufs ungeheuerlichste verteuert werden? Darum sollen alle, die es mit dem Volke ehrlich meinen, dafür sorgen, daß nur solche Leute in den Reichstag gewählt werden, die gegen die Verteuierung der Lebensmittel auftreten.

Herr Rathe: Glauben Sie vielleicht, daß Sie das Privileg haben, kranke Kinder allein unter den armen Leuten zu finden? Sehen Sie nicht jeden Tag, daß dieselben Fälle von Erkrankungen auch bei guter Ernährung eintreten? Wenn eine Statistik über die Schwindstichsfälle aufgemacht würde, so könnte sich sehr leicht herausstellen, daß diese Krankheit unter den oberen Zehntausend noch höhere Opfer fordert, als unter den Arbeitern. Meiner Meinung nach trägt das zu gute und zu unregelmäßige Leben hauptsächlich dazu bei, und ebenso ist das Heiraten in zu jungen Jahren, wo die Mütter ihren Kindern nicht geben können, was sie zu geben verpflichtet sind und wo die Kinder mit Kuhmilch ernährt werden müssen, mit schuld daran. Das ist der wahre und eigentliche Grund der vielen Kinderkrankheiten.

Unerklärlich ist es mir, wie wir hierbei zu einer so langen Debatte kommen. Was ist hier wohl in den letzten dreißig Jahren in hygienischer Beziehung gebessert worden! Die Stadt ist mit ihren hygienischen Einrichtungen geradezu musterhaft geworden, und sie wird sie immer noch weiter ausbauen. Sehen Sie sich das Kinderheim an, und das Herz muß jedem aufgehen, wenn er sieht, was für die Kleinsten der Kleinen getan wird, aber es ist unrecht, unter derartigen Verhältnissen von Mord zu sprechen. Es hat mich schmerzlich berührt, daß solche Äußerung fallen konnte. Ich habe jetzt 60 Jahre lang meinen Mann stehen können, aber dazu Obst zum Frühstück war die Regel und wenn die Mutter einmal einige Pfennige für eine Schrippe hergab, so war das für uns ein Festtag. Aus jener Zeit sind aber die Männer hervorgegangen, die den Krieg 1870/71 geschlagen haben. Was aus der heutigen verweichlichten Generation, die man schließlich noch in einen Glaskasten setzen muß, werden soll, muß die Zukunft lehren.

Herr Meyerhoff: Ich kann die Äußerung nicht unwidersprochen lassen, daß es den Arbeitern nicht möglich sein soll, ihre Kinder ordentlich zu ernähren. Die Lohnverhältnisse haben sich in den letzten zwanzig Jahren derartig gebessert, daß die Löhne beinahe verdoppelt sind. Es wurde auch von den teuren Wohnungen gesprochen. Ich behaupte, daß heute nicht ein Pfennig für die Wohnung mehr anzuwenden ist, als vor zwanzig Jahren. (Widerspruch.) Ich werde das demnächst mit Zahlen aus der Wohnungs-enquete beweisen. Woran liegen aber die heutigen ungesunden Verhältnisse? Wenn Jungs heiraten, werden es nie Männer und wenn sie Kinder heiraten, die nicht kochen können und nicht verstehen, eine Familie

zu ernähren, so muß daraus soziales Elend entspringen. Früher heiratete ein junger Mann erst dann, wenn er sich nach ruhiger Ueberlegung gesagt hatte, daß er eine Familie ernähren könne. Damals nahm man sich auch eine Frau, die kochen konnte. Betrachten Sie doch Ihre Vorfahren? Was ist uns in der Jugend geboten worden? Wir sind froh gewesen, wenn wir morgens unsere Wehlsuppe hatten und haben uns gütlich daran getan. Was wird aber jetzt für ein Humbug in der Ernährung getrieben? Man sieht Kinder ohne Hosenboden, aber der Groschen für den Konditor ist da. Sehen Sie sich doch die Bäckereien in der Vorstadt an, leben die Bäcker wohl von den besser-situierten Volksklassen? Sicher nicht. Roggenbrot verkaufen die Bäcker nur sehr wenig, aber Schnurrpfeifereien kaufen die Kinder der Arbeiterklassen haufenweise. Und unter solchen Verhältnissen sollen wir uns hier vorreden lassen, daß die Eltern nicht imstande seien, ihre Kinder zu ernähren. Es wäre an Ihnen, Remedur zu schaffen und nicht immer der Behörde und der Stadt Vorwürfe zu machen.

In welcher Stadt wird wohl für die minder-begüterte Bevölkerung in bezug auf das Schulwesen, das Unterstützungsweisen u. c. so viel getan wie hier? Sie schreien immer um Hilfe, fassen Sie dafür lieber an Ihre eigene Brust und helfen Sie von innen heraus, indem Sie in den Kreisen, wo Sie am meisten Einfluß haben, aufklärend wirken, dann wird von unserer Seite alles getan werden, um Ihnen entgegenzukommen. Das beweist auch unsere ganze städtische Verwaltung. Gehen Sie nach dem Kinderheim; wenn die Eltern aus den Arbeiterkreisen, auch solche, die es können, ihre Kinder nur halb so hielten, wie es dort geschieht, so würde es weniger Krüppel und Lungenschwindlichtige geben und viel weniger schlechte Verhältnisse. Also erst an den eigenen Busen fassen, ehe man andere Verhältnisse bemäkeln will.

Vorsitzender: Ich bitte die Herren Redner, nunmehr wieder auf den Bericht der Schulärzte zurückzukommen.

Herr Riese: Man kann auch in diesem Falle das Wort aussprechen: Spät kommt Ihr — doch Ihr kommt! Spät kommt der Bericht, der uns über unsere Schulverhältnisse Aufschluß gibt.

Wenn sich Herr Meyerhoff in die Brust wirft und erklärt, die Arbeiterfrauen kauften ihren Kindern Schnurrpfeifereien und flieten ihnen die Hosen nicht, so mag er das hier tun; er kann froh sein, daß ihm die Frauen hier nichts anhaben können, sonst würden sie ihm die wenigen Haare, die er noch hat, ausreißen. (Heiterkeit.) Als die Italiener mit ihrem „Gefrorenen“ herumfahren, waren ihre besten Kunden die Kinder von Ladeninhabern, wo es etwas zu mausen gab, und die Kinder der höherstehenden Kreise, die sich selbst nicht scheuten, an die 20 Al. Stücke der Köchin zu gehen. Man weiß also sehr wohl, in welchen Kreisen die meisten Schnurrpfeifereien verzehrt werden. Ich weiß sehr gut, daß unsere heutige

Ernährungsweise nicht zweckmäßig ist, und daß die viele Bonbonfresserei nichts taugt, zumal die Bonbons vielfach auf chemischem Wege hergestellt werden. Der ganze Fehler liegt aber in unseren gesellschaftlichen Zuständen: Der deutsche Arbeiter muß davon leben, was ihm das Kapital als Brocken überläßt. Der amerikanische Arbeiter verdient $1\frac{1}{2}$ mal so viel wie der deutsche. (Widerspruch.)

Was die Klagen über die Blutarmut betrifft, so kann ich von mir sagen, daß ich trotz meiner 64 Jahre mit Ausnahme eines Influenzafalles niemals krank gewesen bin. Als ich an der Influenza litt, erklärte ein allgemein hochgeschätzter Arzt, es könnte leicht Lungenschwindsucht hinzukommen. Ich habe dann ein neues Mittel dagegen angewandt, von dessen Wirkung sich auch Herr Professor Blasius überzeugt hat, und fühle mich heute gesunder, als je zuvor. Damit will ich nur sagen, daß es unmoralisch von der heutigen Gesellschaft gehandelt ist — ich will mich des vorhin gefallenem scharfen Ausdrucks nicht bedienen, da ich kein Freund von solchen Schärfen bin, obwohl ich meinen Gedanken stets gerade heraus Ausdruck zu pflegen gebe —, wenn dergleichen Mittel nicht auf Kosten des Staates oder der Kommune verwendet werden, um solche Krankheitsfälle zu vermindern. Ich zweifle nicht daran, daß Magistrat und Schulärzte bemüht sein werden, auf dieser Bahn fortzuschreiten, aber ich meine, es war auch die höchste Zeit, daß uns über diese Verhältnisse Aufschluß gegeben wurde, und Sie können es uns nicht verdenken, wenn wir dauernde und rasche Hilfe verlangen.

Der Gegenstand wird damit verlassen.

III. Einfassung der Rasenflächen an der Paulikirche.

In dem von den städtischen Behörden genehmigten Kostenanschlage über die Instandsetzung des Platzes in der Umgebung der Paulikirche ist mit Rücksicht auf die Herabminderung der Kosten ein Betrag zu einer festen Abgrenzung der Rasenflächen von den Wege- und Straßenflächen nicht vorgesehen. Da sich aber schon jetzt herausgestellt hat, daß eine ordnungsmäßige Unterhaltung und Erhaltung der Rasenflächen auf die Dauer nicht möglich sein wird, wenn nicht noch eine derartige feste Abgrenzung hergerichtet wird, so empfiehlt die städtische Bauverwaltung, sie zur Herstellung niedriger, schmiedeeiserner Raseneinfassungen nach Art der unmittelbar an der Kirche schon vorhandenen Einfassungen für die am meisten gefährdeten Stellen zu ermächtigen und hierfür etwa 600 M. zu verwilligen. Dieser Betrag ist von dem für die Instandsetzung des Platzes verwilligten Betrage noch verfügbar. Der Magistrat ersucht, diesem Projekte zuzustimmen.

Herr Rathe: Da der Vandalismus des Publikums so groß ist, daß keine Rasenfläche uneingefriedigt bleiben darf, so gibt die Baukommission anheim, der Vorlage zuzustimmen, was geschieht.

IV. Antrag Stegmann: Weiterführung der Straßenbahn vor das Augusttor.

Der in der Sitzung vom 15. November 1906 gestellte und begründete Antrag — Seite 256 des Berichtes — lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Straßeneisenbahn-Gesellschaft dahin zu wirken, daß zur Herstellung eines besseren Verkehrs für das äußere Augusttor die Linie Dölpel — Augusttor wie folgt verlängert wird: Campestraße — Biewegstraße — Friedrichplatz.“

Namens der Baukommission berichtet hierüber Herr Wolters: Ein gleicher, oder doch sehr ähnlicher Antrag ist früher schon einmal eingebracht und behandelt, aber abgelehnt worden. Die damaligen Gründe der Ablehnung bestanden darin, daß die Augusttorbrücke nur mit einem Straßenbahngleise belegt sei und auch in ihrem jetzigen Zustande nicht noch ein zweites Gleis aufnehmen könne, daß aber diese Eingleichigkeit nicht gestatten würde, noch eine neue Straßenbahnlinie hinüberzuführen. Außerdem sagte man sich, daß unter den heutigen Verhältnissen allerdings die Zugänglichkeit der für die neue Linie in Aussicht genommenen Straßen wohl nicht sehr bequem, aber immer noch angänglich sei. Die Baukommission steht dem heute zur Verhandlung stehenden erneuten Antrage im allgemeinen sympathisch gegenüber, sie kann aber trotzdem dessen Annahme nicht befürworten.

Das Hindernis der Augusttorbrücke würde nicht unüberwindlich sein, aber es war nicht möglich, wegen der Linienführung Klarheit zu schaffen, da über die Zweckmäßigkeit und Richtigkeit der Strecke verschiedene Ansichten geäußert wurden. Kompliziert wird die Sache auch dadurch, daß in absehbarer Zeit durch Aufschließung des betreffenden Stadtteils infolge Fertigstellung des endgültigen Projektes für den Oshofbahnhof eine Aenderung des Ortsbauplanes eintreten wird und damit auch eine Neuordnung der Straßen. Deshalb war es nicht möglich, sich schon jetzt für eine bestimmte Strecke zu entscheiden, man will damit vielmehr warten, bis nach endgültiger Feststellung des Bahnhofprojektes der Bauplan festgelegt worden ist. Bis dahin glaubt man nicht nur warten zu müssen, sondern auch warten zu können. Etwa verlangen zu wollen, daß die Straßenbahn-Gesellschaft vorweg erst einmal eine der Linien baut, um sie hinterher umzubauen, würde über das Maß des Statthaften hinausgehen, abgesehen davon, daß wir auch kein Recht haben, den Ausbau und späteren Umbau einer Strecke zu fordern. Deshalb empfiehlt die Baukommission, über den Antrag Stegmann heute zur Tagesordnung überzugehen und zu gegebener Zeit mit dem Antrage aufs neue hervortreten.

Herr Stegmann: Ich bitte, den Antrag der Baukommission nicht anzunehmen. Das Bedürfnis ist von der Kommission anerkannt worden, sie stand

dem Antrage einstimmig sympathisch gegenüber, ich sehe deshalb nicht ein, weshalb wir der Straßenbahn entgegenkommen und auf die Linie verzichten sollen. Die Bahnhofsfraße hat sich schon so lange hingezogen, daß sie sich noch weitere zehn Jahre hinziehen kann. Ich versteife mich nicht darauf, daß gerade die von mir beantragte Linie gebaut werden soll, wenn eine praktischere Linie gefunden wird, so soll es mir gleich sein; die Hauptsache ist für mich, daß dem Verkehrsbedürfnisse des betreffenden Viertels entsprochen wird. Man soll nicht päpstlicher sein als der Papst, zumal man noch gar nicht weiß, ob die Straßenbahn nicht geneigt sein wird, diesem Wunsche entgegenzukommen. Für die Stadt kann doch lediglich die Frage in Betracht kommen, wie die Verkehrsverhältnisse gebessert werden können, nicht aber hat man auch darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Straßenbahn durch eine spätere Verlegung der Strecke möglicherweise Schaden erleiden könnte und einige Aktionäre weniger verdienten. Ich bitte, meinem Antrage zuzustimmen.

Herr Meyerhoff: In der Baukommission haben wir uns tatsächlich für den Antrag erwärmt. Es ist richtig, daß es sich um ein Stadtviertel von 6000 bis 8000 Einwohnern handelt, dem ein besserer Anschluß an das Straßenbahnnetz wohl zu gönnen wäre. Es wurde auch die Frage erwogen, ob es nicht besser wäre, die Linie über die Leisewitz- und Gertrudenstraße in das Herz des Krähenfeldes hineinzuführen. Wie ich schon in der Baukommission mitteilte, ist die Herstellung der Linie früher daran gescheitert, daß die Herzogliche Baudirektion die Legung eines zweiten Gleises über die Augusttorbrücke nicht erlaubte. Infolge dessen ist es der Straßenbahn-Verwaltung fast unmöglich, die Verbindung herzustellen. Dazu kommt aber auch noch der Umstand, daß die Straßenbahn erklärt, die erforderlichen Geldmittel mit Rücksicht auf den späteren Umbau der Strecke nicht aufwenden zu können.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschloffen.

V. Rechnungsabschlüsse der Gaswerke, des Wasserwerks und der Neustadtmühle für 1905/06.

Der Magistrat übersendet den Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, des Wasserwerks und der Neustadtmühle für das Jahr 1905/06 nebst einem Berichte des vereidigten Bücherrevisors Heyne mit folgenden Bemerkungen:

I. Gaswerk:

1. Die in der Bilanz aufgeführten Bestände des Erneuerungsfonds (206 970,03 und 206 637,33 M.) wurden am 31. März 1906 in gleicher Höhe in den Büchern der Stadthauptkasse geführt. Eine weitere Erhöhung des Erneuerungsfonds hält der Magistrat zurzeit nicht für erforderlich, während die Mittel des Reservefonds, ungeachtet der erheblichen besonderen Verstärkung desselben, zur Bestreitung der Kosten des geplanten Umbaus der Gasanstalt an der Tauben-

straße nicht ausreichen. Daneben kommt in Betracht, daß manche Aufwendungen, z. B. die Kosten eines neuen weiteren Gasrohrs, bei strenger Sonderung beider Fonds beiden anteilweise zur Last zu legen sind, während es andererseits für das finanzielle Ergebnis des Betriebes ohne Bedeutung ist, ob eine Ausgabe aus dem Erneuerungs- oder dem Reservefonds bestritten wird. Auch sind im Einzelfalle schon Zweifel darüber entstanden, welcher der beiden Fonds zu belasten ist. Der Magistrat empfiehlt deshalb, beide Fonds zu verschmelzen, dem vereinigten Fonds aber dieselben Mittel wie bisher (40 000 und 60 000 M.) zuzuführen. Sofern hiergegen grundsätzliche Bedenken bei der Versammlung obwalten sollten, bittet der Magistrat, ihm solche mitzuteilen, ehe er den Vorschlag der Verwaltungsdeputation unterbreitet.

2. Um Irrtümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß der letzte Aktivposten der Bilanz (Kassenkonto 402 431,82 M.) nicht den Betrag darstellt, der am 31. März 1906 entweder bar vorhanden oder beim Leihhause oder bei der Stadthauptkasse belegt war; er enthält vielmehr außer den vorgedachten Geldbeträgen auch die aus dem Jahre 1905/06 herrührenden und erst nach dem 31. März 1906 bis zum Abschlusse der Rechnung eingegangenen Ausstände, soweit diese nicht (in Höhe von 462,96 M.) in der Bilanz gesondert aufgeführt sind.

II. Wasserwerk:

Der Magistrat ist im Zweifel darüber, ob es den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung entspricht, daß das Mietgeld für die Eigenbütteler Mühlen und die von der Firma C. Wolters & Co. gezahlte Entschädigung von 50 M. in der Gewinn- und Verlustrechnung gar nicht in die Erscheinung treten, vielmehr gegen laufende Ausgaben (162,66 M.) und die von der Verwaltungsdeputation für erforderlich erachtete besondere Abschreibung für das umgehende Zeug (1400 M.) aufgerechnet und die danach als Verlust erscheinenden 512,66 M. unter den Ausgaben als Unterhaltungskosten der Mühlen aufgeführt sind. Jedenfalls dürfte das angewandte Verfahren ohne den Begleitbericht nicht verständlich und zur Erleichterung der Uebersicht nicht geeignet sein. Auch in sachlicher Beziehung ist die Buchung insofern nicht ohne Bedeutung, als diejenigen wertlosen Stücke des sogenannten umgehenden Zeuges, für die die 1400 M. abgeschrieben worden, auf Antrag des Pächters mit Genehmigung der Verwaltungsdeputation aus der Mühle ausgeschieden sind. Damit ist der Stadt die Möglichkeit genommen, die Vorschrift im § 6, Abs. 3 des mit dem Oekonom Friedrich Reune am 8. April 1902 abgeschlossenen Mietesvertrages in bezug auf die ausgeschiedenen Stücke dahin zur Anwendung zu bringen, daß bei Auflösung des Mietesverhältnisses der Mieter gezwungen wird, den Minderwert des bei Uebernahme der Mühlen durch Schätzung Sachverständiger festgestellten Wertes des gesamten umgehenden Zeuges der Stadt zu ersetzen.

Der Magistrat muß aber anerkennen, daß die betreffende Vertragsbestimmung ihre Bedenken hat; er fürchtet, daß, wie bei Abgabe der Mühlen seitens des früheren Mieters Fiske, voraussichtlich auch künftig die Realisierung der Ersatzforderung Schwierigkeiten bieten würde und hält eine Revision des Mietvertrages für erforderlich. Es dürfte viel leichter sein, ein höheres Jahresmietgeld zu erzielen, als bei dem jetzigen niedrigen Mietzinse demnächst die Ersatzforderung mit Erfolg geltend zu machen. Der Magistrat beabsichtigt daher, zunächst mit der Verwaltungsdeputation und Herrn Reune zu verhandeln und dabei auch die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob es nach Errichtung des Grundwasserwerks überhaupt noch zweckmäßig erscheint, die Eisenbütteler Mühlen im Gegensatz zur Neustadtmühle als Zubehör des Wasserwerkes zu behandeln. Nach Abschluß der Verhandlungen soll der Versammlung eine besondere Vorlage zugehen.

2. Das in der Bilanz unter „Beständen“ aufgeführte kleinere Kassenkonto von 10 000 M ist von der Direktion gebildet und bisher in den Bilanzen geführt, nachdem die Versammlung am 9. Juni 1898 den Magistrat ersucht hatte, die Summe zur stärkeren Tilgung des Anlagekapitals des Flußwasserwerkes zu verwenden. Dieser Beschluß ist durch die erwähnte Buchung der Direktion nur teilweise ausgeführt, und es hat sich hierbei überdies noch insofern eine Unzuträglichkeit ergeben, als die Stadthauptkasse in ihren Büchern die 10 000 M als Reservefonds II geführt und später mit dem Hauptreservefonds vereinigt hat. Aus diesem Grunde stimmen in bezug auf die Höhe des letzteren die Bücher der Direktion und der Stadthauptkasse nicht überein. Da aber diese Übereinstimmung unbedingt vorhanden sein muß, so hat der Magistrat zur völligen Durchführung des Beschlusses vom 9. Juni 1898 verfügt, daß die 10 000 M auf diejenigen 39 000 M abbezahlt werden, die das Wasserwerk der Kammereikasse auf das bei dieser im Jahre 1888 aufgenommene Darlehn von 50 000 M noch schuldet. Der Magistrat nimmt an, daß die Versammlung mit diesem Verfahren einverstanden sein wird.

3. Die oben angeführten, für eine Verschmelzung des Reserve- und Erneuerungsfonds der Gaswerke sprechenden Gründe dürften auch zutreffen bezüglich der gleichartigen Fonds des Wasserwerkes.

4. Endlich dürfte zu erwägen sein, ob nicht mit Rücksicht auf die Höhe der noch nicht getilgten, seinerzeit zugunsten des Flußwasserwerkes aufgenommenen Anleihen in Verbindung mit dem Umstande, daß für die Wasserversorgung der Stadt das alte Werk jetzt nahezu wertlos ist, eine stärkere Tilgung (1905/06: 28 371,51 M) geboten erscheint. Da der Tilgungsplan der Anleihen feststeht, so würde es sich empfehlen, wenigstens auf baldige Abstoßung der beiden Forderungen der Kammereikasse von zusammen 74 550 M Bedacht zu nehmen und später entweder dem Reservefonds mehr als bisher zuzuführen, oder, sobald die $3\frac{1}{2}$ prozentigen Schuldverschreibungen unter pari stehen, einen Teil des Gewinnes zum Rückkauf

solcher zu verwenden. Auch hierüber soll mit der Verwaltungsdeputation verhandelt werden.

Im übrigen hat der Magistrat gegen die vorgelegten Abschlüsse Einwendungen nicht zu erheben und gibt anheim, der Entlastung der Direktion der Licht- und Wasserwerke zuzustimmen.

Herr Födel: Die Finanzkommission beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß aus den Ueberschüssen des Wasserwerkes von 1905/06 in Höhe von 138 568,55 M ein Betrag von 29 000 M zur Tilgung des 3½prozentigen Darlehns von 1888 benutzt wird, sodaß dem Schulhausbaufonds aus den Ueberschüssen des Wasserwerkes nur 109 568,55 M überwiesen werden könnten. Es wird auch darauf bedacht genommen werden, die übrigen 45 550 M später in ähnlicher Weise abzutragen.

Mit Rücksicht darauf, daß den Gaswerken durch den Neubau an der Taubenstraße ganz erhebliche Kosten erwachsen werden, wird weiter empfohlen, aus den großen Ueberschüssen des Jahres 1905/06 mit 280 750,13 M außer den bereits erfolgten Rückstellungen noch weitere 100 000 M nicht dem Schulhausbaufonds zu überweisen, sondern zu Rückstellungen zu verwenden. Der Magistrat hat sich damit einverstanden erklärt, da der Schulhausbaufonds genügende Mittel besitzt, um den in den kommenden Jahren an ihn zu stellenden Anforderungen genügen zu können.

Endlich beantragt die Finanzkommission, der Entlastung der Direktion zuzustimmen.

Herr Hesse: Nach dem vorliegenden Berichte hat der Etat des Gas- und Wasserwerkes so günstig abgeschlossen, daß wieder erhebliche Ueberschüsse erzielt worden sind. Ich möchte deshalb den Magistrat ersuchen, zu erwägen, ob es nicht angemessen erscheint, eine Verbilligung des Gases im allgemeinen eintreten zu lassen. Wenn mir entgegengehalten werden sollte, daß wir die großen Ueberschüsse notwendig gebrauchen, so will ich vorbeugend dazu bemerken, daß einer Verbilligung des Gases auch ein entsprechend höherer Konsum folgen und das Endresultat dann dasselbe oder ein noch besseres sein würde. Ferner gebe ich zur Erwägung anheim, dem Beispiele anderer großen Städte zu folgen und Gasautomaten einzuführen. Andere Städte haben damit gute Resultate erzielt, und es ist doch nicht nötig, daß wir fortwährend anderen und selbst kleineren Städten wie Hildesheim nachhinken. Auch hierdurch würde sich der Gaskonsum bedeutend heben.

Herr Födel: Diese Fragen sind in der Deputation und auch hier wiederholt besprochen worden. Es muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden, daß unser Gaswerk nahezu am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen ist und deshalb der Neubau an der Taubenstraße geplant wird. Sobald die neue Gasanstalt fertiggestellt sein wird und wir in der Lage sind, mehr Gas zu machen, was heute nahezu ausgeschossen ist, können auch die Fragen wegen der Verbilligung des Gases erörtert werden, früher aber nicht. Der Gaskonsum hat sich so erhöht,

daß die Leistungsfähigkeit unseres Gaswerkes ihr Ende erreicht hat. Ich möchte deshalb bitten, die Anträge und Wünsche bis zur Fertigstellung des neuen Gaswerkes zurückzustellen.

Herr Rathe: Ich begrüße diesen Bericht alljährlich mit Freuden und studiere ihn mit großem Vergnügen durch, um seinen Inhalt genau zu erfassen. Daß man bei diesem Studium auf allerlei Gedanken kommt, ist bei der Vielseitigkeit des Materials wohl erklärlich. Wenn durch den Betrieb des Gaswerkes dem Schulhausbaufonds in so ausgezeichnete, vorzüglicher Weise auf die Strümpfe geholfen ist, so muß man andererseits aber auch bedenken, daß die sogenannten Gasstrümpfe den Konsumenten recht viel Kosten verursachen und daß unser Gas ohne Strümpfe ein hundsgemeines Licht gibt. Nicht an jeder Stelle kann aber ein Strumpf verwendet werden, und es ist deshalb an der Zeit, den Preis für das gegen früher schlechtere Gas ganz erheblich herunterzusetzen. Berücksichtigen Sie, was das bei einem größeren Betriebe ausmacht! Ich habe es in meiner Fabrik gespürt, und ich hoffe, daß wir nach Fertigstellung des neuen Gaswerkes zu einer erheblichen Verbilligung des Gases übergehen.

Sodann habe ich noch eine Bitte an die Deputation zu richten: Wir gewannen im Jahre 1905/06 beinahe 15 Millionen kg Koks und verkauften davon etwa 11^{1/2} Millionen. Bei solchen Koksmassen wäre es aber doch wohl nötig, daß wir für deren Lagerung überdeckte Hallen hätten. Sie können sich darauf verlassen, daß Haupteinkommen mancher Kohlenhändler beruht darauf, daß der Segen von oben kommt. (Heiterkeit.) Der vorlechte nasse Sommer bringt auch den Beweis dafür, denn früher haben wir kaum 9 Millionen kg Koks verkaufen können. Ich habe auch einmal ein Fuder nassen und ein Fuder trockenen Koks nachgewogen und kenne den Gewichtsunterschied.

Herr Büdel: In der Finanzkommission ist auch die Rede davon gewesen, daß das Gaswerk die einzelnen Bestände nicht durch ordnungsmäßige Aufnahme am Schlusse des Jahres inventarisiert habe. Das ist, wie ich inzwischen festgestellt habe, ein Irrtum, denn am Schlusse eines jeden Jahres wird der Bestand festgestellt.

Außerdem war die Rede davon, daß vom Jahre 1907/08 ab versucht werden soll, von der bisherigen Gepflogenheit der Aufstellung der Bilanz Abstand zu nehmen und ihr eine andere Form zu geben, welcher Anregung der Magistrat zugestimmt hat. Das bisherige Verfahren beruht auf einer Verfügung aus der Mitte der 80er Jahre. Es soll nun versucht werden, durch Gegenüberstellung einer rein kaufmännischen und einer rein etatsmäßigen Buchführung zu ermitteln, welches die richtigste Art für uns ist. Der vorliegende Bericht bietet wohl ein ungeheures Zahlenmaterial, hat aber nicht den Wert, den die umfangreiche Arbeit verdient hätte; es wurde deshalb anheimgegeben, den Bericht in kürzerer Form und zugleich übersichtlicher abzufassen, als bisher. Wir bitten hierzu um Ihre Einwilligung.

Herr Meyerhoff: Auch in der Deputation ist reiflich erwogen worden, daß augenblicklich nicht der geeignete Zeitpunkt sei, Verbilligungen des Gases eintreten zu lassen, während wir andererseits fest überzeugt sind, daß sich solche Verbilligungen mit der Vollendung des Neubaus an der Taubenstraße einführen lassen werden. Auch die Wünsche auf automatische Entnahme des Gases sollen dann Berücksichtigung finden. Herrn Rathe möchte ich aber erwidern, daß es auch im Neubau an der Taubenstraße nicht möglich sein wird, den Koks bedeckt zu lagern. Obwohl ich weiß, zu welchem Resultate Herr Rathe beim Nachwiegen von nassem und trockenem Koks gekommen ist, muß ich doch bemerken, daß der Koks nur ganz minimale Mengen Wasser aufnimmt und zwar weniger als Steinkohlen, die das Wasser nicht so leicht durchlassen. Nach den uns in Dessau vorgeführten Proben wird demnächst der Koks aus unserer neuen Gasanstalt in so vorzüglicher Qualität — silberhell und hart — hervorgehen, daß er dann unmöglich noch Wasser aufnehmen können. In diesem Punkte darf ich mir schmeicheln, etwas Sachverständiger zu sein, da ich Kohlen und Koks verbrauche.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit den Anträgen der Finanzkommission genehmigt.

VI. Anfrage Bunge: Fescherwerden über die Herzogliche Polizeidirektion.

Die Anfrage lautet:

„Ist dem Magistrate bekannt, daß der Erwerb der braunschweigischen Staatsangehörigkeit von der Herzoglichen Polizeidirektion häufig über die Maßen verzögert wird? Was gedenkt der Magistrat zu tun, um diesen Mißstand zu beseitigen?“

Herr Bunge: Dadurch, daß ich in der vorigen Sitzung nicht dazu kam, die Anfrage zu begründen, ist mir ein gut Teil Butter vom Brot genommen worden, indem die krassesten Fälle inzwischen ihre Erledigung gefunden haben. Es handelte sich um hier ansässige Leute, die sich um die Erlangung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechtes beworben hatten, aber keine Antwort erhielten. Früher bekamen die betreffenden Einwohner etwa drei Wochen nach der Meldung die Aufforderung, nach dem Rathause zu kommen, 6,50 M. zu bezahlen und den Bürgerbrief in Empfang zu nehmen. Das hat sich in den letzten Jahren wesentlich geändert, indem die Polizei die Einwohner drei bis sieben Monate hat warten lassen. Angesichts solcher Verhältnisse muß man sich doch fragen, wie das zugeht, da irgendwo eine Nachlässigkeit stattgefunden haben muß. Ich habe mich darüber zu informieren gesucht und gefunden, daß im Rathause keine Schuld vorliegt, da die Gesuche schnellstens befördert wurden, die Schuld also nur an der Herzoglichen Polizeidirektion liegen kann. Man sollte eigentlich meinen, daß die Polizeibeamten genügend Zeit haben müßten, den Anforderungen der Einwohner

schaft gerecht zu werden, denn im vergangenen Sommer hat man doch gesehen, daß Polizeibeamte duzendweise auf den Straßen zu finden waren, wenn die ausgesperrten Metallarbeiter Ausflüge machten, ebenso gingen sie mit den Galiziern durch die Stadt spazieren. Ich möchte deshalb den Magistrat bitten, dafür zu sorgen, daß bei den zuständigen Behörden Remedur geschaffen werde, indem die Polizeibehörde von der vorgesetzten Stelle Anweisung erhalte, die Einwohner, welche die Staatsangehörigkeit und das Bürgerrecht erwerben wollen, nicht so lange warten zu lassen.

Vorsitzender: Die Begründung der Anfrage entspricht ihrem Inhalte nicht, insofern, als die Schlußworte des Herrn Vorredners nicht in einer Anfrage, sondern in einem Antrage auslaufen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Wie schon der Herr Vorsitzende festgestellt hat, liegt ein gewisser Widerspruch zwischen den letzten Worten des Herrn Vorredners und dem Wortlaute der Anfrage, die nur um Auskunft ersucht, aber nicht ein bestimmtes Handeln des Magistrates außerhalb dieses Raumes veranlassen will. Ich werde mich deshalb auf die schriftlich vorliegende Anfrage beschränken. Zunächst freue ich mich, daß Herr Bunge anerkannt hat, daß seitens der Stadtverwaltung alles geschieht, um derartige Anträge schnellstens in das richtige Gleis zu befördern. Dem Antrage auf Verleihung des Bürgerrechtes kann bekanntlich nicht eher nähergetreten werden, bevor nicht dem Antragsteller von der Herzoglichen Polizeidirektion die braunschweigische Staatsangehörigkeit zuerkannt worden ist. Namens des Magistrates kann ich aber nicht anerkennen, daß eine Verzögerung, namentlich eine über die Maßen häufige Verzögerung der Angelegenheit seitens der Herzoglichen Polizeidirektion zu unserer Kenntnis gekommen ist. Es mag sein und ist zuzugeben, daß die genannte Behörde in zahlreichen Fällen nicht umgehend, also z. B. nicht in der nächsten Woche unsere Anfrage beantwortet hat, aber es ist dabei auch festgestellt worden, daß in den meisten dieser Fälle die von den Antragstellern gemachten Angaben nicht zutreffend waren und einer Aufklärung bedurften, die zunächst in die Wege geleitet werden mußte. Daß über solchen Ermittlungen die Herren wollen dabei auch nicht außer acht lassen, daß in einer großen Stadt mit lebhafter Industrie und dem fortwährenden Kommen und Gehen der Bevölkerung zumal in der dritten Wählerklasse es ziemlich oft passiert, daß die persönlichen Verhältnisse des einzelnen sich verschieben, daß auch durch Schreibfehler in den Geburtscheinen, durch ungenaue oder unrichtige Schreibung der Vornamen und selbst der Vaternamen, sowie durch Adoption der Betreffenden Weitläufigkeiten entstehen, die nicht zu vermeiden sind. Man wird zugeben müssen, daß bei einer so wichtigen Angelegenheit die Herzogliche Polizeidirektion die Sache nicht mit einer gewissen Gleichgültigkeit und nachlässigen Eizigkeit behandeln darf, sondern

daß eine sorgfältige Prüfung der Personalien stattfinden muß. Etwas anderes hat sich aber nicht feststellen lassen, ich vermag deshalb die gestellte Frage nur mit Nein zu beantworten. Daraus ergibt sich von selbst, daß es dem Magistrate fern liegt, irgend welche Schritte gegen die Herzogliche Polizeidirektion, der eine Säumigkeit nicht nachzuweisen gewesen ist, zu unternehmen. Sollte aber in dem einen oder anderen Falle eine Säumigkeit zu vermuten sein, so ist doch gewiß der einzelne Antragsteller am ehesten in der Lage, selbst Erkundigungen einzuziehen, wenn er erfährt, daß seine Angelegenheit noch bei der Herzoglichen Polizeidirektion liegt. Es würde ihm darüber an Ort und Stelle Auskunft erteilt werden, und es müßte ihm überlassen bleiben, gegebenenfalls den Beschwerdeweg bei dem Herzoglichen Staatsministerium zu verfolgen. Dieser Weg wird um so leichter zu beschreiten sein, als seit dem 1. Oktober hier ein Arbeitersekretariat eingerichtet worden ist, das solche Rechtsangelegenheiten zu seinem Wirkungskreise rechnet. Ich zweifle nicht daran, daß, wenn wirklich hier und da eine Verzögerung, also eine schuldhafte oder gar absichtliche Vernachlässigung der Pflicht durch einen Beamten vorgekommen sein sollte, auch ohne eine Einmischung des Magistrates Abhilfe zu schaffen sein wird.

Es liegt übrigens auch keine Notwendigkeit vor, mit dem Antrage auf Verleihung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit zu warten, bis der betreffende Bewerber sich hier ein volles Jahr aufgehalten hat. Der Fehler wird sehr oft gemacht, und dann soll die Sache wie aus der Pistole geschossen vor sich gehen. Wenn Herr Bunge diese Sache beschleunigen will, so wird er gut tun, die betreffenden Einwohner darauf aufmerksam zu machen, die Angelegenheit frühzeitig in die Hand zu nehmen; wenn dann das erste Wohnsitzjahr vorüber ist, kann der Antrag auf Verleihung des Bürgerrechtes gestellt werden.

Auf Antrag des Herrn Jasper wird in eine Besprechung der Anfrage eingetreten.

Herr Wesemeier: Die Antwort des Herrn Stadtrat von Frankenberg hat mich deshalb ganz eigenartig berührt, weil von uns in einer ganzen Anzahl von Fällen festgestellt worden ist, daß tatsächlich weit über Gebühr hinaus die Eingaben von der Herzoglichen Polizeidirektion verzögert worden sind. Dabei will ich von vornherein feststellen, daß diese Sachen von der Stadtbehörde sehr beschleunigt worden sind. Daß aber die Ursache der Verzögerung nicht so liegt, wie Herr Stadtrat von Frankenberg hier angeführt hat, wird schon dadurch bewiesen, daß wir eine ganze Reihe von Beschwerdeschriften an das Herzogliche Staatsministerium gerichtet haben. Die betreffenden Einwohner haben auf der Polizeidirektion keine weitere Auskunft bekommen, als daß ihnen gesagt worden ist, die Sache werde schon ihre Erledigung finden, ohne daß darauf weiter etwas erfolgte, und erst als Beschwerde bei dem Herzoglichen Staatsministerium eingereicht worden war, erfolgte

die Erledigung binnen zwei bis drei Tagen. Also nicht an einer fehlerhaften Auskunft der Antragsteller lag die Schuld der Verzögerung, sondern an einem anderen Grunde. Diese Verzögerungen haben sich auch erst in den letzten Jahren herausgebildet und zwar in einer Art und Weise, daß sie allgemein Anstoß erregt haben. Wenn der Magistrat hier erklären läßt, er wolle in der Sache nichts tun, so meine ich, daß, ohne der Herzoglichen Polizeidirektion Vorschriften machen zu wollen, was nicht statthaft ist, doch wenigstens dort Rücksprache genommen und um Beschleunigung der Sachen gebeten werden könne. Tatsächlich kommt es recht oft vor, daß diese Sachen monatelang auf der Polizei liegen, obwohl die Polizeibeamten gleich nach den Wohnungen und Werkstätten der Leute gehen und über sie Auskunft einholen. Die Verzögerungen liegen also nicht an der falschen Auskunft der Antragsteller, sondern an den Verhältnissen bei der Herzoglichen Polizeidirektion.

Herr Jasper: Ich kann die Ausführungen des Vorredners nur unterstützen und möchte von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Vertreter des Magistrates appellieren. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg die Beamten der Hauptregistratur einmal über den Grund der Verzögerungen gehört hätte, so würde er wohl erfahren haben, daß sie nicht auf derartige Fehler zurückzuführen gewesen sind. Die Herren, mit denen ich wiederholt über diese Sachen habe verhandeln müssen, erklärten, daß die Verzögerungen auf die Polizei zurückzuführen seien. Wenn man den von Herrn Stadtrat von Frankenberg angedeuteten Weg beschreiten wollte, so würde das Ergebnis folgendes sein: Die Polizei sagt, wir haben die Sachen abgeschickt und der Magistrat sagt, hier sind sie noch nicht eingetroffen, sodaß man nicht weiß, wo man sie suchen soll. Nachher stellte sich dann heraus, daß die Akten noch im Tischkasten des Herrn Polizeisekretärs Laue lagern. Ich habe in meiner Praxis eine ganze Reihe von Gesuchen um Erwerb der Staatsangehörigkeit anfertigen müssen und dabei die Erfahrung gemacht, daß bis zur Erledigung eine überaus lange Zeit hingegangen ist, obgleich keine Bemängelungen an den eingereichten Papieren vorgekommen sind. Wenn ich dann nach vier Wochen Beschwerde einlegte, so bekam ich nach einer Woche die Antwort, die Beschwerde wäre hinfällig, da die Sache inzwischen erledigt worden sei. Meine Beschwerde hatte aber doch geholfen, da ich innerhalb dreier Tage meinen Zweck erreicht hatte. Hieraus geht hervor, daß bei der Polizei, sei es infolge mangelnder Organisation oder infolge nicht genügender Willigkeit der einzelnen Beamten, nicht alles so klappt, wie es sollte. Ich bitte deshalb den Magistrat, in eine erneute Prüfung der Sachlage einzutreten und wenn er, namentlich auch nach Anhörung seiner eigenen Beamten, finden sollte, daß die hier vorgebrachten Klagen nicht so unberechtigt sind, daß er dann ein entsprechendes Ersuchen an die Herzogliche Polizeidirektion oder direkt an das Herzogliche Staatsministerium richtete, um Abhilfe herbeizuführen. Gründlich

würde das Uebel erst dann zu beseitigen sein, wenn die Polizeidirektion selbst beseitigt würde. (Heiterkeit.)

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners haben allerdings viel für sich: eine derartige Personalunion würde dazu führen, daß nach einheitlichem Verfahren gearbeitet werden könnte und der Magistrat würde dann am besten einen Ueberblick über das ganze öffentliche Leben der Stadt behalten, jedoch ist das alles selbstverständlich nichts als Theorie.

Was die andere Anregung betrifft, so bedarf es zur Feststellung der Thatfachen der Vernehmung von städtischen Beamten nicht, weil jeder Antrag durch meine Hand geht; ich habe genau feststellen können, daß in zahlreichen Fällen Rückfragen für nötig gehalten worden sind und auch nötig waren. Vielleicht ist es aber den Herren nicht ohne Wert zu hören, daß die früher angeregten Verhandlungen wegen der Vereinfachung der zur Erlangung der hiesigen Staatsangehörigkeit erforderlichen Urkunden in nächster Zeit zum Abschluß führen werden. Wir haben im Einvernehmen mit der Herzoglichen Polizeidirektion den Entwurf einer Bescheinigung aufgestellt, der die Gewähr dafür bietet, daß die Familienverhältnisse in einfacher und billiger Form bestimmt werden können, sodaß die Antragsteller nicht mehr nötig haben werden, ihrem Antrage so viele Geburtsurkunden beizufügen, wie sie Kinder haben. Sie sehen also, was seitens des Magistrats geschehen kann und was innerhalb unserer Zuständigkeit liegt, geschieht auch, um die Erlangung der Staatsangehörigkeit zu erleichtern. Ich vertraue aber auch, daß die Herzogliche Polizeidirektion ihre Schuldigkeit in dieser Sache tut.

Herr Rathe: Ich beschäftige mich und einen Teil meines Büreaus schon seit Jahren damit, bei der Erlangung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit und des Bürgerrechts hiesigen Einwohnern behülflich zu sein, und kenne daher die hier besprochenen Verhältnisse. Es ist richtig, daß in einzelnen Fällen die Erlangung der Papiere sehr lange dauert, aber in vielen Fällen geht es auch recht fix. Wenn die Leute ihre Papiere in Ordnung haben, so wird die Angelegenheit in vier bis fünf Wochen prompt erledigt. Eine noch schnellere Erledigung läßt sich aber nicht verlangen. Nehmen Sie jemand in Ihr Haus, so fragen Sie vorher, weß Geistes Kind er ist; kann man es dem Staate verdanken, wenn er es ebenso macht? Der Staat muß auch vorher ausreichende Erkundigungen über die Antragsteller einziehen, damit er weiß, daß deren Angaben auf Wahrheit beruhen: denn mancher versteht etwas geschickt zu verschleiern, was erst hinterher herauskommt. Ich bin also mit der Erledigung der Sachen durch die Herzogliche Polizeidirektion ganz zufrieden gewesen. Der Polizeibeamte kommt allerdings und fragt nach allen möglichen Verhältnissen, jedoch ist das nicht zu umgehen und liegt in seiner Instruction. Aus meinen Akten kann ich feststellen, wie lange Zeit jeder einzelne Fall bis zu seiner Erledigung in Anspruch genommen hat. Wenn aber vielleicht angenommen wird,

daß die Herzogliche Polizeidirektion auf meine Persönlichkeit mehr Wert legt, so ist das ein Irrtum, da sie wohl bei mir öfter revidieren läßt, ob ich Sonntags arbeiten lasse, sonst aber kein besonderes Interesse für mich zeigt. Wenn die Erledigung also länger auf sich warten läßt, so muß wohl etwas vorliegen, das sie verzögert. Eines Falles erinnere ich mich, daß ein Schreiben nach Nordhausen erst nach drei Monaten Erledigung fand und zwar auch erst dann, nachdem ich an den Regierungspräsidenten geschrieben hatte.

Herr Wesemeier: Herr Rathe redet an der Sache vorbei: es handelt sich hier gar nicht um die Beschaffung der Papiere von auswärts, sondern die Klagen wenden sich dagegen, daß die Zeit von der Einreichung der Papiere bis zur Erteilung der braunschweigischen Staatsangehörigkeit zu lang ist. Papiere sind dann nicht mehr beizubringen, sondern es handelt sich nur noch um die Nachfragen der Polizeisergeanten nach den Personalien der Antragsteller. Wenn dabei Fragen gestellt werden wie: „Sind Sie Sozialdemokrat?“ oder „Gehören Sie einem sozialdemokratischen Vereine an?“ so gehört das meiner Ansicht nach nicht dazu. Herr Rathe hat recht, es müssen wohl besondere Verhältnisse vorliegen, durch die die Erteilung der Staatsangehörigkeit hinausgeschoben wird. Wenn Sachen drei bis vier Monate bei der Polizei liegen und auf Beschwerde nach drei bis vier Tagen erledigt werden können, so müssen allerdings besondere Verhältnisse vorliegen.

Herr Rathe: Es ist Pflicht der Polizeiverwaltung, vor der Verleihung der Staatsangehörigkeit die notwendigen Erkundigungen über den Antragsteller einzuziehen. Daß aber die Antworten auf die nach auswärts zu stellenden Anfragen nicht gleich vorliegen, habe ich auseinandergelegt, wenn es auch möglich sein mag, daß die Polizeiverwaltung schneller bedient wird, als eine Privatperson. Jedenfalls dauert die Sache bei verworrenen Verhältnissen etwas länger.

Die Anfrage ist damit erledigt.

VII. Erwerb einer Fläche zur Waterloostraße.

Zum Ausbau der Waterloostraße ist der Erwerb einer 9,07 a großen Fläche erforderlich. Sie steht im gemeinsamen Eigentum des Architekten Lüders und der Erben von dessen verstorbener Schwester Elise Schulze und ist dem Magistrat zum Einheitspreise von 13 M pro qm angeboten. Der Magistrat hält den Preis für angemessen und ersucht, den Erwerb der Fläche gutzuheißen und den Kaufpreis von 11791 M zu bewilligen.

Herr Wolters: Die Baukommission stimmt nach langer eingehender Beratung dem Magistratsantrage zu, wenn sie auch nicht verkennet, daß der Beschluß mit gewissen Uebelständen verknüpft ist. Es ist indessen trotz vielfacher Erwägungen der Baukommission nicht möglich gewesen, anders zu verfahren. Die zahlreichen und ohne Ausnahme sehr gelehrten Häupter der Kommission haben sich bemüht,

etwas Besseres herauszubringen, jedoch ist keinem Haupte eine Minerva entsprungen. (Feiterkeit.) Wenn es auch in früherer Zeit denkbar gewesen wäre, eine etwas günstigere Straßenführung zu erzielen, so ist das jetzt nicht mehr möglich. Es liegt auch die Gefahr vor, daß die Straßenbaukosten so bald nicht zur Einziehung kommen werden, nichtsdestoweniger müssen wir aber auch diesen Uebelstand in Kauf nehmen, zumal in manchen anderen Fällen die Straßenkosten wider Erwarten schnell eingegangen sind. Aus diesen Gründen empfiehlt die Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

VIII. Plattenbelag an der Kasernenstraße.

Unter Ueberreichung eines Kostenanschlages und einer Verteilungsberechnung gibt der Magistrat anheim, zu genehmigen, daß der vor dem Grundstück № ass. 4441 an der Kasernenstraße noch fehlende Plattenbelag mit einem Kostenaufwande von 260 M hergestellt wird. Von diesem Betrage würden der Anlieger 160 M und die Stadt 100 M zu tragen haben.

Die Vorlage wird auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, genehmigt.

IX. Einrichtung von Wasserklosetts auf einem städtischen Grundstücke.

Auf dem städtischen Grundstücke Kreuzstraße 112 finden sich noch Aborte mit Grubenanlagen vor, die nach den Bestimmungen des neuen Ortsbaustatuts in Wasserklosetts umgewandelt und an das Kanalnetz angeschlossen werden müssen. Es wird deshalb ersucht, der Umwandlung zuzustimmen und die zu ihrer Ausführung erforderlichen 400 M zu verwilligen,

was auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Kiefe berichtet, geschieht.

X. Herrichtung eines Spielplatzes für kleine Kinder.

Die städtische Bauverwaltung überreicht einen Entwurf zur Herrichtung des vormals Stellfeldtschen Grundstücks an der Juliusstraße zu einem Spielplatz für kleine Kinder mit dem Hinzufügen, daß die dadurch entstehenden Aufwendungen sich auf 2700 M belaufen werden. Der östliche rückseitige und etwa 9 m breite Teil des Platzes soll durch eine Planke von dem vorderen Platzeile abgetrennt und einschließlich des daselbst befindlichen Stallgebäudes zur Unterbringung von Materialien und Gerätschaften für Zwecke der Unterhaltung und Reinigung der außerstädtischen Straßen benutzt werden. Der Magistrat gibt anheim, der Ausführung dieses Projektes zuzustimmen und die Kosten mit 2700 M zu Lasten der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu verwilligen.

Herr Rathe: In der Versammlung werden häufig Wünsche nach der Einrichtung möglichst vieler Spielplätze laut, wenn dann solche Spielplätze aber eingerichtet werden, so sind sofort deren Anlieger mit großen Beschwerden über die ihnen erwachsenden Belästigungen bei der Hand. Es ist tief zu bedauern, wenn auf der einen Seite versucht wird, dem Bedürfnis nach Spielplätzen nach Möglichkeit abzuhelpen, daß auf der anderen Seite Mittel und Wege gefunden werden, um das Bestreben der städtischen Behörden zu unterbinden. Es mag wohl unbequem sein, in der Nähe seines Grundstücks einen Spielplatz zu haben, das muß indessen ertragen werden, wenn wir die Kinder nicht auf die Straße schicken wollen.

Die Baukommission hat die Vorlage gründlich besprochen und ist dabei zu dem Beschlusse gekommen, der Versammlung zu empfehlen, die Vorlage unter der Voraussetzung zu genehmigen, daß an der Juliusstraße eine einfache geteilte Bedürfnisanstalt angelegt werde und bei Anlage des Spielplatzes die in der Vorlage vorgesehenen Wege tunlichst eingeschränkt werden. Außerdem ist angeregt worden, wenn möglich, einen Teil des Spielplatzes zu grandieren.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will nicht näher eingehen auf den feinen Unterschied zwischen Voraussetzung und Bedingung. Wenn aber die Baukommission die Vorlage nur unter der Voraussetzung genehmigt sehen will, daß eine teilweise für den Spielplatz, teilweise für die Deseutlichkeit bestimmte Bedürfnisanstalt dort angelegt werde, so würde die Genehmigung nur eine bedingte sein. Nach meinem Dafürhalten hat die Baukommission solchen Beschluß nicht gefaßt, sondern nur gewünscht, daß der Magistrat auf die Errichtung solcher Anstalt Bedacht nehmen möge. Ich möchte deshalb bitten, daß der Herr Referent seinen Antrag in dieser Weise einschränkt, weil wir sonst mit den Arbeiten zur Einrichtung eines Spielplatzes nicht würden anfangen können.

Herr Rathe: Nach Rücksprache mit dem Herrn Vorsitzenden der Baukommission ändere ich den Kommissionsantrag dahin ab, daß an Stelle von „unter der Voraussetzung“ gesagt wird, „unter dem Anheimgeben“.

Herr Wolters: Die Baukommission hat die teilweise Grandierung des Spielplatzes ebenfalls nicht als Bedingung der Genehmigung der Vorlage gestellt. (Zustimmung.)

Die Magistratsvorlage wird darauf genehmigt.

XI. Ankauf eines Grundstücks an der Katharinenkirche u.

Nachdem die Kantoratsstelle zu St. Katharinen infolge Ablebens des bisherigen Inhabers weggefallen ist, erschien es dem Magistrat zweckmäßig, auf den stadtseitigen Erwerb des bisherigen Kantoratsgrundstücks an der Katharinenkirche Nr. 5 Bedacht zu nehmen, weil eine zweckmäßige Ausnutzung der beiden

benachbarten städtischen Grundstücke Nr. 4 und 3 nur unter Hinzunahme des erstgedachten Grundstücks möglich ist, und weil außerdem die Erhaltung des auf letzterem stehenden, in architektonischer Beziehung bedeutsamen Hauptgebäudes wünschenswert erscheint. Das Kirchenassessorium hat dem Verkaufe des Grundstücks Nr. 5 an die Stadt zu dem von der städtischen Bauverwaltung für angemessen erachteten Preise von 10 000 M zugestimmt.

Wenngleich in dem Gebäude Nr. 4 früher zeitweilig sogenannte fliegende Schulklassen untergebracht sind, so dürfte doch künftig von einer gleichen Verwendung sowohl des eben erwähnten als auch der beiden angrenzenden Grundstücke dauernd Abstand zu nehmen sein, weil weder die Gebäude, noch auch der Hofraum den schulhygienischen Ansprüchen genügen.

Dagegen läßt sich nach Ausführung eines entsprechenden Umbaues das städtische Arbeitsamt, für das jetzt gegen Zahlung von 1000 M jährlich die erforderlichen Räume ermietet sind, in den Gebäuden Nr. 4 und 5 in durchaus zweckmäßiger Weise unterbringen, und es können überdies in den drei Gebäuden noch drei kleinere Wohnungen und im Grundstücke Nr. 3 und in den Hintergebäuden Geräteräume für die städtische Bauverwaltung, an denen es in der Innenstadt fehlt, hergerichtet werden.

Von der städtischen Bauverwaltung ist zu dem Zwecke ein Projekt ausgearbeitet, das nebst einem Kostenanschlage und Begleitbericht mit dem Bemerkten vorgelegt wird, daß der Magistrat sowohl die allgemeine Anordnung, als auch die einzelnen baulichen Aenderungen für zweckmäßig erachtet.

Die Baukosten sind zu 20 500 M ermittelt, und es ist von der städtischen Bauverwaltung darauf hingewiesen worden, daß nach erfolgtem Umbau der Wert des gesamten Gebäudekomplexes zu 57 500 M, der Mietwert der zu schaffenden Räumlichkeiten aber zu 2700 M jährlich anzunehmen sei. Diese letztere Schätzung hält der Magistrat nicht für völlig zutreffend, da die Ansätze der Mietwerte für das Arbeitsamt (1500 M) und für die Geräteräume (400 M) zu hoch gegriffen sind. Aber auch wenn diese Summen ermäßigt werden und die von der städtischen Bauverwaltung berechnete fünfprozentige Verzinsung nicht erzielt wird, dürfte der Umbau unbedenklich auszuführen sein. Für die in den Gebäuden einzurichtenden kleinen Wohnungen werden sich, obgleich sie den neuzeitlichen Ansprüchen nicht ganz genügen, stets Abnehmer finden, und die Herrichtung der für die Stadtverwaltung unentbehrlichen Geschäftsräume in städtischen Grundstücken dürfte der Ermietung von solchen in Privathäusern regelmäßig vorzuziehen sein.

Die jetzt aufzuwendenden Kosten von zusammen 30 500 M können einstweilen als Voranschuß gebucht werden. Wegen endgültiger Verrechnung derselben und ebenso des einstweilen in vollem Umfange der Stadt kreditierten Kaufpreises für

die vormalß von Boffesche Befißung am Domesee behält sich der Magistrat weitere Anträge vor, und gibt anheim,

ihn zum Ankaufe des Grundstücks an der Katharinentirche Nr. 5 zum Preise von 10000 M und zur Ausführung des vorgedachten Umbauprojektes unter Aufwendung von höchstens 20500 M zu ermächtigen.

Herr Lübke: Wenn man die höhere Schätzung der städtischen Bauverwaltung der Berechnung zugrunde legt, so würde eine fünfprozentige, bei mäßigerer Schätzung aber eine vierprozentige Verzinsung des Anlagekapitals herauskommen. Persönlich begrüße ich die Vorlage und die daraus resultierende Ausgabe mit Freuden, da die Häusergruppe in architektonischer Beziehung einen außerordentlich hohen Wert hat. Um den Hagenmarkt herum ist keine Gruppe stimmungsvoller zu finden und es würde durch den Abbruch der Häuser und die Neubebauung des Platzes eine große Schädigung des Platzes an der Katharinentirche eintreten. Wir müssen hier alles tun, um das Interessante aus früheren Jahrhunderten zu erhalten. Außerdem erzielen wir durch Genehmigung der Vorlage eine gute Verzinsung des Anlagekapitals und eine praktische Verwertung der Gebäude, auch würde der Magistrat dann bei der Unterbringung des Arbeitsamtes nicht von privaten Hausbesitzern abhängig sein. Deshalb möchte ich persönlich die Annahme der Vorlage empfehlen.

Auch die Mehrheit der Baukommission hält die Vorlage für annehmbar, während sich eine erhebliche Minderheit dagegen ausgesprochen hat. Der eine davon wollte absolut einen Neubau haben, der andere aber wollte mit dem alten Braunschweig aufräumen. Ich glaube, Sie würden gut tun, das alte „Gerümpel“ dort zu erhalten, es wird unsere Kinder und Kindesfinder noch überdauern.

Herr Rathe: Ich gehöre zur Minderheit der Kommission und werde gegen die Vorlage stimmen und alles tun, um sie nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen. Für derartige, der Jetztzeit nicht mehr entsprechende Gebäude 20500 M Umbaukosten aufzuwenden, mag wohl für einen Altertumsforscher ideal sein, wir aber müssen mit der Jetztzeit rechnen, und da heißt es: Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen. Die Künstler und Altertumsforscher haben sich nicht gerührt, als wir vor einigen Jahren das wirkliche Idyll in der kleinen Burg zerstört haben; ich erinnere weiter an das alte Polytechnikum mit seinem hochinteressanten Eingang und Treppenaufgang, das die Stadt für einen nicht sehr bedeutenden Preis losgeschlagen hat. Wenn wir jetzt bei diesen alten Rissen anfangen wollen, etwas aus der Vorzeit zu erhalten, so möchte ich wissen, was dann aus unserer Stadt werden soll. Wir bekommen nur dann ein schönes Stadtebild, wenn wir unsere Häuser und Straßen der Neuzeit entsprechend herstellen. Es tut mir leid, daß der Vorsitzende der Baukommission

nicht dafür gesorgt hat, daß wir uns die alten Häuser einmal in- und auswendig ansehen konnten, bevor wir hier einen Beschluß faßten.

Wenn wir hierfür mehr als 20 000 M aufwenden wollten, so würde die Bürgerschaft sagen: wie konnten die Stadtverordneten zustimmen, die alten Baracken auszubauen? Geschieht das wirklich, so legen wir den dortigen Bauplan auf mindestens ein Jahrhundert fest. Wir müssen auch berücksichtigen, daß der angrenzende Wilhelmsgarten sich noch mehr ausdehnen wird, und daß nebenan das moderne Haus mit der Badewanne als Balkon liegt. Mehrere alteingesessene Braunschweiger sagten mir bei Besichtigung der Häuser, sie wüßten nicht, wie man dazu käme, diese Häuser der Nachwelt erhalten zu wollen. Man muß sich auch die Dächer der Häuser ansehen und bedenken, daß wir bei Erhaltung der Gebäude keine den hygienischen Anforderungen entsprechenden Räume bekommen werden, da die letzten Wohnungsinhaber die Wohnungen schon haben räumen müssen. Gehen Sie nur erst einmal hin und sehen Sie sich die Häuser darauf an. Wollen Sie durch Erhaltung solcher Gebäude die Ausdehnung der Stadt etwa immer noch mehr fördern? Während des Denkmalpflegetages habe ich mich über das Aussehen der alten Häuser geradezu alteriert, und ich hätte bald Lust gehabt, die Polizei zu ersuchen, darauf zu halten, daß die Fenster gepußt und die Läden aufgemacht würden. Man wohnt doch hier nicht auf dem Dorfe, daß man an solchen Häusern einfach die Klappen zumacht und den Staub sich dort ansammeln läßt? Ich bitte, die Vorlage nicht anzunehmen, und ich glaube, der Magistrat wird sich dann noch anders entschließen und mir recht geben.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich will anerkennen, daß die Fenster des Hauses mal hätten gepußt werden können; aber Sie werden mir auch recht geben, daß solche Versäumnis vorkommen kann, wenn man sich noch nicht schlüssig gemacht hat, was man mit einem unbewohnten Hause anfangen will. Wir haben ja auch die Vorlage eingebracht, damit die Fenster wieder gepußt werden können. (Weiterkeit.) Ich habe die Bestrebungen des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs mit Freuden begrüßt, weil nicht zu bestreiten ist, daß eine Stadt durch den Fremdenverkehr gefördert wird, jedoch bin ich zweifelhaft, ob man hauptsächlich die Arbeit zur Hebung des Fremdenverkehrs lediglich dem Vereine überlassen, oder selbst dabei mitwirken soll. Bei dem letzten Denkmalpflegeutage ist der Beweis erbracht, daß es für den Fremden gar kein kräftigeres Zugmittel gibt, als die Erhaltung der alten Häuser aus dem Mittelalter. Es läßt sich darüber streiten, ob ein einzelnes Haus ein erhaltungswürdiges Baudenkmal ist oder nicht, aber im Gegensatz zu Herrn Rathe, der von ein paar alten Rissen redet, sage ich, es sind ein paar interessante Bauwerke aus der Vergangenheit, die man nicht ohne weiteres wegnehmen soll. Wenn Herr Rathe aber meinen sollte, ich wisse es auch nicht zu begründen, daß es ein paar schöne Häuser sind, gut, so verlasse ich mich auf Sach-

verständige. Hat man nun aber gesehen, welche Begeisterung am Denkmalspflegtage hier herrschte, als die Kunstverständigen aus ganz Deutschland unsere alten Häuser in der Stadt sahen, so kommt man doch wohl dahin, zu sagen, die Herren verstehen davon noch mehr als Herr Rathe und der Oberbürgermeister. Sie können mir also nicht vorwerfen, ich verstehe nichts davon, da ich mich auf das Urteil von Sachverständigen beziehe. Man kann ohne weiteres behaupten, daß jene sachverständigen Herren es tief beklagen würden, wenn die Stadt dazu schreiten würde, die Häuser niederzureißen, und ich würde es tief bedauern, wenn in die Kreise, welche während des letzten Jahres hierhergekommen sind, und die durch ihr Tagen in unserer Stadt wesentlich dazu beigetragen haben, um Braunschweig im großen Deutschen Reiche bekannt werden zu lassen, Kenntniß von der Rede bringen sollte, die Herr Rathe hier eben über die alten „Rissen“ gehalten hat.

Freilich ist nicht zu bestreiten, daß die in architektonischer Beziehung hochbedeutenden alten Häuser im Innern ohne jede Ausnahme mangelhaft ausgebaut sind. Wodurch ist es gekommen, daß solche Perle mittelalterlicher Baukunst wie der Stern am Kohlmarke, gefallen ist? Weil das alte Haus im Innern nicht so ausgebaut war, um die Rente zu erzielen, die sein Eigentümer daraus ziehen mußte und wollte. Bei der Beratung des Ortsbaustatuts haben wir die Frage erwogen, ob man nicht durch statutarische Vorschrift die Inhaber solcher alten Bauwerke zwingen könnte, sie im Interesse ihrer architektonischen Bedeutung zu erhalten. Von der Versammlung, insbesondere von Herrn Justizrat Wolff, wurde aber darauf hingewiesen, daß das an sich ein richtiger Gedanke wäre, der indessen ein schweres Unrecht im Gefolge haben könnte insofern, als es ein Unglück sein könnte, Eigentümer einer solchen alten „Risse“ zu sein. Damals wurde dann auch eine Resolution angenommen, nach der aus öffentlichen Mitteln für solche Bauwerke etwas aufgewendet werden möchte. Wenn Magistrat und Stadtverordnete diesen Standpunkt noch heute einnehmen, so können sie in dem vorliegenden Falle aber nicht beschließen, ein derartiges Haus selbst abzureißen. Dazu werden Sie den Magistrat schwerlich bringen, wenn er auch sonst dafür eingenommen ist, aus den Ruinen neues Leben erblühen zu lassen. Es können der Kommune oder dem Staate durch die Erhaltung alter Bauwerke allerdings erhebliche Opfer erwachsen, aber das muß geschehen, um nicht dem Vandalismus zu huldigen. So richtig es unter Umständen ist, daß solches Opfer dem einzelnen schwer wird, mit so wenig Berechtigung kann hier Herr Rathe von hohen Kosten sprechen. Wenn alle Erwerbungen der Stadt vom Magistrat der Versammlung so mundgerecht gemacht würden wie diese, so könnten Sie zufrieden sein. Wieviel Prozent Gewinn zieht wohl Herr Rathe aus seinem Hause? Kommen Sie wohl auf 3,8 %? (Herr Rathe: Spinnpottsrechnung!) Wir erzielen hier tatsächlich solchen Gewinn. Wir brauchen auch gar nicht ein so großes Kapital aufzuwenden, weil uns die beiden

anderen Häuser schon gehören. Wenn wir nun der Ansicht sind, daß die Stadt sie nicht abreißen darf, dann sucht man doch nach einem Wege, um sie für die Stadt so brauchbar und nutzbar wie möglich zu machen. Die Aeußerung des Herrn Rathe, die Wohnungen in den Häusern seien so traurig, daß die Leute dort hätten ausziehen müssen, kann ich in bezug auf die Kirchenvoigtswohnung nicht bestreiten; wenn Sie aber dem Vorschlage des Magistrates folgen und die Häuser so ausbauen, wie es vorgeschlagen wird, so bestreite ich, daß es Herrn Rathe gelingen wird, eine gesetzliche oder statutarische Bestimmung zu finden, die bei Benutzung der Wohnungen verletzt werden würde. Wenn Herr Rathe eine solche Bestimmung kennt, so bitte ich ihn, sie zu nennen, was auch schon in der Kommission hätte geschehen können. (Widerspruch des Herrn Rathe.) Sie haben, um unser Projekt herunterzuziehen, gesagt, der Betreffende hätte müssen ausziehen. Will Herr Rathe vielleicht aus der geringen Höhe der Räume von 2,90 m Bedenken herleiten? ich nicht. Es soll mir erst jemand nachweisen, daß die Wohnräume vier bis fünf Meter hoch sein müssen, um als gesund gelten zu können. Wenn nicht zu viele Menschen in die Räume gepreßt werden, wohnen sie in den niedrigeren Räumen ebenso gesund wie in hohen Räumen. Mit der Erwärmung niedrigerer Räume ist es jedenfalls besser bestellt, als bei hohen Räumen, die sich nicht so leicht erwärmen lassen. Ich möchte Herrn Rathe bitten, uns zu sagen, wie er sich die Verwendung der Häuser denkt: sollen sie heruntergerissen werden, um Platz zu gewinnen? Sie zum Verkaufe zu bringen, hat keinen Zweck, denn eine Geschäftsgegend ist es nicht; eine Mietskaserne dort hinzusetzen liegt auch keine Veranlassung vor, da wir leider schon genug davon haben. Nach den unlängst eingegangenen Fragebogen ergibt sich durch die vielen leerstehenden Wohnungen hier ein auf das Jahr berechneter Mietsausfall von annähernd einer halben Million Mark. Wenn uns deshalb Herr Rathe veranlassen will, dort noch eine große Mietskaserne hinzusetzen, so kann ich das nicht für richtig halten. Sollte ein hiesiger Bürger tatsächlich geäußert haben, man werde doch nicht 20 000 M für die Häuser aufwenden, so kann er das nur getan haben, ohne die Vorlage zu kennen. Wenn Sie ihm vorgerechnet hätten, daß wir uns bei diesem Umbau insofern gut stehen, als wir eine schöne Rente dabei erzielen, so würde er vielleicht seine Ansicht geändert haben. Wäre das aber trotzdem nicht der Fall gewesen, so soll es mir auch gleich sein, wenn nur Herr Rathe für unsere Vorlage ist. (Heiterkeit.)

Herr Rieke: Trotz der eingehenden Begründung der Vorlage möchte ich doch empfehlen, sie abzulehnen. Die hier vorliegende schöne Zeichnung ist zu einem kleinen Teile wohl akzeptabel, wogegen der andere Teil der Häuser nichts wert ist. Wenn an das nach dem Wilhelmsgarten zu stehende Haus zwei Mann ansetzen, ich mache eine Wette, so liegt es auf der Nase. (Heiterkeit.) Die anderen Häuser haben sich beeilt, sich der Fluchlinie anzubequemen, bei ihnen stehen die Ständer

wie bei alten Strohdachhäusern in der Heide. (Weiterkeit.) Ich möchte bezweifeln, ob diese Häuser den Ausbau wert sind, denn wenn man erst näher herankommt, sind die Balken verfault. In Architekten- und Gelehrtenkreisen mag man darüber anderer Meinung sein: mancher stirbt lieber in der Heide und mancher lieber in einem Eichenwalde. Solche alten kleinen Häuser haben wir in manchen Straßen, ohne daran zu denken, sie der Nachwelt zu erhalten. Ganz anders liegt die Sache bei unseren Kleinoden aus dem Mittelalter: dem Altstadt-Rathause, dem Hause an der Reichsstraße u. Wenn es sich um ein Haus wie das Knochenhaueramtshaus in Hildesheim handelt, so wäre ich dafür zu haben, aber für diese Vorlage kann ich nicht stimmen. Der Kirchenvoigt hat aus dem Hause ausziehen müssen, weil ihn der Arzt darin nicht hat gesund kriegen können. Die schöne Front an der Straße eignet sich auch zu etwas anderem als zu einer Mietskammer; die Stadt kann z. B. Leute aus städtischen Dienstzweigen in den zu errichtenden Häusern unterbringen, da die Beamten dort gegenüber den Rasenplätzen an der Katharinentirche ruhiger wohnen, als an der Promenade. Hätte man z. B. dem byzantinischen Siebel an der alten Heinrichsburg eine Stelle gewährt — Sachen, die an die Glanzzeit der Stadt Braunschweig erinnern —, so wäre ich dafür zu haben gewesen; aber hier sind die Ziegel auf dem Dache noch das wertvollste, während alles übrige Brennholz und Lehm ist. (Weiterkeit.) Ich sehe nicht ein, weshalb Sie nicht auch den alten Othilienteil aufbewahrt haben. Ich möchte davor warnen, aus dem alten Hause ein neues machen zu wollen, sonst geht es wie mit dem Demmerschen Hause, das an seiner jetzigen Stelle nicht den zehnten Teil der Wichtigkeit des früheren Hauses hatte. Wenn man an die alten Häuser nur die notwendigsten Ausgaben wenden wollte, so möchte es noch gehen, aber 20 000 M. daran zu wenden, halte ich für falsch und unannehmbar. Wenn immer darauf hingewiesen wird, daß hier so viele Wohnungen leer stehen, so kann ich darauf nur erwidern, daß wir selbst schuld daran sind, indem wir nicht getan haben, was wir mußten, um bessere Verkehrsverhältnisse zu erhalten und um zu verhindern, daß an unzumutbarer Stelle und über den Bedarf hinaus gebaut wurde.

Herr Fricke: Ich gehöre zu der Majorität der Kommission und bin dafür, daß die Häuser erhalten bleiben. Die städtischen Behörden dürfen doch unter allen Umständen keinen Vandalismus treiben und die wirklich schöne Fassade von der Bildfläche verschwinden lassen; ich kann mich wenigstens nicht entschließen, dafür zu stimmen. Die Stadt hat in der Neuzeit vielen Ruhm von Fremden eingeerntet, und man würde es dem Magistrate sehr verdanken und schwer anrechnen, wenn er zur Entfernung des alten Hauses seine Zustimmung geben würde. Man behauptet von Nürnberg, es solle keine zweite deutsche Stadt geben, die so interessante alte Bauten beherberge, Sie finden aber hier noch viel schönere Sachen als dort, wir wissen nur nichts daraus zu machen. Und nun wollen wir, die wir den Fremden-

verkehr heben wollen, diese interessante Hausgruppe von der Bildfläche verschwinden lassen? Tun Sie das nicht. Die Herren Rathe und Riefe möchte ich bitten, mir hier mal einen einzigen Neubau zu zeigen, der diesem Bau gleichkommen würde. Die Fassade soll bleiben, die Zimmer bekommen die gezielte Größe und die Wohnungen sollen ausgenutzt werden, was will man denn mehr? Wenn wir jährlich 10000 M. zusetzen müßten, so ließe sich die Sache vielleicht anders überlegen, aber so kann ich es mit meinem Gewissen nicht vereinigen, gegen die Vorlage zu stimmen. Vom künstlerischen Standpunkte aus dürfen wir uns hier nicht ablehnend verhalten, darum nehmen Sie Vorlage an.

Herr Lübke: Herr Rathe hat sich das Ansehen eines gewichtigen Sachverständigen gegeben; ich schätze ihn in manchen Dingen hoch, z. B. als Vorsitzenden des Bürgervereins und als Wagenfabrikanten, aber als Architekten schätze ich ihn nicht hoch. Ich habe mit anderen Architekten gesprochen, die modern bauen, ich bin auch selbst kein Historiker, der sich für alte Sachen besonders interessiert, sondern ich baue nur neue Sachen. Trotzdem habe ich mir aber meinen historischen Sinn insoweit bewahrt, als ich das alte nicht in den Schmutz trete. Ich habe wohl mit hundert Architekten und auch mit anderen Berufsleuten auf dem Denkmalspflegetage die altertümlichen Bauten der Stadt besichtigt und kann Herrn Rathe versichern, daß er, wenn er uns nur eine halbe Stunde begleitet hätte, zu der Ueberzeugung gekommen wäre, eine wie kurzsichtige Ansicht von den Dingen er hat. Es macht doch einen spaßigen Eindruck, wenn Herr Rathe beklagt, daß die alten Häuser an der kleinen Burg abgerissen sind und die Paulinerkirche gefallen ist — was ich übrigens mit dem hiesigen Denkmalausschusse auch bedaure — und wenn er dann in demselben Atem vandalisch und barbarisch solche Bauten niederreißen will. Das ist doch keine Logik, das ist einfach ein Wursteln!

Kein von mir durch die Stadt geführter Fremder ist noch vor dem Hause des Herrn Rathe oder vor dem Wilhelmsgarten stehen geblieben und hat gesagt, das sind schöne Häuser, aber vor diesen alten Buden sind sie stehen geblieben und haben sie schön gefunden. Herr Rathe sagt selbst, neues Leben blüht aus den Ruinen, und hier soll ja gerade neues Leben aus den Ruinen erstehen, indem die alten Bauten für verhältnismäßig wenig Geld wieder hergerichtet und zu einem nützlichen Zwecke auf hundert Jahre brauchbar gemacht werden sollen. Unter solchen Umständen können wir die paar Mark wirklich noch anwenden. Deshalb verstehe ich aber auch Herrn Rathe nicht, und es tut mir leid, daß ich so scharf eine Lanze gegen ihn brechen muß.

Ganz anders läge die Sache, wenn Spekulanten das Grundstück gekauft hätten und wollten nun den Grundbesitz hoch verwerthen. Was würde aber die Stadt erreichen, wenn sie die alten Häuser abbräche und dafür einen Neubau mit einem Aufwande von 120 000 M. errichtete? Ich wenigstens weiß nicht, wie wir diese Ausgabe verginsen sollten, denn ich wüßte nicht, welchem Zwecke das Gebäude dienen

sollte. Wollten wir vielleicht den Neubau mit Dienstwohnungen versehen, damit deren Inhaber die schöne Aussicht auf die gegenüber liegenden Rasenplätze genießen könnten? Wunderbar ist hier die Uebereinstimmung der Herren Rathe und Riefe.

Herrn Riefe schätze ich als Maurer hoch, er ist ein Mann von praktischer Erfahrung, aber für einen Architekten habe ich ihn noch nicht angesehen. Seine Meinung, das eine Gebäude zu erhalten und die beiden anderen abzureißen, würde zu keinem guten Ergebnis führen. Man soll nicht, wenn etwas eine einheitliche Gruppe bildet, sie mutwillig zerstören, denn das Kleinod ist hin, wenn man einen Teil davon nimmt. Herr Riefe sollte sich deshalb von diesem Standpunkte abwenden und mir zustimmen; wir haben uns ja auch sonst in der Kommission leidlich vertragen (Geiterkeit), bei allen uns sonst trennenden Gegensätzen.

Für den Antrag Rathe kann ich mich nicht erwärmen und ich sollte meinen, daß er besser täte, wenn er ihn fallen ließe, denn er wird damit keinen guten Eindruck machen. Was geschieht in dieser Beziehung nicht alles in Hildesheim? Nicht nur das Knochenhaueramtshaus wird erhalten und gepflegt, sondern die Stadt schreibt sogar den Baustil vor, um ein einheitliches Straßenbild zu erzielen, und zwar alles nicht nur aus historischer Liebhaberei, sondern um des lieben Geldbeutels willen, indem der Fremdenstrom nach Hildesheim von Jahr zu Jahr immer größer wird. Nürnberg gibt jährlich Tausende aus, um die alten Stadtmauern zu erhalten, die an sich gar keinen Wert haben. Rothenburg an der Tauber erhält sich mit großen Kosten die alten Laufgänge, obwohl sie seit 300 Jahren keinen Zweck mehr haben; sie haben aber den Wert, daß der Stadtsäckel sich ständig mit deutschem und amerikanischem Gelde füllt. Wenn Sie die Leute auf dem Denkmalpflegekongreß gehört hätten, würden Sie der Magistratsvorlage wahrscheinlich gern zustimmen.

Vorsitzender: Der Ausdruck „Wurfstein“ ist aber doch wohl nicht recht parlamentarisch.

Herr Lübke: Ich nehme den Ausdruck zurück; er ist im Eifer für die gute Sache unbewußt gefallen.

Herr Frühling: Herr Rathe hat sich gewundert, daß ich die Herren der Baukommission nicht erst zu den alten Häusern hingeführt habe. Ich habe aber selten eine Vorlage in die Hand bekommen, die einen so ausgezeichneten Eindruck auf mich gemacht hat wie diese und bei der ich einen derartigen Widerstand so wenig vermutet hätte. Die Vorlage ist finanziell so gut begründet wie wenige, die uns zugehen. Das aufzuwendende Geld wird uns mit 4 % sicher verzinst, was könnte also für ein Grund vorliegen, die alten ehrwürdigen Häuser abzureißen? Warum ist Herr Rathe mit einem Male auf die alten schönen unglücklichen Häuser so wild geworden, daß er sie ohne Grund zerstören will? Jeder Altertumskenner geht hochbefriedigt von solchen Häusern weg und würde unglücklich sein, wenn an deren Stelle ein moderner Kasten entstehen würde. Es würde Vandalismus sein,

wenn die Häuser abgerissen werden sollten. Mir ist der Widerstand um so unerfindlicher, als sich das aufzuwendende Geld gut verzinst. Wenn die Herren glauben, daß die eine Hälfte der Gebäude nicht den hohen architektonischen Wert der anderen Hälfte hat, so ist das richtig, aber im Zusammenhange mit einander sind sie wichtig und wertvoll. Ehe Sie die Vorlage ganz ablehnen, würde ich noch für die Anregung des Herrn Riecke sein, die Vorlage an die Baukommission zurückzuverweisen, um zu prüfen, ob sie sich nicht dahin ändern lasse, daß nur die eine wertvollere Hälfte der Häuser erhalten bliebe.

Herr Sander: Ich stehe im allgemeinen auf dem Standpunkt des Herrn Rathe und meine, daß es hier eine ganze Menge alter Rissen gibt, die abgerissen werden könnten und müßten, um neues Leben aus den Ruinen blühen zu lassen. Ich erinnere nur unter anderen an das alte Löbbede'sche Haus auf der Cellerstraße, das zu $\frac{9}{10}$ abgerissen und zu $\frac{1}{10}$ stehen geblieben ist, um uns als Denkmal aus vergangener Zeit präsentiert zu werden. Die Anwohner sind wirklich nicht darüber erfreut, daß so etwas genehmigt werden konnte.

Hier bin ich aber anderer Meinung, und ich würde meine Stimme für den Abbruch der Häuser nicht geben können. Der Wert der Grundstücke ist von verschiedenen Herren schon genügend gekennzeichnet worden, auf mich wirkt hierbei nur das Gefühl, daß wir verpflichtet sind, derartige Häuser zu erhalten und zu pflegen. Braunschweig ist in allen Sachen hintenan, alle Nachbarstädte überflügeln uns und wodurch? Bei Hildesheim liegt es daran, daß es seine alten Baudenkmäler erhalten hat und deshalb einen großen Anziehungspunkt für die Fremden bildet. Wir haben hier so viele schöne Perlen mittelalterlicher Baukunst und sollten uns angelegen sein lassen, sie nach Kräften zu erhalten. Deshalb bitte ich um Annahme der Vorlage.

Herr Rathe: Ehe Herr Lübke hier war und ehe sich die Professoren vom Polytechnikum für unsere Altertümer interessierten, habe ich Interesse dafür gezeigt und mich über die alten Bauwerke gefreut, auch manchen Architekten darauf aufmerksam gemacht, wie schön das Balkenwerk an den Bauten war, deshalb hat Herr Lübke kein Recht, mich zu einem Vandalen zu stempeln. Ich bin einer der wenigen gewesen, der gegen den Abbruch der Paulinerkirche gewirkt hat, und da heißt es dann: Was versteht der Wagenfabrikant von Architektur! Als die Stadt das Collegium Carolinum verkaufte und ich sehen mußte, wie der grandiose Treppenaufgang der Vernichtung preisgegeben wurde, und wie Rothe die Sachen vom Abbruche des Bevern'schen Schlosses kaufte, da hat mir das leid getan, aber ich habe mein Licht nicht vor der Öffentlichkeit gezeigt, dazu war ich zu wenig bekannt. Wenn Sie mich aber des Vandalismus zeihen, so muß ich das hier erwähnen. Wenn die alten Kasallen an der Katharinentirche denken und hören könnten, wie viele Worte hier um sie gemacht werden, sie würden stolz von selbst zusammenfallen!

Der Herr Oberbürgermeister schießt über das Ziel hinaus, wenn er sagt, es gebe hier Mietskasernen genug und etwas anderes lasse sich nicht dorthin bauen. Wir brauchen doch stadtseitig genug Verwaltungsgebäude und unsere Architekten würden hier schon ein passendes Gebäude herstellen, das mindestens ebenso gut wirken würde, wie die renovierten alten Häuser. Ich glaube aber, es ist nun genug über diese Angelegenheit gesprochen worden und Sie werden mir vielleicht in einigen Jahren recht geben. Bei mir gilt der Grundsatz: Was würdest du tun, wenn dir die alten Gebäude gehörten? Und ich würde antworten: Weg damit, herunter mit dem Krempel! (Heiterkeit.)

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Darin liegt gerade der Unterschied zwischen der Stadtverwaltung und Herrn Rathe. Letzterer ist praktischer Geschäftsmann, aber die Stadt darf sich nicht lediglich von finanziellen Rücksichten leiten lassen.

Was die finanzielle Seite der Angelegenheit betrifft, so liegt sie in Wirklichkeit etwas anders, als hier hervorgehoben worden ist. Ich glaube, selbst Herr Rieke ist nicht dafür, daß man die östliche Partie der Häuser herunterreißt, wenigstens habe ich aus seinen Bemerkungen entnommen, daß er das Rantorenhaus und die alte Katharinen-Schreibschule stehen lassen will. Dann ergibt sich aber ein ganz anderes Exempel. Wir müßten nämlich fragen: was ist aufzuwenden, um in den Besitz des neuen Grundstücks zu kommen und dort die Häuser auszubauen? Das sind 30 500 M. Weiter hätten wir zu fragen, was eventuell daraus zu lösen ist, wenn wir die beiden nach dem Vohlwege zu gelegenen alten Häuser verkaufen. Wir haben schon einmal versucht, das eine Haus zu verkaufen, der Erfolg war aber so schlecht, daß wir uns sagten, für den Preis wollen wir das Haus behalten. Nach meinen Erfahrungen wird man für die Partie, die weniger wertvoll sein soll, höchstens 10 000 M. bekommen. Dann stellt sich das Exempel folgendermaßen: Der Erwerb und Ausbau kostet 30 500 M. + 10 000 M., macht 40 500 M. Dabei kommt eine ganz andere Verzinsung heraus, und wir stehen uns gut bei der Sache.

Ob es angezeigt erscheint, die Baukommission noch einmal darüber zu hören, ob vielleicht die Sache getrennt werden soll, das will ich der Versammlung überlassen. Es würde darauf ankommen festzustellen, wieviel auf die östliche und wieviel auf die westliche Partie entfällt. Wenn Sie das noch wissen wollen, kann es festgestellt werden.

Herr Koch: Ich beabsichtige auch zuerst, gegen die Vorlage zu stimmen weil ich meinte, daß die Instandsetzung solcher alten Häuser, wenn sie erst angegriffen werden, mehr kostet, als veranschlagt worden ist. Andererseits sagte ich mir auch, ob es wohl möglich wäre, derartige Räume bewohnbar zu machen und sie unserm Ortsbaustatute anzupassen. Nach den Ausführungen des Herrn Ober-

bürgermeisters und der übrigen sachverständigen Herren bin ich in der Beziehung aber zufriedengestellt und werde dafür stimmen.

Herr Meyerhoff: Ich gehörte zur Minorität der Baukommission und war mit Herrn Riefe der Meinung, daß wohl der eine Teil der Gebäude des Erhaltens wert sei und daran anschließend ein Neubau errichtet werden könnte. Ich habe mich aber auch belehren lassen und gestehe offen zu, nachdem ich mir die Sache nochmals angesehen habe, daß bei Erhaltung des ganzen Gebäudeskomplexes doch mehr der einheitliche Charakter des Straßenteiles gewahrt wird. Herr Rathe hat mit seiner Ansicht nicht so ganz unrecht, und ich möchte wohl wissen, ob es anderen Sterblichen vergönt sein würde, aus solchen alten Häusern noch etwas zu machen. Die Räume sind mit ihrer Höhe von 2,90 m nach meiner Ansicht vollständig ausreichend und für kleinere Verhältnisse besser, als so hohe Räume; ich möchte jedoch bitten, der Bürgerschaft, die vielleicht ihre alten Rissen ebenfalls in solcher Weise wieder nutzbar machen will, das gleiche Entgegenkommen zu zeigen, was wir mit Genehmigung dieser Vorlage dem Magistrate erweisen wollen.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit 15 : 11 Stimmen genehmigt.

XII. Annahme eines Overturnlehrers.

Auf Anregung des Schuldirektors Professor Schaarschmidt und im Einvernehmen mit dem Schulvorstande erachtet der Magistrat die Anstellung eines Overturnlehrers im Interesse der Förderung des Turnunterrichts und der Turnspiele für durchaus zweckmäßig, zumal die Einrichtung auch noch den wesentlichen Vorteil im Gefolge haben würde, daß unter der Anleitung des Overturnlehrers Lehrerinnen zu Turnlehrerinnen ohne besondere Kosten würden ausgebildet werden können. Auch erachtet der Magistrat für billig, daß dem Overturnlehrer neben seinem Gehalte als Bürgerschullehrer eine nicht pensionsfähige besondere Vergütung von vorläufig jährlich 300 M. gewährt werde. Obwohl es sich dabei einstweilen nur um einen Versuch handeln soll, so ist die Zustimmung der Versammlung dazu doch erforderlich, weil seine Durchführung die Schaffung einer neuen Lehrerstelle bedingt. Es wird daher anheimgegeben, die Zustimmung zu erteilen.

Herr Nolte: Die Schulkommission hat die Vorlage beraten und empfiehlt dringend deren Annahme. Es ist Ihnen bekannt, welche wichtige Rolle das Turnen spielt: ein methodischer Turnunterricht hat einen großen Wert zur Erzielung der Volksgesundheit und solcher Unterricht läßt sich am besten in der Schule pflegen. Ein ordentliches Turnen führt dazu, auf die eigene Kraft vertrauen zu lernen, auch Mut und Energie werden dadurch gestärkt. Daß das Turnen an unseren Schulen zurzeit auf einer verhältnismäßig geringen Stufe steht, werden wir dem Leiter der Bürgerschulen glauben müssen.

Herr Meyerhoff: Ich freue mich, daß ein Overturnlehrer angenommen werden soll. Da ich mit dem hiesigen Turnleben ziemlich vertraut bin und immer eine Lanze für das Turnen brechen werde, so möchte ich empfehlen, die Stelle auszuscheiden, zumal ich nicht glauben kann, daß hier eine geeignete Persönlichkeit dafür vorhanden ist. Ein systematisches Turnen kann meines Erachtens nur von einem seminaristisch gebildeten Lehrer gelehrt werden, der auch den Kursus als Turnlehrer durchgemacht hat, und ein solcher fachmännisch ausgebildeter Turnlehrer wird hier kaum am Orte zu finden sein.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich möchte bitten, von der Ausschreibung der Stelle abzugehen, zumal es sich vorläufig nur um einen Versuch handelt und wir uns hinterher erst schlüssig machen wollen, ob der Versuch geglückt ist. Für die Stelle ist ein hiesiger Bürgerchullehrer in Aussicht genommen, der auf der Zentral-Turnanstalt in Dresden auch als Turnlehrer ausgebildet worden ist, und der Schulvorstand hat es mit Freuden begrüßt, daß gerade ein hiesiger Lehrer für die Stelle geeignet erscheint. Wir haben es indessen nicht für angemessen erachtet, Personalien hier in der öffentlichen Sitzung zu verhandeln.

Herr Kieke: Die letztere Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters, daß die neue Stelle eines Overturnlehrers aus der hiesigen Lehrerschaft besetzt werden soll, wird wesentlich zu deren Beruhigung beitragen, da das noch nicht allgemein bekannt gewesen zu sein scheint.

Die Magistratsvorlage wird hiernach angenommen und sodann die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4 bis 8 Uhr.

1906/1907.Nr. 11.

Bericht

über die

Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 7. Februar 1907.

Tagesordnung:

I.	Antrag Ohlendorf: Ausbesserung des Pflasters der Juliusstraße . . .	Seite 344
II.	Antrag Esdorn: Uebernahme der Eisbahnen . . .	" 344
III.	Antrag Kalms: Festsetzung der Stunden für das Teppichklopfen etc. . .	" 345
IV.	Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Amtsstetten des Magistrates . . .	" 346
V.	Besserung der Beleuchtung vor dem Hoftheater . . .	" 347
VI.	Bauten im Innern der St. Magni-Kirche . . .	" 350
VII.	Einrichtung anderer Diensträume für die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke. . .	" 353
VIII.	Klosettanlage beim Altiadtrathause . . .	" 356
IX.	Beitrag für den Deutschen Städtetag . . .	" 356
X.	Einrichtung neuer Bürgerhulffassen. . .	" 357
XI.	Wahl eines Preisrichters . . .	" 357
XII.	Umbauarbeiten etc. in der Freibadeanstalt . . .	" 357
XIII.	Ausbau eines Teiles der Kajerenträhe . . .	" 360
XIV.	Bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes . . .	" 361
XV.	Beleuchtung der sogen. Rettungseisen . . .	" 362
XVI.	Stabelverlegung im Bürgerparke . . .	" 363

XVII.	Ankauf eines Grundstücks am Mittelwege	Seite 364
XVIII.	Erwerb von Grundflächen zum Cyriaksring.	" 365
XIX.	Zuschuß an die Sterbefälle der städtischen Beamten	" 365
XX.	Aufnahme eines Prozesses	" 366
XXI.	Statut, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	" 367

~~~~~

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte Heymann, von Frankenberg, Wagner, Lange und Blasius.

Entschuldigt die Herren Frühling, Günther, Meyerhoff und Stegmann; später erscheint Herr Weichsel.

Die Versammlung wird von dem Vorsitzenden, Herrn Wolff, eröffnet und geleitet.

#### I. Antrag Ohlendorf: Ausbesserung des Pflasters der Juliusstraße.

Herr Ohlendorf (zur Begründung): Der Teil der Juliusstraße zwischen Kaland- und Sophienstraße befindet sich in einem derartig schlechten Zustande, daß er notwendigerweise ausgebessert werden muß. In dem Pflaster sind zahlreiche steingroße Löcher, die einerseits die Pferde in Gefahr bringen, ein Bein zu brechen, andererseits veranlassen, daß die Wagenstange hin und her schleudert und den Pferden an die Beine schlägt. Ich beantrage daher:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, die Ausbesserung des Pflasters der Juliusstraße veranlassen zu wollen.“

Der ausreichend unterstützte Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

#### II. Antrag Esdorn: Uebernahme der Eisbahnen.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die bisher an den Eisbahnverein verpachteten Eisbahnen möglichst bald in eigene Verwaltung zu übernehmen.“

Herr Esdorn (zur Begründung): Unter den heutigen Verhältnissen hat man sich beim Nahen des Winters an den Vorstand des Eisbahnvereins zu wenden, um Abonnementskarten zur demnächstigen Benutzung der Eisbahnen zu erhalten, oder man muß beim Betreten derselben einen Eintrittspreis von 10 S für Kinder und

30  $\mathcal{M}$  für Erwachsene bezahlen. In anderen Städten, z. B. in Hannover und Magdeburg, hat man die Eisbahnen in städtische Verwaltung übernommen und Hannover erhebt z. B. von Kindern 2  $\mathcal{M}$  und von Erwachsenen 10  $\mathcal{M}$  für die einmalige Benutzung der Eisbahn, während es dort Abonnementskarten nicht gibt. Die milden Winter der letzten Jahre haben dazu geführt, daß der hiesige Eisbahnverein durch die Verausgabung der Abonnementskarten sehr viel Geld verdient hat. Wenn ich auch anerkennen will, daß er seine Ueberschüsse bislang immer für gute Zwecke verwendet hat, so muß man andererseits bedenken, daß hierfür keine Gewähr für die Zukunft geleistet werden kann. Die Leitung des Vereins lag bei dem Turninspektor Hermann bislang in guten Händen und wird auch jetzt noch gut aufgehoben sein, aber das bietet immer noch keine Gewähr dafür, daß der Verein auch in Zukunft die Eisbahn stets in gutem Zustande erhält und daß die Bürgerschaft an dem Eislaufsport so allgemein teilnehmen kann, als wenn die Stadt die Verwaltung der Eisbahnen übernimmt. Schon der jetzt für eine Einzelkarte erhobene Preis ist zu hoch, um eine allgemeine Beteiligung der Bürgerschaft zu ermöglichen. Es handelt sich bei meinem Antrage nicht darum, für die Stadt Mittel zu gewinnen, sondern es soll auch den Kindern der unbemittelten Einwohner Gelegenheit gegeben werden, an dem Eisport teilzunehmen. Dann wird sich auch sofort die Notwendigkeit herausstellen, daß die jetzigen beiden Eisbahnen dem Bedürfnisse nicht genügen und weitere Eisbahnen eingerichtet werden müssen. Vor allen Dingen sind die Eintrittspreise bedeutend herabzusetzen. Andere Städte haben die Ueberwachung der Eisbahnen der Feuerwehr übertragen, und da unsere Direktion schon verschiedentlich zu verstehen gegeben hat, daß sie für Nebenbeschäftigungen der Mannschaften noch Zeit übrig hat, so würde das wohl auch hier möglich sein. Dieser Punkt spielt indessen zunächst noch keine Rolle, die Hauptsache ist, daß die Eintrittspreise ermäßigt werden.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

### III. Antrag Kalm's: Festsetzung der Stunden für das Teppichklopfen etc.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ein Statut auszuarbeiten, in dem die Stunden für das Teppichklopfen etc. festgelegt werden.“

Herr Kalm's (zur Begründung): Der Inhalt des Antrages ist in Zeitungen und Versammlungen schon genügend besprochen worden. Zur Einbringung des Antrages, den ich schon vor längerer Zeit habe stellen wollen, bin ich hauptsächlich durch die vielen Beschwerden auch von solchen Familien veranlaßt worden, die

Braunschweig erst in neuerer Zeit zum dauernden Aufenthalt genommen haben. Es wurde mir gesagt, der Aufenthalt in Braunschweig wäre recht angenehm, aber der Mißstand des Teppichklopfens und das Reinigen der Möbelstücke vom Balkon aus von früh 6 Uhr bis in die Nacht hinein würde den einen oder anderen veranlassen, Braunschweig wieder den Rücken zu kehren. (Widerspruch.) Das ist eine Tatsache.

Aber nicht allein von diesen Familien ist der Uebelstand empfunden worden, auch die Aerzte haben sich darüber zu beklagen. Mancher Arzt wird durch das Teppichklopfen so gestört, daß er kaum seine Sprechstunde abhalten kann. Dasselbe gilt von vielen Schulkindern, die zu bestimmten Stunden nicht imstande sind, ihre Schularbeiten fertigzustellen. Leider entbehrt das Polizei-Strafgesetzbuch und auch die Straßen-Polizei-Ordnung einer entsprechenden Strafbestimmung.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Es wird kaum nötig sein, diesen Antrag weiter zu verfolgen, da der Magistrat schon beschlossen hat, ein entsprechendes Statut auszuarbeiten.

Vorsitzender: Dann ist die Sache damit wohl erledigt. (Zustimmung des Herrn Ralms.)

#### IV. Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Amtsketten des Magistrates.

Der von Herrn Hauswaldt mit Unterstützung von noch fünf Stadtverordneten gestellte Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in den Etat für 1907/08 eine Summe einzustellen, um die Amtsketten des Oberbürgermeisters und der Mitglieder des Magistrates für die Stadt zu erwerben, um später die Amtsketten nur noch für die Dauer des Amtes den betreffenden Personen zu überlassen.“

Herr Hauswaldt (zur Begründung): Als im Jahre 1881 der alte Herzog Wilhelm sein Regierungsjubiläum feierte, wurde überlegt, wie der Magistrat und die Stadtverordneten bei der Gelegenheit erscheinen sollten. Für den Magistrat ist früher, wie ich nebenbei bemerken will, auch eine Uniformvorschrift vorhanden gewesen, jedoch ist sie schon seit langer Zeit außer Gebrauch gekommen. Der Magistrat hatte sich im Jahre 1881 dahin geeinigt, und auch vom Herzoglichen Staatsministerium war ein entsprechender Erlaß publiziert worden, daß die Mitglieder des Magistrates und die beiden Vorsitzenden der Versammlung, im Falle sie in dieser ihrer Eigenschaft öffentlich erscheinen, mit Amtsketten angetan die städtischen Behörden repräsentieren. Aus dem Umstande, daß im Jahre 1881 die Ketten an die Stelle von Uniform getreten sind, hat der damalige Magistrat gefolgert, die Ketten wie eine Uniform behandeln zu müssen, und der Oberbürgermeister Pockels hatte darauf als selbstverständlich angenommen, daß die einzelnen Mitglieder des

Magistrate sich diese Ketten selbst kaufen müßten. Diese Idee war damals, soweit man das heute beurteilen kann, von einer gewissen Bescheidenheit diktiert worden, sie hat jedoch in ihrer weiteren Entwicklung und auch vom idealen Gesichtspunkte aus einen höchstwenig angenehmen Verlauf genommen. Während die Amtsketten der beiden Vorsitzenden der Versammlung schon seit dem Jahre 1881 der Stadt gehören und deren Inhabern nur für die Amtsdauer ausgehändigt werden, waren die Ketten der Magistratsmitglieder Eigentum der betreffenden Personen, wodurch die wenig angenehme Sachlage entstand, daß beim Tode von Magistratsmitgliedern die Ketten im Besitze der Hinterbliebenen waren und mit diesen zum Teil sehr weitläufige Verhandlungen wegen Uebernahme der Kette gepflogen werden mußten. Als seinerzeit die Anzahl der Magistratsmitglieder erhöht wurde, wollten einige Mitglieder die Kosten für eine Kette nicht aufwenden und blieben infolgedessen ohne Kette. Man hat doch jedenfalls beabsichtigt, den Mitgliedern des Magistrates in den Ketten ein Kennzeichen zu geben, daß sie die Bürgerschaft repräsentieren, nicht aber hat man die Ketten ihnen als Eigentum überweisen und dadurch in alle möglichen Hände übergehen lassen wollen, aus denen sie erst wieder zurückgekauft werden mußten. Es sollte sich um wirkliche Ehrenketten handeln. Von diesem Standpunkte aus halten es die Antragsteller für richtig, daß die Ketten, wie es auch in Bremen und Hamburg geschieht, den betreffenden Personen von der Stadt für die Zeit ihrer Amtstätigkeit verliehen werden und hinterher in das Eigentum der Stadt zurückgehen. Die für die Durchführung des Antrages erforderliche Summe ist nicht sehr hoch, da die Ketten nicht allzu teuer gewesen sind. Ich möchte Ihnen aber dringend ans Herz legen, den Antrag zu unterstützen, damit die dafür erforderliche Summe bei dem nächstjährigen Etat noch berücksichtigt werden kann.

Den genügend unterstützten Antrag erhält die Finanzkommission zur Vorberatung.

#### V. Besserung der Beleuchtung vor dem Hoftheater.

Dem Wunsche der Finanzkommission, behufs besserer Beleuchtung der westlichen Seite des Hoftheaters an den beiden dort stehenden Straßenbahnmasten je zwei doppelflammige hängende Glühlampen anzubringen, kann der Magistrat nicht entsprechen, weil die Straßeneisenbahn-Gesellschaft an die Anbringung dieser Lampen die Bedingung knüpft, daß die Stadt alle Unfälle, die dadurch herbeigeführt werden, auf ihr Risiko nimmt, und daß die Gesellschaft für keinen Schaden an der Anlage aufzukommen hat. Von diesen Bedingungen kann der Magistrat die erstere nicht annehmen, weshalb er auf seinen früheren Vorschlag zurückkommt und ersucht, an der Westseite des Herzoglichen Hoftheaters die Aufstellung von zwei Randelabern mit je zwei doppelflammigen hängenden Glühlampen zu

genehmigen und die Kosten hierfür in Höhe von 400 M sowie die Betriebskosten zu verwilligen.

Nach dem Berichte des Herrn Buchler hat sich die Finanzkommission dem Antrage des Magistrates einstimmig angeschlossen und gibt dessen Genehmigung anheim.

Herr Kalms: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es nicht möglich ist, die beiden Kandelaber mehr nach der Mitte des Theaters zu aufzustellen, weil der jetzt erzielte Lichteffect mir nicht richtig verteilt zu sein scheint. Vom Steinwege aus sieht man jetzt abends nach dem Hoftheater zu auf einen dunklen Punkt, der vermuten läßt, daß dort die Stadt zu Ende sei. Am besten wäre es gewesen, an den beiden Masten der Straßenbahn Glühlampen anzubringen; da das aber abgelehnt worden ist, so wäre zu prüfen, ob es nicht vorzuziehen wäre, einen größeren Kandelaber mit 4 Flammen nach der Mitte zu aufzustellen und auf jede Seite noch einen einflammigen Kandelaber zu stellen. Hierdurch würde der Lichteffect vom Steinwege aus gesehen bedeutend größer werden. Mit der Magistratsvorlage wird nach meinem Dafürhalten nicht erreicht werden, daß der Platz vor dem Hoftheater eine ausreichende Beleuchtung erhält.

Herr Stadtrat Lange: Die Absicht hat allerdings bestanden, in der Mitte zwischen den beiden Masten der Straßenbahn einen Kandelaber aufzustellen und rechts und links davon noch einen; es wurde indessen dagegen das Bedenken geäußert, daß durch den Kandelaber in der Mitte das Theater am Tage zu sehr verdeckt würde. Es würde das keinen guten Eindruck machen und auch den Zugang zum Theater behindern. Aus dem Grunde ist der Magistrat davon abgegangen, zumal er glaubt, daß es genügen würde, die beiden sehr schön leuchtenden Kandelaber aufzustellen, die seiner Ansicht nach zur Beleuchtung des Platzes vollständig ausreichen. Zu einer weiteren Beleuchtung des Platzes hält sich der Magistrat nicht verpflichtet. Da wir nun ferner den Gesichtspunkt im Auge gehabt haben, daß die Sache nicht zu teuer werden möchte, so haben wir geglaubt, den Herren mit der Vorlage genügend entgegengekommen zu sein.

Wenn die Herren aber beschließen sollten, in der Mitte noch einen Kandelaber aufzustellen, so würde ich das persönlich mit Freuden begrüßen, denn ich würde mich sehr freuen, wenn eine noch bessere Beleuchtung des Platzes genehmigt werden sollte. Der Magistrat ist bei seiner Vorlage von Sparsamkeitsrücksichten ausgegangen, während die Deputation gewünscht hat, daß eine noch bessere Beleuchtung des Platzes gewählt werden möchte. Als Vorsitzender der Deputation würde ich also einen solchen Beschluß mit Freuden begrüßen und ich hoffe, daß vielleicht auch der Magistrat seine Zustimmung dazu geben würde. (Heiterkeit.)

Herr Fiedel: Durch Herrn Kalms ist hier eine prinzipielle Frage angeschnitten worden, ob man nämlich eine Beleuchtung der Straße oder des Straßenbildes vornehmen soll. Wenn man das letztere will, so wird durch die Verwirk-

lichung des Kalm'schen Antrages das Straßenbild allerdings eleganter und schöner, während für die Beleuchtung der Straße selbst die Magistratsvorlage genügen dürfte. Mit der Annahme des Kalm'schen Antrages würde aber das hier bisher befolgte Prinzip verlassen werden. Dieselbe Frage ist bereits hinsichtlich des Friedrich-Wilhelmsplatzes erörtert worden. Sie sehen, es geht dort in der versuchten Weise: der Friedrich-Wilhelmsplatz ist jetzt gut beleuchtet und wird nach Genehmigung der Vorlage unter XIV der Tagesordnung noch besser beleuchtet werden.

Herr Kalm's: Aus den früheren Verhandlungen hat wohl jedes Mitglied der Versammlung die Ueberzeugung gewonnen, daß durch die bessere Beleuchtung unserer Plätze auch das Straßenbild mit verbessert werden sollte. (Widerspruch.) Man hat wohl anerkannt, daß die Beleuchtung für die Passanten genügt, jedoch sollte eine bessere Beleuchtung des Straßenbildes geschaffen werden und hierin eine gewisse Reklame liegen. Diese Ansicht möchte ich auch für das Hoftheater aufrecht halten. Jetzt sieht es vom Steinwege aus des Abends aus, als wenn am Hoftheater die Stadt zu Ende wäre und man käme dort auf das Feld. Ich möchte deshalb beantragen, die Magistratsvorlage abzulehnen und zu beschließen, daß am Hoftheater drei Kandelaber in der von mir vorhin erörterten Weise aufgestellt werden. Die Verbesserung der jetzigen Beleuchtung ist nicht nur des Straßenbildes wegen nötig, sondern sie läßt auch nach dem Parte zu noch zu wünschen übrig. Es würde sich in dem vorliegenden Falle nur um die Mehrkosten für zwei Flammen handeln, da die beiden Seitenkandelaber nur mit je einer Flamme versehen zu werden brauchen.

Herr Schöttler: Ich möchte bitten, den Antrag der Kommission anzunehmen. Wir haben die Sache in der Deputation hin und her besprochen und sind der Idee des Herrn Kalm's deshalb nicht näher getreten, weil es nicht gut möglich ist, einen Kandelaber vor eine Treppe zu setzen. Das hat so etwas Unästhetisches an sich, daß ich mich nicht dafür begeistern könnte. Dazu kommt, daß wir von vornherein anerkannt haben, daß die Beleuchtung des eigentlichen Theaters nicht Sache der Stadt sein kann, sondern daß die Theaterverwaltung dafür zu sorgen hat. Solange die Lampen brennen, sieht die Sache gut aus, wenn sie aber ausgebracht werden, erscheint die Front tot. Bei Nacht würde sich also das Straßenbild durch den Antrag Kalm's verbessern, am Tage aber nicht.

Herr Esdorn: Ich bin auch der Meinung, daß ein großer Kandelaber vor dem Hoftheater den Verkehr stören und am Tage schlecht aussehen würde. Der von Herrn Kalm's erstrebte Zweck ließe sich aber vielleicht dadurch erreichen, daß die beiden dort schon vorhandenen Kandelaber etwas mehr nach der Mitte zu gerückt würden. (Widerspruch.) Wenn es möglich wäre, sie so weit nach der Mitte zu

verschieben, daß sie vom Steinwege aus gesehen würden, so wäre der Zweck erreicht und sie würden zur Beleuchtung des Hoftheaters wesentlich beitragen. Ich möchte daher Herrn Kalms bitten, seinen Antrag zugunsten dieser Anregung zurück-zuziehen.

Herr Kalms: Mir ist gesagt worden, daß es wegen der Straßenbahnmasten unmöglich sei, die Kandelaber mehr nach rechts und links zu verschieben. Vielleicht ließe es sich aber durch Verhandlungen mit der Straßenbahn ermöglichen, deren Masten etwas zu verschieben. Der Raum dort ist so groß, daß die Theaterbesucher durch einen größeren Kandelaber in keiner Weise behindert würden. Besser wäre es allerdings, wenn es sich ermöglichen ließe, die beiden Kandelaber möglichst in der Richtung des Steinwegs aufzustellen, weil damit das Straßenbild gebessert werden würde. Ich ziehe meinen Antrag zurück, bitte aber, dem Kommissions-antrage den Zusatz zu geben, daß der Magistrat erwägen möchte, ob die beiden Kandelaber nicht weiter zusammengedrückt werden können.

Die Magistratsvorlage wird darauf mit diesem Zusatzantrage angenommen.

#### VI. Bauten im Innern der St. Magni-Kirche.

In der Sitzung des Kirchenlassen-Kollegiums vom 4. Januar 1907 wurde über die Nachforderungen für Bauten im Innern der St. Magni-Kirche beraten und folgendes beschlossen:

1. Die Instandsetzung des Fußbodens ist nicht nur unter den Bänken des Mittelschiffs, sondern auch in den Seitenschiffen und im hohen Chore erforderlich; es wird beschlossen, diese Instandsetzung nach Maßgabe des Vorschlages der städtischen Bauverwaltung ausführen zu lassen, d. h. die ganzen Flächen einheitlich mit Pinoleum auf Asphalt und Betonunterlage belegen zu lassen. Das Pflaster im Turme und dicht am Altar kann unbedenklich beibehalten werden. An Kosten hierfür werden 6800 M bewilligt.
2. Die elektrische Beleuchtung der Kirche ist unter Beseitigung der Gasleitung herzurichten und es werden hierfür 4500 M bewilligt.
3. Für die Reinigung der Orgel werden 880 M und für den Umbau 1080 M verwilligt; von Herrichtung eines elektrischen Antriebes für das Gebläse soll Abstand genommen werden.
4. Das Kesselhaus soll unter Aufwendung von 2000 M umgebaut werden. Dagegen wird die Heizung einstweilen beibehalten, weil eine Erwärmung der Kirche auf 10 bis 12 Grad für genügend erachtet wird. Da indessen für zweckmäßig gehalten wird, demnächst die neue Heizanlage so herzurichten, wie schon jetzt von der städtischen Bauverwaltung empfohlen worden ist, so sollen bei Instandsetzung des Fußbodens schon jetzt die Heizkanäle an den Seiten hergerichtet werden. Die vorhandenen Kanäle, die bei Herrichtung der neuen Heizanlage demnächst

vertieft und verbreitert werden müssen, können unbedenklich auch später noch umgebaut, bedeckt und mit Linoleum belegt werden.

5. Das Gestühl in der Kirche soll unter Aufwendung von 800 M. mit neuem Anstrich versehen werden.

6. Von Erweiterung der Windfänge wird Abstand genommen und die Zugwirkung dadurch beseitigt werden, daß künftig die seitlichen kleinen Türen geschlossen werden, und der Eintritt in die Kirche durch das Hauptportal erfolgt. Die Trittstufe im Turmvorraum wird beseitigt und in diesem eine elektrische Glühlampe angebracht. Die seitlichen Türen werden bei Schluß des Gottesdienstes geöffnet, die Verschlüsse sind jedoch so einzurichten, daß die Türen im Notfalle von innen jederzeit geöffnet werden können. Die hierdurch entstehenden geringen Kosten sind ohne vorgängige besondere Veranschlagung aufzuwenden.

Nach der Ansicht des Magistrates erscheint die Aufwendung dieser Kosten geboten, und die Versammlung wird ersucht, sich hierüber zu äußern.

Namens der Baukommission berichtet Herr Wolters, daß gegen die beabsichtigten Aufwendungen nichts zu erinnern sei.

Zum Punkte 4 der Vorlage führt Herr Koch folgendes aus: Im Kirchenvorstande zu St. Magni wurde beschlossen, auch die Heizung neu anzulegen, da die alte Heizungsanlage nahezu 30 Jahre bestehe. Der Kirchendiener muß jetzt schon abends 5 Uhr anfangen zu heizen, wenn er es bis zum andern Morgen bis auf 10 Grad Wärme bringen will. Wenn die städtische Bauverwaltung geglaubt hat, daß die jetzige Heizanlage noch weiter beibehalten werden könne, so ist diese Sparsamkeit mit dem großen Kohlenverbrauch nicht in Einklang zu bringen. Es dürfte sich auch nicht empfehlen, jetzt das Innere der Kirche zu renovieren und später eine neue Heizanlage dort anzubringen. Ich habe mich gewundert, daß das Kirchenfassenkollegium sich in dieser Frage ablehnend verhalten hat. In den neuerdings instandgesetzten Kirchen wird erst morgens um 5 Uhr mit dem Heizen begonnen und eine Temperatur von 15 Grad erzielt, während in der Magnikirche 12 Stunden früher angefangen wird und die Temperatur doch nur auf 10 Grad zu bringen ist. Deshalb bedaure ich, daß für die Magnikirche eine neue Heizanlage nicht vorgesehen ist.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Zunächst möchte ich in formeller Beziehung bemerken, daß es doch keine Bedenken hat, wenn hier in der Versammlung von einem einzelnen Mitgliede darauf hingearbeitet wird, daß für die Kirchen noch mehr Geld ausgegeben wird, als das Kirchenfassenkollegium für nötig hält. Das könnte vielleicht bei solchen Ausgaben geschehen, über die Sie mit uns gemeinschaftlich zu verüben haben, nicht aber hierbei, wo sich die Versammlung nur zu äußern hat. Herr Koch hat gesagt, er müßte seiner Verwunderung Ausdruck geben über den Beschluß des



Kirchenassessoriums, und deshalb möchte ich dieses dagegen in Schutz nehmen. Die städtische Bauverwaltung hat eingehend berichtet, daß die Heizung noch nicht abgängig sei und sie deshalb deren Erneuerung zurzeit noch nicht empfehlen könne. Ich gebe zu, daß die neuen Heizungen vollkommener sind, als die Anlage in der Magnikirche, aber meiner Meinung nach genügt eine Erwärmung der Kirche auf 10 bis 12 Grad vollständig, da die Besucher Mäntel und Ueberzieher nicht abzulegen pflegen. Es ist auch nicht richtig, wenn Herr Koch sagt, daß der spätere Einbau der Heizanlage für das Innere der Kirche von Nachteil sei; denn es werden schon jetzt Vorkehrungen getroffen, daß ein solcher Einbau ohne große Schwierigkeiten in etwa zehn Jahren erfolgen kann. Es ist dann nämlich weiter nichts nötig, als die Randle etwas zu vertiefen.

Herr Hauswaldt: Es scheint zur Gewohnheit zu werden, daß einzelne Mitglieder der Versammlung, die zugleich einer außenstehenden Korporation angehören, das Recht, das sie draußen nicht gefunden haben, hier suchen. Das Kirchenassessorium ist bei seiner Beschlussfassung von der Ansicht ausgegangen, nicht darauf zu dringen, die Anlage herzustellen, wenn die städtische Bauverwaltung erklärt, die vorhandene Heizung könne noch zehn Jahre beibehalten werden. Nach dem vorliegenden Projekte wird aber die Decke erhöht, sodaß der Heizer in Zukunft vor seinem Ofen stehen kann und nicht davor zu hocken braucht. Jedenfalls ist es nicht Sache der Stadtverordneten, die vom Kirchenassessorium beschlossenen Ausgaben noch zu erhöhen, sondern es liegt eher noch in der Möglichkeit, deren Beschränkung zu veranlassen.

Herr Wolters: Die neue Heizung soll 11 000 M. kosten, während die vorhandene Heizung sich noch in sehr guter Verfassung befinden soll; es würde also technisch falsch sein, diese noch gute Heizung zu beseitigen. Der Fußboden wird aber derartig angelegt, daß dort jederzeit eine andere Heizung eingerichtet werden kann.

Die Punkte 4 - 6 der Vorlage werden darauf, ebenso wie die ganze Vorlage gutgeheißen.

Herr Hauswaldt: Ich will hier keine Anklage gegen irgend welche städtische Dienststelle erheben, aber ich möchte doch als Bürger des dortigen Stadtteils und als Mitglied der Magnigemeinde meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die gar nicht so bedeutende Erneuerung der Kirche über ein Jahr in Anspruch nehmen wird. Ich glaube nicht, daß solche Arbeit an anderen Orten so lange dauern würde. Auf die bei mir eingelaufenen vielen Anfragen möchte ich hier feststellen, daß es Ostern noch nicht möglich sein wird, in der erneuerten Kirche die Konfirmation zu feiern.

## VII. Einrichtung anderer Diensträume für die Verwaltung der Licht- und Wasserwerke.

Der Magistrat hat schon früher darauf hingewiesen, daß die Geschäftsräume der Direktion der Licht- und Wasserwerke nicht länger im Feuerlöschgebäude an der Münzstraße belassen werden können. Dabei sind nicht nur die Störungen ausschlaggebend, die durch den einen Betrieb dem andern verursacht werden, sondern es fällt hierbei ebenso wesentlich der Umstand ins Gewicht, daß bei der fortwährenden Zunahme der Geschäfte der Direktion infolge Ausdehnung des Betriebes auch deren Räume schon zurzeit sehr beengt sind, und zwar gilt dies nicht nur von den Bureauräumen, sondern auch von den Lager- und Werkstattsräumen. Außerdem fehlt es schon seit längerer Zeit an einem genügend großen Unterkunftsraume für die Laternenwärter.

Der Magistrat ist im Einvernehmen mit der Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke der Ansicht, daß es sich empfiehlt:

- a. die Bureauräume (für den Direktor, den Bureauvorsteher und das diesem unterstellte Personal, für die technischen Hilfsbeamten und die Messerkontrollen) nebst einigen Lagerräumen für kleinere zum Verkauf gelangende Gegenstände im ehemaligen Stadtkassengebäude,
- b. die Werkstätten und die zur Aufnahme der größeren und schweren Materialien, der Wagen und Karren erforderlichen Lagerräume in und bei dem ehemaligen Flußwasserwerke herzurichten und
- c. im jetzigen Werkstattsgebäude auf dem Hofe des Feuerlöschgebäudes nicht nur die vorhandene kleine Werkstatt (Schmiede) beizubehalten, sondern dort auch je einen angemessenen Unterkunftsraum für die Rohrnetzwerke und für die Laternenwärter herzurichten.

Hierzu wird folgendes bemerkt:

Zu a. Da sich die an sich wünschenswerte Vereinigung des ganzen Betriebes in einem inmitten der Stadt gelegenen Grundstücke ohne sehr erhebliche Kosten nicht erreichen läßt, so empfiehlt es sich wenigstens die Bureauräume, in denen die Kassengeschäfte erledigt und insbesondere auch die Kostbestellungen entgegen genommen werden, tunlichst im Mittelpunkte der Stadt zu unterhalten. Für diese ist die Lage des Grundstücks der ehemaligen Stadtkasse durchaus günstig, und sie bietet auch überdies den Vorteil, daß bei der geringen Entfernung der dienstliche Verkehr zwischen dem Rathause und dem fraglichen Dienstgebäude wesentlich erleichtert wird. Es kommt hinzu, daß ohne wesentliche Kosten eine Erweiterung der Bureauräume später unter Aufwendung nicht erheblicher Kosten dadurch möglich sein würde, daß das vorhandene Nebengebäude sehr wohl um ein Geschöß erhöht werden kann.

Die jetzt erforderlichen baulichen Aenderungen würden nach den Vorschlägen der städtischen Bauverwaltung und der Verwaltungsdeputation vornehmlich in der Herrichtung eines Treppenhauses, in der Instandsetzung des Innern des Hauptgebäudes und in der Beschaffung einer Zentralheizung sowie von Wasserflosetts bestehen.

Die zu seiner Durchführung erforderlichen Kosten sind zu 17 000 M. ermittelt.

Zu b. Ob es sich im Falle der Anschließung geeigneten Trinkwassers im Süden der Stadt empfehlen würde, zur Hebung desselben das alte Wasserwerk wieder in Betrieb zu setzen oder aber von dieser Anlage demnächst nur das Reinwasserbassin und ein oder zwei zu überbauende Filter als Reservoir des bereits am Gewinnungsorte zu enteisenenden Wassers zu benutzen, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen. Soviel steht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht der Direktion und der Verwaltungsdeputation schon jetzt fest, daß die ursprüngliche Maschinenhalle und der größere Teil des Kesselhauses dauernd für andere Zwecke verfügbar sein werden.

Diese Räume sind als Werkstätten und Lagerräume durchaus geeignet, und ebenso bietet der an der Westseite des Betriebsgebäudes gelegene Hof reichlich Raum zur Lagerung der schweren Materialien und zur Aufstellung der Wagen und Karren. Den technischen Betrieb dorthin zu verlegen empfiehlt sich auch deshalb, weil dem Werkmeister Franz die neben dem alten Wasserwerke liegende Dienst- und Werkstattegebäude gewährleistet sein würde. Ueber die hier geplanten und von der Verwaltungsdeputation gutgeheißenen baulichen Aenderungen und Schuppenbauten gibt das der Vorlage beigelegte Projekt näheren Aufschluß. Die aufzuwendenden Kosten (darunter 2000 M. für eine ohnehin nicht zu umgehende Umdeckung des Daches des Betriebsgebäudes) sind zu 45 000 M. geschätzt worden.

Zu c. In Ansehung der Aenderungen, die im Innern des Werkstattegebäudes an der Münzstraße vorgenommen werden sollen, ist ein genaues Projekt noch nicht ausgearbeitet, doch sind die Kosten zu 2000 M. überschlagen. Der Magistrat behält sich vor, wegen dieser Aenderung demnächst weitere Anträge zu stellen und beabsichtigt, damit eine Vorlage wegen baulicher Aenderungen im Stallgebäude an der Münzstraße zu verbinden. Die Ausführung dieser Arbeiten würde übrigens auch erst dann in Angriff genommen werden können, wenn die unter b erwähnten Arbeiten beendet sind, und ebenso kann selbstverständlich auch der Umbau des Stadtkassengebäudes erst dann in Angriff genommen werden, wenn die Hilschule daselbe geräumt haben wird.

Der Versammlung wird anheimgegeben,

der Verlegung der Dienst-, Lager- und Werkstatträume der städtischen Licht- und Wasserwerke zuzustimmen, die Ausführung der unter a und b erwähnten Projekte zu genehmigen und die dafür aufzuwendenden Kosten

mit 17 000 M und 45 000 M mit der Maßgabe zu verwilligen, daß nach dem bislang als angemessen erachteten Teilungsverhältnis der Reservefonds der Gaswerke  $\frac{3}{5}$  und derjenige des Wasserwerks  $\frac{2}{5}$  zu übernehmen hat.

Die Entscheidung darüber, welche von den zurzeit seitens der Licht- und Wasserwerke benutzten Räumen im Feuerlöschgebäude demnächst der Berufsfeuerwehr zu überlassen seien, muß sich der Magistrat vorbehalten. Hierüber sowie über die Kostenfrage wird der Versammlung demnächst nach Anhörung der Feuerlöschdeputation und nach vorgängiger Verständigung mit Herzoglicher Polizeidirektion eine besondere Vorlage unterbreitet werden.

An dieser schon im vergangenen Jahre ausgearbeiteten Vorlage wünschte die Baukommission einige Aenderungen vorgenommen zu sehen, deren Durchführung die städtische Bauverwaltung auf Veranlassung des Magistrates übernommen hat. Diese Aenderungen beziehen sich einerseits auf die Ausbildung des neu zu errichtenden Treppenhauses, andererseits auf die Schaffung einer Durchfahrt. Etwas ungünstiger gestaltet sich nach der Ansicht der städtischen Bauverwaltung die Anlage der im Hause unterzubringenden Bedürfnisanstalten, jedoch werden auch diese Einrichtungen noch als ausreichend angesehen werden können. Die Umbaukosten würden sich nach dem neuen Projekte von 17 000 M auf 18 800 M erhöhen.

Was den Ausbau des ehemaligen Maschinen- und Kesselhauses des alten Wasserwerkes anlangt, so wird bei Durchführung der in der Vorlage näher erörterten Baulichkeiten eine Summe von 49 600 M statt 45 000 M gefordert.

Der Magistrat hat den geänderten Projekten zugestimmt und beschloßen, in Erweiterung der früheren Vorlage die Verwilligung der höheren Baukosten zu empfehlen.

Herr Lübke: Die Baukommission hat diese Vorlage in verschiedenen Sitzungen geprüft und auch versucht, die sämtlichen für die Licht- und Wasserwerke erforderlichen Räume einheitlich unterzubringen, ist aber ebenso wenig wie der Magistrat zu einem anderen Ergebnis gekommen. Es wird deshalb die Genehmigung der Vorlage in ihrer abgeänderten Form empfohlen. Eingeschränkt ist diese Empfehlung allerdings in einer Richtung: in dem Gebäude ist eine reichlich opulente Eichenholzterasse vorgesehen, die nach der Ansicht der Kommission durch eine um etwa 230 M billigere massive Treppe ersetzt werden kann. An der Gesamtsumme von 18 800 M wollten wir aber trotzdem keinen Abstrich vornehmen.

Das Projekt der Einrichtung der Werkstätten in dem alten Maschinenhause ist durchaus ansprechend durchgebildet worden. Wir hatten daran nur zu beanstanden, daß zur Beleuchtung der Flure eine Anzahl von Oberlichtschächten vorgesehen ist, wodurch der Lagerraum auf dem Boden sehr beengt werden würde. Wir glauben,

daß ohne diese Schächte ausgekommen werden kann, wenn im Turme ein neues Fenster durchgebrochen würde und wenn ein Teil der Wände im Arbeiteraume und in der Werkstatt in durchsichtiger Form hergestellt werden könnte.

Die Baukommission beantragt daher die Bewilligung der geforderten Summen in Höhe von 18800 M und 49600 M, welchem Antrage die Versammlung zustimmt.

### VIII. Klosettanlage beim Altstadttrathause.

Die im Hofe des Altstadttrathaus-Grundstücks gelegenen Grubenaborte sind der statutarischen Anforderung entsprechend umzuändern oder durch eine neue Abortanlage zu ersetzen. Einer Aenderung der Anlagen steht der Umstand entgegen, daß die Grube gleichzeitig als Miststätte dient und als solche beibehalten werden muß. Von der städtischen Bauverwaltung ist deshalb die Einrichtung von zwei neuen Klosetts in Vorschlag gebracht worden, die einen Kostenaufwand von 740 M erfordern werden. Der Magistrat gibt anheim, sich mit der geplanten Einrichtung einverstanden zu erklären und den Betrag zu bewilligen.

Herr Rathe: Die Baukommission hat die Vorlage eingehend geprüft und empfiehlt deren Annahme, dabei in das Ermessen des Magistrats verstellend, ob nicht eine zweckmäßigere Einrichtung der Klosetts an dieser Stelle zu erreichen sei. Der Raum des Waschhauses ist groß genug und es könnte vielleicht eines der Fenster als Lüreingang für ein Klosett benutzt werden, während die Klosetts hinter die Fenster zu liegen kämen.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

### IX. Beitrag für den Deutschen Städtetag.

Der Versammlung ist bereits in der Sitzung vom 23. November 1905 davon Mitteilung gemacht worden, daß dem Magistrate eine Teilnahme von Vertretern der hiesigen Stadt an den Verhandlungen des Deutschen Städtetages angezeigt erschiene, worauf beschlossen wurde, ein Mitglied der Versammlung zu der ersten Sitzung des Städtetages abzuordnen.

Dem Städtetage beizutreten, hatte sich der Magistrat schon am 7. Oktober 1905 bereit erklärt, auch im März 1906 für das Kalenderjahr 1906 den Beitrag von 1,50 M für jedes angefangene Tausend Einwohner mit 193,50 M aus dem Dispositionsfonds gezahlt. Für das Jahr 1907 ist dieser Beitrag in Gemäßheit der letzten Volkszählung anderweit auf 205,50 M festgesetzt worden und übersteigt somit denjenigen Betrag, über den ohne Zustimmung der Versammlung zu verfügen dem Magistrate gestattet ist. Mit dem Bemerken, daß der Posten für die folgenden

Jahre in den Haushaltsplan eingestellt werden soll, ersucht der Magistrat, der Zahlung von 205,50 M für das Kalenderjahr 1907 zuzustimmen, was auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Fudel berichtet, geschieht.

#### X. Einrichtung neuer Bürgererschulklassen.

Der Schuldirektor Schaarschmidt hält nach Eingang der Anmeldungen für das Schuljahr 1907/08 die Einrichtung von 7 neuen Klassen für nötig und zwar 2 Klassen für die mittlere Knaben-Bürgerschule an der Comeniusstraße, 1 Klasse für die 4. mittlere Mädchen-Bürgerschule, und 4 Klassen für die neu zu eröffnende 10. untere Bürgerschule an der Diesterwegstraße. Zur Besetzung dieser Klassen mit Lehrpersonal wird die Neuannahme von einem provisorischen Lehrer und drei provisorischen Lehrerinnen für erforderlich gehalten. Außerdem wird gebeten, zwei neue Hilfslehrer zur Vertretung bei Beurlaubungen und Erkrankungen einzustellen und die dafür erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Der Magistrat bemerkt hierzu, daß die Mittel für Annahme der neuen Lehrkräfte in den nächstjährigen Voranschlag eingestellt worden sind, daß er jedoch, um rechtzeitig die erforderliche Auswahl treffen zu können, anheimgebe, diese Mittel schon jetzt bis zu 7200 M zu verwilligen. Auch die Einrichtung von sieben neuen Klassen hält der Magistrat für gerechtfertigt.

Auf Empfehlung der Schulkommission, für die Herr Kolte berichtet, wird die Vorlage gutgeheißen.

#### XI. Wahl eines Preisrichters.

Der Verkehrsverein ersucht, in das zu bildende Preisgericht für die Herausgabe eines die Stadt Braunschweig empfehlenden Plakats ein Mitglied des Magistrats und zwar möglichst Herrn Oberbürgermeister Ketemeyer sowie ein Mitglied der Versammlung, als welches Herr Prof. Lübke in Vorschlag gebracht wird, zu wählen. Der Magistrat ersucht, die Wahl eines Mitgliedes der Versammlung vorzunehmen.

Die Versammlung folgt diesem Vorschlage des Verkehrsvereins und wählt auf Befürwortung der Baukommission, für die Herr Wolters berichtet, Herrn Lübke zum Preisrichter.

#### XII. Umbauarbeiten etc. in der Freibadeanstalt.

Das Wasser der Oster befügt vor dem Bassin für Nichtschwimmer in der Freibadeanstalt einen gegen das jenseitige Flußufer gerichteten Lauf. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein, die innere Ecke des Bassins stumpfwinklig abzurücken. Sollte aber eine weitere Abschragung der nordöstlichen Abflußwand des Bassins

beliebt werden, so dürfte es sich empfehlen, sie derartig auszuführen, daß sich keine Schmutz- und Schaumablagerungen an verdeckt liegenden Stellen bilden können. Das läßt sich durchführen, indem bei gleichzeitiger Belassung einer kleinen Insel für den dort an der Oerböschung stehenden Weidenbaum, eine offene Rinne angelegt wird, die am oberen Ende eine Breite von 2m und unten eine solche von 1,50m erhalten würde. Um ein Fortspülen der Insel zu verhüten, würde diese auf den inneren Seiten mit Spundwänden abzuschließen sein. Bei der gewählten Absträgung des Bassins ist allerdings der freie Raum vor der bereits bis hart an das Abortgebäude herangerückten Auskleidebude etwas eng, er läßt sich jedoch an der schmalsten Stelle durch Ueberdeckung der Abflußrinne mit einem Lattenrost verbreitern. Hierdurch würde auch zugleich ein Zugang zu der Insel geschaffen werden können.

Die Kosten dieser Umgestaltung des Bassins belaufen sich einschließlich der Umgrenzung der Insel und der Umsehung der Bude auf 2450 M, sodaß nach Abzug der für den vorliegenden Zweck noch vorhandenen Mittel von 400 M noch ein Betrag von 2050 M zur Verfügung zu stellen sein würde.

Der Magistrat hat gegen dieses Projekt nichts einzuwenden und ist auch mit der Aufwendung der geforderten Summe einverstanden.

Herr Fricke empfiehlt namens der Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Sander: Bei dieser Gelegenheit gestatte ich mir die Anfrage, inwieweit das Projekt einer Flußbadeanstalt für das weibliche Geschlecht gediehen ist. Ich wollte einen derartigen Antrag stellen, höre aber, daß über ein solches Projekt schon im Magistrate verhandelt worden ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wegen Behandlung dieser Frage ist eine besondere Deputation eingesetzt worden, die sich in mehreren Sitzungen mit der Angelegenheit befaßt hat und vorläufig zu dem Resultate gekommen ist, daß es sich empfehlen würde, eine nur im Sommer zu benutzende Badeanstalt für Frauen an der Westseite der Filter des alten Wasserwerkes im Bürgerparke einzurichten. Dort steht genügender Raum für die Anstalt zur Verfügung, man war nur noch im Zweifel darüber, wie die Anlage der Buden sich am besten bewerkstelligen läßt, ob man sie an das Ufer auf den Sand oder in das Flußbett hinein stellen will, sodaß die Buden selbst den Abschluß nach außen hin bilden. Das von der städtischen Bauverwaltung vorgelegte erste Projekt ist von der Deputation nicht ohne weiteres akzeptiert worden, sondern die städt. Bauverwaltung wurde ersucht, noch ein anderes Projekt auszuarbeiten, das hoffentlich in kurzer Zeit eingehen wird, sodaß der Magistrat in der Lage sein wird, dessen Ausführung noch zum Frühjahr zu empfehlen.

Herr Ralms: Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob die Deputation nicht auch ins Auge gefaßt hat, eine Badeanstalt, wie sie hier im Bürgerpark besteht, in einer anderen Gegend der Stadt einzurichten, denn ich bezweifle, daß mit dem durch die Vorlage angeforderten Betrage von 2450 M den geschilderten Uebelständen abgeholfen werden kann. Ich habe auf der Badeanstalt verschiedentlich gebadet, aber es ist unmöglich, jemand zuzumuten, in solchem Wasser zu baden, und ich begreife nicht, daß unser Gesundheitsausschuß dort noch nicht eingeschritten ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich wäre, unter Benutzung des außerordentlich klaren Schunterwassers beim neuen Wasserwerke eine Badeanstalt einzurichten. Ehe man hier also 2450 M ausgibt, würde es sich doch empfehlen, in Ueberlegung zu nehmen, ob nicht eine zweite Anstalt eingerichtet werden kann.

Herr Oberbürgermeister Hetemeyer: Die Deputation hat sich mit der Frage eingehend beschäftigt, ist dabei aber zu dem Resultate gekommen, daß es am richtigsten sein wird, die Badeanstalt an ihrer jetzigen Stelle zu belassen. Wenn die Frage demnächst näher erörtert werden sollte, ob im Norden der Stadt noch eine Badeanstalt errichtet werden soll, so wird meiner Ueberzeugung nach davon kaum die Folge sein, die jetzige Badeanstalt zu schließen. So schnell geht das nicht, und außerdem wird dabei die weite Entfernung sehr schwer ins Gewicht fallen. So furchtbar wie Herr Ralms die Wasserverhältnisse in der Badeanstalt darstellt, habe ich sie auch nicht gefunden. Ich gebe zu, daß das Bassin nicht gerade muster-gültig ist, aber es kann und soll ja auch durch dessen gründliche Reinigung Abhilfe geschaffen werden. Ich hatte mir vorgenommen, der städtischen Bauverwaltung die Anregung zu geben, daß der dort schon lange Jahre lagernde Schlamm gründlich herausgebracht und dafür reiner Sand hineingebracht werde. Wenn das geschieht und alle paar Jahre wiederholt wird, so dürfte die Anstalt vorläufig noch dem Bedürfnis genügen. Es wird den Herren darüber demnächst eine Vorlage zugehen.

Herr Probst: Soviel ich mich entsinne, ist die Deputation seinerzeit gewählt worden, um zu prüfen, ob hier eine große Badeanstalt für Sommer und Winter errichtet werden sollte. Wenn die Deputation zu dem Resultate gekommen sein sollte, die Errichtung einer solchen Anstalt ad calendas Graecas zu vertagen, so würde ich das bedauern. Die Stadt wird sich mit der Zeit der Notwendigkeit nicht entziehen können, eine derartige Badeanstalt zu errichten, und ich möchte empfehlen, das Grundstück der in Konkurs geratenen Haaseschen Badeanstalt zu erwerben, um darauf eine der Neuzeit entsprechende Anstalt zu errichten.

Herr Oberbürgermeister Hetemeyer: Ich kann auch hier nur wiederholen: es hat keinen Zweck, darauf jetzt einzugehen, denn dazu haben Sie eine Deputation eingesetzt und schon aus Rücksicht auf diese dürfte es sich empfehlen, erst ihre Gründe zu hören.



Herr Probst bedauert es, daß die Deputation nicht dazu gekommen ist, auch eine Badeanstalt für den Winter in Vorschlag zu bringen. Wenn Herr Probst uns zu dem Zwecke 300 000 M zur Verfügung stellen wollte, so würde die Deputation wohl zu einem anderen Resultate gekommen sein. Die Frage wegen der Haaseischen Badeanstalt haben wir mehrere Male eingehend im Magistrate und in der Deputation geprüft, sind aber immer wieder zu der Ansicht gekommen, daß sie für unsere Zwecke vollständig ungeeignet ist.

Herr Fricke: Wenn Herr Kalms meint, die Aufwendung der 2450 M wäre überflüssig, so irrt er sich, denn wenn dort 600 Menschen baden, so müssen wir für möglichst gutes Wasser sorgen. Dagegen können wir mit diesem Betrage doch keine neue Badeanstalt errichten. Es liegt uns daran, für Arbeiter und deren Kinder gutes Badewasser herzustellen, und da sind die 2450 M eine Kleinigkeit gegenüber dem Nutzen, den das Baden in gutem Wasser bringt.

Herr Esdorn: Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkte wie Herr Probst. Wenn er bedauert, daß nur eine Sommerbadeanstalt für das weibliche Geschlecht geschaffen werden soll, so meine ich, daß wir der Deputation dafür nur dankbar sein können. Die Eisenbahn-Badeanstalt hat im vorigen Jahre versucht, für das weibliche Geschlecht Badezellen in einfachster Form zu errichten und die Sache ging. Wir sollten uns deshalb freuen, wenn die Deputation eine eigene Badeanstalt für Damen schaffen will und dadurch den vielfach geäußerten Wünschen der Bürgerschaft Rechnung getragen wird.

Herr Kalms: Ich wollte nicht mit den 2450 M eine neue Badeanstalt errichten, sondern wollte nur fragen, ob diese Summe überhaupt noch ausgegeben werden soll. Von einem Arzte habe ich gehört, daß dort das ganze Oberwasser an und für sich ungesund wäre, weshalb ich zur Erwägung verstellen wollte, ob man unter solchen Verhältnissen noch einen derartigen Betrag für die Badeanstalt ausgeben könnte und dafür nicht lieber in Aussicht nehmen sollte, eine andere Badeanstalt zu errichten. Ich spreche mich auch für die Vorlage aus und will nur den Magistrat bitten, nicht außer Augen zu lassen, daß auch noch in einer anderen Gegend eine Badeanstalt errichtet werden möchte.

Die Magistratevorlage wird sodann gutgeheißen.

### XIII. Ausbau eines Teiles der Kasernenstraße.

Für den Ausbau der Kasernenstraße zwischen Wiesenstraße und der Straße am Fallerslebentore hat die städtische Bauverwaltung einen Kostenanschlag aufgestellt, nach dem die Grunderwerbskosten zu 24 500 M, die Baukosten zu 35 000 M und der voraussehbare Einheitsbeitrag der Anlieger zu 113,40 M für 1 m Frontlänge ermittelt worden sind. Der Magistrat ersucht, den Ausbau der projektierten Straßen Nr. 90 und 91 des Ortsbauplans sowie der Kasernenstraße zwischen

Wiesenstraße und Einmündung der projektierten Straße Nr. 90 gutzuheißen und das mit Kostenanschlag und Kostenverteilung vorgelegte Projekt zu genehmigen. Zugleich wird gebeten, sich damit einverstanden zu erklären, daß die projektierten Straßen 90 und 91 zu Ortsstraßen erklärt werden und dafür die offene Bauweise festgesetzt wird.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rathe berichtet, wird der Vorlage zugestimmt.

#### XIV. Bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.

Der Magistrat hält die Beseitigung der auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz an einem Maste der Straßeneisenbahn-Gesellschaft angebrachten Lucas-Lampe für geboten, weil von der Gesellschaft seinerzeit gefordert war, daß die Stadt für alle durch Anbringung der Lampe an dem Maste etwa entstehenden Unfälle aufkommen müsse, und eine ausdrückliche Ablehnung dieser Bedingung durch die Direktion der Licht- und Wasserwerke nicht erfolgt ist. Es kommt hinzu, daß sich die Lucas-Lampe nicht so bewährt hat, wie bei ihrer Anbringung gehofft wurde. Dem Vorschlage der Verwaltungsdeputation entsprechend hält der Magistrat daher für zweckmäßig, die Lampe zu beseitigen und als deren Ersatz einige Kandelaber aufzustellen, durch die gleichzeitig eine bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes erreicht werden würde.

Es wird deshalb empfohlen,

1. die Aufstellung eines schmiedeeisernen Kandelabers mit 4 Stück doppelstammigen hängenden Gasglühlichtlampen, dessen Kosten einschließlich Aufstellung zc. 1025 M betragen, während für die zur Beschaffung des erforderlichen Raumes notwendige Verlängerung der Rettungseinfahrt noch 250 M, zusammen also 1275 M aufzuwenden sind;
2. die Aufstellung von zwei Kandelabern mit je 2 doppelstammigen hängenden Gasglühlichtlampen zu 700 M;
3. die Verlegung von zwei Laternen zu 90 M; zusammen also 2065 M.

Davon gehen ab für eine in Fortfall kommende Laterne 65 M, sodaß eine Ausgabe von 2000 M verbleibt. Die jährlichen Betriebskosten würden sich um 380 M erhöhen.

Es wird ersucht, diese Anträge zu genehmigen.

Herr Buchler: Die Durchführung der Vorlage würde dem Friedrich-Wilhelmsplatz eine gute Beleuchtung geben, weshalb sich auch die Mehrheit der Finanzkommission mit den gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt hat. Eine Minderheit meinte indessen, der Platz würde durch den schon aufgestellten großen Kandelaber und den einen für die Lucas-Lampe zu errichtenden doppelstammigen Kandelaber genügend beleuchtet werden, und es empfehle sich, die zwei weiteren

doppelflammigen Kandelaber fortfallen zu lassen und dafür je einen Kandelaber an die beiden Uebergänge nach dem Bahnhofe am Kalenwalle und an der Bruchtorpromenade zu stellen. Die Mehrheit der Kommission empfiehlt aber, dem Projekte des Magistrates zuzustimmen und die geforderten Kosten zu bewilligen.

Herr Födel: Eine nochmalige Besichtigung des Platzes hat auch mehrere Kommissionsmitglieder, die der Mehrheit angehörten, veranlaßt, die Versammlung zu ersuchen, den Magistrat um nochmalige Prüfung der Frage zu bitten, ob es sich nicht empfehle, je eine doppelarmige Lampe an die beiden Bahnhofszugänge zu stellen.

Herr Lübke: Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß man auf eine bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes bedacht genommen hat, da der jetzige Zustand ein recht trauriger ist; nur weiß ich nicht, ob man damit das richtige trifft, daß man die Zahl der Kandelaber vermehrt, denn der jetzige große Kandelaber sieht aus wie eine Salonlampe, die auf ein Postament gestellt ist. Mir wäre es angenehmer gewesen, ein paar Bogenlampen auf möglichst schlichten Masten anzubringen. Ich will auch meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß der Magistrat die alten Modelle von Kandelabern nicht mehr haben will; wenn ich indes meinen künstlerischen Regungen Ausdruck geben darf, so glaube ich allerdings, daß die hier geplanten Kandelaber auch noch nichts Vollendetes darstellen: es ist zu viel daran, sie müßten noch einfacher sein. Man hat in Berlin durch ein Konkurrenzanschreiben wirklich eine schöne und einfache Form herausgefunden, und wer dort auf dem Potsdamer Platz den Kandelaber gesehen hat, wird mir vielleicht beistimmen, wenn ich sage, daß ich etwas einfacheres und schöneres noch nicht gefunden habe. Ich möchte deshalb dem Magistrate dringend ans Herz legen, die Form der Kandelaber noch mehr zu vereinfachen. Es möchte sich empfehlen, wenn es noch nicht geschehen sein sollte, bei einer derartigen Verzierung der öffentlichen Plätze auch den kunstverständigen Rat der städtischen Bauverwaltung einzuholen, da solche Beschaffungen nicht ohne künstlerische Beihilfe geschehen sollten. Die Magistratsvorlage wird darauf mit dem Ersuchen des Herrn Födel genehmigt.

#### XV. Beleuchtung der sogen. Rettungsinseln.

In der Sitzung vom 13. Dezember 1906 — Seite 271 des Berichtes — wurde der Magistrat ersucht, eine Auswahl der zu beleuchtenden Rettungsinseln (Rondele) zu treffen und alsdann weitere Anträge zu stellen. Demgemäß beantragt der Magistrat, weitere Vorschläge bei Vorlegung der allgemeinen Beleuchtungserweiterung der Stadt sich vorbehaltend, an folgenden Stellen Kandelaber aufzustellen:

1. für die Beleuchtung der Insel in der Kreuzung der Kaiser-Wilhelmstraße und des Hagenringes einen schmiedeeisernen Kandelaber mit vier Stück zweiflammigen hängenden Gasglühlichtlampen zum Preise von 1260 M,
2. für die beiden Inseln an der Paulikirche im Zuge der Moonstraße je einen Kandelaber mit zwei doppelflammigen hängenden Gasglühlichtlampen zum Preise von 1040 M und
3. für die Insel vor der Mündung der Humboldtstraße in den Hagenring einen schmiedeeisernen Kandelaber mit zwei zweiflammigen hängenden Gasglühlichtlampen zum Preise von 520 M.

Die gesamten Kosten würden nach Abzug der Kosten von zwei dafür in Fortfall kommenden Laternen im Betrage von 130 M = 2690 M betragen, während sich die jährlichen Betriebsmehrkosten auf 860 M belaufen. Dem Antrage des Magistrates, der beabsichtigten Aufstellung der Kandelaber zuzustimmen und deren Kosten zu bewilligen,

ersucht Herr Buchler namens der Finanzkommission zuzustimmen.

Herr Lübke: Den hier unter A abgebildeten Kandelaber halte ich für ein Monstrum und ich meine, daß der Kandelaber wesentlich einfacher und schöner unter Verwendung geringerer Mengen Metall hergestellt werden könnte. Die Abbildung unter C zeichnet sich aber durch eine recht veraltete Form aus.

Herr Stadtrat Lange: Der Geschmack ist verschieden, und ich muß zugestehen, daß ich auch mit dem Geschmack des Herrn Professor Lübke nicht immer übereinstimme. In dem vorliegenden Falle mag er aber recht haben, und ich würde ihm dankbar sein, wenn er mir einen einfacheren Kandelaber, der seiner Ansicht nach dem allgemeineren Geschmacke entspräche und noch billiger wäre, vorführen könnte.

Die Magistratsvorlage wird hierauf angenommen.

## XVI. Kabelverlegung im Bürgerparke.

In Anerkennung wiederholter Beschwerden des Pächters der Wirtschaft im Bürgerparke über Störungen der elektrischen Beleuchtungsanlage des Restaurants durch Verührung des von der Hennebergstraße hergeführten Stromzuleitungsdrahtes mit den in seiner Nähe stehenden Parkbäumen hat die Parkdeputation beantragt, die oberirdische Leitung durch eine unterirdische zu ersetzen. Dem Magistrate erscheint es angezeigt, auf den Antrag einzugehen, zumal er sich im Interesse des Parks zu einer Fortnahme der die Leitung störenden Bäume nicht entschließen kann, auch von einem Ausschneiden der Bäume eine gründliche Abhilfe nicht erwartet. Die Verzinsung der Anlagelosten hat der jetzige Pächter der Wirtschaft zugesagt und es läßt sich eine solche auch von dessen Nachfolgern mit Sicherheit erwarten.

Nach dem Kostenanschlage des Ingenieurs Bewig belaufen sich die Kosten der Kabelverlegung und der Anschlußleitungen, unter Ausschluß der Herstellung des Kabelgrabens, auf 2117 M. Die Aushebung des Grabens in einer Tiefe von 0,70 m und einer Breite von 0,50 m ist von der städtischen Bauverwaltung auf 2,15 M für 1 m angegeben, jedoch glaubt der Magistrat, die Arbeit schon für 1,80 M ausführen lassen zu können. Bei Zugrundelegung dieses Einheitspreises würden die Kosten des 550 m langen Grabens 990 M und damit die Gesamtkosten der Aenderung 3107 M betragen, um deren Bewilligung die Versammlung ersucht wird.

Herr Wolters: Die Baukommission empfiehlt die Genehmigung der Vorlage. Es ist ja allerdings zu berücksichtigen, daß dadurch die erst vor einigen Jahren neu angelegte oberirdische Leitung in Fortfall kommen wird, aber andererseits fällt zugunsten der Vorlage ins Gewicht, daß ein großer Teil der Leitung wieder verwendet werden kann und daß der Pächter der Wirtschaft die Anlagekosten verzinsen will.

Es war auch in Erwägung gezogen, ob man nicht die Spiritusglühlicht-Beleuchtung des Weges vom Parthause nach dem Bruchtorwalde mit der elektrischen Beleuchtung vertauschen sollte, jedoch ist man von dem Plane zurückgetreten. Zunächst war es nicht angängig, in dieselbe Leitung einen Anschluß für diese Wegestrecke zu legen, weil die verschiedene Ausmessung der verbrauchten Energie mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein würde; außerdem sprechen aber auch die Betriebskosten als solche sehr zu ungunsten der elektrischen Beleuchtung. Während diese Kosten jetzt jährlich 232 M betragen, würden sie für die elektrische Beleuchtung ganz wesentlich höher sein. Auch sind die Anlagekosten derart hoch, daß es sich schon aus diesem Grunde verbietet, die Beleuchtung der Wegestrecke nochmals umzuändern.

Die Vorlage wird darauf gutgeheißen.

#### XVII. Ankauf eines Grundstücks am Mittelwege.

Der Grubenbesitzer Heinrich Weber hat sein am Mittelwege gelegenes mit dem Wohnhause Nr. ass. 3295 bebautes Grundstück in Größe von 1 ha 02 a 21 qm der Stadt zum Kauf angeboten. Das Grundstück bildet in seinem größeren Teile eine verlassene Sandgrube mit einer Tiefe von etwa 4 m und ist deshalb insoweit als Baugrund nicht anzusprechen. Der Preis beträgt 30 000 M.

Die Straßenreinigungsdeputation empfiehlt den Ankauf des Grundstücks mit dem Hinweise darauf, daß die Grube zur Aufnahme des Hausmülls aus den nördlichen Stadtteilen außerordentlich geeignet sei und nach ihrer Ausfüllung und bis dahin, daß sie etwa zur Anlage eines öffentlichen Platzes Verwendung finden könne, in vorteilhafter Weise Gelegenheit zur Anlage von Schrebergärten biete.

Der Magistrat hält diese Ansicht für zutreffend und durch Anlage von Schrebergärten eine vierprozentige Verzinsung des Anlagekapitals für gewiß. In der Ueberzeugung, daß der Ankauf des Grundstücks für die Stadt auf jeden Fall vorteilhaft sei, ersucht der Magistrat, den unter Vorbehalt abgeschlossenen Kaufvertrag zu genehmigen und den Kaufpreis von 30 000 M. zu bewilligen.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Rieke berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

### XVIII. Erwerb von Grundflächen zum Cyriaksring.

Zu dem von der Versammlung bereits genehmigten Ausbau des Cyriaksringes auf der Strecke Frankfurterstraße—Helenenstraße ist der stadtsseitige Erwerb zweier 85 qm großen Flächen erforderlich. Beide Eigentümer (Herzogliches Waisenhaus und Kaufmann Ströhmer) sind bereit, ihre Fläche zum Einheitspreise von 15 M. zu verkaufen. Dem Ersuchen des Magistrates, dem Ankauf der beiden Flächen zuzustimmen,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Rieke die Genehmigung namens der Baukommission empfohlen hatte.

### XIX. Zuschuß an die Sterbekasse der städtischen Beamten.

Die im Jahre 1900 gegründete Sterbekasse der städtischen Beamten, die aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen einen Jahreszuschuß von 100 M. erhält, hat sich auf Anregung des Magistrates entschlossen, an Stelle der bislang bei jedem Sterbefalle erhobenen Umlagen feste, nach dem Eintrittsalter jedes Mitgliedes abgestufte Beiträge zu erheben. Die Verschmelzung der Kasse mit einer der größeren auswärtigen Beamten-Sterbekassen ist erwogen, aber nicht für zweckmäßig erachtet, weil die hiesige Kasse nur äußerst geringe Verwaltungskosten und ein verhältnismäßig günstiges Risiko hat, also sehr vorteilhaft arbeiten kann.

Bei Begründung der mit Beitrittszwang ausgestatteten Sterbekasse ist es denjenigen Beamten, die sich bereits in fester Anstellung befanden, freigestellt, ob sie die Mitgliedschaft erwerben wollten oder nicht. Eine Reihe von älteren Beamten hat damals den Beitritt erklärt, weil für sie das Umlageverfahren besonders günstig war; bei Einführung fester, nach dem Eintrittsalter zu bemessender Beiträge würden diese Mitglieder erheblich mehr belastet wie bisher. Nach einer Uebergangszeit von höchstens 20 Jahren werden die bei der Kassen-gründung in höherem Lebensalter freiwillig Beigetretenen weggefallen und Mitglieder, die zu hohen Beiträgen verpflichtet sind, kaum noch vorhanden sein. Um für die Uebergangszeit den älteren Beamten die Beitragslast zu erleichtern, wird die Versammlung ersucht, zuzustimmen, daß vom Rechnungsjahre 1907/08 ab

6 Jahre lang je 500 M und weitere 14 Jahre hindurch je 300 M aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen als Zuschuß an die Sterbefasse gezahlt werden.

Die städtischen Zuschüsse sollen in der Weise verwendet werden, daß jedem bei der Kassengründung eingetretenen Mitgliede, das nach den neuen Beitragsätzen jährlich mehr als 24 M zu zahlen hat, die hierüber hinausgehende Summe beigesteuert wird. Wenn für die ersten 6 Jahre ein höherer Zuschuß aus Stadtmitteln vorgeschlagen wird, so hat das seinen Grund darin, daß einige recht alte Mitglieder vorhanden sind, die in den nächsten Jahren für die Kasse ein besonders hohes Risiko bilden und daß außerdem bisher versäumt worden ist, eine sogenannte Prämienreserve in ausreichendem Betrage zurückzustellen, deren Auffüllung allmählich nachgeholt werden muß.

Der Vorlage wird nach Befürwortung durch die Finanzkommission, für die Herr Buchler berichtet, zugestimmt.

## XX. Aufnahme eines Prozesses.

Der Schlossermeister Niedmann, Rosenhagen 12, hat gegen die Stadtgemeinde eine Klage erhoben, die nach der Ansicht des Magistrats unbegründet ist. Kläger wünscht festgestellt zu sehen, daß er berechtigt sei, hinter seinem Grundstücke den über dem jetzigen Wendenmühlengraben gelegenen Luftraum soweit er die Fortsetzung seiner Wertstätte bildet, zu seinen gewerblichen Arbeiten zu benutzen. Die Behauptungen des Klägers genügen weder für die Erfindung noch zu der unvordenklichen Verjährung. Die vom Kläger und dessen Rechtsvorgängern vorgenommenen Handlungen stellen sich nur als den Gebrauch der Vorteile dar, welche die Lage des Grundstücks am öffentlichen Flusse gewährt, dagegen ist in keiner Weise erkennbar, daß sie in der Absicht vorgenommen seien, ein Recht auszuüben. Die Bemerkung des Klägers, die Anwohner des Grabens hätten es so angesehen, als habe Kläger ein Recht zur Benutzung des Luftraumes zu seinen Arbeiten, ist bedeutungslos.

Unter Darlegung der Rechtsgründe, die sich im wesentlichen auf das Urteil des Herzoglichen Oberlandesgerichts hieselbst vom 17. April 1899 in der Prozeßsache der Stadt wider Germann stützen, ersucht der Magistrat um Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme des Prozesses.

Herr Weichsel: In der Statutenkommission ist die Sache eingehend geprüft worden und man ist dort der Ansicht, daß Herr Niedmann aus den in der Vorlage erörterten Rechtsgründen mit seiner Klage nicht durchdringen kann. Es wird deshalb anheimgegeben, dem Magistrat die Ermächtigung zur Aufnahme der Klage zu erteilen,

was seitens der Versammlung geschieht.

## XXI. Statut, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Der Magistrat überreicht den Entwurf eines Statuts, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend, mit dem Ersuchen, dem Erlasse des Statuts zuzustimmen.

Der Entwurf lautet:

„Auf Grund des § 105 b Absatz 2 und 3 der Reichsgewerbeordnung wird unter Zustimmung der Stadtverordneten folgendes Statut erlassen:

§ 1. Im Handelsgewerbe sowie im Geschäftsbetriebe von Konsumvereinen und anderen unter § 105 b der Gewerbeordnung fallenden Vereinen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nur von 11 bis 1 Uhr mittags beschäftigt werden.

§ 2. In Handelsbetrieben, welche den Verkauf von neuen Männer- und Knabenkleidern zum Gegenstande haben und mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, darf die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern an Sonn- und Festtagen auch von 1 bis 2 Uhr nachmittags erfolgen.

Im kaufmännischen Betriebsteile von Konservenfabriken ist solche Beschäftigung in den Monaten Mai bis einschl. September von 7 bis 9 Uhr morgens und 11 bis 2 Uhr mittags, im Oktober und November von 11 bis 1 Uhr mittags, vom Dezember bis einschl. April überhaupt nicht zulässig.

§ 3. Bei den gesetzlich bestimmten und den durch die höhere Verwaltungsbehörde gemäß § 105 e Abs. 1 der Gewerbeordnung festgesetzten Ausnahmen behält es sein Bewenden.

§ 4. Dieses Statut tritt mit dem Beginne des vierten auf seine Bekanntmachung folgenden Kalendermonats in Kraft.“

Dem Entwürfe ist folgende Begründung beigegeben:

I. Den von sämtlichen hier vertretenen Handlungsgehilfenvereinen, nämlich dem Verein für Handelskommiss von 1858 (Hamburg), dem Verband deutscher Handlungsgehilfen (Leipzig), dem deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband (Hamburg), und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands, geäußerten Wunsch nach Erweiterung der Sonntagsruhe hält der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Handelskammer und dem Kaufmannsgerichte für durchaus berechtigt. Die Erfahrungen, die man in einer Reihe von Groß- und Mittelstädten mit der statutarischen Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe gemacht hat, sprechen dafür, daß die Beibehaltung der reichsgesetzlich zugelassenen fünfstündigen Beschäftigungszeit (7 bis 9 und 11 bis 2 Uhr) an Sonn-



und Festtagen weder für die Kaufleute noch für deren Kunden erforderlich oder nur dringend wünschenswert ist.

II. Der Magistrat hält in der Regel eine zweistündige Beschäftigungszeit, und zwar von 11 bis 1 Uhr mittags, für ausreichend, und glaubt, daß bei ihrer Einführung die in Betracht kommenden Geschäftsleute einen irgendwie nennenswerten Einnahmeausfall nicht erleiden.

Eine verschiedenartige Behandlung des Kleinhandels (Ladengeschäfte) und des Großhandels (Kontor- und Lagerbetriebe) hält der Magistrat nicht für angebracht. Die Handlungsgehilfenschaft hat ersucht, völlige Sonntagsruhe für den Großhandel anzuordnen, weil diese ohne Beeinträchtigung der Interessenten durchführbar sei. Es ist anzuerkennen, daß die reichsgesetzliche Einführung der gänzlichen Sonntagsruhe im Großhandel erheblichen Bedenken nicht unterliegt und deshalb sehr wünschenswert ist. Solange aber nicht der sonntägliche Kontorschluß für ganz Deutschland angeordnet oder wenigstens in den größeren Nachbarstädten durchgeführt ist, glaubt der Magistrat die Einrichtung hier nicht treffen zu sollen, weil eine Schädigung des heimischen Großhandels durch eine derartige Maßregel zu befürchten sei. Braunschweigs Handel und Industrie ist durch manche Umstände, besonders die ungünstigen Verkehrsverhältnisse, im Wettbewerbe nicht besonders gut gestellt und es würde bedenklich sein, die Position noch zu verschlechtern.

Es ist erwogen, ob man nicht, einem Antrage des Gesamt-Kaufmannsgerichts entsprechend, den Wünschen der Kontorangestellten dadurch entgegenkommen könnte, daß man statutarisch vorschriebe, jeder Gehilfe, Lehrling und Arbeiter im Großhandelsbetriebe dürfe nur jeden dritten (oder zweiten) Sonntag zur Dienstleistung herangezogen werden. Nach den eingezogenen Erkundigungen würden sich jedoch bei der Durchführung einer solchen Bestimmung praktische Schwierigkeiten ergeben. In den nicht seltenen Kontorbetrieben mit nur 1 oder 2 Angestellten müßte der Prinzipal selbst häufig den Sonntagsdienst tun, in großen Betrieben aber würde man es als Uebelstand empfinden, wenn es dem Prokuristen, dem Ressortchef, dem Hauptkassierer, dem wochentags außerhalb tätigen Reisenden gänzlich verboten wäre, jeden Sonntag nur kurze Zeit (zur Durchsicht der Eingänge, Entgegennahme der eingezogenen Gelder, Erledigung höchst dringlicher Schreibereien) auf dem Kontor zu erscheinen.

Einstündige Sonntagsbeschäftigung im Großhandel würde vielleicht ausreichen. Mit Sicherheit läßt sich dies aber nicht für alle Handels- und Industriezweige feststellen. Wegen des Bestell- und Schalterdienstes der Post würde nur die Zeit nach dem Hauptgottesdienste in Frage kommen. Wenn die Angestellten aber in den Mittagsstunden des Sonntags überhaupt Dienst zu tun haben, werden sie eine zweistündige Arbeitszeit nicht viel schwerer empfinden als eine einstündige. Die letztere würde übrigens wahrscheinlich in Saisonbetrieben zeitweise nicht

genügen, sodaß zahlreiche Ausnahmen zugelassen werden müßten. Dies erscheint nicht wünschenswert; die gleichmäßige Festsetzung auf 11 bis 1 Uhr mittags ist deshalb vorzuziehen. Selbstverständlich wird die Erwartung gehegt, daß diejenigen Großhandels- und Industriebetriebe, welche in ihren kaufmännischen Kontoren das Personal nicht jeden Sonntag zwei Stunden lang wirklich beschäftigen können, und zwar mit dringlichen Arbeiten, aus freien Stücken ihren Angestellten die Sonntagsruhe erweitern.

Daß für Geschäfte mit offenen Verkaufsstellen (Kleinhandelsbetriebe) die Zeit von 11 bis 1 Uhr Sonntags genüge, ist von verschiedenen Seiten bestritten.

Die Handelskammer und das Gesamt-Kaufmannsgericht haben eine 3stündige Beschäftigungsdauer (8 bis 9 und 11 bis 1 Uhr) für angebracht erklärt, die Handwerkskammer und eine Versammlung der Innungsoberrmeister sogar ausgesprochen, daß jede Einschränkung der Sonntagsarbeit für den Kleinhandel schädlich sein werde. Denselben Standpunkt haben eine Anzahl von Innungsvorständen, Kaufmannsvereinen und einzelnen Interessenten in einer besonderen Eingabe vertreten, der die Namenszeichnungen von rund 370 Geschäftsleuten (darunter 119 Bäcker, Konditoren und Fleischer, 61 Zigarrenhändler und 7 Friseure) beigefügt sind. Ein Teil der Handlungsgehilfenverbände tritt dagegen in erster Linie für völlige Sonntagsruhe im Kleinhandel ein. Die Ansicht des Magistrats geht dahin, daß im allgemeinen die Geschäftszeiten vor dem Hauptgottesdienste (7 bis 9 Uhr) und von 1 bis 2 Uhr nachmittags nicht von wesentlicher Bedeutung für Ladeninhaber und Kundschaft sind. Bei allseitigem guten Willen wird sich der Geschäftsverkehr in den Läden von 11 bis 1 Uhr glatt abwickeln lassen. Viele Geschäfte öffnen schon jetzt ihre Läden nur für diese beiden Stunden.

Den Angestellten ist der Wegfall der Beschäftigung von 8 bis 9 Uhr schon um deswillen äußerst erwünscht, weil nur hierdurch die Zerreißung der sonntäglichen Arbeitszeit, welche jetzt durch den Hauptgottesdienst herbeigeführt wird, zu beseitigen ist. Die Zeit von 1 bis 2 Uhr aber, in der erfahrungsgemäß nur vereinzelte Nachzügler einzukaufen pflegen, ist für die Angestellten, welche nachmittags Ausflüge zu machen beabsichtigen, von besonderem Werte.

Eine Ausdehnung der sonntäglichen Geschäftszeit scheint erforderlich für die sogenannten „Bedürfnisgewerbe“, deren Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretenden Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist (§ 105e Gewerbeordnung). Hierher gehören anerkanntermaßen die Geschäfte der Bäcker, Konditoren, Fleischer, Zeitungspeditionen, Tabak- und Zigarrenhändler, Bier-, Mineralwasser- und Limonadenhändler, Blumen-, Milch- und Viktualienhändler, Rohseisverkäufer (im Sommer).

Ausnahmen für solche Geschäfte sind aber nicht durch Statut, sondern durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde (Herzogliche Polizeidirektion) zu treffen. (§ 105 e der Gewerbeordnung.)

Nur für solche Handelszweige, die nicht zu den „Bedürfnisgewerben“ zählen, können also durch Statut Abweichungen von der Regel zugelassen werden. (Vergl. § 105 b, Absatz 2 der Gewerbeordnung.)

III. Im einzelnen ist zu den Bestimmungen des Statuts folgendes zu bemerken:

Zu § 1. Unter den Begriff „Handelsgewerbe“ fallen nicht nur solche Geschäfte, die man nach allgemeinem Sprachgebrauch als „kaufmännische“ bezeichnet, sondern auch Ladenbetriebe der Handwerker (Bäcker, Fleischer, Sattler usw.), offene Verkaufsstellen kleiner Händler, Trödler und dergleichen, ferner die kaufmännischen Betriebsabteilungen größerer gewerblicher Etablissements, besonders der Fabriken.

So gelten die Vorschriften über „Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ für die im kaufmännischen Kontore einer Fabrik beschäftigten Personen, nicht aber für die im eigentlichen Fabrikbetriebe oder auf den technischen Bureauz tätigen Angestellten.

Die Gleichstellung der Geschäftsbetriebe von Konsum- und anderen Vereinen, auch wenn solche kein „Gewerbe“ betreiben, ist gesetzlich vorgeschrieben. (§ 105 b der Gew. Ordnung).

Unter „Gehilfen“ sind nicht nur Verkäufer, Buchhalter, Korrespondenten usw. zu verstehen, sondern auch Angestellte in leitender, verantwortlicher Stellung, z. B. Abteilungschefs, Filialvorsteher, Prokuristen. Dagegen sind Direktoren einer Aktiengesellschaft, Geschäftsführer einer G. m. b. H. nicht „Gehilfen“, sondern gelten als Prinzipale.

Zu den „Arbeitern“ zählen Hausdiener, Laufburschen, Kutscher, Kontor- und Kassenboten, Lagerarbeiter und dergleichen.

Bei Fabriken ist zu unterscheiden, ob diese Arbeiter lediglich im „kaufmännischen“ Betriebssteile Verwendung finden. Die Bierfahrer der Brauereien z. B. werden nach den Ausführungsvorschriften der meisten Bundesstaaten so auch in Braunschweig, zu den im „technischen“ Betriebssteile Beschäftigten gerechnet.

Zu § 2. Der „Verein für Herrenkonfektion“ hat ersucht, für den Geschäftszweig seiner Mitglieder die gesetzliche 5 stündige Beschäftigungszeit bestehen zu lassen. Die Geschäfte, besonders die kleineren, seien hauptsächlich auf Land- und Arbeiterkundschaft angewiesen, die meist nicht imstande sei, ihre Einkäufe Werktags zu besorgen, zumal nach Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses. Wenn der Magistrat auch die Richtigkeit dieser Angabe anerkennt, so glaubt er doch, daß der Geschäftsverkehr vor der Kirchzeit unbedeutend ist, daß also die Verkaufsstunden von 11 bis 2 Uhr mittags ausreichen.

Für Herrenschneidereien, die mit einem Ladengeschäfte verbunden sind, muß der Gleichmäßigkeit wegen dieselbe Ausnahme geschaffen werden. Dagegen liegt kein Anlaß vor, sie auf Garderobe-Altthändler auszudehnen. Schneidereien, welche rein handwerksmäßig betrieben werden, unterliegen den Bestimmungen des Statuts überhaupt nicht.

Bei den Konservenfabriken geht der kaufmännische Betrieb (Abnahme der Ware, Buchungen, Zahlungen usw.) während der Saison derart Hand in Hand mit dem technischen Fabrikbetriebe, daß sich für die betr. Monate eine Beschränkung der gesetzlichen 5stündigen Arbeitszeit nicht empfiehlt.

Die Hauptsaison dauert von Anfang Mai bis spätestens Ende September. Im Oktober und November wird eine 2stündige Arbeitszeit für den kaufmännischen Betrieb genügen. Vom Dezember bis April ist wenig zu tun. Die Fabrikanten sind daher bereit, in diesen Monaten ihre Kontore ganz zu schließen.

Für Zuckersfabriken, Zuckerwarenfabriken usw., die zu gewissen Zeiten des Jahres in ihrem technischen Betriebe stark beschäftigt sind, werden Ausnahmen nicht für erforderlich gehalten.

Zu § 3. Auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Musikaufführungen, Schaustellungen, theatraische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten, sowie auf Verkehrsgewerbe finden die Vorschriften über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe keine Anwendung (§ 105 i Absatz 1 der Gew.-Ordnung). Für die hohen Festtage trifft § 105 b Absatz 2 der Gew.-Ordnung besondere Bestimmungen. Auf die Bitte der Zigarren- und Tabakhändler, ihnen eine verlängerte Verkaufszeit einzuräumen, braucht hier nicht Rücksicht genommen zu werden; denn es ist nicht daran zu zweifeln, daß Herzogliche Polizeidirektion, wie bisher, den besonderen Interessen der Bedürfnisgewerbe vollauf gerecht werden wird.

Zu sogenannten „Ausnahmetagen“ kann ferner die Polizeibehörde die letzten vier Sonntage vor Weihnachten, sowie einzelne Sonn- und Festtage, an denen die örtlichen Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, durch besondere Verfügung gestalten.

Durch den § 3 soll hervorgehoben werden, daß alle diese durch Gesetz oder im Verwaltungswege geschaffenen Abweichungen unberührt bleiben.

Zu § 4. Damit die beteiligten Kreise Gelegenheit haben, sich auf die Aenderung der bisherigen Sonntagsruhebestimmungen genügend vorzubereiten, erscheint es angemessen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts hinauszuschieben.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Weichsel: In der Statutenkommission ist die Vorlage eingehend beraten und es ist dabei noch eine ganze Reihe von Aenderungen in Vorschlag gebracht worden. Zu dieser Sache sind auch noch eine Anzahl Petitionen eingegangen, die im einzelnen auf-

geführt werden. Die Kommission ist aber zu der Meinung gekommen, daß man sich bei Erlass eines solchen Statuts nicht auf allzu viel Sondervorschriften einlassen dürfe, sondern eine Mittellinie finden müsse, die den Interessen beider Teile gerecht werde, sonst komme ein Gesetz zustande, das aus lauter Ausnahmenvorschriften bestehe.

Zu guter Letzt ist noch eine Eingabe von dem Verbande der Meßindustriellen eingegangen, die um besondere Bestimmungen für die Meßsonntage und ferner darum bitten, ihre Verkaufszeit nicht zu beschränken und ihnen zu gestatten, auch wochentags über den 8 Uhr Ladenschluß hinaus verkaufen zu dürfen. Das geht aber nicht. Anzuerkennen ist, daß die Meßleute durch diese Bestimmungen in erheblicher Weise getroffen werden, jedoch sind sie bereits durch Polizeiverordnung vom Jahre 1892 besser gestellt, indem sie an den Meßsonntagen von 2 bis 6 Uhr verkaufen dürfen. Würde also das vorliegende Statut genehmigt werden, so würden die Meßleute ihr Geschäft von 11 bis 1 Uhr und von 2 bis 6 Uhr offen haben dürfen. Es ist sogar anzunehmen, daß die Herzogliche Polizeidirektion ihre Vorschriften revidieren und auch die eine Stunde von 1 bis 2 Uhr noch freigeben wird, sodaß sie dann von 11 bis 6 Uhr würden verkaufen dürfen.

Was nun den Entwurf selbst betrifft, so hat die Kommission vorgeschlagen, im § 1 hinter dem Worte „nur“ einzuschließen „von 7 bis 9 Uhr vormittags oder . . .“ Der Grund hierfür besteht darin, daß der Verband hiesiger Brauereien erklärt hat, die Morgenstunden am Sonntage nicht entbehren zu können, weil die Bierfahrer vielfach erst in der Nacht zum Sonntage oder am Sonntag früh zurückkämen und sofort Gelegenheit vorhanden sein müsse, um mit ihnen abrechnen zu können, wozu aber die Zeit von 11 bis 1 Uhr nicht passe. Die Kommission habe sich nun gesagt, wenn Betriebe bestehen, in denen die Möglichkeit vorliege, die Gehilfen statt von 11 bis 1 Uhr schon von 7 bis 9 Uhr zu beschäftigen, so sei das im Interesse der Handlungsgehilfen nur zu wünschen. Neben dieser Aenderung würde dann der § 1 noch folgenden Absatz 2 erhalten:

„Die gewählte Beschäftigungszeit ist durch Aushang an geeigneter Stelle der Geschäftsräume bekannt zu machen. Die Bekanntmachung muß dauernd in lesbarem Zustande aushängen.“

Der Zweck dieser Bestimmung ist wohl klar: man will der etwaigen Umgehung des Gesetzes einen Niegel vorschieben, damit nicht von diesem oder jenem Geschäftsinhaber das Geschäft zu beiden Zeiten offengehalten wird und auch das Publikum weiß, woran es ist.

Herr Brückmann (zur Geschäftsordnung): Bevor wir in der Beratung des Entwurfs weiter fortfahren, möchte ich zur Erwägung stellen, ob es nicht besser ist, zunächst zu entscheiden, ob überhaupt eine Aenderung der bisherigen Bestimmungen erwünscht ist. Ein großer Teil der Versammlung wünscht meines

Wissens überhaupt keine Aenderung. Es dürfte sich also empfehlen, zunächst hierüber eine allgemeine Aussprache herbeizuführen.

Vorsitzender: Das ist nicht denkbar; die Herren müssen sich doch erst über die Vorlage selbst aussprechen. Ich bitte deshalb, den Herrn Referenten zu Ende reden zu lassen, zumal der Standpunkt des Herrn Vorredners doch nicht von allen Mitgliedern der Versammlung geteilt werden wird. Ein Abschneiden oder Verkürzen der Debatte ist nicht angängig.

Herr Weichsel: Zum § 2 schlägt die Kommission vor, den Absatz 1 zu streichen. Sie ist der Ansicht, daß man sich vor derartigen Ausnahmebestimmungen hüten soll. Vor allem gibt es aber eine große Anzahl von Geschäften, die nur nebenbei Herrenkonfektion betreiben, sodaß es nicht zu kontrollieren sein würde, ob sie in der verlängerten Zeit nicht auch andere Artikel verkaufen würden. Der § 2 würde also nur in dem zweiten Absätze des Entwurfs bestehen, dessen Eingang die Kommission wie folgt zu ändern bittet:

„Im kaufmännischen Betriebsteile von Konjervenfabriken ist die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern in den Monaten . . . .“.

Den § 3 ersucht die Kommission unverändert zu lassen.

Als § 4 wird vorgeschlagen Strafbestimmungen einzuschalten, damit ein Zwang in bezug auf den Aushang des Plakats ausgeübt werden kann. Die Kommission schlägt deshalb vor, zu fügen:

„§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft, soweit nicht eine höhere Strafe nach § 146 a der Gewerbeordnung in Frage steht.“

Den jetzigen § 4 bittet die Kommission als § 5 unverändert anzunehmen.

Vorsitzender: Es kann natürlich keinem Mitgliede verwehrt werden, Anträge auf Ablehnung der Vorlage zu stellen.

Herr Fudel: Die Frage der Ablürzung der Sonntagsruhe hat die Handelskammer schon seit Monaten beschäftigt, auch sind von ihr bei verschiedenen kaufmännischen Vereinigungen Gutachten eingeholt worden, die sich aber auf einen ganz verschiedenen Standpunkt stellen. Von der einen Vereinigung wird die Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit dringend empfohlen, während eine andere Vereinigung eine vollständige Sonntagsruhe wünscht. Wir haben auch versucht, in einer Besprechung mit den hervorragendsten Herren aus den einzelnen Geschäftszweigen eine Einigung über die Frage zu erzielen. Hierbei ist im allgemeinen der Gesichtspunkt in den Vordergrund getreten, daß eine Arbeitszeit von 11 bis 1 Uhr für die offenen Ladengeschäfte genügen würde und nur die Vertreter der Kolonial- und Materialwarengeschäfte haben es für dringend nötig gehalten, daß

ihnen gestattet würde, ihre Geschäfte auch von 8 bis 9 Uhr morgens offenzuhalten. Die Einwendungen der Vertreter von Manufakturwarengeschäften, daß die Vorbereitungen zur Oeffnung des Geschäftes auch ihnen die Notwendigkeit auferlege, die Stunde von 8 bis 9 Uhr morgens für sich in Anspruch zu nehmen, werden in Fortfall kommen, nachdem vom Magistrate erklärt worden ist, daß die technischen Vorarbeiten, also z. B. das Reinigen und Heizen des Geschäftskotales, außerhalb der Geschäftsstunden gestattet seien und daß die Gehilfen zur Vorbereitung des Verkaufs am Sonntag am Sonnabend abend noch nach Ladenschluß weiterbeschäftigt werden können.

Anders liegt es mit den Kolonialwarengeschäften, die überzeugend nachgewiesen haben, daß gerade in den Morgenstunden am Sonntag der Umsatz so erheblich sei, daß er dem des ganzen Montag gleichkäme. Ferner haben sie zur Erwägung gestellt, daß in einer großen Zahl von Viktualien- und Milchgeschäften auch sonstige in die Kolonialwarenbranche fallende Artikel geführt würden und diesen Geschäften, als zu den Bedürfnisgewerben zählend, eine viel längere Offenhaltung ihrer Verkaufsräume gestattet ist. Wenn nun der Einwohnerschaft die Möglichkeit geboten würde, diese anderen Bedarfsartikel am Sonntag morgen in solchen Geschäften zu kaufen, so würde den Kolonialgeschäften dadurch ein Teil des Umsatzes entzogen, den sie nicht entbehren könnten. Wer die Verhältnisse dieser Geschäfte kennt, wird zugeben, daß der Verlust dieses Umsatzes für sie sehr schwerwiegend sein würde (Zustimmung) und man verhüten muß, daß er eintritt. Ich gebe zu, daß es schwer ist, eine Ausnahme zu machen, da aber gleichartige Geschäfte ebenfalls die Erlaubnis haben, ihren Laden länger offenzuhalten, so müßte man doch wohl darauf Rücksicht nehmen. Man wird allerdings annehmen können, daß die Zahl der in den kleinen Geschäften kaufenden Leute nicht sehr erheblich ist; wenn man aber berücksichtigt, daß gegenüber 80 bis 85 kaufmännisch betriebenen Kolonialwarengeschäften hier etwa 800 kleine Viktualiengeschäfte bestehen, so kann das doch für die Kolonialwarenhandlungen ein sehr schwerwiegender Ausfall werden.

In der Kommission ist auch darauf hingewiesen worden, daß es recht peinlich sein würde, wenn ein Gehilfe oder Lehrling am Sonntag morgen um 9 Uhr das Geschäft verlassen und um 11 Uhr wieder hineingehen müßte. Bei der Besprechung dieser Sache stellte sich dann aber heraus, daß in den weitaus meisten Geschäften der Kolonialwarenbranche die Gehilfen und Lehrlinge im Geschäftshause selbst wohnen und Frühstück und Abendbrot erhalten, sodaß dieses schwerwiegende Bedenken wegfällt. Es würde also nur der Billigkeit entsprechen, wenn wir auf die Lage dieser Geschäfte Rücksicht nehmen und ihnen gestatten wollten, ebenso wie die sogenannten Bedürfnisgewerbe, von 8 bis 9 Uhr morgens den Laden offen zu halten.

Den sonstigen Anträgen stimme ich bei, da für alle übrigen Geschäfte die Zeit von 11 bis 1 Uhr ausreichend sein würde. Wenn gesagt worden ist, daß

Publikum gewöhne sich bald an die neuen Verkaufszeiten, so wäre das zutreffend, wenn ihm während der anderen Zeit überhaupt die Gelegenheit entzogen wäre, zu kaufen. Das trifft aber nicht zu, weil die Leute im nächsten Wirtualienengeschäfte die betreffenden Sachen kaufen können. Ich möchte deshalb beantragen, für die Kolonialwarengeschäfte die Sonntagsruhe nur insoweit einzuschränken, als ihnen gestattet wird, an den Sonntagen nach Wahl drei Stunden den Laden offenzuhalten, also vielleicht von 8 bis 9 Uhr und von 11 bis 1 Uhr.

Herr Akenhausen: Den Ausführungen des Herrn Füdel, welchen ich mich in jeder Beziehung anschließe, möchte ich nur noch hinzufügen, daß ich bitte, den Kommissionsantrag abzulehnen und dafür den Antrag Füdel anzunehmen.

Vorsitzender: Die Sachlage ist folgende: Herr Füdel stimmt dem Vorschlage der Statutenkommission zu und wünscht noch den Zusatz, daß den Kolonialwarengeschäften gestattet wird, ihre Läden von 8 bis 9 Uhr und von 11 bis 1 Uhr offenzuhalten.

Herr Sander: Ich gehöre zur Minderheit der Kommission und habe dort den Antrag des Magistrates bekämpft, auf welchem Standpunkte ich noch jetzt stehe. Meiner Ansicht nach werden durch die Ausdehnung der Sonntagsruhe eine ganze Masse Geschäftsleute: kleine und mittlere Kaufleute, sowie Handwerker mit Läden, sehr schwer in ihrer Erwerbstätigkeit beschränkt und zwar derartig, daß unter Umständen ihre Existenz dadurch gefährdet werden kann. (Widerspruch.) Sehen Sie sich doch heute einmal den Kaufmannsstand an, dann werden Sie mir recht geben, daß der kleinere Geschäftsmann seine Existenz nur noch mit großen Schwierigkeiten aufrecht halten kann, und daß es eher angezeigt wäre, ihm unter die Arme zu greifen, als seine Lebensbedingungen zu unterbinden. Wir haben verschiedene Geschäftsleute, besonders von der Weißwarenbranche und Konfektion gesagt, namentlich insoweit sie auf Landkundschaft angewiesen sind, wir können den Verlust von einer Mittagsstunde am Sonntag nicht vertragen, und nach meiner Ueberzeugung können sie es auch nicht. Ich sehe von meiner Wohnung vor dem Tore aus regelmäßig, wie die ländlichen Arbeiter am Sonntage mit Paketen beladen mittags die Stadt verlassen. Die Leute kommen morgens nach der ersten Arbeit in die Stadt und können erst in der Zeit von 11 bis 2 Uhr ihre Einkäufe machen. Verschiedene Geschäftsleute haben mir gesagt, wir wüßten gar nicht, wie es möglich sein sollte, die Kunden in den zwei Stunden abzufertigen; wir würden die eine Nachmittagsstunde auch gern für uns und unsere Familie frei haben, denn wir haben das Bedürfnis danach in demselben, ja vielleicht noch in erhöhtem Maße wie die Angestellten, aber es ist ganz ausgeschlossen, wenn wir unsere Existenz nicht schwächen oder gar untergraben wollen. Das hat mich veranlaßt, gegen die Vorlage zu sprechen.



Bei den Materialwarenhändlern liegen die Verhältnisse ganz anders, die Herren haben mir gesagt, wir legen auf die Zeit von 11 bis 1 oder 2 Uhr weniger Wert, für uns ist die Hauptsache die Zeit morgens von 7 bis 9 Uhr, welche wir nicht preisgeben können. Dem Vermittlungsantrage Fiedel könnte ich wohl zustimmen, wenn die Zeit mittags für die Konfektionsgeschäfte, sowie die Woll- und Weißwarenhändler bis 2 Uhr ausgedehnt werden könnte. Die Leute kämpfen tatsächlich um ihre Existenz; es ist kein Eigensinn, der sie vielleicht treibt, an einer althergebrachten Sitte festzuhalten, sondern der Selbsterhaltungstrieb zwingt sie dazu.

Bedauren muß ich, daß vom Magistrate in dieser Sache eigentlich nur die Eingaben der Handlungsgehilfen berücksichtigt worden sind, während die Eingaben der Geschäftsinhaber unter den Tisch gefallen zu sein scheinen, da auf sie in keiner Weise Rücksicht genommen ist. Die jungen Kaufleute muß man mehr oder weniger zu der fluktuierenden Bevölkerung rechnen, während die Geschäftsinhaber feste Bürger sind, auf deren Wünsche ebenfalls Rücksicht genommen werden muß.

Herr Esborn: Seit dem 1. Juli 1892 ist die Sonntagsruhe eingeführt worden und es ist mit Freuden zu begrüßen, daß wir sie haben. Wer die Zeit vor dem 1. Juli 1892 durchgemacht hat, weiß, wie es zu jener Zeit gewesen ist. Verkennen läßt es sich aber nicht, daß seit dieser Zeit diejenigen Geschäfte, die als Torgeschäfte zu bezeichnen sind, also die Geschäfte an der Fallersleber-, der Gilden-, der August-, der Sonnen- und der Wendenstraße, zurückgegangen sind. Das ist ein Zeichen dafür, daß unsere Landkundschaft nicht mehr in dem Maße in die Stadt kommt wie früher, und darunter haben unsere steuerzahlenden Bürger stark gelitten. Nun frage ich aber, wie soll Braunschweig dazu kommen, jetzt als erste norddeutsche bzw. nordwestdeutsche Stadt ein Statut herauszugeben, wodurch eine große Anzahl Gewerbetreibender geschädigt wird? Ich kann nur annehmen, daß die Gewährsmänner des Herrn Fiedel ausschließlich Kolonialwarenhändler gewesen sind. Die Konfektionswarenbranche, die Schuhwaren-, Bijouteriewaren-, Weißwaren- und Wollwarenhändler ersuchen die städtischen Behörden, die Vorlage glatt abzulehnen. Wie sollen wir auch in unserer Stadt, die schon so wenig Fremdenverkehr hat, dazu kommen, die kleine Kundschaft vom Lande mit Gewalt aus Braunschweig hinauszubringen und ihr zu sagen: Geht nach Wolfenbüttel, oder Peine, oder Helmstedt, oder nach dem aufblühenden Hildesheim und kauft dort Euren Bedarf ein. Wenn wir dadurch nur hundert Gewerbetreibenden unserer Stadt die Existenz ruinieren, so schaden wir dem Steuerfiskus schon ganz erheblich. Ich kann auch nicht anerkennen, daß zu einer Aenderung der jetzigen Einrichtung ein Bedürfnis vorliegt. Braunschweig allein darf eben in dieser Frage nicht vorgehen. Man kann unserer Kaufmannschaft nicht vorwerfen, daß sie nicht sozial gesinnt sei, denn aus der Initiative der Kaufleute allein ist z. B. der Acht-

uhr=Ladenschluß hervorgegangen. Wenn es sich hier um die Kolonialwarenhändler allein handelte, so will ich zugeben, daß sich bis 12 Uhr mittags die Bedürfnisse für die städtischen Einwohner befriedigen lassen, aber wir können uns doch freuen, wenn auch von auswärts Käufer kommen. Die Weißwarengeschäfte machen jetzt am Sonntag mittag meist ein bedeutenderes Geschäft, als an den Wochentagen. Am Sonntag mittag um 2 Uhr können Sie die Leute, Knechte und Mägde, mit Paketen beladen nach der Landeseisenbahn gehen sehen, und diese Leute, deren Kundschaft der hiesige Kaufmann nicht zu entbehren vermag, können nicht früher in die Stadt kommen, sondern müssen ihre Einkäufe mittags besorgen. Wenn wir so weit wären, daß der Bauer seinen Knechten und Mägden in der Woche einen halben Tag frei gäbe, so ließe sich die Sonntagsruhe noch mehr ausdehnen, früher aber nicht. Bei einer entsprechenden reichsgezeßlichen Regelung würde ich für völlige Sonntagsruhe stimmen, so lange wir die aber nicht haben, würde es bedenklich sein, darauf einzugehen. Ich möchte Sie bitten, die Vorlage glatt abzulehnen.

Herr Stadtrat Wagner: Es ist vorhin von Herrn Sander dem Magistrate der Vorwurf gemacht worden, daß er sich bei Ausarbeitung des Statuts im wesentlichen auf die Eingaben der Handlungsgehilfen gestützt habe. Diese Auffassung ist unrichtig, denn der Magistrat hat sich durch diese Eingaben nicht beeinflussen lassen, da er sehr wohl weiß, daß sie vom Parteistandpunkte aus die Angelegenheit betrachten, wie auch auf der anderen Seite die selbständigen Geschäftsleute der Sache nicht ganz unparteiisch gegenüberstehen. Der Magistrat würde der Versammlung die Vorlage nicht unterbreitet haben, wenn er auch nur im geringsten die Besorgnis gehabt hätte, daß dadurch eine schwerwiegende Schädigung unserer Geschäftswelt herbeigeführt werden könnte. (Widerspruch.) Daß das städtische Publikum sich an eine solche im Interesse der sozialen Stellung der Angestellten zu treffende Aenderung sehr schnell gewöhnen kann, haben wir bei dem 8 Uhr-Ladenschluß gesehen. Es sind damals bedeutende Mittel in Bewegung gesetzt, um diese Einrichtung zu vereiteln, und nachdem sie da war, hat sich herausgestellt, daß die Geschäfte keinen Ausfall dadurch erleiden. Hinsichtlich der Einkäufe der städtischen Bevölkerung wird also den Geschäftsleuten ein Einnahmeausfall nicht erwachsen.

Nun wird darauf hingewiesen, daß eine Schädigung hinsichtlich der Landkundschaft eintreten könnte. Auch diese Befürchtung teilt der Magistrat nicht. Die Leute vom Lande kommen des Sonntags in die Stadt nicht nur um einzukaufen, sondern auch zum Kirchenbesuch und zu Vergnügungszwecken. Diejenigen Landbewohner, welche die Stadt schon mittags schwerbeladen mit Paketen verlassen, bilden die Minderzahl, während die meisten noch nachmittags oder abends in Brünings Saalbau hier zu treffen sind. Wenn diese Leute erst wissen, daß hier die Einkaufszeit um 1 Uhr mittags vorbei ist, so werden sie sich bei ihren Einkäufen

wohl mehr beeilen, nicht aber deshalb den Besuch Braunschweigs unterlassen und dafür nach Peine, Helmstedt oder Wolfenbüttel gehen. Ich glaube, daß Besorgnisse in dieser Beziehung nicht vorliegen.

Die große Anzahl von Gewerbetreibenden, die die Eingabe an den Magistrat unterzeichnet hat, schrumpft auch zusammen, wenn man diejenigen davon abzieht, welche durch die Aenderung gar nicht betroffen werden, nämlich 119 Bäcker und Konditoren, 61 Zigarrenhändler und 7 Friseure, die mit Odeurs handeln. Also eine so stark überwiegende Mehrheit der hiesigen interessierten Geschäftsleute hat sich gegen die Aenderung gar nicht ausgesprochen; es kann vielmehr in Uebereinstimmung mit Herrn Fiedel angenommen werden, daß die überwiegende Mehrzahl der hiesigen beteiligten Geschäftsinhaber eine sonntägliche Geschäftszeit von zwei Stunden für ausreichend hält. (Widerspruch.)

Wenn die Herren aber für die Material- und Kolonialwarenhändler eine Ausnahmegestimmung gewähren wollen, so wird sich der Magistrat darauf vielleicht einlassen, während für alle übrigen Geschäfte eine Verkaufszeit von zwei Stunden genügen wird.

Herr Ohlendorf: Der kleine Fortschritt, den das Statut bringen wollte, scheint den Herren, die hier ausnahmslos die Arbeitgeber im Handelsgewerbe vertreten haben, nicht angenehm zu sein; ich bin der gegenteiligen Meinung, daß die Vorlage noch nicht weit genug geht und wir die vollständige Sonntagsruhe einführen sollten. Ich beantrage daher, den § 1 des Entwurfs so zu fassen, daß die vollständige Sonntagsruhe eingeführt oder doch die Verkaufszeit auf die Stunde von 11 bis 12 Uhr mittags beschränkt wird. Sie haben nur im Auge, daß die Geschäftsinhaber von der Aenderung betroffen werden und niemand fühlt das Bedürfnis, hier zum Ausdruck zu bringen, daß die Geschäftsangestellten auch den berechtigten Wunsch haben, einmal einen Ruhetag in der Woche für sich in Anspruch zu nehmen. Würden gesetzliche Bestimmungen vorhanden sein, die den im Handelsgewerbe beschäftigten Arbeitern und Handlungsgehilfen ermöglichten, einen Ruhetag in der Woche zu haben, so sollte es uns gleich sein; wo das aber nicht der Fall ist und wir in der Lage sind, die Leute in dieser Beziehung besser zu stellen, so sollte die Stadt zu dem Mittel greifen und ein derartiges Statut schaffen.

Trotzdem es mich freut, daß der Magistrat mit dem Entwurfe einen Schritt vorwärts getan hat, so muß ich doch seiner Begründung entgegentreten. Er sagt, daß gegen die völlige Sonntagsruhe im Großhandel keine besonderen Bedenken vorhanden sind, lehnt deren Einführung aber trotzdem ab, weil uns andere Städte damit noch nicht vorangegangen sind. Auch Herr Esborn erklärte, warum wir als einzige Stadt damit vorgehen sollen. Muß denn aber Braunschweig immer dem nachhinken, was Peine und Wolfenbüttel tut? Auch einer anderen Ansicht des Magistrates in der Begründung möchte ich entgegentreten, daß es nämlich dem

Handlungsangestellten egal sein könne, ob er am Sonntage eine oder zwei Stunden arbeite. Gehen Sie doch einmal von sich selber aus, würde Ihnen das gefallen? (Rufe: Ja!) Sie arbeiten auch lieber eine als zwei Stunden und am liebsten gar keine. (Heiterkeit.) Die meisten von Ihnen werden sicher am Sonntage nicht arbeiten. (Widerspruch.) Herr Sander hat gesagt, daß sich der Magistrat seiner Meinung nach hauptsächlich von den Arbeitnehmern hätte beeinflussen lassen; ich habe darüber eine andere Meinung und selbst die Begründung des Magistrates besagt das Gegenteil. Es ist dort angeführt, daß sich alle Innungen gegen den Fortschritt ausgesprochen haben und unten steht, daß auch ein Teil der Handlungsgehilfen dagegen sei. Die Sache liegt aber anders. Herr Esdorn hat in großen Versammlungen Gelegenheit gehabt, die Meinung der Handlungsgehilfen kennen zu lernen und in diesen Versammlungen waren mehr Leute anwesend, als Namen unter den Eingaben standen; er wird aber zugestehen, daß die Organisationen sämtlicher politischen Richtungen für vollständige Sonntagsruhe sind, wenn auch einzelne zugestanden haben, daß schrittweise vorgegangen werden möchte. So ganz sollte man deshalb die Sache nicht beiseite schieben, zumal es sich nicht etwa nur um jugendliche Handlungsgehilfen handelt, sondern mancher Familienvater darunter ist, der ein Recht darauf hat, wenigstens Sonntags seiner Familie zu leben, wenn er die Woche durch gearbeitet hat. Der Wunsch dieser Angestellten ist also schon mit Rücksicht auf die lange Arbeitszeit in der Woche berechtigt, die Sonntagsarbeit einzuschränken oder ganz aufzuheben. In der Stadt Frankfurt a. M. hat man die vollständige Sonntagsruhe eingeführt, und es geht. Herr Esdorn hat früher vor Einführung der heutigen Sonntagsruhe auch gemeint, es ginge nicht, und wir haben gesehen, daß es doch geht. Beschließen Sie darum nur vollständige Sonntagsruhe, und Sie werden bald finden, daß es geht. Solche Befürchtungen werden vor der Einführung von Neuerungen immer gehegt. Wenn Sie die Eingaben der Arbeitnehmer mit Interesse angesehen hätten, so konnten Sie sich nach dieser Richtung hin orientieren. Ich verstehe es deshalb nicht, weshalb Sie glauben, dem Kleinhändler nur dadurch helfen zu können, daß er keine Sonntagsruhe haben darf. Herr Jüdel sagt, gekauft wird doch, und hat damit sagen wollen, daß, wenn alles am Sonntag geschlossen wird, die Leute schon wissen werden, sich die richtige Zeit zu suchen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Heute liegen die Verhältnisse aber so, daß jemand, wenn das eine Geschäft am Sonntag geschlossen ist, nach einem anderen Geschäft geht, um seine Einkäufe zu besorgen; weiß er aber, daß Sonntags kein Geschäft offen ist, so besorgt er seine Einkäufe zu anderer Zeit.

Was die Brauereien betrifft, so muß ich offen gestehen, daß ich nicht verstehe, wie man dort die gänzliche Sonntagsruhe für undurchführbar halten kann. Es ist ja bedauerlich, daß die Rutscher Tag und Nacht unterwegs sein müssen, aber es läßt sich bei gutem Willen doch wohl einrichten, daß die Abrechnung stattfindet,

ohne daß das Kontorpersonal deshalb Sonntags zum Geschäft kommen muß. Ich stelle hiernach den Antrag, den § 1 des Statuts folgendermaßen zu fassen:

„Im Handelsgewerbe sowie im Geschäftsbetriebe von Konsumvereinen und anderen unter § 105b der Gewerbeordnung fallenden Vereinen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden.“

Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so beantrage ich zu sagen:

„ . . . . an Sonn- und Festtagen nur von 11 bis 12 Uhr mittags beschäftigt werden.“

Herr Friede: Ich bin gegen jede weitere Beschränkung der Sonntagsarbeit. Wir haben die Chefs verschiedener Großhandlungen gesagt, daß es ihnen unmöglich sei, vollständige Sonntagsruhe einzuführen, da es sehr häufig vorkomme, daß ihre Reisenden am Sonntage zu Rücksprachen einträfen und dann das Kontor besetzt sein müsse, auch wollten häufig die auswärtigen Kleinhändler schnell zu Montag Waren haben, die am Sonntag aufzugeben seien. Wenn man den hiesigen Großhandlungen solche Beschränkungen auferlege, so würden sich die Kunden mehr und mehr nach Hannover oder Magdeburg wenden. Wenn die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Reichsgesetz eingeführt wird, so geht es, sonst kann ich mich aber nicht dafür erwärmen. Es kann auch sonst so kommen, daß noch mehr Großhandlungen ihr Domizil nach einer anderen Stadt verlegen und hier nur noch eine Filiale zurücklassen, wie z. B. die Gebrüder Kiene in der Schützenstraße, die nach Hannover verzogen sind. Wenn die jungen Leute von 2 Uhr ab ausgehen können, so können sie noch genug Geld ausgeben. Wir haben es in unserer Jugend nicht so gut gehabt. Für mich kommt hierbei in erster Linie in Betracht, daß unsere Geschäfte existenzfähig bleiben und die Stadt ihre Steuern von ihnen einziehen kann. Ich lehne daher die Vorlage ab.

Herr Wolters: Ich kann mich zu dem Standpunkte des Herrn Friede nicht bekennen; denn ich sehe ein, daß sich wesentliche Einschränkungen der Sonntagsarbeitszeit erzielen lassen, ohne daß aber, wie Herr Ohlendorf es wünscht, jede Sonntagsarbeit verboten werden darf. Der Magistratsantrag von 11 bis 1 Uhr findet meine Zustimmung nicht, auch nicht, wenn die Arbeitszeit wahlweise auf 7 bis 9 Uhr morgens verlegt werden darf; ich nehme mich vielmehr der Idee des Herrn Südel an, der wünscht, daß für die Kolonialwarenbranche außer der Zeit von 11 bis 1 Uhr noch die Verkaufszeit von 8 bis 9 Uhr eingeführt werden möchte. Ich möchte daher beantragen, daß Sonntags die Arbeitszeit allgemein auf drei Stunden beschränkt wird und es den einzelnen Branchen überlassen bleibt, in welche gesetzlich gestattete Zeit sie die drei Stunden verlegen wollen. Hiervon werden die Fabrikarbeit und die Bedürfnisgewerbe nicht betroffen. Daher fällt der Antrag der Branereien mit den daran geknüpften Erwägungen des Herrn Ohlendorf als

gegenstandslos aus. Das Handelsgewerbe der Brauereien untersteht nicht der Statutargesetzgebung, sondern der Herzoglichen Polizeidirektion.

Herr Födel: Ich möchte meinen Antrag zugunsten des Antrages Wolters zurückziehen. Ich habe meinen Antrag gestellt unter dem Eindruck, daß die Magistratsvorlage angenommen werden würde, jedoch freue ich mich auch über den Antrag auf Offenhaltung der Geschäfte während 3 Stunden. Die Festsetzung der drei Stunden möchte ich aber nicht den verschiedenen Branchen überlassen, sondern jedem einzelnen Geschäftsinhaber, der durch Aushang in seinem Geschäftslokale zu erkennen geben muß, während welcher 3 Stunden er sein Geschäft am Sonntage geöffnet halten will. Ich kann so weit nicht gehen, wie die Herren, die einer weiteren Einschränkung der Sonntagsruhe nicht zustimmen wollen, denn man kann sich dem Zuge der Zeit nicht ganz entgegenstellen. Durch den Antrag Wolters wird allen Bedürfnissen entsprochen.

Herr Sander: Herr Stadtrat Wagner meint, daß im Magistrate keine Bedenken wegen einer schwerwiegenden Schädigung des Handelsgewerbes durch die Vorlage vorhanden seien; wenn die Sache aber erst so weit wäre, dann würde es doch sehr bedenklich sein. Ich halte schon die kleinste Schädigung dieses Gewerbes für so gefährlich, daß sie unter Umständen dessen Umfall ermöglicht. (Widerspruch.) Wenn Herr Stadtrat Wagner weiter anführt, die Arbeiter, welche mit den Mittagszügen ihre Rückreise nach dem Wohnorte antreten, bildeten die Minderzahl, während die meisten des Vergnügens wegen noch bis zum Abend hierblieben, so ist das auch nicht zutreffend. Neun Zehntel der Arbeiter kommen nur zum Kaufen hierher, und ein Zehntel mag auch noch dem Vergnügen nachgehen. Die Käufer, die ich im Auge habe, besitzen gar nicht die Mittel dazu, um dem Vergnügen nachzugehen.

Herr Ohlendorf meinte sodann, ich hätte ausgeführt, der Magistrat hätte sich durch die Eingabe der Handlungsgehilfen beeinflussen lassen. Das ist nicht richtig, sondern ich habe gesagt, er hätte deren Wünsche berücksichtigt; ich traue dem Magistrate nicht zu, daß er sich von einer Interessentengruppe beeinflussen läßt. Weiter meinte Herr Ohlendorf, jeder Arbeitgeber beanspruche für sich die Sonntagsruhe in viel höherem Maße als der Arbeitnehmer. Das scheinen Sie aber nicht zu wissen, denn das ist nicht der Fall. Der Arbeitgeber muß Sonntags viel mehr arbeiten, als der Arbeitnehmer; wenn das Geschäft geschlossen ist, fangen die Geschäftsinhaber erst recht an zu arbeiten, indem sie an die Geschäftsbücher gehen und auftramen, während ihre Angestellten das Geschäft verlassen und ihrem Vergnügen nachgehen. Wenn Herr Ohlendorf ein so großer Vorkämpfer für die völlige Sonntagsruhe ist, so verstehe ich nicht, weshalb er nicht dafür gesorgt hat, daß der allgemeine Konsumverein schon die Sonntagsruhe eingeführt hat. (Widerspruch.) Daß Herr Ohlendorf und seine Freunde Anhänger der Erweiterung der

Sonntagsruhe find, ist für mich allerdings erklärlich: Die Herren wollen sich gegenüber den Handlungsgehilfen gefällig erweisen, um sie in ihre Reihen zu ziehen und um auch den Mittelstand mit der Zeit von der Bildfläche verschwinden zu lassen. (Widerspruch.) Es trägt immer etwas dazu bei, wenn einige Existenzen verloren gehen.

Herr Brückmann: In den 35 Jahren des Bestehens meines Geschäftes war den Gehilfen verboten, Sonntags im Geschäft zu erscheinen; ich bin also stets ein Vorkämpfer der allgemeinen Sonntagsruhe gewesen, aber immer nur unter der Voraussetzung, daß nicht ein Nachbar den anderen schädigt. In England, wo am Sonntage keine gewöhnlichen Briefe ausgetragen werden und wo am Sonnabend nachmittag das Handelsgewerbe noch Zeit genug hat, derartige Sachen zu erledigen, die hier auf den Sonntag verschoben werden, finden wir vollständige Sonntagsruhe. Was aber für das eine Geschäft paßt, paßt nicht immer auch für das andere. Wenn daher eine Kommunalbehörde ein derartiges Statut erläßt, so soll sie in einem größeren Maße, als das in dem Entwurfe geschehen ist, auf die Wünsche und die Lebensfähigkeit der Bürger Rücksicht nehmen.

Berücksichtigen Sie folgendes: Die Materialwarengeschäfte sollen nach dem Entwurfe um 1 Uhr mittags schließen, nun führt Herr Hilleke in seinen etwa 20 Milchgeschäften auch Kaffee, Zucker, Reis etc., ebenso wie das die Drogengeschäfte tun. Herr Stadtrat Wagner sagt freilich, das Publikum muß sich an die neuen Verkaufszeiten gewöhnen, gewiß, das kann es auch, aber ich verlange dann auch, daß die Geschäfte, welche die gleichen Artikel führen, auch gleichmäßig behandelt werden und ihnen Sonntags eine gleich lange Verkaufszeit gesetzt wird. Lassen Sie uns nach einer allgemeinen Sonntagsruhe streben, aber es darf keiner bevorzugt werden. Ich empfehle den Antrag Wolters zur Annahme, wenn ich auch am allerliebsten die ganze Vorlage zurückweisen möchte.

Herr Möhle: Nach dem durchaus akzeptablen Vermittlungsvorschlage des Herrn Wolters verzichte ich darauf, die Debatte noch weiter auszudehnen. Ich stehe auf dem Standpunkte, am liebsten die ganze Vorlage abzulehnen, wenn ich auch nicht leugnen kann, daß mich der Vermittlungsvorschlag des Herrn Wolters sympathisch berührt und ich nicht abgeneigt bin, ihm zuzustimmen, allerdings mit dem Vorschlage des Herrn Jüdel, daß es den betreffenden Geschäften überlassen bleibt, sich die drei Verkaufsstunden selbst auszuwählen.

Herr Stadtrat Wagner: Es ist hier verschiedentlich erwähnt, daß die Viktualien Geschäfte anders behandelt würden, als die Kolonialwarengeschäfte. Das liegt aber nicht am Magistrate, sondern an der Herzoglichen Polizeidirektion. Es ist dabei offenbar auf die besonderen Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung Rücksicht genommen, denn die Geschäfte können Sonntags schon um 5 Uhr morgens geöffnet werden. Ich glaube auch nicht, daß dadurch den größeren Kolonialwarengeschäften

etwas entzogen wird. Wenn die Herren die Zeit von 11 bis 1 Uhr nicht auf die offenen Ladengeschäfte angewandt wissen wollen, so fragt es sich, ob nicht wenigstens die Kontorarbeit auf die zwei Stunden beschränkt werden soll.

Herr Weichsel: Ich habe den Vorschlag des Herrn Wolters auch mit Freuden begrüßt und ich glaube, daß die Herren mit abweichender Meinung, die die Vorlage ablehnen wollen, sich bei ruhiger Ueberlegung sagen werden, daß dies ein gangbarer Mittelweg ist, da wir nicht für eine besondere Interessentengruppe hier eintreten wollen. Herr Wolters hat seinen Antrag wohl auch so gemeint, daß die Verkaufszeit nicht branchenweise festgestellt, sondern es in das Belieben jedes einzelnen Geschäftsinhabers gesetzt werden soll, welche drei Stunden er sein Geschäft geöffnet haben will. (Zustimmung des Herrn Wolters.)

Herr Esdorn: Herr Wolters hat es mit seinem Antrage recht gut gemeint und ich glaube auch befürchten zu müssen, daß er damit eine Mehrheit findet. Worauf führt das aber hinaus? Nehmen wir an, in der Sonnenstraße hat ein großes Woll- und Weißwarengeschäft die Verkaufszeit auf 11 bis 2 Uhr festgesetzt, während ihm gegenüber ein Konkurrent, der sonst nichts werden kann, die Zeit von 7 bis 9 Uhr und von 11 bis 12 Uhr nimmt. Was wird das für Schwierigkeiten machen, den letzteren zu zwingen, auch wirklich um 12 Uhr zu schließen. Wenn das eingeführt werden soll, so ist es unbedingt nötig, den betreffenden Geschäftsinhabern aufzugeben, die sonntäglichen Verkaufszeiten durch Plakate im Geschäftslokale bekannt zu geben. (Rufe: Soll auch geschehen!) Ich stehe nicht auf dem Standpunkte des Antrages Wolters und würde erst in zweiter Linie dafür stimmen.

Sodann muß ich noch einigen Ausführungen entgegentreten. Herr Ohlendorf meint, gekauft wird doch. Das glaube ich, aber was in unseren Manufakturwarengeschäften nicht gekauft wird, wo wird es gekauft? Wer darüber unterrichtet ist, wie unser Hausierhandel blüht, der weiß, daß hierdurch unsere Manufakturwarengeschäfte bedeutend leiden. Die Zahl dieser Geschäfte hat hier bedeutend nachgelassen, und das ist ein Zeichen dafür, daß die Detailreisenden und die Versandgeschäfte erhebliche Geschäfte machen, wodurch uns die Steuerkraft genommen wird. Auch die Engroßgeschäfte würden durch eine vollständige Sonntagsruhe geschädigt werden. Wenn wir diesen Geschäften einen solchen Zwang auferlegen, so werden sich noch mehr Geschäfte veranlaßt sehen, von hier fortzugehen; ich nenne nur die Firmen Gebr. Göbel, Keitel, Germann u.

Nehmen wir den Antrag Wolters an, so können wir allerdings auch dem Vorschlage des Herrn Referenten vom Magistrat nachgeben und für die Kontorangestellten eine nur zweistündige Arbeitszeit festsetzen, da hiermit auszukommen ist. Es handelt sich dabei vorwiegend um Kurzwarengeschäfte, die ihre Sachen zwischen 12 und 1 Uhr zur Post geben. Die meisten Engroßgeschäfte, namentlich



die Fabrikgeschäfte, haben ja schon jetzt keinen Sonntagsdienst, wir können aber nicht alle diese Geschäfte über einen Kamm scheren. Viel schwerwiegender als bei den Grossisten liegen aber die Verhältnisse für die Detailgeschäfte. Wenn magistratsseitig ausgeführt wurde, die Kundschaft könne bis 1 Uhr ihre Einkäufe besorgen, so ist das nicht so leicht zu ermöglichen. Wir können unsern Käufern keine Vorschriften machen, sondern wir freuen uns, wenn wir zu tun haben. Herr Stadtrat Wagner meinte ferner, ein großer Teil der Unterzeichner der Eingabe würde von der Einrichtung gar nicht betroffen; wenn die betreffenden Geschäftsinhaber auch vielleicht keinen Gehilfen oder Lehrling beschäftigen, so müssen sie ihr Geschäft zu der festgesetzten Zeit doch schließen, sodaß sie ebenso gut wie die anderen davon betroffen werden. (Widerspruch.)

Herr Ohlendorf sagte auch: Sie reden vom Standpunkte des Arbeitgebers, aber für den Arbeitnehmer liegt auch ein Bedürfnis nach Ruhe am Sonntage vor. Die Ruhe, die jetzt unsere Handlungsgehilfen haben, ist aber wirklich ausreichend, denn wir haben nicht fortwährend in unseren Verkaufsläden zu tun und die paar Stunden Sonntagsarbeit läßt sich wirklich ertragen. Die Geschäftsinhaber arbeiten gern des Sonntags, auch noch am Nachmittage, und sie arbeiten an den Wochentagen ebenso angestrengt, wie die Handlungsgehilfen.

Wenn ich meinen Antrag aufrecht halte, so geschieht es im Auftrage vieler Gewerbetreibender. Wir betrachten die ganze Sache nur als eine Agitation der Handlungsgehilfen. Sobald wir diese Vorlage annehmen, werden die Herren in zwei Jahren wieder mit einem neuen Antrage auf vollständige Sonntagsruhe kommen und wenn sie das durchgesetzt haben, so wollen sie einen Nachmittag in der Woche frei haben. Ich habe nichts dagegen, wenn die Herren ihre Lage verbessern wollen, aber die Sache muß reichsgesetzlich geregelt werden, eher können und dürfen wir für Braunschweig diese Ausnahme nicht machen. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Gewerbetreibenden ihre Steuern nach wie vor bezahlen können.

Herr Akenhausen: Wenn wir den Antrag Wolters annehmen, so erreichen wir das Gegenteil von dem, was damit bezweckt werden soll. Wenn die Sonntagsruhe wirklich verkürzt werden soll, so muß die Arbeitszeit einheitlich etwa von 8 bis 9 Uhr morgens und von 11 bis 1 Uhr mittags festgesetzt werden.

Die Besprechung wird hierauf geschlossen und zur Abstimmung geschritten.

Den Antrag Esborn auf Ablehnung der ganzen Vorlage lehnt die Versammlung gegen 13 Stimmen ab. Ebenso werden die Anträge Ohlendorf auf Einführung vollständiger Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und auf Einführung einer einstündigen Sonntagsarbeit abgelehnt.

Der Antrag Wolters wird sodann in Verbindung mit dem Antrage der Statutenkommission in der Weise angenommen, daß § 1 des Entwurfs lautet:

„§ 1. Im Handelsgewerbe sowie im Geschäftsbetriebe von Konsumvereinen und anderen unter § 105 b der Gewerbeordnung fallenden Vereinen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nur drei Stunden, und zwar nach Wahl jedes Geschäftsinhabers innerhalb der Zeit von 7 bis 9 Uhr vormittags und von 11 bis 2 Uhr mittags beschäftigt werden.

Die gewählte Beschäftigungszeit ist durch Aushang an geeigneter Stelle der Geschäftsräume bekannt zu machen. Die Bekanntmachung muß dauernd in lesbarem Zustande aushängen.“

Die §§ 2 bis 5 werden schließlich noch in der von der Statutenkommission beantragten Fassung genehmigt.

Darauf schließt der Herr Vorsitzende die Sitzung.

Dauer von 4 bis 7<sup>1/2</sup> Uhr.

---



1906/1907.Nr. 12.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 9. März 1907.

---

#### Tagesordnung:

|      |                                                                                                                   |           |
|------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.   | Stadthaushaltsplan für 1907/08 . . . . .                                                                          | Seite 388 |
| II.  | Antrag Hanswaldt: Uebernahme der Amtsketten des Magistrates . . .                                                 | " 410     |
| III. | Antrag Ohlendorf: Ausbesserung des Pflasters der Juliusstraße . . .                                               | " 410     |
| IV.  | Antrag des Kirchenvorstandes zu St. Nicolai: Uebernahme der Unterhaltungskosten der katholischen Schule . . . . . | " 410     |
| V.   | Zuschuß an das Deutsche Komitee zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit .                                       | " 419     |
| VI.  | Staatsseitige Ermittlung des alten Stadthauses . . . . .                                                          | " 422     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Wagner, Lorb und Blasius.

Entschuldigt die Herren Ahmann, Bunge, Frühling, Günther, Hesse, Ohlendorf, Replies, Rieke, Schmidt und Stegmann; außerdem fehlt Herr Jasper.

Der Vorsitzende, Herr Wolff, eröffnet die Sitzung und gibt zunächst folgende Eingänge bekannt:

- 1) Der Kaufmann Spierling bittet die Versammlung um Verleihung einer Stelle im städtischen Dienste. Da ein gleiches Gesuch auch dem Magistrate zugegangen ist, so wird die Eingabe bis zur Bescheidung des Bittstellers durch den Magistrat zurückgestellt.
- 2) Von dem Vorstande der Sterbekasse der städtischen Beamten ist ein Dankschreiben für die in der letzten Sitzung beschlossenen Zuwendungen — Seite 365 des Berichtes — eingegangen, wovon Kenntnis genommen wird.
- 3) Der Magistrat teilt der Versammlung die Namen der zum 1. April d. Js. wieder- und neugewählten Stadtverordneten mit und bemerkt dabei, daß der Schulvorstand dem zum Stadtverordneten neu gewählten Lehrer Bähr die Genehmigung zur Uebernahme dieses Ehrenamtes erteilt habe. Wiedergewählt sind die Herren Göcke, Koch, Ohlendorf, Probst, Schmidt und Wolters; neugewählt die Herren Bähr (für Günther), Hel mold (für Brückmann), Leue (für Peplies), Löhnefinke (für Rathe), Tolle (für Stegmann) und Voge (für Rolke).

Ferner teilt der Herr Vorsitzende mit, daß infolge der bevorstehenden Landtagsverhandlungen die Aussicht auf eine alsbaldige Sitzung der Versammlung, an der der Herr Oberbürgermeister hätte teilnehmen können, erschwert schien. Da es indessen für notwendig gehalten werde, daß der Herr Oberbürgermeister der Beratung des Haushaltsplanes beizuhöhen, so sei auf Wunsch des Magistrates die Sitzung auf heute anberaumt worden.

Herr Wesemeier (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Antrag stellen, den ersten Punkt „Beratung des Stadthaushaltsplans für 1907/08“ von der Tagesordnung abzuheben, weil die Versammlung infolge ihres ungünstigen Zeitpunktes am Sonnabend schlecht besucht ist und es doch wichtig erscheint, den Haushaltsplan bei besetzten Bänken durchzuberaeten.

Vorsitzender: Können Sie eine Erklärung dafür geben, weshalb Herr Dr. Jäcker wieder fortgegangen ist? (Herr Wesemeier: Nein.) Dann frage ich die Versammlung, wer ist für den Antrag Wesemeier? — Der Antrag ist abgelehnt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

## I. Stadthaushaltsplan 1907/08.

Herr Fiedel als Berichterstatter der Finanzkommission: Der uns jetzt zur Beratung vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 1907/08 zeigt, wie Sie beim

Durchsehen schon gefunden haben werden, in seiner äußeren Anordnung einen wesentlichen Unterschied gegen die früheren Haushaltspläne. Diese Verschiedenheit ist Ihnen auch im Begleitschreiben des Magistrates in ausführlichster und klarster Weise dargelegt worden. Hauptsächlich ist der Unterschied dadurch entstanden, daß, einem früheren Beschlusse der Versammlung entsprechend, die Kreiskommunalkasse nicht mehr als selbständiger Etat in unserm Haushaltsplane erscheint, sondern mit der Rämmerekasse vereinigt ist. Diese Vereinigung hat allerdings nicht, wie wir wohl zuerst gedacht haben, zu einer Verschmelzung mit der Rämmerekasse geführt, sondern die Kreiskommunalkasse ist ein selbständiges Glied der Rämmerekasse geblieben, weil das Herzogliche Staatsministerium den Wunsch geäußert hat, die Kreiskommunalkasse in ihren Beständen erhalten zu sehen. Wenn sie also auch unserer Rämmerekasse angegliedert worden ist, so sind ihre Bestände doch im Stamm- und Vorratsvermögen getrennt aufgeführt. Trotzdem also keine innige Verschmelzung zwischen beiden Kassen stattgefunden hat, so bietet die Vereinigung doch wesentliche Erleichterungen. Die früher notwendig gewesen getrennten Buchungen auf beide Kassen und von diesen wieder auf die verschiedenen Unterkapitel der selbständigen Kassen sind in Wegfall gekommen. Wenn uns auch diesmal die Vergleichung des Etats mit den Vorjahren manche Schwierigkeit geboten hat, so können wir doch darauf rechnen, daß eine solche Vergleichung in der Zukunft uns wesentlich erleichtert werden wird. Außerdem ist eine große Erleichterung noch dadurch herbeigeführt worden, daß der Magistrat jetzt bei jedem einzelnen Einnahme- oder Ausgabeposten den Betrag des Voranschlages und der wirklichen Einnahme oder Ausgabe der beiden Vorjahre vermerkt hat.

Während wir also die äußere Anordnung des Haushaltsplanes mit Freuden haben begrüßen können, so werden uns andere Empfindungen beseelen, sobald wir auf dessen Inhalt näher eingehen. Wenn es auch nicht nötig gewesen ist, neue Steuern in Vorschlag zu bringen, oder die bisherigen Steuern zu erhöhen, so schließen wir doch mit einem Fehlbetrage von 40 000 M ab. Dieser Fehlbetrag braucht uns allerdings durchaus nicht ängstlich zu machen und zwar einerseits im Hinblick auf die Gesamtausgaben der Stadt und andererseits mit Rücksicht darauf, daß die Veranlagung zur Einkommensteuer so vorsichtig geschehen ist, um mit Sicherheit auf einen Mehrertrag hoffen zu können. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß der Abschluß unseres Haushaltsplanes mit dem geringen Fehlbetrage nur dadurch möglich geworden ist, daß aus der Verwaltung des Jahres 1905/06 ein Ueberschuß von 164 859,05 M in den vorliegenden Haushaltsplan hat übernommen werden können und außerdem noch der Kassenvorrat der Kreiskommunalkasse aus der Verwaltung für 1906/07 mit 14 000 M eingestellt worden ist. Würden wir diese beiden Posten nicht in den Etat haben aufnehmen können, so

würden wir einen Fehlbetrag gehabt haben, der ziemlich genau die Erhöhung der Einkommensteuer um ein Simplum erreicht hätte.

Schon seit einer ganzen Reihe von Jahren bin ich im Auftrage der Finanzkommission genötigt gewesen, die Herren darauf aufmerksam zu machen, daß die finanzielle Gestaltung unserer Stadt tatsächlich zur allergrößten Vorsicht mahnt. Es muß die Aufgabe der städtischen Behörden in erster Linie sein, die Steuerkraft der Mitbürger zu erhöhen und alles anzubieten, um den Zuzug steuerkräftiger Leute von außen her zu fördern. Gerade der Grundbesitz, aus dem bisher die meisten Steuereinnahmen geschöpft wurden, befindet sich in einer derartig bedrückten Lage, daß es tatsächlich der Anstrengung der städtischen Behörden in hohem Maße bedarf, um auch diesem wieder gerecht zu werden, und ihn so zu fördern, daß er wieder auf seine frühere alte Höhe gelangt. Aus diesen Gründen dürfen wir uns keineswegs abschrecken lassen, verbende Ausgaben zu beantragen und zu bewilligen, denn nur auf diese Weise wird es ermöglicht werden, das Ziel, also die Erhöhung der Steuerkraft der Einwohnerschaft und die Heranziehung steuerkräftiger Einwohner von auswärts, zu erreichen.

Was den sonstigen Inhalt des Haushaltsplanes anbelangt, so ist er derartig durch- und ausgearbeitet, und auch in dem Begleitschreiben des Magistrates sind so weitgehende Erklärungen für etwaige höhere Ausgaben oder Einnahmen gegeben, daß mir als Referenten der Finanzkommission kaum viel zu sagen übrig bleibt.

Ich habe aber doch für nötig gehalten, einmal festzustellen, wozu wir eigentlich diese erheblichen Ausgaben verwenden, und bin dabei auf einige Zahlen gestoßen, die ich Ihnen mitteilen möchte, weil ich glaube, sie werden für Sie und auch für die übrigen Mitbürger nicht ohne Bedeutung sein.

Die gesamten Ausgaben der Stadt im ordentlichen Haushaltsplane für 1907/08 betragen ohne Rücksicht auf die Einnahmen rund 5 250 000 M. Zur Erzielung eines besseren Ueberblicks würde es sich empfehlen, in der Wiederholung der Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Etats auf den Seiten 92 und 93 die Kapitel III und V in derselben Weise auszufüllen, wie das bei den übrigen Kapiteln geschehen ist. Die vorhin erwähnten gesamten Ausgaben setzen sich in folgender Weise zusammen:

|                                   |             |           |
|-----------------------------------|-------------|-----------|
| 1) Beamtengehälter . . . . .      | 1 930 000 M | = 36,76 % |
| 2) Arbeiterlöhne . . . . .        | 418 000 "   | = 8,00 "  |
| 3) Pensionen . . . . .            | 86 000 "    | = 1,64 "  |
| 4) Zinsen und Tilgungen . . . . . | 1 042 000 " | = 20,00 " |
| 5) sonstige Ausgaben . . . . .    | 1 774 000 " | = 33,60 " |

Verechnet man diese Ausgaben auf die Ausgaben der Stadt nach Abzug der Einnahmen (auschl. der Steuern), die dann noch 3 240 000 M. betragen, so entfallen:

- 1) auf Beamtengehälter . . . . . 60,00 %
- 2) „ Arbeiterlöhne . . . . . 13,00 „
- 3) „ Pensionen . . . . . 2,65 „
- 4) „ Zinsen und Tilgungen . . . . . 12,00 „
- 5) „ sonstige Ausgaben . . . . . 12,35 „

Bei den Beamtengehältern sind die den Beamten der Gas- und Wasserwerke zc. gezahlten Beträge nicht mit gerechnet, sondern, wie eingangs angegeben, nur die durch den ordentlichen Etat laufenden Beamtenbezüge. In den Lohnbeträgen sind auch nur die festen Löhne enthalten, so daß z. B. die Ausgaben für die Reinigung städtischer Gebäude dabei außer Anlaß geblieben sind.

Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltesplanes betragen 5 213 300 M. Davon entfallen:

- a. auf Steuern . . . . . 3 202 300 M. = 61,4 %
- b. „ Zinsen zc. . . . . 654 800 „ = 12,6 „
- c. „ Unterrichtswesen . . . . . 641 700 „ = 12,3 „
- d. „ Staatszuschüsse . . . . . 411 300 „ = 8,0 „
- e. „ Insgesamt . . . . . 189 100 „ = 3,6 „
- f. „ sonstige Einnahmen . . . . . 114 100 „ = 2,1 „

Diese Zusammenstellungen ergeben die interessante Tatsache, daß eine etwaige Gehaltserhöhung, die ja fortwährend in der Luft schwebt, von nur 10 % der sämtlichen gezahlten Gehälter, also auch der Gehälter der bei den Gas- und Wasserwerken beschäftigten Beamten, ebenso schwer auf den Haushaltsplan einwirken würde, wie eine Anleihe von fünf Millionen Mark bei 4prozentiger Verzinsung nebst Amortisation. Ich halte es für nötig, das hier vorzuführen, weil man leicht geneigt ist, in der Weise vorzugehen, ohne die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Damit habe ich aber nicht persönlich Stellung nehmen wollen gegen etwaige Wünsche der Beamten auf Gehaltserhöhung, ich behalte mir vielmehr vor, gegebenenfalls nach meinem Ermessen die Frage zu beurteilen, sondern ich habe nur zeigen wollen, wie sich die Verhältnisse der Stadt bei einer solchen Mehrausgabe gestalten würden.

Schließlich sei noch erwähnt, daß für Lehrer und Lehrerinnen 1 435 500 M. an Gehältern und 64 500 M. an Pensionen gezahlt werden, so daß wir für die städtischen Lehrkräfte 1½ Millionen Mark oder mehr als 28 % der Gesamtausgabe und über 46 % des durch Steuern zu deckenden Fehlbetrages der Stadt aufwenden. —

Da sich eine Besprechung an diese einleitenden Bemerkungen nicht knüpft, so wird sofort zur Einzelberatung des Etats übergegangen.



## 1. Voranschlag der Kämmerereikasse.

### Kapitel I. Kämmerervermögen.

Herr Südel: Auf Seite 16 des Haushaltungsplanes finden Sie, daß unser Borratsvermögen von 1 083 738 M des Vorjahres auf 921 409 M zurückgegangen ist. Die Ursache liegt im wesentlichen darin, daß das der Kirchenkasse gewährte Darlehn von ursprünglich 300 000 M im Laufe des Jahres zurückgezahlt worden ist, während andererseits ein dem Schwesternhause vom Roten Kreuz gewährtes Hypothekendarlehn von 160 000 M dem Borratsvermögen wieder zugelegt wurde.

Zu Seite 5. Herr Koch: Zu Ifd. Nr. 6, Wirtschaftsgebäude im Bürgerparke, möchte ich den schon früher geäußerten Wunsch wiederholen, auf dem Spielplatz eine Trinkwasser-Vorrichtung anzubringen. Es handelt sich dabei um eine geringe Ausgabe, die andererseits das gute im Gefolge haben würde, daß der Wirtschaftspächter nicht so stark von den Kindern geplagt würde, die sich aus seiner Küche Trinkwasser holen. Der Wirt hat voriges Jahr müssen über 300 M für den Mehrverbrauch an Wasser zahlen, welche Ausgabe von ihm im wesentlichen auf die Abgabe von Wasser an Kinder zurückgeführt wird. (Widerspruch).

Herr Bürgermeister Meyer: Soweit mir Erinnerlich ist, sind früher schon Verhandlungen hierüber gepflogen und die Mittel dafür bewilligt worden. Leider bin ich im Augenblick nicht in der Lage, konstatieren zu können, ob die Anlage nicht überhaupt schon ausgeführt worden ist; jedenfalls werden wir in der Sache auch ohne Antrag vorgehen können, da meines Wissens die Mittel dafür schon bewilligt worden sind.

Vorsitzender: Ein Antrag ist nicht gestellt worden.

Herr Südel: Auf den Seiten 11, 13 und 15 finden Sie eine Zusammenstellung der Kapitalschulden der Stadt im Gesamtbetrage von 23 586 332,04 M.

### Kapitel II. Kirchliche Zwecke,

gibt nur eine Zusammenstellung von Darlehen, mit denen wir hier nichts weiter zu tun haben.

### Kapitel III. Unterrichtswesen

wird bis nach Beratung der Einzelstats zurückgestellt.

### Kapitel IV. Kunst und Wissenschaft.

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

### Kapitel V. Armenpflege.

Das Kapitel wird bis zur Beratung des Voranschlages der Armenkasse zurückgestellt.

Herr Rathe: Ich möchte schon jetzt einige allgemeine Bemerkungen an dieses Kapitel knüpfen. Es ist mir nämlich aufgefallen, daß hier eine Mehrforderung von rund 44 000 M gegen das Vorjahr vorgesehen ist, während die Einnahmen aus den Gemeindesteuern zc. um rund 64 000 M geringer veranschlagt worden sind. Es ist ein unangenehmes Zeichen der Zeit, daß wir von 1905/06 bis jetzt um ein gutes Drittel in unseren Aufwendungen gewachsen sind, nämlich von 359 672 M auf 480 300 M. (Widerspruch.)

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Herr Rathe hat die Ausführungen des Begleitschreibens auf Seite 4 vollständig übersehen. Hiernach haben wir aus Bequemlichkeitsrücksichten die Kosten für Unterhaltung unbemittelter Einwohner in fremden Anstalten und den Zuschuß zur Unterhaltung der Pflegestation auf die Armenkasse übernommen, während im übrigen der an Unterstützungen gezahlte Betrag gegen 1905/06 zurückgegangen ist.

Herr F ü d e l: Ich würde bei der Beratung des Voranschlages der Armenkasse hierauf aufmerksam gemacht haben, wenn Herr Rathe sich bis dahin geduldet hätte

## Kapitel VI. Gesundheitswesen.

## Kapitel VII. Vereinszwecke und Volksfeste.

An diese beiden Kapitel werden Bemerkungen nicht geknüpft.

## Kapitel VIII. Feuerlöschwesen.

Herr Rathe: Auf Seite 55 finden sich unter Nr. 19 zwei Ausgabeposten von 9675 M für die Beschaffung einer neuen Drehleiter und von 4610 M für die Reparatur einer vorhandenen Drehleiter. Zu der letzteren Summe kommen dann noch 1134 M für Leihen einer Ersatzleiter und für Transportkosten, so daß sich die Kosten für die Reparatur auf insgesamt 5744 M stellen würden. Diese Ausgabe scheint mir im Verhältnis zu den Kosten der neuen Leiter zu hoch zu sein. Da außerdem ein Umbau derartig komplizierter Sachen oft sehr bedenklich ist, so scheint es mir richtiger zu sein, die alte Leiter dem Erbauer zurückzugeben und dafür noch eine neue Leiter zu beschaffen. Vom geschäftlichen Standpunkte aus würde ich das wenigstens empfehlen.

Herr Oberbürgermeister Kete meyer: Wie auf allen Gebieten, so ist es auch hier: jede neue Leiter ist besser, als eine alte. Tatsächlich sind denn auch an den neuen Leitern so wesentliche Verbesserungen gegenüber den alten Leitern, daß dieser Umstand uns mit bestimmt hat, für die Beschaffung einer neuen Leiter einzutreten. Dagegen bin ich aber doch im Zweifel, ob man so weit gehen und die vorhandene noch brauchbare Leiter zum alten Eisen legen soll, zumal der Lieferant uns nicht viel dafür gut rechnen wird. Man sollte deshalb, nachdem die

Deputation die Reparatur der Leiter für angemessen erachtet hat, auch dabei bleiben. Wenn die Herren aber zwei neue Leitern beschaffen wollen, so bitte ich das zum Ausdruck zu bringen.

### Kapitel IX. Ortspolizei.

Herr Rathe: Ich vermiße, daß bei dem Nachtwachwesen nicht auch ein Posten für die Beschaffung von Hundefutter angesetzt worden ist. Wie Sie wissen, sind unsere Nachtwächter, namentlich soweit sie die Außenstadt begehen, seit einigen Jahren mit Hunden ausgerüstet, was als ein großer Fortschritt zu betrachten ist. Es ist eine Tatsache, daß derjenige, welcher einen bißigen Hund bei sich hat, des Nachts besser geschützt ist, als wenn er einen Stock oder ein Seitengewehr trägt. Da uns nun der Polizeiinspektor Bussenius die Hunde gewissermaßen gratis zur Verfügung gestellt hat, so müßte ihm doch wenigstens eine kleine Beihilfe zu den Futterkosten gewährt werden. Wir würden uns dabei immer noch besser stehen, als wenn einmal ein Nachtwächter bei Ausübung seines Dienstes schwer verletzt würde und die Stadt die Heilungskosten übernehmen müßte. Ich möchte anregen, dem genannten Herrn entgegen zu kommen, denn wenn er auch aus dem Handel mit den Hunden Vorteile ziehen mag, so hat er doch auch erhebliche Unkosten. Im letzten Jahre soll er übrigens durch den Ausbruch der Hundekrankheit großen Schaden gehabt haben.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Der Anregung wird der Magistrat meines Erachtens nicht ohne weiteres Folge zu geben geneigt sein und zwar aus dem Grunde, weil die Polizeihunde persönliches Eigentum des Polizeiinspektors Bussenius sind, und sie zum Teil allerdings den Zwecken der städtischen Nachtwache, daneben aber auch sehr wesentlich staatlichen Zwecken dienen, wie seinerzeit die Entdeckung des Mörders in Königsutter durch einen Polizeihund bewiesen hat. Demnach hat der Staat ebenfalls ein wesentliches Interesse an der weiteren Entwicklung der Einrichtung. Der Herr Vorredner hat schon erwähnt, daß dem Polizeiinspektor Bussenius durch das Halten der Hunde zwar manche Last, zweifellos aber auch manche Einnahme erwächst. Die Mitglieder der Gewerbesteuer-Einschätzungskommission wissen, daß er sogar den Gewerbebetrieb des Hundehandels angemeldet hat und entsprechend eingeschätzt worden ist. Wie hoch seine Einnahme und insbesondere sein Nettoverdienst aus diesem Betriebe sich beläuft, entzieht sich allerdings der Beurteilung; es würde jedoch Sache des Genannten sein, nachzuweisen, daß er dabei Schaden gemacht hat, wenn er auf eine Unterstützung der Stadt rechnet. Ich möchte inbessen bezweifeln, daß er bei der Hundehaltung zuseht. Vor 1½ Jahren hat der Polizeiinspektor Bussenius einen Antrag auf städtige Uebernahme der Hunde oder auf Gewährung eines Zuschusses gestellt, worauf der Magistrat erwidert hat, daß er nicht abgeneigt sei, einen Zuschuß zu

bewilligen, sofern ihm über die Einnahme und Ausgabe eine Abrechnung vorgelegt und auch der Staat sich an der Ausbringung der Kosten mit beteiligen würde. Da Herr Bussenius weitere Anträge nicht gestellt hat, so darf man wohl annehmen, daß er bei der Einrichtung auf seine Kosten kommt; es dürfte deshalb keine Veranlassung vorliegen, von dem bislang eingenommenen Standpunkte abzugehen.

Herr Kalms: Zu Punkt 5 der Ausgabe möchte ich den Magistrat fragen, ob es nicht möglich wäre, die Kehrriechtabfuhr auf die Vormittagsstunden zu beschränken, so daß nach 12 Uhr mittags kein Kehrriech mehr abgefahren wird. Wenn wir einen größeren Fremdenzug erstreben, so müssen wir auch diese Einrichtung den Verhältnissen einer Großstadt anzupassen suchen. Man sehe sich nur einmal an, wie die Hunde mit den Kehrriechbehältern umgehen und man wird dann das Bestreben haben, hier eine Aenderung eintreten zu lassen. Es empfiehlt sich, den für die Straßenreinigung, die Kehrriechtabfuhr und die Straßenbesprengung ausgeworfenen Betrag von 155 250 M wenigstens auch auszugeben und nicht wie im Jahre 1905/06 noch 25 000 M daran zu sparen. Wenn in dem Jahre auch kein bedeutender Schneefall vorgekommen ist, so sollte man bei diesem Kapitel trotzdem nicht sparen. Das gilt namentlich auch von dem Wasserverbrauch zur Straßenbesprengung, für die mehr getan werden müßte. Sollte unser Wasserwerk nicht genügend Wasser haben, so müßte in anderer Weise Abhilfe geschaffen werden, damit die Straßenbesprengung eine wesentliche Verbesserung erführe. Ich bitte daher den Magistrat, uns recht bald eine entsprechende Vorlage zu machen.

Herr Bürgermeister Meyer: Bezüglich der Kehrriechtabfuhr wird der Magistrat Herrn Kalms schwerlich entgegenkommen können. Auf eine frühere Anregung ist schon einmal geantwortet worden, daß dem Wunsche nur entsprochen werden könnte, wenn gleichzeitig der Fuhrpark erheblich vergrößert würde. Bei 22 Wagen ist es nicht möglich, die Kehrriechtabfuhr im Laufe des Vormittags zu erledigen, sondern die Zahl müßte dann auf etwa 34 erhöht werden, wodurch die laufenden Ausgaben um 35 000 bis 40 000 M steigen würden. Dazu kommt noch der Nachteil, daß wir nicht wissen, was wir mit den Gespannen an den Nachmittagen machen sollen. Auch Herr Kalms wird nicht wünschen, daß wir den hiesigen Fuhrunternehmern, die schon jetzt über die städtische Konkurrenz klagen, noch mehr Konkurrenz machen und sie auf diese Weise vollständig um ihren Verdienst bringen. Gegen den Wunsch des Herrn Kalms liegen also so schwerwiegende Bedenken vor, daß der Magistrat wohl nicht darauf eingehen wird.

Herr Koch: Ich komme wieder mit dem alten Klagesiede: Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnittore. Der hierfür ausgesetzte Posten von 2700 M durchläuft nun seit mindestens 12 Jahren den Etat, und es ist trotzdem bis heute nichts in der Sache geschehen. Wenn auch bisher die Platzfrage die größten

Schwierigkeiten bereitet hat, so ist doch diese Frage jetzt geregelt. Ich möchte daher bitten, Schritte zu tun, daß die Anstalt endlich errichtet werden kann.

Herr Bürgermeister Meyer: Da das Projekt sich in Bearbeitung befindet, auch der Kostenbetrag schon im laufenden Etat steht, so nehme ich an, daß das Projekt noch zu Lasten dieses Stats zur Ausführung kommt.

Herr Rathe: Wenn ich auch die Richtigkeit der Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg anerkennen muß, so kann ich doch nicht glauben, daß sich unsere Stadt auf Kosten eines Beamten einen Vorteil stiften will. Der durch die Polizeihunde gestiftete Vorteil ist viel größer, als von den meisten Einwohnern anerkannt wird. Wer außerhalb der Tore ein Grundstück liegen hat und öfter dort auch abends zu tun hat, der sieht diesen Vorteil ein, namentlich wenn er beobachtet, mit welcher Eilfertigkeit die Radaubröder einem Nachtwächter mit dem Hunde aus dem Wege gehen. Es kann auch nicht so leicht vorkommen, daß ein Nachtwächter mit Hund vor den Toren so gründlich verprügelt wird, daß er wochenlang im Krankenhause liegen muß. Wenn der Staat zurzeit nicht in der Lage sein sollte, etwas für das Halten der Hunde zuzuschießen, so dürfte doch die Stadt Braunschweig solches Geschenk von einem Beamten nicht annehmen, sondern sie müßte entweder sich die Verwendung der Hunde durch die Nachtwächter verbitten, oder aber einen Zuschuß zu den Futterkosten leisten.

Herr Kalms: Herrn Bürgermeister Meyer möchte ich erwidern, daß zur Abfuhr des Kehrichts versuchsweise Privatsuhrwerk mit verwendet werden könnte, das sich auch nicht teurer stellen würde. Ferner möchte ich zur Erwägung vorstellen, ob nicht wie in vielen anderen Städten selbsttätige Saugvorrichtungen beschafft werden könnten, durch die aus der Oker Wasser zum Besprengen der Straße genommen würde.

Herr Bürgermeister Meyer: Daß die Straßenbesprengung nicht ganz allen berechtigten Wünschen entspricht, erkennt der Magistrat an, und er bedauert auch mit Ihnen, daß Herr Direktor von Feiligsch noch nicht dazu hat kommen können, bestimmte Vorschläge wegen der Anlage von Brunnen in der Innenstadt zu machen, die zur Entnahme von Sprengwasser dienen sollen. Wir wollen nämlich zu den Straßenbesprengungen nicht geru das kostbare Leitungswasser benutzen, sondern ein dem Untergrunde der Stadt zu entnehmendes geringwertiges Wasser. Dazu sind indessen bestimmte Vorrichtungen nötig, die leider noch nicht fertig sind, jedoch dürfen wir hoffen, daß sie zum Frühjahr in Benutzung genommen werden können.

Herr Esdorn: Wir haben nicht damit zu rechnen, daß betreffs der Kehrichtabfuhr eine Aenderung eintritt, weil die Kosten zu hoch sind. In anderen Städten soll es verschlossene Behälter geben, die den Vorteil bieten, daß die Hunde nicht in den Kästen herumwühlen und Staub aufwirbeln können. Im übrigen würde ich

mich geireut haben, wenn Herr Rathe seine Anregung zu einem Antrage verdichtet hätte, da ich die Zahlung einer Entschädigung an den Polizeinspektor Bussenius ebenfalls für gerechtfertigt halten würde.

Herr Rathe: Ich möchte bitten, dafür zu sorgen, daß um die Kirchen herum eine größere Reinlichkeit herrscht. Zurzeit finden sich in dieser Beziehung schauerhafte Zustände. Ob das Sache der Straßenreinigung oder der Kirchenvögte ist, weiß ich nicht.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Plätze um die Kirchen herum befinden sich im Eigentume der Kirchen, so daß die Straßenreinigung zu deren Reinhaltung nicht verpflichtet ist. Wenn in der Beziehung eine Besserung eintreten soll, so muß dem betreffenden Kirchenprovisor davon Mitteilung gemacht werden.

#### Kapitel X. Straßenbau, Kanalbau und Vermessungswesen.

Herr Födel: Sie sehen, daß in dem bevorstehenden Jahre wieder erheblich größere Summen für die Instandsetzung innerstädtischer Straßen aufgewendet werden sollen, als früher.

#### Kapitel XI. Gemeindesteuer etc.

wird vorläufig zurückgestellt.

#### Kapitel XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse.

#### Kapitel XIII. Stadtverwaltung.

#### Kapitel XIV. Insgemein.

Herr Födel: Es ist fraglich, ob der Posten unter Nr. 1 „Ueberschuß der Kammereikasse aus der Verwaltung für 1905/06“ hierher gehört. Da es sich indessen um eine einmalige Zuwendung handelt, so erschien es richtig, den Posten hier unterzubringen.

Zu der dem Kapitel XIV. folgenden Wiederholung der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben möchte ich nochmals namens der Finanzkommission den Magistrat ersuchen, die Kapitel III und V in Zukunft ebenso zu gestalten, wie die anderen Kapitel, so daß uns hier die gesamte Einnahme und Ausgabe der Stadt vor Augen geführt wird. —

Es folgt die Beratung der außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben.

Zum Kap. II. Herr Födel: Trotzdem hier unter 3b eine städtische Anleihe von 1691300 M. vorgesehen ist, steht zu hoffen, daß wie im ablaufenden so auch im bevorstehenden Jahre eine solche Anleihe nicht nötig werden wird, weil die Ansammlungen aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke ausreichen, um

eine Anleihe noch weiter hinauszuschieben. Es würde uns jetzt auch schwer werden, eine Anleihe unter annähernd so günstigen Bedingungen zu kontrahieren, wie früher. Wir können deshalb dem Magistrate nur dankbar sein, daß er es hat ermöglichen können, die Anleihe so weit hinauszuschieben.

**Zum Kap. IV. Herr Nolte:** Sie wissen, welchen hervorragenden Straßenschmuck wir an dem Eulenspiegelbrunnen bekommen haben. Leider aber bin ich der Ueberzeugung geworden, daß wir auf die Dauer ohne ein Geländer dort nicht auskommen werden, weil das Wasserbecken und namentlich die sehr hübschen und feinen Figuren durch die Kinder derartig verunglimpft werden, daß sie bald in die Brüche gehen werden.

Weitere Bemerkungen knüpfen sich nicht an den außerordentlichen Etat. Es folgen:

## 2. Voranschläge der mit der Kammereikasse in Verbindung stehenden Kassen.

### I. Kieselgut Steinhof.

### II. Abwässer-Pumpstation.

### III. Markthalle.

An diese Etats knüpfen sich keine Bemerkungen.  
Das Referat übernimmt Herr Hauswaldt.

### IV. Oberrealschule.

Herr Hauswaldt: Der Voranschlag läßt sich mit den früheren Etats insofern schlecht vergleichen, als es sich hier um das letzte Uebergangsjahr handelt, in dem sich die Oberrealschule in zwei Teile (Oberrealschule und Realschule) zerlegt. Während im Vorjahre der stadtseitige Zuschuß 86 800 M betrug, ist er jetzt auf 128 600 M gestiegen, so daß jeder einheimische Schüler einen Zuschuß von 170 M statt 134,82 M erfordern wird. Insgesamt stellen sich die Kosten eines Schülers auf 295 M gegen 260,60 M des Vorjahres. Es ist also eine teure Schule, die immer noch teurer werden wird.

### V. Höhere Mädchenschule und Lehrerinnenseminar.

Es ist hier zum ersten Male das Seminar mit in den Etat der Schule eingerechnet. Die Kosten belaufen sich auf 160,50 M für das Kind gegen 161,56 M des Vorjahres, während der stadtseitige Zuschuß 39,31 M gegen 38,45 M beträgt.

## VI. Städtische Mädchenschule.

Hier kostet das Kind 147,<sup>30</sup> M gegen 141,<sup>85</sup> M des Vorjahres. Der Zuschuß für das einheimische Kind beträgt 71,<sup>96</sup> M gegen 66,<sup>33</sup> M des Vorjahres.

## VII. Bürgerschulen.

Gegenüber dem Bestande an 17358 Kindern am 1. Januar 1906 besuchten unsere Bürgerschulen am 1. November 1906 im ganzen 17579 Kinder, so daß ein erfreulicher Zuwachs an Kindern zu verzeichnen ist. Diese Kinder kosteten 1 296 800 M, also pro Kind 73,<sup>77</sup> M, gegen 1 260 500 M bzw. 72,<sup>62</sup> M des Vorjahres. Nach Abzug des Staatszuschusses von 173 000 M und der sonstigen Zuschüsse von 8332 M bleiben an Nettokosten der Stadt 1 115 468 M oder für das Kind 63,<sup>45</sup> M gegen 62,<sup>14</sup> M des Vorjahres.

Die die mittleren Bürgerschulen besuchenden 140 auswärtigen Kinder erfordern einen städtischen Zuschuß von 9,<sup>45</sup> M (gegen 8,<sup>14</sup> M) pro Kind, während die 6210 einheimischen schulgeldzahlenden Kinder 39,<sup>45</sup> M (gegen 38,<sup>14</sup> M) Zuschuß pro Kind erfordern. 690 Kinder bezahlen kein Schulgeld, kosten also pro Kopf 63,<sup>45</sup> M. Der Zuschuß der Stadt beträgt für die mittleren Bürgerschulen 295 290 M gegen 282 171 M des Vorjahres.

In den unteren Bürgerschulen zahlen 4692 Kinder ein Schulgeld von je 4 M, so daß pro Kind ein Zuschuß von 59,<sup>45</sup> M erforderlich wird. 5765 Kinder bezahlen gar kein Schulgeld, der Zuschuß erhöht sich für diese also auf je 63,<sup>45</sup> M. Die unteren Bürgerschulen kosten der Stadt demnach 644 810 M gegen 621 088 M im Vorjahre.

Die Bürgerschulen erfordern einen städtischen Gesamtzuschuß von 940 100 M gegenüber 903 300 M des Vorjahres. Dieser Zuschuß steigt alle Jahre, wenn auch durch weise Einschränkungen in den Bauten die frühere Jahressteigerung herabgemindert worden ist.

Auf Seite 152 des Stats ist unter Nr 19 der Mindestsatz von 3300 M für eine neue Schulinspektorstelle vorgesehen. Die Finanzkommission gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß dieser Betrag um 600 M überschritten wird, weil ein älterer Lehrer die Stelle erhalten wird, der nicht mit dem Mindestgehalt anfängt. (Zustimmung)

Wenn man übrigens andere Städte in Vergleich zieht, so ergibt sich für Braunschweig ein außerordentlich günstiges Bild in dem Verhältnis der fest angestellten zu den versuchsweise beschäftigten Lehrern.

Die Erfolge des freien Schwimmunterrichtes, wie er im vorigen Jahre versuchsweise für Knaben der unteren Bürgerschule an der Leopoldstraße eingeführt worden ist, sprechen deutlich für die Wasserreuen der hiesigen Kinder, denn von



30 Knaben, die für den Schwimmunterricht bestimmt waren, haben nur 10 das Schwimmen erlernt. Man will nun versuchen, ob sich im bevorstehenden Sommer nicht ein besseres Resultat wird erzielen lassen. Ich will offen sagen, ich begreife nicht, weshalb die Eltern ihre gesunden Söhne nicht zum Schwimmunterricht anhalten, denn wer Soldat gewesen ist, wird wissen, daß es sehr viel unangenehmer ist, dort das Schwimmen zu erlernen. Es wäre deshalb doch wohl im Interesse der heranwachsenden Jugend, mehr Gebrauch von dieser Einrichtung zu machen.

### VIII. Fortbildungs- und Gewerbeschule.

#### IX. Mädchen-Fortbildungsschule.

Das Kapitel III „Unterrichtswesen“ gilt damit als genehmigt.

Herr Födel übernimmt das Referat.

#### X. Armenkasse.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Herr Rathe machte vorhin bei der Beratung des Kämmerereffizienzats eine Bemerkung, die bewies, daß er sich Besorgnissen wegen der Höhe der Ausgaben der Armenkasse hingab. Der Herr Oberbürgermeister hat diese Bedenken im wesentlichen schon zerstreut und ich kann Herrn Rathe noch weiter beruhigen. Vielleicht wird er schon aus dem Studium des Begleitschreibens — Seite 36 — entnommen haben, daß wir einen sehr erfreulichen Rückgang der Armenauswendungen hinsichtlich des Postens der baren Unterstützungen gehabt haben. Der Rückgang betrug 1904/05 gegen 1903/04 rund 14000 M und im folgenden Jahre gegen 1904/5 sogar rund 22000 M. Was das laufende Rechnungsjahr betrifft, so darf ich fortfahren in der beruhigenden Versicherung, daß abermals ein wesentlicher Rückgang eintreten wird. Wir hatten die voraussichtliche Ausgabe für 1907/08 um 12000 M höher eingesezt, als die wirkliche Ausgabe für 1905/06 betrug. Aus den ersten 9 Monaten des laufenden Rechnungsjahres haben wir schon entnommen, daß wir längst nicht den Ansz des laufenden Jahres erreichen, sondern sogar noch hinter dem verflossenen Jahre zurückbleiben. Aus den Mitteilungen der statistischen Stelle kann man entnehmen, daß wir bislang 19000 M weniger ausgegeben haben als im Vorjahre, und auch in den Monaten Januar und Februar ist die Abnahme der Ausgaben fortgesetzt worden. Wir werden also mit einer Minderausgabe von etwa 30000 M gegenüber dem Ansz zu rechnen haben. Wie sich die Ausgaben im übrigen stellen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Die Aufmerksamkeit unserer Armenpfleger in bezug auf Ersparung unnötiger Ausgaben muß anerkannt werden, auch haben wir durch die Verstärkung der Anzahl der Armenpfleger recht erfreuliche Ergebnisse erzielt.

Herr Rathe: Wenn auch die baren Unterstützungen zurückgegangen sind, so sind doch die gesamten Ausgaben der Armenkasse gestiegen. Ich glaubte, die Mehrausgaben wären durch das Kinderheim und sonstige neue Einrichtungen entstanden.

Herr Nolte: Wie außerordentlich segensreich das Kinderheim wirkt, habe ich in meiner Eigenschaft als Vormundschaftsrichter häufig kennen gelernt. Wenn wir ein Kind unterzubringen haben und wenden uns an die Stadt, so ist sie immer bereit gewesen, es in das Kinderheim aufzunehmen. Wenn letzteres auch etwas kostet, so bringt es das doch an Segen wieder reichlich ein.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Was den finanziellen Punkt betrifft, so ist das Kinderheim nicht die Ursache des Hinausschnellens der Ausgaben. Wir haben 1904/05 rund 125 000 M. dafür ausgegeben, 1905/06 aber 23 000 M. mehr, weil wir eine ganze Anzahl Aufwendungen nachträglich zur Einrichtung des Kinderheims gebrauchten, die wir vielleicht auch auf die außerordentliche Ausgabe hätten nehmen können; wir sind jedoch im kommenden Jahre wieder auf 124 500 M. zurückgegangen. Also auch in der Beziehung zeigt sich, daß die beschlossenen Aufwendungen nicht zu kostspielig geworden sind.

Herr Rathe: Wenn man die hohe Summe ansieht, die wir an auswärtige Arme zu leisten haben, so muß man doch andererseits auch damit rechnen, daß einheimische Arme von auswärts Unterstützungen beziehen; ich finde aber keine Stelle, wo geleistete Vorschüsse wieder vereinnahmt worden sind.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Es handelt sich dabei nicht um Personen, die auswärts ihren Unterstützungswohnsitz haben, sondern um solche, die in Anstalten untergebracht werden müssen und die früher auf Kosten der Kreiskommunalkasse untergebracht wurden, jetzt aber auf Kosten der Armenkasse unterzubringen sind. Dadurch tritt, aber nur scheinbar, eine Mehrbelastung der Armenkasse ein. Herr Rathe wird vielleicht auch annehmen, daß die Ausgabenposten unter V 6—13 — Seite 197 — diesmal überhaupt zum ersten Male ausgeworfen sind, denn wenn Herr Rathe seinen Blick mehr zur Linken schweifen läßt, so finden sich dort Striche als Balkenzeichen. In Wirklichkeit ist aber die Ausgabe früher nur bei einer anderen Kasse vorgenommen.

Herr Hauswaldt: Wenn man die neu hierher verbuchten Ausgaben abzieht, so kriegt man die Lösung des Exempels und sieht, daß wir sehr viel billiger gearbeitet haben, als in den Vorjahren.

### Anhang.

Arbeits- und Wirtschafts-Rechnung des Pfllege-, Armen- und Krankenhauses.

Das Kapitel V „Armenpflege“ gilt nunmehr als genehmigt.

## XI. Straßenreinigungs-Institut.

## XII. Gaswerke.

Herr Füdel: Die Deputation gibt sich der Hoffnung hin, daß nach Fertigstellung der neuen Gasanstalt der schon vielfach geäußerte Wunsch auf Festsetzung eines einheitlichen Gaspreises durchgeführt werden kann. Aus dem Ueberschusse des Gaswerkes sind 150 000 M. für den Erweiterungsbau zurückgestellt worden, so daß wir aus den Erträgen der Gasanstalt selbst deren Verzinsung möglichst herabsetzen werden.

## XIII. Wasserwerk.

Herr Füdel: Wir haben angeregt, in Zukunft eine höhere Rückstellung zu machen als bisher, damit beim Bau des neuen Wasserwerkes eine größere Summe zur Verfügung steht.

Herr Hauswaldt: Ich bedaure, daß die Unterhaltung der Springbrunnen am Löwenwall im Jahre 1905/06 nur 121 M. gekostet hat und nun sehe ich, daß diese Ausgabe für 1907/08 auf 100 M. zurückgeschoben werden soll. Ich hätte lieber gesehen, wenn wir wenigstens 600 M. genommen hätten. Es ist schade, daß dieser einzige wirklich hervorragende Platz so oft trocken liegt.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Hauswaldt irrt, wenn er meint, daß auf dem Löwenwall nur für 100 M. jährlich Wasser springen soll. Es handelt sich bei dieser Ausgabe nicht um die Kosten des verbrauchten Wassers, sondern um die Unterhaltung der Bassins. Diese Unterhaltung hat die Stadt dem Staate gegenüber übernommen, obwohl die Bauwerke innerhalb des staatlichen Grund und Bodens liegen. Wir haben 1905/06 nur 121 M. Reparaturkosten gehabt, die Herr Hauswaldt doch sicher nicht erhöhen will. Wenn wir die Kosten des dort verbrauchten Wassers zu  $12\frac{1}{2}$  S. pro Kubikmeter annehmen, so kommen wir mit 100 M. sicher nicht aus. Wenn wir erst mal mehr Wasser haben, können wir auch mehr springen lassen.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Magistrat hat sich schon mit der Frage beschäftigt, ob nicht die sämtlichen städtischen Brunnen mehr springen könnten, und es ist auch beschlossen worden, Vorrichtungen zu treffen, die zwar den Wasserstrahl in seiner Menge vermindern, den äußeren Effekt aber nicht abschwächen. Da wir nun nicht die Absicht haben, eine Ersparnis beim Wasserverbrauch zu machen, so werden im kommenden Sommer die Brunnen die doppelte Zeit springen können, ohne einen Mehraufwand an Kosten zu verursachen.

Herr Rath: Das Wasserwerk ergibt einen Ueberschuß von 130 700 M., wovon 30 000 M. für das Privateinrichtungskonto abgehen; es bleibt also ein Ueberschuß von rund 100 000 M. Sollte sich dieser Ueberschuß in Zukunft noch

weiter erhöhen, so möchte ich anheimgeben, den Magistrat um möglichste Herabsetzung des Wasserpreises zu ersuchen. Das Wasser kann gar nicht billig genug sein, zumal die Gesundheit in unserer Stadt nicht gerade die beste ist. (Widerspruch.) Für die gesamte Bevölkerung wird es von sehr gutem Einflusse sein, wenn noch mehr Wasser verbraucht wird, da der Wasserverbrauch nicht eingeschränkt, sondern nach Möglichkeit gefördert werden soll.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Wir stimmen voll und ganz der Ansicht bei, daß der Wasserpreis soweit heruntergesetzt werden soll, wie es die Verhältnisse gestatten, aber die Verhältnisse sind leider hier nicht günstig. Die Finanzkommission drängt schon seit längerer Zeit darauf, eine stärkere Zurückstellung vom Ueberschusse des Wasserwerkes vorzunehmen, insbesondere auch das alte Wasserwerk ganz abzuschreiben. Dazu kommt, daß sich unsere ganze Finanzwirtschaft, soweit es sich um den Bau von Schulen handelt, auf den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke aufbaut und wir an diesem festen Abkommen der städtischen Behörden nicht rütteln möchten. Nun will ich Herrn Rathe nur folgendes Exempel vorlegen: Wenn wirklich eine mäßige Herabsetzung des Wasserpreises erfolgte — die doch mindestens 2  $\text{S}$  betragen müßte — so würden sich daraus folgende unangenehme Folgen ergeben: wir würden stärkere Abschreibungen nicht vornehmen können und dem Schulhaushaushalts würden die Mittel fehlen, um dauernd Bürgerschulen bauen zu können. Was wäre die weitere Folge? Der Bau von Bürgerschulen kann nicht aus Anleihen bestritten werden, also müssen die Kosten auf die Rammereikasse übernommen und die Steuern erhöht werden. Davor schreckt aber der Magistrat grundfänglich solange zurück, wie es sich vermeiden läßt. Unter diesen Umständen wird kaum Aussicht vorhanden sein, an eine Herabsetzung des Wassergeldes zu denken. Dazu kommt noch, daß wir dabei sind, im Süden der Stadt Wasser aufzuschließen, da das Wasserwerk am Dovesee demnächst an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit wird angekommen sein. Wenn wir aber bei Hünningen ein neues Wasserwerk errichten sollten — und nach den bisherigen guten Ergebnissen der Bohrversuche läßt sich das annehmen — so ist an eine Herabsetzung des Wasserpreises nicht zu denken.

Herr Kalms: Herr Rathe hat geäußert, daß die Gesundheitsverhältnisse hier nicht günstig seien. Die vorliegende Statistik beweist aber das gerade Gegenteil: es darf deshalb solche unrichtige Aeußerung nicht unwidersprochen bleiben. Wenn Herr Rathe einen Blick in das statistische Jahrbuch tun wollte, so würde er sehen, daß Braunschweig unter den Städten mit an erster Stelle steht, also zu den gesündesten Städten gehört.

Herr Fiedel: Die Herabsetzung des Wasserpreises um 2  $\text{S}$ , würde jährlich 65 000  $\text{M}$  bringen, worauf ich besonders aufmerksam machen möchte. Das Wasserwerk liefert jetzt den gesamten Bedarf der Stadtverwaltung an Wasser für

15 000  $\text{fl}$  jährlich, gleichgültig wieviel Wasser verbraucht wird; wenn der wirkliche Verbrauch aber festgestellt werden würde, so müßte meiner festen Ueberzeugung nach die Entschädigung an das Wasserwerk verdoppelt oder verdreifacht werden. Wollte man nun so weit gehen, wie Herr Rathe meint, so müßte man auch dafür sorgen, daß die Stadt ihr Wasser voll bezahlt; es wäre aber doch Unsinn, das Geld aus der einen Tasche zu nehmen, um es in die andere zu stecken. Deputation, Magistrat und Finanzkommission werden bemüht sein, den Wasserpreis nach Möglichkeit zu ermäßigen, sobald es die Verhältnisse nur irgendwie erlauben. Mit der Verminderung des Preises wird naturgemäß auch eine Vermehrung des Verbrauches an Wasser eintreten, den wir zurzeit gar nicht gern sehen würden.

Herr Meyerhoff: Ich bin nicht für die Verbilligung des Wasserpreises und würde es lieber gesehen haben, wenn Herr Rathe etwas anderes angeregt hätte. Vom Herrn Oberbürgermeister wurde erwähnt, daß wir bald an der Grenze der Leistungsfähigkeit des Wasserwerkes am Dovesee ständen. Dieser Zeitpunkt ließe sich meiner Ueberzeugung nach ganz wesentlich hinausschieben durch eine Maßregel, die ich schon in früheren Jahren angeregt habe, daß wir es nämlich mit dem Wasser so machen wie mit dem Gas und jeder Wohnung einen Wassermesser gäben. Dann würde der Vergeudung von Wasser durch die Mieter vorgebeugt und gleichzeitig den Hausbesitzern eine furchtbare Last nebst Verdruß und Streitigkeiten abgenommen werden. Vor etwa zehn Jahren habe ich hier schon erklärt, daß Neapel ein neues Wasserwerk baue und für jede Wohnung einen besonderen Wassermesser einstelle, was hier Nachahmung finden müßte. Da ich Mitglied der Deputation bin, würde ich gern sehen, wenn ein solcher Antrag von anderer Seite gestellt würde, da ich diese Maßnahme für richtig und gerecht halte.

Herr Bues: Unter den Ausgaben finde ich einen Betrag von 600  $\text{fl}$  für die Unterhaltung der Eisenbütteler Mühlen, der meiner Ansicht nach nicht im Verhältnis zu den Leistungen der Mühlen steht.

Herr Fiedel: Der Herr Vorredner übersieht, daß die Mühlen nicht nur eine Einnahmequelle bilden, sondern die Stadt bei deren Erwerb auch die Verpflichtung übernommen hat, das Wasser in den Schleusen festzuhalten. Die Kosten der Unterhaltung der Mühlen sind daher auch mit auf die Schleusen auszu dehnen. Daß die Mühlen Schmerzenskinder der Stadt sind, wissen wir wohl alle. Es ist auch schon empfohlen worden, sie von dem Wasserwerke ganz zu trennen und sie direkt vom Rammereikassenetat aus zu verwalten. Da aber ein bedeutendes Kapital in der Erwerbung der Mühlen liegt, das von dem Etat des Wasserwerkes gestrichen werden müßte, so würde dadurch die Rammereikasse erheblich belastet werden. Wenn der Deputation ein Vorschlag gemacht werden könnte, um die Mühlen endgültig zu verwerten, so würden wir solchen Vorschlag gern entgegennehmen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Magistrat hat sich mit der Lage der Mühlen schon sehr viel beschäftigt und hat neuerdings beschlossen, die Firma Amme, Giesecke & Konegen zu ersuchen, ein Gutachten darüber zu erstatten, ob nicht die Wasserkraft besser als bisher ausgenutzt werden könne. Wir sind dabei von der Ansicht ausgegangen, daß die Einrichtung der Mühlen zu Wahlzwecken nicht ratsam erscheine, weil die kleinen Mühlen mit den großen Wahlmühlen heutzutage nicht mehr konkurrieren können; es würde demnach wesentlich die Frage zur Erörterung stehen, ob nicht die Wasserkraft zu anderen Zwecken, z. B. zu einem Sägewerke, besser ausgenutzt werden könnte. Großen Hoffnungen geben wir uns allerdings in dieser Beziehung nicht hin. Wir haben seinerzeit die 185 500 M für die Mühlen im Interesse des Wasserwerkes aufgewandt und nun hängen sie uns wie ein Klotz am Beine, zumal wir auch die Kosten für die Schleusen haben übernehmen müssen. Ich hoffe, wir werden Ihnen noch einen Vorschlag über die bessere Ausnutzung der Mühlen machen können.

Herr Hauswaldt: Bei dem städtischen Wasserwerke ist eine Tilgung der Anleihen in Höhe von 30 525 M vorgesehen, welcher Betrag viel zu gering erscheint, wenn man berücksichtigt, daß das Werk noch mit 2 789 059 M zu Buche steht. Wir müssen auf eine höhere Tilgung Bedacht nehmen und können deshalb mit den Wasserpreisen unmöglich heruntergehen.

Herr Schöttler: Die Einführung von Wassermessern für jede einzelne Wohnung ist früher oft erwogen worden, aber man hat mit Recht immer wieder davon abgesehen. Einmal ist der Preis der Wassermesser so hoch, daß die geringe Wassermenge, welche in einem einzelnen Haushalte verbraucht wird, den Preis des Messers nicht auch noch tragen kann. Das zweite Hindernis ist das Minimalquantum an Wasser, das bezahlt werden muß, und das ist eine aus sozialen Rücksichten eingeführte sehr segensreiche Einrichtung. Die Leute sollen das Wasser allerdings nicht vergeuden, aber sie sollen auch nicht zu sparsam damit umgehen und nicht bei jedem Glase Wasser ausrechnen, was es wohl kostet. Das Minimalquantum ist so hoch gegriffen, daß die meisten Leute es nicht verbrauchen, und ich würde es nicht für einen Segen halten, wenn der Anregung des Herrn Meyerhoff Folge gegeben würde.

Anhang: Wirtschaftsrechnung der Neustadtmühle.

Hierzu findet sich nichts zu bemerken.

Unter Genehmigung des Kapitels XI „Gemeindesteuern“ beschließt die Versammlung, daß im kommenden Jahre an Gemeindeeinkommensteuer 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle, an Gemeindegrundsteuer 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> % von Grundsteuerkapitale und an Gewerbesteuer 75 % der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuer ausgeschrieben werden, sowie daß der Stadthaushaltsplan mit der zur Seite 152, Nr. 19 beschlossenen Aenderung festgestellt werde.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Haushalts  
gibt zu Bemerkungen keinen Anlaß.

#### 4. Anhang,

enthaltend die Voranschläge der selbständigen Verwaltungen.

a. Schulhausaufonds.

b. Umsatzsteuer.

c. Kanalbaukasse.

Herr Rathe: Wir müssen die Unterhaltungskosten für die Kanäle möglichst einschränken, wenn wir die angelegten Kapitalien mehr und mehr amortisieren und die Abgabe für die Kanäle im Laufe der Zeit möglichst herabsetzen wollen. Wenn nun aber 24 699,<sup>36</sup> M an Beamtenbesoldungen auf den Unterhaltungsetat der Kanalbaukasse geworfen werden, wovon nur 5000 M auf den Neubauetat übertragen sind, so scheint mir das schon mit Rücksicht darauf nicht richtig zu sein, als nur 10 629,<sup>25</sup> M für Arbeitslöhne vorgesehen sind. Bei der nächstjährigen Etatsaufstellung könnte vielleicht anders verfahren werden.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Dazu kann ich erklären, daß wir den Neubauetat bis vor zwei Jahren gegenüber dem Unterhaltungsetat mit 10 000 M belastet haben. Der Magistrat hat damals die Unrichtigkeit dieser Verteilung nachgewiesen und die Versammlung hat ihm zugestimmt; sollte nun die Versammlung anderer Meinung sein, so werden wir dazu Stellung nehmen. Uns scheint die Summe von 5000 M reichlich hoch bemessen zu sein; wenn aber Herr Rathe das bezweifelt, so müßte er es im einzelnen näher begründen. Etwas anderes wäre es, wenn Herr Rathe meinte, die Beamten wären zu dem Zwecke nicht nötig. Eins gebe ich zu: wenn man berücksichtigt, was die Beamten früher geleistet haben, als wir umfangreiche Neubauten ausführten, so sind sie dem gegenüber heute wesentlich entlastet; ob wir aber trotzdem einen Beamten einsparen könnten, kann ich eben nicht sagen. Richtig ist es, daß insbesondere der an der Spitze der Kanalbauverwaltung stehende Stadtbaumeister Gebensleben noch weitere Arbeiten verrichten könnte, und es sind deshalb auch schon Verhandlungen darüber eingeleitet worden, ob ihm nicht der Bau der Gasanstaltserweiterung übertragen werden soll. Wenn das geschähe, würde ich es allerdings für richtig halten, daß dem Kanalbaufonds ein entsprechender Teil der Gehaltskosten vergütet würde. Es ist nämlich ganz ausgeschlossen, daß der umfangreiche Bau Herrn von Feilitzsch übertragen werden kann. Im übrigen kann mit jedem Tage eine Verringerung in den Kanalarbeiten eintreten, da der augenblickliche Stillstand in der Entwicklung der Stadt hoffentlich nur vorübergehend ist; jedenfalls wäre es ein Umding, den Chef der Verwaltung

deshalb hier auszuschalten. Die übrigen Beamten müssen wir aber ständig in der aufgeführten Zahl haben. Es ist mir indessen nicht möglich, jetzt sofort zu sagen, ob eine Aenderung möglich ist, und es wäre richtiger gewesen, die Sache in der Sitzung der Finanzkommission zur Sprache zu bringen.

Herr Rathe: Nach meinem Dafürhalten ist der Unterhaltungsetat der Kanalbaukasse unter allen Umständen zu stark mit Beamtenbesoldungen belastet. Durch meine Anregung habe ich versuchen wollen, die Beiträge der Grundstücksbesitzer zur Kanalbaukasse mit der Zeit herabzusetzen. Im Kapitel III des Unterhaltungsetats finden sich z. B. auch Ausgaben von 15 600 M für Erneuerung, Ausbesserung und Auswechselung der Straßenkanäle am Riddagshäuserwege, an der Luisen- und der Gaußstraße. Es mag sein, daß die in diesen Straßen liegenden Kanäle zu klein gewesen sind, aber hierbei handelt es sich doch nicht mehr um eine Unterhaltung, sondern vielmehr um einen Neubau von Kanälen. Ich will unter keinen Umständen die Tätigkeit der betreffenden Beamten bemängeln, sondern ich habe nur darauf hinweisen wollen, daß auf den Unterhaltungsetat zu viele Beamtenbesoldungen entfallen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Herr Rathe muß in der Sitzung vom 4. Oktober v. Js. nicht zugegen gewesen sein, als beschlossen wurde, anders als bisher zu verfahren. — Seite 163 bis 167 des Berichtes. — Dabei ist ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß wir die Umlegung vorhandener Kanäle nicht mehr dem Neubauetat, sondern dem Unterhaltungsetat zur Last legen wollten. Die Versammlung hat dieser Maßnahme zugestimmt und jetzt macht uns Herr Rathe Vorwürfe darüber. Es klingt ja ganz populär zu sagen, wir wollen den Unterhaltungsetat entlasten, wer ist denn aber eigentlich der Neubaufonds? In Wirklichkeit ist er nichts anderes, als der Unterhaltungsfonds und nur insofern ist ein Unterschied vorhanden, daß wir bei stärkerer Heranziehung des Neubaufonds unsoliden Schulden machen, und das wollen wir verhüten. Wenn wir aus den Mitteln des Neubaufonds für laufende Ausgaben größere Summen dem Unterhaltungsetat zuführen, so müssen wir das aus den Anleihen nehmen, was ich für grundfalsch halten würde. Meiner Ueberzeugung nach müßte der ganze Posten von 5000 M im Neubauetat gestrichen und gesagt werden: laufende Ausgaben trägt der Unterhaltungsfonds. Das ist aber nicht geschehen, um einen Ausgleich zu schaffen. Es ist auch nicht richtig, wenn Herr Rathe annehmen sollte, daß die Kosten für das technische Personal lediglich dem Unterhaltungsfonds zur Last fallen; denn wenn große Bauten ausgeführt werden, kommen noch andere Techniker dazu, die gar nicht im Etat erscheinen. Ueber die Höhe der dem Neubauetat zur Last zu legenden Beamtenbesoldungen läßt sich streiten, aber grundsätzlich dürfen wir den Neubaufonds dabei in erheblichem Maße nicht heranziehen, namentlich nicht in der jetzigen Zeit, wo er so wenig leistet.



Herr Jüdel: Bei der Verbe, mit der Herr Rathe hier für die Entlastung des Unterhaltungsetats eingetreten ist, könnte man annehmen, es handle sich um einen erheblichen Unterschied in der Festsetzung der Kanalabgaben. Wenn wir in dessen dem Wunsche des Herrn Rathe entsprächen und noch 5000 M auf den Neubauetat nähmen, so wäre es denkbar, die Kanalabgabe von 2,5 auf 2,375 % zu ermäßigen, was wir sicher nie tun würden. Mehr macht die Sache nicht aus, Herr Rathe legt ihr also zu große Bedeutung bei.

Herr Hauswaldt: Wie die Sache einmal liegt, können wir nicht anders verfahren, als es geschehen ist. Dagegen fragt es sich — und das ist der Urgrund, weshalb sich Herr Rathe so aufregt — ob man nicht den ganzen Unterhaltungsfonds in die Kämmereikasse aufnehmen soll. Solange die beiden Kassen aber geführt werden, muß es in der bisherigen Weise geschehen.

Herr Oberbürgermeister Metemeyer: Das ist eine sehr interessante Anregung, ich möchte aber doch bitten, vorläufig davon Abstand zu nehmen. Der Staat würde uns jedenfalls die Genehmigung zum Etat versagen, weil die Heranziehung der Anlieger zur Unterhaltung der Kanäle dem Gesetze entspricht und wir auf Schwierigkeiten stoßen würden, wenn wir die ganzen Ausgaben auf die Kämmereikasse übernahmen. Es müßte das notgedrungen zu einer Erhöhung der Steuern führen, die Rentner und andere besser situierte Einwohner veranlassen könnte, wegzuziehen.

#### d. Schlachthaus.

Herr Kalms: Im Schlachthause wird hier des Morgens von 5 bis 6 Uhr von auswärtigen Schlachtern ein äußerst schwunghafter Handel mit Vieh getrieben — es soll sich häufig um 80 bis 100 Stück Vieh handeln — was ich den anderen Gewerbetreibenden gegenüber für eine Ungerechtigkeit halten muß. Ich möchte deshalb anfragen, ob es nicht möglich ist, diese Leute zu irgend welchen Abgaben heranzuziehen. Es wird immer über den unzureichenden Verkehr der Markthalle geklagt und hier läßt man die fremden Schlachter schalten und walten, ohne sie zu Abgaben heranzuziehen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Die Anregung ist nicht ganz neu, wohl aber die Behauptung, daß der Handel in solchem Umfange stattfinden soll; ich werde deshalb Veranlassung nehmen, die Sache näher zu prüfen. Wir sind im Begriff, ein neues Statut über den Betrieb des Schlachthauses und über die Fleischzufuhr auszuarbeiten und hoffen darin soweit nötig Abhilfe zu schaffen. Der Entwurf ist augenblicklich der Herzoglichen Polizeidirektion unterbreitet und wird der Versammlung demnächst zugehen.

#### e. Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.

Herr Esdorn: Den im Kapitel V der Ausgaben unter Nr. 16 vorgesehenen Zuschuß von 1000 M für die Braunschweiger Baugenossenschaft bitte ich zu

streichen. Nach der aufgenommenen Wohnungsstatistik haben 189 Wohnungen im Mietpreise von 200 bis 249 M leer gestanden, so daß ein Mangel auch an billigeren Wohnungen hier nicht mehr vorhanden ist. Wir könnten die 1000 M besser anwenden, wenn wir sie zur Ansammlung eines Fonds verwendeten, aus dem die Grundbesitzer in der Innenstadt unterstützt würden, um an Stelle ihrer alten neue Häuser zu errichten.

Herr Födel: Die 1000 M sind der Baugenossenschaft bewilligt im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß sie ein größeres Terrain an der Helmstedterstraße angekauft hatte in der Voraussicht, daß dessen Bebauung genehmigt würde. Das ist aber nicht möglich gewesen, weil der Kanalananschluß nicht zu erreichen war. Infolgedessen hat die Baugenossenschaft ihre Kapitalien dort festgelegt, muß sie verhältnismäßig hoch verzinsen und hat daraus keine Einnahme. Diese Verhältnisse haben sich bislang sehr wenig gebessert, die Baugenossenschaft würde deshalb die 1000 M nicht entbehren können und es stände die Einstellung ihrer Zahlungen zu befürchten. Was aber geschehen würde, wenn so viele Häuser auf einmal zum Verkauf kämen, können sich die Herren selbst sagen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Baugenossenschaft hat sich ein Bauprojekt an der Helmstedterstraße genehmigen lassen. Es muß dort ein besonderer Zugangsweg geschaffen werden, durch den der Baufonds erheblich belastet wird, und ich habe die Befürchtung, daß bei Streichung der 1000 M der Bau nicht zur Ausführung kommen könnte.

Der Antrag Esdorn wird hierauf abgelehnt.

Herr Kalms: Wie ich gehört habe, ist dem Verkehrsvereine wieder eine Beihilfe zugesagt worden. Wäre es nicht möglich, diese Beihilfe wieder regelmäßig in den Etat aufzunehmen, damit die alljährlichen Gesuche sich erübrigten?

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Das läßt sich machen, jedoch sind wir augenblicklich gerade zweifelhaft gewesen, in welcher Höhe eine Zuwendung eingestellt werden sollte, weil die besondere Bewilligung wegen des Plakats beschlossen worden ist. Die Sache kann, wenn wir im Laufe des Jahres darauf zurückkommen, mit geregelt werden. Die letzte Verwilligung haben wir bekanntlich zu Lasten der Umsatzsteuer vorgenommen; wenn die Herren jetzt nicht anderer Ansicht sein sollten, würde es sich empfehlen, auch die sonstigen Zuwendungen an den Verkehrsverein auf die Umsatzsteuer zu übernehmen. (Zustimmung.)

Es wird darauf beschlossen, die Vorschläge der unter 4 a-e bezeichneten Klassen nach Maßgabe des Entwurfs festzustellen und zuzustimmen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 % des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.

Damit ist die Etatsberatung beendet.

## II. Antrag Hauswaldt: Uebernahme der Amtsketten des Magistrates.

Der in der Sitzung vom 7. Februar 1907 — Seite 346 des Berichtes — gestellte und begründete Antrag lautet:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, in den Etat für 1907/08 eine Summe einzustellen, um die Amtsketten des Oberbürgermeisters und der Mitglieder des Magistrates für die Stadt zu erwerben, und später die Amtsketten nur noch für die Dauer des Amtes den betreffenden Personen zu überlassen.“

Herr Südel: Die Finanzkommission empfiehlt, den Antrag zu genehmigen. Ueber die Höhe der Kosten ließ sich noch nichts ermitteln, da nach der Ansicht der Kommission der Betrag an die Magistratsmitglieder zurückgezahlt werden müßte, den sie selbst dafür bezahlt haben.

Der Antrag wird angenommen.

## III. Antrag Ohlendorf: Ausbesserung des Pflasters der Juliusstraße.

Herr Fricke: Der in der letzten Sitzung gestellte und begründete Antrag — Seite 344 des Berichtes — hat seine Erledigung dadurch gefunden, daß das Pflaster bereits ausbessert wird.

Der Antrag gilt demnach als erledigt.

## IV. Antrag des Kirchenvorstandes zu St. Nicolai: Uebernahme der Unterhaltungskosten der katholischen Schule.

Der Vorstand der Kirchengemeinde zu St. Nicolai bittet die Versammlung um Uebernahme der Unterhaltungskosten der katholischen Schule auf den städtischen Etat, oder, wenn dies zurzeit nicht tunlich erscheine, den Zuschuß der Stadtkasse, der für die Unterhaltung der katholischen Schule geleistet werde, von 25 M auf 40 M pro Kind und Jahr zu erhöhen.

Zur Begründung des Antrages wird folgendes angeführt: Als zum Beginn des Rechnungsjahres 1901/02 der Zuschuß von 15 M auf 25 erhöht worden sei, habe die katholische Schule 21 Schulklassen und 20 Lehrkräfte gehabt, gegenwärtig seien 24 Klassen und 23 Lehrkräfte vorhanden. Der Etat habe in Einnahme und Ausgabe zu dem früheren Zeitpunkte 48 674,50 M betragen, während er im Rechnungsjahre 1905/06 bereits 56 704,11 M aufweise und der Voranschlag für 1907/08 mit 61 933,95 M in Einnahme und Ausgabe abschließe. Zu diesen Einnahmen solle die katholische Gemeinde leisten: Schulgeld 6547,20 M, Schulstrafgelder 30 M, Gebühren bei Beerdigungen 400 M und einen baren Zuschuß von 17 500 M, zusammen 24 477,20 M. Die Ausgaben der katholischen Gemeinde für ihre Schule betrügen also bei einer Seelenzahl von 8594, die mit ganz geringen

Ausnahmen der arbeitenden Klasse angehören, und deshalb weniger leistungsfähig seien, mehr als 24 000 M. Diese Ausgaben würden aber wegen der Gehaltskala der Lehrkräfte noch immer steigen. Die Schullast sei demnach für die katholische Gemeinde in der gegenwärtigen Höhe kaum noch zu ertragen. Besonders lasse der durch die Kirchensteuer aufzubringende bare Zuschuß von 17 500 M schwer auf der Gemeinde; denn es müßten jetzt schon 26 % der Kommunalsteuer als Kirchensteuer von den hiesigen Katholiken erhoben werden.

Wenn nun auch keine gesetzliche Pflicht der Stadt zur Unterhaltung der katholischen Schule bestehe, so gebe es dafür doch einen Billigkeitsgrund. Die katholischen Arbeiter leisteten der Stadt durch ihre Arbeit daselbe, wie die evangelisch-lutherischen. Wenn nun diese außer der Kommunalsteuer und einem ganz geringen Schulgelde keinerlei Abgaben für ihre Schulen hätten, in den unteren Bürgerschulen sogar freie Unterrichtsmittel erhielten, so erscheine es doch recht und billig, daß der durch die hiesige Großindustrie herbeigezogene katholische Arbeiter und Einwohner der Stadt Braunschweig nicht anders behandelt und ihm keine größere Last bloß deshalb auferlegt werde, weil er Katholik sei. Das Stadtverordnetenkollegium habe diesen Billigkeitsgrund auch in den Jahren 1891 und 1901 anerkannt, indem es damals für die katholische Schule den Zuschuß auf 15 bzw. 25 M festsetzte. Es werde deshalb vertraut, daß es sich von derselben Billigkeit leiten lasse und die Uebernahme der gesamten Unterhaltungskosten oder doch die Erhöhung des Zuschusses abermals um 15 M beschließen werde.

Namens der Schulkommission berichtet über den Antrag Herr Nolte: Die Schulkommission ist sich darüber einig, daß die in dem Gesuche angeführten Ausgaben an Schulgeld, Schulstrafen und Verordnungsgebühren im Gesamtbetrage von 6977,20 M nicht als Leistungen der katholischen Gemeinde, sondern nur als Leistungen der einzelnen Gemeindegemeinschaften angesehen werden könnten, die den evangelischen Gemeindegemeinschaften ebenfalls erwachsen, so daß es sich nur um den baren Zuschuß von 17 500 M handeln könne. In der Sitzung vom 11. Mai 1905 — Seite 41 des Berichtes — haben wir über ein ganz ähnliches Gesuch beraten, und ich kann mich in meinem Referate im wesentlichen auf die damaligen Verhandlungen berufen.

Der ursprüngliche Zweck der Schule war, um für die Kinder der hiesigen Katholiken die Erteilung eines gemeinschaftlichen katholischen Religionsunterrichtes zu ermöglichen. Nach und nach hat sich die Schule zu einer der katholischen Kirche angehörenden öffentlichen katholischen Schule ausgewachsen, in der allgemeiner Elementarunterricht wie in den hiesigen Bürgerschulen erteilt wird. Die Zahl der Schulkinder ist von 800 im Jahre 1896 auf 1230 im Jahre 1905 gestiegen, während die Zahl der Schulklassen in dem gleichen Zeitraume von 14 auf 23 angewachsen ist.

Am 7. Oktober 1890 hat die katholische Gemeinde schon ein ähnliches Gesuch an den Magistrat gerichtet und darin insbesondere auf die Verhältnisse in mehreren preussischen Städten, wie Hannover, Cassel, Magdeburg, Berlin, Frankfurt a. M., Bezug genommen und angeführt, daß alle diese Städte die Kosten für die katholische Schule trügen. Dabei ist aber nicht bemerkt worden, daß die Verhältnisse in allen diesen Städten insofern anders liegen, als sie zur Tragung dieser Kosten gesetzlich verpflichtet sind, während hier eine solche Verpflichtung nicht besteht. Aus diesem Grunde hat der Magistrat auch das Gesuch damals abgelehnt und als weitere Ablehnungsgründe angeführt, daß neben der gesetzlichen auch keine sittliche Verpflichtung zur Uebernahme der Schule bestehe, weil die Kinder zum großen Teile aus einer wandernden, teilweise noch nicht einmal deutschen Arbeiterbevölkerung stammen, die der Stadt nur vorübergehend angehöre, ferner weil die Schule nur zu Zwecken der katholischen Kirche, nicht des Staates unterhalten werde, auch die finanziellen Folgen nicht zu übersehen seien und im Herzogtume keine Anstalt zur Ausbildung katholischer Lehrer bestehe, woraus sich Schwierigkeiten bei Annahme der Lehrer ergeben müßten. Da indessen die Stadt ein Interesse am Weiterbestehen der Schule habe, weil sie die Stadt entlaste, so werde eine höhere Beihilfe empfohlen.

Am 20. November 1891 ist sodann ein zwischen dem Magistrate und dem Kirchenvorstande zu St. Nicolai vereinbartes Regulativ über die katholische Schule und ferner genehmigt, daß der Schule bis auf weiteres ein jährlicher Zuschuß von 15 M für das Kind und Jahr gezahlt werde. Als Bedingung war dabei gestellt, daß ein Stadtverordneter in den Schulvorstand eintrete und dem Herzoglichen Staatsministerium das Recht offengehalten werde, das zu schaffende Rechtsverhältnis und die Zuschußpflicht der Stadt auf Antrag des Magistrates jederzeit aufzuheben. Der Kirchenvorstand zu St. Nicolai hat in einem Schreiben vom 4. Dezember 1891 diese Bedingung angenommen, worauf das ganze Regulativ durch Reskript des Herzoglichen Staatsministeriums vom 5. März und 24. April 1892 genehmigt worden ist.

Im § 2 des Regulativs heißt es:

„Die hiesige katholische Gemeinde unterhält die Schule und trägt alle daraus erwachsenden Kosten, soweit dieselben nicht durch den Sustainmentfonds, durch die einkommenden Schulgelder, die Zuschüsse des Staates und der Stadt und die sonstigen Einnahmen der Stadt gedeckt werden.“

Seitdem zahlt der Staat einen Zuschuß von jährlich 5000 M, der seit dem 1. April 1904 auf 7000 M erhöht worden ist.

Am 22. Dezember 1897 erfolgte sodann ein weiteres Gesuch an das Herzogliche Staatsministerium, dahingehend, entweder ebenfalls 15 M Zuschuß für jedes Kind zu zahlen, oder den Zuschuß auf 15 000 M jährlich zu erhöhen und dahin

zu wirken, daß die gesetzliche Unterlage für die Uebernahme der katholischen Schule auf die Stadt geschaffen werde. An demselben Tage wurde der Magistrat ersucht, entweder die Schule auf die Stadt zu übernehmen, oder den Zuschuß auf 25 M pro Kind und Jahr zu erhöhen. Beide Gesuche sind unter eingehender Begründung abgelehnt worden.

Im November 1899 beantragten die katholischen Lehrer, im Gehalte mit den Lehrern der evangelischen Gemeindeschulen gleichgestellt zu werden. Aus diesem Anlaß richtete der Kirchenvorstand zu St. Nicolai am 3. Januar 1900 nochmals ein Gesuch an den Magistrat um Uebernahme der Schule, das am 10. Februar 1900 abgelehnt wurde.

Im Mai und Juni 1900 sind sodann die Bestimmungen in den §§ 19 und 24 des Regulativs vom 12. März 1892 dahin abgeändert, daß die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Gemeindeschulen auch für die Lehrer an der katholischen Schule maßgebend sein sollten. Diese Aenderung wurde vom Herzoglichen Staatsministerium am 6. Juli 1900 genehmigt. Auf Grund eines Beschlusses der Stadtverordneten vom 15. November 1900 ist sodann der Zuschuß für jedes Kind vom 1. April 1901 ab auf 25 M erhöht worden, während der Magistrat nur 20 M vorgeschlagen hatte.

Ein neues Gesuch um Uebernahme der Schule auf den städtischen Etat an den Magistrat vom 13. Oktober 1904 ist am 17. Oktober 1904 abgelehnt worden. Ein gleiches Gesuch ging damals auch an die Stadtverordneten und wurde darüber am 11. Mai 1905 eingehend verhandelt. Auch dieses Gesuch ist abgelehnt worden. Damals ist von der Schulkommission über die Sachlage folgendes hervorgehoben worden:

Nach dem Gesetze über die Gemeindeschulen vom 8. Dezember 1851, in der Fassung vom 27. Oktober 1898 (Nr. 53), hat jede Gemeinde eine evangelisch-lutherische Gemeindeschule zu unterhalten. Das Recht, ihre eigenen und die unter ihrer Vormundschaft stehenden, oder in ihr Haus genommenen Kinder in diese Schulen zu schicken, steht auch den anderen Glaubensgenossen zu. Die Städteordnung hat nur in den §§ 201 und 202 hierauf bezügliche Vorschriften, die lauten:

„Die Städte haben das Recht und die Verpflichtung, bei der Einrichtung, Verwaltung und Erhaltung der Schulanstalten nach Maßgabe der darüber erlassenen und noch zu erlassenden Gesetze mitzuwirken. Der Stadtmagistrat vertritt die Stadt in allen das Schulwesen betreffenden Angelegenheiten und ist hierbei an die Mitwirkung der Stadtverordneten in gleichem Maße gebunden, wie solches für die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten vorgeschrieben ist.“

Andere gesetzliche Bestimmungen sind nicht vorhanden. Demnach besteht keine rechtliche Verpflichtung der Stadt, andere als evangelisch-lutherische Schulen zu unterhalten. Die Verhältnisse in anderen Staaten sind für uns nicht maßgebend, weil dort eine ganz andere Gesetzgebung besteht, die den Staaten eine Verpflichtung in bezug auf die Unterhaltung anderer Schulen auferlegt. Zu erwähnen bleibt hier auch noch, daß der Kirchenvorstand zu St. Nicolai in dem vorhin erwähnten Regulativ ausdrücklich anerkannt hat, daß ihm die Unterhaltungspflicht der Schule obliege.

Aber auch eine moralische Verpflichtung der Stadt ist in der früheren Verhandlung über diesen Gegenstand nicht anerkannt worden. Die evangelischen Gemeindeschulen stehen auch den katholischen Kindern offen und werden auch jetzt schon von vielen katholischen Kindern besucht. Im Jahre 1903/04 befanden sich unter 10 007 Kindern der untern Bürger Schulen 103 Katholiken = 1,03 %, unter 256 Kindern der Hilfschule 13 Katholiken = 0,55 %, unter 4132 Kindern der mittleren Knabenschulen 49 Katholiken = 1,22 % und unter 3045 Kindern der mittleren Mädchenschulen 6 Katholiken = 0,2 %; im ganzen besuchten also 171 katholische Kinder die hiesigen Bürger Schulen, welcher Prozentsatz später noch etwas gewachsen ist.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Schule ausgesprochenenmaßen zu dem Zwecke gegründet worden ist, um den Kindern gemeinschaftlichen Religionsunterricht zu erteilen, nicht aber, um eine besondere katholische Schule zu begründen. Daraus und auch aus den sonstigen Tatsachen ergibt sich, daß die Schule nicht im Interesse des Staates, sondern der katholischen Kirche gegründet worden ist, also nicht etwa deshalb, um Bildung an sich zu verbreiten, sondern um die Bildung, die verbreitet werden soll, so zu gestalten, wie es im Interesse der katholischen Kirche liegt. Staat und Stadt haben der Bildung der Schule nichts in den Weg gelegt, auch ist schon hervorgehoben, daß die Kinder teilweise einer fluktuierenden und zum großen Teile nicht einmal deutschen Bevölkerung angehören. Es ist auch gesagt worden, die Stadt könnte sich den Luxus leisten, die katholische Schule zu übernehmen. Das ginge aber doch nur, wenn ein ganz erhebliches Interesse an der katholischen Schule für die Stadt vorläge, was nicht anerkannt werden könne. Zwar sei ein Interesse vorhanden insofern, als die katholische Schule die Stadt durch Abnahme von Schülern entlaste; andererseits aber brauche die Aufhebung der Schule nicht so sehr befürchtet zu werden, weil die katholische Kirche offenbar ein ganz erhebliches Interesse an dem Weiterbestehen der Schule besitze. Wenn die Aufhebung aber wirklich erfolgte, so würden durch die Uebernahme der Kinder in die städtischen Schulen auch keine allzu großen Unzuträglichkeiten entstehen. Durch Uebernahme der Schule auf die Stadt entstehe dagegen eine sehr erhebliche finanzielle Belastung der Stadt, die schon im ersten Jahre mindestens etwa 37 000 M.

an Mehrausgaben erfordern dürfte. Diese Mehrbelastung würde aber noch fortwährend steigen. Auch mit der Schwierigkeit der Beschaffung von Lehrkräften, der Ausübung der Schulaufsicht und der Leitung der Schule wäre zu rechnen, insbesondere werde die Gestaltung des Lehrplans namentlich hinsichtlich des Unterrichts in der Religion, Geschichte und Naturgeschichte sehr schwierig sein.

Die Schulkommission ist der Ansicht, daß alle diese schon bei der Beratung am 11. Mai 1905 angeführten Gründe noch unverändert fortbestehen und es sich auch jetzt nicht empfehle, die Schule zu übernehmen. Es wird daher beantragt, den Antrag auf stadtseitige Uebernahme der Schule abzulehnen.

Ferner ist die Kommission der Ansicht, den Eventualantrag auf Erhöhung des städtischen Zuschusses von 25 M auf 40 M ebenfalls nicht empfehlen zu können. Bei der Beurteilung dieser Frage wird es im wesentlichen darauf ankommen, festzustellen, ob die katholische Gemeinde seit der letzten Ablehnung der Erhöhung des Zuschusses wesentlich höhere Aufwendungen für ihre Schule zu leisten gehabt hat. Diese Frage ist aber zu verneinen. Seit dem 1. April 1901 wird ein Zuschuß von 25 M pro Kind und Jahr bezahlt, während das letzte Gesuch um Erhöhung dieses Zuschusses am 11. Mai 1905 abgelehnt wurde. Damals besuchten die Schule 1213 Kinder, jetzt sind es deren 1220, also nur 7 Kinder mehr. Aus dem diesjährigen Etat geht hervor, daß der Voranschlag nur auf 1210 Kinder hinausgeht. Tatsächlich hat also die Zahl der die Schule besuchenden Kinder seit 1904 nicht zugenommen, wie sich Ähnliches ja auch bei den städtischen Bürgerschulen gezeigt hat. Wenn die Anzahl der Schulklassen seit 1904 um eine vermehrt ist, so handelt es sich dabei lediglich um eine Entlastung der einzelnen Klassen. Ferner ist auch die Zahl der die evangelischen Gemeindefschulen besuchenden katholischen Kinder gewachsen.

Auch die Ausgaben für die katholische Schule haben sich nicht wesentlich erhöht. Die Ausgaben sollen 1905/06 = 56 704,11 M betragen haben, während der Voranschlag für 1907/08 = 61 933,95 M betragen soll. Das scheint mir aber nicht richtig zu sein, da der Etat wesentlich herabgesetzt worden ist. Auch der Prozentsatz der Kirchensteuer zur Gemeindesteuer ist nicht richtig angegeben, denn er beträgt nicht 26 %, sondern wie in den letzten Jahren nur 24 %. Es kann also nicht anerkannt werden, daß eine wesentliche Erhöhung der Lasten der katholischen Gemeinde für ihre Schule eingetreten ist, weshalb auch von der Schulkommission eine Erhöhung des Zuschusses nicht empfohlen werden kann. Dazu tritt noch der Umstand, daß die katholische Schule einen sehr geringen Prozentsatz an Schulgeld erhebt, da etwa zwischen 50 und 60 % desselben erlassen und nur 40 bis 50 % erhoben werden. In unseren städtischen Bürgerschulen findet dagegen ein viel geringerer Erlass in Höhe von etwa 10 % statt. Man wird nicht fehlgehen, wenn man dahinter



ganz bestimmte Absichten vermutet, und ich kann nur annehmen, daß die katholische Kirche deshalb nicht mehr auf die Erhebung des Schulgeldes drückt, um möglichst vielen Kindern den Unterricht in der katholischen Schule zuteil werden zu lassen. Darauf aber durch Erhöhung des Zuschusses noch eine Prämie zu setzen, haben die städtischen Behörden keine Veranlassung.

Ferner habe ich hervorzuheben, daß die Stadt ganz erhebliche weitere Leistungen für die katholische Schule übernommen hat, sie stellt die Schulärzte, sie zahlt einen erhöhten Zuschuß für Lehrmittel und hat auch die städtischen Turnhallen in erhöhtem Maße der katholischen Schule zur freien Benutzung zur Verfügung gestellt.

Namens der Schulkommission beantrage ich also Ablehnung des Antrages.

Herr Möhle: Es liegt mir fern, die von dem Herrn Referenten angeführten Gründe kritisieren zu wollen. Das würde mir auch, wo ich noch so jung in der Versammlung bin, schlecht anstehen. Ich will mich deshalb lediglich darauf beschränken, einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Ohne allen Zweifel wird dieser Beschluß der Schulkommission ganz wesentlich auf die hiesige katholische Bevölkerung einwirken, sie wird sich ganz eminent enttäuscht sehen deshalb, weil sie sich als ungerecht behandelt ansieht. Die Kommission behauptet, die Zuwendungen für die katholische Schule sind genügend, während die katholische Gemeinde von anderen Grundätzen ausgeht und sagt, die 25 M. genügen uns nicht und wir stehen der Stadt gegenüber als Bürger zweiter Klasse da. Dieser Vorwurf der Ungerechtigkeit wird nach dem Beschlusse der Schulkommission auf uns lasten bleiben.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß aus dem Gewinne der Gas- und Wasserwerke unseren städtischen Schulen ein ganz erheblicher Teil zugute kommt und die katholische Bevölkerung zu diesen Ueberschüssen zu ihrem Teile ganz erheblich beiträgt (Widerspruch), indem sie ebenfalls Konsument an Gas und Wasser ist, so muß ich sagen, daß ich keinen Akt der Gerechtigkeit darin erblicken kann, wenn man den Leuten nicht die Wohltaten zugestehen will, die aus diesen Ueberschüssen resultieren. Man kann sagen, die Bittsteller bekommen einen höheren Zuschuß, aber es wird ja nachgewiesen, daß der jetzige Zuschuß unzulänglich ist. Vom Standpunkte der Gerechtigkeit aus können wir nicht anders, als der katholischen Gemeinde entgegenzukommen. Ich bin ein treuer, felsenfester Protestant und in meinem protestantischen Glauben kann mich nichts wankend machen, und in diesem Bewußtsein werde ich auch die Angriffe überdauern, die sich vielleicht ob meines Eintretens für die Sache in oder außerhalb dieses Hauses gegen mich richten sollten; ich möchte daher wenigstens den Vorschlag machen, diesen Punkt nochmals an die Kommission zurückzuverweisen und zu versuchen, ob es nicht möglich ist, dem Gesuche in irgend einer Weise entgegenzukommen. Können wir den gewünschten Zuschuß nicht in ganzer Höhe leisten, so müßte doch wenigstens ein gewisses Entgegenkommen seitens der Stadt aus Rechts- und Billigkeitsgründen möglich sein.

Herr Stadtrat von Frankenbergr: Nach dem außerordentlich sorgfältigen und gründlichen Vortrage des Herrn Berichterstatters der Schulkommission wäre es fast Undank, wenn man diese Arbeit damit lohnte, daß sie von neuem angefangen werden müßte. Die Ansicht über diese Sache hat jedenfalls, man mag denken, wie man will, eine so weitgehende Klärung erfahren, daß sich je der darüber schlüssig machen kann. Daß die katholische Schule nicht stadtseitig übernommen werden kann, halte ich für nachgewiesen; sie würde in den Rahmen unserer Schule so wenig hineinpassen, daß ich glaube, den katholischen Bürgern würde der größte Nachtheil drohen, wenn wir ihre Schule in die Schablone unserer städtischen Schulen hineinzwängen wollten. Mit den Schulgelderlassen von 55 bis 60 % würde es dann in dem Umfange vorbei sein. Den größten Schaden würden die einzelnen katholischen Mitbürger und auch die katholische Kirche haben, und ich wundere mich sehr, daß der Kirchenvorstand die Uebernahme der Schule mit solchem Nachdruck betreibt. Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß man die Schule auf die Stadt übernimmt.

Was die Erhöhung des Zuschusses betrifft, so würde zunächst die Frage zu stellen sein, inwiefern sich die Verhältnisse der Schule in den letzten 5 bis 6 Jahren verändert haben. In einer so umfangreichen Weise sind die Ausgaben aber nicht gewachsen, daß eine Erhöhung des Zuschusses und namentlich auf 40 M erforderlich erschiene, nicht einmal auf 30 M könnte ich eine Erhöhung befürworten. Ich habe nachgerechnet, welche Aufwendungen jezt für den einzelnen Lehrer und die einzelne Lehrerin nach der Zahl der Schulkinder gemacht werden und dabei ergibt sich nur eine verhältnismäßig sehr geringe Steigerung, die durch eine Aufbesserung des städtischen Zuschusses auf 30 M weit überholt werden würde. Sie haben auch gehört, daß eine Erhöhung der katholischen Kirchensteuer nicht stattgefunden hat. Die katholischen Mitbürger hatten vielleicht damit gerechnet, als der Etat vorgelegt war, daß eine Erhöhung notwendig sein würde; es ist uns aber gelungen, die Gefahr von den katholischen Mitbürgern noch glücklich abzuwenden. Nun liegt aber auch kein Grund vor, daraus eine Folgerung zu ziehen.

Herr Rathe: Nachdem unsere katholischen Mitbürger 10 % der Bevölkerung ausmachen (Widerspruch) und mehr als 1200 Kinder in die Schule schicken, die, wenn die katholische Schule nicht bestände, unter allen Umständen unsere städtischen Schulen besuchen und uns einen Aufwand von ungefähr 60 M pro Kind und Jahr machen würden, kann ich mich zu der Frage einer Erhöhung des Zuschusses nur zustimmend erklären. Wir hätten ja lieber gesehen, wenn nicht so viele Katholiken hierher gekommen wären und hier nur Protestanten wohnten, aber das Freizügigkeitsgesetz hat die Leute uns gebracht, denn die Industrie zieht nach ihrem Bedarf sich Arbeiter heran, ohne nach der Konfession zu fragen. Wenn ich auch ein ebenso guter Protestant bin, wie Herr Möhle, so habe ich mich doch für die Einrichtungen der katholischen Kirche in jeder Hinsicht interessiert. Ich möchte also

bitten, sich nicht auf einen ganz ablehnenden Standpunkt zu stellen, sondern der katholischen Gemeinde durch Erhöhung des Zuschusses entgegenzukommen, da sie tatsächlich durch die Schule stark belastet ist. Ich habe den Herren stets gesagt, gebt Eure Schule auf und schickt Eure Kinder in unsere Schulen; dann könnte der Religionsunterricht für diese Kinder besonders erteilt werden, trotzdem es für den Stadtsäckel das Beste wäre, die Schule bliebe bestehen. Uebrigens bin ich der Meinung gewesen, daß hier 15 000 Katholiken wohnten und demnach etwa 10 % der Bevölkerung ausmachten. (Ruf: 6 %!).

Herr Sander: Ich stehe auf dem Standpunkte: wenn die katholische Gemeinde sich den Luxus einer eigenen Schule erlaubt, so muß sie auch deren Kosten tragen. Nichtsdestoweniger stehe ich der Frage eines erhöhten Zuschusses sympathisch gegenüber, weil unsere Stadt durch das Bestehen der Schule erheblich entlastet wird. Wenn man annimmt, daß unserer Gemeinde jedes Kind unserer Bürgerschulen 60 M kostet, so machen wir bei den 1230 katholischen Kindern jetzt eine Ersparnis von jährlich 43 000 M; deshalb läge es wohl in der Billigkeit, den Zuschuß etwas zu erhöhen und ihn vielleicht auf 30 M festzusetzen. Ich wollte zuerst einen höheren Zuschuß beantragen, bin aber davon abgekommen und zwar namentlich durch die Ausführungen über den hohen Prozentsatz an Schulgeld-erlassen. Dieser Standpunkt des Schulvorstandes ist zu human. Für eine Erhöhung des Zuschusses um 5 M wäre ich aber zu haben.

Herr Esdorn: Die Worte des Herrn Möhle haben mich sympathisch berührt, namentlich auch deshalb, daß er als Protestant so offen für die katholische Gemeinde eingetreten ist. Ich habe auch erwartet, daß die Schulkommission mit einem Vermittlungsantrage kommen würde. Da das nicht geschehen ist, so beantrage ich, den Zuschuß auf 30 M pro Jahr und Kind zu erhöhen.

Herr Nolte: Ich wollte meinem Referate noch hinzufügen, daß das von der katholischen Gemeinde beanspruchte Mehr über 18 000 M betragen würde. Die hiesige katholische Einwohnerzahl beträgt nicht, wie Herr Rathe annimmt, 15 000, sondern etwa 8600. Das Herzogliche Staatsministerium steht in dieser Frage auf folgendem, schon bei der vorigen Beratung mitgeteilten Standpunkte: Dem Interesse des Staates sei dadurch genügt, daß die Stadt Braunschweig die vorgeschriebenen evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen unterhalte und daß den katholischen Kindern der Besuch dieser Schulen freistehe. Die Unterstützung des Staates sei nur erfolgt, weil er an allen Unternehmungen ein Interesse nehme, welche die Ausbildung der Jugend fördern. Das Interesse an solchen billigen, aber nicht unentbehrlichen Instituten, wie die katholische Schule, beschränke sich darauf, den Unterhaltenden ihre Unternehmungen zu erleichtern; solche Unternehmungen auf seine Kosten zu verfolgen, sei der Staat nicht in der Lage. Wenn die

katholische Schule gewillt sei, sich im gleichen Maße mit der Vermehrung der Aufnahme suchenden Kinder zu erweitern, so müsse die katholische Gemeinde auch die Kosten tragen. Sofern sie hierzu trotz der regelmäßigen erheblichen staatlichen und städtischen Zuschüsse nicht imstande sei, müsse sie von einer Erweiterung Abstand nehmen und diejenigen Kinder, die sie nicht aufnehmen könne, zur Ausbildung den Gemeindeschulen überlassen. Da die Stadt Braunschweig ihrer Verpflichtung zur Unterhaltung der Gemeindeschulen genüge und da den katholischen Kindern der Besuch dieser Schulen freistehe, so liege ein Anlaß, die Stadt mit den Kosten zu belasten, die durch Uebernahme einer katholischen Schule erwüchsen, nicht vor.

Die Verhandlung wird darauf geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Hierbei werden sämtliche Anträge, nämlich der Antrag Wöhle auf Zurückverweisung der Eingabe an die Schulkommission, der Antrag der katholischen Gemeinde auf stadtseitige Uebernahme der Schule, ferner der Antrag dieser Gemeinde auf Erhöhung des Zuschusses von 25 auf 40 M und endlich der Antrag Esborn auf Erhöhung des Zuschusses auf 30 M, abgelehnt.

#### V. Zuschuß an das Deutsche Komitee zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit.

Das Deutsche Komitee zur Begründung einer Musteranstalt für Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit hat den Magistrat ersucht, zur Einrichtung und zum Betriebe einer derartigen in Berlin für das ganze Deutsche Reich zu errichtenden Anstalt einen Zuschuß zu leisten.

Die Verhältnisse der Säuglingssterblichkeit liegen in Deutschland im allgemeinen und ganz besonders in der Stadt Braunschweig sehr ungünstig. Mehr als  $\frac{1}{5}$  aller Lebendgeborenen vollendet nicht das 1. Lebensjahr. Etwa  $\frac{2}{3}$  der Todesfälle der Säuglinge sind auf Ernährungsstörungen zurückzuführen, namentlich bei den nicht von der Mutter ernährten. Es ist daher besonderer Wert zu legen auf die Belehrung der Mutter über die Folgen des Stillens, auf die Produktion der bei der künstlichen Ernährung hauptsächlich in Betracht kommenden Kuhmilch, auf deren Keimfreimachung usw.

Die Musteranstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit soll sich zunächst auf eins der Bekämpfungsmittel beschränken, nämlich die Förderung und Begünstigung richtiger Ernährung, soll auf wissenschaftlichem Boden praktische und theoretische Erfahrungen sammeln und die gesammelten Erfahrungen als Gemeingut dem deutschen Volke zur Kenntnis bringen und Ärzten aus dem ganzen Reiche zum Studium offen stehen.

Die Anstalt zerfällt in zwei Abteilungen, die eine dient zur Forschung und Sammlung von Erfahrungen auf dem Gebiete der Vorbereitung und der Durchführung des Stillgeschäftes, die andere beschäftigt sich mit der künstlichen Ernährung.

In der ersten Abteilung sind Unterkunftsräume für Schwangere, eine Entbindungs- und ein Wöchnerinnenheim, sowie ein Mutterheim, in dem die Entbundenen mit ihren Kindern bis zu 3 Monaten bleiben. In der zweiten Abteilung soll das Haupterzähmittel der Muttermilch, die Kuh- und Ziegenmilch, von ihrer Produktion bis zur Wirkung im Körper gesunder und kranker Säuglinge forschend begleitet werden. In einem Stalle mit Kühen und Ziegen soll die Fütterungsfrage studiert werden, weiter die Kühlung und Mischung der Milch, dann dieselbe bei den Säuglingen ausprobiert werden, wobei sich die beste Gelegenheit bietet, unter der Leitung eines geschulten Stammpersonals tüchtige Kinderpflegerinnen auszubilden. Ein Laboratorium für den leitenden Arzt ist zur Verfügung gestellt.

Die Angelegenheit der Musteranstalt, die demnächst den Namen „Kaiserin Auguste-Viktoria-Haus“ erhalten wird, befindet sich in erfreulichster Entwicklung. Ein Grundstück von  $1\frac{1}{2}$  ha ist von der Stadt Charlottenburg geschenkt und zu den Bau- und Einrichtungskosten, welche 1 200 000 M erfordern, sind bisher 750 000 M eingegangen. Die Gaben kommen aus fast allen Bundesstaaten. Sowohl in den Reichs- als in den preussischen Etat ist eine bedeutende Summe zur Unterhaltung eingestellt. Hierdurch und aus einigen anderen Quellen sind rund  $\frac{1}{3}$  der 100 000 M jährlich betragenden Unterhaltungskosten gedeckt.

Die Pläne sind fertig nach Entwürfen vom Geheimrat Hoffmann, dem Erbauer des Virchow-Krankenhaus und Professor Messel, die auch den Bau ausführen werden. Gehen die Gaben so weiter, so soll bereits im Frühommer an den Bau-beginn gedacht werden.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß Braunschweig bei diesem nationalen für die Volkswohlfahrt überaus wichtigen Unternehmen sich beteiligen muß und ersucht die Versammlung, einen jährlichen Beitrag von 300 M aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen bis auf weiteres für den Bau, die Einrichtung und den Betrieb der Musteranstalt für Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, zu bewilligen.

Namens der Statutenkommission berichtet über die Vorlage Herr Bluth: Man muß zunächst die Frage aufwerfen, ob die Begründung einer solchen Musteranstalt für das ganze Deutsche Reich erforderlich ist. Diese Frage ist zu bejahen im Hinblick auf die große Sterblichkeit der Säuglinge im Deutschen Reich. Sie beträgt im Durchschnitt über 20 %. In Braunschweig starben im Durchschnitt der Jahre 1902—1904 = 18 %, während in anderen großen Städten die Säuglingssterblichkeit bis auf 35 % stieg. Diese hohe Sterblichkeitsziffer bedeutet einen enormen Verlust an Nationalvermögen, da mit dem Tode des Säuglings alle aufgewandte Mühe und alle Kosten verloren sind. Jeder, der selbst Vater ist und das Hinsiechen der jüngeren Generation in den ärmeren Bevölkerungsschichten kennen zu lernen Gelegenheit hat, wird mir zustimmen, wenn ich sage: Jeder Schritt, der geeignet ist, der mörderischen Kindersterblichkeit Einhalt zu tun, muß

nach Kräften gefördert werden. Aber auch die Gemütsmenschen haben nicht recht, die in der hohen Säuglingssterblichkeit eine Art Selbstventil gegen die übermäßige Zunahme der Bevölkerung oder eine Art Auslese im Darwinschen Sinne sehen, denn einmal nehmen bei allen Kulturvölkern die Geburten so wie so mit der Zeit ab, wie wir das schlagend an den romanischen Ländern, den Vorfahren der germanischen, bewiesen finden, so daß ein gleichzeitiges Steigen der Sterblichkeit einen unheilvollen Einfluß haben muß. Außerdem aber kann man die Säuglingssterblichkeit nicht als eine günstige Auslese betrachten, weil die Erkrankungen, welche die hohe Sterblichkeit bedingen, gleichzeitig eine große Zahl von Invaliden unter den überlebenden Kindern schaffen. Der Beweis dafür liegt darin, daß die Länder mit hoher Säuglingssterblichkeit auch eine hohe Kindersterblichkeit in den nachfolgenden Jahren aufweisen.

Die einzige Möglichkeit, gegen die hohe Säuglingssterblichkeit anzukämpfen, beruht auf der Aufklärung weitester Volksschichten über zweckmäßige Ernährung und Pflege der Kinder. Diesem Zwecke soll aber in erster Linie die neu zu errichtende Anstalt dienen, indem dort die Grundsätze hierfür festgestellt und ausprobiert werden sollen.

Nun kann man ferner fragen, weshalb sich die Stadt Braunschweig an diesen Bestrebungen finanziell beteiligen soll. Die Antwort darauf werden wir finden, wenn wir uns klar machen, was wir auf diesem Gebiete bereits leisten und was uns noch fehlt. Wir haben zunächst die staatliche Fürsorge verkörpert in der Hebammenschule und Entbindungsanstalt des Herzoglichen Krankenhauses. Es finden hier Schwangere Aufenthalt für die Zeit vor ihrer Niederkunft und bis zwei Wochen nach derselben. Für das spätere Fortkommen der hier geborenen, meist unehelichen Kinder ist jedoch nicht gesorgt, es fehlt ein das Zieh- und Haltekindwesen betreffendes Gesetz. Zwar nimmt sich die Gemeindepflege und die Privatwohlthätigkeit auch eines Teiles dieser Kinder an, viele aber gehen zugrunde. In zwei kirchlichen Gemeinden (St. Magni und St. Petri) bestehen Krippen, d. h. es können hier unbemittelte Mütter, die zum Erwerb außerhalb des Hauses gezwungen sind, ihre Kinder während der Arbeitszeit unterbringen; es wäre zu wünschen, daß diese Einrichtungen einen weiteren Ausbau über das ganze Gebiet der Stadt fänden. Außerdem hat die öffentliche Armenpflege in dankenswerter Weise auch über den Rahmen des gesetzlich Notwendigen hinaus für verlassene, verwaiste und uneheliche Säuglinge Sorge getragen; ich erinnere nur an das neue Kinderheim, das allerdings nur für Notfälle eintritt, an die Abteilung für erkrankte Säuglinge im städtischen Krankenhaus und an die Einrichtung des Waisenrates und der Waisenrätinnen, die neuerdings die in städtischer Pflege befindlichen Kinder in ihren Wohnungen aufsuchen und durch Belehrung und Unterstützung dazu beitragen, der Säuglingssterblichkeit den Boden abzugraben. Alle diese zuletzt

erwähnten Einrichtungen sind aber insofern unvollständig, als sie naturgemäß nur den in städtischer Armenpflege befindlichen Kindern zugute kommen.

Soll ein durchschlagender Erfolg erzielt werden, so fehlen uns noch Wöchnerinnenheime und Säuglingsheime, die allen Notleidenden in gleicher Weise zugänglich sind. Vor allem aber fehlt es an einem gut geschulten Personale, das auch imstande ist, wieder weitere Kreise zu belehren; denn wer etwas lehren soll, muß es erst selber gelernt haben. Es fehlt daher eine Bildungsanstalt für diese Zwecke und die soll in Charlottenburg gegründet werden. Unsere Stadt gewinnt durch Anschluß an die Mutteranstalt die Möglichkeit, dort passende Personen praktisch ausbilden zu lassen und aus diesem Grunde ganz besonders möchte ich Ihnen ans Herz legen, im eigensten Interesse die beantragte Beihilfe zu bewilligen. Es wird dies für uns voraussichtlich die segensreichsten Folgen haben.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

## VI. Staatsseitige Ermietung des alten Stadthauses.

Zufolge Beschlusses vom 1. November 1906 hat die Versammlung genehmigt, daß das ehemalige Stadthaus dem Staate mietweise, eventuell aber auch auf Wunsch des Staates innerhalb der nächsten fünf Jahre zum Preise von 135 000 Mark aufbeweise überlassen werde. Der Ausschuß der Landesversammlung hat diese Vereinbarung genehmigt und der Staat wünscht, daß ihm das Gebäude zum 1. April d. Js. mietweise überlassen werde. Dabei ist jedoch das Ersuchen ausgesprochen, es möchten die §§ 6, 8 und 9 des vorgelegten Vertragsentwurfes geändert bzw. ergänzt werden.

Bei diesen Aenderungen handelt es sich im wesentlichen um folgende Sachen:

1. im § 6: Es werden dem Mieter noch folgende Aenderungen an dem Hause gestattet: die Beseitigung zweier Treppen, die Umänderung von Schornsteinen zur Durchführung des Korridors im zweiten Geschoß und die damit im Zusammenhange stehende Zulegung einer Treppenöffnung, sowie die Schließung zweier Türen nach der ehemaligen Stadtkasse zu.

2. im § 8: Als Beginn des Mietvertrages wird der 1. April 1907 angenommen, während als Kündigungsstermin nur der Schluß eines Kalendervierteljahres in Betracht kommt.

3. im § 9: Es sind dem Vertrage die Worte hinzuzufügen: „Das Ankaufsrecht soll durch eine Vermerkung im Grundbuche gesichert werden. Die hierdurch erwachsenden Kosten trägt die Mieterin.“

Soweit es sich hierbei um bauliche Aenderungen handelt, hält sie der Magistrat für unbedenklich, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Anlage der neuen Feuerstätten nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften hergerichtet werde. Daneben erscheint es dem Magistrat auch zweckmäßig, daß zwar die bei dem

geplanten Umbau gewonnenen Materialien im allgemeinen dem Staate überlassen werden, daß aber die beiden in Wegfall kommenden Treppen Eigentum der Stadt bleiben und von dieser aufbewahrt werden. Gegen die sonst gewünschten Ränderungen und Ergänzungen des Entwurfs findet der Magistrat nichts zu erinnern. Es wird daher anbeimggegeben, ihn zu ermächtigen, den Vertrag nach den Wünschen der Herzoglichen Baudirektion, jedoch mit den beiden Vorbehalten abzuschließen.

Herr Wolters empfiehlt namens der Baukommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Hauswaldt: Wenn ich recht verstanden habe, verlangt die Regierung, daß das Vorkaufsrecht hypothekarisch eingetragen werde. Ich empfinde das als eine Kränkung. Wenn wir ein solches Vorkaufsrecht zugestehen, so sollte das eigentlich jedermann genügen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Vorschlag ist, soweit mir bekannt, nicht von der Regierung, sondern von der Herzoglichen Baudirektion ausgegangen, nachdem wir erklärt hatten, es wäre nicht einmal die Abschließung eines notariellen Vertrages notwendig. Es ist aber anzuerkennen, daß der Staat irgend eine Sicherheit haben muß, denn es wäre nicht undenkbar, daß nach fünf Jahren die städtischen Behörden bei ganz anderer Zusammensetzung ohne eine solche Sicherheit erklärten, zusehen zu wollen, ob für das Gebäude nicht ein anderer Preis herauszuschlagen wäre. So furchtbar ist also die Sache nicht.

Vorsitzender: Da es sich hier nicht um die Sicherstellung eines Vorkaufsrechtes, sondern eines Kaufrechtes handelt, so würde sich meines Erachtens der Abschluß eines gerichtlichen oder notariellen Vertrages empfehlen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Da der Staat auf einen Vertrag verzichtet, so haben wir geglaubt, uns könne das recht sein.

Nach kurzer weiterer Besprechung wird die Vorlage angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Dauer von 4<sup>1/2</sup> bis gegen 8 Uhr.





1906/1907.Nr. 13.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

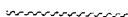
in deren Sitzung am 25. März 1907.

---

#### Tagesordnung:

|        |                                                                               |           |
|--------|-------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| I.     | Erweiterung der Gasanstalt an der Laubenstraße . . . . .                      | Seite 427 |
| II.    | Anderweite Gehaltssteigerung für einen Schulinspektor . . . . .               | " 442     |
| III.   | Sterbefälle für die städtischen Beamten . . . . .                             | " 442     |
| IV.    | Umtausch von Dubletten der städt. Münzsammlung . . . . .                      | " 442     |
| V.     | Baulichkeiten auf einem Schulgrundstücke . . . . .                            | " 443     |
| VI.    | Plattenbelag auf den Fußwegen der Dferstraße . . . . .                        | " 443     |
| VII.   | Verwendung der Erträge der Umsatzsteuer . . . . .                             | " 446     |
| VIII.  | Baulichkeiten auf dem Grundstücke am Dovejee . . . . .                        | " 451     |
| IX.    | Zentralheizung in der Schule am Prinzenwege . . . . .                         | " 456     |
| X.     | Erwerb einer Fläche zur Helenenstraße . . . . .                               | " 456     |
| XI.    | Antrag auf Ausbau der Waterloofstraße . . . . .                               | " 456     |
| XII.   | Beihilfe an den Verein für das Fortbildungsschulwesen . . . . .               | " 456     |
| XIII.  | Anpflanzung von Kirchbäumen auf dem Nieselgute . . . . .                      | " 457     |
| XIV.   | Aptierung des jogen. „Großen Fettwinkels“ auf dem Nieselgute . . . . .        | " 458     |
| XV.    | Erwerb einer Fläche zur Schuhstraße . . . . .                                 | " 458     |
| XVI.   | Erhöhung des Zuschusses für den Frauenverein . . . . .                        | " 459     |
| XVII.  | Baumpflanzung am Südklinte . . . . .                                          | " 459     |
| XVIII. | Anfrage Brückmann: Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule . . . . . | " 459     |

|       |                                                                                                |           |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| XIX.  | Antrag Weichsel: Verbesserung des Weges nach dem Querumer Holze .                              | Seite 461 |
| XX.   | Antrag Weichsel: Einstellung eines juristischen Hilfsarbeiters u.                              | 462       |
| XXI.  | Antrag Weichsel: Verbilligung des elektrischen Lichtes . . . . .                               | 462       |
| XXII. | Antrag Weichsel: Niederlegung des Amtes eines Mitgliedes der Einschätzungskommission . . . . . | 463       |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Ketemeyer, Bürgermeister Meyer und Stadträte von Frankenberg, Seele, Wagner und Blasius.

Entschuldigt die Herren Buchler, Rathe, Schmidt und Wolff.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Hauswaldt, eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache: Der Herr Vorsitzende hat die Sitzung auf heute als einen Montag einberufen, weil die Vorlage zum Punkt I der Tagesordnung bis zum vorigen Donnerstag noch nicht gedruckt und verteilt worden war und es erforderlich erschien, daß jedes Mitglied der Versammlung die Unterlagen dazu wenigstens einige Zeit besitze, diese Sache aber auch nicht weiter hinausgeschoben werden konnte, weil es im Interesse der Stadt liegt, den Abschluß mit den Lieferanten bis zum 1. April zu bewirken, um höhere Ausgaben zu vermeiden. —

Sodann habe ich ein an den Magistrat gerichtetes Schreiben des Herrn Senatspräsidenten Karl Wolff, unseres bisherigen Vorsitzenden, zu verlesen, welches lautet:

„Bei meinem Uebertritt in den Staatsdienst ist mir seitens des Herzoglichen Staatsministeriums eröffnet, daß die Erlaubnis zur Fortführung meines Amtes als Stadtverordneter nur bis zum 1. April 1907 erteilt werde.

Mit Rücksicht hierauf bin ich genötigt, das bezeichnete Amt zum angegebenen Zeitpunkte, wie hiermit geschieht, niederzulegen.“

Der Magistrat hat wegen Vornahme der danach erforderlich werdenden Ersatzwahl das nötige veranlaßt. Daß der Herr Vorsitzende heute nicht hier zugegen ist, hängt damit nicht zusammen, sondern hat einen besonderen Grund.

Meine sehr geehrten Herren! Ich glaube mich mit Ihnen allen im Einverständnis zu befinden, wenn ich bei dieser Gelegenheit unser Bedauern ausspreche, unsern verehrten Vorsitzenden nunmehr missen zu müssen und wenn ich ihm gleichzeitig den Dank der Versammlung für deren langjährige Leitung ausspreche. Unser verehrter Vorsitzender war durch seinen scharfen Verstand und liebenswürdigen Humor wie nicht leicht ein anderer geeignet, den Vorsitz in solcher Versammlung zu führen. Ich weiß von ihm persönlich, wie schwer es ihm geworden ist, das ihm lieb gewordene Amt aufzugeben, und ich spreche sicher in aller Namen, wenn ich von dieser Stelle aus versichere, daß wir ihm ein gutes Andenken bewahren werden. (Zustimmung).

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

### I. Erweiterung der Gasanstalt an der Taubenstraße.

Bereits durch die Vorlage vom 25. Oktober 1903, betr. den Ankauf dreier Grundstücke an der Taubenstraße ist der Versammlung Kenntnis davon gegeben, daß das dort gelegene Gaswerk dringend der Erweiterung und Umgestaltung bedarf. Auf Grund mehrfacher und eingehender Beratungen der Verwaltungs-Deputation hat nunmehr die Direktion ein entsprechendes Projekt ausgearbeitet und die genannte Deputation hat seine Ausführung empfohlen.

Unter Ueberreichung desselben nebst dem Erläuterungsberichte und Kostenanschläge bemerkt der Magistrat dazu folgendes:

1. Daß die Erweiterung des jetzigen Werkes unbedingt erforderlich ist, dürfte sich aus dem Begleitberichte ohne weiteres ergeben, und ebenso wenig kann bezweifelt werden, daß die jetzigen Einrichtungen besonders insofern unvollkommen sind, als der Betrieb zu viele menschliche Arbeitskräfte erfordert und insbesondere der menschlichen Arbeitskraft zahlreiche Einrichtungen zuweist, die besser und billiger durch elementare Kraft ausgeführt werden können.

Im Hinblick auf die erheblichen Kosten, die der Umbau und die Erweiterung des Werkes erfordern, ist auch die Frage eingehend erwogen, ob nicht die Erbauung einer neuen (dritten) Gasfabrik vorzuziehen sei, zumal der Anschluß des jetzigen Werkes an das Eisenbahngleis nur mittels Drehscheiben zu bewirken ist. Es stellte sich aber alsbald heraus, daß gegenüber dem jetzt geplanten Bau die Schaffung einer neuen Fabrik so erhebliche Mehrkosten verursachen würde, daß die weitere Verfolgung dieses Projektes aufgegeben wurde.

2. Da die Stadt den Bedarf der Einwohnerschaft an Gas decken muß, so konnte die Finanzfrage allein nicht ausschlaggebend sein; sie dürfte nur insofern in Betracht kommen, als festzustellen ist, ob die geplanten Bauten nach Art und Umfang erforderlich und zweckdienlich sind, und ob nicht durch die Aufwendung der gesamten Kosten der Stadt-Haushaltsplan zu sehr belastet und insbesondere verhindert wird, daß dem Schulhaushaltsfonds auch ferner diejenigen Mittel zugeführt werden, deren er zur Erfüllung der ihm zugewiesenen Aufgaben bedarf.

Im Erläuterungsberichte ist die Frage, ob etwa aus finanziellen Rücksichten die Aufwendung der geforderten Bausumme bedenklich erscheinen könnte, nicht weiter erörtert, und es dürfte auch schwierig sein, darüber, welchen Einfluß in finanzieller Beziehung die Durchführung des Projektes auf den Betriebshaushalt der städtischen Gaswerke haben wird, im voraus bestimmte Angaben zu machen. Bei dem fortwährenden Drängen nach Herabsetzung der Gaspreise einerseits und dem Steigen der Löhne und

Kohlenpreise andererseits würde eine derartige, sich naturgemäß weit in die Zukunft erstreckende Berechnung ziemlich wertlos sein. Soviel steht indessen fest, daß die Verzinsung und Amortisation des jetzt aufzuwendenden Kapitals (für Grunderwerb und Bauarbeiten) die Werte nicht unerheblich belasten, mithin den Gewinn herabmindern wird, ohne daß die Steigerung der Produktionsfähigkeit schon alsbald den zur Deckung der Mehrausgaben erforderlichen Mehrverdienst bringen wird.

Aber andererseits kann auch nicht unbeachtet bleiben, daß der Gas-konsum ungeachtet der Einführung der elektrischen Beleuchtung unausgesetzt steigt, und daß ein städtischer Betrieb, der, wenn man die außer den regelmäßigen Rückstellungen von zusammen 100 000 M erfolgte besondere Rückstellung von 100 000 M dem Betriebsgewinne hinzurechnet, im Jahre 1905/6 einen Ueberschuß von rund 381 000 M geliefert hat, unbedenklich alsdann in seinem Reinertrage zeitweilig um rund 50 000 bis 60 000 M zurückgehen kann, wenn dadurch seine Leistungsfähigkeit so wesentlich erhöht wird, wie solches im vorliegenden Falle nach der übereinstimmenden Ansicht der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke und der zuständigen Verwaltungs-Deputation von den Gaswerken angenommen werden darf.

Um übrigens zu verhüten, daß den beiden genannten Verwaltungsstellen allein die Verantwortung für den umfangreichen, schwierigen und kostspieligen Umbau aufgebürdet wird, und um andererseits den städtischen Behörden eine Gewähr dafür zu schaffen, daß es aus wirtschaftlichen und somit auch aus finanziellen Gründen ratsam erscheint, das Projekt auszuführen, ist eine Prüfung des letzteren durch den als durchaus geeigneten Sachverständigen empfohlenen städtischen Gaswerksdirektor Prenger aus Eöln veranlaßt. Derselbe hat das Projekt geprüft, das hiesige Gaswerk an der Taubenstraße eingehend besichtigt und sich sodann in einer Sitzung der Deputation eingehend gutachtlich geäußert. Im allgemeinen fand hierbei das ausgearbeitete Projekt seine volle Billigung und auch die Kosten schienen ihm im Verhältnis zu dem, was geschaffen werden soll, nicht zu hoch. Er gab indessen in einzelnen Beziehungen Aenderungen anheim, und zwar wesentlich deshalb, weil die Direktion bei Ausarbeitung des Projektes aus Sparsamkeitsgründen von einigen baulichen Aenderungen der vorhandenen Bauwerke bezw. von ihrer Ersetzung durch Neubauten Abstand genommen hatte.

Die Deputation hat den meisten dieser Aenderungsvorschläge zugestimmt und in dem jetzt vorgelegten Projekte sind diejenigen Aenderungen des ersten Entwurfs, welche die Deputation für zweckdienlich und ratsam erachtete, bereits berücksichtigt.

3. Die zur Ausführung des Projektes erforderliche Erweiterung des Grundstücks des Gaswerkes ist zum größeren Teile bereits erfolgt; insbesondere sind diejenigen drei Grundstücke, deren Ankauf die Versammlung am 25. Oktober 1905 genehmigt hat, nämlich

- a) die Sauseche Länderei an der Totentwete zu 37 a 35 qm (Preis 6 M pro qm = 22 410 M),
- b) die Bodesche Länderei das. zu 52 a 65 qm, welche zur Erweiterung des Wirtschaftshofes bestimmt ist (Preis 6,50 M pro qm = 34 222,50 M),
- c) die 3 a 61 qm große Teilfläche des Gartens des Diehschen Grundstücks am Mittelwege (Preis 20 M pro qm = 7220 M),

inzwischen Eigentum der Stadt geworden.

Von der Verwaltungs-Deputation war schon früher empfohlen worden, auch das an der Taubenstraße Nr. 6 gelegene Hampesche Grundstück anzukaufen, weil es wünschenswert erschien, eine etwa 300 qm große und mit einem Pferdestalle bebaute Teilfläche des Hampeschen Gartens bei Erbauung des neuen Kohlenschuppens zu verwenden. Da der Eigentümer Rentner Hampe die Abtretung lediglich der vorerwähnten Teilfläche bei den mehrfachen dieserhalb mit ihm gepflogenen Verhandlungen ablehnte, so ist das ganze Grundstück für 50 000 M angekauft. Bestimmend für dieses Vorgehen war der Umstand, daß einerseits die Verwaltungs-Deputation dringend ersuchte, es möchten die sich aus einem Verzicht auf den Erwerb der vorerwähnten Teilfläche ohne Frage ergebenden Betriebserschwerungen und die daraus entspringenden dauernden Mehrausgaben an Betriebskosten wenn irgend tunlich vermieden werden, und daß andererseits das fragliche Grundstück, dessen Kaufwert von der städtischen Bauverwaltung im September 1905 zu 46 600 M geschätzt ist, nach den glaubwürdigen Angaben des Verkäufers durch die darin befindlichen 8 Wohnungen — mit Einschluß der eigenen zu 600 M geschätzten Wohnung des Eigentümers — einen Ertrag von jährlich 2044 M abwirft. Auch wenn es nicht gelingen sollte, das Restgrundstück zu angemessenem Preise wieder zu veräußern, würde sich hiernach eine irgendwie bedenkliche finanzielle Belastung des Gaswerks aus dem fraglichen Grunderwerbe nicht ergeben. Da es an Bewerbern um die fraglichen Wohnungen in dem solide gebauten und gut erhaltenen Wohnhause nicht fehlen wird, so dürfte es sich empfehlen, einstweilen auf einen Wiederverkauf des Restgrundstücks nicht Bedacht zu nehmen, das Grundstück vielmehr der Verwaltungs-Deputation zu überweisen und dieser seine Bewertung durch Vermietung — und zwar ohne Mitwirkung der städtischen Behörden — zu übertragen.

4. Der jetzige Bahnanschluß des Gaswerks an der Taubenstraße gründet sich auf einen am 5. April 1892 vor Herzoglicher Kreisdirection hieselbst abgeschlossenen Vertrag. Der Braunschweigischen Landes-Eisenbahngesellschaft war derzeit das Recht zur Enteignung von 4 kleineren, zusammen 14 a 15 qm haltenden Flächen an der Südseite der neuen Taubenstraße erteilt, die der Stadt gehörten, und auf denen von dieser ein Anschlußgleis mit Drehscheibe hergerichtet war. Die Sachverständigen hatten den Wert der Flächen zu 6 M pro qm = 8490 M geschätzt, während die stadtseitig aufgewandten Kosten für die Gleise und Drehscheibe 10 147,26 M betragen hatten. Durch den oben gedachten Vertrag ist das damalige Enteignungsverfahren in der Weise durch Vergleich erledigt, daß die Landes-Eisenbahngesellschaft mit dem Terrain auch die erwähnten Anlagen übernahm, der Stadt 3000 M Entschädigung zahlte und ihr einen während der Dauer des Bestehens des Gaswerks bahnseitig unkündbaren Anschlußvertrag mit der wesentlichen Bedingung einräumte, daß für das Anbringen und Abholen der Wagen eine Vergütung stadtseitig nicht solle gezahlt werden.

Der Magistrat ist bemüht gewesen, diesen für die Stadt ohne Frage günstigen Vertrag aufrecht zu erhalten. Da indessen ohne Beeinträchtigung des Umbauprojektes eine Verlegung des jetzigen Fabritgleises nicht zu vermeiden ist, da ferner die glatte Abwicklung des Betriebes die Herrichtung eines zweiten Anschlußgleises erfordert, und da endlich das jetzige nur 90 m lange Standgleis auf dem Nordbahnhofe für die künftige erheblich gesteigerte Kohlenanfuhr um so weniger genügen wird, als sich schon jetzt aus dem Platzmangel Betriebs-Erschwernisse ergeben haben, so mußte notgedrungen eine Aenderung des Anschlußvertrages vom Jahre 1892 nachgesucht werden und konnten somit auch die finanziellen Nachteile nicht abgewendet werden, die sich für die Stadt aus diesem Vorgehen naturgemäß ergeben. Wir müssen aber anerkennen, daß bei den Verhandlungen die Braunschweigische Landes-Eisenbahngesellschaft Entgegenkommen gezeigt und sich zur Abschließung eines neuen Anschlußvertrages verstanden hat, der zwar nicht so günstig ist, wie der frühere, aber doch für die Stadt durchaus annehmbar erscheint.

Wie schon im Erläuterungsberichte hervorgehoben und auch in dem Vertrags-Entwurfe näher angegeben ist, wird beabsichtigt, auf Kosten der Stadt ein völlig neues Standgleis innerhalb des Terrains des Nordbahnhofes und hart an der vorhandenen Einfriedigung herzurichten; die letztere muß daher, um Unglücksfälle beim Rangieren zu verhüten, vorgerückt werden und zwar so weit, daß die Breite des südlichen Fußweges der

Taubenstraße auf 50 cm eingeengt werden würde. Bei dieser geringen Breite würden aber die auf dem Fußwege verkehrenden Personen durch die auf der Straße fahrenden Wagen gefährdet werden können, und es ist deshalb auf Vorschlag der städtischen Bauverwaltung in Aussicht genommen, die Bordsteine soweit vorzurücken, daß der Fußweg künftig eine Breite von 1 m erhält.

Da an der Südseite der Taubenstraße Häuser nicht vorhanden sind und der Fahrverkehr nicht so lebhaft ist, daß die Herabminderung der 8 m betragenden Breite der Fahrbahn um 50 cm zu Bedenken Anlaß geben könnte, so wird man sich zu der angegebenen, bei einer neuen Straße an sich allerdings durchaus unliebsamen Maßnahme notgedrungen verstehen müssen. Ihre Durchführung bedingt eine Aenderung des festgelegten Ortsbauplans, weshalb wir einen bezüglichen vom Stadtbauamte gutgeheißenen Teil-Ortsbauplan nebst dem Projekte über den neuen Bahnanschluß hierneben vorlegen.

Die Kosten für das Umsetzen der Einfriedigung (800 M) und die Umgestaltung des Straßentkörpers (600 M) sind in dem dem Erläuterungsberichte beigefügten Kostenanschlage mit ausgeworfen.

5. Die Kosten für Errichtung einer neuen Desinfektionsanstalt, die als Ersatz für die nach dem Projekte in Wegfall kommende vor Beseitigung der letzteren herzurichten ist, sind von der städtischen Bauverwaltung zu 50 000 M und diejenigen für die auf dem benachbarten Wirtschaftshofe erforderlich werdenden Ersatzbauten zu 25 000 M geschätzt.

Die bezüglichen Projekte sollen der Versammlung sogleich nach ihrer Fertigstellung zugehen.

6. Die Gesamtkosten, welche die Ausführung des vorgelegten Projektes verursacht, sind hiernach mit Einschluß der bereits bewirkten Ankäufe von Grundstücken folgende:

#### I. Grunderwerbskosten:

|                                    |             |
|------------------------------------|-------------|
| a) Sauesche Länderei . . . . .     | 22 410,— M  |
| b) Bodesche Länderei . . . . .     | 34 222,50 M |
| c) Dießsches Grundstück . . . . .  | 7 220,— M   |
| d) Hampesches Grundstück . . . . . | 50 000,— M  |

zus. 113 852,50 M.



## II. Baukosten:

|                                                                                                                                          |                   |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|
| a) Umbau der Gasanstalt, Verlegung des Gas-<br>hauptrohres, Herrichtung von neuen Anschluß-<br>gleisen und Umgestaltung der Taubenstraße | 1 100 000 M       |
| b) Erbauung einer neuen Desinfektionsanstalt                                                                                             | 50 000 M          |
| c) Ersatzbauten auf dem städtischen Wirtschaftshofe                                                                                      | 25 000 M          |
|                                                                                                                                          | <hr/>             |
|                                                                                                                                          | zus. 1 175 000 M. |

Der gesamte Aufwand würde hiernach 1 288 852,50 M betragen.

Daß der Gasanstalt grundsätzlich die gesamten Kosten zur Last fallen müssen, wird einer näheren Begründung nicht bedürfen. Dabei ist jedoch billigerweise zu berücksichtigen, daß einerseits der Ankauf der Bodeschen Länderei im Interesse der späteren Erweiterung des Wirtschaftshofes von der Straßen-Reinigungs-Deputation schon früher beabsichtigt war, und daß andererseits durch den Umbau der Gasanstalt nicht der Ankauf der ganzen Fläche bedingt wurde; und ebenso ist anzuerkennen, daß die jetzige wenig geräumige und auch in technischer Beziehung nicht vollkommene Desinfektionsanstalt voraussichtlich über kurz oder lang ohnehin hätte umgebaut oder, was uns wahrscheinlicher dünkt, verlegt werden müssen. Wir halten deshalb für billig, daß von den beiden in Rede stehenden Ausgabeposten zu 34 222,50 M und 50 000 M den städtischen Gaswerken nur ein Teilbetrag zur Last gelegt wird, und gestatten uns vorzuschlagen, daß diese Summe auf  $10\,000 + 5\,000\text{ M} = 15\,000\text{ M}$  bemessen wird, so daß der Rest zu anschlagsmäßig  $24\,222,50 + 45\,000\text{ M} = 69\,222,50\text{ M}$  auf das Extraordinarium der Kammereikasse zu übernehmen sein würde.

Den Gaswerken würden danach 1 219 730 M zur Last fallen, so daß nach Abzug der Mieteinnahmen des Hampschen Wohnhauses (rund 2000 M) durch Verzinsung und Amortisation (zus. 4 %) der Kosten für Grunderwerb und Bauten dem Werke eine dauernde Belastung von 46 789,20 M erwächst.

7. Da der Betrieb des Werkes während des Umbaues aufrecht erhalten werden muß, dieser aber durch die Bauarbeiten wesentlich beeinflusst wird, so dürfte es geboten sein, die Ausführung der letzteren der Verwaltungs-Deputation zu übertragen; unter ihrer Leitung und im Einvernehmen mit dem technischen Direktor werden die einzelnen Bauglieder, insbesondere, soviel die einzelnen technischen Fabrikanlagen (im Gegensatz zu den Hochbauten) betrifft, auszuführen sein. Es ist aber nicht angängig, den Direktor seinen laufenden Geschäften durch Uebertragung der Bauleitung zu entziehen, und es ist daher die Bestellung eines besonderen Bauleiters unvermeidlich. Es wird

übrigens angängig sein, als solchen den Stadtbaumeister Gebensleben zu bestellen, in welchem Falle ein entsprechender Teil der für Bauleitung ausgeworfenen Summen dem Unterhaltungsfonds der Kanalbaufasse zuzuführen sein wird, da aus diesem das Gehalt des gen. Beamten bestritten wird. Die nähere Festsetzung bitten wir uns im Einvernehmen mit der Verwaltungs-Deputation überlassen zu wollen.

Dabei wird der bei Ausführung der sonstigen städtischen Bauarbeiten maßgebende Grundsatz, daß hiesige Unternehmer und einheimische Materialien und Erzeugnisse bei Vergebung der Arbeiten und Lieferungen regelmäßig zu bevorzugen sind, sofern nicht hieraus eine Schädigung der Stadtgemeinde zu beforgen ist, selbstverständlich auch seitens der Verwaltungs-Deputation zu befolgen sein.

8. Für die im nächsten Rechnungsjahre auszuführenden Arbeiten und Anschaffungen werden nach Ansicht der Direktion rund 571 500 M erforderlich sein. Da die Mittel des Reservefonds sich z. B. auf 405 767,57 M belaufen und demselben bis zum Schlusse des gegenwärtigen Rechnungsjahres nach dem Voranschlage 160 000 M zufließen werden, so würden rechnungsmäßig zur Bestreitung der oben gedachten Ausgaben am 1. April d. Js. rund 566 000 M zur Verfügung stehen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß abgesehen von den oben gedachten Baukosten der Kämmereikasse die von ihr für die bisherigen Grunderwerbungen vorgeschossenen Beträge zu erstatten sind, daß der Kaufpreis für das Hampsche Grundstück mit 50 000 M zu berichtigen und Vorsorge zu treffen ist, daß der Reservefonds nicht gänzlich ohne Mittel bleibt, da ihm auch sonstige Ausgaben zur Last fallen.

Die gesamten für das Gaswerk jetzt aufzuwendenden bezw. von diesem der Kämmereikasse zur Deckung der geleisteten Vorschüsse zu erstattenden Kosten ohne Anleihe zu beschaffen, wird nicht gut möglich sein, doch halten wir bei dem derzeitigen Stande des Geldmarktes für geboten, hierauf so lange als möglich zu verzichten.

Bei der Ungewißheit darüber, wann die Beschaffung der z. B. noch fehlenden Mittel zur Deckung der Restkosten erforderlich werden wird, dürfte eine Beschlußfassung über die Art ihrer Beschaffung einstweilen um so weniger erforderlich sein, als vorläufig dem Schulhausbaufonds größere notwendige Ausgaben nicht zur Last gelegt zu werden brauchen und daher kein Bedenken entgegenstehen würde, auch in der Folge, wie solches in den letzten Jahren geschehen, nicht den ganzen Ueberschuß der Gaswerke dem Schulhausbaufonds zuzuführen, sondern davon größere Beträge für den eigenen Bedarf der Gaswerke zurückzustellen, d. h. dem Reservefonds zuzuführen.

Im Einvernehmen mit der Verwaltungs-Deputation haben wir inzwischen auch beschlossen, vom 1. April d. Js. an den Reservefonds und den Erneuerungsfonds zu verschmelzen; die Mittel des letzteren belaufen sich z. B. auf 220 770,03 M, und es werden ihm nach dem Voranschlage für 1906/07 weitere 15 000 M zufließen, so daß sich sein Bestand am 1. April d. Js. auf 235 770,03 M belaufen wird.

Da bis dahin voraussichtlich weder dem Reservefonds noch dem Erneuerungsfonds erhebliche sonstige Ausgaben zur Last fallen werden, so kann angenommen werden, daß die Mittel des gemeinschaftlichen Fonds, der künftig als Reservefonds der Gaswerke zu bezeichnen sein dürfte, am 1. April d. Js. = rund 800 000 M betragen werden.

Es dürfte unbedenklich sein, hiervon die jetzt zu leistenden Ausgaben (für Grunderwerb) und die im Laufe des nächsten Rechnungsjahres aufzuwendenden Baukosten zu bestreiten und über die Beschaffung der weiter erforderlich werdenden Mittel später Beschluß zu fassen.

9. Wie im Erläuterungsberichte bemerkt ist, empfiehlt es sich, das neue für die Gasabgabe erforderliche Gashauptrohr nach Kreuzung des Nordbahnhofes in den Straßen Geysostraße, Fockelsstraße, Fallerslebertorwall, Fallersleberstraße, Hagenmarkt, Hagenbrücke, Bachhof und Sack zu verlegen.

Wir haben Herzogliches Staatsministerium ersucht, die Verlegung des Rohres im Zuge des Bachhofes, wenn auch widerruflich, zu gestatten, und wir hoffen, daß diesem Ersuchen entsprochen werden wird. Daß der Widerruf später ausgesprochen werden würde, ist wohl nicht zu besorgen, da im Falle der Verlegung des Bachhofes jedenfalls die Herrichtung einer Verbindungsstraße zwischen Sack und Küchenstraße erfolgen würde.

Sollte die Genehmigung versagt werden, so würde die Verlegung im Zuge der Höhe und Bachhofstraße erfolgen müssen, und es ist daher, da hierdurch Mehrkosten (etwa 4000 M) erwachsen, bei Veranschlagung der Kosten einstweilen diese Linienführung in Rechnung gezogen.

Mit der Durchkreuzung des Nordbahnhofes hat sich die Direktion der Braunschw. Landes-Eisenbahngesellschaft unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß die Stadt diejenigen Verpflichtungen übernimmt, welche in einem besonderen Verpflichtungscheine erwähnt sind. Zu Bedenken könnte nur die unter 7 erwähnte Haftung für Schäden Anlaß geben, die durch die geplante Anlage etwa der gen. Gesellschaft erwachsen. Da übrigens nach der übereinstimmenden Ansicht der Direktion der Licht- und Wasserwerke und der Verwaltungs-Deputation eine solche Schadenstiftung nach menschlicher Voraussicht nicht zu besorgen ist, und da ferner eine andere Linienführung (Mittelweg, Nordstraße) etwa 18 500 M Mehrkosten ver-

ursachen würde, so halten wir für unbedenklich und ratsam, das Anerbieten der Landes-Eisenbahngesellschaft unter Uebernahme der gestellten Bedingungen anzunehmen.

Die Eintragung einer entsprechenden Servitut hat die Braunschweigische Landes-Eisenbahngesellschaft abgelehnt, andererseits aber auf das Recht des Widerrufs verzichtet. Wenngleich hiernach das der Stadt einzuräumende Recht einen dinglichen Charakter nicht erhält, so dürfte dasselbe gleichwohl genügen, zumal sich die Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahngesellschaft zufolge Schreibens vom 23. Februar d. Js. bereit erklärt hat, im Falle einer Veräußerung ihres Unternehmens dem Erwerber die Erfüllung der von ihr zu übernehmenden Verpflichtung zur Last zu legen.

10. Nach Mitteilung des Direktors v. Feilitzsch läßt sich im voraus nicht feststellen, ob die Ausführung des Projektes im einzelnen, namentlich soviel die innere Fabrikeinrichtung und die Koksförderung betrifft, so wie vorgesehen geschehen kann bezw. rätlich ist. Das wird erst möglich sein, wenn einerseits die polizeiliche Genehmigung des Projektes auf Grund des § 16 der Reichs-Gewerbeordnung erteilt und andererseits mit den bei Lieferung der Apparate usw. in Betracht kommenden Spezialfirmen verhandelt sein wird.

Es bleibt daher nichts anderes übrig, erscheint aber auch völlig unbedenklich, in dieser Beziehung der Verwaltungs-Deputation, die als Bauherr anzusehen sein wird, freie Hand zu lassen, weil andernfalls wegen jeder Abweichung von dem Projekte eine neue Beschlufsfassung der städtischen Behörden erfolgen müßte.

Hiernach wird die Versammlung ersucht:

1. der Ausführung des vorgelegten Projektes zuzustimmen und die zu 1 100 000 M veranschlagten Baukosten mit der Maßgabe zu bewilligen, daß die im nächsten Rechnungsjahre aufzuwendende Summe aus dem Reservefonds der Gaswerke entnommen wird;
2. den Vertrag vom 28. November 1906 betreffend den Ankauf des Hampschen Grundstücks zu genehmigen, den Kaufpreis zu 50 000 M zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke zu verwilligen und der Verwaltung des Grundstücks durch die Verwaltungs-Deputation zuzustimmen;
3. den Entwurf des mit der Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahngesellschaft abzuschließenden Vertrages betreffend Umgestaltung des Gleisanschlusses und
4. die vorgeschlagene Umgestaltung der Taubenstraße sowie den vorgelegten Teilortsbauplan zu genehmigen;

5. zuzustimmen, daß die für Erwerb der Saueschen und Diehschen Länderei verausgabten Kosten dem Reservefonds der Gaswerke zur Last gelegt, zu den durch Ankauf der Bodeschen Länderei und Erbauung einer neuen Desinfektionsanstalt bereits erwachsenen bezw. noch entstehenden Kosten aber der Reservefonds der städtischen Gaswerke einen Zuschuß von 15 000 M an das in Ansehung des Restes dieser Kosten zu belastende Extraordinarium der Rämmereikasse abführt;
6. den Magistrat zu ermächtigen, den von der Direktion der Braunschweigischen Landes-Eisenbahngesellschaft wegen Verlegung des Gashauptrohres im Gebiete des Nordbahnhofes geforderten Verpflichtungsschein zu vollziehen, bezw. auf der Grundlage der in diesem Scheine enthaltenen Bedingungen und der oben erwähnten Zusage der Direktion mit dieser einen entsprechenden Vertrag abzuschließen;
7. zu genehmigen, daß der Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke die Ausführung des Umbauprojektes, die Herrichtung der neuen Anschlußgleise und die Verlegung des Gashauptrohres übertragen werde und zwar mit der Ermächtigung, etwaige Aenderungen, die sie nach pflichtmäßigem Ermessen für erforderlich oder zweckdienlich erachtet, ohne Mitwirkung der städtischen Behörden gutzuheißen und ausführen zu lassen; endlich
8. der Verwaltungs-Deputation und dem Magistrate die Entscheidung darüber zu überlassen
  - a) ob und event. unter welchen näheren Bedingungen bezw. unter Uebernahme welcher Verpflichtungen die staatsseitige Genehmigung zur Verlegung des Gashauptrohres im Bachhofe stadtseitig anzunehmen ist und
  - b) welche Summe in dem Falle, daß die Bauleitung dem Stadthaumeister Gebensleben sollte übertragen werden, dem Unterhaltungsfonds der Kanalbaukasse zugeführt werden soll.

Namens der Baukommission berichtet über die Vorlage Herr Frühling: Das hier zur Beratung stehende Projekt befindet sich mit einer sehr eingehenden Erläuterung in Ihren Händen. Auf eine technische Darlegung der Vorlage wollten wir uns deshalb nicht näher einlassen; da mir aber der Wunsch geäußert worden ist, Ihnen in kurzer Weise eine Darlegung des Projektes zu geben, so will ich das in der Weise tun, daß ich Ihnen den Gang der Sache an der Hand der ausgehängten Zeichnungen darlege. (Geschieht.)

Der Gleisananschluß hat auch in der Kommission wesentliche Bedenken hervorgerufen und es ist allseitig der Wunsch geäußert worden, die Drehscheibe zu vermeiden, oder die ganze Sache umzudrehen, um von der anderen Seite in die

Anstalt zu kommen. Die Sache ist vielseitig geprüft, bis jetzt aber noch kein Vorschlag gefunden worden, der die Frage in glücklicherer Weise löste. Wir haben deshalb alle anderen Vorschläge in der Mehrheit nicht für ausführbar gehalten, und geglaubt, daß mit dem vorliegenden Projekte auszukommen sein wird. Auch der Deputation ist es trotz vieler Bemühungen nicht möglich gewesen, einen anderen Weg zu finden, weshalb wir nur empfehlen können, die Sache so beizubehalten, wie sie vom Magistrate vorgeschlagen worden ist. Wir halten diesen Vorschlag auch für vollkommen ausreichend und meinen, daß die Kosten der anderweiten Ausführung nicht im Verhältnis zu ihrem Werte stehen würden.

Die Veranschlagung der Kosten ist in der Weise geschehen, daß die Preise von Spezialfirmen, die hierbei allein in Betracht kommen, eingezogen worden sind. Wir sind der Meinung, daß wir uns dabei auf die Deputation verlassen müssen, die alles geprüft und richtig befunden hat. Sehr zweckmäßig erscheint es uns, daß die Ausführung des Projektes der Deputation für die Licht- und Wasserwerke übertragen werden soll. Es handelt sich bei dieser Deputation um die Herren, die ganz ausschließlich mit der Sache vertraut sind und die das größte Interesse haben, darauf zu sehen, daß die Sache in vorzüglicher Weise ausgeführt wird. Das städtische Interesse ist nach den Prinzipien, die für Bauten angenommen worden sind, vollständig gewahrt, indem in der Deputation, die mit großer Vollmacht ausgestattet ist, vier Stadtverordnete sitzen. Auch den Vorschlag, der Deputation die Freiheit zu geben, Änderungen am Projekte aus eigener Macht vorzunehmen, können wir nur empfehlen.

In bautechnischer Beziehung ist zu bemerken, daß der Magistrat vorgeschlagen hat, Herrn Stadtbaumeister Gebensleben die Ausführung des Projektes in bautechnischer Beziehung zu übertragen. Dadurch ist uns ebenfalls die Garantie gegeben, die wir verlangen dürfen.

Ich habe also namens der Baukommission irgend welche Änderungen oder Einwendungen gegen das Projekt nicht vorzutragen, sondern wir können nur erklären, daß es uns in jeder Weise gefallen hat und wir dasselbe für ein sehr sorgfältig und sachgemäß durchgearbeitetes Werk halten, das nicht allein später das Gas verbessern, sondern auch eine für die Stadt sehr wertvolle Anlage werden wird. Wir empfehlen deshalb in technischer Beziehung die sämtlichen Anträge des Magistrates.

Zu dem Punkte 4 der Vorlage, betreffend die Herabminderung der Breite der Taubenstraße um 50 cm, will ich noch bemerken, daß man sich zu einer solchen Sache natürlich nur bei zwingender Notwendigkeit wird entschließen können. Eine solche Notwendigkeit liegt hier aber vor. Da für die Straße immer noch eine Breite von 11,50 m übrig bleibt, so glauben wir, daß diese Breite genügt und der Verkehr dadurch nicht beeinträchtigt wird. Wir empfehlen demnach, dieser

Änderung des Ortsbauplanes ebenfalls zuzustimmen. Auch den mit der Direktion der Landes-Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrag bitten wir anzunehmen, da ein günstigeres Abkommen nicht zu erzielen sein wird.

Herr Südel: Diese Vorlage ist in der vereinigten Bau- und Finanzkommission behandelt worden, weshalb ich namens der Finanzkommission dem Referate noch einige Worte hinzufügen möchte. In der sehr ausführlichen Vorlage ist die Entstehung der ganzen Angelegenheit eingehend erörtert, auch sind die schon aufgewandten und die noch aufzuwendenden Kosten genau dargelegt worden. Die gesamten Kosten des Projektes sind auf 1 219 730 M. geschätzt worden, was einer dauernden Belastung des Werkes in Höhe von 46 789,20 M. entsprechen würde.

Ueber die Deckung der für den Erweiterungsbau der Gasanstalt aufzuwendenden Summen hat der Magistrat in der Vorlage eingehende Vorschläge gemacht, auf die ich verweise. Das eventuell aufzunehmende Darlehn würde durch die Erträge des Gaswerkes selbst in einigen Jahren zurückgezahlt werden können. Namens der vereinigten Bau- und Finanzkommission kann ich nur die Annahme der sämtlichen Anträge des Magistrates empfehlen.

Herr Jasper: Ich möchte um eine Aufklärung in technischer Hinsicht bitten. Indem ich daran erinnere, daß uns hier vor längerer Zeit ein Antrag beschäftigte, die Arbeitszeit der bei den Gaswerken tätigen Arbeiter abzukürzen und den Achtstundentag einzuführen, bei dessen Beratung den Antragstellern entgegengehalten wurde, daß technische Schwierigkeiten in den alten Gaswerken die Durchführung des Antrages verhinderten, möchte ich um Aufklärung bitten, ob die neuen technischen Einrichtungen, insbesondere die mechanische Beschickung der Ofen, so getroffen sind, daß mit der Inbetriebnahme des Werkes der Achtstundentag eingeführt werden kann. In finanzieller Hinsicht möchte ich sodann noch fragen, ob die der Deputation zu erteilende Vollmacht unbeschadet der von uns zu bewilligenden Gesamtsumme zu verstehen ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Was die Einführung des Achtstundentages betrifft, so hat sich der Magistrat darüber noch nicht schlüssig gemacht und auch die Deputation hat die Frage nicht weiter erörtert. Ich sollte aber meinen, daß nach der erfolgten Umgestaltung des Werkes der Betrieb derartig vereinfacht wird, daß die Einführung eines Achtstundentages dann aus betrieblichen Rücksichten kaum Bedenken unterliegen würde. Eine ganz andere Frage ist es aber, ob wir uns jetzt auf den Achtstundentag hier festlegen sollen, und das würde ich doch für bedenklich halten. Wir haben dabei nicht nur das Gaswerk, sondern auch die anderen städtischen Betriebe im Auge zu behalten, weshalb man von dieser Frage unmöglich die Genehmigung oder Ablehnung eines derartigen umfangreichen Projektes abhängig machen kann. Wenn die Herren darüber genaue Auskunft haben wollen, so würde es angemessen gewesen sein, zu der Verhandlung Herrn

Direktor von Feiligsch zuzuziehen, doch können wir uns über diese Frage immer noch später unterhalten.

Was die zweite Frage anlangt, so hat der Herr Vorredner wohl Auskunft darüber haben wollen, ob die Deputation berechtigt sein soll, Uebertragungen von einem Ausgabeposten auf einen anderen, jedoch ohne Ueberschreitung der Gesamtsumme, vorzunehmen. Das würde ich für zulässig halten. Es ist natürlich bei der Veranschlagung nicht eine Kalkulation auf Heller und Pfennig erfolgt, sondern es konnte immer nur in Bausch und Bogen veranschlagt werden. Deshalb haben wir erklärt, der Deputation in dieser Angelegenheit freie Hand lassen zu wollen. Sie haben wohl gehört, daß die veranschlagten Summen reichlich bemessen sind und daß die Deputation erhofft, es würden bei der Vergebung der Arbeiten nicht unerhebliche Ersparnisse eintreten können. Wenn nun die Deputation in dem einen Falle vielleicht etwas mehr ausgeben muß, als vorgesehen ist, so würde ich das für unbedenklich halten und zwar umsomehr, als die Deputation der Mehrheit nach aus Mitgliedern der Versammlung besteht, denen Sie das erforderliche Vertrauen wohl schenken könnten. Wenn das nicht geschieht, so können unangenehme Verzögerungen in der Ausführung der Bauten eintreten, indem unter Umständen nicht weiter gebaut werden kann, bis die städtischen Behörden die erforderlichen Summen nachbewilligt haben. Es ist deshalb wohl unbedenklich, der Deputation in dieser Beziehung freie Hand zu lassen.

Herr Födel: Wir bekommen ja keineswegs ein ganz neues Werk, sondern die alten Werke werden noch für längere Zeit bestehen bleiben. Die Weichung der alten Retorten muß nach wie vor erfolgen und erst wenn wir so weit vorgeschritten sein werden, daß die alten Retorten verschwunden sind, wird es möglich sein, der von Herrn Dr. Jasper angeregten Frage auf Einführung des Achtstundentages näherzutreten. Ich glaube ferner auch nicht, daß es möglich sein wird, die Arbeiten derartig zu vergeben, daß nicht einmal ein einzelner Posten nach dem Voranschlage überschritten werden sollte. Deshalb muß der Deputation das Recht eingeräumt werden, von dem einen Posten einen Betrag auf einen anderen Ausgabeposten zu übertragen, wenn wir nicht zu einer Verzögerung der Arbeit kommen wollen.

Herr Frühling: Abgesehen davon, daß ein Teil der alten Anlagen bestehen bleibt, konnte auch bei den neuen Anlagen nicht auf eine Einteilung der Arbeit nach bestimmten Stunden Rücksicht genommen werden. Es handelt sich hier um einen durchgehenden Betrieb, der 24 Stunden dauert und der mit möglichst geringer körperlicher Belastung der Arbeiter eingerichtet werden soll. Natürlich kann man den 24stündigen Betrieb in beliebig viele Schichten einteilen. Vorläufig braucht man sich darüber aber noch nicht zu entscheiden. Es gibt überhaupt keine Betriebsanlage, die speziell auf einen achtstündigen Betrieb eingerichtet wäre. Die Herren



können zu der Deputation das Vertrauen haben, daß sie für eine nicht zu große Belastung der Arbeiter sorgen wird.

Herr Rieke: Der Umbau des alten Gaswerkes ist insofern mit Freuden zu begrüßen, als wir damit jetzt hinter anderen modernen Städten zurückstehen. Wenn wir in die Lage kommen sollen, täglich 60 000 bis 65 000 cbm Gas zu produzieren, so werden die Hoffnungen der Gaskonsumenten auf Verbilligung des Gases ein Trugschluß sein und bleiben. Wir haben auch bei dem Wasserwerke gesehen, daß wir schon wieder vor neuen Anlagen stehen, trotzdem das Werk erst eben fertiggestellt ist.

Gegen die Uebertragung der Bauausführung auf die Deputation sind mir jetzt doch Bedenken aufgestiegen. Wir hatten seinerzeit auch der Deputation für das Abfuhrwesen die Aufführung der Gebäude übertragen, die Mitglieder der Deputation hatten aber nichts davon verstanden und Bauverständige haben ihnen nicht zur Seite gestanden, oder man hat sie fern gehalten. Wenn z. B. bei dem Wasserwerke das Stadtbauamt nicht die Pläne umgearbeitet hätte, so stände das Haus jetzt mitten in der Straße. Bemerken will ich noch besonders, daß der Zimmermeister Gerecke die ungesunden Balken zu dem Wohnhause nicht geliefert hat. Gegen die Uebertragung eines Ausgabepostens auf einen anderen will ich mich nicht wenden, das hat auch Herr Dr. Jasper nicht gewollt, sondern er hat nur gemeint, ob die Deputation auch berechtigt sein solle, über den Kostenanschlag noch hinauszugehen.

Jedenfalls wird sich herausstellen, daß bei den Hochbauten Verstärkungspfäuler anzubringen sind, was rechtzeitig ins Auge zu fassen sein wird, damit nicht wieder solche Sachen vorkommen, wie damals beim Wasserwerke. Der Baurat Thiem hat die Bauten projektieren lassen und die städtische Bauverwaltung hat die Last davon gehabt und wieder alles umarbeiten müssen.

Daß wir auch nach dem Umbau des Gaswerkes den Segen des Himmels mit dem Koks verkaufen werden, dagegen wird sich nichts machen lassen. Wenn der Koks nicht zu sehr im Sumpfe liegt, mag es gehen, jedoch darf es nicht soweit gehen, das in jeder Schaufel Koks auch Wasser steht, das mit in die Säcke getan werden soll. Im übrigen kann ein Dach immer noch über die Koksagerstelle gezogen werden, falls es gewünscht wird.

Herr Frühling: Das Bedenken des Herrn Rieke wegen der Nichtbeaufsichtigung des Baues durch die städtische Bauverwaltung erledigt sich dadurch, daß Herr Stadtbaumeister Gebensleben mit der Beaufsichtigung des Baues betraut werden soll.

Herr Jasper: Wenn Herr Frühling meint, es gebe keine Einrichtung, die den Betrieb einer Fabrik auf eine bestimmte Arbeitszeit zuschneide, so mag das sein; ich habe den Herren auch nur in die Erinnerung zurückrufen wollen, daß unser Wunsch auf Einführung des Achtstundentages seinerzeit wegen der technischen Schwierig-

keiten auf Widerspruch gestoßen ist, weshalb ich bei den zu schaffenden Neuerungen alle Fürsorge getroffen sehen möchte, daß der von mir gewünschten Einrichtung technische Schwierigkeiten nicht mehr entgegenstehen. Die Frage, ob aus finanziellen oder aus betriebstechnischen Rücksichten darauf nicht einzugehen ist, will ich heute nicht anschnelden. Auch die Uebergangszeit wird sich überwinden lassen und es wird nur noch eine Frage der Zeit sein, daß die alten Defen außer Betrieb gesetzt werden. So lange ich aber nicht die Gewißheit habe, daß technische Schwierigkeiten der Einführung des Achtstundentages nicht mehr entgegenstehen, kann ich mich für dieses Projekt nicht erklären.

Herr Frühling: Auch diese Frage erlebte sich von selbst. Es ist alles geschehen, was in der Richtung zurzeit geschehen kann und es sind alle Einrichtungen in Anwendung gebracht worden, die eine Abkürzung und Vereinfachung der Arbeiten ermöglichen. Was es in der Beziehung gibt, soll in bester, vorzüglichster Weise verwendet worden; es kann jedoch nicht mehr geschehen, als an solchen Anlagen bekannt und ausführbar ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Zum Antrage 7 will ich noch bemerken, daß es sich bei den von der Deputation vorzunehmenden Aenderungen natürlich nicht um eine Umgestaltung des ganzen Projektes handeln kann. Wie weit die Befugnis der Deputation, die zurzeit aus den Herren Fudel, Meyerhoff, Probst und Schöttler, sowie einem Magistratsmitgliede besteht, gehen soll, haben wir geglaubt, dem pflichtmäßigen Ermessen der Deputation selbst überlassen zu sollen. Der Magistrat hat demnach keine Bedenken gegen die Fassung des Antrages 7 und ich glaube, Sie brauchen sie auch nicht zu haben.

Herr Fudel: Im Namen der Deputation glaube ich die Erklärung abgeben zu können, daß wir uns schwer hüten werden, irgend welche weitergehende Aenderungen an dem Projekte ohne Zustimmung der städtischen Behörden vorzunehmen.

Die sämtlichen acht Anträge des Magistrates werden darauf in Einzelabstimmungen von der Versammlung angenommen.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Ich habe vergessen mitzuteilen, daß die erforderlichen Gasröhren noch in diesem Monat bestellt werden müssen, wenn sie zu den vereinbarten Preisen geliefert werden sollen. Wenn die Röhren erst im nächsten Monate bestellt werden, kosten sie uns rund 20 000 M. mehr. Nun ist der Magistrat insofern in einer eigenen Lage, als vor der Inangriffnahme des Baues erst die polizeiliche Genehmigung zu dem Umbau vorliegen muß. Wenn wir also vorsichtig verfahren wollten, so müßten wir bis zum Einlaufen der Genehmigung mit der Bestellung der Röhren warten. Das scheint mir aber bedenklich zu sein. Da indessen anzunehmen ist, daß die Vorlage, die nicht nur einen Umbau, sondern auch eine wesentliche Verbesserung der jetzigen Anlage im Gefolge haben wird, die Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirektion finden wird, so haben

wir die Absicht, die Röhren noch heute bestellen zu lassen. Ich möchte bitten, diesem Standpunkte zuzustimmen, oder aber eine etwaige andere Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

Es handelt sich dabei um die Syndikatspreise. Uebrigens ist ein solches Vorgehen auch insofern unbedenklich, als bei etwaiger vergeblicher Bestellung der Röhren wir sie mindestens zu dem Selbstkostenpreise wieder los werden könnten. Der Sachverständige der Herzoglichen Polizeidirektion hat übrigens das Projekt schon einmal vorläufig geprüft und keine Bedenken dagegen erhoben.

Auch dieser Antrag des Magistrates wird genehmigt und sodann die Vorlage verlassen.

## II. Anderweite Gehaltsfestsetzung für einen Schulinspektor.

Bei der Aufstellung des Stadthaushaltsplanes ist übersehen worden, daß der Schulinspektor Wilkens ein Gehalt von 3600 M und nicht von 3300 M zu beziehen hat. Der Magistrat ersucht, einer entsprechenden Aenderung des Haushaltsplanes (Seite 152, b 18) zuzustimmen,

was auf Befürwortung der Finanzkommission, für die Herr Fudel berichtet, geschieht.

## III. Sterbekasse für die städtischen Beamten.

Nachdem die Versammlung der Erhöhung des bislang an die Sterbekasse der städtischen Beamten geleisteten Zuschusses zugestimmt hat, ist von der Generalversammlung der Kasse die Einführung fester Jahresbeiträge unter Umarbeitung der Satzung beschlossen. Während zurzeit die Beitrittspflicht nur für Angehörige solcher Beamtenkategorien vorgesehen ist, deren Anfangsgehalt 1800 M nicht übersteigt, wünscht die Kasse mit Rücksicht auf die inzwischen geänderten Gehaltsverhältnisse den Beitrittszwang auf alle Beamtengruppen ausgedehnt zu sehen, deren Anfangsgehalt 3000 M nicht überschreitet. Der Magistrat ist bereit, diesem Wunsche stattzugeben und ersucht die Versammlung, ihre Zustimmung ebenfalls zu erteilen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Statutenkommission, für die Herr Weichsel berichtet, zustimmt.

## IV. Umtausch von Dubletten der städt. Münzsammlung.

Die Museumsdeputation hat beantragt, sie zum Verkauf oder Vertausch der in der städtischen Münzsammlung vorhandenen Dubletten zu ermächtigen. Der Magistrat hält eine Berücksichtigung dieses Antrages durchaus im Interesse des Museums liegend und auch sonst für unbedenklich, weshalb er ersucht, zuzustimmen, daß der Museumsdeputation die erbetene Ermächtigung erteilt werde.

Herr Weichsel: Die Statutenkommission bittet, den Antrag zu genehmigen. Ich glaube, wir können der Museumsdeputation ohne weiteres das Vertrauen schenken, daß sie einen derartigen Umtausch im Interesse des städtischen Museums vornimmt. Wir sind auch kaum in der Lage, den Wert der Münzen so fachmännisch beurteilen zu können, wie die Deputation resp. der Verwalter der Münzsammlung.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

#### V. Baulichkeiten auf einem Schulgrundstücke.

In der zweiten unteren Bürgerschule an der Leopoldstraße zeigen die Aborte und auch das ältere Schulgebäude Mängel, deren Beseitigung wünschenswert erscheint. Im Schulgebäude insbesondere sind Unzuträglichkeiten insofern vorhanden, als die Korridore zur Unterbringung der Kleidungsstücke nicht ausreichen, so daß diese in den Klassen aufbewahrt werden müssen. Während die Mängel an den Aborten unschwer zu beseitigen sind, ist eine einwandfreie Aufbewahrung der Kleidungsstücke nur dadurch zu erzielen, daß hierfür besondere Räume eingerichtet werden und daß behufs der dadurch bedingten anderweiten Unterbringung der Lehrerinnen und der Lehrmittel dem Schuldiener die beiden im ersten Obergeschoße des älteren Schulgebäudes gelegenen Wohnzimmer genommen und durch teilweisen Ausbau des Dachgeschosses einige neue Zimmer für den Schuldiener geschaffen werden. Diese baulichen Änderungen bedingen wieder Änderungen an den Schornsteinen und, da die vorhandenen älteren Schornsteine in feuerpolizeilicher Beziehung nicht einwandfrei sind, so hat die städtische Bauverwaltung gleichzeitig die Beseitigung mehrerer älteren Schornsteine und ihren Ersatz durch vorchriftsmäßige neue empfohlen. Dabei sollten dann auch einige der nicht unterkellerten hölzernen Klassenfußböden durch solche aus Beton mit Linoleumbelag ersetzt und sonstige Verbesserungen und Ausbesserungen ausgeführt werden.

Wenngleich die gesamten Kosten dieser baulichen Änderungen, unter der Voraussetzung, daß das Projekt III zur Ausführung gelangt, zu 16 200 M. veranschlagt worden sind, so glaubt der Magistrat doch im Einvernehmen mit dem Schulvorstande dessen Ausführung unbedenklich empfehlen zu können, weil das im übrigen noch durchaus gut erhaltene Gebäude im Falle der Ausführung der fraglichen Arbeiten so umgestaltet wird, daß es billigen Ansprüchen genügt. Es wird deshalb anheimgegeben, der Ausführung der fraglichen Bauarbeiten und zwar bezüglich des Schulgebäudes der im Projekt III vorgezeichneten, zuzustimmen, was auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Lüke berichtet, geschieht.

#### VI. Plattenbelag auf den Fußwegen der Osterstraße.

Die städtische Bauverwaltung überreicht einen Plan über die Herstellung von Plattenbelag auf den Fußwegen der westlichen Teilstrecke der Osterstraße nebst

Kostenanschlag und bemerkt dazu, daß nach diesem Anschlage die Gesamtkosten zu 1850 M und der voraussichtliche Anliegerbeitrag zu 8,30 M für 1 m Frontlänge berechnet worden sind. Die Stadt würde hiervon 1515,68 M zu übernehmen haben, während der Rest von den Anliegern zu decken ist.

Namens der Baukommission empfiehlt Herr Frühling, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Sander: Ich freue mich, daß die Baukommission auf einem der Vorlage freundlichen Standpunkte steht, während sie im Vorjahre einen entgegengesetzten Standpunkt einnahm. Damals war ich der Antragsteller, und ich wollte nur dokumentieren: wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Ich war gespannt, wie die Baukommission ihren heutigen abweichenden Standpunkt begründen würde, habe aber nichts davon gehört.

Herr Riese: Ich habe gegen die Vorlage nichts einzuwenden, mache aber darauf aufmerksam, daß auch die Campestraße und die Ruhstraße instand gesetzt werden müssen. Von der Ruh- und Taschenstraße kann man wirklich sagen: die Mark wird zum Pfennig gemacht. Daß die Asphaltplatten nichts taugen ist bedauerlich, jedoch läßt sich dafür niemand verantwortlich machen, weil solche Sachen erst ausprobiert werden müssen, wenn man sich auch die Erfahrungen anderer Städte hätte zunutze machen können. Man wird dort keine zehn Platten finden, die noch gut sind. Außerdem muß ich mich darüber wundern, daß die Straße nicht fertig gemacht wird. Ebenso ist es mir unverständlich, daß die Juliusstraße von ungelernten Arbeitern gepflastert wird, obwohl wir die Erfahrung gemacht haben, daß die von gelernten Steinsetzern gepflasterten Straßen viele Jahre halten, während andere, von ungelernten Arbeitern hergestellte Straßen schon nach wenigen Jahren schadhaft geworden sind. Es muß dafür gesorgt werden, daß die hier wohnenden Steinsetzer auch als solche beschäftigt und deren Arbeiten nicht von ungelernten Leuten ausgeführt werden. Schon das Gerechtigkeitsgefühl muß uns leiten, den Steinsetzern die ihnen zukommenden Arbeiten zu überweisen. Man braucht sie doch zur Legung von Großsteinpflaster, und ich möchte mal sehen, was damit die ungelernten Arbeiter anfangen würden. Ich wittere dahinter, daß letztere nach Fertigstellung der Juliusstraße zur Instandsetzung der Campestraße herangezogen werden, und ein solches Vorgehen muß ich verurteilen.

Herr Bürgermeister Meyer: Die Zustände in der Taschenstraße sind allerdings nicht schön, jedoch ist es uns bei Lage der Verhältnisse am geratesten erschienen, dort noch eine Ausbesserung des Straßenpflasters vorzunehmen. Sehr lange wird sich die Straße allerdings in diesem Zustande nicht halten lassen und es wird wohl schon im nächsten Jahre ein anderes Pflastermaterial genommen werden müssen. Das Asphaltpflaster hat sich auf den Straßen, wo die Wagen

nicht immer in derselben Spur fahren, sehr gut bewährt, während es für solche schmalen Straßen, wie die Täschenstraße, nicht widerstandsfähig genug ist und dort härteres Material genommen werden muß.

Was die Verwendung nicht gelernter Steinseher anlangt, so stehe ich mit dem Magistrat und der Deputation auf dem Standpunkte, daß wir, nachdem wir im vergangenen Jahre keine schlechten Erfahrungen mit der Fähigkeit dieser Leute gemacht haben, nicht ganz wieder davon abgehen können. Im vergangenen Jahre haben wir diese Leute nicht freiwillig beschäftigt. Damals brach der Streik der Steinseher aus, während der Wendenring offen dalag und im Interesse des öffentlichen Verkehrs wieder instand gesetzt werden mußte. Die städtische Bauverwaltung hat mit den nichtgelernten Leuten ganz gute Erfahrungen gemacht: die Leute haben mit der Zeit die Arbeit gelernt und die zuletzt instand gesetzten Straßen sind besser geworden, als die zuerst in Angriff genommenen. Jedenfalls ist es aber vom Verwaltungsstandpunkte aus richtig, daß wir uns einen Stamm von Leuten halten, die in der Lage sind, im Falle der Not Pflasterungsarbeiten ausführen zu können. Um den Leuten Gelegenheit zur Uebung zu geben, müssen wir von ihnen natürlich auch Arbeiten ausführen lassen. Daß sie jetzt an der Juliusstraße beschäftigt werden, war mir nicht bekannt.

Schließlich möchte ich Herrn Sander erwidern, daß die Anregung zur Instandsetzung des Fußweges an der Osterstraße von dem Petri- und Wendentordistriktsvereine ausgegangen ist. Ich will diesem Vereine keineswegs einen größeren Einfluß auf die städtischen Behörden einräumen, als Herrn Sander zur Seite steht, sondern ich kann die Genehmigung des Antrages damit erklären, daß inzwischen ein Wandel in der Auffassung der städtischen Behörden insofern eingetreten ist, als wir, wie wir schon wiederholt hier erklärt haben, derartigen Anregungen mehr und mehr Folge geben wollen. Wir wollen also hinfort die Fußwege nicht erst dann instand setzen, wenn sie ganz abgängig sind, sondern auch dann, wenn die Anlieger darauf antragen.

Herr Sander: Ich freue mich, daß der Plattenbelag kommt, aber die heute dafür angeführten Gründe sprachen derzeit auch schon dafür. Der Magistrat erklärte damals schon bei jeder Gelegenheit, daß es zur Instandsetzung der Fußwege nur einer Anregung aus der Versammlung oder der Anlieger bedürfe; hier jedoch war der Magistrat zu  $\frac{9}{10}$  Anlieger, weshalb die Baukommission sich damals nicht bereit erklärte, den Antrag zu genehmigen.

Herr Wesemeier: Es ist ganz schön, wenn die Stadt Arbeiten in eigene Regie übernimmt, aber dann soll sie auch die Löhne bezahlen, die ortsüblich sind und nicht in der Weise vorgehen, wie es hier geschehen ist, nämlich Lohnsätze zu zahlen, die sich bedeutend unter den zwischen der Innung und den Gesellen vereinbarten Sätzen befinden. Ich habe auch nichts dagegen, daß man versuchen will,

das Handwerk zu heben; wenn indessen auf der einen Seite von der Innung die Gesellenprüfung befürwortet wird, so kann nicht auf der anderen Seite der Magistrat den gegenteiligen Standpunkt vertreten und erklären, er brauche keine geprüften Gesellen. Wenn man übrigens das System beibehalten will, so sollte man dabei nicht von dem Standpunkte ausgehen, sich gute Arbeiter nur für den Notfall ausbilden zu müssen, sondern man sollte den ganzen Betrieb in eigene Regie übernehmen.

Herr Friede: Ich möchte Herrn Sander erwidern, daß er doch nicht genau unterrichtet ist. Im vergangenen Jahre hat die Baukommission den Antrag auf Legung von Platten auf den Fußwegen der Osterstraße deshalb abgelehnt, weil der Plattenbelag noch nicht nötig war, während der von Herrn Bürgermeister Meyer erwähnte Beschluß des Magistrates erst später erfolgt ist. Herr Sander befindet sich deshalb im Unrecht, wenn er dem Magistrate oder der Baukommission Vorwürfe machen will.

Die Magistratevorlage wird darauf genehmigt.

## VII. Verwendung der Erträgnisse der Umsatzsteuer.

Die städtischen Behörden haben sich bekanntlich bei Genehmigung der vom 1. Juli 1904 ab eingeführten Umsatzsteuer vorbehalten, eine Vereinbarung über die Verwendung der Steuererträgnisse zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks zu treffen, soweit nicht, der gesetzlichen Bestimmung entsprechend, der dritte Teil an die Staatskasse zu überweisen ist.

Im Januar 1906 ist eine Einigung darüber erfolgt, daß der Handelskammer der Betrag von 6000 M als einmaliger Zuschuß zu den Kosten der Einrichtung von Schulräumen für die kaufmännische Fortbildungsschule im alten Amtsgerichtsgebäude gezahlt, und daß der Handwerkskammer ein gleich hoher Betrag für das geplante Handwerker-Lehrlingsheim in Aussicht gestellt werden solle, wovon 3200 M zur Deckung einmaliger Einrichtungskosten, 2800 M als Zuschuß zu den laufenden Ausgaben des ersten Jahres nach der Eröffnung des Lehrlingsheimes bestimmt wurden.

Gleichzeitig wurde verabredet, daß die übrigen der Stadt verbleibenden Einnahmen aus der Umsatzsteuer für das Jahr 1904/05 und für die Folge verzinsbar in mündelsicheren Wertpapieren oder mit jedesmal einzuholender Zustimmung der Versammlung in Hypotheken angelegt und mit den eingehenden Zinsen in besonderer Rechnung zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks bis zu weiterer Vereinbarung über die Verwendung einstweilen angesammelt werden sollten.

Ende Mai 1906 ist ferner von den städtischen Behörden beschlossen, der Handelskammer bis auf weiteres zu den laufenden Kosten der kaufmännischen Fortbildungsschule vom 1. April 1906 ab einen Jahreszuschuß von 3000 M aus

den Umsatzsteuererträgen zu bewilligen, während der bis zum Schlusse des Rechnungsjahres 1905/06 zu demselben Zwecke geleistete Zuschuß von 1500 M aus der Kasse für Wohlfahrtsseinrichtungen fortan in Wegfall gekommen ist.

Endlich ist dem hiesigen Verkehrsvereine im Dezember 1906 für ein Preisausschreiben zur Beschaffung von Plakaten der Betrag von 1000 M aus obigem Bestande zugesichert, dessen Auszahlung bevorsteht.

Was die gegenwärtige Höhe des Bestandes der Umsatzsteuer anlangt, so ist folgendes zu berücksichtigen:

### I. Einnahme:

|                                       |               |
|---------------------------------------|---------------|
| 1) Bestand am 1. April 1906 . . . . . | 91 984,79 M,  |
| 2) Einnahme für 1906/07               |               |
| a) Zinsen . . . . .                   | 697,78 "      |
| b) Umsatzsteuerzahlungen . . . . .    | 81 680,00 "   |
|                                       | <hr/>         |
| zusammen                              | 174 362,57 M. |

### II. Ausgabe:

|                                                                            |              |
|----------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1) Anteil des Staates ( $\frac{1}{3}$ ) . . . . .                          | 23 260,84 M, |
| 2) An die Handelskammer für die kaufmännische Fortbildungsschule . . . . . | 1 500,00 "   |
| 3) An die Handwerkskammer für das Lehrlingsheim                            |              |
| a) einmalig . . . . .                                                      | 3 200,00 "   |
| b) laufend . . . . .                                                       | 1 400,00 "   |
| 4) Zurückgezahlte Umsatzsteuer . . . . .                                   | 4 877,91 "   |
|                                                                            | <hr/>        |
| zusammen                                                                   | 34 238,75 M. |

Es ergibt sich danach ein Bestand von 140 123,82 M, von dem 20 000 M mit Zustimmung der Versammlung hypothekarisch ausgeliehen sind; der Rest mit 120 123,82 M ist bar vorhanden. Betreffs der Verhandlungen über die verzinssliche Belegung eines Teils davon wird auf die Ausführungen des Begleitschreibens zum Stadthaushaltsplan für 1907/08 Seite 41—42 verwiesen.

An Ausgaben, durch die obiger Bestand in nächster Zeit vermindert werden wird, kommen in Betracht:

|                                                                                                                               |             |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 1) an die Handelskammer, 2. Halbjahrsbetrag des Rechnungsjahres 1906/07, für die kaufmännische Fortbildungsschule . . . . .   | 1 500,00 M, |
| 2) an die Handwerkskammer, dritter und letzter Vierteljahrsbetrag des Rechnungsjahres 1906/07 für das Lehrlingsheim . . . . . | 700,00 "    |
|                                                                                                                               | <hr/>       |
| zu übertragen                                                                                                                 | 2 200,00 M, |



Uebertrag 2200,00 M.,

3) an den Verkehrsverein für das Plakatausschreiben . 1000,00 "

4) an die Staatskasse der dritte Teil der seit dem

1. Januar d. J. eingegangenen Umsatzsteuer . . . 3066,67 "

zusammen 6266,67 M.

Danach werden Anfang April d. J. ohne die ausgeliehenen 20 000 M verfügbar bleiben 113 857,15 M. Der Magistrat ist der Meinung, daß es sich empfiehlt, über die Verwendung eines Teils dieser Summe Beschluß zu fassen:

A. Die Handelskammer hat darauf hingewiesen, daß sich mit der Zunahme der Frauenarbeit im Handelsgewerbe mehr und mehr das Bedürfnis geltend gemacht habe, auch bei den weiblichen Handlungsgehilfen für eine gründliche Vorbildung und Ausbildung Sorge zu tragen. Sie hat deshalb seit dem 1. Mai v. J. hier eine „Höhere Handelsschule für Damen“ auf freiwilliger Grundlage eingerichtet. Die Kosten der erstmaligen Herrichtung und Ausstattung betragen 3000 M. Die Hälfte davon mit 1500 M ist aus den Erträgen der Umsatzsteuer als Zuschuß erbeten. Der Magistrat glaubt, daß die genannte Veranstaltung Förderung verdient, und daß dem Kleinhandel durch die bessere Unterweisung weiblicher Hilfskräfte ein nicht zu unterschätzender Dienst geleistet wird.

Weiter hat der Magistrat als Beihilfe zur Veranstaltung von Vorträgen für Kaufleute den Betrag von 1000 M und als einmalige Zuwendung für den Grundstock der Lehrerpensionskasse der kaufmännischen Fortbildungsschule 3000 M in Aussicht genommen.

B. Die Handwerkskammer hat neben anderen, früher geäußerten Wünschen neuerdings erwähnt, daß der von ihr gegründete Stipendienfonds, der die Weiterbildung tüchtiger Kräfte im Handwerkerstande durch den Besuch von Fachschulen, Ausstellungen und dergl. bezweckt, bisher auf etwas über 6600 M angewachsen sei, und daß sie für diesen Fonds einen Zuschuß von 2000—3000 M erbitte. Es wird empfohlen, diesem Antrage durch Zuwendung von 3000 M zu entsprechen. Daneben ist der Magistrat mit der Vertretung der Handwerkskammer einverstanden, daß die planmäßige Fürsorge für die Weiterbildung der selbständigen Inhaber von Handwerksbetrieben mehr und mehr in das Arbeitsgebiet der Handwerkskammer hineingezogen werden muß, und empfiehlt, dem Vorstande derselben den Betrag von 1000 M zur Veranstaltung belehrender Vorträge für Handwerker zur Verfügung zu stellen.

Außerdem wird auch über das im Juni d. J. beendete erste Betriebsjahr des Handwerkerlehrlingsheims hinaus der Zuschuß von 2800 M jährlich zu dessen laufenden Ausgaben an die Handwerkskammer zu leisten sein, wie im Voranschlage für die Umsatzsteuer bereits vorgesehen ist.

C. Neben diesen beiden Körperschaften haben sich zwei Vereine mit der Bitte um städtischen Zuschuß an den Magistrat gewendet: der Verkehrsverein und der Rabattspareverein.

- a) Dem Verkehrsvereine ist, abgesehen von der erwähnten Bewilligung der 1000 M für Plafatzzwecke aus dem Bestande der Umsatzsteuer, bereits früher wiederholt aus der Kämmereikasse ein Zuschuß von 1000 M gewährt und zuletzt im Sommer 1906 gezahlt. Angesichts der erweiterten Tätigkeit des Vereins hält der Magistrat es für angezeigt, den Zuschuß für 1907/8 um 500 M zu erhöhen und in voller Höhe von 1500 M auf die Umsatzsteuer zu übernehmen, weil durch die darin liegende Förderung der Vereinsaufgaben und die Hebung des Verkehrs und Zuzuges mittelbar den hiesigen Gewerbetreibenden, also auch dem Kleinhandel und dem Handwerk Vorteile erwachsen, wie schon bei der Genehmigung des Plafatausschreibens von den städtischen Behörden anerkannt ist.
- b) Der im November 1904 gegründete Rabattspareverein hat satzungsgemäß die Aufgabe, Kaufleute und Gewerbetreibende, die ihrer Kundschaft bei Bareinkäufen Rabatt nach einem bestimmten Verfahren durch Ausgabe von Marken gewähren wollen, zusammenzuschließen, die Rabattabgabe an das Publikum einheitlich zu regeln, die allgemeinen und gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder zu vertreten und zu schützen sowie unlauterem Wettbewerbe und schwindelhaftem Geschäftsbetriebe nach Kräften entgegenzutreten. Der Verein nimmt als Mitglieder nur gelernte Kaufleute und die einer Innung angehörenden Inhaber handwerksmäßiger Betriebe auf; er erhebt keine Mitgliedsbeiträge, sondern nur ein Eintrittsgeld von 25 M. Die Höhe dieses Eintrittsgeldes bildet für manchen kleinen Geschäftsmann ein Hindernis des Anschlusses an den Verein. Auch der Vorstand der Handelskammer erkennt dies an und empfiehlt durch Unterstützung des Vereins die Aufnahme derartiger Mitglieder zu erleichtern. Dies wird am besten bewirkt werden, wenn dem Vereine ein Betrag von 1000 M als einmalige Beihilfe mit der Bedingung gewährt wird, daß von dieser Summe das Eintrittsgeld für Geschäftsleute, die sich in bedrängter Lage befinden, einstweilen ausgelegt und von den Betroffenen durch allmähliche Abträge an die Vereinskasse aufgebracht werde, die von dem Vereine auf obigen Betrag zu verrechnen sind.

Was im übrigen die Verwendung der Einnahmen aus der Umsatzsteuer anlangt, so haben die Vorstände der Handels- und der Handwerkskammer fernere Anträge in Aussicht gestellt, nach deren Einreichung der Magistrat sich über eine entsprechende Vorlage gegebenenfalls schlüssig machen wird. Da die Vorbereitungen für die Veranlagung zur Umsatzsteuer für 1907/8 eingeleitet sind, so wird abzu-

warten sein, zu welchem Erfolge die bevorstehende Ausschreibung führt. Ebenso wird es hiervon sowie von dem Ergebnis der Veranlagung zur Gemeindeeinkommensteuer für das kommende Rechnungsjahr und von der gesamten Gestaltung der städtischen Finanzverhältnisse abhängen, wann die geplante Einführung des Besuchszwanges für den gewerblichen Fortbildungsunterricht, von dem das Handwerk, aber auch ein Teil des Kleinhandels wesentlichen Nutzen haben werden, ins Werk gesetzt werden kann.

Die Versammlung wird hiernach ersucht,

sich damit einverstanden zu erklären, daß aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer folgende Zahlungen zu Lasten des kommenden Rechnungsjahrs erfolgen:

1. An den Vorstand der Handelskammer:

- |                                                                                     |         |
|-------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| a) für die Errichtung und Ausstattung der höheren Handelsschule für Damen . . . . . | 1 500 M |
| b) zur Veranstaltung belehrender Vorträge für Kaufleute . . . . .                   | 1 000 " |
| c) für den Grundstock der Lehrerpensionskasse . . . . .                             | 3 000 " |
| d) für die kaufmännische Fortbildungsschule . . . . .                               | 3 000 " |

2. An den Vorstand der Handwerkskammer:

- |                                                                                                                                           |         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| a) zur Verstärkung des Stipendienfonds für die Weiterbildung von Handwerkern . . . . .                                                    | 3 000 " |
| b) zur Veranstaltung belehrender Vorträge für Handwerker . . . . .                                                                        | 1 000 " |
| c) für das Handwerkerlehrlingsheim laufend jährlich bis auf weiteres, zunächst für die Zeit vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 . . . . . | 2 800 " |

3. An den Vorstand des Rabattspaarvereins:

- |                                                                        |         |
|------------------------------------------------------------------------|---------|
| zu der erwähnten Erleichterung des Eintritts von Mitgliedern . . . . . | 1 000 " |
|------------------------------------------------------------------------|---------|

4. An den Vorstand des Verkehrsvereins:

- |                                        |         |
|----------------------------------------|---------|
| widerruflicher Jahreszuschuß . . . . . | 1 500 " |
|----------------------------------------|---------|

---

Ca. 17 800 M.

Ueber weitere Verwendungen, zu denen voraussichtlich auch die Ausgabe von 6000 M zur Herstellung des vom Verkehrsvereine geplanten, mit Hilfe des Preisausschreibens zu beschaffenden Plakats von Braunschweig gehören wird, behält sich der Magistrat Anträge vor.

Namens der Finanzkommission berichtet über die Vorlage Herr Wolters: Die Kommission empfiehlt die Genehmigung der Vorlage in allen Punkten mit dem Bemerken, daß der Punkt 3 der Magistratsanträge — Beihilfe für den Rabattspaarverein — zurückgezogen worden ist und daher nicht zur Beratung steht. Der Vorstand des Rabattspaarvereins hat nämlich seinen Antrag zurück-

gezogen, weil er beabsichtigt, nur die kräftigeren Elemente des Handelsgewerbes in sich zu vereinigen und das Beitrittsgeld auf 50 M zu erhöhen, ohne eine Erleichterung in der Zahlung dieses Beitrittsgeldes eintreten zu lassen.

Herr Stadtrat von Frankenberg: Zu dem Punkte 2a möchte ich noch hinzufügen, daß die Handwerkskammer diesen Fonds auch zur Unterstützung tüchtiger junger Leute verwenden will, die noch nicht selbständig sind. Es gibt eine Reihe von Lehranstalten, z. B. die Schlosserschule in Roßwein, deren Besuch durch Lehrlinge und Gehilfen ebenso erwünscht erscheint, als die Auffuchung anderer Anstalten durch Meister.

Die Vorlage wird darauf — mit Ausnahme des Punktes 3 — in Einzelabstimmungen genehmigt.

### VIII. Baulichkeiten auf dem Grundstücke am Dovesee.

Der Mieter des vormalig v. Boffeschen Wohnhauses am Dovesee hat mitgeteilt, daß das im Erdgeschoße des Hauses nach Westen hin gelegene einzige Schlafzimmer derartig feucht sei, daß er es so gut wie gar nicht benutzen könne. Er hat daran die Bitte geknüpft, das Zimmer mit einem Ofen zu versehen und noch ein zweites Schlafzimmer einzurichten. Da die Beschränktheit der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume nicht zu leugnen ist, von der städt. Bauverwaltung auch die starke Feuchtigkeit des vorhandenen Schlafzimmers bestätigt wird, so erscheint es geboten, den von dem Mieter Peters geäußerten Wünschen zu entsprechen und zwar umsomehr, nachdem letzterer sich inzwischen bereit erklärt hat, die durch Schaffung eines weiteren Schlafrumes erwachsenden Kosten vom 1. April 1908 ab mit 4 % zu verzinsen. Die städt. Bauverwaltung schlägt vor, dem Raumbedürfnis durch Errichtung eines Anbaues zu genügen, und veranschlagt diesen sowie die gleichzeitige Instandsetzung der feuchten Kammer auf insgesamt 2880 M. Die Versammlung wird ersucht, der Ausführung des projektierten Anbaues sowie der Instandsetzung des vorhandenen Schlafzimmers zuzustimmen und die dazu erforderlichen 2880 M zu verwilligen.

Herr Wolters: In der Baukommission war überwiegend die Meinung vertreten, daß man dem Vorschlage des Magistrates folgen solle. Nur von einer Seite wurde das Bedenken erhoben, ob es richtig sei, ein solches altes Gebäude noch um einen Anbau zu vermehren, während die übrigen Mitglieder der Kommission die bauliche Beschaffenheit des Gebäudes für ausreichend hielten, um den Anbau noch anzubringen.

Herr Wesemeier: Ich möchte anfragen, ob trotz der Vermehrung der Räume der Pachtpreis derselbe bleibt.

Herr Frühling: Ich kann die Ausführung dieses Umbaues nicht empfehlen. Zunächst sind für das feuchte und ursprünglich nur als Gartenhaus

ingerichtete Haus 3000 M für die Einrichtung einer Küche aufgewendet und jetzt will man nochmals 3000 M ausgeben, um eine Kammer anzubauen. Hierbei wird eine Grundrißanordnung geschaffen, die nicht zweckmäßig ist. Die zweite Kammer ist nämlich nur benutzbar, nachdem man durch die erste hindurch gegangen ist. Außerdem ist dort eine Treppe nach dem Boden vorhanden, die den baupolizeilichen Vorschriften nicht entspricht, obwohl oben geschlafen werden muß. Das sind die Gründe, weshalb ich der Vorlage in der Baukommission nicht zustimmen konnte. Mir schien es unzweckmäßig, für ein so mangelhaftes Gebäude so viel Geld aufzuwenden. Unzweifelhaft würde in Kürze der fernere Antrag kommen, die Treppe umzubauen und den Boden auszubauen, was wieder wenigstens 3000 M kosten würde, so daß schließlich die Umbauten 11 000 bis 12 000 M kosten. Trotz dieser Ausgaben würden aber die Räume unzweckmäßig und naß bleiben. Ich habe deshalb empfohlen, dem Mieter für 10 000 M ein neues Haus zu bauen, das für ihn zweckmäßig ist. Meiner Auffassung nach sind die in der Vorlage geforderten 3000 M weggeworfenes Geld, da die Wand doch nicht trocken wird, und wir beim Vermieten des Hauses eigentlich darauf halten müßten, daß in den Bodenkammern nicht geschlafen wird. Ich beantrage daher die Vorlage abzulehnen.

Herr Bürgermeister Meyer: Daß die Verhältnisse in dem Hause nicht idealer Natur sind, wissen wir alle; ich glaube nur, daß die Einrede des Herrn Vorredners post festum kommt, da er sie hätte vorbringen müssen, als wir vor Jahr und Tag 3000 M für Instandsetzung dieses und des Nachbargebäudes anforderten. Der Herr Vorredner irrt sich auch, wenn er meint, die früher bewilligten 3000 M wären für den Küchenanbau verwendet worden; es sind dazu vielmehr nur etwa 1700 M gebraucht worden, während der Rest für die Instandsetzung der Wohnräume verwendet wurde. Den Anlaß zu der jetzigen Vorlage hat nicht nur die Feuchtigkeit des Schlafraumes gegeben, sondern es kamen noch andere Verhältnisse dazu. Die kleinen Räume im Dachgeschoß dürfen eigentlich nicht bewohnt werden, d. h. wenn der Maßstab des heutigen Ortsbaustatuts daran gelegt wird, da aber die Räume schon vor dem Inkrafttreten dieses Statuts geschaffen sind, so kommen dessen Bestimmungen dabei nicht in Frage. Ich persönlich würde keine Bedenken tragen, in den kleinen niedlichen, freundlich tapezierten Kammern zu schlafen. Wenn der Herr Vorredner weiter meint, das Haus wäre zu eng, so sollte er schon aus diesem Grunde für dessen Erweiterung eintreten. In dem Erdgeschoße befindet sich eine Stube, eine Kammer und eine Küche. Wir haben uns gegenüber der Militärverwaltung darüber auszusprechen gehabt, wie umfangreich eine kleinere Wohnung hier sein müßte und haben uns schlüssig gemacht, daß Wohnungen unter vier Räumen — Stube, Küche und zwei Kammern — nicht gebaut werden möchten. Wenn ein Neubau für 10 000 M zu machen wäre, so würde der Magistrat wohl auch nichts dagegen haben; ich fürchte aber, wenn die

städtische Bauverwaltung den Neubau ausführen sollte, so müßte das Doppelte dieses Betrages aufgewendet werden und dazu ist mir das jetzige Haus denn doch zu wertvoll. Ich möchte empfehlen, dem Beschlusse der Mehrheit der Baukommission beizutreten.

Herr Wolters: Die Bedenken des Herrn Frühling haben schon in der Baukommission ihre Erledigung gefunden. Daß die projektierte neue Kammer nicht direkt zugänglich ist, trifft zu, aber es wäre, wenn das der Wunsch des Mieters sein sollte, mit Leichtigkeit an den Räumen entlang ein Korridor zu schaffen, jedoch wünscht der Mieter das gar nicht. Was die Benutzung der Bodenräume anlangt, so schreibt der Mieter Peters: Da die alte Kammer wegen ihres feuchten Zustandes nicht gebraucht werden könnte, so wäre er genötigt, den Bodenraum als Schlafkammer zu benutzen, nach Schaffung eines neuen Raumes und nach Instandsetzung der alten Kammer seien seine Bedürfnisse nach Schlafräumen befriedigt. Nach Ansicht der städtischen Bauverwaltung ist die bauliche Beschaffenheit des alten Gebäudes noch derart, daß sich der jetzt geplante Anbau lohnen würde. Es dürfte deshalb nicht richtig sein, jetzt ein vollständig neues Gebäude zu beschaffen, zumal die Klagen, es wären einzelne der Räume feucht oder doch nicht so trocken, wie bei einem vollständig unterkellerten Gebäude, ein Neubau auch nicht ganz aus der Welt schaffen könnte, weil für einen einzigen Mieter doch nicht ein ganz unterkellertes Gebäude errichtet werden kann. Bei Betonböden sind auch nicht unterkellerte Räume gut zu benutzen. Ich kann daher nur empfehlen, der Vorlage stattzugeben.

Herr Wesemeier: Ich weiß nicht, ob die Kommissionsmitglieder die Räume persönlich angesehen haben. Wer sie kennt, gibt das geforderte Geld nicht dafür aus, sondern ist der Meinung, daß es weggeworfenes Geld ist, weil in aller kürzester Zeit wieder neue Aufwendungen nötig werden. Die Kammern sind so klein, daß man sich kaum darin umdrehen kann und auch die Stube ist sehr klein. Ich möchte bitten, die Vorlage nochmals an die Baukommission zurückzuverweisen, damit sie sich die Wohnung an Ort und Stelle ansieht.

Herr Meyerhoff: Ich kenne das Gebäude genau und weiß, daß die Kammer nicht so erbärmlich klein ist, wie sie hier geschildert wird, denn es können zwei Betten darin stehen. Wenn an der Westseite der kleine Anbau aufgeführt wird, so wird dadurch das Wetter von dieser Wand zurückgehalten und letztere trocken gelegt werden. Den Bautechnikern dürfte es aber gelingen, dem Anbau eine Wand zu geben, die für Wind und Regen undurchlässig ist. In der Baukommission ist auch der Plan besprochen worden, dem Hause noch einen Kniestock aufzusetzen, jedoch wurde dieser Vorschlag schon deshalb, weil zurzeit nicht nötig, lebhaft bekämpft. Wir haben uns daher dem Vorschlage des Magistrates angeschlossen. Wenn die neue Außenwand vorchriftsmäßig behängt wird, so ist die Feuchtigkeit von diesem

inneren Raum genommen, denn es soll sich hier nicht um Erdfeuchtigkeit handeln, sondern um durchgeschlagenes Wasser. Nehmen Sie daher die Vorlage nur an.

Herr Frühling: Ich habe nicht gesagt, die Räume wären feucht, weil sie nicht unterkellert wären, sondern ich meine, die Zimmer sind feucht, weil die Wände durch und durch feucht sind und bleiben werden. Das Haus steht im Schatten von Bäumen und erhält wenig Luft und Licht, infolge dessen ist und bleibt es feucht. Wenn die Stadt ein Haus zum Bewohnen vermietet, so muß die Wohnung auch den an eine solche zu stellenden Forderungen entsprechen. Wieviel ist wohl gesprochen und geschrieben über die schlechten und miserablen Wohnungen, die den Lehrern in Ostpreußen überwiesen worden sind, und dann soll unsere Stadt eine Wohnung dauernd vermieten und noch ausbauen, die von so zweifelhafter Beschaffenheit ist? Wirklich gut wird die Wohnung niemals, denn zwei Kammern, die durcheinander gehen, sind nicht günstig für eine Familie.

Wenn nun gemeint wird, für 10000 M. ließe sich ein solches Haus nicht herstellen, so weise ich darauf hin, daß hier Villen für 7000 M. ausgeschrieben worden sind. Für 10000 M. bekommen Sie ein Haus, das den dortigen lokalen Verhältnissen entspricht. Es würde sehr unerfreulich für die Stadt sein, wenn vielleicht einmal die Wohnungskommission, die doch vermutlich bei städtischen Gebäuden mit demselben Maße mißt wie bei anderen, das Haus revidierte und erklärte, es müßte geräumt werden. Ich würde es für gut halten, wenn die Vorlage abgelehnt würde.

Herr Bürgermeister Meyer: Der Herr Vorredner verallgemeinert die Feuchtigkeit einer einzelnen Kammer auf das ganze Haus und erklärt dies für feucht. Das ist nicht der Fall. Ich habe mir das Haus ebenfalls angesehen und kann erklären, daß dort von allgemeiner Feuchtigkeit keine Rede sein kann. Im übrigen ist auch die Meinung, daß die Polizei das Wohnen in dem Hause verbieten könnte, schon durch die bisherigen Ausführungen widerlegt worden, so daß ein solches Verbot so gut wie ausgeschlossen erscheint. Wenn der Herr Vorredner sagt, es wäre wunderbar, daß die Stadt feuchte Räume vermieten wollte, während allgemein auf gesunde Wohnräume gehalten würde, so liegt ein großer Unterschied zwischen dieser Wohnung und den traurigen Lehrerwohnungen in Ostpreußen auch darin, daß diese Wohnung nicht als Dienstwohnung vergeben, sondern in freier Konkurrenz vermietet worden ist. Dabei kann ich Ihnen mitteilen, daß eine ziemlich große Konkurrenz um die Wohnung gewesen ist und wir Gelegenheit hatten, uns den geeigneten Mann auszusuchen.

Sodann möchte ich noch einen Grund gegen die Errichtung eines neuen Gebäudes anführen. Es ist noch eine offene Frage, was wir überhaupt mit dem Grundstücke demnächst anfangen wollen. Wenn wir das schon heute wüßten, könnten wir uns jetzt darüber schlüssig werden, ob wir dort ein neues Gebäude errichten wollen oder nicht. Bei der Ungewißheit der Lage hielten wir es aber

für richtig, in der durch die Vorlage gekennzeichneten Form zu lavieren und noch einmal einige tausend Mark in das Gebäude zu stecken.

Herr Lübke: Ich bedaure, daß wir um dieser kleinen Sache willen so viel Zeitverlust haben und daß ich selbst hierzu noch beitragen muß, auch daß wir unsern Pächter durch unsere Verhandlungen unzufrieden machen, wo er bisher ganz zufrieden war. (Zustimmung.) Wenn gesagt wird, die Wohnung habe eine zu enge Treppe, so will ich dazu bemerken, daß es sich nicht um eine Wohnung im Weichbilde der Stadt handelt und daher unser Ortsbaustatut dafür nicht zuständig ist, sondern daß das Haus auf dem freien platten Lande liegt. Wenn der Mieter bei der reichlichen frischen Luft, die das Haus umgibt, mit den kleineren Kammern zufrieden ist, so möge man ihn zufrieden lassen und ihn nicht künstlich unzufrieden machen. Wir haben auch nicht nötig, wegen der Treppe die Benutzung der Bodenkammern zu untersagen. Auf den großen Schiffen gehen wir über Treppen, die nur 60 cm breit sind, die Eingänge zu den Eisenbahnwagen und zu den Straßenbahnwagen sind auch nicht breiter, und trotzdem verbietet niemand die Benutzung dieser Transportmittel. Man kann auf der in dem alten Hause befindlichen Treppe bequem Möbel transportieren und die Dachkammer erreichen, ich wüßte deshalb nicht, weshalb die Benutzung der Kammer verboten werden sollte. Auch die Lage der beiden Räume hinter einander erscheint mir ganz unbedenklich. Bedenken Sie den Grundriß unseres alten Pauernhauses, wo immer die Kammer hinter der Stube lag. Diese Anordnung ist für die ländlichen Verhältnisse sehr praktisch gewesen, was schon daraus hervorgeht, daß sie sich jahrhundertlang gehalten hat und man auf dem Lande gar nicht zu den städtischen Verhältnissen mit Korridoren übergehen will. Wenn wir weiter bedenken, daß die große Mehrzahl unserer minderbegüterten Stadtbewohner nicht so viel Raum haben, wie das Haus am Dovesee bietet, so können wir uns wohl mit den Raumverhältnissen zufriedengeben. Auch ein neues Gebäude würde auf der Westseite vom Regen getroffen werden, ich sehe deshalb keinen Grund ein, neu zu bauen.

Herr Sander: Ich bin jetzt mit meiner Meinung in Widerspruch gekommen, nachdem die beiden Vausachverständigen der Versammlung entgegengesetzte Meinungen zum Ausdruck gebracht haben. Wenn die Räume so sind, wie sie Herr Frühling geschildert hat, so würde ich Bedenken tragen, dafür die geforderte Summe zu bewilligen.

Herr Wolters: Die Zimmer haben eine Grundfläche von 25 qm und bleiben daher selbst bei Anlegung eines Korridors noch groß genug. Nach der Angabe der städtischen Bauverwaltung ist nicht das ganze Haus feucht, sondern nur die eine weißliche Wand in ihrem unteren Teile, und dieser Mißstand soll eben beseitigt werden.



Herr Esdorn: Die Ausführungen des Herrn Frühling haben mich gegen die Vorlage eingenommen. Da wir nun außerdem nach der Angabe des Herrn Bürgermeister Meyers noch gar nicht wissen, was mit dem Grundstück werden soll, so beantrage ich, die Vorlage an die Baukommission zurückzuverweisen.

Dieser Antrag wird von der Versammlung angenommen.

#### IX. Zentralheizung in der Schule am Prinzenwege.

Der Magistrat hält im Einvernehmen mit dem Schulvorstande die Einrichtung einer Zentralheizung in der Schule am Prinzenwege für dringend wünschenswert und hat daher die von der städtischen Bauverwaltung auf 22 600 M veranschlagten Kosten schon in den nächstjährigen Voranschlag für den Schulhausbaufonds eingestellt. Es wird anheimgegeben zuzustimmen, daß das vorgelegte Projekt in den kommenden Sommerferien unter Aufwendung dieser Summe ausgeführt werde.

Auf Empfehlung der Baukommission, für die Herr Lübke berichtet, stimmt die Versammlung der Vorlage zu.

#### X. Erwerb von Flächen zur Helenenstraße.

Zum Ausbau der Helenenstraße ist u. a. der Erwerb zweier Flächen in Größe von 20 qm erforderlich. Nachdem die Eigentümer, Fabrikant Wilhelm Förster und dessen Ehefrau, sich bereit erklärt haben, die Flächen zu dem als angemessen erachteten Preise von 15 M pro qm an die Stadt abzutreten, wird die Versammlung ersucht, den Ankauf zu genehmigen,

was auf Befürwortung durch die Baukommission, für die Herr Meyerhoff berichtet, geschieht.

#### XI. Antrag auf Ausbau der Waterloostraße.

Der Maurermeister Hermann Funke bittet die Versammlung nochmals, den baldigen Ausbau der Waterloostraße zu beschließen, da der Zustand der Straße trostlos sei und es ihm erschwert werde, sein dort errichtetes Wohnhaus zu vermieten.

Herr Meyerhoff: Da ein gleiches Gesuch auch an den Magistrat gerichtet worden ist, so sieht sich die Baukommission nicht in der Lage, schon jetzt darüber einen Beschluß zu fassen, sie gibt daher Uebergang zur Tagesordnung anheim.

Herr Günther: Ich will dazu nur bemerken, daß eine Notwendigkeit zur Instandsetzung der Straße tatsächlich vorliegt.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird darauf beschlossen.

#### XII. Beihilfe an den Verein für das Fortbildungsschulwesen.

Der Deutsche Verein für das Fortbildungsschulwesen mit dem Sitz in Magdeburg bittet in Anbetracht seines kulturellen und sozialen Zweckes unter eingehender Begründung um Zuwendung einer Unterstützung für das Jahr 1907.

Vom Magistrate wird ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom 1. April 1907 ab bis auf weiteres dem Vereine ein jährlicher Zuschuß von 30 M aus der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen gewährt werde.

Namens der Schulkommission empfiehlt Herr Nolte die Genehmigung der Vorlage, und die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

### XIII. Anpflanzung von Kirschbäumen auf dem Rieselgute.

Auf Empfehlung des Garteninspektors Ziegeler beantragt die Rieselguts-Deputation, an Stelle von abgängigen und zu beseitigenden Apfelbäumen 100 Stück Kirschbäume anzupflanzen. Der Magistrat ist hiermit einverstanden und ersucht, für diesen Zweck eine Summe von 300 M zu bewilligen.

Namens der Finanzkommission befürwortet Herr Wolters die Genehmigung des Antrages.

Herr Rieke: Ich bin der festen Ueberzeugung, ebenso wie die Apfelbäume nicht gedeihen sind, werden auch die Kirschbäume wieder eingehen, wenn wir nicht vorher den Ortstein herausnehmen, was gar nicht so schwer auszuführen ist.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Diese Ansicht kann ich im vollen Umfange nicht teilen, wenn ich auch anerkenne, daß ich in der Deputations-Sitzung denselben Gedanken ausgesprochen habe, weil solche Annahme naheliegt. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Apfelbäume auch an solchen Stellen nicht haben vorwärts kommen wollen, wo kein Ortstein gestanden hat. Ehe wir aber jetzt wieder Obstbäume pflanzen, werden wir die betreffenden Stellen erst darauf untersuchen, ob dort Ortstein steht. Herr Rieke hat recht, daß dessen Beseitigung verhältnißmäßig leicht durchzuführen ist. Wir haben auch schon größere Landstrecken des Rieselgutes vom Ortsteine gereinigt, indem er ausgebrochen und auf die Wege gelegt wird, wo er zu Staub zerfällt. Woran es gelegen hat, daß die Apfelbäume an den betreffenden Stellen nicht haben gedeihen wollen, ist nicht ermittelt worden. Die Deputation hat gemeint, sie müßte sich auf das Gutachten des Garteninspektors Ziegeler verlassen können, der die Anlage mehrmals besichtigt und daraufhin empfohlen hat, an dem Wege nach Böllenrode zu einen Versuch mit Kirschbäumen zu machen. Eine Garantie, daß diese Bäume dort gedeihen werden, kann natürlich niemand übernehmen. Tatsache ist es, daß die vorhandenen Apfelbäume dort nicht weiterkommen und beseitigt werden müssen. Da nun andere Bäume wieder eingepflanzt werden sollen und nach Kirschen, besonders seitens der Konservenfabriken sehr lebhaft Nachfrage ist, so hielt es die Deputation auch aus diesem Grunde für zweckmäßig, einen Versuch mit Kirschbäumen zu machen. Irgend etwas müssen wir dahin pflanzen, denn die Wege sind reichlich breit angelegt, und es muß versucht werden, sie tunlichst gut auszunutzen.

Herr Rieke: Das letztere kann man nur gutheißen, denn in Deutschland wird viel zu wenig Obstbau getrieben. An der Brunnenstraße hatte man früher auch Ortstein von 7 bis 25 cm Stärke, der 25 bis 30 % Eisen enthielt, während der auf den Rieselfeldern stehende Ortstein 25 bis 40 % Eisen enthält. Je mehr Prozente Eisen er enthält, desto fester und undurchlässiger ist er auch. Wenn der Ortstein auf dem Rieselgute an den betreffenden Stellen herausgenommen ist, so hat man seine Schuldigkeit getan und ich kann die Anpflanzung der Bäume dann nur befürworten.

Herr Wolters: Die Ansicht des Herrn Rieke ist insoweit berechtigt, als tatsächlich die große Mächtigkeit des Ortsteins an gewissen Stellen des Rieselgutes der Anlaß gewesen ist, daß die Bäume gekränkelt haben. Man hätte darauf ursprünglich mehr Rücksicht nehmen sollen. Der Sachverständige hat übrigens die Anpflanzung von Kirschbäumen auch nur als einen Versuch bezeichnet, wenn sich auch annehmen läßt, daß die Kirschbäume dort besser gedeihen werden, als die Apfelbäume.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

#### XIV. Apterung des sogen. „Großen Fettwinkels“ auf dem Rieselgute.

Nachdem durch Apterung des „Kleinen Fettwinkels“ eine erfreuliche Entlastung der zur Feuchtziehung dienenden Rieselländerei erzielt worden ist, ersucht der Magistrat, nunmehr auch den Großen Fettwinkel für die Verieselung einzurichten und dazu etwa 4000 M zu bewilligen. Im Falle der Zustimmung wird beabsichtigt, von diesem Betrage im nächsten Jahre die Hälfte zu verbrauchen, den Rest aber in den Voranschlag für 1908/09 einzustellen.

Auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Wolters berichtet, wird die Vorlage genehmigt.

#### XV. Erwerb einer Fläche zur Schuhstraße.

Nach dem Ortsbauplane sind der Schuhstraße 2,9 qm zuzulegen, die im Eigentum des Kaufmanns Adolf Frank stehen. Nachdem Herr Frank seine anfängliche Forderung von 900 M pro qm auf 1000 M für die ganze Fläche, also auf rund 345 M pro qm ermäßigt hat, ersucht der Magistrat, dem Verkaufe zuzustimmen. Der Magistrat hält diesen Preis wohl noch für recht hoch, aber doch in Uebereinstimmung stehend mit den sonst von der Stadt innerhalb des letzten Jahrzehnts an der Schuhstraße gezahlten Beträgen.

Die Baukommission läßt den Antrag durch Herrn Frühling befürworten, worauf ihn die Versammlung genehmigt.

## XVI. Erhöhung des Zuschusses für den Frauenverein.

Der Vorstand des Braunschweiger Frauenvereins hat den Magistrat gebeten, die ihm für die Abend-Fortbildungsschule für Frauen und Mädchen außer dem freien Unterrichtslokale nebst Heizung und Beleuchtung gewährte Zuwendung von jährlich 200 M mit Rücksicht auf das stetige Anwachsen der Ausgaben zu erhöhen.

Der Magistrat ersucht um die Genehmigung, den Zuschuß vom 1. April 1907 ab auf 400 M jährlich zu erhöhen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Finanzkommission, für die Herr Hauswaldt berichtet, zustimmt.

## XVII. Baumpflanzung am Südklinte.

Es ist in Anregung gebracht worden, den Südklint an der früher mit einem Brunnen besetzten Stelle mit einer Linde zu bepflanzen. Der Magistrat möchte der Anregung Folge geben und richtet an die Versammlung das Ersuchen, der Ausführung des Vorschlages zuzustimmen und die auf 170 M veranschlagten Kosten zu verwilligen.

Herr Hauswaldt: Indem ich namens der Finanzkommission empfehle, der Vorlage zuzustimmen, möchte ich persönlich nochmals anregen, auch in dem schönen Hofe unseres Rathhauses einen Baum, vielleicht ebenfalls eine Linde, die den Platz schmücken würde, anzupflanzen.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

## XVIII. Anfrage Brückmann: Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule.

Die Anfrage lautet:

„Der Magistrat wird um Auskunft ersucht, wie weit die Vorbereitungen zur Errichtung der gewerblichen Fortbildungsschule gediehen sind und wann deren Eröffnung zu erwarten steht?“

Zur Begründung führt Herr Brückmann folgendes aus: Die von mir angeschnittene Frage findet sich im Begleitschreiben zum nächstjährigen Haushaltsplane und auch in dem heute behandelten Schreiben bezüglich der Verwendung der Umsatzsteuer berührt. Die Angelegenheit ist aber immer noch nicht weiter gekommen. Der Magistrat macht deren Durchführung von der Finanzfrage abhängig, aber nicht mit vollem Rechte, denn wenn die Umsatzsteuer auch heruntergehen kann, so bietet sie doch einen gewissen Halt für die Errichtung einer solchen Anstalt, wie sie andere Städte seit langen Jahren mit großem Nutzen für den Handwerkerstand eingerichtet haben. Falls aber aus der Umsatzsteuer wirklich einmal keine Mittel flüssig zu machen sein sollten, müßten sich auf anderen Wegen

Mittel zu diesem Zwecke beschaffen lassen. Ich erinnere dabei nur an die Pflasterungskosten unserer Straßen. Ich ziehe ein schlechtes Pflaster mit gut erzogenen Leuten einem guten Pflaster mit umgekehrt erzogenen Leuten vor.

Wir ist auch noch nicht klar geworden, was der Magistrat eigentlich mit den ungeheuren Summen aus der Umsatzsteuer anfangen will. Die Gelder sind erst einmal in den großen Schlund unserer städtischen Kasse gewandert und man weiß nicht, wann sie wieder herausgenommen werden sollen. Wissen möchte ich auch, ob der Magistrat eine Statistik darüber aufgenommen hat, wieviele Schüler in eine solche Fortbildungsschule aufgenommen werden müßten.

Herr Oberbürgermeister Ketemeyer: Der Herr Vorredner irrt, wenn er meint, daß der Magistrat in dieser Sache noch nichts getan hätte; er ist nur mit dem, was er getan hat, noch nicht vor die Öffentlichkeit getreten und zwar allein wegen der leidigen Geldfrage. Der Entwurf über die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes ist mit dem Kostenanschlage vollständig ausgearbeitet worden. Hiernach würden sich die Kosten auf jährlich 33 000 M belaufen. Nun wissen Sie, wir schwimmen nicht im Gelde, und wenn wir auch noch 33 000 M jährlich würden aufbringen können, so ist es doch erklärlich, daß der Magistrat in diesem Punkte vorsichtig vorgehen will, weil für einen großen Teil der in Betracht kommenden jungen Leute in den bestehenden Schulen schon jetzt Gelegenheit zur Fortbildung gegeben ist. Ich erkenne aber an, daß der zwangsweise Besuch der Fortbildungsschule durchgeführt werden müßte, daß eine solche Schule ein Segen ist und wir auch nicht dagegen sind. Aber für diese dauernd der Stadt erwachsende Last müßten wir auch eine dauernde Erleichterung etwa dadurch bekommen, daß wir den größeren Teil der Umsatzsteuer kapitalisieren. Im Landtage bin ich bekanntlich wegen dieser Ansicht angegriffen worden und das Herzogliche Staatsministerium hat dort positiv erklärt, daß der Magistrat zur Ansammlung solcher Kapitalien nicht berechtigt sei und hat uns leider die Genehmigung versagt, weitere Beträge aus der Umsatzsteuer zinsbar zu belegen. Es bleibt also weiter nichts übrig, als das Geld im Betriebe zu nutzen.

Der Magistrat hat gemeint, daß er, wenn die Summe auf 200 000 bis 300 000 M angewachsen sein würde, der Frage von neuem wieder nähertreten und eine entsprechende Vorlage einbringen würde, und ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn wir mit diesem Antrage demnächst vor die Öffentlichkeit treten, nicht nur die Versammlung ihm zustimmen, sondern auch unsere Aufsichtsbehörde gegen dieses Vorgehen weitere Einwendungen nicht erheben wird. Eine Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu der Verwendung dieser Summe ist nicht erforderlich, und in dem vorliegenden Falle konnte die Genehmigung nur versagt werden, weil nach der Städteordnung zur Ausleihung von Kapitalien deren Genehmigung eingeholt werden mußte. Hätten wir das Geld nach dem Leihhause getragen, so wäre nichts

danach gekommen; jetzt hat der Magistrat aber doch Bedenken getragen, diesen Weg zu beschreiten. Wenn Herr Brückmann meint, daß die Umsatzsteuer dauernd in der heutigen Höhe uns erhalten bleiben werde, so bin ich darüber sehr zweifelhaft. Die Warenhäuser suchen schon jetzt mit allen Mitteln dahin zu streben, daß sie den Zwang, der Umsatzsteuer unterworfen zu werden, umgehen. Ob ihnen das nicht schließlich doch gelingen wird und sie nicht hier und da mit einer Klage beim Verwaltungsgerichte durchkommen werden, steht dahin. Um so bedenklicher würde es sein, die gewerbliche Fortbildungsschule auf die Umsatzsteuer zu gründen, da das unter Umständen einen Rückschlag abgeben könnte, der uns sehr übel bekommen würde. Nun haben wir ja den Forderungen des Herzoglichen Staatsministeriums auch insofern entsprochen, als wir neben diesem angesammelten Kapitale auch der Handwerks- und der Handelskammer Beträge zur Verfügung gestellt haben. Da die von uns aufgesparte Summe schon eine ziemlich hohe erreicht hat, so werden die Herren damit einverstanden sein, daß wir mit der Sache noch etwas warten und demnächst eine Vorlage einbringen.

#### XIX. Antrag Weichfel: Verbesserung des Weges nach dem Querumer Holze.

Der Antrag lautet:

„Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, in Verhandlungen mit der Gemeinde Querum und der Herzoglichen Kreisdirection Braunschweig einzutreten zwecks Verbesserung des vom Bültenwege nach dem Querumer Walde führenden Weges.“

Herr Weichfel (zur Begründung): Ich gehe von der Ansicht aus: je schlechter die Anträge sind, desto länger muß ihre Begründung sein und umgekehrt. Einiges muß ich aber doch sagen. Ich habe gestern gelesen, daß die Zugangswege zu der Brücke am Querumer Holze wieder einmal unter Wasser gesetzt sind. Dieser Zustand stellt sich dauernd in jedem Frühjahr ein. Man kann allerdings, um das Querumer Holz zu erreichen, auch über Gießmarode gehen, jedoch ist das ein unangenehmer Weg, während der direkte Weg gut besucht ist. Es kommt auch vor, daß man nicht weiß, ob die Brücke unter Wasser steht und das Wasser durchwaten muß. Hieraus hat sich sogar schon eine blühende Industrie entwickelt, indem ein unternehmender Geist sich zu solchen Zeiten dort etabliert hat, um die Passanten im Kinderwagen bis zur Brücke zu fahren. (Heiterkeit.) Das mag mal ganz hübsch und erheiternd sein, aber es ist doch nötig, daß dort auf die Dauer bessere Verkehrsverhältnisse geschaffen werden, indem ein kleiner Damm aufgeschüttet wird. Die Sache wird wenig Kosten verursachen und läßt sich schnell erledigen.

Den Antrag erhält die Baukommission zur Vorberatung.

## XX. Antrag Weichsel: Einstellung eines juristischen Hilfsarbeiters zc.

Der Antrag lautet:

„Der Magistrat wird um eine Vorlage ersucht, wonach Mittel gefordert werden,

1. für die Annahme eines juristischen Hilfsarbeiters zwecks Umarbeitung der städtischen Statuten,
2. für die Herausgabe der erschienenen, noch in Geltung gebliebenen Statuten.“

Zur Begründung führt Herr Weichsel folgendes aus: Der Antrag entspricht einem Wunsche, der bei mir schon lange schlummert. In unseren Statuten findet sich sehr viel vor, was nicht mehr in Geltung ist, weshalb sie umgearbeitet werden müßten. Es wird dann leicht sein, die in Geltung bleibenden Statuten neu herauszugeben. Man wird dieser Ansicht allerdings entgegenhalten können, daß es wünschenswert sei, die Umarbeitung bis zur Herausgabe der neuen Städteordnung hinauszuschieben und in Verbindung damit unser Verwaltungsstatut neu herauszugeben. Trotzdem möchte ich empfehlen, schon jetzt an die Sache heranzugehen, da sonst die Umarbeitung zu lange hinausgeschoben wird.

Der Antrag wird der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## XXI. Antrag Weichsel: Verbilligung des elektrischen Lichtes.

Den Antrag:

„Den Magistrat zu ersuchen, mit der hiesigen Straßenbahngesellschaft in Verhandlung zu treten zwecks Verbilligung der Preise für elektrisches Licht“,

begründet Herr Weichsel wie folgt: Wir fehlen die statistischen Unterlagen, wie die Preise für elektrisches Licht anderwärts sind, aber ich glaube, sie sind hier ziemlich hoch. Im Vertrage mit der Straßenbahn ist auch vorgesehen, daß die Preise herabgesetzt werden sollen. Damals hat man wohl die Preise so hoch kalkuliert, weil die Straßenbahn noch nicht wissen konnte, wie sie bestehen würde. Inzwischen soll aber der Absatz an Energie erheblich gestiegen sein. Ich möchte deshalb wissen, ob es nicht an der Zeit sei, jetzt an eine Herabsetzung der Preise zu gehen. Man kann mir erwidern, wer sich elektrisches Licht leistet, mag es auch bezahlen, aber ich glaube, das kann nicht stichhaltig sein, denn das elektrische Licht hat auch eine gewisse hygienische Bedeutung, die es wünschenswert erscheinen läßt, daß es nicht nur für wohlhabende Leute erschwinglich ist. Der Gaskonsum wird durch die Konkurrenz des elektrischen Lichtes nicht wesentlich herabgedrückt werden.

Der Antrag wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

XXII. Antrag Weichsel: Niederlegung des Amtes eines Mitgliedes  
der Einschätzungskommission.

Der Antrag lautet:

„Gemäß § 48 des Einkommensteuergesetzes und der §§ 23 und 25 der Städteordnung bitte ich, mir die Niederlegung meiner Tätigkeit als Mitglied der Einkommensteuer-Veranlagungskommission zu gestatten, da ich durch Fortführung dieser Tätigkeit erheblichen Nachteil erleiden würde.“

Herr Weichsel (zur Begründung): Es ist nicht etwa Unlust, in der Kommission zu bleiben, sondern es ist für meinen speziellen Beruf im höchsten Grade unangenehm, wenn man eine Woche lang jeden Nachmittag in Anspruch genommen wird. Andere Berufe sind wohl eher in der Lage, ihre Zeit entsprechend einzuteilen.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, diese Sache heute auszusetzen, da in der nächsten Sitzung die angeführten Gründe bei Vornahme der Wahl ihre Würdigung finden können.

Die Versammlung wird hierauf geschlossen.

Dauer von 4 bis 7 Uhr.

---



